C 21734 D



Breite Streikbewegung in Spanien S.9

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.72 19.1.'76 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 1,–

Niedersachsen
CDU fischt im Trüben

Am 15.1. wählte der niedersächsische Landtag als Nachfolger des zurücktretenden Ministerpräsidenten Kubel (SPD) den CDU-Kandidaten Albrecht, obwohl die CDU nicht über die Mehrheit von Abgeordnetensitzen verfügt. (CDU: 77 Sitze, SPD: 67 Sitze, FDP: 11 Sitze). Damit liegt erstmals eine CDU-Landesregierung in Niedersachsen im Bereich des Möglichen. Da die Abstimmungen geheim waren, ist nicht bekannt, welche SPD- bzw. FDP-Abgeordneten gegen die Koalition stimmten, und welche Motive dahinter stehen.

Bereits im ersten Wahlgang unterlag der Kandidat der sozialliberalen Koalition Kasimier (SPD) mit 75:77 Stimmen. Drei sozialliberale Abgeordnete hatten ungültig gestimmt.

Im zweiten Wahlgang konnte die CDU eine weiteren Abgeordneten aus der Tasche ziehen, der sogar für Albrecht stimmte, so daß dieser die absolute Mehrheit von 78 Stimmen erhielt. Drei Abgeordnete der Koalition stimmten erneut ungültig. Die „Überraschung" (für die Öffentlichkeit!) war „perfekt".

Vom Mißtrauensvotum 1972 im Bundestag versucht die CDU, mit parlamentarischen Mafia-Methoden die Wahlergebnisse zu verfälschen. Und wie üblich muß das „Abgeordneten-Gewissen" als „Begründung" herhalten. „Bild" schreibt (16.1.): CDU einen weiteren Abgeordneten aus der Tasche ziehen, der sogar für Albrecht stimmte, so daß dieser die absolute Mehrheit von 78 Stimmen erhielt. Drei Abgeordnete der Koalition stimmten erneut ungültig. Die „Überraschung" (für die Öffentlichkeit!) war „perfekt".

Wie beim Mißtrauensvotum 1972 im Bundestag versucht die CDU, mit parlamentarischen Mafia-Methoden die Wahlergebnisse zu verfälschen. Und wie üblich muß das „Abgeordneten-Gewissen" als „Begründung" herhalten. „Bild" schreibt (16.1.): „*So ist Demokratie*" und „... *ein urdemokratischer Vorgang*". In der Tat sind solche Schiebungen in der bürgerlichen kapitalistischen „Demokratie" stinknormal. Niedersachsen soll in der CDU-Strategie die Ablösung der sozialliberalen Regierungen in Bund und Ländern vorprogrammieren. Allerdings hat die CDU aus 1972 „gelernt" und ihren jetzigen Coup weit geschickter inszeniert. Während Barzel außer gekauften Stimmen politisch eher im Hemd dastand, hat sich die niedersächsische CDU über eine längere Zeitdauer bemüht, eine politische Rechtfertigung für die Schiebung aufzubauen. Dazu diente ihr zum Beispiel die Schulpolitik. Über eine breite Bewegung reaktionärer Elternräte (in übergroßer Mehrheit — vor allem an den Gymnasien — in CDU-Hand) schlachtete die CDU den berechtigten Protest über die „Sparpolitik" der Landesregierung dazu aus, um sich ungebeten zum „Sprecher" der Belange von Eltern, Schülern und Lehrern zu machen. Dies war möglich aufgrund der bereitwilligsten Unterstützung der bürgerlichen Presse. Während es auf den Massendemonstrationen gegen die „Sparpolitik" in Niedersachen im letzten Herbst samt und sonders wahrhaftig keine CDU-Sympathien gegeben hatte, schafften es die CDU-Elternfunktionäre, auf der Spitzenebene, eine „große Koalition" der schulpolitischen „Prominenz" gegen die Regierung zustande zu bringen, in der vom Landeselternrat bis zur GEW alles vertreten war, was Rang und Namen hat. Sogar die Jusos (!) traten diesem CDU-geführten Bündnis bei — offenbar, um nicht den fahrenden Zug zu verpassen. Nach den Vorgängen im Parlament ist dieses Bündnis jetzt auseinandergebrochen. Kein Wunder: Das Ganze war von der CDU ausschließlich als propagandistische Vorbereitung für ihren parlamentarischen Handstreich inszeniert worden und hat damit seinen Zweck natürlich voll erfüllt.

Der massenhafte Protest gegen die „Sparpolitik" hat allerdings nicht den geringsten Anlaß, jetzt mit Aktivitäten nachzulassen. Im Gegenteil: Ein kurzer Blick über die Landesgrenzen nach Schleswig-Holstein und Bayern oder eine Erinnerung an die Zeit vor 1969 genügt, um zweifelsfrei zu wissen, was von einer CDU Bildungspolitik für die arbeitende Bevölkerung zu erwarten wäre. Der Betrug der CDU an der Schulkampfbewegung, der Betrug, mit dem sie jetzt parlamentarische Mehrheiten ergaunert, zeigt den Weg einer von ihr geführten Landesregierung an.

Die CDU hat jetzt drei Wochen Zeit, um eine Landesregierung zustande zu bringen. Diese muß allerdings in **o f f e n e r** Abstimmung vom Landtag bestätigt werden. Da der CDU ihre „saubere Mehrheit" wohl selbst „noch nicht ideal" erscheint, richtet sie jetzt eindringliche Appelle an die FDP, das heiße Spiel mitzuspielen. Aber die Umfall-Partei hat Angst, daß sie dabei zu tief fallen würde. SPD und FDP haben erklärt, an ihrer bisherigen Zusammenarbeit festhalten zu wollen. Beide sind allerdings auch sorgfältig bedacht, das CDU-Manöver mit „gemäßigten" Formulierungen zu beurteilen.

An zahlreichen Schulen und Hochschulen Niedersachsens laufen Vorbereitungen auf Kampfmaßnahmen gegen die „Sparpolitik" auf vollen Touren. Schulstreiks und Demonstrationen waren für Ende Januar geplant. Wir meinen: JETZT ERST RECHT! Wir nehmen nicht ein Deut an unserer Ablehnung der SPD/FDP-Politik zurück. Aber eine CDU-Regierung wäre eine schwere Niederlage für alle demokratischen Kräfte — nicht nur in Niedersachsen. Es geht darum, diese Regierung zu verhindern. Darum sollte sich die demokratische Bewegung nicht allein auf die Schulen und bildungspolitische Forderungen beschränken! Vorbild muß die Massenbewegung gegen das CDU-Mißtrauensvotum 1972 sein!

ÖTV fordert: 135 DM linear
Nicht mehr sondern weniger!

Am 13. Januar hat die Große Tarifkommission der ÖTV mit großer Mehrheit beschlossen, für die im Februar beginnenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst eine lineare Anhebung der Löhne und Gehälter von 135 DM für alle Beschäftigten zu fordern. Die „Deutsche Postgewerkschaft" (DPG), die „Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" (GdED) und der „Beamtenausschuß des DGB" haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Mit dieser Ausgangsforderung steuern die Gewerkschaftsführer einen Abschluß an, der noch unterhalb der Ergebnisse in anderen Bereichen der Wirtschaft (z.B. Eisen und Stahl) liegt. ÖTV-Chef Kluncker hat in einem Interview gesagt, daß in der 135 Mark-Forderung noch „*Spielraum drin (ist)*" (nach unten versteht sich), daß „*alle (?!) den Gürtel enger schnallen (müssen)*" und daß insgesamt nur beabsichtigt sei, „*einen Ausgleich für die Teuerung (zu) fordern*" („Morgenpost", 14.1.)

Bereits in den „Sonderinformationen" der ÖTV zur Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde hatten die Gewerkschaftführer unmißverständlich klargemacht, daß „*die Abzüge für die Krankenkasse, die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung ... beim Aufstellen der Forderung (!) nicht berücksichtigt werden (können) (!)*". Denn nach Meinung der ÖTV-Führer sind diese Abgaben — die ja zunächst einmal das Lebensniveau der Werktätigen **d r ü c k e n** — „Solidarbeiträge zum Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens (!!!)" (5. Dez. '75).

Das heißt: Die Gewerkschaftführer zielen von vornherein darauf ab, nur für einen T e i l der Teuerungsrate einen Ausgleich zu f o r d e r n! Man kann Kluncker deshalb ohne weiteres glauben, daß für ihn die „an sich" fortschrittliche Lohn- oder Gehaltserhöhung „*keine ideologische Forderung (ist)*", sondern daß es den Gewerkschaftsführern schlicht darum geht, daß „*das wenige vorhandene (?!) ... so gut wie möglich sozial gerecht (?!) verteilt*" wird („Morgenpost", 14.1.).

Mit der Aufstellung der 135 Mark-Forderung wurde von den Gewerkschaftsführern ein an sich richtiges Prinzip (lineare Lohn- und Gehaltserhöhungen zu fordern) — für das die Kommunisten und zunehmend mehr klassenbewußte Gewerkschafter beharrlich eintreten und das die DGB-Oberen bzw. ihre Gefolgsleute bisher immer verbissen bekämpft haben! — in sein Gegenteil verkehrt. Denn was nützt eine lineare Forderung, die in der Höhe nur einen Teil der Teuerungsrate ausgleicht und damit nicht den Interessen der Arbeiter und Angestellten gerecht wird? Abgesehen davon, daß die Gewerkschaftsführer ohnehin nicht vorhaben, an dem geforderten Festbetrag als „Mindestforderung" festzuhalten! In den Betrieben wurden denn auch vielfach Forderungen nach **h ö h e r e n** Festgeldbeträgen gestellt (zwischen 150 und 180 Mark). Die Tarifkommissionen haben sich über diese Anträge hinweggesetzt und sind der Empfehlung der Gewerkschaftsvorstände gefolgt (die von Anfang an die 135 Mark-Forderung und eine gemischte Forderung „zur Diskussion" gestellt hatten).

Die „öffentlichen Arbeitgeber" (Bund, Länder und Gemeinden) geben sich denn auch gelassen, wenn sie nach ihrer Meinung zu der Tarifforderung der Gewerkschaften befragt werden. **Schließlich haben die ÖTV-Führer gerade erst im Bereich der Seehäfen und der Seeschiffahrt „Augenmaß" bewiesen: Die Kollegen in den Häfen sollten — je nach Lohngruppe — zwischen 5,4 und sechs Prozent mehr bekommen; für die Seeleute wurde eine fünfprozentige Lohnerhöhung (+ 20 DM) vereinbart (die Auszubildenden erhalten übrigens 5 % !!!) ...**

In den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden sind für 1976 bereits Lohn- und Gehaltssteigerungen von nur 4 % veranschlagt. Die Bourgeoisie und ihr Staat haben damit zu erkennen gegeben, daß sie Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst scharf drücken wollen — und daß sie glauben, sich bei diesem Vorhaben der Unterstützung ihres „Sozialpartners" sicher sein zu können.

Komitee Öffentlicher Dienst
KB/Gruppe Hamburg

Jahr der Frau zu Ende?
Jetzt fangen wir erst richtig an!

Es gibt kaum eine bürgerliche Zeitung, die sich zum jetzt ausgelaufenen „Jahr der Frau" 1975 nicht etwas „Witziges" hat einfallen lassen. Immer nach der Devise: „Das Jahr der Frau ist nun endlich vorbei. Jetzt sind die Männer wieder am Drücker."

Mögen diese Kommentare und Karrikaturen auch teilweise ganz komisch sein, so steckt dahinter doch ein ernster Kern: Das „Jahr der Frau" war von Anfang an ein Witz!

Am Anfang und am Ende, nichts als schöne Reden!

Die bürgerlichen Politiker zeigten von Anfang an ein „großes Problembewußtsein". Es sah alles wie ein verlängerter „Muttertag" aus: Ein Kuratorium (natürlich mit Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Kirche) wurde gebildet; in der Presse wurde ein Riesenwirbel gemacht; Eröffnungsreden und Festreden und Reden und Nachreden wurden auf das „Jahr der Frau" gehalten; viele Zeitungen, wie zum Beispiel die „Hamburger Morgenpost", wählten **i h r e** „Frau des Jahres", und ganz offiziell wurde schließlich Frau Dr. Mildred Scheel von den Hörern des Saarländischen Rundfunks zur „Frau des Jahres" gewählt.

Die Regierung und die Politiker taten aber noch viel mehr:

Sie bescherten den Frauen die vielgepriesenen Ladenhüter aus der Schublade:

- Selbst die Initiative zum Ehescheidungsgesetz, die lange vor dem "Jahr der Frau" geplant war, wurde letztes Jahr nicht zu Potte gebracht;
- das Lieblingskind von Frau Focke, „Modellprogramm Tagesmütter", wurde fünf Minuten vor 12 auf Eis gelegt;
- die Namensgesetzgebung ist vorerst am Widerstand der CDU/CSU gescheitert.

Frau Focke allerdings sieht die Dinge rosarot: „Die Frauen haben vom "Jahr der Frau" profitiert, auch wenn es keinesfalls alle wahrhaben wollen." Die Situation der Frauen in der BRD sei im internationalen Vergleich von der rechtlichen, der bildungspolitischen und der sozialen Seite her „sehr gut", behauptete sie.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus, wie nicht einmal den Jusos entgangen ist: „Im ‚Jahr der Frau' habe sich die Situation der Frauen in der BRD nicht verbessert, sondern verschlechtert", erklärte die Juso-Vorsitzende H. Wieczorek-Zeul auf einer zentralen Frauentagung der Jusos in Hannover (lt. „FR" vom 15.12.75).

Kampf der doppelten Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Frau!

Das wohl deutlichste Beispiel, wie die Entrechtung und Entmündigung der arbeitenden Frau aufrecht erhalten wurde, ist das Verbot der 1974 im Bundestag verabschiedeten Fristenregelung des § 218 und



damit die Beibehaltung des jahrhundertealten Abtreibungsverbotes. Nach wie vor sind es gerade die arbeitenden Frauen, die unter der Doppelbelastung durch Haushalt, Kindererziehung und Beruf leiden. Zunehmende psychische und physische Störungen bei Frauen sind nur ein Ausdruck für diese Überforderung.

Nach wie vor erhalten Mädchen und Frauen eine unqualifiziertere Ausbildung, haben sie geringere Chancen bei der Berufswahl, gibt es immer noch Leichtlohngruppen und sind es gerade Frauen, die hierin eingruppiert sind. Im Verhältnis zu den männlichen Kollegen steigt die Arbeitslosigkeit bei Frauen rapider an (gerade zum Ende des „Jahr der Frau"), erhalten die Frauen weniger Arbeitslosengeld und teilweise gar keins.

Aber das war nicht alles, was den Frauen zum „Jahr der Frau" beschert wurde:

Eine Welle von frauenfeindlichen, sadistischen Filmen („Geschichte der O.", „Der Nachtportier" u.a.) schwappte auf die Frauen zu.

Die Frau als Hausfrau und Mutter durchzog das ganze Jahr über das Frauenbild.

Gewalttaten an Frauen nahmen zu. Frauenfeinde verschiedener Couleur wurden durch das „Jahr der Frau" offenbar zu einer Überproduktion angeregt. Furchterregende Nachrichten wurden über die Frauen verbreitet: „Frauen morden mehr!", „Die Emanzipation führt zu mehr Kriminalität von Frauen" war der Tenor. Horrormeldungen wie „Weibliche Rockerbande überfällt Bus", „Holde Weiblichkeit macht's wie die schweren Jungs", „Prostituierte neigen mehr zu Aggressivität", „Ladies auf Raubzügen", taten das Ihrige dazu, die Emanzipationsversuche von Frauen mit Füßen zu treten.

Auch wenn alle reaktionären Kräfte bestrebt sind, das „Jahr der Frau" sobald wie möglich zu vergessen, die Gleichberechtigung von Frauen zu verneinen und eine Gleichstellung in jeder Hinsicht zu verhindern, so haben wir den Kampf der arbeitenden Frauen um Gleichberechtigung auf unsere Fahnen geschrieben.

So waren und sind wir bestrebt, uns in verschiedener Form um die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Frau zu kümmern. Bereits bei den ersten Ansätzen hierzu wurde deutlich, wie vielschichtig die besondere Unterdrückung der arbeitenden Frauen ist. Und welcher enormen Anstrengungen es noch bedarf, welcher kraftvollen Umwälzung es bedarf, um gerade für die Frauen weltweit ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Blick in die Welt

Festnahmen von CISNU-Genossen!

In der letzten Woche gab eine ganze Reihe von Festnahmen „wegen Verdacht auf Verbindungen zu dem Terroranschlag in Wien". In Frankfurt gab es sieben Festnahmen, zwei in Aachen, zwei in Kaiserslautern, zwei in München, zwei in Mainz, davon ist noch einer in Haft. Schwerpunktmäßig richtete sich die Aktion gegen CISNU-Genossen, die diese Aktion gegen ihre Aktionen gegen die Todesurteile im Iran gerichtet verstehen.

Der SAVAK (iranischer Geheimdienst) soll an der Polizeiaktion mitbeteiligt gewesen sein, in einem Fall wurde das Haus von mit Maschinenpistolen bewaffneter Polizei umstellt, in mehreren Fällen sollen Nachschlüssel benutzt worden sein. ●

nach Berichten der Frankfurter Genossen

Iran
10 Genossen zum Tode verurteilt

Am 31.Dezember hat ein iranisches Militärgericht neun Genossen und eine Genossin der Kampforganisationen „Fedajin" und „Modschahedin" zum Tode verurteilt. Sie wurden beschuldigt, zwei Agenten der SAVAK (faschistische iranische Geheimpolizei) und drei US-Militärs erschossen zu haben.

Nach dem Vorbild der Revolutionen in Algerien, Kuba und Vietnam hatte sich vor ca. 10 Jahren in Teheran die „Gruppe Dschasani" gebildet, die eine reformistische Politik ablehnte und zum Guerillakampf gegen das Schah-Regime aufrief. 1966 wurde Bidschan Dschasani mit sechs seiner Genossen verhaftet.

Vor einem Jahr ließ das Schah-Regime 140 politische Gefangene aus verschiedenen Gefängnissen nach Teheran holen, wo sie im iranischen Fernsehen auftreten und für die faschistische nationale Einheitspartei „Nationale Wiedergeburt" sprechen sollten. Die Genossen der Gruppe Dschasani sowie zwei vor drei Jahren verhaftete Modschahedin weigerten sich, für die Propaganda ihrer Feinde aufzutreten und wurden kurze Zeit später „auf der Flucht erschossen".

Als Vergeltungsakt hatten die Guerillakämpfer drei amerikanische Militärs, den Führer der Antiguerilla-Abteilung der SAVAK und den Po-

Als Vergeltungsakt hatten die Guerillakämpfer drei amerikanische Militärs, den Führer der Antiguerilla-Abteilung der SAVAK und den Polizeihauptmann der Universität Teheran hingerichtet.

Die Genossen wurden durch einen SAVAK-Agenten verraten.

In Iran wurden allein in den letzten zwei Jahren 130 Todesurteile vollstreckt. Tausende von politischen Gefangenen leiden in den Gefängnissen und Folterkellern der SAVAK.

FRANKFURT:

Die Frankfurter CISNU (Conföderation iranischer Studenten) forderte zu einem breiten Protest zur Aufhebung der Todesurteile und zur Freilassung aller politischen Gefangenen auf. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, ihre Unterstützung für das Mörder-Regime des Schah einzustellen.

An einer Demonstration am 6. Januar nahmen 500 Menschen teil, darunter iranische Genossen. Auf der Schlußkundgebung wurde eine Solidaritätsadresse des KB und der westdeutschen Vertretung des chilenischen MIR verlesen. Abschließend ging unter dem Beifall der Demonstranten eine Strohpuppe des Schah in Flammen auf.

WESTBERLIN:

In Westberlin riefen die Vaterlandsverteidiger „KPD" und "KPD/ML" zusammen mit der mit ihnen zusammenarbeitenden „Föderation iranischer Studenten" („FIS") im Bünd-
verteidiger „KPD" und "KPD/ML" zusammen mit der mit ihnen zusammenarbeitenden „Föderation iranischer Studenten" („FIS") im Bünd-
nis mit dem KBW zu einer Demonstration gegen die Todesurteile am 7.1. auf. Die Demonstration hatte ca. 1.000 Teilnehmer. ●

Nach Informationen der CISNU

Libanon
Armee greift im Bürgerkrieg auf Seiten der Faschisten ein

An diesem Wochenende hat die Armee im Libanon offen auf Seiten der faschistischen Falange in den Bürgerkrieg eingegriffen. Es gibt nun im Libanon keine nennenswerte Kraft mehr, die nicht völlig in den Krieg verwickelt ist. Damit geht der Kampf seinem Höhepunkt und seiner Entscheidung entgegen. Ein Zeichen dafür, wie diese Entscheidung aussehen könnte ist es, daß die Armee zwar in das von Linken besetzte Gebiet im Süden von Beirut Soldaten einmarschieren ließ und mit Raketen angriff, aber keine dauernden Erfolge erzielen konnte.

Demgegenüber halten die Linken seit den ersten Wochen des Krieges den Norden des Landes mit der Stadt Tripoli besetzt, wo sie inzwischen eine eigene Verwaltung aufbauen konnten. In den Kämpfen um Tripoli hatten die Truppen des Faschisten Frandschiah Terror und Massaker unter der Bevölkerung angerichtet, aber trotzdem den Volkskräften weichen müssen.

Auch in den armen Stadtvierten Beiruts, wie z.B. in Schiah, herrschen die Massen, während die reichen Viertel, wie z.B. die Prachtstraße Hamra, in Schutt und Asche gelegt wurden. Die ganze Ausbeuterclique der reichen Familien mit ihrem Anhang und die ausländischen Bank- und Konzernvertreter sind ins Ausland oder in die zu Privatfestungen ausgebauten Bergdörfer geflüchtet. Als Stadt der imperialistischen Macht- und Prachtentfaltung wird Beirut nicht wieder auferstehen.

In den letzten Wochen hatten der CIA und der israelische Geheimdienst – die hinter der faschistischen Falange stehen – Gerüchte über eine mögliche Teilung des Libanon in Umlauf gebracht. Auf welche Macht sie sich dabei im Libanon noch stützen können, konnten sie nicht angeben. Will sich doch weder Israel noch etwa Syrien durch eine direkte Intervention im Libanon die Finger verbrennen.

Auch die Abschließung der palästinensischen Lager Tall-as-Saatar und Jisr-al-Bascha sowie die Besetzung des kleinen Lagers Dbai durch die Faschisten kann ihnen höchstens neue Feinde machen. Das Lager Tall-as-Saatar ist als feste Basis des Widerstands bekannt. Nur durch den Rückzug von Fatah-Einheiten aus ihren Stellungen und den Abschluß eines ungünstigen Waffenstillstandes konnte es überhaupt in die Zange der Faschisten geraten. Wenn palästinensische Kämpfer das Lager freikämpfen, werden sie damit auch einen Sieg über die auf Anpassung bedachte Linie im palästinensischen Widerstand erringen. ●

Regierungskrise in Italien

Zum Jahresende hat die PSI (Sozialistische Partei) der Regierung Moro ihre Unterstützung verweigert und damit eine neue Regierungskrise ausgelöst. Die PSI beschuldigte die Regierung (derzeit nur Minister der DC und der Republikaner, PRI), bei dem Entwurf zum neuen mittelfristigen Konjunkturprogramm die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Italiens nicht berücksichtigt zu haben.

Die DC hat daraufhin der PSI einige Zugeständnisse versprochen, um die Krise abzuwenden – jedoch ohne Erfolg. Am 13.1. beauftragte Staatspräsident Leone daraufhin wieder Moro mit neuen Koalitionsgesprächen für die Kabinettsumbildung.

20 Billionen Lire für die Kapitalisten und drei reaktionäre Gesetze

Die Krise hat in allen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden Hektik ausgelöst, denn gerade für Januar stehen einschneidende Entwürfe und Gesetzesvorlagen zur Abstimmung an:

- Die wichtigste „Reform" ist dabei ein gigantisches Konjunkturprogramm, das mit 20 Billionen Lire (ca. 75 Mrd. Mark) den Kapitalisten in den nächsten Jahren aus der Krise helfen soll. Dieses Geld ist u.a. für die „Cassa del Mezzogiorno", also Investitionen in Süditalien, bestimmt. Weiterhin sollen davon der Industrieaufbauplan, der Energieplan und eine „Konjunkturspritze" für die mittleren und kleinen Fabriken finanziert werden.

Für das Heer der arbeitslosen Kollegen, gegen die Wohnungsnot und die miserablen Gesundheits- und Ausbildungsbedingungen der Arbeiterklasse, ist dagegen kein Pfennig übrig. Für sie ist das neue

- Mindestlohn-(Hunger)-Gesetz in Arbeit, das auch im Falle der Arbeitslosigkeit in erster Linie aus Steuergeldern finanziert werden soll und so den Unternehmern einen weiteren Freibrief für noch mehr Entlassungen bietet. Dieser Entwurf sollte am 14.1. vorgelegt werden.
- Als eine weitere Verschlechterung besonders für die arbeitenden Frauen wird am 13.1. im Parlament über das neue Abtreibungsgesetz entschieden, das dem CDU-Indikationsentwurf entspricht. Damit soll entgegen dem vor allem von der PSI eingebrachten Fristenregelungsentwurf die Legalisierung der Abtreibung verhindert werden.
- Das dritte „Reform"-Gesetz ist das „Regolamento di disciplina" von Forlani, das neue Disziplinargesetz für die Armee. Diese durch überaltete Ordnungsstrukturen und Rüstungsapparate „wenig schlagkräftige" Armee soll rigoros durchrationalisiert und diszipliniert werden, um gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse, aber auch nach außen, mobiler und effektiver zu werden. Dieser Entwurf sollte am 16.1. im Parlament zur Abstimmung stehen.

Bürgerliche Parteien suchen schnelle „Lösung"

Fieberhaft versuchen die Parteien, eine rasche Lösung der Regierungskrise zu finden. Sie werden dabei von den Kapitalisten aus Angst um ihre Profite und von den Gewerkschaftszentralen aus Angst vor einer Zuspitzung der Klassenkämpfe unterstützt. Dabei stehen drei Möglichkeiten zur Wahl:

1. **Kabinettsumbildung** mit Ministersesseln auch für die PSI;
2; **Alleinregierung DC-PRI-Koalition** mindestens bis die Gesetze und der Konjunkturplan durch sind. Die DC verspricht sich dann auch von ihrem Parteitag im März eine bessere Ausgangsposition für Neuwahlen.
3. **Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen.**

Die erste Lösung wird aber wohl von der PSI selbst abgelehnt, da ein entscheidender Grund für ihre Verweigerung der Unterstützung der Regierung Moro folgende Absicht zu sein scheint: Die PSI will dem Linksrutsch bei den Kommunalwahlen im Juni 1975 (PCI 33,4%, PSI 12%) auch im Parlament Geltung verschaffen und fordert daher eine Linkskoalition zusammen mit den Kommunisten, zumindest aber eine Beteiligung der PCI an der Regierung. Die DC lehnt jedoch nach wie vor eine Regierungsbeteiligung der PCI ab. Ebenso die PRI und die Sozialdemokraten (PSDI).

Die zweite Lösung kann die PSI ebenfalls kaum unterstützen, da sie das Konjunkturprogramm ablehnt und zudem der schärfste parlamentarische Gegner des Abtreibungsparagraphen ist. Auch die PRI hat sich für die Fristenlösung ausgesprochen.

Bleiben praktisch nur die Neuwahlen, die allerdings alle bürgerlichen Parteien, bis auf die Faschisten, ablehnen, weil sie „die wirtschaftliche Krise Italiens gefährlich verzögern und verlängern würden" (PCI).

PCI – idealer Stabilisierungsfaktor für die Bourgeoisie

Alles andere als erfreut zeigt sich die PCI gegenüber dem Koalitonsangebot der Sozialisten.

Für sie gibt es nur eins: den „historischen Kompromiß", also eine DC-PCI-Koalition. Die PCI orientiert daher ganz „selbstlos" derzeit in erster Linie auf die Einfrierung des „Status quo" in der Absicht, so eine Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise aufhalten zu können. Dies ist ihr Stabilisierungsbeitrag für die Kapitalisten, als Empfehlung für ihre „Regierungsreife". Deshalb ist von der PCI auch noch keine Kritik an dem Konjunkturprogramm gekommen, deshalb macht sie mit DC und MSI gegen die Fristenregelung gemeinsame Sache und fällt dem demokratischen Kampf der Soldaten in den Rücken.

Die PSI hat sich noch nicht eindeutig zu Neuwahlen geäußert. Klar ist jedoch, daß sie sich gegen die offen rechte Politik der PCI mit der von ihr gestellten populären Forderung nach einer „Linkskoalition" stärker zu profilieren versucht. ●

Italien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Arbeitslosendemonstration in Rom. Text des oberen Transparents: Arbeiter, Studenten, Arbeitslose – organisiert siegen wir. Spruchband unten: Weg mit der Regierung Moro!

Schweres Grubenunglück in Indien

Am 27. Dezember kam es zu dem schwersten Unglück in der Geschichte des indischen Kohlenbergbaus. Im Bundesstaat Bihar wurde durch eine Schlagwetterexplosion in der Zeche Chasnala die Trennwand zu einem angrenzenden Stollen zerstört, der als Wasserreservoir für die Stadt Dhanbad gedient hatte. 400 Millionen Liter Wasser überfluteten die Stollen.

Es ist nicht genau zu sagen, wieviele Arbeiter bei dem Unglück ums Leben gekommen sind. Die indische Nachrichtenagentur Press Trust of India (PTI) meldete einen Tag nach dem Unglück, in dem Stollen hätten sich 900 Arbeiter befunden („FAZ", 29.12.75). Diese Meldung scheint der Wahrheit am nächsten zu kommen; sie wurde auch von anderen Aussagen gestützt. Es ist also zu befürchten, daß fast 1.000 Kumpel durch die Explosion getötet, ertrunken oder durch Kohlenmonoxid umgekommen sind.

Die indische Regierung ließ die Meldung der Nachrichtenagentur zurückziehen und verhängte eine Zensur über Angaben von Zahlen der Opfer! Das Presseamt der Zentralregierung erklärte anschließend „...*eine Anzahl von Bergleuten (wurde) unter Tage .... eingeschlossen*" („FAZ", 29.12.75).

Regierung und Behörden hatten allen Grund dazu, das tatsächliche Ausmaß und die Ursachen des Unglücks verschleiern zu wollen und Angaben darüber unter Strafe zu stellen.

Es gehört in Indien sozusagen zum „System", daß Kumpel, die einen Arbeitsplatz haben, diesen an einen sogenannten „Ersatzarbeiter" weitergeben (dafür eine „Vermittlungsprämie" erhalten) und selbst einer anderen Tätigkeit nachgehen. Das geschieht, weil der Lohn von 130 – 210 DM (monatlich!) für einen Kumpel und dessen Familie kaum zum Leben reicht – und weil sich viele aus dem Millionenheer der Arbeitslosen „lieber" als „Ersatzarbeiter" verdingen als zu verhungern.

Diese Arbeiter erhalten nicht nur einen noch geringeren Hungerlohn als üblich, sondern sind im Falle von Krankheit und Unfall auch nicht versichert (da sie ja gar nicht sie selbst sind, sondern mit den Papieren eines anderen arbeiten).

Nach der schweren Katastrophe auf der Zeche Chasnala gibt es nun die makabre Situation, daß in vielen Fällen nicht die völlig mittellosen Angehörigen der tatsächlich Verunglückten die von der Regierung zugesagte Hinterbliebenenhilfe erhalten, sondern die Familien derjenigen Kumpel, die ihren Arbeitsplatz weitervermietet haben (und zur Zeit des Unglücks gar nicht in der Zeche waren).

Im gesamten indischen Bergbau herrschen katastrophalste frühkapitalistische Zustände. Die Kapitalisten hatten die Zechen nur ausgebeutet, aber völlig unzureichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen, so daß das Sicherheitsniveau rapide abgenommen hatte. Immer mehr Kumpel verunglückten und starben. 183 tödliche Unfälle 1973; 211 waren es 1974 und 261 (ohne die Opfer von Chasnala) 1975! (Nach einer Statistik des Generalsekretärs der Bergarbeitergewerkschaft, Kalalyan Roy, der gleichzeitig Abgeordneter der „Kommunistischen Partei Indiens" ist; vergl. „FR", 2.1.76). Nach einer Meldung der „Hamburger Morgenpost" hatten diese Zustände schon einmal auf der Zeche Chasnala ihre Opfer gefordert: 1965 verunglückten 375 Arbeiter tödlich! („MoPo", 29.12.75).

Nach den Protesten der Gewerkschaften ließ die Regierung die Kohlengruben des Landes verstaatlichen. Zwar bewilligte die Regierung Gelder für einen Ausbau der Zechen, die versackten aber in irgendwelchen „dunklen Kanälen". Der Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Roy, erhob schwere Vorwürfe gegen „*korrupte Beamte und Vertragsunternehmer*" („FR", 2.1.76).

„*Gelder im Betrag von umgerechnet rund 780.000 Mark, die im Jahre 1973 von der Regierung für die Verbesserung und Sicherung der Anlagen im Kohlenbergwerk Chasnala* (in dem das Unglück passierte, d. Red) *bewilligt worden waren, seien widerrechtlich verwendet und unterschlagen worden*". („FR", 2.1.76).

Selbst wenn die Regierung noch einen „Untersuchungs"ausschuß zur Klärung der Unglücks un seiner Hintergründe einsetzen sollte, ist von vornherein klar, daß das ein Vertuschungsausschuß sein wird.

Die wahren Schuldigen stehen seit langem fest: Die Kapitalisten, die die Kohlengruben rücksichtslos ausbeuten und die Regierung, die allesamt für die Aufrechterhaltung der bestehenden katastrophalen Zustände im Kohlenbergbau sorgten. ●

Indien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Sturmflut an der Unterelbe

„Höhere Gewalt“ oder war die Katastrophe voraussehbar?

Am Sonnabend, den 3.1.76, fegte mit Geschwindigkeiten von über 180 Stundenkilometern ein Orkan über die Nordsee. Dieser Orkan trieb eine gewaltige Flutwelle nach Dänemark und in die Elbmündung. Die Folge war die höchste Flutwelle, die bisher in der Geschichte des Hamburger Hafens, seit 786 Jahren, aufgezeichnet wurde. („Hamburger Abendblatt“, 10.1.76) Ihre Höhe betrug 6,45 m über „Normal Null“. Bei der Staustufe Geesthacht unterhalb Hamburgs stieg der Flutpegel 84 cm höher als bei der „Jahrhundertflut“ 1962, als allein in Hamburg 315 Menschen umkamen.

Milliardenschäden an der Unterelbe

Von der Flutwelle wurden 100.000 ha Land überspült („Welt am Sonntag“, 11.1.76). Die Siedlungen von über 20.000 Menschen wurden überflutet („FAZ“, 6.1.). Allein in Hamburg wohnen noch 10.000 Bewohner vor den Deichen, 1.250 mußten evakuiert werden („Mopo“, 5.1.76). Doch auch überall dort, wo nach der Flut von 1962 die alten Deiche von 1825 nicht erhöht worden waren, waren die Bewohner bedroht. Insgesamt 25mal brachen die Deiche, wobei unmittelbar an den Deichen ein Schaden von 40 Mio. DM entstand.

Als erster brach an der Nordseeküste der Deich am Christianskoog (14.37 Uhr), 200 Einwohner wurden evakuiert („Hamburger Abendblatt“, (HA) 5.1.). Eine Stunde später überspülte die Flutwelle auf 400 m Breite den Deich an der Haseldorfer Marsch, zahlreiche Deichbrüche, 40 Quadratkilometer Land und 1000 Wohnungen unter Wasser waren die Folge.

Bei Kehdingen und Drochtersen brach der Deich 10mal, 20.000 ha Land standen unter Wasser, 800 Stück Vieh sollen dort umgekommen sein („FAZ“, 7.1.76). Die höchsten Sachschäden entstanden im Hamburger Hafen, sie werden auf 500 - 900 („HA“, 10./11.1.) oder sogar auf mehrere Milliarden DM („FR“, 6.1.) geschätzt.

- Hunderte von Fahrzeugen wurden unbrauchbar.
- Überall gab es Flutschäden an den Gebäuden und dort lagernden Waren;
- In den Kühlhäusern verdarben Lebensmittel – der Strom war ausgefallen.
- Die Raffinerien und Mineralölfirmen und zahlreiche andere Firmen mußten vorübergehend die Produktion einstellen. Besonders betroffen wurde der Rüstungskonzern MBB, wo die Fluten einen Schaden von 80 Mio. DM angerichtet haben sollen.

Auch bei der Norddeutschen Affinerie wird noch nicht wieder produziert.

Hamburger Behörden: „Insgesamt zufrieden“!

Die zuständigen Behörden strichen nach der Flut heraus, daß sie insgesamt ihre Aufgabe gut gemeistert hätten. Es wurde hervorgehoben, daß niemand in den Fluten ertrunken sei, während am 17.2.1962, als die Deiche 63mal gebrochen waren, 343 Menschen umkamen – 315 allein in Hamburg, die neuen Deiche hätten sich eben bewährt.

Die Krisenstäbe, die nach 1962 eingesetzt wurden und die 12.000 Helfer einsetzten, hätten *„gut funktioniert“, „insgesamt können wir zufrieden sein“*, erklärte der Gesamtleiter des Hamburger Krisenstabes Dahrendorf („HA“, 5.1.76).

Nur am Rande wurde etwas Parteiengeplänkel aufgezogen:



Die Schleswig-Holsteinische Stoltenberg-Regierung (CDU) ließ verlauten, *„die allzu zögernd fließenden Geldmittel aus Bonn“* seien Schuld an ihrem mangelnden Ausbau der Deiche („HA“, 5.1.76).Bundeskanzler Schmidt, frisch aus Athen zurück, konterte:*„Die scheinen mir mit ihren Arbeiten hinter der Zeit herzuhinken“* („Mopo“, 9.1.76). Doch ansonsten erklärten CDU und SPD unisono:*„Es gibt keine absolute Garantie gegen die Gewalt des Meeres“* (Stoltenberg in „Bild am Sonntag“, 11.1.76); *„Mit dem Risiko von Sturmfluten werden wir auch weiterhin leben müssen“* (Senator Kern (SPD) in „Mopo“, 6.1.).

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Bruns zufolge waren *„mehr Deichbefestigungen aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht möglich“* („Bild“, 5.1.76). Der Hamburger Innensenator Staak erklärte die Kritiken an mangelnden Vorwarnungen schlichtweg für „unberechtigt“, vielmehr seien *„die Warnungen nicht ernst genommen“* worden („Mopo“, 5.1.76). Laut Oberkrisenstäbler Dahrendorf brauchen wir eben „mehr Wasserbewußtsein“, für ihn gab es keine grundsätzlichen Fehler, sondern lediglich „etliche Probleme“ („HA“, 5.1.76) und „Mängel“ bei „örtlichen Krisenstäben“ („Bild“, 5.1.76), die offensichtlich die richtige Generallinie nicht richtig umsetzten. Ansonsten wollen alle jetzt „unbürokratisch“ helfen.

Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Höhe der Flut langfristig nicht voraussehbar gewesen wäre, so sind im wesentlichen wieder ähnliche Fehler wie bei der Flut 1962 gemacht worden, die unter ähnlich ungünstigen Umständen entsprechende Katastrophen hätten zur Folge haben können! Ja,weiterhin muß sogar festgestellt werden, daß die scheinbar ungeahnte Höhe der Flut schon seit Jahren voraussehbar gewesen ist und bei einem weiteren Ausbau der Elbe als Schiffahrtslinie, wie die Planungen das vorsehen, noch schlimmere Fluten zu erwarten sind und es nicht einmal als sicher gelten kann, daß die neuen Deiche nicht überflutet werden, und somit noch schlimmere Katastrophen zu befürchten sind.

Nach der jetzigen Sturmflut müssen die betroffenen Anwohner die Folgen im wesentlichen selbst tragen. Das soll hier im folgenden aufgezeigt werden:

Die meisten Anwohner wurden von den Fluten überrascht!

Staatsrat Dahrendorf erklärte nach der Flut naseweis: bei solchem Rekordwasserstand müsse mit Überflutungen gerechnet werden, *„das weiß jeder, der dort wohnt, arbeitet oder Gewerbe treibt“*, („Bild“, 5.1.76). 4 1/2 Stunden vor der höchsten Fluthöhe in Hamburg,war er so fest der Meinung gewesen, daß „keine Gefahr“ bestünde, daß er dies über den Rundfunk verlauten ließ.

Stattdessen wurde dann hinterher gepöbelt, daß die Betroffenen die Warnungen, die überall erteilt worden sein sollen, „nicht ernst genommen“ hätten (Staak, in „Mopo“, 5.1.76). Der wahre Sachverhalt ist genau umgekehrt: Katastrophenalarm wurde nicht ausgelöst (da ja „keine Gefahr“ bestand), so daß 100 Menschen aus akuter Lebensgefahr gerettet werden mußten („Mopo“, 5.1.76)! (Das „Hamburger Abendblatt“ vom 5.1. gibt sogar die Zahl von 200 an!).

Zwar ist niemand ertrunken, aber dennoch sind zwei Opfer zu beklagen in Folge von Herzattacken, die sie erlitten, als sie von der Flut überrascht wurden.

Fast überall ergab sich dasselbe Bild: In Finkenwerder und Wilhelmsburg *„beklagten sich die Anwohner, daß sie von der Gefahr erst erfuhren, als sie bereits im Wasser standen“* („Mopo“, 5.1.76). 500 Menschen überraschte die Flut in Waltershof („Mopo“, 5.1.76). 40 Personen waren zwischen Ilmenau und Geesthacht vom Wasser eingeschlossen („HA“, 5.1.76). Bei Kehdingen wurden 1000 Personen erst in letzter Minute evakuiert, als das Wasser kam („FR“, 6.1.76). Bei Assel mußten dann 120 Personen mit dem Hubschrauber gerettet werden, einige mußten sich schwimmend in Sicherheit bringen („Bild“, 5.1.76).

In der Haseldorfer Marsch brachte sich ein Teil der Bevölkerung selbst in Sicherheit, als die Dämme brachen. Die anderen erfuhren über Rundfunk, daß eine Evakuierung nicht möglich sei. In Christianskoog wurden die Anwohner zwei Stunden vorher aufgefordert, die Dörfer zu verlassen, das galt geradezu als „vorbildlich“ (nach „HA“, 5.1.76). An einen allgemeinen Katastrophenalarm war überhaupt nicht gedacht worden, eine Sirenenwärterin wartete so lange darauf, den Alarm auszulösen, bis sie selbst schließlich von der Flut eingeschlossen wurde („Bild‘, 5.1.76)

Staatsrat Dahrendorf erklärte, daß der Katastrophenalarm nicht ausgelöst wurde, *„weil die vorhandenen Hilfskräfte ausreichten“* (??) („Bild“, 5.1.76). Das sah so aus: seit morgens 4 Uhr war die Feuerwehr in Alarmbereitschaft („Mopo“, 5.1.). Erst um 14.00 Uhr wurde „Hochwasservoralarm“ ausgelöst für die Bereitschaftspolizei und zwei Züge der Bundeswehr („HA“, 5.1.76). St. Pauli-Fischmarkt und ein Teil der Elbchaussee waren bereits überspült.

Um 14.20 Uhr mußten bereits die ersten Evakuierungen vor den anstürmenden Fluten vorgenommen werden (Finkenwerder, „HA“, 5.1.). Dabei muß man sich vor Augen halten, daß in Dänemark, wo eine Fluthöhe von 5.90 m befürchtet wurde (4.90 m waren es dann), vorsorglich 20.000 Menschen nach einem Plan evakuiert wurden, der vor drei Monaten in einer Generalprobe geübt worden war (nach „FR“, 5.1.)!

Mangels Vorwarnung in der BRD konnte niemand der Überschwemmten sein Hab und Gut vorher in Sicherheit bringen oder die Häuser durch Sandsäcke vor den Fluten schützen. Nun soll zwar „schnell und unbürokratisch“ geholfen werden, doch die Betroffenen bekommen 2.700,- - DM (bei Ehepaaren 3.900,- - DM) und für jede weitere Person eines Haushaltes 1.200,- - DM vom Staat – die Versicherungen zahlen in der Regel nichts. Damit können sich die Geschädigten wohl nur einen Bruchteil der verlorenen Einrichtung wieder besorgen.

Mangels Vorwarnung in der BRD konnte niemand der Überschwemm-

Deshalb wurde die Flut unterschätzt

Die Behörden gaben die zu niedrig angegebene Fluthöhe durch das zuständige „Deutsche Hydrographische Institut“ an, die eine frühere Erkenntnis der Gefahren verhindert habe („Spiegel“, 3/76). Doch die falsche Voraussage ist sehr einfach zu erklären: Bei Windstärke 10 etwa kann das Institut nur eine Fluthöhe auf 1,3 m genau angeben, bei größeren Windstärken (es herrschte Windstärke 14) wird die Ungenauigkeit der Angabe noch größer. Nun wird aber nicht der höchstmögliche Gefahrenwert angegeben und von den Behörden zum Richtmaß der Vorsorge gemacht, denn laut „HA“ vom 14.1. gehörte schon „Mut und Nervenkraft“ dazu, Warnungen, die zu hoch ausfallen, durchzugeben, da die Behörden nachfragen, ob der Verantwortliche sich auch ganz sicher sei.

Doch der um 6 Uhr – also knapp 12 Stunden vor Flutbeginn – angegebene Wert für die Fluthöhe von 4.80 bis 5.20 m hätte die Krisenstäbe verpflichtet, zusammenzutreten („Spiegel“, 3/76). Der wesentliche Grund dafür, daß die Behörden sich völlig sicher fühlten, war, daß bislang die Ursachen völlig geleugnet wurden, die die Flut zur höchsten der Hamburger Geschichte werden ließen. Daran hat sich selbst nach dieser Flut nichts wesentliches geändert.Schon 1962 war es so, daß die Witterungsverhältnisse wesentlich günstiger waren als die, die 1953 in Holland zu einer Überschwemmungskatastrophe führten, bei der 1.300 Menschen umkamen. (Je nach Windrichtung sind die verschiedenen Gebiete der Nordsee von den Fluten besonders betroffen, so wurde Hamburg 1953 weitgehend verschont.) Bei Nordwestwind ist die Elbmündung am meisten betroffen, bei Nordwind wiederum Bremen.) So kam der Oberregierungsrat Boljahn seinerzeit zu dem Schluß, die „schützende Hand des Schicksals“ habe „vor noch viel Schlimmerem bewahrt“ (nach dem Buch:„Die große Flut 1962“).

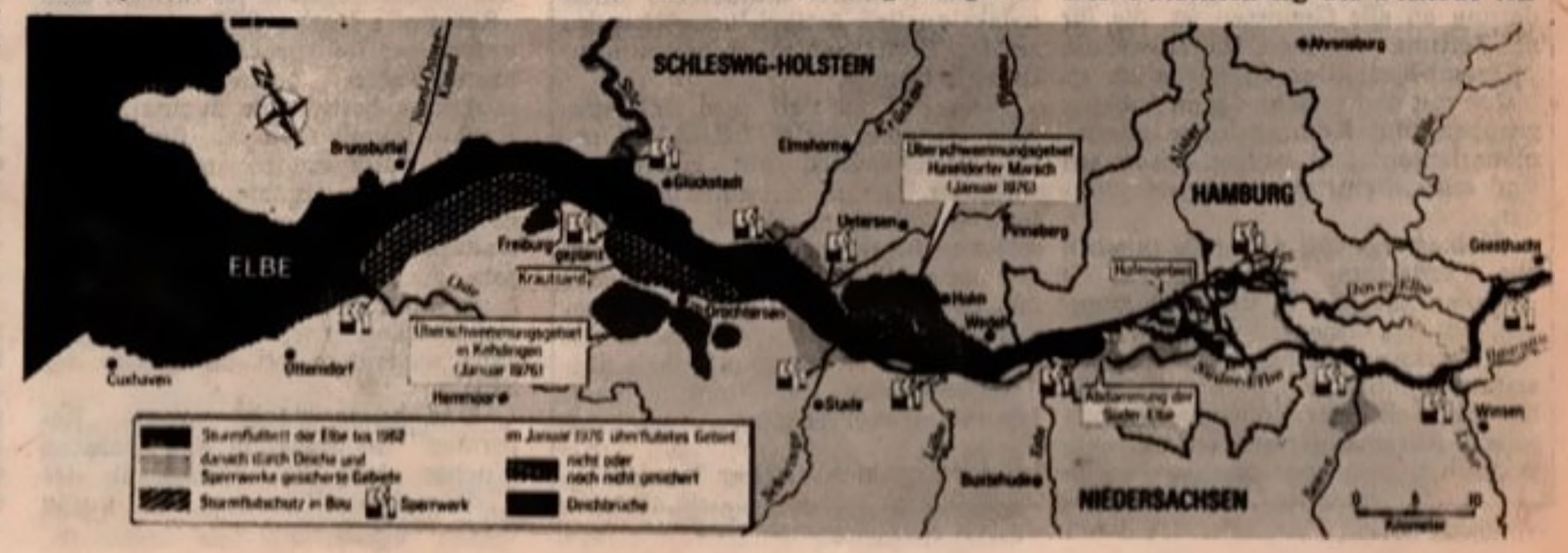
Doch die Flut wurde sehr schnell zur „Jahrhundertflut“ erklärt, das heißt man rechnete erst in 100 Jahren wieder damit. In einem langfristigen Deichprogramm von 1,5 Mrd. DM sollten die Deiche auf eine Höhe von 7,20 statt 5,80 m gebracht werden, was heute erst etwa zur Hälfte geschehen ist und die zahlreichen Brüche an den alten Deichen zur Folge hatte.

Doch gleichzeitig wurde dabei das Flußbett erheblich zugunsten der Schiffahrt verändert: die Deichverteidigungslinie wurde in Hamburg von 122,7 auf 96,6 Kilometer heruntergesetzt, die Flußnebenarme der Elbe durch Sperrwerke, die bei Sturmflut geschlossen werden, abgeschottet – insgesamt 12.000 ha Überflutungsgebiet weniger („FR“, 9.1.76). Und das nicht nur in Hamburg, sondern entlang der gesamten Unterelbe. Es sollen sogar noch erheblich mehr Gebiete eingedeicht werden (s. Karte). Gleichzeitig wurde der Elblauf begradigt und die Schiffahrtsrinne vertieft (wie jüngst von 11 auf 13,5 m). Dadurch führen die Wassermassen, die in den Mündungstrichter bei Sturmflut geschoben werden (und deren Menge lediglich von der Größe des Trichters abhängig ist) zu immer höheren Flutpegeln in der verengten Elbe und dringen immer schneller in Richtung Hamburg vor (nach „FR“, 9.1.76).

Flutpegeln in der verengten Elbe und dringen immer schneller in Richtung Hamburg vor (nach „FR“, 9.1.76).

Und so war es dann auch am 3. Januar: Nicht der Sturm war schlimmer als 1962, sondern die Flut kam diesmal 4 Tage nach der Springflut zusätzlich mit dem Orkan aus Nordwest (Springflut entsteht, wenn bei Vollmond oder Neumond die Anziehungskraft von Mond und Sonne zusammen die Fluthöhe hervorrufen, das macht einige Dezimeter Fluthöhe mehr aus).

Das führte zu einem Pegelstand in Cuxhaven, der 17 cm über dem Pegel von 1962 lag. In Hamburg stand der Pegel sogar 62 cm höher („HA“, 10./11.7.) und in Geesthacht sogar 84 cm („FR“, 9.1.76). Weiterhin brauchte die Flutwelle nach Hamburg nur noch 160 statt normal 240 Minuten („FR“, 9.1.). Doch im Grunde sind diese Erkenntnisse keineswegs neu. Nach 1962 hat es bereits sechs (!) weitere „Jahrhundertfluten“ gegeben, und das dritte Mal wurde jetzt in Hamburg ein Pegelstand erreicht, der noch nie dagewesen ist. Diese Erkenntnisse wurden samt Begründung des mangelnden Wasserauslaufs in einem Gutachten des Ingenieurs Gudebus dargelegt. Das Gutachten lag der Behörde An-



fang 1974 vor. Die Behörden erklärten das für „unsinnig".

Eine vom Senat eingesetzte „Unabhängige Kommission Sturmfluten" behauptete dann, daß die Sturmflutwasserstände davon überhaupt nicht beeinflußt wwürden. Auch nach dieser Sturmflut streiten die Behörden diese Ursachen für die höheren Sturmfluten einfach ab. Andererseits hat der Katastrophenstab dennoch erwogen, als am folgenden Montag wiederum Sturmflutwarnung gegeben wurde, gegebenenfalls den Pinnau-Deich aufzureißen, um die Haseldorfer Marsch vor weiterer Überflutung zu schützen. (Damit hat sich der Katastrophenstab die „unsinnigen" (?) Gedanken des Ingenieurs Gudebus zu eigen gemacht und wollte sie sogar praktizieren.)

Er will allerdings den Hafen aus dem Küstenschutz zugunsten der Sicherung der Hafenkapitalisten herauszunehmen! Er denkt dabei an Möglichkeiten, die Waren im Hafen auf Podesten zu stapeln, bzw. die Hafenalarmsysteme auszubauen.

Und das alles, weil – man höre und staune – in Zukunft mit „mehr hohen Sturmfluten" zu rechnen sei („HA", 10./11.1.). Das Makabre an der Geschichte ist, daß die Hafenkapitalisten, die 1973 eine „Notgemeinschaft" bildeten und den Ingenieur Gudebus als Gutachter anheuerten, seine Warnungen bislang lediglich dazu ausgenutzt haben, um vom Hamburger Senat Schadenersatz zu fordern, da der ja schuld an den Katastrophen sei. Neue Abschirmungen an und in der Elbe wurden bisher nie konkret verlangt.

Auf der letzten Sitzung der „Notgemeinschaft", als von Gudebus dargelegt wurde, daß bei weiterem Ausbau der Elbe nach bisherigen Planungen diese Flut sogar noch 60 cm höher steigen würde, wurden unter den Kapitalisten sogar
den unter den Kapitalisten sogar
Stimmen laut, die fragten, ob ihr Hafen „unter diesem Vorzeichen überhaupt noch eine Zukunft" habe und forderten dementsprechend ein Sperrwerk für den Hafen. Doch Vorstandssprecher Schubert wollte das nur als ein „Denkmodell" sehen und forderte, die „Notgemeinschaft" müsse bei allen entsprechenden Projekten gehört werden. So wurden wiederum lediglich Forderungen aufgestellt, bei denen der Steuerzahler zur Kasse für die Hafenkapitalisten gebeten wird. Ihnen sollen die Schäden (z.T. notwendige Umsiedlungen und Schutzvorrichtungen) bezahlt werden.

Nach all diesem sieht für die Bevölkerung die Zukunft nicht gerade rosig aus: 60 cm und gegebenenfalls noch höhere Fluten bedeuten die Grenze, bei der auch die neuen Deiche überspült würden und unweigerlich wie auch diesmal die alten brechen würden, weil sie von hinten leicht zu durchbrechen sind.

Dann sind Katastrophen nicht wie diesmal „nur" für den Besitz der Anwohner zu befürchten, sondern ähnliche Folgen für Menschenleben, wie 1962, denkbar! ●

Was bedeutet „Normal Null"

Normal Null (NN), das ist die Höhe des Meeresspiegels. Der Ur-Pegel steht in Amsterdam. Was darunter liegt, ist Ebbe. Darüber ist bei 1,70 Meter ein mittleres Hochwasser — im Rhythmus der Gezeiten völlig normal. 1962 erreichte das Wasser 5,70 Meter über NN. Jetzt waren es 6.45 Meter über NN — zum Glück haben die neuen Hamburger Deiche 7.20 Meter über NN.



(aus „Hamburger Morgenpost" vom 5. 1. 76)

Das wurde allerdings nicht notwendig, da die Flut niedriger als erwartet ausfiel („Mopo", 6.1.76). Daran zeigt sich deutlich, daß es den Behörden wesentlich darauf ankommt, die Anwohner zu „beruhigen"; Ham-
die Anwohner zu „beruhigen"; Ham-
burg habe ein „Optimum an Sicherheit" erreicht infolge der neuen Deiche, mehr sei nun „nicht möglich" („HA", 5.1.76). Entsprechend wenig soll dann auch getan werden. Die alten Deiche werden noch auf die neue Höhe gebracht werden – CDU-Stoltenberg schlug vor: innerhalb von 10 Jahren das Programm durchzuziehen („Bild am Sonntag", 11.1.76). Dabei werden noch einige Ufergebiete neu eingedeicht werden. Zu gut deutsch: der Ausbau der Elbe im Interesse der Schiffahrt und auch der Hafenfirma, im Interesse des „schnellen Hamburger Hafens" soll wie bisher weiter vonstatten gehen. So erklärte Senator Kern unter dem Motto „wir leben mit dem Risiko", daß der Bau einer Schleuse im Lauf der Elbmündung, der alle Gebiete dahinter völlig vor den Fluten schützen würde, für ihn „indiskutabel" ist, da man sonst wegen der Schleusenzeiten den Hamburger Hafen „beerdigen" lassen könne. Außerdem müßten dann die Abwässer von den Firmen besser gereinigt werden, sonst würde die Elbe „zum stinkenden Industriekanal" (Kern in „Mopo", 6.1.).Stattdessen schlägt Kern sogar vor, Gelder aus dem Küsten-

Blohm & Voss: 26 Kollegen durch Explosion getötet

Bisher 26 Todesopfer forderte das bisher schwerste Unglück auf der Hamburger Großwerft Blohm & Voß, als am 9.1. auf einem Schiffsneubau die Brennkammer eines Kessels explodierte. Mindestens noch weitere 11 Kollegen liegen noch heute mit schwersten Verbrennungen im Krankenhaus; es ist mehr als nur unwahrscheinlich, daß alle diese Kollegen ihre Verletzungen überleben werden.

Durch die Explosion des Kessels strömte 300° heißer Dampf unter einem Druck von 62 atü (ein Autoreifen hat 1,8 bis 2 atü) in den Maschinenraum, in dem noch mindestens 47 Kollegen arbeiteten.

Einer der ersten Kommentare eines Werftsprechers zu dem Unglück war: „Sowas kann schon mal passieren." (!!) Tatsächlich ist auch dieses Unglück auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der B & V-Bosse für die Werftarbeiter zurückzuführen:

Denn Tatsache ist zumindest bis heute:

▶ B & V oderte sechs Schiffe dieses Typs zu einem Ablieferungstermin, der nur durch größte Knüppelei der Kollegen, bei Außerachtlassung der primitivsten Sicherheitsvorkehrungen, eingehalten werden konnte.

▶ Die Arbeiten auf der „Anders Maersk" (hier explodierte der Kessel) standen unter einem ungeheuren Termindruck; das Schiff sollte am 17.1. bereits auf Probefahrt gehen.

Selbst die Geschäftsleitung der Werft gestand ein, daß *„kurz vor der Probefahrt auf dem Schiff ein wildes Treiben herrschte."*

▶ Da selbst die B & V-Kapitalisten die Ablieferung des Schiffes zum vereinbarten Termin kaum mehr für möglich hielten, boten sie es den HDW-Kapitalisten zur Fertigstellung an. Obwohl HDW selbst momentan unter Auftragsmangel leidet, lehnten es die HDW-Bosse ab: Selbst bei größtem Einsatz könnte das Schiff frühestens bis März (!) 76 auf Probefahrt gehen.

▶ Der Versuch der B & V-Bosse, den Neubau dennoch zum vereinbarten Termin abzuliefern, um Konventionalstrafen zu umgehen, führte zu einer maßlosen Arbeitshetze; mehr als 12-Stunden-Schichten für die Arbeiter waren der Normalfall.

▶ Selbst bei der Kesselerprobung, die immer eine gefährliche Situation darstellt, waren mehr Kollegen als unbedingt notwendig an Bord, u.a. Maler und Schweißer, die sogar Schweißarbeiten (!) durchführten („Hambg. Morgenpost", 10.1.76). Selbst nach Aussagen eines B & V-Sprechers wären nur 25 Kollegen für die Erprobung notwendig gewesen. Allerdings ist auch das noch gelogen: Für die heutigen modernen Kesselanlagen sind bei Erprobungen höchstens acht Kollegen, die zumeist außerhalb des unmittelbaren Gefahrenbereiches arbeiten, notwendig.

▶ Die zum Zeitpunkt der Explosion im Maschinenraum beschäftigten Arbeiter trugen nur die üblichen Arbeitsanzüge, obwohl es für diese Fälle besondere Schutzkleidungen (Asbestanzüge) gibt.

▶ Unter Termindruck wurden die Arbeiten auf der „Anders Maersk" vorangetrieben, obwohl auf einem Schiff desselben Typs („Adrian Maersk") bereits ein schwerer Schaden an derselben Kesselanlage auftrat, der zu einer mehrwöchigen Verspätung des Ablieferungstermins führte („Stern", 15.1.76).

Das Testen einer Kesselanlage ist „an sich" keine Arbeit, die immer wieder zu Explosionen führen muß – allerdings nur dann, wenn genügend Zeit vorhanden ist und die elementarsten Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden. Das ist auf der „Anders Maersk" nicht geschehen!

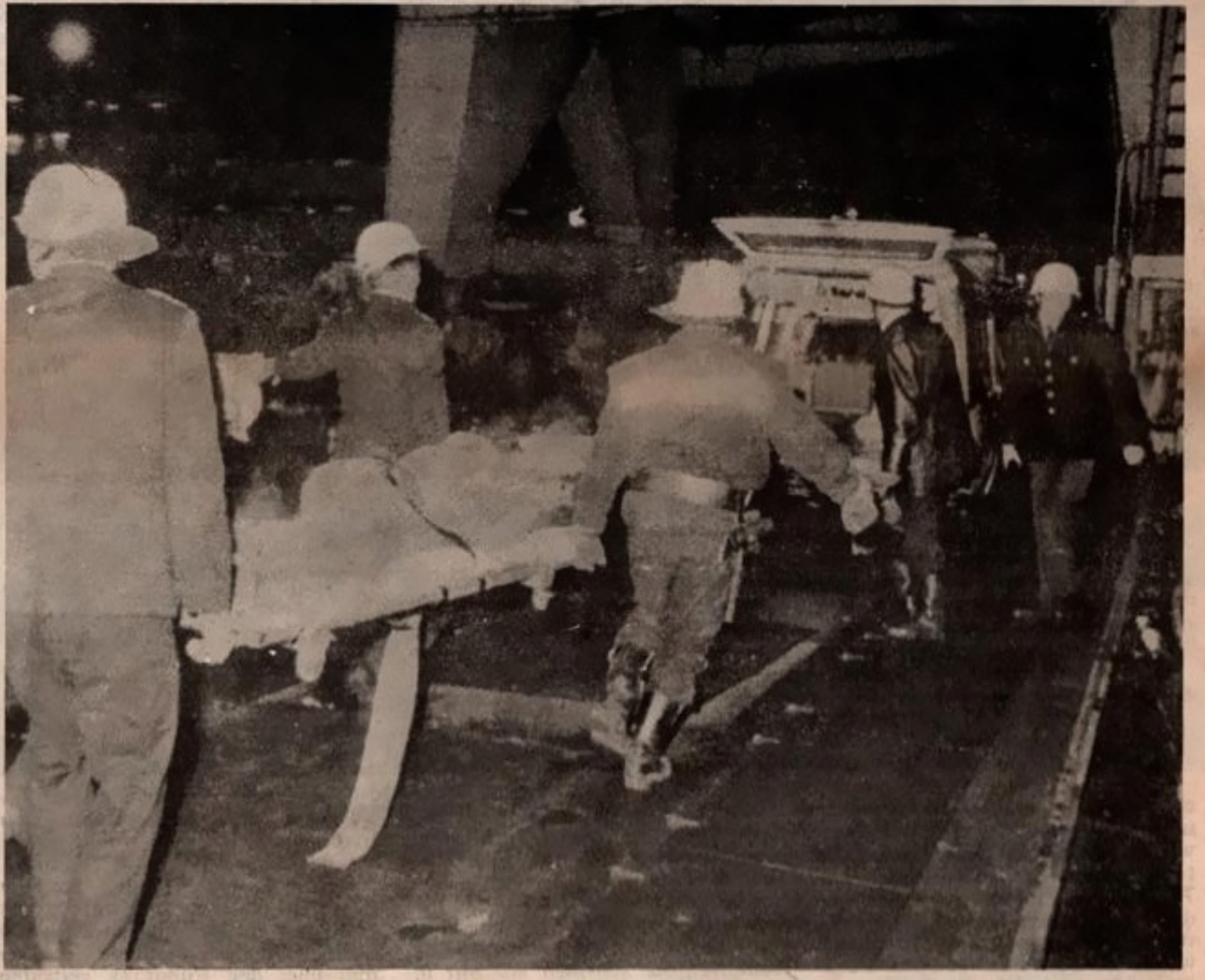
Das Unglück ist allein auf die hemmungslose Profitsucht der Kapitalisten der „Knochenmühle" Blohm & Voß zurückzuführen.

Allerdings ist kaum zu erwarten, daß bei den jetzigen Untersuchungen diese wirklichen Unfallursachen aufgedeckt werden. Die „Welt am Sonntag" zitierte einen der Überlebenden: *„Ich könnt' schon was erzählen, aber ich werde mir nicht den Mund verbrennen, nachher bin ich deswegen meine Arbeit los"* (11.1.76).

Aus Erfahrungen mit derartigen „Untersuchungen über die Unfallursachen" wissen wir, daß dieser Tribut an Todesopfern, den die kapitalistische Profitsucht der Arbeiterklasse abfordert, mit angeblichen „Materialfehlern" oder „Versagen unterer Vorgesetzter" erklärt wird.

Verstärken wir den Kampf gegen die kapitalistische Antreiberei, die jährlich tausende von Kollegen in den Tod treibt! ●

Arbeiterzelle Blohm & Voß
KB/Gruppe Hamburg



Feuerwehrmänner tragen einen der verbrühten Werftarbeiter zum Krankenwagen

Zu unserer Presse-Arbeit

Wir haben einige Veränderungen unserer Presse-Arbeit diskutiert und beschlossen:

1. Bildung einer „Gesamt-Redaktion" für ARBEITERKAMPF, REBELL und die INTERNATIONALE. Konkret bedeutet das, daß wir unsere verschiedenen Zeitungen stärker aufeinander abstimmen wollen, die wesentlichen Themen stärker kollektiv festlegen und gegebenenfalls auch bearbeiten wollen. Bisher war die Lage dadurch gekennzeichnet, daß REBELL und dI relativ isoliert vom AK hergestellt wurden. Alle Genossen der „Gesamt-Redaktion" sollen sich zukünftig stärker wechselseitig an allen drei Zeitungen beteiligen.
2. 14-tägiges Erscheinen des AK. Das heißt u.a., daß wir uns zukünftig um eine aktuellere, umfassendere und straffere Berichterstattung bemühen wollen, was zugleich eine Aufforderung an alle Genossen ist, die für die Zeitung schreiben. Hierzu soll die „Gesamt-Redaktion" mehr noch als bisher mit den verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen zusammenarbeiten. Seit einigen Nummern sind schon Schritte hierzu getan worden.

Keineswegs soll dies eine inhaltliche Verflachung bedeuten, wie sie vor allem die „KVZ" des KBW kennzeichnet. Im Gegenteil wollen wir neben der knappen, aktuellen Berichterstattung noch s t ä r k e r als bisher die Seite der politisch-ideologischen Auseinandersetzung um alle taktischen und strategischen Fragen der Bewegung entwickeln, zusammenfassende Einschätzungen geben u.s.w.

3. die INTERNATIONALE soll zukünftig m o n a t l i c h (statt wie bisher alle sechs Wochen) erscheinen und soll dann Broschürenformat (A4) haben. DIE INTERNATIONALE soll dann a u s s c h l i e ß l i c h der Behandlung politisch-theoretischer Fragen der internationalen revolutionären Bewegung dienen, wobei wir uns vor allem auf Europa und einige besonders wichtige Regionen (z.B. Nahost) konzentrieren wollen. N i c h t mehr in der INTERNATIONALE erscheinen sollen z.B. Urlaubsberichte oder Situationsberichte aus bestimmten Ländern. DIE INTERNATIONALE wird in erster Linie Übersetzungen aus Veröffentlichungen der internationalen revolutionären Linken enthalten, daneben als Richtschnur für jede Nummer mindestens einen redaktionellen Artikel, beispielsweise zu den Positionen einer bestimmten Organisation.

Von Fall zu Fall wird sich eine ganze Nummer der INTERNATIONALE ausschließlich mit einem bestimmten Thema, mit einer bestimmten Organisation, mit den Organisationen in einem bestimmten Land etc. beschäftigen. Beispielsweise soll die erste Nummer, die zusammen mit dem nächsten AK erscheinen wird, ganz der demokratischen Soldatenbewegung in verschiedenen Ländern gewidmet sein. ●

LG des Kommunistischen Bundes

Maulkorbgesetz verabschiedet

Am 16. Januar ging ein weiteres „Reform"werk der SPD/FDP-Regierung über die Bühne. E i n s t i m m i g verabschiedete der Bundestag das sogenannte „Maulkorbgesetz" in der Fassung des § 88 a. Dadurch wird die „Befürwortung von Gewalttaten" unter Strafe gestellt.

Das Maulkorbgesetz ist fürwahr eine „Reform", Marke SPD. Angetreten unter dem Leitspruch „Mehr Demokratie wagen", bauen die Sozialdemokraten bestehende demokratische Rechte immer mehr ab, Polizei und Militär dafür um so mehr aus. Die Gesetze zur „inneren Sicherheit", die völlige Zentralisierung des Gewaltapparates, das Berufsverbotegesetz, die Ausschaltung von Verteidigern, die Einführung der Sondergerichtsbarkeit usw. usf., all das geht ganz wesentlich auf das Konto der SPD.

Und schon stehen weitere „Reformen" ins Haus: In den nächsten Wochen steht die Legalisierung des „Todesschusses" an. Am 16.1. wurde in erster Lesung die Einführung des „Kronzeugen", die Überwachung des Verkehrs zwischen Verteidigern und Mandanten und die Einführung eines Paragraphen zur Bildung und Unterstützung von „terroristischen Vereinigungen" verabschiedet.

Wen wundert es, daß d i e s e „Reformen" die volle Unterstützung von CDU/CSU finden. Gegen den „Maulkorbparagraphen" gab es im Bundestag keine einzige Gegenstimme. CDU/CSU begrüßten ausdrücklich, daß die „Befürwortung von Gewalt" in den Bereich der Verfassungsdelikte, im Gegensatz zum „normalen" Strafrecht aufgenommen wurde. Die CDU/CSU vertrat allerdings auch die Ansicht, daß die neuen Gesetzesmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen. In der Parlamentsdebatte hatten CDU/CSU Entwürfe eingebracht, die das Versammlungs- und das Demonstrationsrecht noch weitgehender einschränken sollten. Diese Pläne fanden (noch) nicht die erforderliche Mehrheit. Klar ist, daß CDU/CSU bei der nächsten sich bietenden Möglichkeit (spätestens bei uns im Falle eines Wahlsieges) versuchen werden, diese Pläne in die Tat umzusetzen.

Ein schmieriges Schauspiel am Rande boten die „linken" Sozialdemokraten. Wochenlang hatten sie lauthals in der Presse verkündet, daß sie den weitreichenden Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit durch das Maulkorbgesetz nicht zustimmen würden. Sie würden zu dem Gesetz ein klares „Nein" sagen. Der „linke" Sozialdemokrat Lattmann meinte in der Bundestagsdebatte, er sehe die Gefahr, daß durch den § 88 a *„ein Klima von Einschüchterung, Opportunismus und Selbstzensur"* erzeugt werde. Nun, bei den „linken" Sozialdemokraten hat dieses Klima schon voll durchgeschlagen: In der entscheidenden Abstimmung stimmten sie alle f ü r das Maulkorbgesetz. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Portugal: „Neujahrsgeschenke" der portugiesischen Regierung Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung

In seiner Neujahrsansprache legte Staatspräsident Costa Gomes die Ziele der Regierung für das neue Jahr dar:

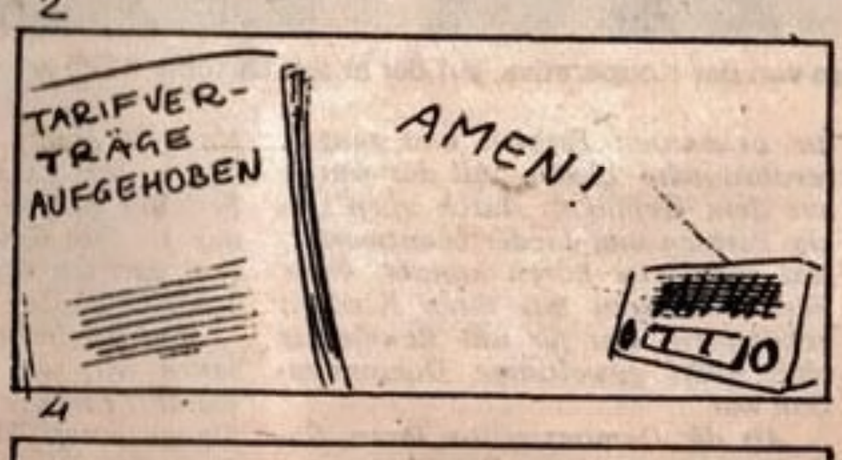
„Solide Grundlagen für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus" war die demagogische Überschrift, und er fuhr fort: *„Im Verlauf von beinahe zwei Jahren Revolution gab es nicht immer die nötige Intelligenz und den Scharfsinn, noch den Mut, um die notwendige Strenge, die die Krise erforderte, anzuwenden."*

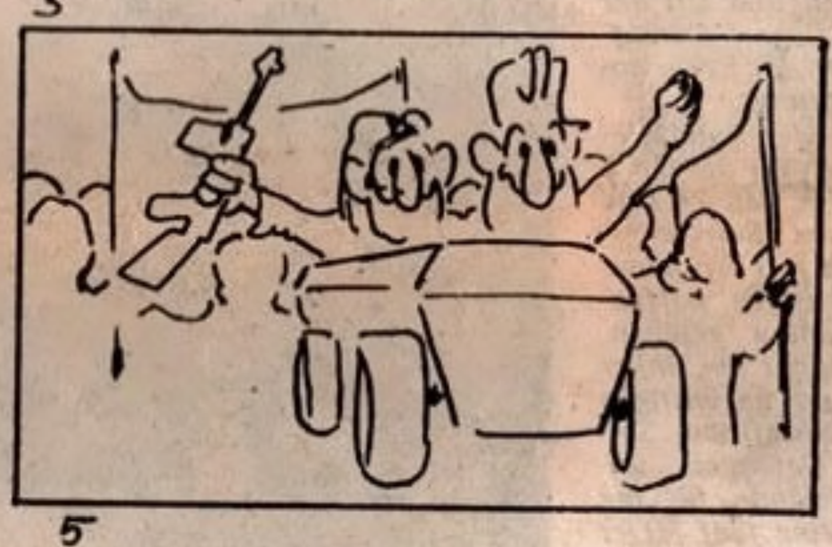
Nun, nach dem Rechtsputsch vom 25. November, nach der vollständigen Zerschlagung aller fortschrittlichen Positionen in der Armee, nun, da die Regierung volle Kontrolle über die staatlichen Repressionsinstrumente hat, bringt sie den traurigen „Mut" aller bürgerlichen Regierungen auf, alle Lasten der Krise den Werktätigen aufzubürden. Durch die Maßnahmen der „Austerität" (Sparpolitik) werden die Klassen des portugiesischen Volkes getroffen, die schon immer die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten waren, die Arbeiter, Landarbeiter und Fischer.



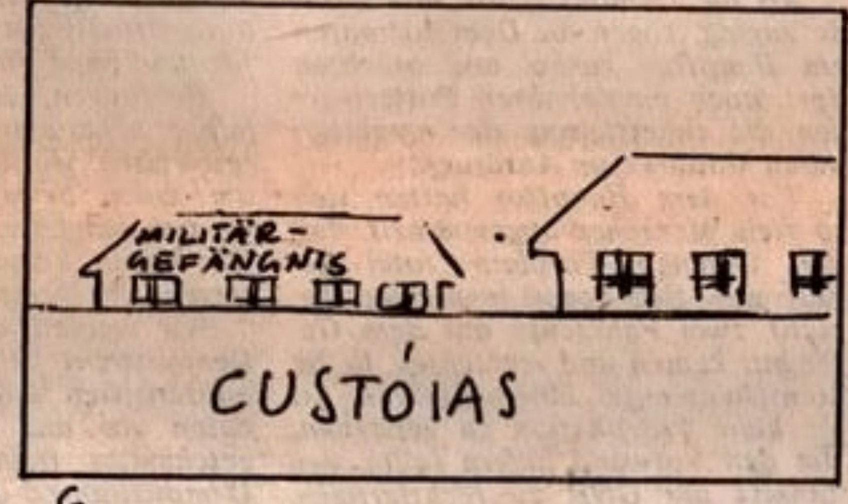








Vor dem 25. November



Nach dem 25. November

Neues Jahr, neue Preise

Als PS-Vorsitzender Soares Mitte Dezember nach Bonn reiste, um sich mit seinem Vorbild Schmidt zu beraten und sich des Beistands der SPD für den angesteuerten Kurs der Integration Portugals in die EG zu versichern, erklärte er, Portugal sei inzwischen soweit stabilisiert, daß man nun zu *„normalen demokratischen Verhältnissen"* zurückkehren könne. („Süddeutsche Zeitung", 19.1.76).
(„Süddeutsche Zeitung", 19.1.76).
Die Regierung werde in den nächsten Tagen einen „harten Plan" zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage vorlegen. Diese Ankündigung stellte er in Verbindung zu Krediten der BRD und Zusicherungen günstiger Bedingungen für ausländische Kapitalanleger.

Am 20. Dezember verkündete die Regierung dann ihr Programm der *„Politik der Wahrheit und des nationalen Wiederaufbaus"*.

Es sieht erhebliche Erhöhungen der direkten und indirekten Steuern vor, ein Einfrieren der Löhne bis März, Preissteigerungen aller Grundnahrungsmittel und der meisten Dienstleistungen sowie der Energie.

In diesem Programm heißt es: *„Die Regierung erkennt das Interesse an ausländischen Investitionen an und unternimmt in Bezug auf die grundsätzliche Orientierung der politischen Ökonomie des Staates alles, um diese zu unterstützen"* („Le Monde", 23.12.75).

Dazu gehören insbesondere Steuererleichterungen für ausländische Kapitalisten, aber auch Garantien, daß die Rechte der Arbeiter weiter eingeschränkt werden und daß die Löhne sinken.

Außerdem beschloß die Regierung, der portugiesischen Export-Industrie großzügig unter die Arme zu greifen. So wird sie künftig Steuergelder zur Verfügung stellen, um etwaige Schwankungen der Wechselkurse auszugleichen.

Ferner wird die Regierung Staatsanleihen aufnehmen, um die ehemaligen Besitzer der enteigneten Großbanken zu „entschädigen". Dasselbe gilt für die ehemaligen Großgrundbesitzer der enteigneten Güter.

Der portugiesische Arbeiter, der jetzt „den Gürtel enger schnallen" soll, weiß also genau, wofür das geschieht!

Inzwischen hat die Welle der Preissteigerungen voll eingesetzt. Es stiegen die Postgebühren um rund 50 %, die öffentlichen Verkehrsmittel um 50 %, Wasser um rund 100 %, Benzin um rund 50 %, Gas, Elektrizität und Heizöl jeweils um etwa 50 %.

Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Milch, Brot und Fisch sowie Gemüse stiegen in schwindelnde Höhen. So kostete beispielsweise das billigste Schweinefleisch in den letzten Tagen in Lissabon 150 Esc. (15 Mark) das Pfund!

Gleichzeitig wurden vom Zwischenhandel Waren wie Butter, Milch, Öl und Kartoffeln künstlich verknappt, um auf diese Weise weitere Preissteigerungen sowie einen schwarzen Markt zu schaffen.

Die Regierung will es aber nicht dabei bewenden lassen, die jetzigen Löhne der Arbeiter „einzufrieren" (für Industriearbeiter zwischen 400 und 600 Mark monatlich im Schnitt), sondern sie will auch die Arbeitszeit von gegenwärtig durchschnittlich 42,5 Stunden pro Woche wieder auf 45 Stunden heraufsetzen (alle Angaben nach „A Capital" und „Le Monde").

Agrarreform soll abgewürgt werden

Die jüngsten Umstrukturierungen der portugiesischen Regierung, die im Anschluß an den 25. November stattfanden, hatten insbesondere das Ziel, den Einfluß des Staatssekretärs im Agrarministerium, Bica (PC), zu brechen.

Bica hatte eine relativ weite Auslegung der Gesetze zur Agrarreform durchgesetzt und Landbesetzungen insbesondere im Süden, unterstützt. In mehreren Großkundgebungen hatten z. B. am Vorabend des 25. November sowie am 14. Dezember und am 7. Januar reaktionäre Grundbesitzer tausende kleinere und mittlere Bauern gegen die Agrarreform aufgehetzt.

In Rio Maior und Loulé forderten sie, daß die Agrarreform beendet werden müsse, daß die Landbesetzungen aufhören müßten und daß insbesondere der Agrarminister Cardoso (PS) und der Staatssekretär Bica (PCP) abgesetzt werden müßten.

Es handelt sich hierbei um eine Bewegung, die die Großgrundbesitzer zum Schutz ihrer Ländereien aufgebaut haben, indem sie den kleinen und mittleren Bauern die bekannten Demagogien einredeten, „die Kommunisten wollten ihnen alles wegnehmen", sie sollten zu „Sklaven der Kommunisten" gemacht werden usw.

Tatsächlich hat die Agrarreform bisher daraus bestanden, daß Landarbeiter den Boden, den sie bisher als Tagelöhner bearbeitet haben, den Großgrundbesitzern weggenommen und darauf Kooperativen errichtet haben.

Es wurden bisher zwischen 700.000 und einer Million Hektar Land besetzt, ausnahmslos Land von Großgrundbesitzern, wovon bis Anfang Dezember 75 insgesamt 340.000 Hektar von der Regierung „anerkannt" waren. Bis zumselben Zeitpunkt hatte das „Institut für die landwirtschaftliche Umstrukturierung (IRA)" insgesamt 220 Produktionskollektive anerkannt.

Das heißt, daß mindestens 400.000 Hektar Land und 200 bis 300 Produktionskollektive „illegal" sind. Um diese Ländereien führen die Großgrundbesitzer ihren Kampf.

Die Kampagne gegen die Agrarreform hat seit dem 25. November bereits große Fortschritte gemacht. Aus zahlreichen Regionalzentren des IRA wurden die Linken herausgesäubert. Damit wurden die Kooperativen der Beratung durch Fachleute beraubt. Darüber hinaus wurde die Kreditbewilligung von staatlicher Seite immer mehr erschwert.

Schließlich ernannte die Regierung eine „Ad-hoc-Kommission", die „Streitfälle und Mißbräuche" untersuchen soll.

Inzwischen haben sich die drei Regierungsparteien PS, PPD und PC auf ein gemeinsames Regierungsprogramm in der Agrarfrage geeinigt. Es sieht vor, daß die Agrarreform auf das Alentejo (Südportugal) begrenzt wird, daß „illegale Besetzungen" aufhören sollen (womit keine Enteignungen mehr stattfinden werden), daß Klein- und Mittelbauern „geschützt" werden und daß „Mißbräuche korrigiert" werden.

Mit diesen Zugeständnissen an die Bourgeoisie erreichte die PC, daß Bica weiter im Amt bleibt, sie mußte jedoch zulassen, daß ein „Unterstaatssekretariat für Fragen der Landreform" gebildet wird, das von der PS besetzt wurde (alle Angaben: „Le Monde", 27.12.75 und 7.1.76).

Gleichzeitig sollen die Kooperativen finanziell ausgetrocknet werden, um so zu „beweisen", daß kollektive Bewirtschaftung unsinnig sei.

Die PS ist sich zweifellos darüber im klaren, daß der Großgrundbesitz im Alentejo nicht aufrechterhalten werden kann und daß die Landbesetzungen nur gegen schärfsten Widerstand der Landarbeiter rückgängig gemacht werden können.

PS und PPD bevorzugen jedoch eine Land„reform", bei der viele selbständige Kleinproduzenten hervorgebracht werden, da so der Kapitalismus insgesamt gestärkt wird. Diesen Parteien ist die kollektive Bewirtschaftung der enteigneten Ländereien ein Dorn im Auge.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Angriffe auf die Agrarreform weiter verschärfen werden.

Ein Mittel dazu sind auch die Hunderte von militärischen Durchsuchungsaktionen der letzten Wochen, die unter dem Vorwand einer Suche nach versteckten Waffen stattfinden und in der Regel nichts zutage fördern.

In der Hauptsache handelt es sich dabei um Einschüchterungsmaßnahmen, die die Kooperativen an den Rand der Legalität treiben sollen.

Verhaftete Revolutionäre werden gefoltert – Faschisten werden freigelassen

In den Militärgefängnissen von Custoias (bei Porto) und Caxias (bei Lissabon) werden noch immer mehr als 150 revolutionäre Soldaten und Offiziere gefangengehalten, die nach dem Rechtsputsch vom 25. November verhaftet wurden.

Wie die Associaçao dos Familiares dos Militares Revolucionarios Presos" (Vereinigung der Familienangehörigen der verhafteten revolutionären Militärs) berichtet, wird etwa 50 von ihnen immer noch jeder Besuch von Familienangehörigen und Anwälten verweigert. Eine große Anzahl von ihnen befindet sich in vollständiger Isolierhaft, was allen Menschenrechten widerspricht.

Inzwischen haben sich die Angehörigen an internationale Juristenvereinigungen gewandt und prangern den Bruch der Genfer Konvention an.

Nach Angaben der portugiesischen Presse befindet sich ein Teil der Inhaftierten inzwischen im Hungerstreik gegen diese Behandlung.

Wiederholt fanden eindrucksvolle Massendemonstrationen vor den Gefängnissen statt, die teilweise brutal unterdrückt wurden (siehe dazu gesonderte Berichterstattung in diesem AK).

Inzwischen gewinnt die Solidaritätsbewegung mit den inhaftierten Militärs in Portugal an Breite. Vor Weihnachten verabschiedete das Provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen der Industrieregion Lissabon eine Resolution, in der es heißt: *„Das Provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen des Industriegürtels Lissabon grüßt alle Arbeiter und Antifaschisten, die im Zusammenhang mit dem 25. November eingekerkert wurden und erklärt sich mit ihnen solidarisch".*

Bei den folgenden Demonstrationen vor den Gefängnissen, zu denen die gesamte Linke aufrief, darunter auch die AEPPA, die Vereinigung der politischen Gefangenen des faschistischen Regimes, war die Hauptforderung: *„Sofortige Freilassung und Rehabilitierung der inhaftierten Revolutionäre"*. Eine weitere Hauptparole war: *„Portugal darf nicht das Chile Europas werden!"*

Unter diesem Druck sah sich die Regierung Anfang Januar sogar gezwungen, eine Kommission einzusetzen, die den Vorwürfen nachgehen soll, daß die inhaftierten Revolutionäre gefoltert würden („A Capital", 3.1.1976).

Während die Regierung in dieser Weise gegen links schlägt, läßt sie sich keine Gelegenheit entgehen, die Faschisten zu hätscheln.

Nachdem schon seit Monaten bekannt war, daß die ehemaligen An-
Nachdem schon seit Monaten bekannt war, daß die ehemaligen An-
gehörigen der faschistischen Folterpolizei PIDE/DGS, die nach dem 25. April meist durch Arbeiter festgenommen und in Gefängnisse eingeliefert wurden, eher in Sanatorien als in Gefängnissen untergebracht waren.

Es war keine Seltenheit, daß empörte Portugiesen berichteten, sie hätten in Cafes in der Nähe der Gefängnisse die „inhaftierten" Ex-Geheimpolizisten beim gemütlichen Plausch angetroffen. Auch „Urlaub auf Ehrenwort" ist keine Seltenheit, und wer sich aus dem Staub machen will, um sich der faschistischen Terrororganisation ELP anzuschließen, ist herzlich dazu eingeladen.

Als nach dem 25. November der bisherige Leiter der vom MFA eingesetzten Kommission zur Auflösung der PIDE abgesetzt und verhaftet wurde und an seine Stelle „Revolutions-Rats"-Mitglied Sousa e Castro trat, wurden offiziell 36 und inoffiziell weitere 30 ehemalige Geheimpolizisten freigelassen („A Capital", 2.1.1976).

Sousa e Castro erklärte dazu: *„Für mich ist das Gesetz, daß jeder, der Mitglied der PIDE/DGS war, verbrecherisch gehandelt haben soll, ein Anschlag auf die Menschenwürde... Der größte Teil der Beamten hat nicht mehr und nicht weniger getan als die Armee. Es gibt eine ganz eingeschränkte Zahl, ein paar Dutzend, die wirklich nur Unterdrückung ausgeübt haben. Die muß man exemplarisch bestrafen."* Im weiteren verbreitet sich dieser Herr über die „Tragödie", daß die armen Faschisten nicht einmal ihr Gehalt bekommen haben und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Als Aufgaben seiner Kommission sieht er es an, 1. *„möglichst viele möglichst schnell provisorisch auf freien Fuß setzen"* und 2. *„möglichst schnell die Prozesse durchführen"* (alle Angaben: „A Capital", 2.1. 1976).

Forts. Seite 6

Augenzeugenbericht über die Ereignisse in Custoias



Günther (2. v. l.) zusammen mit Genossen von der Kooperative, auf der er seit Oktober 1975 gearbeitet hatte

In Custoias und Caxias, wo seit dem Rechtsputsch vom 25. November über 100 fortschrittliche Militärs gefangengehalten werden, fanden die einzigen politischen Demonstrationen nach dem 25. November statt, die sich gegen die reaktionäre Entwicklung wandten.

So waren am 21. Dezember 4.000 Demonstranten vor das Gefängnis von Custoias gekommen und demonstrierten ihre Solidarität mit den gefangenen revolutionären Soldaten und Offizieren unter folgenden Parolen: Nieder mit dem Faschismus, Freiheit für das Volk! Jaime Neves Faschist, Mörder! Sofortige Freilassung der gefangenen Antifaschisten!

Damals war die Militärpolizei zur „Sicherung" des Gefängnisses eingesetzt worden.

Als die Demonstranten sie bedrängten, sagten sie, daß ihr Einsatz erzwungen sei und sie auf gar keinen Fall auf das Volk schießen wollten.

So verwunderte es uns nicht, daß bei der nächsten Demonstration vor Custoias die berüchtigte GNR (Guarda Nacional Republicana) aufmarschiert war.

An diesem 1. Januar hatten sich

marschiert war.

An diesem 1. Januar hatten sich ca. 10.000 versammelt, riefen wieder die bekannten Parolen und sangen revolutionäre Lieder. All das wurde aus dem Gefängnis durch eben solche Parolen und Lieder beantwortet, was man leise hören konnte. Viele Familien waren mit ihren Kindern gekommen, was für uns Beweis für eine nicht gewaltsame Demonstration war.

Als die Demonstration ihrem Ende zuging, zogen die Demonstranten am Haupttor vorbei und brachten dort noch einmal ihren Protest gegen die Inhaftierung der revolutionären Militärs zum Ausdruck.

Vor dem Haupttor hatten sich so viele Menschen angesammelt, daß der Gefängnis-Vorplatz total gefüllt war. Daß genau in diesem Moment zwei Fahrzeuge aus dem Gefängnis kamen und versuchten, in die Menschenmenge hineinzufahren, ist als klare Provokation zu verstehen, die den Vorwand liefern sollte, den Einsatz der GNR zu rechtfertigen. Nach einigem Hin und Her wurde dem kleineren der beiden Fahrzeuge ein Weg gebahnt. Ein Transporter fuhr ins Gefängnis zurück und das Tor wurde geschlossen. Dann setzte die GNR fünf Reiter gegen die vordersten Reihen der Demonstranten ein.

ein. Derweil ging ein Offizier der gegen die vor-

Derweil ging ein Offizier der GNR, der ein Walky-Talky hatte, von Mann zu Mann, woraufhin die GNR-Leute ihre G3-Gewehre von der Schulter nahmen. Wir ahnten zwar, daß sie ihre Gewehre benutzen wollten, dachten aber, daß es bei Warnschüssen bleiben würde.

Auf der linken Seite vor dem Tor sahen wir, wie ein Pferd ausschlug, worauf Panik entstand und aus der Menge einige Steine flogen. Daraufhin eröffnete die GNR das Feuer sofort und ohne Vorwarnung.

Meldungen, die in der Bundesrepublik behaupten, daß auf die GNR geschossen wurde oder daß es sich um einen bewaffneten Befreiungsversuch handelte, sind frei erfunden. Wir haben keinen einzigen waffentragenden Demonstranten gesehen.

Wir meinen, daß nicht ein linker Demonstrant bei dieser ungünstigen militärischen Lage, bewaffnete Soldaten vor und im Gefängnis, ungeschütztes freies Gelände für die Demonstranten und eine fünf Meter hohe Mauer, auch nur an einen Befreiungsversuch gedacht hat.

Die Menge flüchtete panikartig und wir sahen beim Zurücklaufen erste Verwundete. Wir wußten jetzt, daß in die Menge geschossen wurde.

Darum warfen wir uns auf den Boden. Dabei bemerkten wir, daß

Darum warfen wir uns auf den Boden. Dabei bemerkten wir, daß Günther getroffen worden war. Er lag auf dem Bauch, mit dem Kopf vom Gefängnis weg, und war in der linken Rückenhälfte verwundet; dabei blutete er aus dem Mund. D. h. er ist auf der Flucht von den GNR in den Rücken geschossen worden. Er schien uns bewußtlos. Sofort nahmen einer von uns und drei Portugiesen ihn auf und liefen mit erhobenen Händen auf die GNR zu. Diese richteten ihre Gewehre auf den Verletztentransport und riefen uns zu: „Laufen Sie zurück, damit Sie nicht auch getroffen werden!" und zwangen uns so wieder zurückzulaufen. Wir mußten Günther auf eine Mauer legen und uns wieder auf den Boden werfen, um nicht getroffen zu werden. Erst nach zehn Minuten, als ein Gefängnisbeamter auf dem Vorplatz erschien, konnten die Verletzten abtransportiert werden. Insgesamt sind vier Menschen ermordet und sieben verletzt worden, darunter ein dreijähriges Kind durch Bauchschuß.

Am nächsten Tag mußten wir in der Presse lesen, daß der Zivilgouverneur von Porto behauptete, daß Günther illegal nach Portugal eingereist wäre, da bei ihm kein Reisepass gefunden worden war. Man hatte aber auch nie einen gesucht. Selbst bei der Identifizierung wurde nicht danach gefragt.

So präsentierten wir Fernsehen und Presse den Pass, worauf diese ihre Meldungen berichtigen mußten. Auch konnten wir feststellen, mit welchen Methoden die westdeutsche Presse bei ihrer Berichterstattung über Portugal arbeitet. Als wir dem dpa-Vertreter in Lissabon, Dr. Reinhardt, eine Presseerklärung durchgaben, meinte er: „Das geht alles viel zu sehr ins Detail, sowas läßt sich in der Bundesrepublik nicht verkaufen".

Auch die westdeutsche Auslandsvertretung zeigte, was sie interessierte. Meinte doch Herr Mandel vom Konsulat in Porto: „Am 25. November hatten wir geglaubt, jetzt wird endlich alles ruhig hier, und dann muß jetzt sowas passieren"!

Am meisten beschäftigte ihn dann die Überweisung von 900 escudos, die bei Günther gefunden worden waren. Inzwischen haben die Eltern von Günther die Sterbeurkunde aus Portugal bekommen, die vom Konsulat abgestempelt wurde. Damit hat der Konsul folgende Lügen der portugiesischen Behörden anerkannt: Sterbestunde – unbekannt; Ort – unbekannt; Sterbegrund – unbestimmt!!

Mehrere Genossen, die in Custoias dabei waren.



Vor dem Gefängnis in Caxias (bei Lissabon) schlagen Soldaten der berüchtigten „Commandos" mit Gewehrkolben auf Demonstranten ein. Die Presse

Vor dem Gefängnis in Caxias (bei Lissabon) schlagen Soldaten der berüchtigten „Commandos" mit Gewehrkolben auf Demonstranten ein. Die Presse log später, die Demonstration sei „ohne Zwischenfälle" verlaufen...

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Man sieht daran, daß die portugiesischen Sozialdemokraten von ihren westdeutschen Vorbildern nicht nur die Demagogie gelernt haben, sondern auch genau studiert haben, wie man Faschisten rehabilitiert, indem man sie „entnazifiziert", so daß schließlich aus KZ-Baumeistern Staatspräsidenten werden und ähnliches!

Neuauflage der faschistischen Terrorwelle im Norden

Die offene Ermunterung der Faschisten sowie ihre günstigen Rekrutierungsmöglichkeiten (s.o.) haben bewirkt, daß seit dem 25. November in Nordportugal wieder eine Terrorkampagne wie schon im Sommer des vergangenen Jahres abrollt.

Wieder richtet sich der Hauptangriff gegen leitende Mitglieder der PC oder MDP/CDE sowie auch gegen Einrichtungen der Linken und Selbsthilfeeinrichtungen der Bevölkerung.

Hier ein kurzer Abriß der letzten Wochen, der auf keinen Fall vollständig ist:

20.12.75 zwei kleine Druckereien, die der PC nahestehen, werden in der Gegend von Porto mit brandbomben angezündet.

22.12.75 Bombenanschlag in Porto auf das Auto eines Intersindical-Funktionärs.

22.12.75 Faschisten belagern das PC-Büro von Povoa de Varzim (Porto) und drohen, es zu stürmen. Militär rückt lustlos an und schließt einen „Schutzring". Keine Verhaftungen!

22.12.75 Bombenanschlag auf ein Hotel in Porto.

2. 1.76 Maschinenpistolenüberfall auf eine fortschrittliche Buchhandlung in Braga, die einem leitenden MDP/CDE-Mitglied gehört.

6. 1.76 Bombenanschlag auf die Wohnung des Notars von Povoa de Varzim, der Mitglied der MDP/CDE ist.

6. 1.76 Maschinenpistolengarben auf ein Auto in der Nähe von Braga.

6. 1.76 Bombenanschlag auf die Kooperative antifaschistischer Künstler und Intellektueller in Porto.

7. 1.76 Bombenanschlag in Amarante auf das Auto eines leitenden MDP/CDE-Mitgliedes.

14. 1.76 Büro des Amtes für Wohnungshilfe (eine staatliche Einrichtung, die eng mit den Einwohnerkommissionen zusammenarbeitet) durch Bombenanschlag zerstört (Porto).

Gleichzeitig wurde bekannt, daß Ex-General Spinola in Madrid mit hohen portugiesischen Regierungsmitgliedern über seine Rückkehr verhandelte.

Laut der reaktionären Zeitung „Comercio do Porto" ist Spionola vor Weihnachten sogar in Porto gewesen, um mit dem MDLP-Kommandanten Alfoim Calvao über die weitere Tätigkeit der MDLP zu verhandeln („Le Monde", 23.12.1975). Die MDLP, „Demokratische Bewegung zur Befreiung Portugals", ist eine faschistische Geheimarmee, die eng mit der ELP zusammenarbeitet und mit größter Wahrscheinlichkeit an den Terrorakten beteiligt ist.

Die Dreistigkeit Spinolas ist übrigens keineswegs erstaunlich, ist doch kürzlich erst seine rechte Hand, Oberstleutnant Almeida Bruno, einer der Hauptdrahtzieher beim mißglückten Rechtsputsch vom 11. März 1975, in aller Stille vom Generalstab rehabilitiert und in seinen Funktionen wieder eingesetzt worden.

Während also die Regierung nach außen das Konzept der parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischem Vorbild vertritt, hilft sie tatkräftig mit, die faschistischen Terrorgruppen, die die Bourgeoisie für die endgültige Durchsetzung ihrer Ziele benötigt, mit aufzubauen.

Die Gefahr eines dritten, offen faschistischen Putsches, von der immer größere Teile der revolutionären Linken in Portugal sprechen, wächst täglich.

Die Arbeiterklasse nimmt den Kampf wieder auf

In den ersten Wochen nach dem Rechtsputsch vom 25. November gab es unter dem abwieglerischen Einfluß der Revisionisten und auf Grund der Lähmung und des Verlustes der revolutionären Linken an Mobilisierungsfähigkeit keinerlei größere Abwehr-Aktionen.

Der einzige Punkt, an dem sich zunächst Ansätze von Massenwiderstand entwickelte, war der Kampf für die Freilassung der gefangenen Antifaschisten.



Aufkleber für die Demonstrationen in Custoias und Caxias „Sofortige Freilassung der revolutionären Militärs"

Inzwischen gibt es in verschiedenen Betrieben erste Widerstandsaktionen gegen diese extrem arbeiterfeindlichen Maßnahmen. So wurden in einzelnen Betrieben nach Streiks von ein bis zwei Tagen Dauer Pläne der Geschäftsleitungen nach Verlängerung der Arbeitszeit wieder aufgegeben.

Die Postarbeiter, die bereits auf nationaler Ebene einen Streik organisierten, gaben diesen Streik vorerst auf, als ihnen die 40-Stundenwoche bei arbeitsfreiem Sonnabend zugesichert wurde.

Die Bauarbeiter, die kurz vor dem 25. November ihre Forderungen durchgesetzt hatten, indem sie die Regierung Azevedo „belagert" hatten, haben sich inzwischen wieder getroffen. Sie wollen verhindern, daß ihnen ihre errungenen Rechte wieder genommen werden sollen. Am 16.1. sollte ein zweistündiger Streik der Bauarbeiter gegen die „arbeiterfeindliche Politik der Regierung", mit Vollversammlungen und Diskussionen an den Arbeitsplätzen, stattfinden.

Zahlreiche Gewerkschaften der Intersindical (darunter die der Metaller, der Bauarbeiter, der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Landarbeiter) haben sich zu einem „Komitee für den Kampf gegen die Erhöhung der Preise und gegen den Lohnstop" zusammengeschlossen.

Insgesamt mindestens 28 Einzelgewerkschaften und das „Provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen der Industrieregion Lissabon" hatten für den 17. Januar zu einer Kundgebung im „Stadion 1. Mai" aufgerufen. Nach den bisher vorliegenden bürgerlichen Meldungen haben daran „einige Zehntausend" bzw. 50.000 Menschen teilgenommen.

Dies war die erste derartige Massenveranstaltung seit dem 25. November.

Sie läßt darauf schließen, daß die Gewerkschaften und die revisionistische Partei allmählich wieder dem Kampfwillen der Werktätigen, ausgelöst durch die einschneidenden Angriffe der Regierung auf ihre Lebensbedingungen, Rechnung tragen müssen.

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Angola: Die MPLA auf dem Vormarsch OAU-Konferenz noch unentschieden



Die Marionetten des Imperialismus sind in Nordangola offenbar vernichtend geschlagen. FNLA, zairische Armee und weiße Söldner sind bis 60 km südlich der zairischen Grenze zurückgedrängt worden und befinden sich in „ungeordneter Flucht". Im Süden Angolas scheint eine ähnliche Offensive der Volkskräfte gegen UNITA und südafrikanische Armee unmittelbar bevorzustehen!

Das ist die Antwort des angolanischen Volkes auf den Ausgang der Konferenz der OAU (Organisation schen Volkes auf den Ausgang der Konferenz der OAU (Organisation **Afrikanischer Einheit), bei der durch Einsatz aller imperialistischen Mittel und Täuschungsmanöver eine Mehrheit für MPLA knapp verhindert wurde. Allerdings hatte sich auch dort gezeigt, daß mittlerweile 22 von 46 afrikanischen Staaten den gerechten Kampf des angolanischen Volkes unterstützen.**

Der Vormarsch der MPLA stellt den Imperialismus vor die Alternative, entweder in bisher ungekanntem Ausmaß in Angola zu intervenieren oder sich, zumindest vorübergehend, geschlagen zu geben. Ersteres wird eine immer realere Gefahr!

Die Offensive der MPLA

Die möglicherweise entscheidende Offensive der MPLA kam erst in der ersten Januarwoche zum Durchbruch, zuvor hatte die bürgerliche Presse entweder Absichtserklärungen von FNLA/UNITA über bevorstehende Siege gegen die VR Angola gebracht oder der Regenzeit zugeschrieben, daß „keine der Parteien Veränderungen herbeiführen kann" Allerdings muß schon in dieser Zeit der Druck der Volksstreitkräfte enorm gewesen sein, wie die rasante Befreiung riesiger Gebiete binnen 10 Tagen zeigt:

Am 5.1. gerät Negage, alter portugiesischer Militärflugplatz und wichtiger Umschlagplatz der imperialistischen Waffenlieferungen an FNLA in in die Hände der MPLA.

Bereits am folgenden Tag kann die größte Stadt Nordangolas, Carmona (heute Uige) befreit werden. Carmona war inoffizieller „Regierungssitz" der FNLA - Faschisten.

Am 14.1. werden die FNLA-Söldner aus den beiden größeren Häfen Nord-Angolas – Ambriz und Ambrizete – vertrieben. Tags darauf fällt der letzte größere Flugplatz des Nordens, Toto, nur 65 km von der zairischen Grenze entfernt, ebenfalls an die Volksbefreiungsstreitkräfte.

Bei ihrem Vormarsch konnte MPLA mindestens 2000 („SZ",16.1.) Aggressoren gefangennehmen, der Rest befindet sich auf „ungeordnetem Rückzug" („SZ", 15.1.).

An der Südfront scheint ein ähnlicher Durchbruch möglich; die MPLA hat an vier Frontabschnitten eine Offensive gestartet („SZ" 16.1.), die vor verschiedenen Städten Zentralangolas steht (Luso, Gabela) und nur noch durch immer massiveren Einsatz weißer Söldner und regulärer Truppen Südafrikas aufgehalten wird. Die Bedeutung der südafrikanischen Intervention wird selbst von „Le Monde" (30.12.) so hoch bewertet, daß mit ihrem Wegfall ein sofortiger Durchmarsch der MPLA bis zur angolanischen Südgrenze erfolgen würde! (hierzu noch genauer weiter unten).

Kissinger jedenfalls hat per Telegramm die „Nato-Partner" über die Kissinger jedenfalls hat per Telegramm die „Nato-Partner" über die „alarmierende Lage" benachrichtigt, offenbar um die Beratung akut notwendiger imperialistischer Gegenmaßnahmen zu beratschlagen („FR", 17.1.).

Taktikwechsel des Imperialismus

Der Imperialismus und seine Marionettenorganisationen hatten bis Ende November die Hoffnung, durch waffentechnisches Übergewicht, massiven Söldnereinsatz sowie den Einmarsch Zaires und der „Südafrikanischen Republik" (SAR) zu einer raschen Liquidierung der MPLA zu gelangen. Diesem Plan entsprechend nahmen sie ziemlich ungeniert eine offene Diskreditierung ihrer Söldner von FNLA/UNITA in Kauf. Ihre enge Zusammenarbeit und Abhängigkeit besonders von der SAR wurde damals nicht verheimlicht, denn – so wurde gerechnet – nach einer Liquidierung der MPLA wären „Realitäten geschaffen", mit denen sich jedenfalls die Mehrheit der afrikanischen Staaten „abfinden" würde. Einen ähnlichen Prozeß hatte es schließlich auch nach dem Sieg der Mobutu-Faschisten über den Antiimperialisten Lumumba in Zaire (damals Belgisch-Kongo) gegeben.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf; die MPLA behauptete sich und konnte gestützt auf die breiteste Mobilisierung der Volksmassen nach einigen Rückschlägen ihrerseits, offensiv werden. Dies wurde begünstigt durch einen gewissen waffentechnischen Ausgleich durch sowjetische Lieferungen und durch den vorbildlichen internationalistischen Einsatz der kubanischen Genossen. Die Entblößung von FNLA/UNITA war damit (im Dezember) ein enormes Manko in der imperialistischen Strategie geworden, denn sie hatte das politische Meinungsbild in Afrika entscheidend zugunsten der MPLA verschoben. Nunmehr waren nicht nur die revolutionären und progressiven Staaten Afrikas auf Seiten der MPLA, sondern selbst die schwankenden und sogar viele pro-imperialistische Kräfte hatten Schwierigkeiten, sich nicht eindeutig zur MPLA zu bekennen.

Man muß in diesem Zusammenhang bedenken, daß die OAU zum Hauptpunkt ihrer Aufgaben den Kampf gegen das faschistische Südafrika gemacht hat, daß es kein Land in Afrika gibt, das nicht mindestens verbal gegen die SAR „kämpft". Auch wenn die realen Beziehungen zur SAR teilweise durchaus eng sind, ist dies doch ein Tribut, den selbst die reaktionärsten afrikanischen Regimes dem antiimperialistischen Massenbewußtsein zollen müssen.

Symptomatisch für den Stimmungsumschwung in Afrika war z.B. das entschiedene Engagement Nigeri- Symptomatisch für den Stimmungsumschwung in Afrika war z.B. das entschiedene Engagement Nigeri- as für die MPLA (angeblich 50 Mio. DM Unterstützung geboten!), aber auch der ausgemachte Reaktionär und Mobutu-Freund Idi Amin (Uganda) warnte in einem Telegramm FNLA/UNITA angesichts der offenen Zusammenarbeit mit der SAR vor einer veränderten Haltung der OAU: *„Unser Gewissen als Afrikaner empört sich über die Tatsache, daß Ihre Parteien es möglich finden, die Unterstützung eines solchen Regimes zu benutzen..."* (Radio Kampala 28.11., zitiert nach Monitor Dienst). Ende Dezember konstatierte Amin völlig korrekt: *„Die kubanischen Truppen helfen lediglich einer Befreiungsbewegung, die südafrikanischen Truppen aus dem Land zu jagen"* („Le Monde" 30.12).

Selbst einer der politischen Köpfe der afrikanischen Reaktion, OAU-Generalsekretär Eteki, der noch am 11. November Roberto (FNLA) seine *„wärmsten Glückwünsche für den glänzenden Sieg"* anläßlich der Bildung der „Gegenregierung" von FNLA/UNITA übermittelt hatte, mußte Mitte Dezember die sowjetische Unterstützung der MPLA zumindest als „verständlich" (siehe „FAZ" vom 18.12.) kennzeichnen. Um einem klaren Votum für die MPLA zu entgehen, gelang es den reaktionären afrikanischen Staaten zunächst einmal, die für Mitte Dezember geforderte OAU-Konferenz um vier Wochen auf den 10. - 12. Januar zu verschieben. Vier Wochen imperialistischer Wühlarbeit, Täuschung und Erpressung liefen an.

Mitte Dezember „enthüllte" der US-Senat die ohnehin bekannte us-imperialistische Unterstützung seiner Marionetten (die dem Senat seit Juni auch konkret bekannt war!), um sie anschließend scheinheilig zu „verbieten". Eine Maßnahme, die scheinbar das US-Engagement unmöglich macht, bzw. stark einschränkt, real allerdings die Interventionsmöglichkeiten kaum beschneidet. Zum einen, weil der Kongreß sich dem Senatsbeschluß anschließen müßte („solange muß das Verteidigungsministerium aus laufenden (!) Haushaltsmitteln schöpfen", „SZ", 20.12.), zum zweiten, weil Kissinger das Angola-Problem zu einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit (!!) erklärt hat, was die faktische Außerkraftsetzung des Senatsbeschlusses bedeutet

(„Welt", 5.1.), und zum dritten schließlich, weil der US-Imperialismus ungezählte Möglichkeiten der Unterstützung über ihm hörige Drittländer hat. So hat sich beispielsweise Saudi-Arabien bereiterklärt, der FNLA/UNITA 50 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen! („Newsweek" nach „Welt" vom 5.1.76). Hinzu kommt, daß in den USA weiterhin die Rekrutierung Tausender faschistischer Söldner betrieben wird.

Der Senatsbeschluß ist jedoch ein wichtiger Hintergrund für die Reise des US-Sonderbotschafters Schaufele durch verschiedene afrikanische Staaten, bei der er mit der demagogischen Lüge hausieren geht, z.B. sei die US-Aufrüstung von FNLA/UNITA keineswegs zur Zerschlagung der MPLA gedacht gewesen, sondern um eine Koalitionsregierung zu ermöglichen. (Von Washington aus ergänzte Kissinger zynisch, *„die USA haben keinen Einwand gegen die MPLA (!!!)... schließlich würde sie auch das marxistische Regime von Mocambique akzeptiert haben")* Insgesamt wird als Ziel der Reise Schaufeles angegeben, die Anerkennung der MPLA durch eine OAU-Mehrheit zu verhindern. Hierbei sei sogar eine verbale „Verurteilung" der südafrikanischen, westeuropäischen (!) und amerikanischen (!!) Einmischung um den Preis in Kauf zu nehmen, wenn nur auch die sowjetische/kubanische Unterstützung der MPLA verurteilt werden würde („FAZ", 30.12.). Ein durchaus denkwürdiges Beispiel, wie flexibel imperialistische Taktik angesichts sich wandelnder Kräfteverhältnisse ist!!

„Diplomatische" Aktivitäten der EG-Imperialisten

Fein abgestimmt mit dem US-Vorgehen und ebenfalls auf die OAU-Konferenz terminiert griffen die Hauptmächte des EG-Imperialismus ebenfalls Ende Dezember ein. Zum Jahreswechsel verschickten die BRD und Großbritannien jede Menge „Botschaften" an afrikanische Staaten, in denen sie zur Beibehaltung des alten reaktionären OAU-Beschlusses aufriefen (gegen jede – besonders die sowjetische – Einmischung, für eine „Regierung der nationalen Einheit", gegen die Anerkennung nur einer Bewegung etc).

Daß im Hintergrund dieser „Botschaften" reale politische und ökonomische Drohungen stehen, versteht sich von selbst.

Eine besondere Demagogie leistete sich Großbritannien, als der „Liberalen"-Chef Thorpe die Story von *„sowjetischer Bestechung eines westafrikanischen Staatsmannes mit 130 Millionen Mark"* zwecks Anerkennung der MPLA erfand.

Frankreich schloß sich erst knapp zwei Wochen später mit einer ähnlichen „Botschaft" diesen konzentrierten Vorgehen an; die Verzögerung war notwendig geworden, um das Gesicht einigermaßen zu wahren, nachdem erst zum Jahreswechsel von „Washington Post" enthüllt worden war, daß Frankreich über Zaire die FNLA und über Gabun die Marionettenorganisation der Provinz Cabinda, FLEC, finanziert (siehe „Afrique-Asie" 12.1.76).

UNITA/FNLA

Ebenfalls in Erwartung der OAU-Konferenz versuchten sich FNLA/UNITA wenigstens von der bewiesenen Abhängigkeit von Südafrika reinzuwaschen (siehe hierzu ausführlich AK 71).

Hatte die UNITA im November noch geschworen, *„so lange zu kämpfen, bis der letzte MPLA-Anhänger tot ist"*, schwankte sie nunmehr wieder auf die demagogische Propagierung von *„Waffenstillstand und freien Wahlen"* ein. Diese widerwärtige Taktik ging so weit, kurz vor der OAU-Konferenz die MPLA als einen *„in die Irre geleiteten Bruder"* (O Século, 3.1.) zu bezeichnen – und dies angesichts tausender ermordeter MPLA-Kämpfer!

„Südafrikanische Republik"

Es verwundert wohl kaum noch, daß vor dem 10.1. auch noch Gerüchte lanciert wurden, die SAR wolle ihre Truppen aus Angola abziehen (US-Fernsehgesellschaft NBC laut FAZ, 9.1.). Washington soll sogar versucht haben, das Rassistenregime mindestens zu einer offiziellen Absichtserklärung zu bewegen (Le Monde, 11.1.) Ein wirklicher Abzug der SAR-Truppen stand allerdings

Forts. Seite 8

Gegen den Willen des Imperialismus haben 23 afrikanische Staaten die Volksrepublik Angola inzwischen anerkannt:

Mozambique
Guinea-Bissau
Kapverden
Sao Tomé und Principe
VR Kongo
VR Benin (früher Dahomey)
VR Somalia
Algerien
Guinea-Conakry
Komoren
Tansania
Nigeria
Äquatorial-Guinea
Burundi
Ghana
Libyen
Madagaskar
Mali
Mauritius
Niger
Sudan
Tschad
Äthiopien

Spendenbestätigung – Nachtrag

Bereits Ende November konnten wir der MPLA weitere 6 700 DM überreichen. Damit erhöht sich das Spendenergebnis unserer Organisation auf insgesamt **80.360 ,- DM.**

Da die Aufgaben und die Schwierigkeiten der MPLA nicht geringer geworden sind, schlagen wir vor, daß wir den Beweis der Solidarität mit dem Kampf des angolanischen Volkes weiterhin so eindeutig liefern!

Sektion der

Sektion der MPLA in der [illegible]

In Namen des angolanischen Volkes danken wir für den Solidaritätsbeitrag zur Unterstützung des Kampfes des angolanischen Volkes und der MPLA!
Aus der Sammlung des Kommunistischen Bundes erhielten wir weitere 4 465.- DM, die gemeinsame Veranstaltung von KSG und der Afrika-Kommission des KB ergab 2 235.-DM.
Wir bedanken uns für diese finanzielle Unterstützung, die ein Solidaritatsbeitrag für das angolanische Volk ist.

Vitoria é certa - MPLA

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN BOUMEDIENNE AN DIE STAATSCHEFS DER BLOCKFREIEN LÄNDER

Präsident Boumedienne, amtsführender Präsident der blockfreien Staaten, hat eine Botschaft an die Staatschefs dieser Länder gerichtet: *„Die außerordentlich ernste Entwicklung der Situation in Angola stellt eine direkte Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Afrika und der Welt dar. Diese Situation wird heute gekennzeichnet durch die offene militärische Intervention des rassistischen Regimes Südafrikas und durch den massiven Einsatz von Söldnern durch die Allierten des Imperialismus; das Ziel dieser Aktionen ist ganz offensichtlich: die Souveränität und die territoriale Integrität der jungen Volksrepublik Angola, die am 11. November ausgerufen wurde, anzugreifen. Das offene Einverständnis zwischen Südafrika, den imperialistischen Kräften und den Neokolonialisten in Angola hat klar das Ziel aufgezeigt, in diesem Land den portugiesischen Kolonialismus durch neue Formen der Herrschaft und der Ausbeutung zu ersetzen und so eine Situation, die durch das Vorhandensein rassistischer Regimes in diesem Teil Afrikas schon explosiv genug ist, noch zu verschärfen.*

Die grundlegenden Ziele der blockfreien Staaten waren immer die wirkliche und authentische Befreiung der Völker und der Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus, und sie dürfen solche Entwicklungen nicht gleichgültig mitansehen.

Die blockfreien Staaten werden die feierliche Erklärung zur Kenntnis nehmen, mit der Volksrepublik Angola sich mit den Prinzipien der Politik der Blockfreiheit uneingeschränkt einverstanden erklärt hat, und ich bin überzeugt, daß sie ihre ganze Aufmerksamkeit der Situation in Angola widmen werden, daß sie die Aggression, deren Opfer das angolanische Brudervolk ist, verurteilen und verdammen werden, und daß sie ihm und seinen Führern ihre volle Solidarität zeigen werden. Eine solche Haltung steht im Einklang mit den Idealen unserer Bewegung und entspricht unserer langen Tradition der Unterstützung der gerechten Sache." (El Moudjahid, 24.12.75)

Angola: Die MPLA auf dem Vormarsch

FORTSETZUNG VON SEITE 7

niemals zur Debatte, zumal dies den Zusammenbruch der imperialistischen Süd-Front bedeutet hätte (siehe Le Monde, 30.12.).

Im Gegenteil hat sich die südafrikanische Intervention auf 6500 Mann starke reguläre Verbände erhöht (Nach E. Figuera, MPLA-Beobachter bei der UNO). Die SAR-Truppen haben Stützpunkte bis 650 km im Landesinneren und kämpfen dort gemeinsam mit UNITA (FAZ, 14.1.). Die Gefangenennahme südafrikanischer Soldaten in Zentralangola durch die MPLA konnte sich SAR-Verteidigungsminister BOTHA lustigerweise nur damit erklären, daß *„die Gefangenen ihren Weg verloren (!), als sie nach liegengebliebenen Fahrzeugen suchten (!)"*

Eindeutig läßt sich gegenwärtig eine Steigerung der SAR-Aggression feststellen, die auch an einer umfangreichen Mobilisierung der Reservisten bzw. Verlängerung der Dienstzeit sichtbar wird (FAZ, 18.12. und SZ, 16.1.).

Das Eingreifen des wohl berüchtigsten Menschenschlächters Afrikas in Angola, des aus dem Kongo-Krieg bekannten Söldnerführers Mika Hoare, ist ebenfalls vom „starken Mann" der SAR, dem Geheimdienstchef General van den Bergh, bestätigt worden. Hoare hat zwischenzeitlich mit FNLA/UNITA einen Vertrag über 10 Millionen Dollar geschlossen.

Die OAU-Konferenz

Die OAU-Konferenz vom 10.-12.1. mußte ergebnislos abgebrochen werden, nicht einmal eine Verurteilung der südafrikanischen Aggression konnte als Schlußdokument vereinheitlicht werden. 22 Staaten traten für die Anerkennung der MPLA als einzig legitimen Vertreter des angolanischen Volkes ein (siehe Kasten), ebenfalls 22 Staaten für den demagogischen imperialistischen Lösungsvorschlag der sogenannten „Regierung der nationalen Einheit"; Uganda und Äthiopien enthielten sich. Kein Land wagte, die Anerkennung der FNLA/UNITA-Regierung zu propagieren. Dieses Ergebnis bestätigt – in bisher deutlichster Form – die faktische Spaltung der OAU in ein fortschrittlich antiimperialistisches und ein imperialistenhöriges Lager. Taktisch gesehen ist der ergebnislose Abbruch der Konferenz ein Erfolg des Imperialismus, der durch die vorgetäuschte „Einstellung amerikanischer Hilfe" und den Bluff des „südafrikansichen Rückzuges" seine Kompradoren ging so weit, daß Senegals Faschist Senghor die Verurteilung der SAR-Intervention (laut OAU-Charta der Hauptfeind Afrikas) verhindern konnte, und zwar zynischerweise mit dem Hinweis auf die ebenso zu verurteilende „Intervention der Sowjetunion" (die über 10 Jahre den anti-kolonialen Kampf unterstützte). Diese Argumentation stellt auch innerhalb der OAU eine durchaus neue Qualität offensichtlichen Zusammenspiels der schwarzen mit den weißen Faschisten dar.

Mit dem Ausgang der Konferenz, *„die ernste Folgen für die afrikanische Einheit haben wird"* (Samora Machel), hat sich der Imperialismus (formal betrachtet) eine Legitimation eingeholt, seine Aggression unter dem Deckmantel „nationale Befreiungsbewegungen" zu erhöhen. Eine – gerade angesichts der jüngsten MPLA-Erfolge nunmehr zu erwartende Entwicklung!

Andererseits ist allerdings die Unterstützung 22 afrikanischer Staaten, geführt von den revolutionären Ländern Mocambique und Guinea-Bissau, ein bemerkenswerter Schritt auf dem Weg zur antiimperialistischen Einheit Afrikas. Für diese sich herausbildende neue Einheit steht beispielhaft das Angebot u.a. Guinea-Bissau, Guinea-Conakrys, VR-Kongos und Nigerias, Truppen zur Unterstützung der MPLA zu entsenden. (O Século, 31. 12.)

„Wie schon andere Völker erklärt haben, sind auch die Mitglieder und Kämpfer der PAIGC (Guinea-Bissau) bereit, zusammen mit dem angolanischen Volk zu kämpfen, um die ausländischen Aggressoren zu vernichten" (República, 22.12.).

Afrika Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: „Wo das MEK ist, da gibt es Tote!"

Am Sonnabend, dem 3.1.76 wurde der 19-jährige Stephan Breyer bei einem Einbruchsversuch in die Hamburger Sparkasse (Haspa) am Steindamm in Hamburg von einem MEK-Kommando erschossen.

Stephan Breyer war nachts gegen vier Uhr in die Bank eingestiegen, nachdem er die gläserne Eingangstür zerbrochen hatte. Das war natürlich sofort bemerkt worden. Während der Einbrecher es *„sich im Zimmer des Filialleiters bequem machte, seine Zigarren rauchte und vom besten französischen Cognac trank"* („Hamb. Morgenpost", 5.1.76), umstellte das MEK („Mobiles Einsatzkommando") mit Maschinenpistolen bewaffnet, die Bank und sperrte die Gegend ab.

Nachdem angeblich der Einbrecher Schüsse aus seiner 4-mm-Pistole abgegeben hatte (solche Pistolen sind im Handel frei erhältlich, da sie weitgehend als ungefährlich gelten), schoß das MEK von hinten und vorne mit Maschinenpistolen in die Bank und tötete den Einbrecher mit einem Schuß durch den Hals. Erst hinterher wurde die Bank so stark mit Tränengas eingenebelt, daß *„mit Gegenwehr von drinnen nicht mehr zu rechnen war"* („Bild"). Nach zwei Stunden, als sich nichts mehr in der Bank rührte, wurde die Bank „gestürmt" und der Tote abtransportiert.

Zynisch darauf anspielend, daß dies schon der zweite Einbrecher ist, der am Steindamm vom MEK abgeknallt wurde, ist für die „Mopo" „der **Steindamm in St. Georg ... für Einbrecher keine gute Adresse."**

Es ist offensichtlich, daß es der Polizei nicht darauf ankam, den Einbrecher unversehrt aus der Bank zu holen. Erst n a c h dem tödlichen Schuß wurde Tränengas eingesetzt.

Stephan Breyer wurde kurzerhand niedergestreckt, wie mindestens 62 Menschen seit dem 28.10.69 - dem Tag, dem die neu angetretene SPD/FDP-Regierung ihr „Reformprogramm zur Inneren Sicherheit" ankündigte.

Die geringsten Vorwände werden in Hamburg vom MEK für bewaffnete Großeinsätze ausgenutzt:

- Mehrmals wurden in letzter Zeit Fahrzeugkontrollen nach Verkehrsssündern in voller Kampfausrüstung durchgeführt
- Ebenfalls schwerbewaffnet wurde in der U-Bahn-Station Feldstraße Jagd auf Schwarzfahrer gemacht.

Derartige Vorgehensweisen sind praktisch „rechtlich" abgesichert. Auch der Todesschuß ist der Polizei erlaubt. Erst kürzlich wurde das Verfahren gegen den Polizeiobermeister Presse eingestellt, der in München den Jugendlichen Ernst Wiesneth bei einer Verkehrskontrolle mit zwei Schüssen in den Nacken umlegte.

Die Erschießung von Stephan Breyer durch das MEK zeigt, daß die Bourgeoisie in zunehmendem Maße diese Methoden zum bundesrepublikanischen Alltag macht. Niemand darf sich an diese Morde gewöhnen!

Bezirksgruppe St. Georg
KB/Gruppe Hamburg



Mit Stahlhelmen und Gasmasken, mit Maschinenpistolen bewaffnet, treten die MEK-Leute zum „Sturm" auf die Sparkasse an. Der Einbrecher drinnen ist längst tot.

Zusammenarbeit mit der 'Aktion gegen das Abtreibungsverbot'

Nach einem Briefwechsel (siehe auch Veröffentlichungen in früheren AK's) fand Mitte Dezember in Hamburg ein Treffen zwischen Genossinnen und

steht – gegebenenfalls um die Herstellung einer Aktionseinheit in diesem Zusammenhang bemühen.
Wir werden uns an den verschie-

Kampftag ungeeignet!
Wir werden uns an den Aktionen am 25. Februar beteiligen. Allerdings halten wir die Abmachung: 'Jeder demonstriert unter seinen Parolen und hält seine Rede, gegenseitige Angriffe werden unterlassen' für unrealistisch und nicht praktikabel. Die KBW-Komitees werden zweifellos für ihre dämliche „Volksentscheid"-Parole die Trommel rühren.

nischen Volkes ein (siehe Kasten), ebenfalls 22 Staaten für den demagogischen imperialistischen Lösungsvorschlag der sogenannten „Regierung der nationalen Einheit"; Uganda und Äthiopien enthielten sich. Kein Land wagte, die Anerkennung der FNLA/UNITA-Regierung zu propagieren. Dieses Ergebnis bestätigt – in bisher

haben, sind auch die Mitglieder und Kämpfer der PAIGC (Guinea-Bissau) bereit, zusammen mit dem angolanischen Volk zu kämpfen, um die ausländischen Aggressoren zu vernichten" (República, 22.12.).

Afrika Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zur aktuellen wie langfristigen Bündnispolitik haben sich in jüngster Zeit führende Genossen der MPLA geäußert. Um diese wohl wichtigste Frage beim neudemokratischen Aufbau auf dem Weg zum Sozialismus besser verstehen zu können, dokumentieren wir im folgenden die wichtigsten Passagen eines Interviews Agostinho Netos mit „Le Monde" (27.12.)

„Auf der einen Seite gibt es immer die Ausbeuter, auf der anderen die Ausgebeuteten. Die Arbeiter und Bauern sind auch bei uns immer die Ausgebeuteten gewesen, weshalb sie potentiell dafür in Frage kommen die Revolution zu Ende zu führen; die Kleinbürger und die bürgerlichen Schichten hingegen, die während der Kolonialherrschaft weitaus besser gestellt waren, werden eher dazu neigen, die revolutionäre Bewegung zu hemmen. Unserer Ansicht nach darf diese gewiß ernst zu nehmende Opposition uns jedoch den Blick nicht dafür trüben, daß uns vor allem vom Ausland her Aggression droht.

Solange Südafrika, Zaire und die portugiesischen Söldner fortfahren, sich uns gegenüber aggressiv zu verhalten, müssen wir alles tun, um Einigkeit unter uns zu erzielen und Divergenzen zwischen den antagonistischen Klassen hintan stellen. Wenn wir uns jetzt auf den Klassenkampf würfen, würde das eine Schwächung der anti-imperialistischen Einheitsfront bedeuten, wodurch uns letzlich die Kontrolle über Angola verloren ginge. Und was für einen Effekt hätte wohl ein Klassenkampf unter südafrikanischer Herrschaft! Wir müssen zunächst die Aggression verjagen, um dann die Lösung unserer politischen, ökonomischen und kulturellen Probleme in Angriff zu nehmen..." und einer Rede des MPLA Politbüro-Mitgliedes und Präsidenten des angolanischen Gewerkschaftsbundes, Carlos Rocha („Horizont", 27/75).

„Wir müssen linksradikale oder rechtsopportunistische Abweichungen von unserer Linie unbedingt verhindern. Gegenwärtig kommen in Angola linke Tendenzen vor allem darin zum Ausdruck, daß eine falsche Einschätzung der Klassenkräfte vorgenommen wird. „Unsere" Linksabweichler wollen bestimmte Volksschichten vom revolutionären Kampf ausschließen, obwohl diese objektiv am antiimperialistischen Kampf interessiert sind. Doch gewisse Schichten des Volkes zu diffamieren, bedeutet, das Volk zu spalten und damit die Kräfte des Feindes zu stärken.

Einige Genossen haben mich gefragt, wieso das Kleinbürgertum ein Bestandteil des Volkes sei, wo es doch auch in der UPA, in der UNITA und in der FLEC vertreten ist. Objektiv ist das Kleinbürgertum am antiimperialistischen Kampf interessiert. Natürlich gibt es auch Kräfte, die Verrat geübt haben, ebenso wie es Arbeiter gibt, die ihrer Klasse untreu werden und auf Seiten der FNLA, der UNITA oder der FLEC stehen. Ebenso gibt es Landarbeiter, die sich auf die Seite der reaktionären Kräfte stellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Klassen das Volk bilden und objektiv Gegner des Imperialismus sind.

Die rechten oder ultrarechten Abweichungen führen von der Versöhnung mit unserem Feind bis zu konterrevolutionären Aktionen, um die Organisierung der Massen zu behindern..."

„Wir sind vor allem daran interessiert, die Arbeiterklasse zu organisieren, denn sie ist die führende Kraft unserer Revolution. In der gegenwärtig komplizierten Situation für unser Land gibt es verschiedene Fronten. Eine der wichtigsten ist die Produktion, weil sie die Grundlage militärischer Erfolge ist. Produzieren ist lebenswichtig. Es gibt Provokateure, die sagen, es dürfe jetzt nicht gearbeitet werden, weil dann nur der bislang noch bestehende Kapitalismus gestärkt würde. Das ist völlig falsch. Natürlich gehören die Produktionsmittel gegenwärtig nicht dem Volk, aber das wird später geregelt werden. Ohne die Produktion der für unsere Lage wichtigsten Erzeugnisse ist der Sieg unmöglich. Stillstand der materiellen Produktion ist Verrat. Erhöhung der Produktion bedeutet, unsere Sache voranzubringen. Denn wir haben das strategische Ziel, in unserem Lande eine Volksdemokratie zu errichten.

Obwohl in unserem Lande in der Minderheit, ist die Arbeiterklasse doch die dynamischste Klasse. Um so wichtiger ist es, ein festes Bündnis mit den Landarbeitern herzustellen, die die Mehrheit unserer Bevölkerung bilden..." •

Zusammenarbeit mit der 'Aktion gegen das Abtreibungsverbot'

Nach einem Briefwechsel (siehe auch Veröffentlichungen in früheren AK's) fand Mitte Dezember in Hamburg ein Treffen zwischen Genossinnen und Genossen der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" und Genossinnen der Arbeitsgruppe Frauen des KB statt.

Die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" ist eine große Aktionseinheit, die sich zum Ziel gesetzt hat, alle Gegner des § 218 auf einer Minimalplattform zusammenzuschließen.

Bei dem Treffen ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Frage des Kampfes gegen den § 218. Bei den recht zwanglosen und sehr freundschaftlichen Gesprächen wurde dann auch über andere Themen gesprochen, wo die Meinungen weiter auseinandergingen, wie etwa die Entwicklung in Portugal.

Wir haben vereinbart, daß die Arbeitsgruppe Frauen die Minimalplattform mit unterschreibt und somit der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" beitritt.

Auch die KB-Frauengruppen an anderen Orten wollen mit der „Aktion" zusammenarbeiten, bzw. sich – wo die „Aktion" noch nicht besteht – gegebenenfalls um die Herstellung einer Aktionseinheit in diesem Zusammenhang bemühen.

Wir werden uns an den verschiedenen geplanten Aktivitäten der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" beteiligen, unter anderem an einer Arbeitstagung Anfang Februar und an einem großen öffentlichen Kongreß am Frauentag, dem 8.März.

Inzwischen haben die § 218-Komitees des KBW den 'Vorschlag' gemacht, am 25. Februar, ein Jahr nach dem BVG-Urteil gegen die Fristenregelung, überall in der BRD zu demonstrieren. Hierauf haben sie sich mit der „Aktion" geeinigt.

Dazu kann man nur sagen, daß es sich wieder um einen der jämmerlichen Profilierungsversuche des KBW handelt: Schon im Frühjahr 1975 hatten wir, anknüpfend an verschiedene Frauengruppen, vorgeschlagen, den Jahrestag des 25. Februar zu einem Kampftag gegen den § 218 zu machen. Damals war der KBW allerdings strikt d a g e g e n , mit der demagogischen „Begründung", daß der 25. Februar doch der Tag einer Niederlage der Bewegung gegen den § 218 sei und folglich als Kampftag ungeeignet!

Wir werden uns an den Aktionen am 25. Februar beteiligen. Allerdings halten wir die Abmachung: 'Jeder demonstriert unter seinen Parolen und hält seine Rede, gegenseitige Angriffe werden unterlassen' für unrealistisch und nicht praktikabel. Die KBW-Komitees werden zweifellos für ihre dämliche „Volksentscheid"-Parole die Trommel rühren, und wir werden uns dann auch damit auseinandersetzen müssen!

Bereits jetzt, wo die Abmachungen gerade unter Dach und Fach sind, wirft die 'KVZ' des KBW der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" im gewohnten pöbelhaften und demagogischen Ton vor, sie wollte in Wirklichkeit überhaupt nicht gegen das Abtreibungsverbot kämpfen!

Der Zusammenschluß a l l e r Gegner des Abtreibungsverbots muß weiterhin unser Ziel sein, jedoch wird dies zweifellos noch sehr scharfe Auseinandersetzung erfordern – vor allem mit Gruppierungen wie dem KBW, die der Bewegung gegen den § 218 mit allen Tricks ihre Vorstellungen aufzuzwingen versuchen und für die die Bewegung in erster Linie als parteipolitisches Rekrutierungsfeld interessant ist. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Solidaritätsveranstaltung Frauen in Chile – Chilenische Frauen im Widerstand

Seit mehr als zwei Jahren leidet das chilenische Volk unter der faschistischen Militärherrschaft ungeheuer große wirtschaftliche Not und politische Unterdrückung. Das Leiden des chilenischen Volkes sich immer wieder vor Augen zu führen, den Imperialismus für die Schandtaten anklagen, die Tapferkeit der Genossinnen und Genossen im Widerstand für uns als Vorbild zu sehen und damit unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu stärken, ist heute eine aktuelle Aufgabe und Verpflichtung des proletarischen Internationalismus.

Zum Kampf der chilenischen Arbeiterfrau und der chilenischen Genossinnen wurde am 16.1.76 in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung durchgeführt. Die Initiative zu dieser Veranstaltung ging von dem „**Komitee für die Freilassung der politisch gefangenen Frauen in Chile**" aus. Unterstützt wurde diese Veranstaltung von der **Frauengruppe der HfBK**, von der **Frauengruppe des SSB**, von der **Frauen- und Mädchengruppe im BDJ** und von der **Arbeitsgruppe Frauen des Kommunistischen Bundes.**

Neben einer Reihe von Referaten über die Rolle der BRD-Imperialisten in Chile und die praktische Solidaritätsarbeit wurde ein Film gezeigt und von chilenischen Genossen revolutionäre Lieder vorgetragen.

Sehr herzlich wurde die Genossin Claudia vom MIR begrüßt. Von den ca. 1.200 Veranstaltungsteilnehmern wurde eine Resolution des KB einstimmig angenommen, die mit den Parolen schloß:

- **„Schluß mit jeglicher Unterstützung der chilenischen Junta durch die BRD!"**
- **„Abbruch aller diplomatischen Beziehungen!"**
- **„Volles Asylrecht für alle Chile-Flüchtlinge!"**

Als Ausdruck der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes und des revolutionären Widerstandes ist auch das Sammelergebnis von über 11.000 DM zu sehen.

Hoch die Internationale Solidarität! •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß wegen Kampf gegen § 218

Am 17.12.75 faßte der ÖTV-Kreisvorstand Bremerhaven den Beschluß, gegen den Kollegen W. ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Begründung:

„Sie haben am 15.10.1975 im Auftrage des Komitees 'Weg mit dem § 218' der seinerzeitigen Vorsitzenden unseres Kreisjugendausschusses ,...' ein Schreiben überreicht mit der Aufforderung, im Kreisjugendausschuß über den § 218 zu diskutieren. Das hat der Kreisvorstand zur Kenntnis genommen und festgestellt, daß Sie damit die Ziele des Kommunistischen Bundes Westdeutschland unterstützen. Dieses ist mit der Aufgabenstellung und den Interessen unserer Gewerkschaft nicht vereinbar."!

Dies ist zweifellos ein besonders krasses Beispiel für die Anwendung des „Radikalenerlasses" im DGB, wenn schon der Kampf gegen den § 218 als Beweis für „gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit" ausreicht! •

Breite Streikbewegung in Spanien



Demonstration in Madrid

Eine der ersten Taten des Königs Juan Carlos war die Verhängung eines Lohnstopps für die spanische Arbeiterklasse. Der Lohnstopp sollte gelten trotz einer Inflationsrate von über 25%. Dabei sind die Lebenshaltungskosten in Spanien genauso hoch wie z.B. in der Bundesrepublik, die Löhne im allgemeinen jedoch wesentlich niedriger.

Zur Zeit laufen für verschiedene Branchen die „kollektiven Tarifverträge" aus, die vom faschistischen Syndikat beschlossen und vom Arbeitsminister abgezeichnet werden.

Seit vielen Jahren haben sich die spanischen Arbeiter dies Lohndiktat nicht gefallen lassen und mit zum Teil sehr umfangreichen und kämpferischen Flächenstreiks dagegen protestiert. Regelmäßig kam es dabei zu Zusammenstößen mit der Polizei, da in Spanien bisher jeder Streik verboten war. Nun gibt es zwar seit kurzem ein „Streikgesetz", das „rein wirtschaftliche Streiks" nicht mehr unter Strafe stellt. Allerdings gibt es in Spanien kaum noch „rein wirtschaftliche" Streiks, da in der Regel von den Arbeiterkommissionen gleichzeitig Forderungen nach Ge-

unter Strafe stellt. Allerdings gibt es in Spanien kaum noch „rein wirtschaftliche" Streiks, da in der Regel von den Arbeiterkommissionen gleichzeitig Forderungen nach Ge-

werkschaftsfreiheit sowie nach Amnestie der politischen Gefangenen aufgestellt werden, ohne die auch ein sogenanntes „Streikrecht" Unsinn ist. Andererseits zeigt sich gerade an den derzeit stattfindenden Streiks, daß die Regierung überhaupt nicht bereit ist, hauptsächlich wirtschaftliche Streiks – wie die jetzigen – als solche „anzuerkennen". Die neue Regierung hat unmißverständlich gesagt, daß sie die Streiks als politische Aktionen versteht und dementsprechend gegen sie vorgeht.

Derzeit stehen über 250.000 Arbeiter (Angaben der bürgerlichen Presse) in ganz Spanien – hauptsächlich in Madrid und Barcelona im Streik für höhere Löhne bzw. sie streiken aus Solidarität mit anderen Belegschaften, die zum Teil ausgesperrt wurden (Chrysler, Standard..., Madrid).

Begonnen hatte die große Streikbewegung mit dem Ausstand der Angestellten der Madrider U-Bahn. Die 3.800 Angestellten der Madrider U-Bahn streikten vier Tage lang für eine 20%-ige Gehaltserhöhung (entspricht knapp den Inflationskosten), für eine kürzere Arbeitszeit und bessere Sozialleistungen. Es kam in den ersten Januartagen zu einem Verkehrschaos in Madrid, weswegen die private U-Bahn-Gesellschaft offenbar auch recht schnell zum „Einlenken" bereit war. Es wurde vereinbart, in vier Raten einen Zuschlag von 300 DM zu zahlen, es werden sofort Tarifverhandlungen aufgenommen, für die weiterhin die Forderung nach 20% mehr besteht. Für den Fall, daß diese Verhandlungen scheitern, hat eine Vollversammlung der Metro-Arbeiter, die sich in einer Kirche versammelt hatten, beschlossen, am 19. Januar erneut in den Streik zu treten.

se Verhandlungen scheitern, hat eine Vollversammlung der Metro-Arbeiter, die sich in einer Kirche versammelt hatten, beschlossen, am 19. Januar erneut in den Streik zu treten.

Die neuerdings angeblich so „zurückhaltende" spanische Polizei löste eine Streikversammlung von mehreren tausend U-Bahn-Angestellten mit Knüppeln und Tränengas auf, vertrieb die Kollegen dann ebenfalls aus einer Kirche, in die sie sich geflüchtet hatten.

Ein Teil des U-Bahn-Verkehrs wurde schließlich von Armeeangehörigen durchgeführt. Von einer nach dem Gesetz möglichen militärischen Dienstverpflichtung der staatlichen Angestellten nahm man zunächst Abstand. Militärische Dienstverpflichtung würde bedeuten, daß jeder Arbeiter mit Waffengewalt (ein Soldat für jeden) zur Arbeit gezwungen würde.

Aus Solidarität mit den Metro-Arbeitern traten am 8.1. 14.000 Arbeiter der Maschinenbau- und Elektro-Industrie im Madrider Industrievorort Getafe in den Ausstand. Die Madrider Bauarbeiter drohten ihrerseits mit Streik, falls die Verhandlungen um neue Tarife nicht in wenigen Tagen zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

Zu Montag, den 12.1. wurde von den Koordinationsstellen vieler Arbeiterkommissionen zum Generalstreik in ganz Spanien aufgerufen. Am Wochenende hatte die Guardia Civil 23 Kollegen aus den Arbeiterkommissionen von Madrid verhaftet, die sie als „Streikführer" bezeichnete und nicht eher freilassen will, bis die Streikwelle vorbei ist. Dies führte natürlich zu noch größerer Empörung bei den Kollegen.

Am 13.1. haben die 5.000 Postangestellten Madrids ebenfalls zum Mittel des Streiks gegriffen. Sie protestierten damit gegen die Verhaftung eines ihrer Kollegen, der sich an einem Bummelstreik für höheren Lohn beteiligt hatte. Nun schlug die

Mittel des Streiks gegriffen. Sie protestierten damit gegen die Verhaftung eines ihrer Kollegen, der sich an einem Bummelstreik für höheren Lohn beteiligt hatte. Nun schlug die

Regierung zu. Die Postarbeiter wurden militärisch dienstverpflichtet. Wer dennoch weiterstreikte, kommt vor ein Militärgericht und das bedeutet höchste Gefängnisstrafen!

Fast die gesamte Madrider Metall, Elektro-, Automobil- und Textil-Industrie steht im Streik. Auch die Bankangestellten haben sich nach einer Abstimmung den Streikenden angeschlossen!

In Barcelona weigerten sich die Arbeiter der Elektrizitätswerke, Reparaturen auszuführen und drohten, den Stromhahn für die zwei-Millionen-Stadt abzudrehen, falls die Polizei eingreifen würde ...

Im Baskenland führten die Telegrafenarbeiter einen Bummelstreik durch, weshalb teilweise die Telefonverbindungen unterbrochen waren.

In südspanischen Städten demonstrierten arbeitslose Land- und Bauarbeiter für ihr Recht auf Arbeit.

Der spanische Innenminister Fraga drohte den Streikenden offen. Er sagte, die Regierung werde es nicht dulden, daß *„böswillige und einen Bruch suchende Elemente den Prozeß der innenpolitischen Verfestigung in Spanien stören"*. Diejenigen, die zu den Mitteln der Gewalt griffen, müßten sich auf die *„Reaktion der verantwortlichen Mehrheit* (??) *und auf die Strenge des Gesetzes"* gefaßt machen („Frankfurter Allgemeine Zeitung," 13.1.76).

Die spanische Regierung befürchtet, daß die bisher hauptsächlich wirtschaftlich motivierten Streiks außer Kontrolle geraten könnten und sich Forderungen – die zum Teil bereits erhoben werden – nach Rücktritt der derzeitigen Regierung durchsetzen könnten. Deshalb wird die Regierung alles unternehmen, um eine solche Entwicklung zu verhindern. ●





Madrid: Mit Tränengas und Knüppeln geht die Polizei gegen Streikende vor.

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Reformistische Ausrichtung der Massenkämpfe in Spanien

Für die Tage vom 10. bis 16. Dezember hatten große Teile der illegalen spanischen Opposition zu den ersten Massenaktionen nach der Krönung von Juan Carlos aufgerufen. In diesen Aktionen wurde gegen die Fortsetzung des Faschismus unter Juan Carlos protestiert und insbesondere Amnestie für alle politischen Gefangenen und politische Freiheiten gefordert.

Nach einem Bericht der spanischen revolutionären Zeitung „En lucha" (von ORT) sollen sich an diesen Aktionen fast eine halbe Million Menschen in ganz Spanien beteiligt haben. Bürgerliche Nachrichten-Organe sprechen von über 200.000.

Wie wir bereits in AK 71 feststellten, hatten diese Aktionen jedoch einen politisch begrenzten Charakter und richteten sich keineswegs gegen das Fortdauern des Faschismus als politisches System in Spanien.

Die politischen Parolen und Erklärungen verschiedener Arbeiterkommissionen waren offenbar in starkem Maße geprägt von der revisionistischen PC Spaniens. Die PC fordert einen „friedlichen demokratischen Bruch" mit den bestehenden Institutionen und behauptet, daß an diesem Bruch nicht nur die spanische Arbeiterklasse und das Volk, sondern auch die Kapitalisten in derselben Weise interessiert sind. Nur eine kleine Clique unverbesserlicher Bürokraten des Regimes hält demnach an den faschistischen Institutionen fest. Wir drucken im folgenden den „Aufruf an die Völker Spaniens" ab, der von der „Demokratischen Junta Spaniens" verfaßt wurde und den die Carlistische Partei, die Sozialdemokratische Partei (PSD) und die beiden revolutionären Organisationen ORT und MCE mit unterzeichneten.

Aufruf an die Völker Spaniens

Aufruf an die Völker Spaniens

Wir stehen in einer sehr ernsten politischen Situation, hervorgerufen durch den Versuch, nach Francos Tod die nationale Zwietracht fortzusetzen, indem dasselbe Regime unter der Monarchie des Juan Carlos fortbesteht und dieselben Leute das Kommando haben. Die Monarchie hat systematisch alle politischen Freiheiten und alle bürgerlichen Garantien verweigert.

Wir befinden uns in einer kritischen ökonomischen Situation in allen Produktionszweigen. Dies ist bedingt durch die Politik der Regierung, die Arbeitslosigkeit und Inflation zu fördern, die Löhne einzufrieren und die unternehmerischen Interessen der nationalistischen und autarkischen Trägheit der politischen Bürokratie des Regimes unterzuordnen.

In weiten Teilen der öffentlichen Meinung herrscht eine tiefe Enttäuschung über die ersten politischen Maßnahmen des Königs. Alle Hoffnungen nach dem Verschwinden Francos haben sich als leer erwiesen und die Enttäuschung ist groß, daß der Strafnachlaß nicht alle politischen Gefangenen erreicht hat.

Die Demokratische Junta und die politischen Organisationen, die dies Dokument unterschreiben:

- sind sich b e w u ß t, daß nur die breiteste Mobilisierung aller Bürger den demokratischen Bruch auf friedlichem Wege erreichen kann, die Legalisierung aller politischen Freiheiten, die pluralistische Demokratie und die Überwindung der Folgen des Bürgerkrieges;
- sind o f f e n für die Protesthaltung der Arbeiterklasse gegen die Lohnstopp-Politik und die Preisinflation;
- sind ü b e r z e u g t, daß die modernen ökonomischen Kräfte der Bourgeoisie den Damm durchbrechen müssen, den die kontinuistische (die den Faschismus fortführen will – AK) Bürokratie des Regimes ihrer Expansion entgegensetzt und zwar durch die Integration Spaniens nach Europa;
- sind a u f m e r k s a m gegenüber dem tiefen Wunsch nach Autonomie bei allen Spaniern der historischen Nationalitäten und Regionen, die die zentralisierende Unterdrückung des Regimes zu spüren bekommen.

Sie machen einen allgemeinen Aufruf an alle Völker Spaniens, an die Arbeiterklasse und an die Bourgeoisie und besonders an alle demokratischen politischen Organisationen, die an einer Konsolidierung der demokratischen Opposition interessiert sind, daß sie sich aktiv und friedlich von jetzt an an der Mobilisierung aller Bürger beteiligen. Die Mobilisierung, die mit diesem Aufruf beginnt, wird eines Tages zu einer nationalen demokratischen Aktion führen, die den demokratischen Bruch der politischen Gesetze der Diktatur durchsetzt und den konstitutionellen Prozeß eines demokratischen Staates eröffnet, welcher durch eine Provisorische Regierung garantiert wird. Diese wird ein breites Bündnis ohne Ausschluß von irgendwem und ohne Bedingungen sein.

Da schon in Katalonien, Baskenland, Galizien, Andalusien, Asturien usw. die Aufrufe zwischen dem 10. und 16. Dezember festgelegt sind, müssen die jeweiligen Demokratischen Juntas und die unterzeichnenden politischen Organisationen ihre Aufrufe je nach den lokalen Gegebenheiten für den günstigsten Moment festlegen. Es soll versucht werden, in diesen Tagen die friedliche Mobilisierung aller Bürger zu verstärken.

Dieser Aufruf steht unter den Parolen:
Amnestie und politische Freiheiten.
Madrid, 4. Dezember 1975

Demokratische Junta Spaniens - Carlistische Partei - Kommunistische Bewegung Spaniens (MCE) - Sozialdemokratische Partei (PSD) - Revolutionäre Organisation der Arbeiter (ORT).



Es handelt sich übrigens nicht um einen Druckfehler, an der Stelle, wo neben der Arbeiterklasse auch d i e Bourgeoisie (!) zu Massenaktionen aufgerufen wird.

ORT schreibt in einer Erklärung zu diesem Aufruf, daß der gemeinsame Aufruf von „Demokratischer Junta" und den vier Parteien in erster Linie als ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Einheit der antifaschistischen Kräfte angesehen werden muß, „obwohl es in dem Aufruf Ansichten gibt, die im Gesamtzusammen-

ruf von „Demokratischer Junta" und den vier Parteien in erster Linie als ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Einheit der antifaschistischen Kräfte angesehen werden muß, „obwohl es in dem Aufruf Ansichten gibt, die im Gesamtzusammen-

hang zweitrangig (!) sind, mit denen wir uns nicht identifizieren" („En lucha", 7.12.75).

Wir halten es allerdings für mit kommunistischer Politik nicht vereinbar, die kapitalistischen Monopole Spaniens in ihrer Expansion nach Europa zu ermuntern, wie dies in einem Absatz des gemeinsamen Aufrufs ausdrücklich geschieht. Recht hat ORT ohne Frage, wenn sie den gemeinsamen Aufruf deshalb für wichtig hält, weil er ein „Abkommen zum Kampf" und nicht zum Abwarten ist.

Allerdings, mit welcher politischen Orientierung muß dieser Kampf geführt werden? U.E. ist die Spekulation absurd, daß die spanische Bourgeoisie (insgesamt womöglich?) in Widerspruch zur faschistischen „politischen Bürokratie" steht und deswegen gegen diese mobilisiert werden könnte (und müßte). Dies bedeutet, vom Klassencharakter des Faschismus abzulenken und die spanische Bourgeoisie vor den Massen in Schutz zu nehmen, statt sie für ihre grauenhaften Verbrechen am spanischen Volk anzuklagen.

Dies ist, ebenso wie die einseitige und alleinige Orientierung auf „friedliche" Aktionen und „demokratischen Bruch", nichts anderes als ein alter Ladenhüter des internationalen Revisionismus. Diese Positionen sind auch keineswegs „zweitrangig" – wie ORT es darstellt – sondern für die Arbeiterklasse und den antifaschistischen Kampf von allergrößter Bedeutung! „Einheit" im antifaschistischen Kampf ist wichtig und unabdingbar. Dabei müssen die Revolutionäre auf die „Einheit in der (antifaschistischen) Aktion" mit reformistischen und sonstigen anti- und nicht-faschistischen Kräften orientieren. Eine „politische" Einheit auf dem Boden des Revisionismus und Reformismus – wie sie offenbar mit der vorliegenden Erklärung angestrebt wurde – zersetzt dagegen den antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse.

Die vorliegende „gemeinsame Erklärung" ist u.E. vor allem Ausdruck der Hegemonie der revisionistischen und reformistischen Einflüsse in der spanischen Arbeiterklasse und in zweiter Linie ein falsches Verständnis der revolutionären Kräfte (ORT und MCE) bei ihren Bemühungen um „Einheit" aller anti- und nicht-faschistischen Kräfte im Kampf gegen die spanische Diktatur. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Demokratisierung" in Spanien: Wettbewerb bezahlter Lügner



Die erste Auslandsreise des neuen spanischen Außenministers Areilza galt der Bundesrepublik.

Kurz vor seinem zweitätigen Bonn-Besuch (am 8./9.1.) hatte sich die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" noch um ein Interview mit dem spanischen Grafen bemüht. Areilza stellte darin die (Um)wege Spaniens zur „Demokratie" dar. Demnach steht für Spanien an erster Stelle eine politische und wirtschaftliche Annäherung an Europa. Zu diesem Zweck ist Spanien angeblich bereit, seine bestehenden politischen Strukturen zu demokratisieren, allerdings, wie der Außenminister wörtlich sagte – *„innerhalb der bestehenden Gesetze"!*

Areilza war sich ziemlich sicher, daß das Programm der neuen Regierung mit den Interessen der Europäischen Gemeinschaft übereinstimmt und setzte einen Zeitraum von zwei Jahren, um es zu verwirklichen. Areilza kündigte noch für dieses Jahr erste allgemeine Wahlen an.

Zunächst sollen Anfang dieses Jahres Vertreter in die Provinz- und Gemeinderäte gewählt werden und schließlich soll am Ende dieser und anderer Wahlen ein „Parlament" entstehen. Allerdings wird dieses tolle „Parlament" vorerst auf Abgeordnete politischer Parteien verzichten müssen, denn die politischen Parteien sollen nach den bestehenden Plänen erst in zwei Jahren zugelassen werden.

Der spanische Außenminister kündigte ferner einige Änderungen in den Strafgesetzbestimmungen und im Anti-Terror-Gesetz an. Areilza wurde wegen solch „deutlicher" Demokratisierungsabsichten viel Sympathie und Wohlwollen von seiten seiner Gesprächspartner Genscher, Scheel, Wischnewski, Matthöfer und einiger CDU-Führer zuteil. Genscher gab in seiner obligaten Tischrede der Hoffnung Ausdruck, daß es der spanischen Regierung gelingen möge, die Demokratie „fest" (?) zu verankern. *„Dies wird kein einfacher Weg sein, wir wissen das, und wir wissen auch, daß alles seine Zeit braucht. Mit umso größerer Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, in welcher Weise* (! – erstmal keine Legalisierung der Opposition – AK) *und in welcher Zeit* (! – erst in zwei Jahren – AK) *Ihre Regierung in Spanien demokratische Institutionen schaffen will. Wir möchten Sie ermutigen, den Weg zu einer pluralistischen Demokratie mit stabilen* (!?) *demokratischen Institutionen beherzt weiter (?) zu gehen"* („FAZ" 10.1.75).

Innerhalb der geltenden Gesetze zur „Demokratie" durchwählen?

Ministerpräsident Arias Navarro, ein treuer Gefolgsmann Francos, äußerte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Newsweek", daß Spanien nicht *„die traditionellen Strukturen aus der Franco-Zeit am Altar der Europäischen Gemeinschaft und der NATO opfern"* werde, obgleich es an einer Integration interessiert sei. Er forderte von den europäischen Staaten Verständnis und Flexibilität („FAZ", 6.1.75). Und darauf kann er insbesondere bei der Bundesregierung bekanntlich rechnen.

Arias sprach von vier oder fünf Parteien, die es in zwei Jahren dann geben soll – von den Sozialdemokraten (die von der SPD seit Monaten intensiv „beraten" werden) bis hin zur offenen militanten Rechten. Die Kommunisten – d.h. sowohl die revisionistische PC wie alle revolutionären Gruppen – sollen weiter illegalisiert bleiben.

Der spanische Innenminister, Fraga, auch ein Mann des „Fortschritts", gab die Ansicht seiner Regierung gegenüber der französischen Zeitung „Figaro" dazu zum besten: Alle Kommunistischen Parteien seien ihrem Wesen nach totalitär. Jede kommunistische Partei habe *„eine bestimmte Rolle in einem groß angelegten Plan der internationalen Subversion"*, und alle Bekenntnisse von Kommunisten zu Freiheit und demokratischen Spielregeln seien nur Täuschungsmanöver. Fraga lobte die BRD, *„eine der am besten funktionierenden Demokratien in Europa"*, weil sie auch die kommunistische Partei verboten hat und trotzdem *„gute Beziehungen zu den kommunistischen Staaten"* unterhält („FAZ", 24.12.75).

Die neue spanische Regierung hat nicht nur die weitere Illegalisierung der Revisionisten und Revolutionären fest beschlossen, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, die „Comisiones Obreras" sollen illegal bleiben. Dazu gibt es bereits einen Beschluss des Kabinetts. Für die spanische Arbeiterklasse und für das spanische Volk wird sich also an der bisherigen Unterdrückung so gut wie nichts ändern.

Trotzdem wird bei uns in Presse, Rundfunk und Fernsehen einhellig bereits die neue spanische Demokratie gelobt, demagogische Absichtserklärungen gewandter Minister werden schon für Tatsachen verkauft. In völliger Gleichschaltung aller Medien wird dafür geworben, daß Spanien so wie es heute ist, mit seinem ganzen faschistischen Unterdrückungsapparat in die ach so demokratische Gemeinschaft der europäischen Staaten aufgenommen werde.

Besonders unverschämt ist die Verbreitung der Lüge, daß in Spanien noch in diesem Jahr „allgemeine, direkte" Wahlen stattfinden werden. Zu den bevorstehenden Wahlen der Provinz- und Gemeinderäte schreibt ein unabhängiger Nachrichtendienst nach einer Aufzeichnung von „Radio Nacional de Espana":

„(Zusammenfassung) Die neuen Bestimmungen für die Provinz- und Gemeindewahlen in Spanien sind am 10. Dezember im offiziellen Staatsbulletin veröffentlicht worden. Danach sollen demnächst die Vorsitzenden der Abgeordnetenversammlungen aller Provinzen (mit Ausnahme Navarras), die Bürgermeister aller Provinzhauptstädte und Großstädte mit mehr als hunderttausend Einwohnern (mit Ausnahme Madrids und Barcelonas) sowie die Hälfte der Bürgermeister der übrigen Gemeinden gewählt werden. Für die Wahlen zum Präsidenten einer Provinzversammlung, zum Amt eines Stadtrates oder Bürgermeisters müssen die Kandidaten bestimmte Voraussetzungen *erfüllen: Sie müssen in der entsprechenden Gemeinde oder Provinz wohnen und je nach Kandidatur schon einmal Präsident bzw. Abgeordneter einer Provinzversammlung oder auch Bürgermeister gewesen sein* (!!). *Bürgermeisterkandidaten benötigen die Unterstützung von wenigstens tausend oder einem Prozent, die übrigen Kandidaten von mindestens 0,5 Prozent der Bevölkerung. Alle Kandidaten müssen darüber hinaus von vier Abgeordneten der jeweiligen Provinz- oder Lokalversammlung und zusätzlich von einer politischen Assoziation vorgeschlagen werden* „(Monitor-Dienst, 11.12.75).

Diese kleinen „Wahlvoraussetzungen" sind nicht besser und nicht schlechter als zu Francos Zeiten. Wenigstens steht fest, daß nur die altbewährten Faschisten (müssen schon einmal ein solches Amt bekleidet haben) überhaupt gewählt werden können! Zur Abwehr vor unliebsamen Überraschungen kommen zwei weitere Sicherungen: Die Kandidaten müssen von einer „politischen Assoziation" vorgeschlagen werden. Diese Assoziationen wurden in Spanien seit etwa einem Jahr als eine Art „Parteienersatz" unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Die wichtigste dieser Voraussetzungen ist, daß die Assoziationen politisch auf dem Boden des faschistischen „Movimiento" stehen müssen – der von Franco geschaffenen nationalen Einheitsbewegung. Außerdem müssen die Kandidaten von vier anderen Faschisten aus den jeweiligen Versammlungen vorgeschlagen werden.

So werden die „allgemeinen und direkten Wahlen", die von Spaniens „Erneuerern" der bürgerlichen Presse hierzulande großkotzig verkauft werden, zu nichts anderem als dem alten üblen Spiel, das seit Jahrzehnten dem spanischen Volk als „organische Demokratie" vorgegaukelt wird. Übrigens haben sich die Spanier bei den letzten Wahlen zu solchen Popanzgremien mit weniger als 30 Prozent beteiligt. So wichtig waren ihnen diese „demokratischen" Turnübungen!

Die bürgerliche Presse Westdeutschlands baut jedoch auf der allgemeinen Unkenntnis dieser Tatsachen ihr demagogisches Bild von einem sich „demokratisierenden" Spanien. Darin kommt der Wille der westdeutschen Imperialisten zum Ausdruck, die westdeutsche Bevölkerung über den Charakter ihrer Geschäftspartner zu täuschen. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauen unter dem Faschismus: Beispiel Spanien

Die faschistische Bestie Franco ist zwar ins Jenseits gewandert – das faschistische Gesetzesarsenal lebt aber weiter fort.

Im Zusammenwirken der Falange (faschistische Sammlungsbewegung Spaniens) und der Kirche wurde eine extrem frauenfeindliche Ideologie entwickelt, die ihren konkreten Ausdruck in einer äußerst repressiven Gesetzgebung findet:

- Die kirchliche Heirat ist Zwang, eine „nur zivile" Heirat wird nicht anerkannt;
- die Scheidung ist natürlich verboten;
- die Abtreibung ebenso. Ein Abtreibungsversuch wird mit Gefängnisstrafen zwischen fünf und zehn Jahren bestraft! Jede Denunziation von Frauen, die abgetrieben haben oder von Ärzten, die Abtreibungen durchführen, wird materiell belohnt;
- jede Art von Propaganda für Verhütungsmittel und Methoden ist verboten;
- der Mann ist der Chef der Familie, allein er hat das Wahlrecht;
- die Männer werden mit 21 Jahren volljährig, Frauen hingegen erst mit 23 Jahren ...;
- der „soziale Arbeitsdienst" für Frauen zwischen 15 und 18 Jahren ist Pflicht;
- wenn weibliche politische Gefangene, die zum Tode verurteilt werden, im Knast ein Kind bekommen, wird ihre Hinrichtung auf zwei Monate verschoben.

Diese wenigen Beispiele zeigen anschaulich, daß die Faschisten die größten Feinde der Frauen sind. ●

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Kurze Chronik der Massenkämpfe für Amnestie und politische Freiheiten vom 10. bis 16. Dezember 75

4./5. Dezember:
Aufrufe der „Demokratischen Junta" und der vier anderen Parteien (siehe Artikel: „Reformistische Ausrichtung ..."). Die Bauarbeiterkommission von Madrid ruft zu dreitägigem Streik auf (vom 10. bis 12. Dezember): *„Durch unseren Streik soll der König wissen, daß wir eine Amnestie wollen und nicht den Betrug eines Strafnachlasses für die Diebe von Matesa"* (Im „Matesa-Skandal" ging es um das Kassieren von Millionen Steuergeldern für Maschinen, die gar nicht produziert wurden. Hohe Staatsbeamte waren darin verwickelt – AK). In Madrid rufen die Koordinationsstelle der Arbeiterkommissionen von Villaverde, der Nordregion und viele andere auf. Außerdem die Nationale Arbeiterkommission von Katalonien, die lokale Koordinationsstelle der Arbeiterkommissionen von Barcelona und die Bauarbeiter-Kommissionen von Barcelona.

7. Dezember:
30.000 Menschen versammeln sich vor dem Gefängnis von Carabanchel, wo viele hundert politische Gefangene sitzen. Aus dem Arbeiterviertel San Blas kommen 800 Menschen geschlossen in einer Metro. Autobusfahrer, die Wagen voll Demonstranten, fahren an Haltestellen, wo Bullen stehen, einfach vorbei oder warnen die Menschen vor dem Aussteigen. Anwohner informieren die Demonstranten von den Balkons herunter über Bewegungen der Polizei und helfen den Fliehenden bei den brutalen Polizeieinsätzen: Es gibt 600 Festnahmen!

9. Dezember:
Im Gefängnis von Segovia treten 40 politische Gefangene in den Hungerstreik aus Solidarität mit den Kämpfen draußen. Später schließen sich politische Gefangene aus anderen Gefängnisse (Segovia, Carabanchel, Cartagena usw.) dem Hungerstreik an.

10. Dezember:
Die Madrider Bauarbeiter streiken. Andere Großbetriebe schließen sich an, ganze Stadtteile sind im Streik: Mostoles, Villaverde, Mortalaz usw. insgesamt 80.000

11. Dezember:
Streiks in ganz Spanien vom Baskenland bis Andalusien – Erinnerung an den großen Generalstreik vom 11. Dezember des vergangenen Jahres. In Barcelona streiken die Metall- und Bauarbeiter. Auch bei den Banken gibt es Arbeitsniederlegungen sowie in Textil-, Chemiebetrieben und Wasserwerken. In den Industrieyororten von Barcelona (wie Cornellá, Mataró, Badalona, Sardanyola, Santa Coloma) ist das ganze Geschäftsleben paralysiert. Die Polizei schießt auf Demonstranten in Cornellá. In Madrid streiken 150.000, davon 70.000 Bauarbeiter und 50.000 Metaller.

Die Minenarbeiter von Asturien verlassen eine Grube nach der anderen. Proteste an den Universitäten von Madrid, Barcelona, Bilbao, Sevilla. Demonstrationen in Bilbao, Barcelona, Pamplona, El Ferrol, Lérida, Salamanca etc.

13. Dezember:
Das Madrider Zweigwerk von Standard Electric/ITT steht den sechsten Tag im Streik.

14. Dezember:
In vielen Städten finden Demonstrationen vor den Gefängnissen statt, die von der Guardia Civil brutal angegriffen werden. Die faschistische Bande der „Christkönigskrieger" geht mit Peitschen und Ketten gegen die ca. 1.000 Demonstranten vor dem Basauri-Gefängnis in Bilbaovor.

16. Dezember:
Großer Streiktag in Madrid, Galizien, Asturien, Andalusien ... Allein in Galizien beteiligen sich 50.000 Menschen an Protestaktionen.

17. Dezember:
In Madrid streiken 20.000 Metallarbeiter der Betriebe Standard-Electric, Casa, Siemens, Kelvinator, Intelsa.

18./19. Dezember:
Getafe (Industrieviertel nahe Madrid): Die Streiks der Metaller dehnen sich auf Chrysler, Ruedersa, Dafasae, Marconi, John Deere, Uralita, Lumicalor u.a. Betriebe aus. In Getafe kommt es zur vollständigen Mobilisierung der Arbeiter. Parole der Demonstranten *„Juan Carlos escucha, el pueblo esta ya en lucha!"* (Juan Carlos, paß auf, das Volk steht im Kampf!).

2.000 Taxifahrer von Madrid versammeln sich, um über Lohnforderungen zu diskutieren. Sie werden später von der Polizei vertrieben. Am 19. Dezember streiken die Taxi-Fahrer von Madrid! Während Madrid ohne Taxis ist, hat Valencia keine Autobusse, weil 170 Verkehrsbusse vor dem Rathaus von Valencia stehen, um den Lohnforderungen der Fahrer Nachdruck zu verleihen.

(Nach einem Bericht von „En lucha", Zentralorgan von ORT, vom 20. Dezember 75). ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wirtschaftsnachrichten – BRD – Januar

Verlustrücktrag eingeführt!

Noch in seiner Neujahrsansprache verkündete Bundeskanzler Schmidt, daß an Steuererleichterungen für die Unternehmer nicht gedacht sei. Aber was zählt bei ihm schon eine Lüge mehr? Am 14.1. beschloß die Bundesregierung den Verlustrücktrag von 1975 auf 1974 einzuführen. Danach können Kapitalisten Verluste des letzten Jahres bis zu 5 Millionen DM auf Gewinne des Jahres 1974 anrechnen uns so Steuern sparen. Ausgenommen ist hiervon die Gewerbesteuer. Der Rücktrag gilt auch noch in solchen Fällen, wo das Besteuerungsverfahren bereits abgeschlossen ist. Durch den Verlustrücktrag entstehen nach Angaben der Bundesregierung Steuerausfälle von 200 Millionen DM. In internen Berechnungen wurden allerdings 1 Milliarde DM errechnet! Sparpolitik für die Kapitalisten! (nach „Handelsblatt", 13. und 14.1., „FAZ", 9.1.).

Krisenjahr 1975 – Rekordjahr für Aktionäre!

Durchschnittlich um 35,7 % sind im Krisenjahr 1975 die Aktienkurse gestiegen. Das ist das beste Börsenjahr seit acht Jahren (seit der Krise 1967) und eines der besten der Nachkriegsgeschichte, stellte die „FAZ" fest. Nur in den Jahren bis 1960 gab es auf einem entsprechend niedrigeren Niveau größere Steigerungen.

Entwicklung der Aktienkurse

Jahr	Veränd. der Aktienkurse in Prozent	Jahr	Veränd. der Aktienkurse in Prozent
1951	+ 79,8	1964	+ 3,7
1952	– 18,6	1965	– 14,6
1953	+ 15,2	1966	– 16,1
1954	+ 71,7	1967	+ 43,5
1955	+ 16,7	1968	+ 13,7
1956	– 7,8	1969	+ 11,7
1957	+ 5,4	1970	– 26,2
1958	+ 54,4	1971	+ 5,6
1959	+ 75,5	1972	+ 13,6
1960	+ 37,2	1973	– 21,1
1961	– 8,2	1974	± 0,0
1962	– 23,8	1975	+ 35,7
1963	+ 11,4		

aus: „FAZ", 12.1.76

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre gab es einen Gewinnzuwachs am Aktienmarkt von fast 45 %. Dazu kommen noch zwischen 3-4 % des Kurswertes der Aktie Dividendenerträge im Jahr. Die kapitalistische Krise hat immer Gewinner – es sind allerdings immer Kapitalisten!
sche Krise hat immer Gewinner – es sind allerdings immer Kapitalisten!
(nach „FAZ", 12.1.76).

Riesige Dividenden für die Aktionäre

Was von der penetranten Schwarzmalerei der Kapitalisten über ihre Gewinnlage zu halten ist, zeigen einige ausgewählte Dividendenzahlungen großer Konzerne mit Sitz in der BRD:

– Der Chemiekonzern Bayer zahlte 1975 offiziell eine Gesamtsumme von 324,7 Mio. DM an seine Aktionäre aus. Jeder Kollege erarbeitete 1.919 DM für diese Herren;
– Die beiden anderen Branchenriesen Hoechst und BASF zahlten 289,5 bzw. 278,9 Mio. DM Dividenden aus (pro Belegschaftsmitglied sind das 1.620 bzw. 2.504 DM);
– Der Elektrokonzern Siemens bezahlte 225,6 Mio. DM aus;
– Das Bankengeschäft war auch 1975 für die Kapitalisten erfolgreich. Die Deutsche Bank zahlte 144, die Dresdner Bank 102,9 und die Commerzbank 79,6 Mio. DM an die Aktionäre aus.
– Der Maschinenbau, der – glaubte man der Kapitalistenpropaganda – bereits im Siechtum liegt, schnitt ebenfalls noch gut ab: Der Thyssen-Rheinstahl-Konzern und die Gutehoffnungshütte bezahlten 150,6 bzw. (immerhin!) 31,5 Mio. DM aus.

Bei all diesen Zahlen muß man allerdings bedenken, daß sie den offiziellen Firmenbilanzen entnommen sind, die von den Kapitalisten alljährlich zurechtfrisiert der Öffentlichkeit übergeben werden. Der tatsächlich den Arbeitern abgepreßte Profit liegt um ein vielfaches höher. Dafür nur ein Beispiel:

Während der Chemie-Konzern Bayer für 1974 offiziell einen „Rein"gewinn von 324,7 Mio. DM angab, errechnete das DDR-Forschungsinstitut für Internationale Politik und Wirtschaft einen Netto-Profit (nach Abzug von Steuern u. ä.!) von 2,964 Milliarden (!!) DM („IPW-Berichte", 12/75).

1976: Mindestens 14 % mehr Unternehmergewinne

Um mindestens 14 % sollen in diesem Jahr die Unternehmergewinne steigen. Dies errechnete der „interministerielle Arbeitskreis gesamtwirtschaftliche Voraussetzungen" der Bundesregierung. Die Bruttolöhne sollen höchstens 7 % steigen, die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt 1,1 Millionen pro Monat betragen! (nach „Handes-
resdurchschnitt 1,1 Millionen pro Monat betragen! (nach „Handes-
blatt", 13.1.).

Strom wird teurer!

Wieder müssen die Werktätigen für Unternehmerprofite bluten. Der Anfang 1975 eingeführte „Kohlepfennig" wird ab 1. April von 3,24 % des Stromtarifs auf 4,5 % erhöht. Dadurch steigen erneut die Strompreise!

Mit dem Kohlepfennig wird die Verwendung von Steinkohle in den Kraftwerken der BRD finanziert. Damit soll die im Verhältnis zu anderen Energien teurere Steinkohle für die Kapitalisten der Kraftwerke verbilligt werden. Gleichzeitig profitieren von dieser Maßnahme die Bergbau-Kapitalisten, deren Absatz zum Teil so garantiert wird.

Der „Kohlepfennig" bringt 1976 Einnahmen von ca. 1,4 Milliarden DM, die den Einkauf von über 26 Millionen Tonnen Steinkohle sichern.

Das Ganze wird finanziert von den Stromverbrauchern! („FAZ" 14.1.).

1975: Rückgang der Industrieproduktion

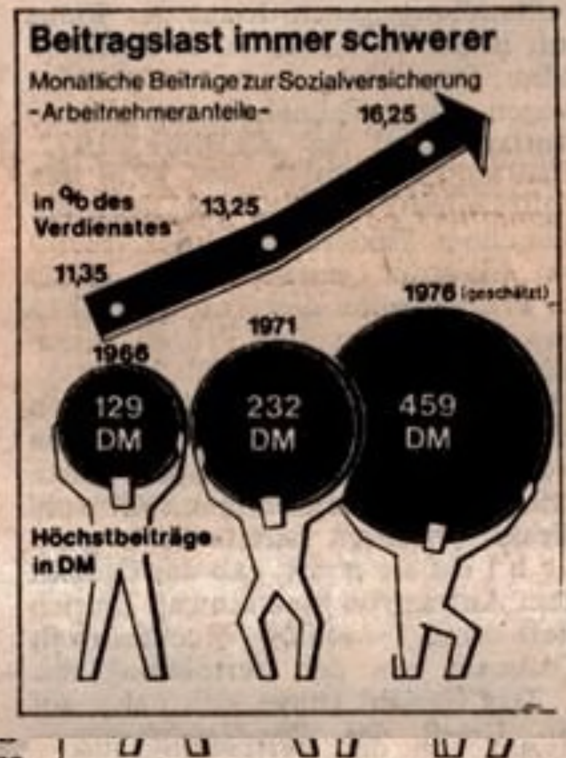
In den ersten 11 Monaten des Jahres 1975 sank die Industrieproduktion in der BRD um 8 Prozent gegenüber 1974:

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie:	– 14 %
Investitionsgüterind.	– 6,5 %
Verbrauchsgüterind.	– 6,5 %

(„Handesblatt", 7.1.).

Sozialbeiträge steigen immer stärker

Wie der nebenstehenden Grafik zu entnehmen ist, ist der Anteil der Sozialbeiträge an den Löhnen der Werktätigen stetig und immer steiler angestiegen, während gleichzeitig im Bereich der Sozialleistungen die Leistungen gekürzt werden!



aus: „Handelsblatt", 6.1.76

500.000 ausländische Arbeiter abgeschoben!

Wie die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg jetzt meldete, sind gegenwärtig rund 2,1 Mio. ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt, das sind rund 500.000 (18,3%) Kollegen weniger als im September 1973. In nur zwei Jahren sind 500.000 Kollegen durch Arbeitslosigkeit, Entzug der Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung abgeschoben worden. Besonders das Schicksal dieser Kollegen erinnert daran, daß der Arbeiter im Kapitalismus immer nur eine Ware ist, die nach den jeweiligen Bedürfnissen des Kapitals entweder gekauft oder wieder verworfen und abgeschoben wird. (Zahlen aus „FAZ", 6.1.75)

Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen!

Gegenüber November ist die Arbeitslosenzahl in der BRD im Dezember abermals gestiegen: um 109.200 auf 1.223.396, was einer Quote von 5,3 % entspricht. Im Jahresdurchschnitt waren nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit ständig über eine Million Menschen in der BRD ohne festen Arbeitsplatz. Insgesamt waren 3,45 Mio. Menschen für kürzere oder längere Zeit 1975 ohne Beschäftigung. Mit 6,3 % (145.100) liegt die Zahl der arbeitslosen ausländischen Kollegen dabei über dem normalen Durchschnitt.

Bemerkenswert ist, daß von den über 1,2 Mio. Arbeitslosen nur 815.000 überhaupt eine finanzielle Unterstützung erhalten; in dieser Zahl sind 121.395 Menschen enthalten, die ihr Leben von der kargen Anschlußarbeitslosen„hilfe" fristen müssen.

Trotz dieses Anstiegs der Zahlen sieht Stingl (CSU), Präsident der Bundesanstalt, eine „*Entlastung*" (!), da viele ausländische Kollegen die BRD verließen und – so Stingl – „*insbesondere Frauen nach Ausschöpfung ihres Anspruchs in die stille* (!) *Reserve* (!!) *zurückgehen*" (nach „Süddeutsche Zeitung",
schöpfung ihres Anspruchs in die stille (!) *Reserve* (!!) *zurückgehen*" (nach „Süddeutsche Zeitung",
9.1.75).

BRD-Kapital unterstützt Rassisten

Die BRD – schon heute der größte Handelspartner der weißen Rassisten in Südafrika – plant weitere Investitionen. Im März und Juli letzten Jahres sind von der „Westtours-Reisen GmbH" zwei Informationsreisen zum Thema „Investieren in Südafrika" (Kostenpunkt: 4.400-4.700 DM) organisiert worden.

Auf der sechzehntägigen Reise werden Seminare zu den Themen finanzielle Hilfe beim Aufbau von Firmen, Steuererleichterungen und der südafrikanische Arbeitsmarkt angeboten. Gleichzeitig finden Kontake mit südafrikanischen Kapitalisten statt. (nach „Nachrichten für Außenhandel", 8.1.75).

BRD in „Interamerikanische Entwicklungsbank" eingetreten

Unter der Überschrift „*Deutsche Firmen profitieren*" berichtete die „FAZ", daß die BRD ab 8.1.76 vollgültiges Mitglied dieser Bank (IDB) geworden sei.

Der IDB gehören 22 lateinamerikanische Staaten, die USA und Kanada an. Die Kapitalbeteiligung der BRD beträgt 162 Mio. DM („FAZ", 16.1.75).

„*Durch den Beitritt der BRD zur IDB soll das deutsche Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas und sollen die politischen Beziehungen intensiviert werden*" („Nachrichten für Außenhandel", 19.12.75). Vor allem wohl unterstreicht der BRD-Imperialismus hiermit sein Interesse am lateinamerikanischen Kontinent. Bemerkenswert ist, daß die IDB jüngst der chilenischen Junta einen 60.000 Dollar Kredit sowie „technisches Personal" zur Entwicklung eines „Ausbildungsprogramms" gegeben hat. Diese Hilfe für die Faschisten soll „*die Grundlage für spätere Kreditersuchen an die IDB oder andere überregionale Finanzinstitutionen bilden*" („Mitteilung für Weltwirtschaftliche Zusammenarbeit" (!), Dez. 75).

Fast überflüssig zu erwähnen, daß hiervon kein Wort in der normal zugänglichen bürgerlichen Presse zu lesen war. ●

KB-Gruppe Bremen und Wirtschafts-
KB-Gruppe Bremen und Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg

„Der Aufschwung kommt!" – fragt sich nur für wen?

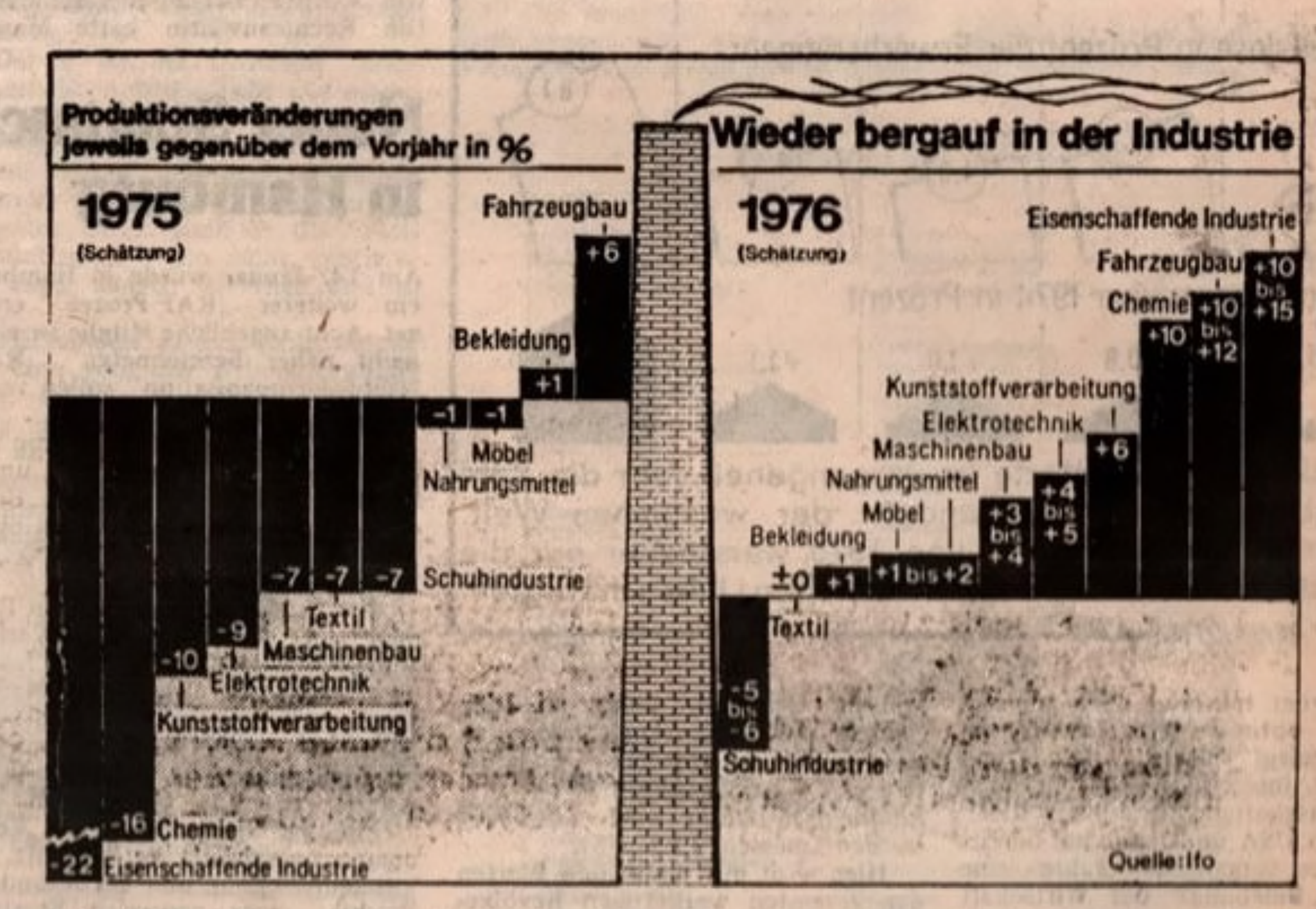
In den letzten beiden Jahren haben ausnahmslos alle kapitalistischen Länder die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte durchgemacht. Während noch 1974 die Industrieproduktion aller imperialistischen Länder um ein Prozent gesteigert werden konnte, sank sie nach vorläufigen Schätzungen 1975 um zehn Prozent. („IPW", 12/75, S. 5).

Selbst innerhalb bürgerlicher Kreise wurde immer häufiger der Vergleich zur Weltwirtschaftskrise in den 20er Jahren gezogen, um das Ausmaß und die Tiefe der gegenwärtigen Krise zu charakterisieren.

Hervorstechendes Kennzeichen der gegenwärtigen Krise ist ihr internationaler Charakter, der alle Staaten der kapitalistischen Welt erfaßt. Dies hat einerseits zur Folge, daß der „inneren" Krise eines Landes nicht mit einem verstärkten Export ins Ausland begegnet werden kann, da auch diese Länder von einem Wirtschaftsabschwung betroffen sind. In besonderem Maße sind hiervon stark exportabhängige Staaten – wie die BRD – betroffen; der westdeutsche Export ging im ersten Halbjahr 1975 um 13 % zurück, während er noch ein Jahr zuvor um denselben Betrag gesteigert werden konnte (nach „IPW-Berichte", 11/75).

Zugleich signalisieren die gegenwärtigen Krisenerscheinungen das weltweite Ende einer Phase, in der die kapitalistischen Märkte relativ ungebrochen und kontinuierlich expandierten. „*Die gegenwärtige Rezession signalisiert mehr als eine Tendenzwende. Sie markiert das Ende einer relativ gradlinigen Entwicklungstendenz der Wirtschaft in den letzten 25 Jahren*" („Wirtschaftswoche", 23.5.75).

Gemeint ist damit, daß die Zeiten der relativ ungebrochenen Aufwärtsentwicklung in den kapitalistischen Staaten endgültig vorbei sind, daß ihre Zukunft von einer größeren Krisenanfälligkeit gekennzeichnet ist. Zugleich bedeutet dies aber auch, daß den inneren Schwierigkeiten der kapitalistischen Länder immer weniger mit einer Offensive nach außen (Waren- und Kapitalexport) begegnet werden kann, wie dies noch in der ersten tiefen Wirtschaftskrise des westdeutschen Imperialismus 1966/67 der Fall war. Der Kapitalismus stößt nunmehr international auf die Grenzen seines Wachstums; die noch vor wenigen Jahren offenen und aufnahmebereiten Auslandsmärkte verengen sich immer stärker, so daß heute der Konkurrenzkampf der imperialistischen Staaten um die Aufteilung dieser Märkte immer schärfer wird. Deutlich läßt sich dies an der Entwicklung der westdeutschen Industrieproduktion über einen längeren Zeitraum verfolgen: Während noch



Vom Ifo-Institut geschätztes Wachstum der Industrieproduktion in der BRD.

Forts. Seite 12

FORTSETZUNG
VON SEITE 11

1951/55 das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der Industrieproduktion 8,6 % betrug, waren es zehn Jahre später 1956/60 nur noch 5,7 %, 1966/70 4,6 % und 1971/74 2,5 % („IPW", 12/75, S. 48). Eine ständig abnehmende Zuwachsrate also.

Im vergangenen Jahr ist die westdeutsche Industrieproduktion sogar um 8 % gefallen („Handelsblatt", 7.1.76).

Bemerkenswert ist dabei, daß vom Rückgang der Industrieproduktion keineswegs nur die traditionell krisenanfälligen Branchen betroffen waren, sondern im besonderen auch die sog. „Wachstumsbranchen" wie Elektroindustrie und Chemieindustrie. **Die Elektroindustrie hatte 1975 einen Produktionsrückgang von fast 10 % zu verzeichnen, die Chemieindustrie sogar von 16 %, beim Export sogar von 26,3 %.** Das ist für diesen Industriezweig ein in der Geschichte der BRD bisher einmaliger Produktionsrückgang. Den absoluten Rekord hielt die Stahlindustrie mit einem Minus von 22 % (Zahlen nach „Handelsblatt", 24.12.75).

Im 2. Quartal 1975 lag die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie bei 78,8 % (zum Vergleich: 1973 91,6 %), der Produktions- und Grundstoffgüterindustrie bei 75,9 % (92,5 %) und der Verbrauchsgüterindustrie bei 80,0 % (92,9 %) (nach „IPW", 11/75, S. 75).

Wenn auch diese Zahlen älteren Datums sind, so dürfte sich im letzten halben Jahr lediglich eine geringe Aufwärtsentwicklung ergeben haben.

Die Kapitalisten kündigen den „Aufschwung" an

Nunmehr wollen die Kapitalisten, ihre Regierungen und Wirtschaftsinstitute am Horizont den weltweiten „Silberstreif" eines Wirtschaftsaufschwungs erkannt haben.

Nach einer Prognose des Ifo-Instituts (München) sei *„das Ende der Weltrezession in Sicht"*. Weltweit wird mit einer Zunahme des Handelsvolumens um vier bis fünf Prozent gerechnet. Mit unterschiedlichen Wachstumsraten für die einzelnen Staaten (USA und Japan: vier bis sechs Prozent; EG-Staaten: zwei bis drei Prozent) wird mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts in den (kapitalistischen) OECD-Staaten um 3 bis 4,5 % gerechnet („Süddeutsche Zeitung", 23.12.75).

Bestätigt wird diese Annahme – wenn dabei teilweise auch andere, weniger optimistische Zahlen zugrunde gelegt werden – auch von anderen internationalen Gremien und Wirtschaftsinstituten der BRD.

In den USA und Japan hat bereits Mitte des vergangenen Jahres eine leichte „Belebung" der Wirtschaft mit einer stärkeren Nachfrage nach Industrie- und Verbrauchsgütern eingesetzt. Statistisch ist für die BRD nach neuesten Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums eine Zunahme der Industrieproduktion um zwei Prozent und der Auftragseingänge um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr nachweisbar („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.1. und 9.1.76).

Kennzeichend für fast alle Prognosen ist, daß sie, im Gegensatz zu früheren Krisen, einen nur *„bescheidenen Wirtschaftsaufschwung in den Ländern des OECD-Raumes erwarten"* („Handelsblatt", 18.12.75). Das unterstreicht, daß die Zeiten, in denen die Krisen durch intensive Hochkonjunkturen mit starken Wachstumsraten abgelöst wurden, für die kapitalistische Weltwirtschaft vorbei sind. Die Wirtschaftsprognose der OECD kann sogar die *„Gefahren einer neuen Rezession nicht ausschließen"* („SZ", 29.12.75).

Aufschwung für die Arbeiter?

Die weltweite Krise hat den Werktätigen aller kapitalistischen Staaten ungeheure Lasten aufgebürdet (siehe nebenstehende Grafik über Arbeitslosigkeit).

Die sog. „konjunkturankurbelnden Maßnahmen" der Regierungen sind in Wirklichkeit ein gigantischer Raubzug des Kapitals, bei dem durch Steuererhöhungen (bzw. -ermäßigungen für die Kapitalisten), Abbau sozialer Leistungen und Einrichtungen, Rationalisierungen usw. eine großangelegte Umverteilung des Reichtums zugunsten der Kapitalistenklasse stattfindet. Die Ideologen des Kapitals haben inzwischen auch deutlich gemacht, daß der erwartete Aufschwung keinesfalls auch die Lage der Werktätigen verbessern wird. **Ganz im Gegenteil, soll der bisherige Kurs der verstärkten Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung durch Rationalisierungen und Abbau des Lebensstandards auf allen Ebenen auch im Aufschwung beibehalten und sogar verschärft werden!**

So geht die OECD – trotz des von ihr angekündigten Aufschwungs! – davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen wird, *„da in den meisten europäischen OECD-Staaten die Arbeitslosigkeit zunehmen wird"* („Handelsblatt", 18.12.75). Die Prognose der EG rechnet für ihren Bereich mit einer zehnprozentigen Zunahme der Arbeitslosigkeit für 1976 („Informationsdienst d. Instituts der deutschen Wirtschaft" (iwd), 20.11.75).

In demselben Kapitalistenorgan schreibt Schleyer, daß selbst mit dem *„Erreichen eines Konjunkturaufschwungs"* keine Rückkehr zur Vollbeschäftigung verbunden wäre. Die Kontinuität der kapitalistischen Raubpolitik gegen die Werktätigen in der BRD auch für den Aufschwung kündigt Schleyer damit an, daß *„die in den vergangenen Jahren zu Lasten (??!) der Unternehmen eingetretenen Verschiebungen in der Einkommensverteilung wieder abgebaut werden"* müssen (11.12.75).

Hier wird mit deutlichen Worten der gesamten werktätigen Bevölkerung der weitere Abbau des Lebensstandards auch in den Zeiten der Hochkonjunktur angekündigt! ●

Wirtschaftskommission
KB/ Gruppe Hamburg

17 MILLIONEN OHNE JOB

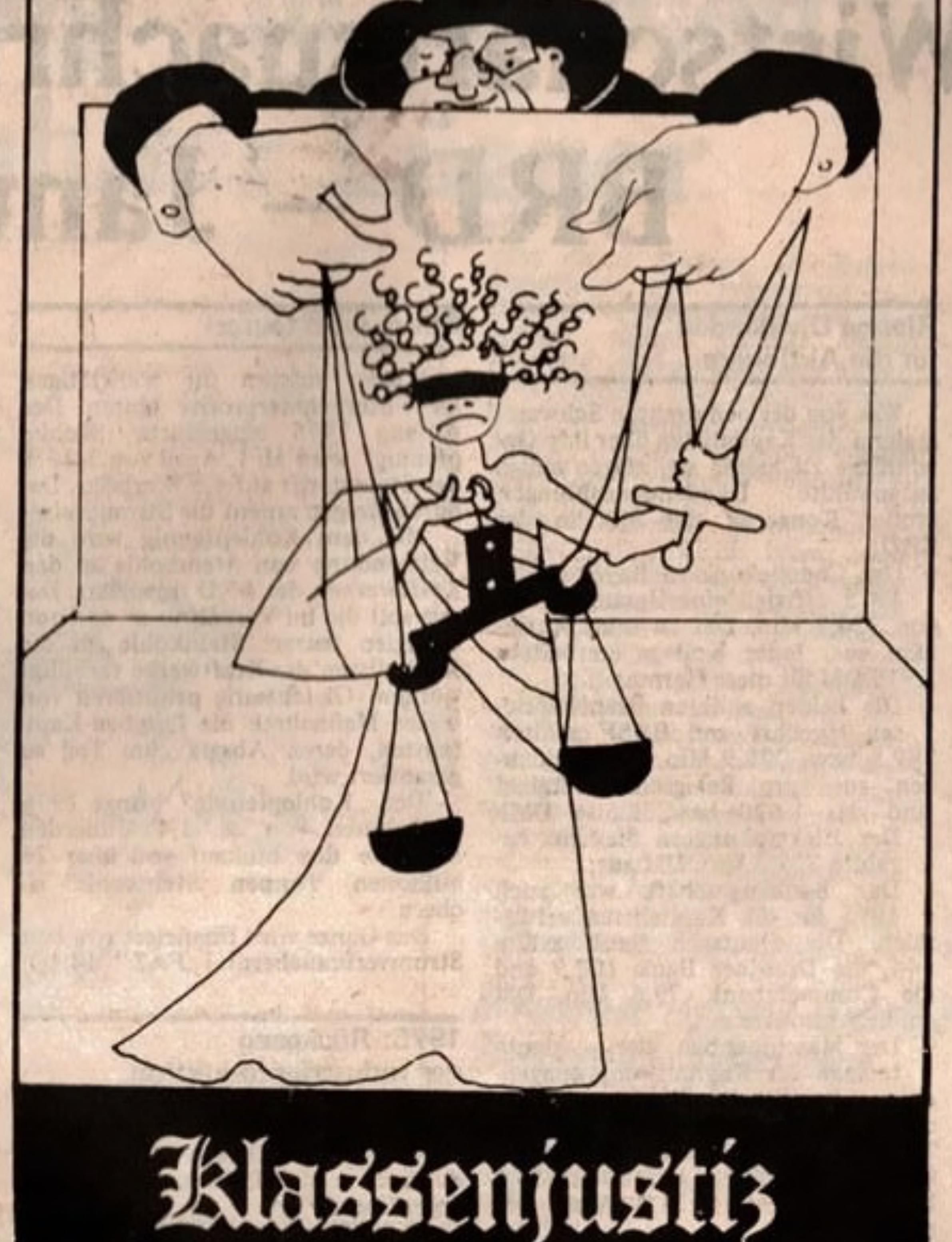
Arbeitslose am Ende des dritten Quartals 1975

	ASIEN UND OZEANIEN	NORD-EUROPA	SÜD-EUROPA	WEST-EUROPA	NORD-AMERIKA USA, Kanada
Arbeitslose	1300000	2100000	2700000	2900000	8100000
Länder	Japan, Australien, Neuseeland	Großbritannien, Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Türkei, Jugoslawien	Österreich, Belgien, Frankreich, Bundesrepublik, Niederlande, Schweiz	
Arbeitslose in Prozent der Erwerbstätigen	2,0	5,7	4,0	4,4	8,1
Anstieg gegenüber 1974 in Prozent	+0,4	+0,9	+1,0	+1,1	+2,5

Quelle International Labour Office

Auf Rekordhöhe kletterte im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen in 23 Ländern der westlichen Welt. Schlimmer als die Flaute von 1975 war bisher nur die Depression von 1932/34 mit 25 Millionen Unbeschäftigten.

„Spiegel", Nr. 1/2/76



Verteidigerbehinderung wird immer dreister

Am 8.1.76 begann in München vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Klaus K. Klaus war in der 1. Instanz zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden wegen seiner Teilnahme am „Roten Antikriegstag" der „KPD/ML" 1972. Staatsanwalt Emrich, der 1974 den Polizeieinsatz leitete, bei dem der Münchner Taxifahrer Günter Jendrian ermordet wurde, stellte gleich zu Prozeßbeginn den Antrag, Rechtsanwalt Croissant vom Prozeß auszuschließen.

Begründung: Croissant habe schon einmal die Verteidigung in einem Verfahren wegen des „Roten Antikriegstages" übernommen. Obwohl dieses Verfahren bereits a b g e s c h l o s s e n ist, gab das Gericht dem Antrag von Staatsanwalt Emrich statt und schloß Rechtsanwalt Croissant von der Verteidiung aus.

Das Gericht stütze sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Verteidigung mehrerer Angeklagten die wegen derselben Sache angeklagt sind, durch einen Rechtsanwalt auch dann verbietet, wenn ein Prozeß schon rechtskräftig abgeschlossen ist.

Besondere Blüten trieb die Auslegung dieser neuen Schikane des Bundesverfassungsgerichts in Hamburg:

Die Hamburger Rechtsanwältin Gebauer wurde von der Verteidigung von Christa Eckes ausgeschlossen. Die Rechtsanwältin hatte Margrit Schiller, neben Christa Eckes eine der sieben Angeklagten des „Hamburger RAF-Prozesses", einige Male im Gefängnis besucht. Anwältin Gebauer war nie Verteidigerin von Margrit Schiller gewesen, allein die Besuche bei ihr reichten dem Hamburger Landgericht jetzt aus, sie von der Verteidigung von Christa Eckes auszuschliessen!

Urteile wegen „Verächtlichmachung"

Dortmund: Am 15.12.75 fand vor dem Dortmunder Schöffengericht der Prozeß gegen den ehemaligen presserechtlichen Verantwortlichen der „Roten Hilfe" statt. Der Prozeß lief unter verschärften „Sicherheitsmaßnahmen" ab, d.h. es wimmelte nur so von Polizei und Spitzeln, und jeder Zuschauer mußte vor Betreten des Gerichtssaales seinen Ausweis abgeben. Durch diese Schikane versuchen die Gerichte immer öfter, die Öffentlichkeit aus politischen Prozessen herauszuhalten, da klar ist, daß unter solchen Bedingungen nur noch wenige Zuschauer in den Gerichtsaal gehen. In der „Beweisaufnahme" wurden dem Angeklagten Michael B. Flugblätter und Zeitungen vorgelegt, für die er verantwortlich gezeichnet hatte. Beweisanträge der Verteidigung zur Ermordung von Routhier, zur Isolationshaft etc. - die Berichterstattung darüber wurde Michael als „Verächtlichmachung" und „Beleidigung" der BRD vorgeworfen – wurden allesamt abgelehnt. Der Richter: *„Die Tatsachen interessieren hier nicht. Selbst wenn es so gewesen wäre, sind solche Werturteile strafbar."* Gleichzeitig wertete er als strafverschärfend, daß die Flugblätter in einer hohen Auflage verteilt wurden! Das Urteil fiel dementsprechend aus: **7 Monate Gefängnis auf drei Jahre „Bewährung" und 900 DM Geldstrafe.**

Bielefeld: In Bielefeld ging am 11.12.75 ein Prozeß gegen 5 Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML" zu Ende. In diesem Prozeß waren 10 Verfahren, bei denen es um § 90 a („Verächtlichmachung" der BRD) ging, zusammengezogen worden. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Gerichts schrieb ein Polizeispitzel den gesamten Prozeßverlauf mit. Dem Rechtsanwalt wurde bei Androhung des Hinauswurfs verboten, Anträge gegen diesen Spitzel zu stellen. Wiederum wurden alle Beweisanträge der Angeklagten abgelehnt. Die Verurteilung stand schon von vornherein fest: **Insgesamt beliefen sich die Strafen auf 2.900 DM und 3 Veröffentlichungen in Bielefelder Tageszeitungen.**

6.000 DM wegen „Widerstand"

Ein Westberliner Arzt wurde jetzt wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu 6.000 DM Geldstrafe verurteilt. Der Arzt war in einem Café nach einer Demonstration anläßlich des Tods von Holger Meins festgenommen worden. Das Urteil wurde gefällt, w e i l sich die Polizeizeugen in Widersprüche verwickelt hatten. Das Gericht nahm dies als Beweis für die „Glaubwürdigkeit" der Zeugen! Im Prozeß gab der Einsatzleiter zu, daß sofort nach dem Einsatz ein Beamter damit beauftragt wurde, Zeugen dafür zu finden, daß der Arzt mit einem Tisch auf die Polizei eingeschlagen habe! Es fanden sich natürlich nur Polizeizeugen, die gesehen hatten, was sie sehen sollten. Nach dem ersten Prozeßtag meldete sich noch ein Passant als Zeuge, der den Vorfall beobachtet hatte, und erklärte, daß der Arzt nicht mit einem Tisch zugeschlagen habe. **Diese Aussage erschien dem Gericht „unerheblich"!**

Geldstrafe wegen Teilnahme an Anti-JU-Demonstration

2 Wochen vor Befreiung Südvietnams veranstalteten die CDU und die Junge Union in Hamburg eine Demonstration unter der Hauptparole „Kommunisten raus aus Südvietnam". Gegen diesen reaktionären Schmutzhaufen hatten sich zahlreiche Linke versammelt, die durch Sprechparolen ihre Empörung über diese rechte Provokation zum Ausdruck brachten. Ein massives Bullenaufgebot prügelte – für den Schutz der „Demonstrationsfreiheit" natürlich! – wild gegen die Linken drauflos und nahm zahlreiche Gegendemonstranten fest. **Eine von ihnen, Renate B., wurde am 12. Dezember von einem Hamburger Gericht wegen „Widerstand" und „Verstoß gegen das Demonstrationsrecht" (!!) zu 2.500 DM verurteilt.**

Weitere Prozesse in dieser Sache stehen noch aus. ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Neuer Staatsschutzprozeß in Hamburg

Am 14. Januar wurde in Hamburg ein weiterer „RAF-Prozeß" eröffnet. Acht angebliche Mitglieder einer nicht näher bezeichneten „RAF-Nachfolgeorganisation" sollen verurteilt werden.

Sieben der Angeklagten sitzen seit zwei Jahren, seit dem 4.2.74, ununterbrochen in Isolationshaft. Einer wurde zwischenzeitlich wegen einer schweren inneren Erkrankung auf freien Fuß gesetzt.

Drei Angeklagte wurden im Rahmen einer groß angelegten Verhaftungsaktion im Februar 1974 festgenommen. Unter ihnen sind Margrit Schiller, Christa Eckes, Ilse Stachowiak, der ehemalige Rechtsanwalt Eberhard Becker. Die Staatsanwaltschaft wirft den Gefangenen vor:

Bildung einer kriminellen Vereinigung, unerlaubter Waffenbesitz, Urkundenfälschung und als besonderes Produkt eines perversen Staatsanwaltsgehirns: Verstoß gegen das „Kriegswaffenkontrollgesetz" (bei einigen der Angeklagten waren wenige Eierhandgranaten gefunden worden, die beim Bund beinahe massenweise verschoben werden).

Christa Eckes soll angeblich außerdem noch an einem Bankraub beteiligt gewesen sein.

Sieben Angeklagte haben keinen einzigen Verteidiger ihres Vertrauens, sondern nur je zwei Zwangsverteidiger. Lediglich einer hat zwei Vertrauensanwälte. Damit ist die Mehrzahl der Angeklagten praktisch verteidigerlos.

Der erste Prozeßtag

Gleich am ersten Tag zeigte der Vorsitzende der Staatsschutzkammer am Landgericht Hamburg, daß er den Prozeß ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Verluste durchzuhauen beabsichtigt:

Vor Beginn des Prozesses hatten die Angeklagten, die **als Gruppe** angeklagt sind, keine Gelegenheit, sich untereinander zur Absprache einer gemeinsamen Verteidigung zu beraten. Dies war durch die Isolationshaft auch direkt beabsichtigt. Die Staatsanwaltschaft will die Angeklagten einzeln fertigmachen, ihnen keine Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Verteidigung geben.

Deshlab beantragten die Angeklagten zu Beginn des Prozesses, sich vor der Eröffnung der Verhandlung eine Stunde ohne Aufsicht untereinander beraten zu können. Dieser Antrag wurde sogar von den Zwangsverteidigern unterstützt! Richter Ziegler jedoch lehnte den Antrag ab!

Da die Angeklagten dagegen lautstark protestierten, wurden sieben gleich aus dem Prozeß ausgeschlossen. Daß Ziegler dabei einen Angeklagten noch verwechselte und erst den Falschen rauswarf, zeigt nur die Blindwütigkeit dieses „unabhängigen Richters".

Schließlich wurde noch ein Jugendlicher, der versehentlich eine Sitzbank umgeworfen hatte, von den Bullen vor den Richtertisch gezerrt, damit er eine Ordnungsmaßnahme mitkriegt. Als dieser 15-jährige Jugendliche dann, anstatt „Reue" zu zeigen, fragte, ob er mal aufs Klo dürfte, wurden gegen ihn wegen „Ungebühr" gleich zwei Tage „Ordnungshaft" verhängt.

Man darf gespannt sein, was Ziegler sich noch alles einfallen lasse wird... ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Terrorurteile in mehreren Routhier-Prozessen

Im Juni 1974 ist Günther Routhier das Opfer brutaler Polizeimißhandlungen geworden. Bei einem Polizeieinsatz in einem Arbeitsgerichtsverfahren wurde Günther Routhier mehrmals geschlagen und gestoßen und anschließend zur Polizeiwache geschleppt, obwohl die Bullen durch ihn und durch Freunde von Günther darauf hingewiesen worden waren, daß er Bluter war und auf der Stelle ärztliche Behandlung brauchte.

An den Folgen der Mißhandlungen starb Günther. Von der „KPD/ML", deren Anhänger Routhier war, wurde der Vorfall aufgedeckt und sein Tod als „Polizei-Mord" entlarvt. Aufgrund dieser Enthüllungen wurden bisher in mehreren Dutzend Prozessen Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML" zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Duisburg: Nach mehreren Verhandlungstagen wurden drei Genossen, die Zeugen der Vorfälle im Duisburger Arbeitsgericht waren, zu insgesamt 11.700,- DM Geldstrafe verurteilt. Bereits in den ersten vier Verhandlungstagen hatte das Duisburger Schöffengericht 2.700,- DM Geldstrafe verhängt und den Angeklagten mehrmals mit Prozeßausschluß gedroht. Die Angeklagten wurden vom Richter immer unterbrochen, wenn sie zu dem brutalen Polizeieinsatz Stellungnahmen abgeben wollten. Ausführlich gehört wurden die Polizeizeugen, die sich zumeist an nichts mehr „erinnern" konnten. In einigen Zeugenaussagen wurde dennoch deutlich, mit welcher Kaltblütigkeit die Polizei damals vorgegangen ist. Polizist Walter, Angehöriger des „Gemeinsamen Sonderkommandos": *„Ich habe Günther Routhier einen Stoß gegeben, weil er Kohnke befreien wollte, er fiel in die Stühle und schrie da immer rum: ich bin Bluter, ich bin Bluter."* Als der Rechtsanwalt ihn fragte, warum er da nicht einen Arzt geholt habe: *„Er fiel in die Stühle, da war der Fall für mich erledigt. Wenn er mir sagt, er sei Bluter, dann ist das seine Sache."*

Bei der Urteilsverkündung am 22.12.75 hatte die Polizei wieder Großeinsatz. Mehrere Mannschaftswagen der Polizei rasten in den Innenhof des Gerichts und die Polizisten sprangen mit gezogenen Pistolen heraus. Von diesen Bullen wurde dann das Gericht bei seiner Urteilsverkündung „im Namen des Volkes" geschützt.

Hof: Wegen Verteilen eines Routhier-Flugblattes wurde eine junge Genossin zu einem Monat Jugendgefängnis ohne Bewährung verurteilt. Ein Antrag der Genossin, die sich noch in der Ausbildung befindet, auf Haftaufschiebung wurde abgelehnt, wodurch die Fortführung ihrer Ausbildung in Frage gestellt ist. Die Genossin mußte nach Weihnachten ins Gefängnis. Es ist ihr nicht erlaubt, Besuche, Zeitungen bzw. Briefe zu empfangen.

München: Zu sieben Monaten Gefängnis „mit Bewährung" wurde der Münchner Rainer J. verurteilt. Auf seinen Namen ist in München der Buchladen „Roter Morgen" eingetragen. Dort lag die beschlagnahmte Ausgabe des „Roten Morgen" aus, die über den Mord an Routhier berichtete. Außerdem hing eine Wandzeitung in dem Laden.

Rainer J. wurde verurteilt, obwohl er weder Verleger noch Redakteur des „Roten Morgen" ist, obwohl er ihn weder verkauft noch sonstwie verbreitet hat. Es konnte noch nicht einmal nachgewiesen werden, daß zu dem Zeitpunkt, als der „Rote Morgen" im Buchladen auslag, Rainer von der Beschlagnahme dieser Ausgabe wußte. Rainer J. wurde von dem Münchner Gericht wegen „Volksverhetzung" verurteilt. (Der Strafbefehl war wegen „übler Nachrede" ergangen.) „Volksverhetzung" war für Gericht und Staatsanwalt die Wiedergabe von Günther Routhiers Worten: *„Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei Recht hat."*

Mit diesem Urteil wird Günther Routhier von der Klassenjustiz noch n a c h seinem Tod zum Verbrecher abgestempelt. ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Urteile im Heidelberger Rektoratsprozeß gefällt

Am 18. 12. 75 wurden von der Großen Strafkammer das Landgerichts Heidelberg die Urteile verkündet. Sechs Monate für Dieter Hildebrandt, fünf Mona'e für Rolf Lebert und drei Monate für Ralf Fücks, alles ohne Bewährung.

Im Wintersemester 72/73 wehrten sich die fortschrittlichen Heidelberger Studenten gegen eine verschärfte politische Disziplinierung. Es gab eine Reihe von Hörsaalverboten, Hausverboten und Strafmaßnahmen durch den Unirektor, Mitglied des rechten „Bund Freiheit der Wissenschaft". Gegen diese Maßnahmen fanden damals Protestveranstaltungen statt, kurzfristig wurde auch das Rektorat besetzt. Von den mehreren hundert Beteiligten wurden drei bekannte Studenten, die heute dem KBW anghören, herausgegriffen und bereits in einem Schnellverfahren im Februar 1973 abgeurteilt. Die Berufungsverhandlung fand jetzt statt. Es wurden die Urteile der ersten Instanzen bestätigt. Richter Gutmacher führte aus, daß es hier nicht um die Aburteilung einer politischen Gesinnung, sondern lediglich um einen *„Fall mittlerer Kriminalität"* gehe. Er bedauerte ausdrücklich, daß er die Angeklagten, die selbst in die Berufung gegangen waren, nicht länger hinter Gitter bringen konnte.

Für den Genossen Dieter Hildebrandt bedeutet das zusätzliche sechs Monate Gefängnis. Er sitzt bereits seit neun Monaten wegen Teilnahme an einer antiimperialistischen Demonstration. Ihm und dem KBW-Genossen Jochen Noth ist mit eindeutig politischer Begründung ein Hafterlaß nach abgesessenen 2/3 der Strafe verwehrt worden (s. AK 71). Gegen beide stehen noch mehrere Prozesse an. Es ist zu befürchten, daß die Genossen von der Klassenjustiz noch für Jahre hinter Gittern gehalten werden. ●

IKAH (Initiativkomitte Arbeiterhilfe)

Haben Bullen „Komplexe"?

Im Auftrag der Innenministerkonferenz erschien jetzt ein 1591 Seiten langes Gutachten von fünf „Wissenschaftlern" der Saarbrücker Universität. Untersucht wird darin das „Berufsbild" der Polizei.

Das Gutachten kommt in seiner abschließenden Aussage zu dem Schluß, daß die westdeutschen Bullen unter „Minderwertigkeitskomplexen" zu leiden hätten: *„Die Polizeibeamten befinden sich in einer Krise des beruflichen Bewußtseins."*

Die Bullen – so die Professoren – würden einen „Komplex" mit sich rumschleppen, *„weil sie sich nicht zu der militärischen* (!!) *Komponente ihres Berufs bekennen wollen."* Dieser Komplex könne nur dann verschwinden, *„wenn die deutsche Polizei jene Unbefangenheit* (!) *zur militärischen Komponente ihres Berufs zurückgewinnt* (aha! – d.Red.) *die für die Polizei anderer demokratischer Länder* (etwa Spanien und Chile – d.Red.) *charakteristisch ist"* (Zitate nach „Welt", 14.1.76).

Daß hier keinesfalls eine psychiatrische Behandlung der Bullen gefordert wird, beweist ein anderes, ebenfalls im Auftrag der Innenministerkonferenz erstelltes Gutachten. In ihm geht es um die Legalisierung des „Todesschusses". Einer der „Rechts"professoren vertritt darin die Auffassung, daß der „gezielte Todesschuß" auch beim Diebstahl von Kunstgegenständen zuzulassen ist!

Tatsächlich soll mit obigen, schon fast ins Skurrile gehenden, pseudowissenschaftlichen „Gutachten" die Ausrichtung der Polizei zu einer neuen Gestapo gerechtfertigt werden. ●

HDW-Lehrlingszelle
KB/Gruppe Hamburg

Die „Knastreform" bringt nichts Neues

Nachdem seit 1967 die Strafvollzugsreform von Jahr zu Jahr mehr zusammengestrichen worden ist, hat sie der Bundestag am 7.11.75 gegen die Stimmen der CDU/CSU-Opposition verabschiedet. Die Presse bemerkte dazu folgendes:

> **Hilfe für Gefangene**
>
> **Bonn — Strafgefangenen soll die Rückkehr in die Gesellschaft erleichtert werden. Der Bundestag verabschiedete gestern ein entsprechendes Gesetz. Kernpunkte: Besserer Arbeitslohn, Aufnahme in die Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Schutz bei Krankheit, Altersversicherung, Urlaub und mehr Besuchszeit. Das ganze Paket soll stufenweise (bis 1986) verwirklicht werden.**

Wie sehen nun die in der „Morgenpost" so herausgestellten „Kernpunkte" aus? Laut Gesetzesentwurf soll die Eingliederung der Gefangenen in die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung 1977 begonnen und bis 1986 stufenweise verwirklicht werden. Die CDU/CSU will dies um drei Jahre verschieben (also von 1980 - 1989).

Da das Gesetz in seiner bestehenden Form insgesamt im Bundesrat scheitern wird, ist eh' alles auf St. Nimmerleinstag verschoben.

Es hieß in früheren Jahren, daß die Knastlöhne dem Durchschnittslohn eines Arbeiters angeglichen werden sollen. Zuerst sprach man von 70 %, einige Jahre später dann von 40 %. Jetzt sieht der § 182 der „Reform" folgendes vor:

„1) vom 1.1.77 - 31.12.79 = 5 %
2) vom 1.1.80 - 31.12.85 = 10 %
vom 1.1.86 an = 40 %
des durchschnittlichen Arbeitsentgeldes aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten des vorvergangenen Kalenderjahres."

Auch dies will die CDU/CSU noch drei Jahre hinauszögern (um es dann erneut abzulehnen?). Somit unterscheidet sich die Entlohnung der Ge-

erneut abzulehnen?). Somit unterscheidet sich die Entlohnung der Ge-fangenen in zehn Jahren nicht wesentlich vom heutigen Stand.

In der „Reform" heißt es: *„Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen."* Absolutes Gewäsch, solange die Gefangenen in den bundesdeutschen Knästen bessere Sklaven sind.

Sklavenarbeit

In bundesdeutschen Knästen herrscht Arbeitszwang:

„Arbeit ist Grundlage eines geordneten und wirksamen Strafvollzuges. Sie soll die Arbeitsgesinnung des Gefangenen wecken und stärken und ihn an ein regelmäßiges, auf Arbeit aufgebautes Leben gewöhnen. Jeder zur Arbeit verpflichtete Gefangene hat zu leisten, was er nach seinen Fähigkeiten und Körperkräften bei Fleiß und Sorgfalt zu schaffen vermag..." (Punkt 16 der seit 1961 BRD-gültigen Dienst- und Vollzugsordnung.)

Der § 40 der „Reform" übernimmt die Arbeitspflicht fast unverändert. In der Regel wird Arbeitsverweigerung beim ersten mal mit sieben Tagen verschärftem Arrest bestraft. Danach fragt man den Gefangenen, ob er bereit ist, die Arbeit aufzunehmen. Wenn nicht, erhält er 14 Tage, danach 21 Tage und so fort...

Oft handelt es sich nicht einmal um eine generelle Arbeitsverweigerung, sondern lediglich um Ablehnung einer bestimmten Arbeit oder die Bitte um Versetzung in einen anderen Betriebsteil, z.B. aus gesundheitlichen Gründen.

Meistens reicht der indirekte Zwang schon aus, den Gefangenen zu jeder Arbeit zu zwingen. Ein „Arbeitsverweigerer" kann nicht auf Eigengeld – falls er sowas überhaupt hat – zurückgreifen, er ist also völlig mittellos und kann sich nicht das geringste im Knast kaufen (nach der Dokumentation „Ausbeutung im Knast" Erfahrungen aus der Justizvollzugsanstalt Kaiskeim in Bayern).

„Entlohnung" ??

Die Gefangenen arbeiten in Innen- und Außenbetrieben. Es handelt sich größtenteils um die stupidesten Arbeiten, meistens im Akkord.

„Die Arbeit, die die Gefangenen werktäglich acht Stunden verrichten, ist nach Analyse des Soziologen Calliess nur zu 0,85 % ‚berufsfördernd gestaltet'. Mit dem Sortieren von Wäscheklammern und Altmaterial und beim Biegen von Weinbergklammern ist in der hochindustrialisierten Freiheit später kaum zu bestehen. Als ‚Grundlage eines geordneten Strafvollzugs' werden Taubenringe gestanzt, Gardinenrollen zusammengesetzt, Damenstrumpfhalterklips montiert, Kartons gefaltet, Kordeln an Scherzkärtchen gefingert und – wie auch anders – Tüten geklebt" („Spiegel" 9/71).

Bei der „Entlohnung" gibt es die verschiedensten ausgeklügelsten Entlohnungssysteme – nur, bei den Pfennigbeträgen im Knast muten sie geradezu grotesk an. Hier ein Beispiel aus den Knast Bruchsal:

„Es sind zunächst sechs Lohnstufen als Grundlohn vorgesehen (einfachste bis schwierigste Arbeiten):

Lohnstufe I	*0,28 DM*
Lohnstufe II	*0,34 DM*
Lohnstufe III	*0,40 DM*
Lohnstufe IV	*0,46 DM*
Lohnstufe V	*0,52 DM*
Lohnstufe VI	*0,58 DM*

Die Erschwerniszulage wird in der Form eines prozentualen Zuschlags zum Grundlohn nach folgenden Bewertungsmerkmalen gewährt:

1. Arbeitsqualität
2. Arbeitsquantität
3. selbständige Arbeitsweise
4. subjektive Leistungsbereitschaft
5. Arbeitsausführung (Material- und Werkzeugbruch)
6. nicht mehr als 4 Stunden Fehlzeiten pro Abrechnungszeitraum"

(„Nachrichtendienst" Nr. 9, Frankfurter Gefangenenrat).

Jedes Bewertungsmerkmal wird bei guter Bewertung mit 5 % benotet. Bei dem Versuch, überhöhte Arbeitsergebnisse anzugeben, kann der gesamte Grundlohn entzogen werden. Fehlzeiten (außer Unterricht) werden nicht vergütet.

„Arbeitskommandos" für Außenarbeiten werden an private Firmen vermietet. Die Bezahlung ist unwesentlich besser. jedoch fördern klei-

arbeiten werden an private Firmen vermietet. Die Bezahlung ist unwesentlich besser, jedoch fördern klei-ne Privilegien wie Tabak- und Kaffeegeschenke, verbunden mit dem Hauch von „Freiheit", das Konkurrenz- und Wohlverhalten im Knast. In den Außenbetrieben müssen die Gefangenen Übersoll produzieren. Sie können beim geringsten Aufmucken sofort vom Kapitalisten ausgetauscht werden.

Hier einige bekannte Firmen, die sich an der Knastarbeit gesundstoßen: BMW in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Landsberg und Stadelheim (München), Quelle, Touropa, Boeringer Chemie, Togal, Siemens in der JVA Stadelheim/München. MAN in der JVA Straubing.

Ein Rechenbeispiel (überschlagsweise) aus der Dokumentation „Ausbeutung im Knast" macht die Profite die sowohl der Kapitalist als auch die Justizvollzugsanstalt aus den Gefangenen herauspreßt deutlich:

Die Firma Eckert & Ziegler in Bayern zahlt der Justizvollzugsanstalt Kaisheim ein „Kopfgeld" von 822 DM monatlich. Verdienst eines Gefangenen: 90 DM monatlich. Verdienst eines Arbeiters bei Eckert & Ziegler: ca. 1.500 DM + Versicherungsanteil und sonstige soziale Leistungen: 2.550 DM. Bei 30 Gefangenen monatlich ergibt das für den Kapitalisten 52.000 DM und für den Knast 22.000 DM.

Von Seiten der Justizverwaltungen wird immer wieder behauptet, daß heute bei fast zum Nulltarif arbeitenden Gefangenen jeder Häftling das zuständige Land mit mehr als 20 DM täglich belaste.

Solche statistischen Spielerein und Rechnereien können allenfalls dann gelingen, wenn der gesamte Justizapparat anteilsmäßig auf den einzelnen Gefangenen umgelegt wird. (Die Kosten für die Wachbeamten, Gefängnisneubauten, den gesamten Verwaltungsapparat, die Gehälter der Staatsanwälte und Richter und nicht zuletzt die Pensionen der Herren Senatspräsidenten. Der Gefangene zahlt also auch noch die, die ihn verurteilen und im Knast unterdrücken.)

Was bleibt dem Gefangenen im Knast?

Nimmt man als Durchschnittslohn mal im Monat 60 DM an (in Hamburg z.B. wird lt. Staatl. Pressestelle vom 19.2.74 seit Anfang 1974 ein Tageslohn von DM 2,50-3,25 gezahlt), so bleibt dem Gefangenen am Monatsende so gut wie nichts.

Bis zur Hälfte des „Lohns" muß als „Rücklage" abgegeben werden. 1-2 mal kann man in der Anstalt bei Händlern mit überhöhten Preisen und Monopolstellung einkaufen.

Die fliegenden Händler werden von der Anstaltsleitung unterstützt, wenn wohl auch nicht überall so massiv wie im Knast Straubing in in Bayern, wo von der Anstaltsleitung einige Zentner Obst als Geschenk für die Gefangenen abgelehnt wurden, weil dadurch eventuell das vom Händler angebotene Obst nicht mehr gekauft worden wäre. (Nach Dokumentation „Ausbeutung im Knast).

Das Fazit ist: ein paar Mark hat man, wenn man aus dem Knast kommt. Allein die Zinsen für die Schulden sind schon höher. Arbeit ist kaum zu finden. Die Familie ist oft auseinandergebrochen, nicht zuletzt deshalb, weil der Gefangene sie nicht unterstützen konnte. Wohnheime sind total überlastet. Das Sozialamt zahlt 8,57 pro Tag ..... Rückfallquoten von 70-80 %, der Knast produziert seinen eigenen Nachschub.

Knast produziert seinen eigenen Nachschub.

Grundlage für jede „Resozialisierung" wäre Entlohnung und Eingliederung in die Sozialversicherungen entsprechend den Verhältnissen „draußen". Der Knastaufenthalt selbst ist wahrlich „Strafe" genug! Die Rückfallquoten sind erwiesenermaßen erheblich zurückgegangen, sobald die Bedingungen im Knast materiell verbessert wurden.

Aber es erscheint logisch, daß dem kapitalistischen Staat in der BRD, in dem besonders in den letzten Jahren die Faschisierung im Bereich der Justiz und Polizei erheblich vorangetrieben worden ist, nicht daran gelegen ist, nun ausgerechnet den Knast, der oft genug das Endglied der Kette der Repressionsmaßnahmen darstellt, in irgend einer Weise zu verbessern.

Von daher werden im neuen bundeseinheitlichen Knastgesetz zwar die Zwangs- und Strafmaßnahmen gegen die Gefangenen geregelt werden, kaum jedoch eine tatsächliche Besserstellung für die Gefangenen insgesamt erbracht. ●

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf,
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 368 A

Bremen:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr
freitags 15 - 19 Uhr,
sbds. 10 - 14 Uhr

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022854

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 14.30 - 16.30 Uhr

Göttingen:
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt: R. Kruppa
über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 15

Hannover:
Arbeiterbuch
z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut:
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
83 Landshut
Postlagerkarte A 041181

Lüneburg:
KB/Gruppe Lüneburg
Samstag 11 - 13.00 Uhr
in der Bäckerstraße

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Würzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
29 Oldenburg
Nadorsterstraße 190

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Freitag 16 - 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Lüneburg-Stammheim

Seit dem 5.12.75 findet in dem Nest Wendisch-Evern bei Lüneburg ein Prozeß gegen den „KPD"-Sympathisanten Oellerer wegen „Wehrkraftzersetzung" (!) statt. Oellerer soll als Wehrpflichtiger einen antimilitaristischen Ausschuß gegründet und insgesamt drei (!) Flugblätter verfaßt haben.
Das Besondere an diesem Prozeß sind nicht die Anklagepunkte, sondern die Bedingungen des Prozesses.

Der Prozeß findet in einer eigens dafür umgebauten und angemieteten Turnhalle statt. Wendisch-Evern ist praktisch nicht zu erreichen; ca. 1 – 2 km von der Turnhalle entfernt gibt es einen kleinen Bahnhof. Ob dort Züge verkehren, ist unklar. Weitere öffentliche Verkehrsmittel existieren nicht.

Durch diesen Prozeßort ist die Öffentlichkeit aus dem Verfahren praktisch ausgeschlossen. Dementsprechend ist der Besuch des Prozesses: Außer einigen wenigen Gesinnungsgenossen des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft sind meist keine Zuhörer anwesend.

„Aus Sicherheitsgründen" wird die Öffentlichkeit noch durch folgende Maßnahmen behindert:

- Die Besucher des Prozesses müssen vor dem Betreten der Turnhalle alles, was sie bei sich haben, bei den Wachbullen abgeben: Kulis, Obst, Taschen etc. Solche Sachen könnten ja als Waffen verwendet werden ...
- Die Personalausweise der Zuhörer werden in einem Bullenwagen fotokopiert (!). Die Personalien werden über Funk direkt an das BKA durchgegeben (!), angeblich um zu überprüfen, ob gegen die Betroffenen ein Suchvermerk vorliegt. Angeblich werden die Personalien im BKA-Computer nicht gespeichert. Aber das mag glauben, wer will. Die Verteidiger des Angeklagten haben jedenfalls ein Gutachten eines Patentingenieurs vorgelegt, wonach eine Speicherung ohne weiteres technisch möglich ist.
- Die Wachmannschaften – etwa 40 aus Lüneburger und Braunschweiger Sondereinheiten rekrutierte Bullen – notieren die Kennzeichen der vor dem Prozeßgebäude parkenden Autos.
- Im Zuschauerraum verfolgen den Prozeß: Polizisten in Uniform und Zivil, Vertreter der Staatsanwaltschaft, des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sowie ein Vertreter der Anklagebehörde beim Truppendienstgericht, der nach eigener Auskunft die Zeugenaussagen von ehemaligen Soldaten unter disziplinarischen Gesichtspunkten (!) verfolgt. Letzterer Herr hat allerdings inzwischen den Saal auf Anordnung des Gerichts verlassen müssen.

Im übrigen sind noch folgende „Sicherheitsmaßnahmen" ergriffen worden:

- Die Turnhalle wird Tag und Nacht von mit Maschinenpistolen bewaffneten Einheiten bewacht.
- Um die Halle ist ein Stacheldrahtverhau gelegt worden, wie er bei der Bundeswehr als Schutz gegen anrückende Panzer verwendet wird.

Dieser Prozeß ist offensichtlich ein Testfall, wie sich die Staatsschutzbehörden in Zukunft politische Prozesse vorstellen: Weitab auf dem Land, unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit; unter aufwendigsten „Sicherheitsvorkehrungen", um die „Gefährlichkeit" der Angeklagten und die Notwendigkeit einer hohen Strafe der Bevölkerung möglichst anschaulich vor Augen zu führen.

Bis zur offiziellen Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit ist es von hier nur noch ein kleiner Schritt. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)



Diese Bilder sind vom Prozessort

Bernd Geburtig 1 Jahr in U-Haft

Im Januar '75 wurde B. Geburtig als angeblicher Komplize von „Terroristen" festgenommen und in scharfe Einzelhaft gesteckt. Ein Ende der „Untersuchungs"haft ist noch nicht abzusehen.

Haftschikanen

Mit B. Wulf und W. Hoppe gehört B. Geburtig zu dem isoliertesten Hamburger Häftlingen. Linke Zeitungen werden fast immer beanstandet und zurückgeschickt. Darüberhinaus leistete sich der zuständige Richter folgende Schikanen:

- mindestens zehn Briefe sind „verschollen"
- zwei Briefe beschlagnahmt
- ein Bücherpaket vier Monate unterwegs
- ein weiteres nach zwei Monaten noch nicht da
- eine Büchersendung zurück an Absender („Empfänger unbekannt")
- ein Besuch durch Lügen vereitelt *(„er will sie nicht sehen")*
- wegen Randbemerkungen an einem Merkblatt (Richter: *„Lesestoff unbrauchbar gemacht"*) will man ihm „zur Strafe" zwei Wochen sämtlichen Lesestoff entziehen!!

Im September verfügte der zuständige Richter eine Verlegung vom Untersuchungsgefängnis (UG) nach Santa Fu (Strafanstalt), wo sich B. Wulf befand. Begründung: Aus „Sicherheitsgründen" könne er nicht mit Wulf in einer Haftanstalt sein, Wulf müsse aber zu „umfangreichen Vernehmungen" ins UG. Vernehmungen fanden allerdings niemals statt. Anläßlich der Entlassung B. Wulfs wurde die Verlegungsanordnung zurückgenommen. Da Wulf aber wieder festgenommen wurde, ehe die Zurückverlegung zustandekam, blieb einfach alles beim alten.

Der Antrag auf Umschluß (tagsüber Zusammenlegung) mit anderen Gefangenen wurde nur für zwei Stunden täglich für zwei Wochen probeweise mit nur einem Gefangenen (Werner Hoppe) genehmigt. Einen weitergehenden Antrag (ganztägig) lehnte der Richter aus „Sicherheitsgründen" ab. Er führte u.a. aus, beide gehörten *„zum Kreis anarchistischer Gewalttäter"*. Die hierin enthaltene Vorverurteilung Geburtigs bestritt Richter Isbarn (*„nicht so gemeint", „redaktionelles Versehen"*). Einen Monat darauf bestand das Risiko offenbar nicht mehr, so daß der Umschluß für die Zeit nach W. Hoppes „Feierabend" gestattet wurde.

Er arbeitet zwar ausdrücklich nicht, solange er von den anderen Gefangenen isoliert ist, aber Umschluß gibts trotzdem erst wenn „Feierabend" ist.

„Kriminelle Vereinigung" als Haftgrund

Wir haben in AK 71 darauf hingewiesen, daß nunmehr versucht wird, Angeklagten, die als „Gesinnungstäter" gelten, keine Bewährung mehr zu geben. Sie werden auch nicht vorzeitig aus der Haft entlassen, wie z.B. die beiden KBW-Genossen Hildebrandt und Noth.

Darüberhinaus soll nun auch eine Anklage nach §129 („kriminelle Vereinigung") automatisch Untersuchungshaft rechtfertigen.

Ausdrücklich mit dieser Begründung lehnte Richter Schenk von der zweiten politischen Kammer des Landgerichts Hamburg eine Haftverschonung für/ Bernd Geburtig ab. ●

IKAH
(Initiavkomitee Arbeiterhilfe)

Ein Kapitalist steht vor Gericht

Im Dezember letzten Jahres lief vor der 12. Großen Strafkammer ein Prozeß gegen den Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Friedel Neuber. Neuber hatte sich von dem inzwischen abgehalfterten Bau„löwen" Kun ohne jede Bezahlung eine Villa bauen lassen. Kun selbst verfolgte mit dieser offensichtlichen Bestechung die Absicht, sich Neuber gefügig zu halten, um über ihn an billige Kredite der Sparkasse zu kommen. Allerdings war dieser klare Korruptionsfall keineswegs Gegenstand des Prozesses. Die Anklage belief sich lediglich auf *„Steuerhinterziehung"* (Neuber hatte natürlich für das Haus auch keinen Pfennig Steuern bezahlt!) und auf *„uneidliche Falschaussage"*.

Ein „normaler" Mensch würde für solche Vergehen mindestens für Monate hinter Gittern sitzen, nicht aber der Kapitalist Neuber: *„Der Angeklagte wird freigesprochen, die Kosten werden der Staatskasse auferlegt"*, lautete das Urteil. Während des Prozesses ging das Gericht sehr schnell von der Behauptung ab, Neuber habe für die Villa nichts bezahlen müssen und gar noch nicht einmal Steuern bezahlt. Dies obwohl:

- kein Bauvertrag zwischen Neuber und Kun existiert;
- es keine schriftliche Vereinbarungen über die (angeblichen) Ratenzahlungen gibt;
- und Neuber keine einzige Quittung vorlegen konnte („treuherzig" behauptete er, er habe sie weggeschmissen).

Das Gericht tat sich angesichts dieses „verwickelten" Falles sehr schwer. Man hielt den Fall wohl nicht zu Unrecht für *„sehr ungewöhnlich"*. Doch dann ergriff der Bau„löwe" a.D., Kun, den selbst das Gericht für fähig ansah, *„sich Leute durch Zuwendungen geneigt zu machen"*, für den Kumpanen das rettende Wort: *„Er kam immer so penetrant mit dem Geld"*. Die hohen Richter waren sehr beruhigt über diese Aussage.

Der Staatsanwalt verlangte nach Abschluß der Verhandlungen im Prozeß zumindest noch eine Geldstrafe (10.000 DM) für hinterzogene Steuern. Doch selbst diese geradezu lächerliche „Strafe" mochte man dem Kapitalisten Neuber auf keinem Fall aufbürden.

Neuber meinte nach dem Prozeß, er habe sehr viel zu lachen gehabt.

Allerdings, Grund zum Lachen haben die Kapitalisten schon immer gehabt, wenn sie vor den Schranken der westdeutschen Klassenjustiz standen, denn hier wird nach Rang und Stand „Recht" gesprochen.

Ist die westdeutsche Justiz auf dem einen Auge blind, so sieht sie umso besser mit dem anderen die „Verfehlungen" der „kleinenLeute": Im vergangenen Herbst mußte ein Rentner (!) für mehrere Monate ins Gefängnis, weil er aus einem Geschäft einige Lebensmittel mitgehen ließ (nach „Stern", alle anderen Zitate aus „Handelsblatt", 18.12.75). ●

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

Schon während des Prozesses hatten Verteidiger Hans-Jürgen Waldowski und sein Mandant Friedel Neuber häufig Grund zum Lachen.

Adler oder Geier?

„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land". Diesen SPD-Wahlkampfslogan von Willy Brandt griff das „Komitee gegen Illegalisierung und Demonstrationsverbot" in Bonn auf. Das Komitee stellte ein Plakat her, auf dem im Bundesadler mehrere behelmte Polizisten zu sehen sind und auf Gewerkschaftsschlüsse, KPD-Verbot etc. (s. das verkleinerte Plakat) hingewiesen wird. *„Wir können stolz sein auf unser Land!?"* fragen die Genossen. Eine Antwort darauf bekamen jetzt zwei Genossen, die von der Polizei mit den Plakaten erwischt worden waren. Das Landgericht Köln verurteilte die beiden Genossen zu DM 600,– bzw. DM 300 Geldstrafe, ersatzweise je 30 Tage Haft. Die Verfahrenskosten von DM 1,800,– müssen die Genossen, beide Studenten, auch tragen.



Das Plakat stellt nach Ansicht des Landgerichts eine *„Beschimpfung und Verächtlichmachung der BRD"* dar. Die politische Karikatur könne auch nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt werden, da sie beim Leser den Eindruck erwecke, *„ auf unser Land könne man nicht stolz sein"*.

„Stolz" soll man dafür auf solche Urteile der KLassenjustiz sein. Für die beiden Genosssen wird die rechtskräftige Verurteilung mit Sicherheit Berufsverbote nach sich ziehen. Inzwischen haben sie gegen dieses Urteil Revision eingelegt. ●

IKAH (Initativkomitee Arbeiterhilfe)

Polizei-Aktionen auf Sardinien

Mitte Dezember fanden mehrere großangelegte Polizeiaktionen auf der zu Italien gehörenden Insel Sardinien statt:

– Am Morgen des 17.12. wurde die Gegend von Tonara durch Carabinieri (Bürgerkriegspolizei) und Polizisten besetzt. Drei Hubschrauber kreisten unterdessen über der Gegend. Es wurden die Wohnungen von fünf Linken durchsucht, darunter auch die des Vizebürgermeisters, der in der PCI ist.

– In der Nacht vom 20. auf den 21. 12. eine ähnliche Aktion in den Gegenden von Orgosolo und Oliena. Es wurden etwa 20 Häuser durchsucht und ein Gastwirt festgenommen.

Angebliches Ziel der Einsätze: Suche nach Waffen und Flüchtigen. Auf Sardinien, dessen Bevölkerung eine eigene Kultur und Sprache hat, besteht eine starke separatistische, ‚antikoloniale' Bewegung gegen den italienischen Staat. Diese Bewegung, deren wichtigste Organisation die ‚Sardische Aktionspartei' (PSd'A) ist, hat weitgehend fortschrittlichen Charakter. (Die PSd'A arbeitet mit den linken Parteien PCI und PSI zusammen). Außerdem ist Sardinien seit vielen Jahrzehnten Schauplatz eines blutigen 'Krieges' zwischen dem italienischen Polizeiapparat und sogenannten "Banditen" - in der Regel verelendete Hirten, die oft zu wahren 'Volkshelden' wurden.

Die neuen Polizei-Aktionen sind zum einen in diesem konkreten Zusammenhang zu sehen. Dabei spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß sich auf Sardinien einige der wichtigsten Stützpunkte der NATO und des US-Imperialismus am Mittelmeer befinden. (Auch Bundeswehreinheiten sind dort häufig 'zu Gast').

Ein anderen Ziel der Polizei-Aktionen ist zweifellos *„die Erprobung von Instrumenten, Strukturen und Spezialisten hinsichtlich der Repression gegen ganze Landstriche und Arbeitergegenden. Tonara, Orgosolo und Oliena sind Etappen bei dieser Erprobung. Dabei werden die unvorhergesehene Besetzung einer Gegend, die Durchsuchung einer großen Zahl von Häusern und die sofortige Verschleppung ‚gefährlicher Individuen' geübt. Dazu kommt die Tatsache, daß in diese Generalproben Teile der Streitkräfte einbezogen werden, die normalerweise nicht im Dienst der 'öffentlichen Ordnung' eingesetzt werden"* (zit. aus ‚Lotta Continua', 23.12.75). ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt: Nazis feiern die „Reichsgründung"

Zehn faschistische Organisationen riefen in Frankfurt zu einer „Reichsgründungsfeier" am 17.1. am Vorabend des vor 100 Jahren gegründeten „Deutschen Reiches" auf.

Von der „Bürgeraktion gegen Neonazismus", dem „Solidaritätsverband – SVF" und der Frankfurter KB-Gruppe wurde auf einem gemeinsamen Plakat das Verbot dieser Veranstaltung gefordert. Die Stadt Frankfurt hatte die Versammlung von 200 Faschisten genehmigt, die sich – zuverlässigen Quellen zufolge – in einem ziemlichen Mief versammeln mußten. ●

nach Berichten der Frankfurter Genossen

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw.
Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Günther Wallraff verurteilt

Am 10.12. sollte sich der Journalist Günther Wallraff wegen „Mißbrauchs einer Lohnsteuerkarte" und „Herstellung unechter Urkunden" vor Gericht verantworten.



G. Wallraff als Hausbote beim Gerling-Konzern — auf dem Tisch seines Chefs

Vorausgegangen war, daß Wallraff sich beim Gerling-Konzern unter falschem Namen und mit geliehenen Papieren eine Anstellung „erschlich". Dies war notwendig, da Wallraff unter eigenem Namen sich bereits Stellungen bei verschiedenen Firmen verschafft hatte, um denn über seine Erlebnisse in dem Buch „13 unerwünschte Reportagen" zu berichten. Daraufhin hatten die Kapitalisten einen Steckbrief ausgestellt, um neue Anstellungen Wallraffs zu verhindern.

Über seine Erlebnisse beim Versicherungsunternehmen Gerling schrieb Wallraff in dem mit Bernd Engelmann herausgegebenen Buch „Ihr da oben – wir da unten".

Wie Wallraff den Dingen auch ihre humorigen Seiten abverlangen kann, beschrieb der „Stern" Nr. 51:

„Schließlich verabschiedete sich Wallraff mit einem Knalleffekt aus dem Konzern, zu dem auch die spätere pleite gegangene Herstatt-Bank gehörte. In seiner braunen Botenuniform setzte er sich ins exclusive Vorstandskasino zu den Direktoren und bestellte das Prominenten-Menü („Ich will's auch gerne bezahlen"). Als die aufgeschreckten Kellner dem Laufjungen nichts servieren mochten, holte Günther Wallraff Schinkenstulle und Apfel aus seinem Freßpaket. Den erstarrten Vorstandsherren bot er ein Schlückchen Schnaps aus seinem Flachmann an, um sie zugleich in eine Plauderei über die Klassenstruktur der Kantine zu verwickeln: ‚Sind Sie im allgemeinen zufrieden mit dem Essen hier? Können Sie verstehen, daß man mich hier einfach nicht bedient? Sie haben Ihr Essen doch auch anstandslos bekommen'".

Dabei hatte Wallraff nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er über geliehene Papiere in den Konzern gekommen war. Um Wallraff kaltzustellen, fand sich schließlich jemand, der Anzeige gegen ihn erhob. Hergegeben für diese Schweinerei hat sich der „Schriftsteller" Kurt Ziesel, Herausgeber des rechtsradikalen „Deutschlandmagazins" und Geschäftsführer der „Deutschland-Stiftung".

Es handelt sich dabei um genau den Ziesel, der seine Köchin 1943 mit einer Anzeige an die Nazis auslieferte. Der „Stern" (Nr. 51) schreibt dazu: *„Damals hatte Ziesel beim Amtsgericht in Hainfeld (Österreich) seine Köchin Terese Kassis wegen ‚staatsfeindlicher Äußerung' und einer ‚Gesinnung ... die für das Konzentrationslager reif ist', zur ‚Aburteilung durch das Sondergericht' gemeldet. Die Köchin hatte zu äußern gewagt: ‚Ihr Deutschen, schaut's, daß hinauskommts! Es kommt auch noch einmal ein anderer Tag.' Dieser Ausspruch und andere angeblich deutschfeindliche Äußerungen und Auftritte waren für Ziesel Anlaß, sich in seinem ‚Haus- und Hoffrieden beeinträchtigt' zu sehen und Anzeige zu erstatten".*

Vor Gericht wurde Wallraff zu einer Geldstrafe von 560 DM verurteilt. Beruhigend ist es zu hören, daß Wallraff nicht den Kopf hängen läßt. So bat er vor der Urteilsverkündung darum, im Falle seiner Verurteilung eine Geldstrafe in eine Haftstrafe umzuwandeln, damit er auf legale Weise die Gelegenheit erhalte, die Kölner Haftbedingungen kennen zu lernen.

Wallraff und seine Anwälte gehen erst einmal in die Revision. ●

Niedersachsen: Neues Spitzelgesetz

Mitte Dezember fand die erste Lesung des „Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen" im niedersächsischen Landtag statt – ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit. Es ist anzunehmen, daß die 2. und 3. Lesung in der gleichen Weise stattfinden sollen, um ohne großes Aufsehen dieses Gesetz zu verabschieden.

Das Kernstück des Gesetzes besteht in der Verpflichtung aller „Behörden des Landes, der Gemeinden, der Landkreise", aller „sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts" und der Gerichte, dem Verfassungsschutz „alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten" zu übermitteln, die gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung" gerichtet sind.

Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß es a l l e Behörden und Amtspersonen bis hinunter zum Dorfsheriff zur Bespitzelung v e r p f l i c h t e t.

Bespitzelt werden sollen nach diesem Gesetz nicht nur Mitglieder „verfassungsfeindlicher" Organisationen, sondern nach § 3 wird *„die innere Sicherheit durch alle Bestrebungen gefährdet, die darauf abzielen, das friedliche Zusammenleben der Bürger untereinander zu stören oder die Handlungsfähigkeit des Staates nach innen, insbesondere seiner Abwehrorgane, erheblich zu beeinträchtigen".*

Weiterhin wirkt die Verfassungsbehörde mit *„bei der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben".* Damit wird die bisherige Praxis „legalisiert", nach der in Niedersachsen seit 1972 schon bis Ende 1974 24.826 Bewerber vom Verfassungsschutz überprüft wurden. Doch inzwischen werden nicht nur Bewerber, sondern auch bereits im Öffentlichen Dienst Angestellte überprüft.

Damit die Bespitzelung vollkommen funktioniert, müssen die Behörden nicht nur unaufgefordert (!) dem Verfassungsschutz „geeignetes" Material zukommen lassen (§ 5.3), sondern es ist auch vorgesehen, daß der Verfassungsschutz *„der jeweiligen Betriebsleitung eine Mitteilung von den gewonnenen Erkenntnissen macht"* (§6).

Eine weitere Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Bespitzelung fortschrittlicher Ausländer, wenn sogenannte „auswärtige Belange der BRD gefährdet" sind.

Dies Gesetz erklärt Spitzelpraktiken für rechtens, wie sie in faschistischen Diktaturen üblich sind. In solch „guter" Nachbarschaft befindet sich „unser Staat".

Nach BARRIKADE Nr. 14, Stadtzeitung des KB/Gruppe Göttingen ●

„bim" – Bundesinnenministerium gibt neue Hetzschrift heraus

Das propagandistische Trommelfeuer für den verstärkten Ausbau des Polizei- und Bürgerkriegsapparates in der BRD wird seit kurzem um eine neue Variante bereichert: Ende Dezember 1975 erschien die Nr. 1/1976 der Zeitung „bim". Sie ist offensichtlich zur kostenlosen Verteilung an die Bevölkerung gedacht.

Herausgeber dieses, der „Bild-Zeitung" Springers in der Aufmachung getreu nachempfundenen Blattes ist das „Bundesministerium des Inneren", Auflage wird nicht angegeben.

Daß Springers „Bild" hier Pate gestanden hat, zeigt sich schon auf der ersten Seite: überdimensionale rot unterstrichene „Sensations"überschrift: *„Der Mörder wurde per Knopfdruck entlarvt!",* gleich darunter Bild einer attraktiven Frau im Bikini: *„Die schönste Polizistin ..."*


bim
Lesen Sie Seite 6 Im Sex- und Hasch-Rausch erdolcht
Lesen Sie Seite 7 Hitzewelle machte sie zu Räubern
Lesen Sie Seite 8 Scharfe Schüsse aus dem Aktenkoffer
Kommissar Computer ständig im Einsatz
Der Mörder wurde per Knopfdruck entlarvt!

Das Blatt dient einerseits zur monströsen Selbstdarstellung der Arbeit von Maihofers Ministerium: *„Sechs Milliarden für die Sicherheit"* (S. 1), *„Bonn – Karateschutz für die Abgeordneten", „Superhirn' gegen clevere Ganoven"* (S. 2 und 3), *„Schach dem Terror mit Funk und Kamera", „BGS-Mädchen für alles"* sind nur die Überschriften, wobei *„der Bürger, wenn er vom Staat mehr Schutz vor Terroristen und anderen Kriminellen verlangt"* (S. 1) einsehen soll, daß auf diesem Gebiet „Spar"politik fehl am Platze ist.

Hauptstoßrichtung des Blattes „bim" ist jedoch eindeutig die Verankerung des Rufes nach „Ruhe und Ordnung", nach mehr Polizeischutz vor „Terroristen" und „anderen Kriminellen" sowie den „Mittätern" (wozu laut „bim" das *„potentielle Sympathisantenfeld der Terroristen"* mitzählt) im Bewußtsein breiterer Teile der Bevölkerung. Dazu wird die *„Blutige Bilanz des Terrors – 520 starben"* aufgeführt und auf der folgenden Seite daraus indirekt die Legitimation der „Abteilung T" (T = „Terrorismus") des Bundeskriminalamtes abgeleitet. Am Beispiel eines vereitelten Überfalls auf eine alte Frau in Berlin-Kreuzberg wird die Notwendigkeit der Bildung einer Art neuer Blockwarte, „bürgernaher" Einsatz von Polizeistreifen nach dem System der Berliner „Kontaktbereichsbeamten" (KOB) propagiert.

Parallel dazu wird die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung gegen „links" forciert. Linker „Extremismus" sei wesentlich gefährlicher als der rechte; denn *„linke Fanatiker neigen eher zur Gewalt"* (?!!).

Daß bürgerliche „liberale" Politiker, wie Maihofer (FDP) und sein Innenministerium schon soweit sind, ihren vormals (demagogischen) Anspruch, gegen „Links u n d Rechts" vorzugehen, aufzugeben, macht das tatsächliche Ausmaß der Faschisierung in der BRD heute nur allzu deutlich. ●

Genossin des KB / Gruppe Lübeck

„Morgenpost" erfindet „BM-Terror"

Auf der Titelseite der „Morgenpost" vom 6.1.76 prangte die Überschrift „Mordanschlag auf Hamburger Polizeischüler: BM-Terror?". Auf diese Weise vorbereitet erfuhr der Leser dann im Artikel einige sehr merkwürdige „Tatsachen": Nachdem zunächst einfach behauptet wurde, der Polizeischüler sei *„niedergeschossen"* worden, hieß es, der *„Mordschütze"* blieb wie vom Erdboden verschluckt. Für die Mopo Anlaß genug, darüber zu spekulieren, ob Terroristen *„ihren jungen Kollegen"* (seit wann haben Terroristen Kollegen bei der Polizei?) niedergeschossen haben.

Noch am selben Tag konnte man aus dem Rundfunk die kurze Meldung hören: der Polizeischüler sei an seinen Verletzungen gestorben. Das Geschoß stammte allerdings aus seiner eigenen Dienstpistole. Für die Kriminalpolizei stand somit fest, daß er sich selbst erschossen hatte. Der Mopo waren diese Tatsachen am nächsten Tag eine kurze Notiz wert, unter der Überschrift „Polizist tot". Von den am Vortag ausgestreuten Erfindungen war nichts mehr zu lesen, nach dem gebräuchlichen Motto: Irgendwas wird schon hängenbleiben. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Massenarbeitslosigkeit – „durch den Verlust des Ostens"?

„Der Schlesier", Organ der Landsmannschaft Schlesien, schrieb am 12. 12. 75 unter der Überschrift *„Heimat und Arbeitslosigkeit": „Die Heimatliebe befreit uns von seelischer Arbeitslosigkeit ... Deutschland ist durch den Verlust seines gesamten Ostens in einseitiger Weise Industriestaat geworden und so in Zeiten wirtschaftlicher Flaute, in Zeiten eines Rückgangs der industriellen Konjunktur besonders gefährdet vom Schicksal der Massenarbeitslosigkeit ... Der Verlust des weithin agrarischen Ostens bedeutet einen schmerzlichen Eingriff in die gesamtdeutsche Wirklichkeit und daher bedarf das Eintreten der Vertriebenen und ihrer Kinder für die verlorene ostdeutsche Heimat der Unterstützung auch aller West- und Süddeutschen ..."*

Laut dieser Logik ist natürlich nicht die kapitalistische Krise Schuld am Elend der Massenarbeitslosigkeit, sondern daß die „Deutschen ein Volk ohne Raum" (im Osten) sind.

Das sind heute wieder genau dieselben Parolen, die seinerzeit zur propagandistischen Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges durch die Hitler-Faschisten dienten. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Hamburg: Faschisten werden bevorzugt behandelt

Die Bezirksorganisation St Georg des KB plante einen Portugal-Stand in der Hamburger Innenstadt. Obwohl mehrere Plätze 14 Tage vorher beantragt worden waren, verweigerte das zuständige Tiefbauamt die Genehmigung.

„Begründung": Eine andere Organisation habe den Platz schon eher angemeldet. Diese andere Organisation war die rechtsradikale „Hilfsgemeinschaft Rudolf Heß". Dazu hatte für gegenüber gleich noch die NPD einen Stand genehmigt bekommen, da dem Tiefbauamt offensichtlich bekannt ist, daß es sich dabei um ein und dasselbe Faschistenpack handelt, konnten h i e r natürlich beide eine Genehmigung bekommen und sogar gleich für mehrere W o c h e n , obwohl uns höchstens die Genehmigung für einen Stand für einen Sonnabend gegeben wird, da wir ansonsten anderen Organisationen das Informationsrecht rauben würden.

Kein Wunder! Faschisten wie Behörden ist komunistische Propaganda ein Dorn im Auge. So wurden KB-Verteilern vor Texaco ebenso wie an Bahnhöfen in letzter Zeit verstärkt die Personalien abverlangt! ●

Ein Genosse aus Hamburg-St. Georg

Heß-Anhänger wegen Bankraub vor Gericht

Faschistische Terrorakte zu winzigen Meldungen im Innenteil der Zeitungen herunterzuspielen – das ist das übliche Vorgehen der bürgerlichen Presse. So wurde auch kaum beachtet, daß im Dezember zwei Faschisten in München vor Gericht standen. Sie hatten im Juli mit geladenen Maschinenpistolen eine Bank überfallen und 36.000 DM erbeutet. Kurz darauf wurden sie festgenommen. Mit dem Geld, das durch weitere Überfälle noch aufgestockt werden sollte, sollten „Aktionen" für die gewaltsame Befreiung des Kriegsverbrechers Rudolf H e ß („Stellvertreter des Führers") finanziert werden.

Obwohl seit Monaten die gesamte rechtsradikale und faschistische Szene in einer „Freiheit für Heß"-Kampagne engagiert ist, gingen Polizei und Justiz von der gegenüber faschistischen Gangstern üblichen Annahme aus, daß die beiden „Einzeltäter" seien. Ebenfalls typisch, daß der eine der Faschisten auch noch auf seine „Schuldfähigkeit" untersucht werden soll, also möglicherweise nach bewährtem Schema als „unzurechnungsfähig" freigesprochen werden soll. Der zweite Faschist wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Nachtrag zum „Fall" Merex:

Klassenjustiz gibt grünes Licht für weiteren Waffenschmuggel

In AK 70 berichteten wir, daß die Waffenschieber Mertins (Besitzer der Waffenexportfirma Merex) und einige seiner Mitarbeiter von der Anklage der illegalen Waffenausfuhr in sog. „Spannungsgebiete" freigesprochen wurden. Mertins und Konsorten hatten mit Exportgenehmigungen für den Iran, Italien und England tatsächlich leichte und schwere Waffen (u.a. Kampfflugzeuge) nach Indien, Pakistan und Saudi-Arabien geliefert. Diese Länder wurden vom damaligen Regierungssprecher Hase als *„Spannungsgebiete par excellence"* (d.h. höchsten Grades) eingestuft. Nach dem geltenden Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz wären derartige Geschäfte verboten gewesen.

Das Bonner Landgericht bescheinigte den Angeklagten, *„zu keinem Zeitpunkt auch nur den Anflug des Bewußtseins, unrecht zu tun"* gehabt zu haben – und sprach sie frei („FAZ", 27.11.75).

Im Prozeß selbst wurde erneut bestätigt, daß der gesamte westdeutsche Staatsapparat in die dunklen Geschäfte verwickelt war: Wie der „Spiegel" (52/75) nach dem Prozeß berichtete *„schafften die Agenten des BND* (Bundesnachrichtendienst – d. Red.) *die Aufträge heran, halfen bei den Vertragsabschlüssen und kümmerten sich um reibungslosen Ablauf. Das Kanzleramt* (unter Ludwig Erhard – d. Red.) *hielten sie schriftlich auf dem laufenden, die Staatssekretäre waren nach BND-Angaben eingeweiht."*

Aktiv unterstützt wurde der illegale Waffenschmuggel damals vom Auswärtigen Amt, vom Wirtschafts- und Kriegsministerium.

Da die Verstrickung des Staatsapparates in diese kriminellen Handlungen nicht länger zu vertuschen war, unternahmen die Richter im Urteil eine *„gewagte Rechtskonstruktion* (!)" („Spiegel") und kamen zu dem Ergebnis „ *‚in Ausnahmefällen' sei eine Tarnung ‚wegen überwiegender höherwertiger Belange ... erforderlich und zulässig', die Ausfuhrgenehmigungen* (für tatsächlich ganz andere Staaten – d. Red.) *seien ‚rechtsgültig' und, ein Straftatbestand überhaupt nicht gegeben' "* („Spiegel", 52/75).



Waffenschieber Merins (r.) und ein Rechtsverdreher. Er und seinesgleichen haben in diesem Staat gut Lachen.

Man muß sich diesen Trick vergegenwärtigen: Ein Waffenschieber läßt sich Exportgenehmigungen für verschiedene Länder ausstellen, exportiert aber – auf Initiative und mit aktiver Unterstützung höchster Regierungsstellen des westdeutschen Staates – und unter eindeutigem Bruch bestehender Gesetze Waffen in potentielle Kriegsgebiete – und wird freigesprochen. Denn das Gericht erklärt den Rechtsbruch „wegen höherwertiger Belange" kurzerhand für „zulässig". Mit dieser allerdings „gewagten Rechtskonstruktion" hat die westdeutsche Klassenjustiz allen zukünftigen Waffenschiebern und *„ihren regierungsamtlichen Helfern eine Art Persilschein* (!) *ausgestellt"* („Spiegel", 52/75).

Dem Waffenexport ob „legal" oder „Illegal" sind damit alle Tore sperrangelweit aufgestoßen.

Rechtsverdreher am Werk ...

Welches Verhältnis die Bourgeoisie und ihre „Rechtsinterpreten" zu ihren eigenen Gesetzen haben, zeigt sich auch deutlich bei ihren waghalsigen „Interpretationen" des Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetzes.

So heißt es im Kontrollgesetz (§ 6), daß Waffenexporte zu verbieten sind, *„wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung ... verwendet werden."* – An sich eine klare Aussage – sollte man wenigstens glauben.

Aber nach *„juristischem Sprachgebrauch enthalten die beiden Gesetze nur einen sogenannten unbestimmten Rechtsbegriff („friedensstörend"), der den politisch Verantwortlichen einen weiten* (!) *Spielraum läßt. Sie könnten danach eine der potentiellen Kriegsparteien gerade mit dem Ziel aufrüsten, die andere von einem Angriff abzuschrecken. ‚Die Herstellung eines militärischen Kräftegleichgewichts', bestätigt der Staatsrechts-Professor Martin Kriele, ‚kann dazu beitragen, den Frieden zu stabiliesieren' "* („Spiegel", 52/75). Bei soviel staatsrechtlicher Logik ist man fast sprachlos!

Die geschäftstüchtigen Waffenschieber treiben natürlich diese Logik soweit, daß sie möglichst beide Kriegsparteien aufrüsten – das fördert den Umsatz und „stabilisiert den Frieden".

Sinn und Zweck dieser juristischen Eiertänze ist natürlich, der seit langem von der Rüstungsindustrie geforderten und kürzlich von der SPD/FDP versprochenen „Liberalisierung" von Waffenexporten den Weg zu bahnen.

Sowohl das Wirtschaftsministerium wie auch Beamte des Justizministeriums haben sich bereits dieser „Rechtsinterpretation" öffentlich angeschlossen („Spiegel").

Eine Hand wäscht die andere ...

Wie sehr sich SPD und CDU/CSU selbst bei illegalen Waffenschiebereien gegenseitig in die Hände arbeiten, erwies sich gerade auch am „Fall" Merex.

Zwar schiebt der eine dem anderen mal aus „Publicity-Gründen" den „Schwarzen Peter" zu – aber an den Grundfesten wird nie gerüttelt. Noch 1966 befragte der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn die damalige CDU-Regierung nach den illegalen Merex-Geschäften im Bundestag. Knapp ein Jahr später – die SPD war inzwischen in die „Große Koalition" mit der CDU/CSU eingetreten und Jahn zum Parlamentarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt befördert – bestritt Jahn in einer Bundestags-Anfrage die illegalen Waffengeschäfte.

Das geschah, obwohl – nach Angaben des „Spiegel" – die SPD bereits 1966 über die Waffengeschäfte *„ins Vertrauen gezogen"* wurde.

Selbst nach Bildung der SPD/FDP-Regierung wurde der Waffenschmuggel weiter gedeckt – diesmal durch die SPD. Kanzleramtsminister und damit Chef des BND, Ehmke (SPD), verweigerte der ermittelnden Staatsanwaltschaft jede Akteneinsicht, Auskunft und Aussagegenehmigungen für die damals beteiligten Personen – darunter mehrere führende CDU-Grössen wie z.B. Karl Carstens.

Erst 1974 – nach Ablauf der Verjährungsfrist – erhielt die Staatsanwaltschaft die Genehmigung zur Einsicht in die entsprechenden Akten.

Die beteiligten Regierungsbeamten können heute nicht mehr vom Gericht belangt werden.

Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus.... ●

Metallkomitee/KB-Gruppe Hamburg

Nazi Eckart gehört hinter Gitter

Am 6. Januar begann in Hamburg ein Prozeß gegen den Propagandisten einer NSDAP-Aufbauorganisation (AO) und Herausgeber des „NS-Pressedienstes", Ingenieur Wolf-Dieter Eckart.

Bereits im November '74 war Nazi Eckart aufgefallen, als er bei einem „NSDAP-Freundestreffen" im Hamburger „Haus des Sports" sich mit SA-Stiefeln und Hitlergruß im hakenkreuzgeschmückten Raum der Öffentlichkeit präsentierte.

„Sachbeschädigung" oder § 8b?

Im Dezember '74 wurde E. mitsamt Kumpan Neumann beim Kleben von Hakenkreuzplakaten in Hamburg-Eimsbüttel von einer Polizeitstreife erwischt.

Endlich, im August '75, erhob ein Staatsanwalt Anklage: wegen „Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda" und „Weiterführung eines verbotenen Bundes Deutscher Nationalsozialisten".

Eckart juckte das wenig. Ungestört verschickte er weiterhin seine faschistische Propaganda.

Prozeß soll totgeschwiegen werden

Die bürgerliche Presse verhielt sich äußerst schweigsam zu diesem Thema. Der Prozeßbeginn wurde erst nachträglich am 7.1. in einer Kleinstnotiz bekanntgegeben. Mit Ausnahme des NDR („Umschau am Abend", 6.1.) wurde auch nichts über den Prozeßverlauf und weitere Termine berichtet.

Auch die Auskunft des Landgerichts selber weigerte sich, Interessierten den Prozeßtermin zu sagen. Begründung: Sie seien „gehalten, den Fall diskret zu behandeln" ! Sonst könnten ja die Nachbarn etc. davon erfahren, und das sei dem Betroffenen sicher sehr unangenehm!

Warum die Justiz hier jede Öffentlichkeit vermeiden möchte, wird am Prozeßverlauf deutlich.

„Jagdschein" für Eckart?

Am ersten Verhandlungstag waren Richter und Schöffen überwiegend mit Spekulationen über die „Initiative" des Angeklagten beschäftigt. Eckart sei doch bei Kriegsende erst sechs Jahre alt gewesen . . . !

Die Gründung der NSDAP/AO stand gar nicht zur Debatte. Dafür erfuhr man viele „interessante" Einzelheiten aus Eckarts Leben. Das übergroße Interesse an E.'s „Psyche" läßt schon ahnen, welchen Kurs hier die Justiz steuert: Freispruch wegen „Unzurechnungsfähigkeit"!

Nazi Eckart aber läßt sich nicht aus dem Konzept bringen. Er erklärt, der Prozeß sei für ihn gewissermaßen ein „Musterprozeß", ein Test, wie weit er gehen kann. Falls er verurteilt wird, will er Revision einlegen bis zum Bundesgerichtshof. Sein erklärtes Ziel ist die Aufhebung des NSDAP-Verbotes.

Auf eine Frage des Richters, wie er zu dem Nazi-Völkermord an den Juden stehe, erklärt E. seelenruhig: „Im Krieg muß man die Gegner vernichten"! Daraufhin sinnierte der Richter noch darüber, ob E. überhaupt **in der Lage sei, „ein Unrechtsbewußtsein zu entwickeln"**, sei er doch „den Argumenten ganz und gar verschlossen" .... Also „Jagdschein"? !

Ein „irrer Einzelgänger"?

Eckarts Nazi-Umtriebe gehen mindestens bis in die 60er Jahre zurück:

- **Mitte der 60er Jahre Anzeigen in der „National-Zeitung", um Gleichgesinnte zu sammeln (u.a. als „Anti-Kominternbund");**
- **1968/69 Verbreitung von Nazi-Propaganda in „Kampfschriften";**
- **Mai '69 Versuch, einen „Bund Deutscher Nationalsozialisten" (BDNS) zu gründen;**
- **Bewerbung bei einem antisemitischen „Hilfscorps Deutsche gegen Israel", das in Ägypten arbeiten sollte;**
- **Herausgabe eines „NS-Nachrichtendienstes";**
- **1974 und 1975 weiter Verbreitung von Nazi-Schriften;**
- **Teilnahme an einer Tagung der „Bürger- und Bauerninitiative" im „Haus des Sports" in Hamburg am 10.11.74. Es wurden Nazi-Reden geschwungen, die Hakenkreuzfahne aufgezogen, mit Hitlergruß gegrüßt, Nazi-Abzeichen getragen.**

Daraus ist ersichtlich, daß Eckart zu verschiedenen Faschisten-Kreisen Kontakt hat:

- Die „Bauern- und Bürgerinitiative", auf deren Tagung er auftrat, ist die Hausorganisation des militanten Faschistenkreises um Roeder und Christophersen und um Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten").
- Im „Haus des Sports" trat als Hauptredner der Nazi G. Lauck auf, der in den USA die „NSDAP-Auslandsorganisation" leitet, als deren Vertreter in Hamburg Eckart auftritt.
- Eckarts Kumpan beim Plakate-Kleben, H.J. Neumann, hat schon 1970 in München eine NSDAP gegründet. Zusammen mit Willi Wagner (Münster), Harald Müller (Mainz) und **Ralf Ollman** (Bad Gandersheim) stand Neumann vor Gericht: Wegen Schändung jüdischer Gräber, einem Anschlag auf einen linken Buchladen, Waffendiebstahl und Waffenbesitz („Spiegel", 32/74).

Vor Gericht erwähnte Eckart ebenfalls seinen Freund Wrobel. Wegen Verteilung von NSDAP/AO-Flugblättern im Hamburger Hauptbahnhof stand Wrobel (Mitglied der NSDAP/AO) 1975 vor Gericht. Eckart war bei der Berufungsverhandlung im Zuschauerraum. Keineswegs also ist Eckart ein „verrückter Einzelgänger", als der er offenbar hingestellt werden soll!

Alle Antifaschisten und Genossen werden aufgefordert, uns Beobachtungen und Kenntnisse über Eckart, über seine Aktivitäten und Verbindungen mitzuteilen!
Der Nazi Eckart gehört hinter Gitter!

Freispruch oder „Bewährung"

Am 15.1.75 hielten Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers. Wenn auch in unterschieldicher Tonlage und auf verschiedenem Argumentationswege, so kamen sie doch letztlich zu ähnlichen Ergebnissen: Meinte der Staatsanwalt, Eckart sei „doch wohl mehr ein Einzelkämpfer", so fand der Verteidiger, er sei halt ein „absonderlicher Mensch", aber insgesamt „ordentlich im besten Sinne des Wortes" aber gäbe es einen „Bruch" zwischen Eckart und allen anderen Menschen. Eckart sei politisch „in einem Wahn befangen"; also „jagdscheinverdächtig" nach § 20. Forderung: Freispruch!

Soweit mochte der Staatsanwalt denn doch nicht gehen: Er verlangte neun Monate – „auf Bewährung".

Man darf gespannt sein, wieweit das vom Gericht noch reduziert wird!

Urteilsverkündung: Dienstag, 20.1.76, 13 Uhr, Strafjustizgebäude (Sievekingsplatz, Raum 337). ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bundeswehroffiziere auf NPD-Parteitag

An dem neunten Bundesparteitag der NPD in Mannheim am 18./19. Oktober 1975 nahmen als „Mandatsträger" der NPD folgende Angehörige der Bundeswehr teil:

Walter Gasteyer, Nastätten,
Offizier in der Bundeswehr,
1975 NPD-Landesvorstandsmitglied in Rheinland-Pfalz

Karl-Heinz Lindner, Eyrichshof,
Major der Bundeswehr,
1973/75 NPD-Bezirksvorsitzender Unterfranken
1973/75 NPD-Bundesvorstandsmitglied

Wilfried Otten, Erlangen,
Oberleutnant der Bundeswehr,
NPD-Parteitagsteilnehmer

Georg Pemler, München,
Oberstleutnant der Bundeswehr
1972 stellv. NPD-Landesvorsitzender in Bayern,
1972 NPD-Spitzenkandidat bei den Stadtratswahlen in München,
1974 NPD-Landesvorstandmitglied in Bayern

Dr. Werner Witt, Eutin,
Oberstleutnant der Bundeswehr
1974/75 NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein,
1975 Spitzenkandidat der NPD-Landesliste Schleswig-Holstein
1975 NPD-Bundesvorstandmitglied
(nach „die Tat" Nr. 50, 13.12.75)

Dabei handelt es sich nur um die Offiziere, die in der NPD Spitzenstellungen einnehmen und so auf dem Parteitag vertreten waren.

Das offene Eintreten für den Faschismus ist offensichtlich mit Spitzenfunktionen innerhalb der Bundeswehr voll verträglich! ●

Ein Soldatengenosse

Bundeswehr übt Einsatz von Atomwaffen im eigenen Land

Den Atomkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik hat die Bundeswehr jüngst in mehreren Manövern geübt. In der Übung „Bunter Specht" vom 20. bis 22.11. wurde laut offiziellem Lagebericht der Bundeswehr der Angriff „roter Landstreitkräfte" mit dem Einsatz von *„zwei Atomsprengkörpern"* beantwortet (nach „Informationsdienst für Soldaten", aus „elan"). Die Übung fand in Nienburg (Niedersachsen) statt.

Schon vorher wurden bei einer Bataillonsübung der Raketenartillerie 650 vom 29.10. – 6.11.75 drei Raketen mit taktischen Atomsprengköpfen übungsmäßig abgeschossen. Nach einem Leserbrief eines beteiligten Soldaten in der antimilitaristischen Zeitung „Arbeiter in Uniform" (vom Dezember '75) landeten *„die Sprengsätze planmäßig einige Kilometer vor der Elbe, d. h. noch im eigenen Land"*!

Als taktische Lage, die den Einsatz der Atomwaffen „erfordere", wurde den Soldaten erzählt:

„Unsere Grenzbevölkerung ist vom Feind gegen die NATO aufgehetzt, d. h. sie ist gegen NATO-Manöver und allgemein gegen die NATO, da sie ein aggressives Bündnis sei. Unser Bataillon hatte nur die Aufgabe, durch Einsatz taktischer Atomwaffen den Unruheherd zu entschärfen, da die Militärführung einen größeren (!?) *Konflikt vermeiden wolle"* (Leserbrief, s. o.).

Das Wort von BRD-Kriegsminister Leber, „die NATO müsse bereit sein, gegebenenfalls als erste Atomwaffen einzusetzen", erhält damit – neben der Drohung gegen die „Warschauer-Pakt-Staaten" – eine weitere Bedeutung: Ausschaltung von „Unruheherden" im eigenen Lande. ●

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Militarismus-Nachrichten

BRD-Waffen in den Nahen Osten?

Einem Bericht der ägyptischen Wochenzeitung „Rose el Youssef" zufolge, beabsichtigt die Bundesregierung in den nächsten Monaten eine grundsätzliche Entscheidung über die Aufhebung oder Beibehaltung des Waffenembargos gegenüber den Ländern des Nahen Ostens und besonders Ägyptens zu treffen. Dies gehe auf den starken Druck der BRD-Rüstungskonzerne zurück (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5.1.75).

Schon seit längerem wird von diesen Konzernen verlangt, „*daß die grundsätzliche Bestimmung, Waffen nicht in 'Spannungsgebiete' zu liefern, gelockert werden sollte*" („Handelsblatt", 16.9.75; siehe auch AK 68).

Tatsächlich hat der BRD-Imperialismus in der Vergangenheit für rund 400 Mio. DM Waffen an beide Seiten – sowohl an die arabischen Staaten wie auch nach Israel – geliefert (nach „Anti-Weißbuch", S. 130).

CDU: Noch mehr für die Aufrüstung!

Am 12. Januar stellten der Kanzlerkandidat Kohl und sein „Verteidigungs"-Experte Wörner die „verteidigungspolitischen Leitlinien" der CDU/CSU vor. Gleichzeitig gab Kohl bekannt, daß Wörner Kriegsminister in einer von ihm geführten Regierung werden würde. Die auf einer Pressekonferenz bekanntgegebenen „Thesen" dienten auch dazu, die Debatte um „Verteidigungs"fragen vor dem Bundestag vorzubereiten, die am 12. Januar stattfand. Schon bei der Vorlage der Leitlinien wurde deutlich, wie gut Leber (SPD) die Interessen des BRD-Imperialismus vertritt, denn es fällt der CDU/CSU schwer, sich dagegen zu profilieren. „*Selbst für den Fachmann (!) ist es schwer, die Unterschiede zwischen Lebers ... und Wörners militärischem Konzept zu erkennen*" („FAZ", 13.1.76).

Nichts ändern würde sich bei einem Regierungswechsel an der „Priorität der Rüstungsausgaben" vor anderen Staatsausgaben, an der Erziehung der Soldaten „*zu Befehl und Gehorsam, Disziplin und den klassischen militärischen Tugenden (!) wie Tapferkeit und Kameradschaft*".

Der wichtigste Punkt, wo deutlich sichtbare Unterschiede zu erkennen sind, ist die Frage der Kriegsdienstverweigerung: Die CDU/CSU plädiert weiter dafür, daß die bisherigen diskriminierenden „Anerkennungsverfahren" für Kriegsdienstverweigerer beibehalten werden sollen, „*um die allgemeine Wehrpflicht nicht auszuhöhlen*" („Süddeutsche Zeitung"). Die erniedrigende und in der Vergangenheit immer häufiger negativ ausfallende „Gewissensprüfung" durch Militaristen soll also beibehalten werden. Auf derselben Wellenlinie fordert die CDU auch gleich noch eine „Wehrausgleichsabgabe" für nicht zur Bundeswehr Eingezogene.

CSU-Wehrkongress: Kriegstreiber unter sich

Die CSU hat auf ihrem Kongreß Mitte Oktober ein über den Rahmen der CDU/CSU-„Leitlinien" hinausgehendes „Wehrpolitisches Programm" beschlossen.

Neben der (üblichen) Forderung nach drastischer Erhöhung der Rüstungsausgaben, wird darin u. a. verlangt:

- Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes über 15 Monate hinaus;
- die Einführung einer sog. „Wehrstrafgerichtsbarkeit" auch in Friedenszeiten;
- die Einführung einer allgemeinen Dienstleistungspflicht für alle Männer, deren Einsatz u. a. auch in Friedenszeiten vorgesehen ist;
- die Ausgliederung der Inspekteure und militärischen Führer aus dem Kriegsministerium, was eine weitere Verselbständigung der militärischen Führungsspitze bedeutet;
- alle Wehrpflichtigen, die bis zum 32. Lebensjahr keinen Wehr- oder Ersatzdienst geleistet haben, sollen zehn Jahre lang drei Prozent ihres Bruttoeinkommens an den Staat abführen. Die CSU-Militaristen versprechen sich von dieser Ausplünderung zusätzliche Mehreinnahmen von 1,1 Mrd. DM.

Vor allem aber fordert die CSU, daß „*der Einsatz der Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung gleichermaßen zu gewährleisten ist.*"

Das ist in der Tat eine weit über die Notstandsgesetze hinausgehende Regelung, die quasi jederzeit den Einsatz der Bundeswehr gegen die Arbeiterklasse rechtfertigen würde (nach „ami", 11/75).

Militärische Laserstrahlenentwicklung

Mit riesigem Aufwand sind gegenwärtig die US-Imperialisten dabei, eine Waffe zu entwickeln, wie sie bisher nur dem spekulativen Gehirn einiger „Science-Fiction"-Spinner entsprungen ist. Es handelt sich um „*eine praktische Laser-Waffe ... die imstande wäre, ein militärisches (?) Ziel zu zerstören ... und dies allein durch die Energie, die der Laser produzieren und auf ein Ziel übertragen kann*" („SZ", 29.12.75). Militärisch werden Laser bisher als Entfernungsmesser bei der Schießausbildung und als fast hundertprozentig treffsichere elektro-optische Zielsteuerung für Bomben und Granaten genutzt.

Nunmehr sollen die Laser als sog. „Todesstrahlen" entwickelt und eingesetzt werden, die das zu treffende Ziel erfassen und gleichzeitig durch Energieübertragung vernichten.

Mit welcher Intensität die Imperialisten an der Entwicklung dieser fürchterlichen Waffe arbeiten, zeigt sich allein daran, „*daß in den USA gegenüber dem laufenden Haushaltsplan die Mittel für das Laser-Programm um fast 20 % auf 261 Mio. Dollar erhöht werden*" („FAZ", 7.1.76).

Auch die BRD-Imperialisten arbeiten am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in München-Garching intensiv unter dem Deckmantel „neutraler" wissenschaftlicher Forschung an der militärischen Anwendung von Laserstrahlen. Das Militaristenmagazin „Wehrkunde" ist bestens darüber informiert und vermerkt mit Respekt dazu: In der BRD steht ein beachtliches, durch Privatinitiative erreichtes „know how" auf dem Lasersektor zur Verfügung ... (zitiert nach „ami" 11/75).

In Garching geht es darum, mit Laserstrahlen Miniwasserstoffbomben zu zünden. Ein gefundenes Fressen für die BRD-Imperialisten, wenn das gelingt.

„Zivildienst" für Frauen geplant!

In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" sprach sich der Bundesbeauftragte für den „Zivildienst", Iven, für einen Dienst der Frauen aus. Iven argumentierte dabei, daß wegen des sog. „Pillenknicks" für die Aufrechterhaltung der „äußeren Sicherheit" und des Zivildienstes zuwenig Personal vorhanden sei. Er schlug deshalb eine Dienstverpflichtung der Frauen vor, die er demagogisch auch noch als ein „*soziales Jahr für die Frauen*" bezeichnete (nach „ami", 11/75).

US-Imperialisten gegen BRD-Panzer

Die Chancen des westdeutschen Rüstungskonzerns Kraus-Maffei (gehört zum Flick-Konzern) für rund 15 bis 20 Mrd. Dollar (!) westdeutsche Panzer vom Typ „Leopard II" für die US-Armee zu produzieren, schwinden.

Der „Leo II" zeichnet sich durch einen 1.500 PS starken Motor der westdeutschen Rüstungsfirma MTU (Motoren-Turbinen-Union) sowie durch eine elektronisch gesteuerte Zielvorrichtung aus, die die Kanone, unabhängig von den Fahrbewegungen des Panzers, ständig auf das einmal angepeilte Ziel richtet. Der „Leo II" ist damit technisch der wohl modernste Kampfpanzer.

Die Hoffnungen der BRD-Kapitalisten auf das große US-Geschäft gründeten sich auf einen gemeinsamen Test der US-Armee zwischen dem westdeutschen Panzer und seinem amerikanischen Konkurrenzmodell XM-1, das von Chrysler und General Motors entwickelt wurde.

Die US-Imperialisten haben offensichtlich den Panzer „Leopard II" zum Anlaß genommen, ihrerseits ihre Anstrengungen zu verstärken, um auch weiterhin auf diesem Gebiet ihre führende Position zu behaupten und einen eigenen Panzer von ähnlicher Qualität zu entwickeln und militärisch unabhängig zu bleiben. Den BRD-Imperialisten geht dadurch natürlich ein Riesengeschäft verloren.

Der Betrug in der Aufrüstung durch SALT II geht weiter

US-Imperialisten und die Sowjetunion konnten sich längere Zeit nicht auf ein SALT II-Abkommen einigen, weil die beiden Waffensysteme „Backfire" und „Cruise Missile" angeblich das gegenseitige Kräfteverhältnis umwerfen würden (s. auch AK 70). Nach einer Meldung der „FAZ" vom 14. 1. 76 haben sich nun beide doch geeinigt. Beide Waffensysteme werden nun – entgegen allen vorherigen Beteuerungen nicht als strategische Waffen eingestuft. Kissinger und der sowjetische Botschafter in Washington Dobrynin vereinbarten, daß die Reichweite von „Cruise Missile" beschränkt und daß der sowjetische Bomber „Backfire" kein Auftankbomber werden solle und somit diese Waffensysteme nicht unter die Rubrik der Interkontinentalwaffen fallen sollen. D. h., daß mit diesen Waffensystemen unbeschränkt aufgerüstet werden kann. Die Beschränkung der Reichweite oder die Existenz eines Tankeinfüllstutzens sind natürlich nicht nachprüfbar!

NATO-Ratstagung will Verhandlungen zur Truppenreduzierung beenden!

Auf der NATO-Ratstagung in Brüssel im Dezember wurde dem Warschauer Pakt ein „einmaliges, unwiederholbares Angebot" zur Truppenreduktion in Europa gemacht. Es wurde angeboten, daß, wenn der Warschauer Pakt 1.500 Panzer und 6.800 Soldaten abzöge, die NATO 1.000 (von 7.000) Kernwaffen aus Westeuropa abziehen würde. Der Warschauer Pakt soll konventionelle Zugeständnisse machen, während die NATO ihrerseits lediglich Raketen weiter zurückverschiebt, was bei inzwischen verbesserter Zielgenauigkeit natürlich keine „Abrüstung" darstellt. Dieser Scheinvorschlag kann lediglich dazu dienen, die Verhandlung über die Truppenreduzierung auf Eis zu legen. ●

Milliardenprogramm der Bundesmarine

Angang dieses Jahres steht im Parlament der Beschluß über Neuanschaffungen für die Bundesmarine bevor. Dazu hat der Marine - Inspekteur Günther Luther ein Programm vorgelegt, das nicht einmal mehr bemüht ist, die Großmachtpläne des BRD-Imperialismus zu verdecken. Luther und die Admiralität fordern als Neuanschaffung „zunächst" (!) zwölf Fregatten vom Typ F 122, den bis dato größten Schiffstyp der Bundesmarine. Kostenpunkt: sechs Milliarden!!
(„Spiegel" 52/75; „Stern" 3/76)

Da diese Fregatten für den der Bundesmarine zufallenden Bereich der NATO-Aufgabe, nämlich der Operation in Nord- und Ostsee, völlig ungeeignet sind, übten einige flinke SPD-Abgeordnete wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion, Paul Neumann sowie der FDP-Abgeordnete Jürgen Möllemann heftige Kritik. Allerdings nicht an den Milliardenkosten des Programms, sondern sie wollen für dieses Geld lieber mehr Schnellboote, Hubschrauber und Düsenjäger! Die Fregatten, so die Koalitions-Parlamentarier, seien „zu groß, zu schwer und zu auffällig" („Spiegel", 52/75).

Den für die Fregatten notwendigen Hubschraubertyp zur U-Boot-Abwehr gibt es zur Zeit noch gar nicht!

So von ihresgleichen der Argumente beraubt, fühlten sich die Admirale denn auch bemüßigt, die wahren Gründe für die schweren Kriegsschiffe wenigstens anzudeuten:

Der NATO-Auftrag müsse „*extensiv*" ausgelegt werden, man müsse auch im Atlantik präsent sein. Die Bundesmarine müsse mehr mehr „*Flagge zeigen*" können. Und schließlich seien die Fregatten das einzige „*flexible Instrument der Krisenbewältigung*" (!) (alle Zitate nach „Spiegel", 52/75).


„Köln"-Fregatte, Nachfolgemuster F 122 (u.)



Läßt man das Liebäugeln mit „schönen großen (Schiffs-)Körpern" und die waffengeile Eitelkeit führender Marine-Militaristen mal beiseite, erscheint in aller Deutlichkeit das expansive Streben des BRD-Imperialismus, entsprechend der Leber-Doktrin, daß die BRD dem großen Bruder USA einige Aufgaben als Weltpolizist abnehmen müsse. ●

KB/Gruppe Kiel

Neues Gewehr für die Bundeswehr: „Schafe soll es buchstäblich zerrissen haben"

In den Forschungsabteilungen der Rüstungskonzerne werden im Auftrag der Bundeswehr immer brutalere Waffen entwickelt.

Derzeit befindet sich bei der Waffenfirma Heckler und Koch in Oberndorf am Neckar ein Gewehr in der Entwicklung, das Anfang der 80er Jahre das herkömmliche G-3 Sturmgewehr der Bundeswehr ablösen soll. Im Rahmen der Waffenstandardisierung innerhalb der NATO wird dieses neue Gewehr wahrscheinlich auch die bisher national unterschiedlich verwendeten Typen ersetzen.

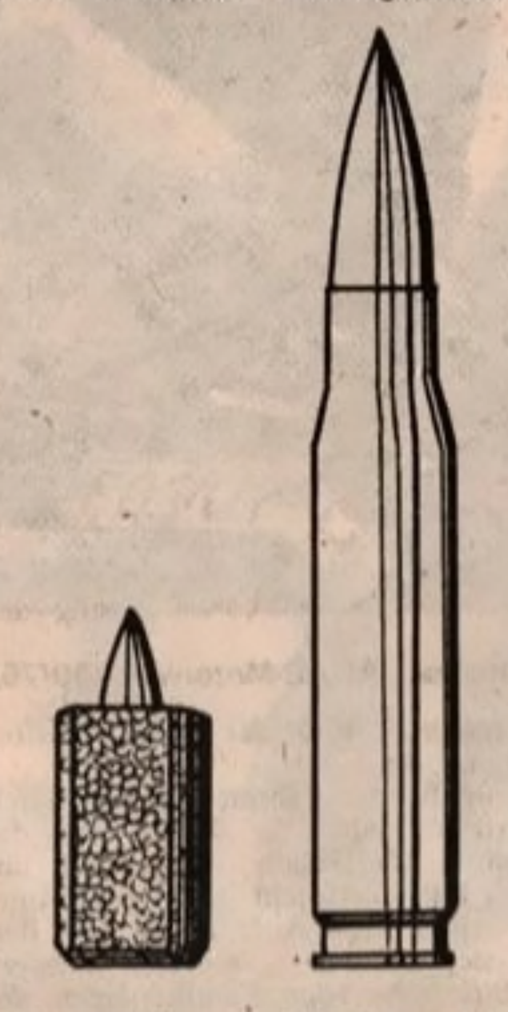
Wie der „Stern" bereits im April '75 feststellte, sichert dieses Gewehr „*Der deutschen Rüstungsindustrie ein neues Milliardengeschäft.*" Allein für die Entwicklungskosten bezahlte die Bundeswehr bisher gute 20 Mio. DM (!) an die Waffenfirma. Bis 1976 will Heckler und Koch einen Prototyp für alle NATO-Staaten vorlegen, der ab 1980 für alle Staaten ausgeliefert werden könnte. Geschätzter Bedarf: Eine Millionen Stück.

Das neue Gewehr soll nach dem Willen der Bundeswehr-Militaristen leichter bedienbar, kürzer und leichter als das G-3 und – durch einen geringeren Rückstoß – treffsicherer sein.

Wesentlichste Neuerung ist allerdings die Munition: Hier wird sogenannte hülsenlose Munition Verwendung finden. Anstelle einer Metallhülse wie bisher üblich, wird das Projektil nur noch auf den fest gepressten Explosivstoff aufgeklebt, das Kaliber wird von derzeit 7,62 mm auf ca. 5 mm reduziert. Gleichzeitig wird, um die Durchschlagskraft der Kugel zu erhöhen, die Geschwindigkeit des Geschosses von bisher 780 m/sec auf 1.300 m/sec erhöht.

Nun haben allerdings Projektile mit einer derartigen Geschwindigkeit für den Getroffenen eine verheerende Wirkung: „Kleinkalibrige Geschosse mit besonders hoher Rasanz (können) unter bestimmten Bedingungen grauenhafte Wunden reißen und durch Druckwellen Schocktod bewirken. Ein Experte über ein entsprechendes Jagdwaffenexperiment mit winzigem Kaliber und relativ großer Treibladung: 'Schafe soll es buchstäblich zerrissen haben' " (SZ, 2.5.75).

Bei der Entwicklung dieses neuen Gewehrtyps scheren sich Bundeswehr und Waffenfabrikanten einen Dreck darum, daß derartige Waffen durch das Völkerrecht geächtet sind. ●


Die neue hülsenlose Munition soll nur ein Viertel der G-3-Patrone wiegen.

Metallkommitee
KB-Gruppe Hamburg

Auch bei der Bundeswehr Napalm!

Napalm – eine der grausamsten Massenvernichtungswaffen des Imperialismus – ist auch in Händen der Bundeswehr. Offiziell wird eingestanden, daß die Luftwaffe im Besitz von Bomben bis zu 360 kg ist.

In einem Brief des Kriegsministeriums von Dezember 1972 auf eine entsprechende Anfrage hin, wird der Besitz von Napalm mit der Notwendigkeit begründet, *„über ein lückenloses Waffenspektrum verfügen zu müssen, um die Glaubwürdigkeit und damit die Wirksamkeit der Abschreckung zu gewährleisten"* („ami", 11/75).

Einmal davon abgesehen, daß auch der Einsatz von Napalm im Krieg zwischen Staaten von einer ungeheuren Brutalität zeugt, ist dies Argument absolut „scheinheilig". Denn Napalm ist gegen militärische Ziele und Befestigungen relativ wirkungslos. Tatsächlich beweisen alle bisherigen Erfahrungen mit Napalm-Einsätzen, daß es fast ausschließlich gegen größere wehrlose Menschenansammlungen, besonders unter der Zivilbevölkerung, eingesetzt wird. Hier richtet es allerdings verheerende Folgen an. Vorwiegend für diesen Zweck ist auch die Bundeswehr mit Napalm-Bomben ausgerüstet.

Welche Wirkungen das auch von der Bundeswehr verwendete Napalm hat, wird durch eine kürzlich vom „Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI)" veröffentlichte Studie belegt. Nachfolgend einige Auszüge:

Wirkung von Napalm:

„Die durch das selbstzündende Napalm verursachten Verbrennungen dritten Grades gehören zu den schwersten Verwundungen, die dem menschlichen Körper zugefügt werden können. Die meisten Verwundeten sind nicht zu retten. Überlebende erleiden furchtbare Verbrennungen ihrer Gliedmaßen, die es ihnen unmöglich machen, ein normales Leben weiterzuführen. Andere Langzeitfolgen von Verbrennungen durch Napalm sind Hautkrebs, sowie Herz-, Lungen- und Nierenschäden. Hinzu kommt, daß Brandwaffen wie Napalm auch Giftstoffe absondern, die oft einen langsamen und schmerzhaften Tod bewirken.

Als Massenvernichtungswaffen rangieren Napalm- und Phosphorbomben... gleich hinter den Atomwaffen. Napalm B (eine „verbesserte" Version, die 15 Minuten lang brennt – d.Red.) entwickelt eine Hitze von 850 Grad. Mit einer einzigen Bombe wird eine Fläche von 30 m Breite und 200 m Länge bestrichen. Um den psychologischen Effekt eines Napalmangriffs zu verstärken und gleichzeitig die Hilfsaktionen zu erschweren, werden den bis zu 500 kg schweren Bomben Substanzen beigemischt, die einen dichten Rauch erzeugen."

Militärische Verwendung:

Napalmbomben und weißer Phosphor werden vorrangig als „Anti-Personen-Waffen" eingesetzt.

„So wird beispielsweise Napalm dazu verwendet, um eine Bevölkerung aus ihren Siedlungen zu treiben. ‚Harte' militärische Ziele sind relativ immun gegen Brandwaffen, während ‚weiche' Ziele, wie Menschenansammlungen oder Fahrzeuge, leicht damit zu vernichten sind."

So wurde Napalm in der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam kaum zur „Unterstützung" der Bodentruppen gegen militärische Ziele eingesetzt, sondern fernab vom Kampfgebiet, vorzugsweise gegen Städte und Dörfer.

Bisherige Verwendung:

In mindestens 25 Ländern ist Napalm laut SIPRI seit Ende des Zweiten Weltkrieges eingesetzt worden. *„Allein in Vietnam wurden 400.000 Tonnen Napalmbomben abgeworfen (zum Vergleich: im Zweiten Weltkrieg waren es 14.000, im Koreakrieg 32.000 Tonnen wesentlich weniger wirksamer Brandbomben)."*

In den vergangenen Jahren wurde daneben in folgenden Ländern Napalm eingesetzt: Gegen die Kurden im Irak (1974), türkische Invasion auf Zypern (1974), im portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika (1961-74), in den israelischen Aggressionen gegen die arabischen Staaten, bei der Anti-Guerilla-Kriegsführung in Thailand (1968-73), in Venezuela und Bolivien und durch französische Truppen im Tschad (1970).

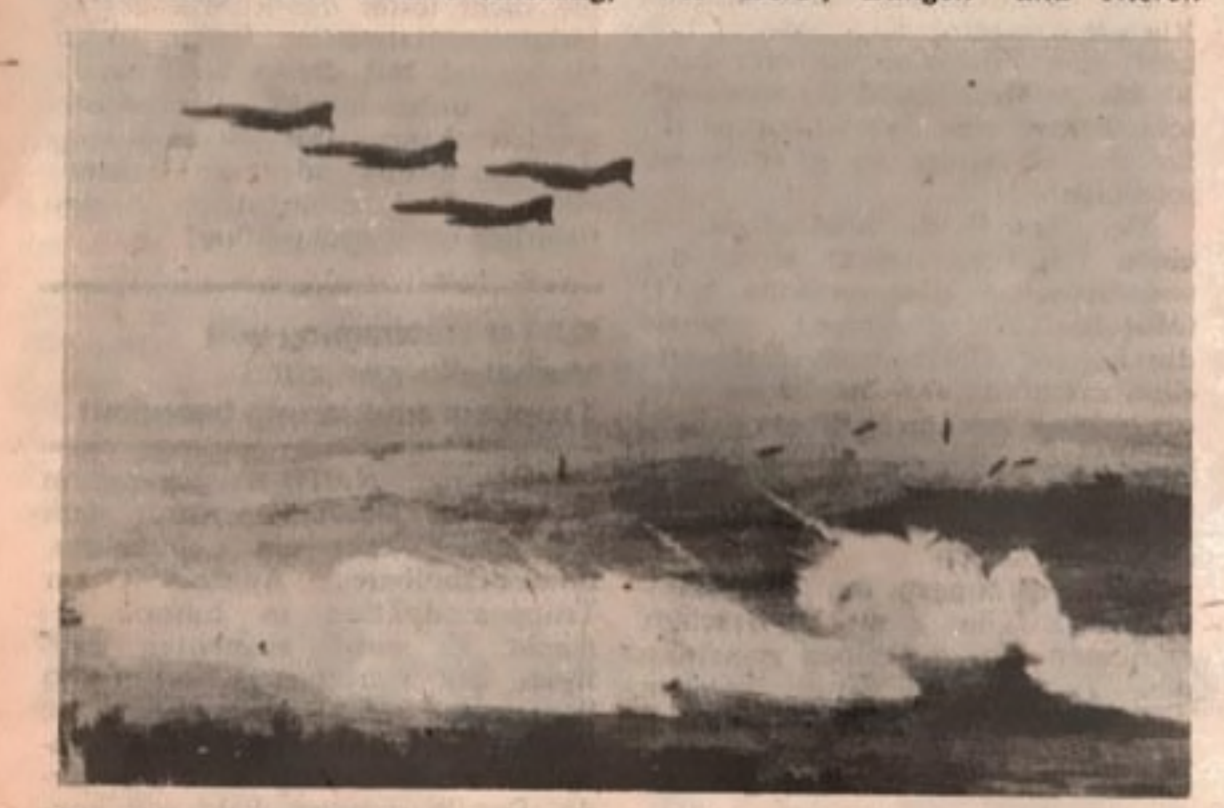
Die Imperialisten arbeiten unermüdlich daran, diese grauenhaften Massenvernichtungsmittel ständig in ihrer Wirkung zu „verbessern": *„Eine der in Entwicklung befindlichen Munitionen erzeugt einen ‚Feuerball' von einer derartigen Hitzeausstrahlung, daß 90 % der ihr ausgesetzten Personen innerhalb weniger Sekunden Verbrennungen dritten Grades erleiden"* (obige Zitate aus „ami", 11/75). Wie das SIPRI-Institut in der Studie weiterschreibt, ist *„die einzige andere Waffe, die eine solche verheerende Hitzestrahlung produziert, die Atombombe"* („Spiegel", 51/75).

Der „Spiegel" berichtet auch über von den US-Imperialisten neu entwickelte *„Brandgeschosse aus selbstentzündendem Uranerz, das als Nebenprodukt bei der Gewinnung spaltbaren Materials für Atombomben und -reaktoren anfällt"*. Durch ihre hohe Dichte haben diese „Urangeschosse" eine solche Durchschlagkraft, daß sie selbst Panzerplatten mit Leichtigkeit zerstören: *„Und wenn sie den Stahl durchdrungen haben, dann speien sie Flammen in das Innere des Tanks"*, begeistert sich das amerikanische Militaristen-Magazin „Aviation Studies" (nach „Spiegel", 51/75).

Eine andere bestialische *„neue amerikanische Entwicklung sind Mehrfachbomben (technische Bezeichnung: SUU-48), die aus einem Bündel von fünf Napalm-B-Bomben bestehen. Diese Bomben können entweder einzeln oder in rascher Folge oder gemeinsam in Salve gezündet werden"* (nach „ami", 11/75).

Es liegt in der Logik dieses menschenfeindlichen Systems, einen großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums und der Wissenschaft in die Entwicklung immer grausamerer Vernichtungswaffen zu investieren. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Bundeswehr-Phantom-Bomber proben den Napalm-Abwurf für den „Ernstfall": Den Einsatz nach außen und innen.

Gefährdung der Zivilbevölkerung beim Kriegs„spiel"

Bei jedem Bundeswehrmanöver sterben nicht nur etliche Soldaten, sondern zunehmend auch Zivilisten. Das hat seine Ursache hauptsächlich in der Beteiligung von Bundeswehrfahrzeugen am öffentlichem Verkehr.

Der ADAC hat in seiner Zeitschrift „Motorwelt" (10/75) den Autofahrern einige heiße Tips gegeben, wie man Zusammenstöße mit Kettenfahrzeugen vermeiden kann. Im wesentlichen laufen sie wie der folgende darauf hinaus, fluchtartig die Straße zu räumen. *„... langsam fahren, scharf rechts bleiben und das stählerne Monstrum genau beobachten. Vorsicht! Wenn der entgegenkommende Panzer in Schlingenbewegungen gerät und Sie den Eindruck haben, der Fahrer hätte die Kontrolle über sein Fahrzeug verloren, gibt's nur eins: runter von der Straße, auf die Wiese oder in den Graben. Selbst wenn sich der Wagen dabei überschlägt, ist das besser, als von 40 Tonnen Stahl flachgequetscht zu werden."* Dieser Ratschlag ist durchaus nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß Panzer von ihrer ganzen Konstruktion her völlig verkehrsunsicher sind.

1) Die Lenkung

Bei Lenkkorrekturen wird eine Kette abgebremst, die andere beschleunigt, das führt zu Zick-Zack-Kurven. Für Kurven gibt es nur zwei grobe Lenkeinschläge, groß und eng. Zudem schwenkt das Heck beim Abbiegen auf die Gegenfahrbahn, da sich der Panzer ruckartig um die eigene Mittelachse dreht.

2) Die Bremsen

„Ein mit Tempo 50 dahinrasselnder LEOPARD steht schon nach 12 m! Besonders gefährlich ist dabei die Schlußphase, bei der der Panzer zuerst mit der Schnauze tief nach vorne taucht, das Heck hebt und dann wieder auf die Fahrbahn zurückfällt. Wer in diesem Augenblick auffährt, wird zusätzlich auch noch zerquetscht."

3) Die Beleuchtung

Blinker hat fast kein Panzer. Ausländische Kettenfahrzeuge sind nicht verpflichtet, wenigstens die hiesigen Sicherheitsvorschriften einzuhalten. US-Panzer haben z.B. nur ein einziges winziges Schlußlicht. *„Es hat sogar schon schwere Karambolagen mit völlig unbeleuchteten US-Panzern gegeben – und das auf der Autobahn."*

Spähtrupps fahren – zwar offiziell verboten, aber für den Zweck der Übung unerläßlich – eigentlich immer mit „Tarnlicht" oder ganz ohne.

Allein diese Aufzählung zeigt, daß es sich bei den *„mehreren hundert militärisch-zivilen Karambolagen, die im letzten Jahr in der Bundesrepublik passierten"* nicht um bedauerliche Unfälle handelt. Das läßt sich wohl nur noch als vorsätzliche Tötung bezeichnen.

Besonders makaber ist der Ausspruch eines Panzerkommandanten zu der Frage, wie sie mitkriegen, wenn sie einen PKW überrollen: *„Nur wenn die Reifen platzen, knallt's viermal."* (alle Zitate aus „Motorwelt", 10/75) ●

Eine Metallgenossin
KB-Gruppe Hamburg



Foto aus „ADAC-Motorwelt" 10/75.

Bundeswehr erfaßt Privat–KFZ's



Auch dieser „Brummer" folgte der Einberufung.

Im „Spannungs- und Verteidigungsfall" sind die Militaristen berechtigt, sämtliche Nutzungsfahrzeuge einzuziehen.

Dementsprechend ergingen Mitte Oktober 55.000 Bereitstellungsbescheide an die Besitzer von LKW's, Baumaschinen und Depotgeräten (PKW's fallen auch unter dieses Gesetz, sind z.Z. jedoch praktisch nicht davon getroffen). Für die Besitzer dieser Kfz's ergibt sich ab sofort die Verpflichtung, jede Änderung in den Nutzungs- und Eigentumsverhältnissen **der Bundeswehr zu melden.** Weiterhin können die Besitzer damit rechnen, jederzeit an eine Übung „zur materiellen Ergänzung der Bundeswehr" herangezogen zu werden. Erst kürzlich sollen in Niedersachsen, sowie in Bayern solche Übungen stattgefunden haben. Den betroffenen Versorgungseinheiten in der Bundeswehr fällt dabei die Aufgabe zu, die KFZ's auf ihre militärische Verwendbarkeit zu prüfen und die zivilen Fahrer der Kraftfahrzeuge zu „betreuen". ●

Eine Soldatengruppe



„Musterung" für den LKW bedeutet technische Überprüfung auf Herz und Nieren.

„He lücht !!“ Wieder Märchen über die sowjetische Flotte

Seemannsgarn bot der „Spiegel" gleich zu Jahresanfang: Die Nr. 1/2 vom 5.1.76 brachte unter dem Titel **„Supermacht zur See"** eine gar erschröckliche Geschichte über die „Sowjetseemacht". Kurz darauf, am 8.1., zog Springers „Bild" mit einer Meldung nach, die offensichtlich ausschließlich auf den „Fakten" (?!) aus dem „Spiegel"-Artikel basierte.

Mit ihrer Feststellung, die sowjetische Marine sei **„zu einer der größten Flotten der Welt herangewachsen"**, nimmt sich freilich die „Bild" gegenüber dem „Spiegel" sehr bescheiden aus. Denn laut „Spiegel" ist **„die Rote (?) Flotte die mächtigste der Welt"**, ihre Schiffe sind **„zahlreicher, schneller und besser bewaffnet als die der Nato"**.

„Die Meere werden rot", schrillt des „Spiegels" Angstschrei. *„Angst, zum Teil Hysterie"*, habe angesichts dieser Schrecken den „Westen" erfaßt. Gegen die sowjetische Flotte nehme sich *„die vereinigte Nato-Flotte geradezu jämmerlich aus. Es wird einem kalt ums Herz"*, zitiert der „Spiegel" die Londoner „Times". Und der anscheinend total verschreckte Vize-Chef der US-Marine, Admiral Bagley, soll angstvoll *„den Zusammenbruch der Nato* (!) *als Folge der politischen* (!) *Wirkung, die die sowjetische Marine schon in Friedenszeiten* (!) *ausübt"*, vorausgesagt haben.

Ein ungeheurer Schrecken scheint das „zivilisierte Europa" erfaßt zu haben, wie er zuletzt vor einigen Jahrhunderten angesichts der „Mongolenhorden" von Dschingis Khan eintrat!

Drastische Zahlenangaben sollen die Angst weiter schüren: Insgesamt 1.850 Schiffen der Sowjetunion stehen laut „Spiegel" nur 618 der USA gegenüber, also ein Verhältnis von sage und schreibe drei zu eins!! Und zwar 1.442 zu 508 bei Überwasser-Schiffen und 408 zu 110 bei U-Booten!

Diese Zahlen sind ein neuer Rekord, der alle bisherigen Erfindungen in den Schatten stellt. Beispielsweise galt bisher als Orientierung die Behauptung des Londoner International Institute for Strategic Studies (ISS), wonach die Sowjetunion 1.615 „Kriegsschiffe" haben soll (für 1973/74) – diese Zahl verwendete u.a. auch der KBW in seinen berüchtigten Münchhausiaden.

Bei dieser Zahl von 1.615 sind allerdings ohnehin kaum 500 als eigentliche Kriegsschiffe ausgewiesen (einschließlich Minenräumern u.ä.), während 1.118 nicht näher bezeichnet als „sonstige Fahrzeuge" auftauchen, also Versorgungsschiffe etc.

Eine Gegenüberstellung der gesamten Kriegsflotten von Nato und Warschauer Pakt ergibt (lt. ISS für 73/74) folgende Verhältnisse: 292 U-Boote des WP stehen 215 der Nato gegenüber; dabei hat die Nato lt. ISS auf dem Gebiet der atomar bewaffneten U-Boote sogar einen leichten Vorsprung von 68 zu 65. Bei den major surface ships (größere Überwasser-Kriegsschiffe) meldet ISS einen deutlichen Vorsprung der Nato (583) gegenüber dem WP (220).

Abgesehen davon, daß natürlich imperialistische Quellen (einschließlich des ISS) ohnehin unglaubwürdig sind, stellt zudem die undifferenzierte Gegenüberstellung der Zahlen von Schiffen (ohne Angabe über ihre Größe etc.) eine weitere Täuschung dar. Offensichtlich besteht aber selbst nach imperialistischen Quellen (siehe ISS) bei den eigentlichen Kriegsschiffen ein deutlicher Vorsprung der Nato. Hierzu kommen noch, unerwähnt, die nicht unbeträchtlichen Kriegsflotten ihrer Verbündeten – wie beispielsweise Südafrika, Iran (die Flotte des Iran ist z.B. stärker als die Bundesmarine!), Australien, Japan u.a.

Es ist übrigens bezeichnend, daß selbst laut „Spiegel" der Mannschaftsbestand der US-Marine 558.000 Mann ist, der der Sowjet-Flotte hingegen nur 500.000.

Bei den Angaben über die angeblichen Flottenstärken sticht noch ein weiterer Punkt ins Auge: Der „Spiegel" gibt bei U-Booten ein Verhältnis von 408 der SU zu 110 der USA an. Bei ISS sind es 285 zu 84. Indessen ist bei den modernsten nuklearen U-Booten das Verhältnis nach den Angaben von ISS ziemlich ausgeglichen: 65 zu 60. Der angebliche gigantische Vorsprung der Sowjetunion erklärt sich aus der hohen angegebenen Zahl konventioneller U-Boote (SU; 220, USA: 24).

Klärung des „Rätsels" bringen vielleicht Angaben aus einer anderen Quelle, dem Londoner „Statesman's Yearbook". Die Angaben dieser Quelle sind zwar generell höher als die von ISS, aber dieser Unterschied tut hier nichts zur Sache. Jedenfalls kann man dem „Yearbook" entnehmen, daß sich die Summe der US-U-Boote zwischen 1963 und 1973 von 175 auf 139 verringert habe! Während bei nuklearen U-Booten ein Zuwachs verzeichnet wird (von 31 auf 106!), ist die Abnahme bei den konventionellen U-Booten krass: von 144 auf 33. Die USA haben also ganz offensichtlich einen Großteil ihrer konventionellen U-Boote „eingemottet" oder verschrottet.

Dagegen werden die sicher nicht weniger veralteten konventionellen U-Boote bei der sowjetischen Flotte in den Statistiken mitgezählt – wobei offen ist, ob diese Dinger überhaupt noch „in Dienst" sind.

Eine ähnliche Situation offenbar bei den Zerstörern, wo das „Yearbook" für die US-Flotte eine Abnahme (1963 bis 73) von 358 auf 173 verzeichnet. Insgesamt hat danach die Summe der major surface ships der USA von 770 auf 371 abgenommen.

Der angebliche ungeheuerliche Vorsprung der sowjetischen Flotte ergibt sich also zum einen daraus, daß offenbar sämtliche alten Schiffe mitgezählt werden, auch wenn sie möglicherweise längst verschrottet sind. Zum anderen werden bei der sowjetischen Flotte eine große Zahl von kleinen Schiffen mitgezählt, die nur der Küstenverteidigung dienen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Zahlen der bürgerlichen Statistiken keinen Pfifferling wert sind und daß es genau ihre Funktion ist, das Übergewicht der Nato-Flotten zu verschleiern.

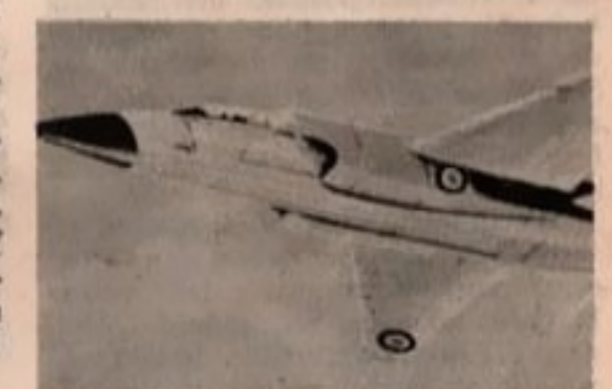
Besonders krass ist die Vorherrschaft der US-Flotte auf dem Gebiet der Flugzeugträger: lt. „Spiegel" stehen 14 Flugzeugträgern der USA z w e i der Sowjetunion gegenüber. Im „Spiegel" werden ausgleichsweise die beiden sowjetischen „Flugzeugträger" als *„Wunderwerke"* und *„beispiellos in der Welt"* hingestellt. Fakten: Diese „Wunderwerke" sind für 30 Hubschrauber und 25 Kampfflugzeuge angelegt. Sie haben 42.000 t und sind 33 Knoten schnell. Zum Vergleich: Der im Mai '75 in Dienst gestellte US-Flugzeugträger ist für 100 Atom-Bomber angelegt, 95.000 t, 40 Knoten schnell (lt. ARBEITERKAMPF NR' 63)! In den nächsten Jahren sollen drei weitere Flugzeugträger dieser Art fertiggestellt werden!

Wozu also **„Angst, zum Teil Hysterie"** im „Spiegel" und der sonstigen bürgerlichen Presse über die angebliche Übermacht der Sowjet-Flotte? Um auf der Welle dieser Hysterie umso schneller die eigene Aufrüstung vorantreiben zu können: **Lt. „Spiegel" wollen die USA in den nächsten fünf Jahren rund 100 Mrd. DM für Modernisierung und Neubauten ihrer Kriegsflotte ausgeben!** ●

(Statistiken und Zahlen nach dem Manuskript eines Genossen aus Hamburg-Uetersen)

Vaterlandsverteidiger: Seht, wie die Sozialimperialisten aufrüsten: Schon wieder drei neue Kriegsschiffe!

BRD-Kriegstechnik für Indien



Kampfflugzeug Hindustan HF-73

Die BRD-Rüstungskonzerne werden beim Export von Kriegswaffen in alle Welt immer rühriger.

Eine besondere Form des Waffenexports – die „technische Entwicklungshilfe" – wurde in der „Spiegel"-Ausgabe vom 22.12.75 dem Leser vorgestellt.

Danach haben Ingenieure des Flugzeugkonzerns Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) *„wesentliche Studienbeiträge"* zur Entwicklung des indischen Kampfbombers „Hindustan HF-73" beigesteuert. (MBB ist wesentlich an der Entwicklung des in westdeutscher, englischer und italienischer Gemeinschaftsarbeit entwickelten MRCA-Bombers beteiligt.)

In Wirklichkeit entpuppen sich diese „Studienbeiträge" des Konzerns als massive Unterstützung bei der technischen Entwicklung des indischen Bombers, zu der Indien allein niemals fähig gewesen wäre.

Ebenso wie der MRCA-Bomber soll die „Hindustan" durch zwei Turbinen des Typs RB-199 (von MBB entwickelt) angetrieben werden. Die westdeutschen „Studienbeiträge" sind ebenso beim Fahrwerk und den Triebwerklufteinläufen nachzuweisen.

Die „Hindustan" ist der erste in Indien hergestellte Überschallbomber, der selbst noch in Bodennähe schneller als der Schall fliegen kann.

In der Tat ist diese „Hilfe" eine verkappte Form des Waffenexports, die allerdings keinen gesetzlichen Auflagen unterliegt (Indien hat gegenüber Pakistan, der VR-China, u.a. weiterhin eindeutige Aggressionsabsichten). ●

Wirtschaftskommission KB-Gruppe Hamburg

Konjunkturprogramm für die Geldbeutel der Hausbesitzer

Zur Ankurbelung der Bauwirtschaft beschloss die Bundesregierung Anfang September letzten Jahres, den Hausbesitzern insgesamt 700 Mio. DM für Wohnungsmodernisierung zur Verfügung zu stellen, davon durften allein die Hamburger Eigentümer stolze 20,3 Mio. einstreichen.

Die Modernisierung ist inzwischen in etlichen Häusern abgeschlossen und die Mieter stehen vor dem Problem erhöhter, teils horrender Mieten.

Lockende Zeitungsberichte (*„Wer schnell ist, kann kassieren"*, „Hamburger Abendblatt" vom 18. 9.) und groß angelegte Werbekampagnen des Baugewerbes sorgten dafür, daß viele Hausbesitzer eine Chance sahen, sich eine goldene Nase zu verdienen. Innerhalb von fast zwei Wochen war das ganze Geld weg.

Nun ist es nichts neues, daß Hausbesitzer gerne modernisieren, um die Mieten hochtreiben zu können, nur gibt es auch andere, seit längerer Zeit laufende Modernisierungsförderungsprogramme, die wesentlich weniger in Anspruch genommen worden sind. Weshalb also dieses *„Chaos beim Run auf das Renovierungsgeld?"* (Überschrift im „H.A.", vom 24. 9.) Ganz einfach: Jeder Hausbesitzer bekommt hier pro Wohnung 20.000 DM, wovon ihm 6.000 DM geschenkt werden!! Da er Kredite bis zu 300.000 DM beantragen kann, macht er so einen Profit von glatten 90.000 DM.

Doch damit nicht genug:

Falls der Hausbesitzer diesen Modernisierungsaufwand *„in hoher Steuerprogression auch noch steuerlich als Erhaltungsaufwand absetzen konnte, ergibt sich die Tatsache, daß ihm der Staat einschließlich Steuerspareffekt bis zu 80 % seines Modernisierungsaufwands zahlte, bei 300.000 DM immerhin 240.000 DM"* („Handelsblatt", 8. 10. 75).

Das Üble dabei ist, daß der Mieter von den Geldern keinen Pfennig sieht. Die staatlichen Subventionen sind eben nur für die Kapitalisten da.

Im Gegensatz zu den „bisherigen" Programmen braucht dieses Geld bei der Berechnung umlagefähiger Kosten, die für die Mieterhöhung maßgeblich sind, nicht abgezogen werden. Jede investierte Mark, egal woher sie kommt, schlägt voll auf die neue Miete. Kein Wunder, daß viele Hausbesitzer zulangten!

Dieses Konjunkturprogramm ist so mieterfeindlich, daß sich sogar der Mieterverein, wenn auch wie üblich zu spät, gezwungen sieht, *„schwere Bedenken"* zu erheben.

Dieses Konjunkturprogramm ist ein weiterer Beweis, wessen Interessen der Staat vertritt, zu wessen Vorteil und auf wessen Kosten die Konjunktur hier angekurbelt werden soll: – auf Kosten der Mieter! ●

Ein Genosse des Leserkreises Bezirksgruppe Eimsbüttel KB/Gruppe Hamburg

West-Sahara

US–Amerikanische „Berater" haben jahrelang die marokkanische Luftwaffe und das Heer trainiert, das jetzt den imperialistischen Plan zur Teilung der West-Sahara durchsetzt. Brutal und hemmungslos wird systematischer Völkermord nach allen Regeln der imperialistischen Vernichtungskunst betrieben.

Die ausführenden Kräfte, Marokko und Mauretanien, die durch abziehende Truppen Spaniens bis zur letzten Minute tatkräftig unterstützt wurden, sehen sich dem wachsenden Widerstand des Saharischen Volkes unter Führung der Frente Polisario gegenüber, die jedoch trotz erster größerer militärischer Erfolge die vorläufige Niederlage nicht verhindern konnten.

Strategisch gesehen wird immer deutlicher, daß die Aggression gegen die Saharauis Teil der „imperialistischen Lösung" im gesamten Nahen Osten und nördlichem Afrika ist. Das ist auch von den nationalistischen, progressiven und revolutionären Staaten und Organisationen der Region begriffen worden. Das starke Engagement Algeriens, erste Folge der Zusammenarbeit gegen die imperialistische Aggression, wie sie im Abkommen zwischen Libyen und Algerien und in der jetzt aufgenommenen Zusammenarbeit der Frente Polisario und den palästinensischen Organisationen der „Ablehnungsfront" zum Ausdruck kommen, zeigen, daß die Aggression gegen die West-Sahara weit über die Interessen an den reichen Phosphat-Vorkommen der West-Sahara hinausgehen.

Dementsprechend scheint eine weitere Eskalation bis hin zum direkten militärischen Eingreifen Algeriens nicht ausgeschlossen. Die Lage für die Bevölkerung West-Saharas ist mit jedem Tag des Terrors der Invasionstruppen verheerender geworden. *„Vergewaltigungen, Vernichtung von Lebensmittelvorräten, alle Arten von Plünderungen, Entführung und Tötung von Kindern"* (F POLISARIO, 28. 12.), haben inzwischen zur Massenflucht der Bevölkerung geführt. So leben allein 20.000 Saharauis in Flüchtlingslagern nahe der algerischen Grenze. Ein fast ebenso grosser Flüchtlingsstrom ist gleich ganz auf algerisches Gebiet gezogen.

Auch muß um das *„Leben von Frauen, Kindern und Greisen, die in den Städten in Gettos eingepfercht sind"*, gefürchtet werden, heißt es in einem Apell der Frente Polisario.

Die Hungersnot breitet sich aus und selbst das „Internationale Rote Kreuz" vergleicht die Lage der Bevölkerung mit der nigerianischen während des „Biafra-Konflikts" („SZ", 10/11.1.76).

Im Klima des Terrors werden alle männlichen Saharauis über zwölf Jahre verhaftet („FAZ", 2.1.76); allein in der Hauptstadt El-Aioun sind über 500 Menschen verhaftet

Forts. Seite 20



Unter dem Banner der „Polisario" werden die Frauen politisch und militärisch ausgebildet.

FORTSETZUNG VON SEITE 19

worden, viele wurden erschossen und z. T. nach Marokko zwangsdeportiert. Reichen diese Maßnahmen zur Brechung des Widerstandes nicht aus, so scheuen die Invasoren auch nicht vor Flächenbombardements zurück. So geschehen in der Hafenstadt Guera im Süden des Landes, nahe der mauretanischen Grenzstadt Nouadibou, wo mehrere hundert Kämpfer der F. Polisario die Einnahme der Stadt verhindern konnten, bis die marokkanische Luftwaffe die Stadt fast vollständig zerbombte („FAZ", und „NZZ", 2. 1. 76).

Ausdrücklich sei noch einmal erwähnt, daß die spanischen Faschisten sämtliche Terrorakte der neuen Machthaber nicht nur geduldet, sondern z.T. aktiv unterstützt haben und auch jetzt, nachdem sie vorzeitig faktisch alle Truppen abgezogen haben, (der offizielle Abzug und die Übergabe an Marokko und Mauretanien soll erst am 28.2.76 über die Bühne gehen) wird die spanische Polizei in West-Sahara weiterhin die Sicherung der Flughäfen überwachen („FAZ", 31.1.75).



Außerdem wurde Anfang des Jahres ein Gesetz erlassen, daß den Saharauis die spanische Staatsangehörigkeit entzieht. Auf der Grundlage der „Staatenlosigkeit" sollen so eine Reihe von Flüchtlingen von den kanarischen Inseln in die West-Sahara zurücktransportiert sein (El Moudjahid, 4./5. 1. 76). Eine Gruppe von Flüchtlingen auf dem spanischen Festland kämpft z. Zt. noch um neue Ausweispapiere, um der Abschiebung in die Arme von Hassans Mördertruppen zu entgehen („FAZ", 2.1.76).

Die militärische Lage

Die militärische Lage

Die marokkanischen Invasionstruppen haben alle größeren Städte entlang der Küste besetzt. Dabei sind sie der Mauretanischen Mini-Armee von ca. 2.600 Mann (nach „FAZ", 2.1.76), die nicht in der Lage war, den Süden gegen die Frente POLISARIO zu okkupieren, mit Truppen zu Hilfe gekommen. Inzwischen operiert Marokko praktisch von mauretanischem Gebiet aus. Mit der Einnahme von Villa Cisneros, der zweitgrößten Stadt West-Saharas, durch marokkanische Truppen, wird Mauretanien bei der geplanten Aufteilung der Beute nicht viel übrig bleiben.

Doch soweit ist es noch nicht. Die Saharauis leisten unter Führung der Frente POLISARIO erbitterten Widerstand.

Weite Teile des Landes werden von der Frente POLISARIO kontrolliert, mit dem Aufbau einer eigenen Verwaltung und der Bildung einer provisorischen Regierung ist begonnen worden.

Zwar steckt die Arbeit in den Flüchtlingslagern, nach palästinensischem Vorbild, noch in den Anfängen und sind die militärischen Aktionen der Kämpfer noch weitgehend Guerilla-Aktionen, so ist doch u. a. durch bessere Bewaffnung der Erfolg der Aktionen größer geworden.

Annähernd 500 marokkanische und 20 mauretanische Eindringlinge konnten bisher getötet werden. Zwei mauretanische Garnisonen wurden überrannt, mehrere Hubschrauber konnten abgeschossen werden. Auch gelang es, ein Aufklärungsflugzeug französischen Fabrikats abzuschießen und den französischen (!) Piloten gefangen zu nehmen (El Moudjahid, 31.12.75).

Dies ist nur *ein* Indiz für das aktive Eingreifen Frankreichs gegen das Volk der West-Sahara. Marokkos Ministerpräsident, Osman, verkündete während seines offiziellen Besuchs in Frankreich Anfang Januar unwidersprochen, daß *„die Darstellung der marokkanischen Ansichten' über die Sahara in Paris nicht schwierig gewesen sei, da man dort wisse, auf welcher Seite das gute Recht sei"* („Figaro", 8.1.76).

Algerien als wesentliche materielle und moralische Stütze für den saharischen Widerstand, hat erkannt, daß die Aggression gegen die West-Sahara weit über das Interesse am Phosphat hinausgeht und Teil der imperialistischen „Lösung" im gesamten Nahen Osten und nördlichen Afrika ist. Der imperialistische Vormarsch in dieser Region (ägyptische Entwicklung, Libanon etc.) ist derart umfassend angelegt, daß nicht nur die revolutionären Befreiungsbewegungen, sondern auch die nationalistischen und progressiven Staaten, die sich noch eine gewisse Unabhängigkeit bewahren konnten, direkt bedroht sind.

Dies ist offenbar der Hintergrund für die Mobilisierung der algerischen Massen, der militärischen Mobilmachung im Süden des Landes und die Erhöhung der Militärausgaben um 20 % für 1976. Außerdem erklärt diese Sicht der Dinge, das gegenseitige Hilfsabkommen zwischen Lybien und Algerien vom 29. 12. 75, das vorsieht, *„jeglicher gegen Lybien oder Algerien gerichteten Provokationen gemeinsam die Stirn zu bieten"* („NZZ" 31. 12. 75). Außerdem wurde betont, daß es zwischen Algerien und Lybien „Übereinstimmung in allen arabischen Fragen", einschließlich der Palästinenserfrage und des Problems der westlichen Sahara gegeben habe.

Dieses Abkommen sowie weitere diplomatische Aktivitäten Algeriens, zielen darauf ab, ein mögliches direktes militärisches Eingreifen Algeriens zum Schutz des Selbst-
diplomatische Aktivitäten Algeriens, zielen darauf ab, ein mögliches direktes militärisches Eingreifen Algeriens zum Schutz des Selbst-
bestimmungsrechtes der Saharauis, international abzusichern.

So haben inzwischen revolutionäre Staaten wie Nord-Korea und Guinea-Bissao ihre volle Unterstützung mit dem Kampf des Saharischen Volkes erklärt. Vizepräsident der DR-Vietnam, General Giap, erklärte anläßlich eines Staatsbesuches in Algerien Anfang Januar, bei dem er auch mit Genossen der Frente POLISARIO zusammentraf: *„Das vietnamesische Volk und die Regierung der DRV unterstützen fest den Kampf für die nationale Befreiung und die Entkolonialisierung der West-Sahara"* (El Moudjahid, 7.1.76).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die Flüchtlinge werden auf algerischem Gebiet von der „Polisario" organisiert.

Indonesien überfällt DR Ost-Timor

In der portugiesischen Kolonie Timor war am 10. August 1975 ein reaktionärer Putschversuch der proindonesischen Gruppierungen UDT (Uniao Democratica de Timor) und APODETI (Associacao Popular Democratica Timorense) am entschlossenen Widerstand der Timorenser Bevölkerung und ihrer Befreiungsbewegung FRETILIN (Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente) gescheitert. Nachdem die fest im Volk verankerte FRETILIN im Gegenzug praktisch die Kontrolle über das gesamte Territorium errungen hatte, begann bereits Mitte Oktober die militärische Invasion Indonesiens gegen Ost-Timor, bei der die Eindringlinge allerdings auf harten Widerstand stießen und sich daher zunächst auf die Eroberung grenznaher Gebiete beschränkten. Die indonesische Invasion wurde von der australischen Regierung mehr oder minder offen gebilligt, während sich die portugiesische Regierung zunächst schlicht weigerte, den als Offensive von UDT und APODETI verbrämten indonesischen Überfall auch nur zur Kenntnis zu nehmen; stattdessen führte sie Gespräche mit dem indonesischen Außenminister mit dem Ziel, die drei Organisationen gleichberechtigt an den Verhandlungstisch zu bringen und dabei auch noch „die Interessen Indonesiens zu wahren" (siehe DIE INTERNATIONALE Nr. 18).

Proklamation der Demokratischen Republik Ost-Timor

Am 28. November proklamierte die FRETILIN in der Timorenser Hauptstadt Dili die „Demokratische Republik Ost-Timor", als deren Präsident der FRETILIN-Vorsitzende Francisco Xavier do Amaral vereidigt wurde. Die junge Republik wurde augenblicklich von Mosambik und Guinea-Bissau anerkannt, die seit geraumer Zeit die FRETILIN propagandistisch unterstützt hatten; bald darauf folgte die Anerkennung Ost-Timors durch Cabo Verde, Angola und Guinea-Conakry, während aus der VR China immerhin wohlwollende Kommentare abgegeben wurden. Die portugiesische Regierung hingegen wies die „einseitige Unabhängigkeitserklärung" in aller Schärfe zurück, da sie dem „Grundprinzip des Entkolonialisierungsprozesses"
gen wies die „einseitige Unabhängigkeitserklärung" in aller Schärfe zurück, da sie dem „Grundprinzip des Entkolonialisierungsprozesses"
(„Respektierung der von den Völkern gewählten Form der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung") widerspräche und kündigte die Anrufung internationaler Organe an (Republica, 30.11.).

Die UDT – die sich inzwischen bezeichnenderweise in MAC (Movimento Anti-Comunista = Antikommunistische Bewegung) umbenannt hatte – und die APODETI reagierten auf ihre Weise auf die Ausrufung der Republik, indem sie einen Tag später den sofortigen Anschluß Ost-Timors an Indonesien proklamierten. Das war das Signal für die indonesischen Truppen, sofort zum massiven Angriff auf die Republik Ost-Timor überzugehen. Sie besetzten noch am 29. November die Ortschaft Atabae und schickten sich an, in Richtung Dili vorzudringen. Dazu erklärte der militärische Kommandant der FRETILIN, Rogerio Lobato: *„Es wird alles unternommen werden, um Dili zu verteidigen, aber die FRETILIN kann dem Angriffspotential der indonesischen Luftwaffe und Marine nicht widerstehen. Daher ist es wahrscheinlich, daß wir uns in die Berge zurückziehen müssen, und das Ergebnis wird ein langer, blutiger Guerillakampf sein"* („Republica", 5.12.75).

Indonesische Invasionstruppen besetzten Dili

Am 6. Dezember trafen US-Präsident Gerald Ford und Außenminister Henry Kissinger im Rahmen ihrer Ostasienreise zu einem eintägigen Aufenthalt in Indonesiens Hauptstadt Djakarta ein, wo die höchsten Repräsentanten des US-Imperialismus das reaktionäre indonesische Regime zum Überfall auf Ost-Timor ermunterten. Selbst die bürgerliche westdeutsche Presse vermerkt immerhin, daß Kissinger *„Verständnis für die Haltung Indonesiens bekundet und die Anerkennung einer Fretilin-Regierung abgelehnt habe"* („Frankfurter Rundschau", 8.12.). Diese Darstellung wurde später von einem Sprecher des US-Außenministeriums bestätigt, der sich natürlich beeilte zu versichern, dieses Verständnis habe keineswegs *„grünes Licht für eine Invasion"* bedeutet („Republica", 9.12.).

Am 7. Dezember überfielen dann indonesische Fallschirmjäger und Marineinfanteristen die Hauptstadt Dili; vorangegangen war die Beschießung der Stadt durch indonesische Kriegsschiffe. Die Invasionstruppen wüteten mit beispielloser Grausamkeit unter der Timorenser Bevölkerung und veranstalteten furchtbare Massaker, wobei sich ihre Wut besonders gegen die Angehörigen der chinesischen Minderheit unter der Timorenser Bevölkerung richtete. Nachdem indonesische Truppen den Rundfunksender von Dili besetzt hatten, wurde ein Aufruf ihrer Lakaien ausgestrahlt, mit dem die Bevölkerung zur Jagd auf FRETILIN-Mitglieder aufgehetzt werden sollte: *„Wenn ihr wißt, wo die Kommunisten sind, müßt ihr sie bei unseren indonesischen Brüdern anzeigen. Ihr müßt ihnen helfen und Elemente der FRETILIN festnehmen und in die Hauptstadt bringen, weil wir nicht mit den Kommunisten, sondern mit Gott leben wollen"*. Der Aufruf gipfelte in der Ankündigung, man werde *„alle kommunistischen Soldaten der Bewegung ausmerzen"* („Republica", 9.12.).

Der indonesische Außenminister Malik behauptete zur Rechtfertigung der Invasion, die vier proindonesischen Organisationen Ost-Timors – UDT/MAC, APODETI, KOBA und Partido Trabalhista (die beiden letztgenannten Gruppierungen sind in Timor niemals in Erscheinung getreten!) – hätten tags zuvor Dili erobert, worauf die APODETI Indonesien per Telegramm um die Entsendung von Truppen gebeten habe, *„um bei der Aufrechterhaltung des Friedens Beistand zu leisten"* („Republica", 8.12.). Dies ergänzte der indonesische UNO-Delegierte mit der Feststellung, die Ereignisse in Timor seien ja schließlich nur *„das Ergebnis der verbrecherischen Vernachlässigung durch die portugiesischen Kolonialbehörden"*, um dann zynisch zu bemerken: *„Die Anwesenheit Indonesiens in Portugiesisch-Timor dient nur der Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Frieden"* („Republica", 9.12.).

Die portugiesische Regierung beantwortete die indonesische Invasion in Timor mit dem sofortigen
(„Republica", 9.12.).
Die portugiesische Regierung beantwortete die indonesische Invasion in Timor mit dem sofortigen
Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Indonesien und der Anrufung des Weltsicherheitsrates Das ist sogar eine überraschend scharfe Reaktion, wenn man berücksichtigt, daß sich Portugal im gesamten Verlauf des Entkolonialisierungsprozesses von Timor den indonesischen Vorstellungen höchst zugänglich gezeigt hatte – etwa bei der Anerkennung von UDT/MAC, APODETI und KOBA als gleichberechtigte Verhandlungspartner (was in der Praxis darauf hinausließ, daß die FRETILIN – als fest im Volk verankerte und das Territorium von Timor kontrollierende Befreiungsbewegung – als Vertretung einer Minderheit behandelt wurde) und der ausdrücklichen Zusicherung, die „legitimen Interessen" Indonesiens müßten gewahrt bleiben. Die Schärfe der portugiesischen Reaktion wird allerdings dadurch abgemildert, daß Portugal lediglich die Aufnahme von Verhandlungen mit den drei Organisationen fordert, d.h. letztlich gegen die Einverleibung der Demokratischen Republik Ost-Timor durch Indonesien nichts einzuwenden hat, sofern „die Formen gewahrt werden".

Die australische Regierung hatte zur Invasion nur anzumerken, sie werde *„die Konsultationen mit anderen Ländern der Region fortsetzen"*. Eine beispielhafte praktische Solidarität zeigten hingegen die australischen Hafenarbeiter, deren Gewerkschaft als Protest gegen die Invasion den Boykott indonesischer Schiffe beschloß.

FRETILIN: Der Kampf geht weiter

Bereits wenige Tage nach der Besetzung von Dili und der zweitgrößten Ortschaft Baucau betrieb Indonesien zielstrebig auch die formale Annexion Ost-Timors. So wurde schon bald in Oe-Cusse – einer zur Demokratischen Republik Ost-Timor gehörenden Exklave im Westteil der Insel – im Rahmen einer militärischen Zeremonie die indonesische Flagge gehißt. Für Ost-Timor selber haben inzwischen die proindonesischen Gruppierungen eine „Provisorische Regierung" gebildet, die ausdrücklich als Übergangsregierung bis zum endgültigen Anschluß an Indonesien bezeichnet wird („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.12.). Inzwischen weht über den Städten Ost-Timors die Staatsflagge der Eindringlinge. Von keiner Seite wird heute mehr verschwiegen oder bestritten, daß die Okkupation Ost-Timors durch das faschistische Indonesien die Form eines grauenhaften Blutbades an der Bevölkerung angenommen hat. Sogar die bürgerliche Berichterstattung spricht in diesem Zusammenhang von Völkermord!

Es ist kaum einzuschätzen, wie schwer die Verluste der FRETILIN beim indonesischen Überfall gewesen sind. Sicher ist zumindest, daß sich zahlreiche Kämpfer der Befreiungsbewegung in die Berge zurückgezogen und dort schon Waffen- und Lebensmitteldepots angelegt haben, um zum Guerillakampf überzugehen. Dieser Kampf wird sicher unter äußerst schwierigen Bedingungen geführt werden müssen, da die FRETILIN von jeglichem Nachschub abgeschnitten ist und die indonesische Armee noch aus der Mitte der 60er Jahre, als sie hunderttausende Kommunisten und Demokraten abschlachtete, über Erfahrungen im „Anti-Guerilla-Kampf" verfügt.

Nach letzten Meldungen aus der bürgerlichen Presse stoßen die indonesischen Invasionstruppen, die gegen Ende Dezember um weitere 25.000 Soldaten verstärkt wurden, jedoch inzwischen auf unerwartete Schwierigkeiten bei ihrem Versuch, die effektive Kontrolle über das Territorium der Demokratischen Republik Ost-Timor zu erlangen; sie kontrollieren derzeit nach widersprüchlichen Berichten zwischen
Territorium der Demokratischen Republik Ost-Timor zu erlangen; sie kontrollieren derzeit nach widersprüchlichen Berichten zwischen
10 % und zwei Drittel des Gebietes. Auch ist es den Invasoren bisher nicht gelungen, den Rundfunksender der FRETILIN – einen Sender von hoher Potenz, der noch in Australien abgehört werden kann, von wo aus das dortige Büro der Organisation seine Meldungen weiter verbreitet – zum Schweigen zu bringen. Und schließlich wird geschätzt, daß die von den portugiesischen Kolonialtruppen übernommenen Waffen- und Munitionsbestände der FRETILIN durchaus für einen Kampf von zwei Jahren Dauer ausreichen.

Zu den Möglichkeiten des Widerstands erklärte der Außenminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, Ramos Horta: *„Die Waffen, die den Kolonialisten zur Unterjochung des Volks von Timor dienten, werden nun für den Kampf gegen die Invasoren benutzt. Und das ist nicht das einzige ‚vorteilhafte' Erbe der kapitalistischen und kolonialistischen Ausbeutung – auch die Tatsache, daß die Portugiesen in unserem Land niemals Straßen gebaut haben, wirkt sich jetzt zu unseren Gunsten aus. Die Gebirgspfade sind für die indonesischen Panzerfahrzeuge nicht zugänglich, und auch unsere Fähigkeit zum Guerillakampf bringt uns jetzt zur Regenzeit Vorteile"* („O Jornal", 31.12.75).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Genosse Giap trifft mit Führern der POLISARIO zusammen

Während eines Besuchs in Algerien Anfang Januar traf Genosse G i a p, Verteidigungsminister der Demokratischen Republik Vietnam, mit den Führern der Befreiungsbewegung des Volks der Westsahara, POLISARIO, zusammen.

Ein gemeinsames Kommuniqué unterstreicht *„die feste Unterstützung des vietnamesischen Volkes und der Demokratischen Republik Vietnam für den nationalen Befreiungskampf und die Entkolonialisierung der Westsahara"*. *„Volk und Regierung der DRV treten den Manövern des spanischen Kolonialismus entgegen, der einen Neokolonialismus aufrechterhalten will"* und bekräftigen *„ihre Unterstützung für das Saharui-Volk in seinem Kampf für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung"*.

England:
Bürgerkriegs vorbereitungen der Bourgeoisie

„Wenn ein echter, ernsthafter Notstand entstehen würde, zum Beispiel als Ergebnis eines beträchtlichen Absinkens des Lebensstandards (!!), könnten alle, die aus einer Reihe verschiedener Ursachen protestieren, sich zusammenschließen und eine Situation schaffen, die von der Polizei nicht mehr bewältigt werden kann" (F. Kitson, Im Vorfeld des Krieges, S. 46).

Mit diesen Worten propagierte der englische Brigadegeneral Frank Kitson bereits 1971 die Aufstellung einer Bürgerkriegstruppe für die *„zweite Hälfte der siebziger Jahre"*.

Angesichts der sich verschärfenden Krise wird diese Aufgabe von der englischen Bourgeoisie verstärkt in Angriff genommen, bisher noch (!) weitgehend unter dem Vorwand, die IRA (P) zu bekämpfen.

* In Nordirland setzt die Armee seit Jahren ihre Sondereinheit „Special Air Services" (SAS) zu antirepublikanischen Provokationen und Anschlägen ein. Die SAS war als Untergrundeinheit zur Bekämpfung kolonialer Befreiungsbewegungen gegründet worden und kämpft heute außerdem noch in Oman.
* Nach den Bombenanschlägen von Birmingham im Herbst 1974 stellte die englische Polizei, die sonst noch unbewaffnet ist, die Scharfschützeneinheit D 11 auf, die im Dezember 75 bei einer Geiselnahme in London das erste Mal öffentlich auftrat.
* Am 2.12.75 führte die Armee eine erneute Bürgerkriegsübung mit Straßensperren und Autodurchsuchungen als *„Teil einer anhaltenden Sicherheits-Übung gegen terroristische Angriffe"* auf den Flughafen Heathrow durch („Guardian", 3.12.).
* Am 14.12.75 forderte der Direktor eines „Instituts für Konfliktforschung", Brian Crozier, den Ausbau der Einheit D 11 als paramilitärische Einheit, da man im Gegensatz zu Italien, Frankreich und Spanien (!) nicht auf bewaffnete Polizeieinheiten zurückgreifen könnte, die für Einsätze *„bei Ausschreitungen, breiten zivilen (!) Unruhen und Terrorismus"* ausgebildet sind („Guardian", 15.12.75). Für den Aufbau der Elitebrigaden empfahl er ausdrücklich, auf SAS-Truppen mit Erfahrungen in Nordirland zurückzugreifen. ●

Englandkommission,
Sektion Lübeck

England:
Faschist Ross Mc Whirter erschossen

Unter der Überschrift „Englischer Verleger erschossen" jammerte die „FAZ" am 29.11.75 über den Tod des Verlegers des „Guinness Buch der Rekorde" (gehört zum Guinness Bierkonzern).

Die Erschießung dieser Faschisten ist für Demokraten kein Anlaß zur Trauer. Über seine Aktivitäten vgl. AK 64, 65) brachte der „Guardian" am 29.11. eine kleine Übersicht:

– Seine Organisation „Self-Help" (=Selbsthilfe) setzte Anfang November eine Belohnung bis zu 265 000 DM für Informationen aus, die zur Verurteilung von Bombenterroristen in England führen.
– Er propagierte, daß Terroristen wegen Hochverrats statt wegen Mordes verurteilt werden sollen, da dafür die Todesstrafe möglich ist.
– Er trat für die Registrierung der in England lebenden Iren ein und propagierte Bürgerwehren.
– Eine von ihm gegründete Organisation richtete kürzlich eine Streikbrecherdruckerei für den Fall eines nationalen Zeitungsstreiks ein.
– Im Sommer hatte „Self-Help" eine Kampagne organisiert, um Pendler im Falle eines Eisenbahnerstreiks zur Arbeit zu bringen.

Mc Whirter – kein Einzelkämpfer

In der Hetzkampagne nach seinem Tod wurden die Verbindungen deutlich, in deren Zentrum McWhirter stand: Noch am selben Tag propagierte das u.a. vom Ölkonzern Shell finanzierte „Institute of Economic Affairs" (Eine Gesellschaft zur Propagierung des freien Unternehmertums) die Gründung der „Ross McWhirter Freiheitsstiftung". Diese soll mit über 500.000 DM ausgestattet werden und Preise an Persönlichkeiten verleihen, die die Eigenschaften McWhirters verkörpern. Zu den ersten Stiftern gehören u.a. Margaret Thatcher, Guinness-Direktor Lord Boyd und Konteradmiral Basil Place („Guardian", 29.11.)

Am 2.12. wurde die seit 6 Monaten von den McWhirter-Brüdern geplante „National Association for Freedom" (Freiheitsgesellschaft) der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu den Gründungsmitgliedern gehören außer McWhirters Zwillingsbruder Norris u.a. der reaktionäre Schriftsteller John Braine, Sir John Forster, Direktor von etwa 20 Unternehmen, Michael Ivens, Direktor der Kapitalistenpropagandatruppe „Aims of Industry" („Ziele der Industrie); Tory-Abgeordneter Nicholas Ridley, Anhänger des Rassisten Enoch Powell mit familiären Bindungen zum größten britischen Metallkonzern Guest, Keen & Nettlefolds; Sir Frank Taylor, Generaldirektor des Bauganten Taylor Woodrow, und Peregrine Worsthorne, reaktionärer Tory-Schreiberling beim „Sunday Telegraph". Vorsitzender dieser sauberen Gesellschaft wurde Lord De L'Isle, Direktor beim Versicherungskonzern Phoenix. Die Satzung fordert: Recht auf Eigentum, Freiheit von „erdrückenden" Steuern, Recht auf privatärtzliche Versorgung und Privatschulen, Recht auf Nichtmitgliedschaft in Gewerkschaften... Geplante Aktivitäten: Eine Meinungsumfrage nach den Ansichten der „Schweigenden Mehrheit", Maßnahmen gegen „extremistische Minderheiten", die z.B. „im Klassenzimmer Propaganda treiben" und ein „Freiheitstag", zu dem – Faschist Solschenizyn eingeladen werden soll. (G., 3.12.).

Übrigens hat der Vorsitzende der faschistischen „National Front", Kingsley Read, sich bereit erklärt, die Verwaltung des Fonds zur Belohnung für „Terroristen"informationen zu übernehmen (G., 29.11.) ●



Faschist Ross McWhirter:
Spinne im Netz faschistischer Umtriebe

England Kommission
Sektion Lübeck

England:
Verlängerung des

In der Hetzkampagne nach seinem Tod wurden die Verbindungen deutlich, in deren Zentrum McWhirter stand: Noch am selben Tag propagierte das u.a. vom Ölkonzern Shell



Faschist Ross McWhirter:
Spinne im Netz faschistischer Umtriebe

lohnung für „Terroristen"informationen zu übernehmen (G., 29.11.) ●

England Kommission
Sektion Lübeck

England:
Verlängerung des „Antiterrorgesetzes"

Unter dem Vorwand der „Bekämpfung irischer Terroristen" war Ende 74 ein Gesetz eingeführt worden, das neben der Einschränkung der Rechte der in England lebenden Iren als Kernstück der Polizei das Recht gab, jeden ohne Haftbefehl und Nennung konkreter Vorwürfe für 48 Stunden zu verhaften und – nach Billigung des Innenministers – weitere 5 Tage festzuhalten (vergl. AK 53 und 55). Als Vorwand genügt allein der *„Verdacht (!) terroristischer Aktivitäten."*

Das Ausmaß der Willkür: In den ersten 12 Monaten wurden 1.154 Menschen eingesperrt, von denen nur 51 später unter Anklage gestellt wurden („Morning Star", 28.11.)

Die Neuauflage dieses Gesetzes, das damals nur „probeweise" für maximal 12 Monate beschlossen wurde, soll nunmehr von der jeweiligen Regierung durch einfachen Beschluß alle 12 Monate verlängert werden können. Bei seiner ersten Lesung stimmten im Unterhaus ganze 16 Labourlinke dagegen („Morning Star", 28.11.)

Faschisten sprengen Protestversammlung

Eine Protestveranstaltung gegen das „Antiterrorgesetz", abgehalten vom linksliberalen „National Council for Civil Liberties", an der Universität Manchester wurde von der „National Front" (NF), bewaffnet mit Ziegelsteinen und Bierflaschen, überfallen, wobei 6 Menschen verletzt wurden („Guardian", 1.12.). Die NF besaß hinterher die Frechheit, die Versammlung als „pro-IRA-Veranstaltung" hinzustellen und die Bevölkerung zur Verteidigung ihrer 30 Anhänger aufzurufen, die nach dem Überfall von der Polizei festgenommen waren. ●

England-Kommission,
Sektion Lübeck

Island kündigt Abbruch der Beziehungen zu Großbritannien an

Als Reaktion auf die brutale Erpressungs- und Einschüchterungspolitik, mit der die britischen Imperialisten ihre „traditionellen Fangrechte" in isländischen Hoheitsgewässern durchsetzen wollen, hat die isländische Regierung am Dienstag, dem 13.1., den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien innerhalb der nächsten Tage angekündigt.

Unmittelbarer Anlaß für diesen Schritt war ein Vorfall am 9.1., bei dem 52 Seemeilen vor der Ostküste Islands die britische Fregatte „Laender" das isländische Schutzboot „Thor" rammte. Vorausgegangen war diesem Zwischenfall eine ganze Kette ähnlicher Vorfälle, bei denen britische Kriegsschiffe die isländischen Schutzboote daran zu hindern versuchten, britische Trawler aus der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone zu vertreiben.

Auch in der isländischen Bevölkerung selbst mehren sich in letzter Zeit Aktionen gegen die imperialistische Ausplünderung der Fischereigründe – des Landes einzigem natürlichen Reichtum.

Die letzte britische Provokation rief die bislang massivsten Protestaktionen der isländischen Bevölkerung hervor: Seit dem letzten Wochenende blockieren isländische Fischer mit Barrikaden die Zugänge zu zwei Radarstationen des wichtigen NATO-Stützpunktes Keflavik. Mit dieser Aktion soll über die NATO Druck auf den „Bündnispartner" Großbritannien ausgeübt werden. Inwieweit sich diese Proteste auch gegen die NATO selbst richten, läßt sich nach unseren Informationen nicht genau einschätzen. Es sei in diesem Zusammenhang jedoch an starke Anti-NATO-Tendenzen innerhalb der Bevölkerung erinnert, die besonders zur Zeit der „Volksfront-Regierung" (bis Mitte 1974) zum Ausdruck kamen. ●

13.1.76

KB/ Gruppe Bremerhaven

Verschärfte Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien

Schon für Mitte 1975 hatte die KPdSU-Führung die Einberufung einer Konferenz der europäischen „Kommunistischen" (revisionistischen) Parteien geplant, die ebenso wie die lateinamerikanische KP-Konferenz von 1974 der Vorbereitung einer „Kommunistischen Weltkonferenz" dienen sollte. Ungewöhnlich scharfe Auseinandersetzungen um das beabsichtigte Ergebnis dieser Konferenz haben ihr Zustandekommen jedoch hinausgezögert und zeitweise sogar unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Dabei geht es einerseits um die Politik der revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern: Um das Verhältnis zur Sozialdemokratie, zum bürgerlichen Parlamentarismus, um die Frage eines „Parteienpluralismus im Sozialismus" etc. Andererseits geht es um die Art der Beziehungen zwischen den „Bruderparteien", um die sowjetische Invasion in der CSSR 1968 und um innenpolitische Verhältnisse in der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern (Behandlung der „Opposition"; Solschenizyn, Sacharow etc.). Kein besonders umstrittenes Thema scheint (bisher) die „Verdammung" der KP Chinas zu sein, was bei vergleichbaren früheren Anlässen stets ein Hauptpunkt gewesen war. Die KPdSU hat diesen Punkt offenbar „zurückgestellt", bringt ihn aber im Zusammenhang mit der für später geplanten „Weltkonferenz" wieder in die Debatte.

Ursache dieser Spannungen ist keineswegs eine etwaige „Linkswendung" der KPdSU („Vorwärts" vom 21.8.75: „Der Kreml setzt wieder auf die Revolution"), sondern ein deutlicher Rechtsruck der bedeutendsten westeuropäischen revisionistischen Parteien.

Die „KP"s Italiens (PCI) und Spaniens (PCE) sowie Jugoslawiens und Rumäniens haben sich in den meisten Fragen zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengefunden. Dieser Block findet zunehmend auch Unterstützung durch die französische „KP" (PCF), die sich auf dem Weg einer Annäherung an die Positionen der PCI befindet. Weitere Parteien dürften zu diesem Spektrum gehören (z.B. die schwedische V.P.K. oder auch die KP Griechenland/„Inland").

Frontenbildung auf den Vorbereitungstreffen zur Konferenz

Bereits im Oktober 1974 hatten die Vertreter von 28 europäischen „KP"s in Warschau verabredet, die Konferenz für Mitte 1975 in Berlin/DDR einzuberufen. Sie sollte möglichst direkt nach der KSZE in Helsinki eine geschlossene Aussage des revisionistischen Lagers bringen, *„wie es im Kampf um Frieden und Fortschritt weitergehen soll"* (H. Axen, ZK-Sekretär der SED in „Horizont", 43/75). Die Konferenz sollte aber erst nach vorheriger Ausarbeitung eines Abschlußdokuments (womit die SED beauftragt wurde) und dessen Billigung durch die Parteien stattfinden. Beschlüsse sollten nur einstimmig gefaßt werden können.

Schon die auf der Konferenz zu behandelnden Themen sind umstritten: Die PCI und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens lehnen es z.B. strikt ab, das Treffen der Europäer als einleitende Initiative für eine Weltkonferenz der revisionistischen Parteien zu verstehen. Der BdKJ fordert, die Tagesordnung auf einen einzigen Punkt („Frieden und Sicherheit in Europa") zu begrenzen.

Zur Ausarbeitung der Konferenzdokumente fanden im Laufe des Jahres mehrere Treffen in Berlin statt, die nach den offiziellen SED-Verlautbarungen stets *„in einer Atmosphäre der brüderlichen Zusammenarbeit verliefen"*, oder wo *„ein wichtiger Schritt vorwärts"* getan wurde. „Gesprächiger" zeigte sich allerdings die „Opposition" gegen die KPdSU und SED in ihren Kommentaren: Rechtsaußen Carillo, spanischer „KP"-Chef, erklärte: *„Auf diesem Gipfel werden wir das Recht des Genossen Dubcek verteidigen, seine Ansichten in Prag frei zu verkünden"* (zitiert nach „Vorwärts", 21.8.75). Auch die „Unita", Zeitung der PCI, ließ es anläßlich des Jahrestags des sowjetischen Einmarsches in die CSSR wie schon in den Vorjahren nicht an Seitenhieben gegen die KPdSU fehlen.

Vor allem aber schloß sich die „Opposition" in der Forderung nach Ablehnung einer „Führungsrolle der KPdSU" zusammen.

Die PCI usw. wollen erreichen, daß eine gemeinsame „Generallinie" der revisionistischen Parteien abgelehnt und stattdessen ausdrücklich das „Recht" jeder Partei auf einen eigenen „nationalen Weg zum Kommunismus" festgehalten wird. In diesem Sinn lehnt die „Opposition" auch den sowjetischen Vorschlag eines „gemeinsamen Aktionsprogramms" als „Bevormundung" ab.

Ebensowenig ist es den Revisionisten möglich, zu einer Einigung in allgemeinen politisch-ideologischen Aussagen zu kommen, die irgendeinen Bezug zu den aktuellen Problemen der europäischen Arbeiterbewegung haben könnten. So werden die auf den Vorbereitungstreffen zur Konferenz vorliegenden und immer wieder überarbeiteten Dokumenten-Entwürfe von Mal zu Mal allgemeiner und inhaltsleerer, so daß es praktisch kaum möglich ist, auch nur „zwischen den Zeilen" politisch relevante Fragen herauszulesen.

Der rumänische Parteichef Ceausescu brachte diese Linie auf den Punkt: *„Diese Konferenz darf nicht die Annahme von bindenden Beschlüssen für die Parteien vorschlagen. Sie soll vielmehr einen freien Meinungsaustausch im Geist eines gegenseitigen Respekts und der Achtung erbringen"* (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung", 20./21.12.). Für „Respekt" reicht's noch, für politische Vereinheitlichung nicht mehr...

Wirbel um einen „Prawda"-Artikel

Die Auseinandersetzungen waren durch einen „Prawda"-Artikel Anfang August zugespitzt worden, der Chefredakteur von „Probleme des Friedens und des Sozialismus" (in Prag erscheinendes Organ der revisionistischen Parteien), Sarodow, verfaßt hatte. In diesem Artikel wur-

Forts. Seite 22

Verschärfte Widersprüche....

Forts. von S. 21

de unter Bezugnahme auf Lenin in allgemeiner Weise die Diktatur des Proletariats als *„unerläßliche Voraussetzung des Sieges einer demokratischen Revolution"* gefordert, um den *„Widerstand der Reaktion durch Gewalt"* zu brechen. Ohne konkret zu werden, wurden Positionen der „Mäßigung" und „Einschränkung revolutionärer Aktivität", die auf eine „Einheit um jeden Preis" (mit der Sozialdemokratie) aus wären, als opportunistisch und menschewistisch kritisiert.

Dieser Artikel – von der westlichen bürgerlichen Presse als mittlere Sensation hochgespielt – veranlaßte die PCI- und PCF-Führungen zu sofortigen Distanzierungen. PCF-Generalsekretär Marchais versicherte, die Politik seiner Partei werde „in allen Bereichen" in Paris und nicht in Moskau gemacht. Die „Unita" antwortete, in Italien könne „man" (die Bourgeoisie?) *„ohne die Beteiligung aller demokratischen Kräfte und ihrer Parteien* (einschließlich der Democrazia Christiana – Anm. AK) *nicht einmal regieren"* – geschweige denn, eine sozialistische Gesellschaft errichten („Welt", 11.8. und 12.8.; „Vorwärts", 21.8.).

PCI und PCF betonen zwar die „Genialität Lenins", weigern sich aber unter Berufung auf die „heutige Situation" und die „eigenen Erfahrungen", den Leninismus als Richtschnur ihrer Politik wenigstens verbal anzuerkennen. Man müsse „kühn" genug sein, um sich *„von Auffassungen, die den heutigen Erfahrungen und historischen Bedingungen nicht mehr angepaßt sind (zu befreien), um Wege zum Sozialismus einzuschlagen, die zum Teil noch nicht erkundet sind"* (Berlinguer, lt. „Frankfurter Allgemeiner Zeitung", 16.12.).

Aufsehenerregend sind keineswegs die „Prawda"-Artikel, die in der Form „historischer Aufsätze" über „marxistische Lehrmeinungen" abgefaßt sind, und aus denen sicher nicht auf etwaige Veränderungen der Politik der KPdSU geschlossen werden kann. Auch die indirekte Kritik an den allzu weit nach rechts abdriftenden PCI und PCF ist nicht neu. Bemerkenswert ist allerdings die prompte Reaktion der westeuropäischen „Partner" und die Offenheit, mit der sie antileninistische Positionen beziehen und verteidigen.

PCI und PCF für „Parteienpluralismus"

Nachdem sich Berlinguer (PCI) schon im Juli 1975 mit Carillo (PCE) getroffen hatte, fanden im Herbst Gespräche mit Marchais (PCF) statt, denen naturgemäß eine stärkere Bedeutung zukam (PCI und PCF sind mit 1,4 Mio. bzw. 400.000 Mitgliedern die stärksten revisionistischen Parteien in Westeuropa). Am 15.11. einigte man sich auf eine gemeinsame Erklärung, die von der bürgerlichen Presse übertrieben als „Aussöhnung" und „gemeinsames Strategiepapier der westeuropäischen Kommunisten" dargestellt wurde. Tatsächlich dokumentiert diese Erklärung allerdings einen Wandel der PCF, die bislang als „orthodox" bzw. „moskautreu" galt.

Beide Parteien betonen ihre politische Eigenständigkeit, stellen aber *„im Kampf in entwickelten kapitalistischen Ländern ... den gemeinsamen Charakter der wesentlichen Probleme"* fest, für die sie *„vergleichbare Lösungen"* finden wollen. Der Weg zum Sozialismus sei nur möglich als Weiterentwicklung der bürgerlichen Demokratie: *„Die französischen und die italienischen Kommunisten bekennen sich zur Pluralität der politischen Parteien, für das Existenz- und Betätigungsrecht von Oppositionsparteien, für die freie Entfaltung und den demokratischen Wechsel von Mehrheit und Minderheit"*. Dies sei der „Rahmen", in dem die arbeitenden Klassen die Staatsmacht übernehmen könnten. Beide Parteien *„haben das allgemeine Wahlrecht immer respektiert und werden es respektieren"* (– offenbar ein deutlicher Seitenhieb gegen den portugiesischen PCP-Chef Cunhal; Anm. AK).

Die verschiedenen sozialen und politischen Kräfte müßten einen „freien Zusammenschluß" gegen das Monopolkapital bilden. Kern dieser „breiten Allianzen" sollte das Bündnis mit den Sozialisten sein. Darüber hinaus gebe es *„wachsende Möglichkeiten"*, *„breite Teile der Katholiken"* einzubeziehen, die eine *„wichtige Rolle bei der Schaffung einer neuen Gesellschaft"* spielen sollten.

Diese Formel umfaßt sowohl die Politik des italienischen „historischen Kompromisses" als auch der französischen „Volksfront". D. h. daß die PCF ihre frühere Kritik am „historischen Kompromiß" der PCI einstellt, gleichzeitig aber an ihrer eigenen innenpolitischen Konzeption festhält. So versicherte ein PCF-Sprecher wenig später, es könne keinen „historischen Kompromiß" mit der giscardschen Regierungskoalition geben (dieser Punkt ist in der „Volksfront" umstritten; die Mitterand-Partei unternimmt Initiativen in dieser Richtung, wobei sie ihre revisionistischen Partner an das „Vorbild" der PCI mahnt).

Die Erklärung enthält ferner eine indirekte Bejahung der Europäischen Gemeinschaft, zu deren „Demokratisierung" PCI und PCF gemeinsame Initiativen im europäischen Parlament unternehmen wollen.

Zu dieser gemeinsamen Stellungnahme (Zitate sind der „Frankfurter Rundschau" vom 20.11. und „Le Monde", 19.11. entnommen) erklärte die PCI, sie sei ein „großer Schritt nach vorn", jedoch seien nicht alle Fragen geklärt. Das ist zweifellos richtig, denn die PCI geht in der Anerkennung der NATO und der EG noch erheblich weiter als die PCF. Das gilt auch für die Frage der in der PCI/PCF-Erklärung befürworteten „fortschreitenden Sozialisierung" der wichtigsten Produktionsmittel und des Handels. Denn in der vorangegangenen PCI/PCE-Erklärung war sogar von einer „sozialistischen Lösung" die Rede, die auf der *„Koexistenz verschiedener Formen der öffentlichen und privaten Unternehmen und Verwaltungen"* beruhen sollte („Le Monde", 19.11.). „Solidarischer" ist auch die Haltung der PCF zur portugisischen PCP, während sich die PCI in der Vergangenheit mehrmals offen an die Seite der PS des Mario Soares geschlagen hatte.

Was hinter dem „eigenen Weg zum Sozialismus" der westeuropäischen Revisionisten steht, ist nichts anderes als die Anerkennung und Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und damit der kapitalistischen Klassengesellschaft, die mit einigen Reformen aufpoliert werden soll. Es ist nur konsequent, daß in der PCF anläßlich des bevorstehenden 22. Parteikongresses eine Diskussion darum geführt wird, die Diktatur des Proletariats aus dem Parteiprogramm zu streichen. Nach Marchais *„entspricht das Wort ‚Diktatur' nicht mehr dem, was wir wollen. Es hat eine unerträgliche* (!) *Bedeutung, entgegen unseren Zielen, unseren Thesen ..."* („FAZ", 13.1.). Genau!

Mit dieser Politik unterwerfen sich PCI, PCE und PCF immer stärker den Interessen ihrer „eigenen" Kapitalisten (was an der Haltung zur NATO und EG besonders deutlich wird). Das ist auch die objektive Basis für die Verschärfung des Widerspruchs zu den RGW-Parteien. Denn z w e i Herren kann man schlecht gleichzeitig dienen.

Die PCF gibt denn auch den Forderungen der Bourgeoisie nach einer Distanzierung von der Sowjetunion nach. So verlangte die PCF kürzlich „energisch" eine Distanzierung der KPdSU von einem Fernsehfilm, der ein angebliches „sowjetisches Straflager" zeigte.

Letzlich spiegelt sich in den Auseinandersetzungen zwischen den revisionistischen Parteien der Widerspruch zwischen den westeuropäischen Imperialisten und den Großmachtinteressen der SU wider, über das Kommando in der revisionistischen Bewegung ihren internationalen Einfluß auszudehnen. Das E i n z i g e , was die Revisionisten wirklich zusammenhält, ist der „gegenseitige Respekt", d. h. die gegenseitige Beweihräucherung (worüber es noch n i e Streit gegeben hat), um ihren Betrug am Proletariat zu verdecken.

So präsentiert sich heute der „real existierende Sozialismus" der DKP, dessen Stärke ja bekanntlich wächst und wächst, und der für die DKP immer wieder herhalten muß, um die angebliche „Verbesserung des internationalen Kräfteverhältnisses" und die „günstigen Bedingungen für die Kräfte des Friedens und des Fortschritts" zu belegen, die der völlig bedeutungslosen DKP ja niemand ernsthaft abkaufen würde. Zwar ist die DKP krampfhaft bemüht, einer Stellungnahme um Gottes willen auszuweichen und die Widersprüche zu verkleistern. Aber das „sozialistische Lager", das die DKP immer als Alibi für die eigene Schwäche ins Feld führt, zerbröckelt allzu offensichtlich. So kommt die DKP früher oder später in die peinliche Situation, sich eine neue Variante einfallen zu lassen, um ihr Schattendasein mit etwas betrügerischem Glanz zu umgeben. •

Jugoslawien:
Jagd auf „Neo-Stalinisten"

In Jugoslawien läuft seit mehreren Monaten eine großangelege Verfolgungs- und Hetzkampagne gegen Gruppen sogenannter „Neo-Stalinisten", auch „Kominformisten" genannt. Als „Kominformisten" waren Ende der 40-er Jahre diejenigen politischen Kräfte verfolgt worden, die gegen den damaligen Bruch mit der Sowjetunion und gegen den revisionistischen Kurs der Tito-Gruppe auftraten (die „Kominform" hatte nach der Auflösung der Komintern Anfang der 40-er Jahre teilweise deren koordinierende Funktionen übernommen).

Damals wurden Tausende von jugoslawischen Kommunisten als „Kominformisten" verhaftet, auf KZ-Inseln verschleppt, eingekerkert, zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt, politisch entrechtet. Allein in der Zeit von 1948 bis 1952 wurden über 200.000 Parteimitglieder ausgeschlossen.

So wurde mit Terror und politischem Druck von der Tito-Gruppe jener „demokratische (??) Sozialismus" durchgesetzt, den die Jusos etc. so sehr bewundern.

Seit etwa 1974 hat in Jugoslawien eine neue Jagd auf angebliche „Kominformisten" und „Neo-Stalinisten" begonnen:

- 1974 standen in Montenegro 30 bis 40 „Kominformisten" vor Gericht. Alles, was ihnen vorgeworfen wurde, war die Gründung einer neuen „Kommunistischen Partei"! Dafür bekamen sie Strafen bis zu 14 Jahren!!
- Im Juli 1975 wurden sieben „Kominformisten" in der bosnischen Stadt Tuzla abgeurteilt. Es gab Haftstrafen bis zu neun Jahren!
- Jugoslawiens Bundesanwalt gab im Dezember '75 bekannt, daß von Januar bis September '75 gegen 31 „Kominformisten" Gerichtsverfahren „wegen ihrer feindlichen Tätigkeit" eingeleitet worden seien. Neun aus der Wojvodina, sieben aus Bosnien (ob das die in Tuzla Abgeurteilten sind, ist unklar), sechs aus Serbien, je drei aus Zagreb, Split und Skopje.
- Aus Kroatien wurde im November bekannt, daß dort sieben



Tito: Privat wie politisch – immer auf der Jagd ...

„kominformistische Verschörer" in Untersuchungshaft sitzen.
- Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28.11.75 sitzt in Belgrad Vladimir Dapcevic in Untersuchungshaft. Als „Kominformist" verfolgt, versuchte er 1948, aus Jugoslawien zu fliehen, wurde gefaßt und zu 20 Jahren (!) Zwangsarbeit verurteilt, 1956 freigelassen, nochmals verhaftet, konnte dann nach Albanien fliehen und hat seither offenbar in verschiedenen Ländern gelebt, bevor er jetzt „illegal" wieder nach Jugoslawien einreisen wollte und festgenommen wurde. Dapcevic soll erklärt haben: **„Ich betrachte die Politik der sowjetischen Parteiführung als ebenso konterrevolutionär und revisionistisch wie die der Tito-Clique"** (lt. „FAZ").

Die Tito-Gruppe will die „Kominformisten" als „Agenten einer fremden Macht" hinstellen, die Jugoslawien in enge Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen sollen. *„Entschlossene Taten gegen den inneren Feind"* seien notwendig, drohte Tito. *„Die Verräter und Feinde zu überführen, erklärte Tito, sei nicht allein die Aufgabe der Polizei-Organe, sondern die Pflicht jedes Arbeiters und jedes Bürgers"* („FAZ", 11.11.75). Eine Progrom-Stimmung soll offenbar gegen die „Kominformisten" geschürt werden, ein Klima der Hexenjagd und Denunziation.

Die gesamte imperialistische Presse, die ansonsten Krokodilstränen über jedes Löchlein im Pantoffel des sowjetischen „Regimekritikers" Sacharow vergießt, ist sich angesichts der „Kominformisten"-Verfolgung in Jugoslawien darüber einig, daß diesen „ganz recht" geschieht, da sie „die Fünfte Kolonne Moskaus" seien. Hiermit stimmen die Vaterlandsverteidiger von „KPD/ML" und „KPD" 100%ig überein. Auch für sie sind die „Kominformisten" bloß „Agenten des russischen Sozialimperialismus", die zu Recht verfolgt und brutal unterdrückt werden. Der KBW, der erst unlängst in der „KVZ" sich anhand von „Informationen" der „Bild"-Zeitung über die Behandlung sowjetischer „Regime"-Kritiker ausweinte, s c h w e i g t einfach zur „Kominformisten"-Verfolgung in Jugoslawien.

Inzwischen hat sich sogar die Sowjetunion von den „Reformisten" distanziert, indem die „Prawda" schrieb, es handle sich um **„Sektierer und Dogmatiker, die niemanden repräsentieren, als sich selbst"** (lt. „Frankfurter Rundschau", 22.12.75).

Wegen der totalen Repression und der phrasenhaften Allgemeinheit aller Anschuldigungen ist es bisher gänzlich unmöglich, sich über die politischen Vorstellungen, über Programm und Praxis der sogenannten „Kominformisten" auch nur annäherungsweise ein Bild zu machen. Es ist nicht einmal klar, ob es sich wirklich um eine einheitliche Strömung, gar um koordinierte Gruppen, handelt, oder bloß um einen Sammelbegriff, der zur Diffamierung der Betreffenden dienen soll.

Zweifellos ist aber das Bestehen solcher Gruppen unter den Bedingungen schärfster Repression Ausdruck und Teil der sich in Jugoslawien formierenden Opposition gegen die Tito-Gruppe und die von ihr repräsentierte „neue Bourgeoisie"! •

In der DDR mißhandelt?
Der „zweitgrößte Schnacker von Lüneburg" ...

Im Juli 1975 vergoß der bürgerliche Lumpenjournalismus Krokodilstränen:

Der Lüneburger Klaus Lange war – nach eigener Erzählung – beim harmlosen Paddeln auf der Elbe in Bedrängnis geraten und schließlich gezwungen gewesen, sich auf die DDR-Seite der Elbe zu retten. Dort nun wurde Lange angeblich von DDR-Grenzsoldaten festgenommen, woran sich eine 16-tägige Untersuchungshaft anschloß, die nach Langes schillernder Darstellung das „nackte Grauen" gewesen sein muß.

Beispielsweise wurde Lange angeblich, als er im Schweriner Gefängnis einmal nicht „strammstehen" wollte, von einem Aufseher mit dem Kopf gegen einen Heizkörper geschlagen und *„alles sei voller Blut gewesen"* („FR", 6.1.76).

Nachdem diese Geschichte zu einer wilden Hetzkampagne ausgeschlachtet worden war, nachdem der CDU-Reaktionär Olaf von Wrangel gar eine Sondersitzung des „Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen" gefordert hatte, nachdem der örtliche SPD-Funktionär Helmuth Möhring einen „ . . . *härtesten Protest bei der DDR wegen unmenschlicher Behandlung*" starten wollte, wurde j e t z t , mehr als ein halbes Jahr später, bekannt, daß es sich um frei erfundene Aufschneidereien gehandelt hatte.

Der erst j e t z t der Presse zugänglich gemachte „abschließende Bericht" der Bundesregierung kommt – wohl schweren Herzens – zu dem Ergebnis, daß der Herr Lange offenbar der „zweitgrößte Schnacker des Regierungsbezirks Lüneburg" sein muß. Der im Bericht der Bundesregierung verarbeitete Befund einer amtsärztlichen Untersuchung, die die Lüneburger Kripo s o f o r t nach Langes Rückkehr vorgenommen hatte (!), stellt wörtlich fest: **„Spuren von Mißhandlungen sind objektiv nicht nachweisbar"** („FR", 6.1.76). Lange ist damals – so wird inzwischen angenommen – vielmehr im besoffenen Zustand aufgrund einer Wette auf das Gebiet der DDR gefahren und dort solange spazierengegangen, bis er geschnappt wurde. Die relativ lange Untersuchungshaft erklärt sich daraus, daß Lange – nur mit einer Badehose bekleidet – keinerlei Papiere bei sich hatte und die DDR-Behörden sich offenbar nicht erklären konnten, wie er auf das Territorium der DDR gekommen war, da Langes Sohn Ralf das benutzte Boot heimlich wieder abgeholt hatte . . .

Wenn auch diese ganze Sache schon etwas Belustigendes an sich hat, so sollten wir nicht vergessen, daß sie vor einem halben Jahr wie ein Schuß Öl den antikommunistischen Dauerbrand der Lügenpresse aufflakkern ließ und daß inzwischen in zunehmend schärferem Ton tagein, tagaus mit derartigen „Fällen" operiert wird. Und wenn's bloß eine „schüchterne" Jungkuh ist, die auf der Flucht vor einem Bullen durch die Elbe in die DDR rüberschwimmt! ... •

RGW-Kommission,
KB-Gruppe Hamburg

Ungarn
Die Preise klettern

Ungarns Revisionisten sind zum Beginn der neuen 5-Jahr-Plan-Periode dabei, mittels einer Reihe von „einschneidenden Veränderungen" die Lage der Werktätigen zu verschlechtern.

Zum 1.1.76 bzw. schon zum 1.12.75 wurden sowohl die Produktionspreise (etwa dem Großhandelspreis in der BRD vergleichbar), als auch die direkten Verbraucherpreise teilweise drastisch erhöht:

- Baumaterialien und Holz um 25-40%;
- Möbel um 3,4%;
- Papier um 11%;
- Kunstdünger, Pflanzenschutz um 24%;
- Kleinmaschinen um 15%;
- Gütertarife um 16%, Personentarife und Postgebühren stiegen ebenfalls – allerdings nicht näher angegeben;
- Schon am 1.12.75 wurde der Zuckerpreis um 50% (!) erhöht.

Die ungarischen Revisionisten haben ferner bereits beschlossen, mit Wirkung zum 1.7.76 die Preise für Grundnahrungsmittel massiv anzuheben, u.a. die Preise für Fleisch und Fleischwaren, Fisch und Geflügel um 33-35% (nach „Handelsblatt", 6.1.76; „Vorwärts", 8.1.76 und „BfA/NfA", 6.1.76).

Diese Erhöhungen stellen selbst die schon in der neuen 5-Jahrplanung zugegebenen j ä h r l i c h e n Steigerungen von 4-5% in den Schatten und das gleich im ersten Jahr!

Dieser Offensive der ungarischen Revisionisten ging eine relativ hohe Verschuldung des Landes voraus. Bei einem Gesamtvolumen (Export und Import zusammen) von umgerechnet 10-12 Mrd. Dollar erreicht die Verschuldung gegenüber den kapitalistischen Ländern eine Höhe von 2 Mrd. Dollar („FAZ", 27.12.75). Als Konsequenz aus solcher Entwicklung besann man sich nicht etwa auf die vielgepriesene „Integration der sozialistischen Bruderländer"; stattdessen versuchen die Revisionisten vielmehr eine Exportoffensive Richtung Westen einzuleiten, wobei Einfuhrsperren oder Begrenzungen völlig vermieden werden sollen. Die Industrie soll demnach noch stärker auf den Export orientiert werden, was mit Krediten der Nationalbank in Höhe von 5,5 Mrd. DM an die in „Eigenverantwortung" wirtschaftenden Betriebe finanziert wird.

Alle diese Maßnahmen werden im Zusammenhang mit dem anvisierten Abbau der staatlichen Preissubventionen erneut auf die Preise drücken. •

RGW-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Aufmarsch des US-Imperialismus in Micronesien

Seit 1971 wird die Inselkette Micronesien im Pazifik vom US-Imperialismus systematisch zu einem riesigen Militärstützpunkt ausgebaut.
Micronesien umschließt ein Land- und Seegebiet größer als der US-Kontinent. Micronesien besteht aus 2.300 Einzelinseln, von denen 100 bewohnt sind, mit einer Gesamtbevölkerung von 220.000 Menschen.
Mit der Beherrschung dieses Inselbogens, hat sich der US-Imperialismus ein nahezu unverwundbares Stützpunktsystem geschaffen, von dem aus sämtliche militärischen Operationen im dichtbesiedelten Teil der Welt gestartet und geleitet werden können.
Unter Aufsicht der UN errichtete die US-Regierung 1947 auf den Inseln eine sogenannte „strategische Treuhänderschaft", die es erlaubte, Micronesien zu einer Festung auszubauen. Zwischen 1946 und 1958 zündeten die USA offiziell 96 Atombomben auf den Bikini- und Eniwetok-Inseln. Die Inseln sind bis heute

noch so radioaktiv, daß jedes menschliche Leben unmöglich ist. 1954 fand

noch so radioaktiv, daß jedes menschliche Leben unmöglich ist. 1954 fand der erste Test einer trasportablen Wasserstoff-Bombe statt. Er hinterließ tödliche Radioaktivität in bewohnten Gebieten und schädigte 289 Micronesen.

Die Kwajalein-Insel, das größte Atoll der Welt, ist ein geheimes Raketen-Testzentrum für ABM- und MIRV-Raketen. Seit 1969 verhandelt der Kongreß von Micronesien mit der US-Regierung um die Selbstbestimmung. Die Inselbewohner könnten sich durchaus selbst versorgen. Die Inseln sind von den besten Fischgründen der Welt umgeben, der Tourismus wächst beständig.

Demgegenüber steht die US-Politik, die eine ständige Abhängigkeit Micronesiens von den USA schaffen will. Im August 1972 stimmte der Micronesische Kongreß für Unabhängigkeitsverhandlungen, die aber von den USA verweigert wurden. Diese waren lediglich bereit, einer *„freien Assoziierung"* zuzustimmen – die die Kontrolle der USA über das Inselreich weiter garantieren würde. Die Verhandlungen wurden daraufhin ohne Ergebnis abgebrochen.

Heute arbeitet jedoch die Hälfte der werktätigen Bevölkerung bereits für die US-Regierung und 94 % (!) des Budgets kommt von den USA!

Micronesien – das heimliche Imperium des Pentagon

Schon lange vor der endgültigen Befreiung Indochinas hatten Pentagon-Strategen Pläne für einen weiteren Ausbau der militärischen Stützpunkte in Micronesien entwickelt. Zentrum sollte neben Guam die Insel Tinian werden. Sie gehört zur Marianas-Inselkette. Guam war bislang die einzige Basis im Pazifik unter direkter politischer Kontrolle der US-Regierung.

Diese völlige militärische Freiheit ist in anderen asiatischen Ländern nicht in diesem Ausmaß gegeben. So

haben Arbeiter der Basis in Okinawa/Japan verhindert, daß B-52 Bomber

haben Arbeiter der Basis in Okinawa/Japan verhindert, daß B-52 Bomber starteten. Es gibt ein generelles Lagerungsverbot für Atomwaffen in Japan. Auch wenn diese Bestimmungen verletzt werden, ist die Bewegungsfreiheit der US-Imperialisten hier doch eingeschränkt.

Die Philippinen haben dem US-Militär nie gestattet, direkt von der Clark-Air-Base Bombenflüge gegen Indochina zu starten.

Gerade im Rahmen der US-Militärstrategie in Asien bleiben die micronesischen Inseln die bedeutsamste Festung für den US-Imperialismus in Asien. Entsprechend wurde Guam sein atomares Hauptquartier im pazifischen Raum:

– Hier ist der einzige Polaris/Poseidon-U-Boot Stützpunkt im Westpazifik. Es gibt vier Atomwaffendepots auf der Insel. Hier lagern taktische Atomwaffen, Raketen, MIRV-Gefechtsköpfe für die Poseidon-U-Boote und strategische Waffen für die B-52 Bomber.

– Weiter liegt auf Guam die „Communications Area Master Station", der Hauptstützpunkt für alle militärischen Nachrichten für Japan, Süd-Korea, Philippinen, Indonesien, Australien und Neuseeland.

– Hier befindet sich das Zentrum für das geheime Unterwasserortungssystem und für „Tacamo" (ein speziell ausgerüstetes Flugzeug, daß eine 6,5 Meilen lange Antenne ausspannen kann und so Verbindung zu getauchten Atom-U-Booten aufnehmen kann).

– Guam ist letztlich der größte Hafen für die US-Marine.

Übernahme der Marianas-Inseln

Auf den Marianas-Inseln (Zentrum: die Insel Tinian) soll jetzt ein neues militärisches Stützpunktsystem aufgebaut werden. Nach dem Plan des Pentagon soll eine Annektion der Marianas den Weg für den Bau einer riesigen Basis auf Tinian ebnen.

Wie die anderen 2.000 Inseln Micronesiens sind die Marianas nun schon seit 30 Jahren unter US-Kontrolle. Während fünf der sechs Bezirke Micronesiens jetzt auf staatliche Souveränität und nationale Unabhängigkeit drängen, befürworten alleine die Marianas eine Bindung an die USA. Über einen sogenannten „Commonwealth der Nord-Marianas-Inseln" spaltete der US-Imperialismus am 2. Juli 1975 die Marianas quasi von Micronesien ab. Den herrschenden Kreisen der Marianas wurde eine pseudo-selbständige Verwaltung zugestanden. Schon vor Vertragsunterzeichnung hatte die US-Regierung mit einer sorgfältigen Kampagne begonnen, die zum Ziel die Abspaltung der Marianas hatte. Die Führer der Geschäftswelt wurden an Wirtschaftsunternehmen beteiligt, die Marianas bekamen zusätzliche Geldmittel. All dies hat zu einem Abstimmungsergebnis zugunsten der Abspaltung geführt.

Die Pläne des Pentagon zielen darauf ab, zwei Drittel der Insel (Tinian) in ein kombiniertes Flugfeld, Versorgungsdepot und amphibische Marine-

auf ab, zwei Drittel der Insel (Tinian) in ein kombiniertes Flugfeld, Versorgungsdepot und amphibische Marinetrainingsbasis zu verwandeln. Seit der Planung im Mai 1973 hat sich die Zahl der dort stationierten US-Truppen auf 13.000 Mann verdreifacht.

Die neuen micronesischen Basen werden in einer Kette mit Basen in Japan, Philippinen, Australien und Diego Garcia einen strategischen Ring um Asien bilden, der besetzt ist mit ausgeklügelten, hochmodernen Waffensystemen. Über diese Stützpunkte ist der US-Imperialismus in der Lage, in jedem Land dieser Region kurzfristig zu intervenieren. Die Inseln, fest in der Hand der US-Imperialisten, sind eine militärische Kernposition, die es ihm ermöglicht, wieder offen gegen die Völker Südostasiens vorzugehen.

(Alle Fakten aus dem Artikel der Zeitung „AMPO": „Securing Micronesia for the Pentagon") ●

KB/Gruppe Lüneburg

US-Imperialismus: Größter Kriegswaffenexporteur

Auch im vergangenen Jahr haben die USA ihre führende Rolle als Kriegswaffenexporteur bestätigt. Die Waffenverkäufe der USA ins Ausland haben sich von 1973 (3,87 Mrd. Dollar) auf 1974 mehr als verdoppelt (8,236 Mrd. Dollar). Damit ist das achtfache Volumen des Durchschnitts der sechziger Jahre erreicht. (Im Zeitraum von 1963 bis 1974 exportierten die USA konventionelle Waffen im Gesamtwert von 30 Mrd. Dollar in alle Teile der Welt, („Blick durch die Wirtschaft", 11.4.75).

Für 1975 konnte erneut ein Anstieg der Exportzahlen erzielt werden: Nach Angaben der antimilitaristischen Zeitung „ami" (11/75) wurden im letzten Jahr für 9,1 Mrd. Dollar US-Waffen geliefert.

„Die US-Rüstungsindustrie kann einen wahren Exportboom verzeichnen, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellt" (aus „Wehrtechnik", zitiert ebenda).



US-Kampfflugzeuge in Saudi-Arabien. Links ein amerikanischer Ausbilder.

Die internationale Nachfrage nach amerikanischen Waffen ist inzwischen so groß geworden, daß selbst

Die internationale Nachfrage nach amerikanischen Waffen ist inzwischen so groß geworden, daß selbst die US-Armee über Verzögerungen bei ihren eigenen Bestellungen klagt („Spiegel", 10.3.75).

Den US-Rüstungsmonopolen winken mit dieser Exportschwemme auch für die Zukunft goldene Zeiten: *„Im amerikanischen Verteidigungsministerium wird angenommen, daß der Exportaufschwung der Rüstungsindustrie noch mindestens einige Jahre anhalten wird"* („ami").

Interessant ist die Liste der wichtigsten Auftragsgeberländer. Von insgesamt 84 (!) belieferten Staaten (es gibt auf der Welt heute rund 140 unabhängige Staaten!) waren die zwölf wichtigsten Auftraggeber 1974: Iran (3,79 Mrd. Dollar), Israel (2,11 Mrd.), Saudi-Arabien (587 Mio.), Griechenland (434 Mio.), BRD (218 Mio.), Spanien (147 Mio.), Kanada (93 Mio.), Taiwan (88 Mio.), Südkorea (81 Mio.), Chile (68 Mio.), England (45 Mio.), Frankreich (21 Mio.) – zu einem großen Teil also Staaten, die in ihren Ländern eine brutale faschistische Diktatur gegen die Bevölkerung errichtet haben (Zahlen nach „ami", 11/75).

In jüngster Zeit versuchten die US-Monopole auch, Rumänien und Jugoslawien Waffen zu einem „politischen Preis" anzubieten.

Damit soll die – vor allem im jugoslawischen Fall bereits weit fortgeschrittene – Entfernung dieser Länder aus dem Block der RGW-Länder weiter gefördert werden. Die Imperialisten erhoffen sich davon, die bereits auf wirtschaftlichem Gebiet bestehende Abhängigkeit auch auf den militär-technischen Sektor ausdehnen zu können und diese Staaten damit mehr und mehr ihrem Einflußbereich unterwerfen zu können.

Um ihre technisch hochentwickelten Waffen in den Staaten der „Dritten Welt" absetzen zu können, übernehmen die USA auch immer stärker die sogenannte „Ausbildungshilfe" durch militärische „Berater". Dabei verlagert sich dieser personel-

ker die sogenannte „Ausbildungshilfe" durch militärische „Berater". Dabei verlagert sich dieser personelle Teil der US-„Militärhilfe" zunehmend von der offiziellen Hilfe durch den Staat (Kriegsministerium), *„die natürlich in höherem Maße parlamentarischer Kontrolle unterliegt"* auf Privatfirmen. Diese *„privaten Teams von Industriefirmen, für die das Pentagon die nötigen Fachleute lediglich vermittelt, allerdings indirekt zugleich als Kontrollorgan fungiert"* wurden in den letzten Jahren immer zahlreicher. Offiziell gibt es mittlerweile 132 solcher Firmen, deren 9.500 Angestellte, zumeist ehemalige Angehörige der US-Armee, in 35 Staaten aktiv sind (nach „Wehrtechnik", 7/75).

Spektakulärster Fall war bisher die Anwerbung einer tausend Mann starken Söldnertruppe in den USA durch die Vineel-Corporation für Saudi-Arabien („SZ", 13.2.75).

Wirtschaftskommission
KB-Gruppe Hamburg

US-Geheimdienst nach den „Untersuchungen"

Alles klar, alles bleibt wie es war!

Anfang Januar enthüllten amerikanische Zeitungen am Beispiel Italiens, welche Auswirkungen die Kongreß-„Untersuchungen" über die Verbrechen der CIA auf die heutigen Praktiken des Geheimdienstes haben: nämlich keine.

Just in dem Augenblick, in dem die Sozialistische Partei (PSI) der „Mitte-Links"-Koalition unter Führung der DC (Christdemokraten) die Mitarbeit aufkündigte und damit eine neue Regierungskrise auslöste, platzte die Bombe: die „New York Times" berichtete, daß die CIA *„seit Anfang Dezember 1975 mindestens 6 Mio. Dollar* (rund 15 Mio. Mark – Anm. AK) *an einzelne Politiker der bürgerlichen Parteien in Italien gezahlt* (hat), *um ihnen bei der Vermeidung weiterer kommunistischer Wahlerfolge zu helfen"*. („FAZ", 8.1.76)

Die Zahlungen gingen an Politiker der DC, der PSI und der Sozialdemokratischen Partei. Neu sind derartige Geldzuwendungen an die bürgerlichen Parteien in Italien nicht: Bereits gleich nach Kriegsende bis mindestens 1967 erhielten sie größere Summen aus den USA überwiesen, um antikommunistische Kampagnen – vor allem gegen die PCI – zu finanzieren. *„Sie waren Teil klar ausgesprochener amerikanischer Politik im Rahmen des atlantischen Bündnisses"* („FAZ"). Erst vor kurzem wurde bekannt, daß auch US-Ölkonzerne wie Mobil Oil und Exxon an erheblichen Geld„spenden" beteiligt waren.

Die neueste CIA-Affäre wurde durch einen Bericht des CIA-Chefs Colby vor dem „Überwachungs"ausschuß des Repräsentantenhauses bekannt. Kissinger und Colby vertraten dort die Auffassung, es müßte alles getan werden, um eine Regierungsbeteiligung der PCI zu verhindern. Andernfalls würde ein *„Domino-Effekt"* eintreten, *„der sich auf Frankreich und die Bundesrepublik auswirken könne"* („FAZ"). Mit dieser „Domino-Theorie" wurde bekanntlich auch die massive Intervention des US-Imperialismus in Indochina gerechtfertigt.

Die jetzt bekanntgewordenen Aktivitäten der CIA in Italien richten sich nach demselben Muster, das der frühere CIA-Boß Dulles zu Anfang der fünfziger Jahre so beschrieb: *„Wo Beweise dafür auftauchen, daß ein Land ins Gleiten (? !) gerät und eine kommunistische Machtübernahme droht . . . können wir nicht auf eine schriftliche Einladung warten, wir müssen kommen und Hilfe bringen"* (Marchetti/Marks, CIA, S. 59).

Bezeichnenderweise wurde von dem „Überwachungs"ausschuß lediglich die Wirksamkeit der eingesetzten Gelder bezweifelt. Wohl nicht zu Unrecht empfahl der Vorsitzende Hays dem CIA-Chef Colby, er solle sich *„ ‚seinen Kopf untersuchen lassen', falls er glaube, daß auch nur ein Dollar der Zuwendungen an italienische Politiker der bürgerlichen Parteien den Weg in deren Parteikasse finde. Bisher seien solche Mittel meist auf geheimen Privatkonten verschwunden"* („FAZ"). ●

Metallkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

100.000 US-Söldner in aller Welt

Schätzungsweise 100.000 Amerikaner sollen nach der in der USA erscheinenden Zeitung „Evening Tribune" in den USA und in aller Welt als „Söldner" ihr blutbeflecktes Geld verdienen.

Sie werden von Kapitalisten als Werkschutz angeheuert oder treiben sich in aller Welt im Auftrage von Regierungen oder reaktionären Bewegungen herum. Überall dort, wo das Volk eines unterdrückten Landes gegen Unterdrücker kämpft, findet man sie als brutale und skrupellose Killer auf der Seite der Reaktion.

In der Nähe von San Diego/USA in ehemaligen Camps der US-Army werden sie für ihren Einsatz im Ausland getrimmt. Dies ist ein Beweis dafür, daß diese Killertruppen von der US-Regierung gefördert werden.

Ein „Söldner-Vermittler" konnte der „Evening Post" erfreut berichten: *„Die meisten unserer Söldnerverträge wurden bislang im Untergrund geschlossen. Seit kurzem haben wir jedoch auch mit der öffentlichen Werbung begonnen"* („FAZ", 29.12.75).

Die US-Imperialisten wollen offensichtlich in der Zukunft mehr auf derartige „private" Killertruppen zurückgreifen, um die fortschrittlichen Bewegungen in der Welt zu bekämpfen. Denn nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes läßt sich ein Einsatz regulärer Truppen in den USA schwerer verkaufen. Das der amerikanische Kongreß die Waffenhilfe für die antikommunistischen Organisationen in Angola verweigerte, ist ein deutlicher Beleg dafür.

Diese privaten Killertruppen haben dagegen den Vorteil, daß man sich in der Öffentlichkeit von deren Aktivitäten leichter distanzieren kann und die direkte Verbindung mit den Verantwortlichen nicht so leicht zu erkennen ist. ●

Wirtschaftskommission
KB/ Gruppe Hamburg

Frankreichs Drucker: Offensiver Kampf gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen!

Offiziellen Statistiken zufolge gibt es heute in Frankreich genau 1.460-340 Arbeitslose. Eine von der kapitalistischen Krise am meisten betroffene Branche ist die Druckbranche. Innerhalb von nur fünf Jahren wurden dort 10.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, allein im vergangenen Jahr wurden 3.000 Druckarbeiter vor die Tür gesetzt. Und dabei soll es noch nicht einmal bleiben. Der Umstrukturierungsplan der französischen Regierung sieht bis 1980 die Streichung von weiteren 15.000 Arbeitsplätzen in der Druckindustrie vor!

Allerdings stoßen die Druckkapitalisten auf besonders gut organisierte Kollegen.

Insgesamt werden heute in Frankreich 15 Druckbetriebe von den Arbeitern besetzt gehalten, darunter:

- **Le Parisien Libéré, Paris**
  600 Kollegen
- **Caron-Ozanne, Caen**
  150 Kollegen,
- **Chafour, Vitry**
  236 Kollegen,
- **Hélio-Cachan, Chilly-Mazarin**
  40 Kollegen,
- **Imro, Rouen**
  125 Kollegen ...

Überwiegend handelt es sich um Kämpfe, die bereits mehrere Monate andauern. So befinden sich die Kollegen vom „Parisien Libéré" bereits im elften Monat der Besetzung, die Kollegen von „Caron-Ozanne' im neunten Monat, und die Kollegen von „IMRO" im vierten Monat.

Kennzeichnend für diese Kämpfe ist ihr offensiver Charakter und die intensive Bemühung, Initiativen zu entwickeln, die eine größtmögliche Öffentlichkeit und Solidarität garantieren.

Die Aktionen der Kollegen vom „Parisien Libéré"

Beim „Parisien Libéré" griffen die Kollegen zu Kampfmaßnahmen, als bekannt wurde, daß der faschistische Besitzer der Zeitung (Amaury) auf der einen Seite in der Pariser Druckerei Personal entlassen wollte, auf der anderen Seite in der Provinz (aufgrund der niedrigeren Löhne) zwei voll durchrationalisierte Kleinbetriebe eröffnen wollte. Die Belegschaft dafür wurde mithilfe der Komplizenschaft der gelben, sozialdemokratischen Gewerkschaft „Force ouvrière" (FO) angeheuert. Zunächst organisierten die Druckarbeiter „Rodeo-Fahrten" in ganz Frankreich. Das heißt: die „Parisien-Libéré"-Ausgaben wurden beschlagnahmt. Im Juli, während des jährlich stattfindenden Radrennens „Tour de France", waren die Kollegen vom „Parisien Libéré" bei jeder Etappe dabei, und organisierten Demonstrationen, Veranstaltungen oder Stände. Amaury ist durch seine andere Zeitung „L'Equipe" (Sportzeitung) nämlich Mitaktionär der „Tour de France".

Besonderes Aufsehen erregten die „PL"-Kollegen bei der Endetappe auf der Pariser Prestige-Avenue Champs-Elysées. Amaury und Giscard saßen auf der Ehrentribüne. Die „PL„-Arbeiter organisierten unter Beifall der Zuschauer eine Demonstration und erinnerten A maury an ihre Existenz.

Am 14. Juli, französischer National-Feiertag, organisierten sie einen Ball in ihrer Straße. Tausende nahmen daran teil. Im August wurden zwei Generalstreiks der Druckarbeiter durchgeführt. Anfang September brachten sie eine Sondernummer des „Parisien Libéré" raus in einer Auflage von 1.300.000! Im Oktober marschierten sie auf die Pariser Börse, zwei Kapitalisten erlitten einen Herzinfarkt (die „Werkschutz"-Männer der Pariser Börse griffen die Arbeiter mit Eisenstangen aufs brutalste an). Ebenfalls im Oktober besetzten sie sechs Stunden lang die Kirche Notre-Dame in Paris. Das ganze Viertel drum rum wurde im Nu von den CRSlern (berüchtigte Schlägerbullen) abgesperrt. Aus Solidarität legten die Pariser Druckarbeiter die Arbeit nieder und liefen alle zur Notre-Dame. Vom 12. bis zum 19. Oktober fuhren sie „über's Land" und veranstalteten eine Serie von Versammlungen in Betrieben. Anfang November inszenierten sie in Paris ein Autokorso.

Bislang hat Amaury es noch gar nicht mal für nötig gehalten, mit den Kollegen über ihre Forderungen zu verhandeln!

Der initiativreiche Kampfgeist der Druckarbeiter vom „Parisien Libéré" steht nicht alleine da. So bringen die Kollegen von„Caron-Ozanne" (Caen, Normandie) eine regionale Zeitung raus, „Ouest-Licenciements" (West-Entlassungen), in einer Auflage von 30.000, wo über sämtliche stattfindenden Kämpfe der Region berichtet wird. Ein weiterer Versuch der Koordinierung der Kämpfe fand seinen Ausdruck im sogenannten „Treff der Mini-Lip", das Ende Oktober in Besancon (Stadt der LIP-Arbeiter) stattfand. Dort wurde unter den zahlreichen Delegierten bestreikter und besetzter Betriebe vereinbart, mittels regionaler und nationaler Treffen, die regelmäßig stattfinden sollen, für eine größere Zusammenarbeit der Kollegen der verschiedenen Branchen zu arbeiten.

Ebenfalls veröffentlichen die Kollegen von „IMRO" (Rouen, Normandie) eine Zeitung „Spécial-Licenciements", wo sie zum einen natürlich auf ihren eigenen Kampf kontinuierlich eingehen, zum anderen auch Kollegen aus anderen Betrieben zu Wort kommen lassen. Auch sie hatten unter anderen zahlreichen Aktionen die Kathedrale von Rouen besetzt,und von dort Flugblätter herabregnen lassen. Besonders bekannt – und beliebt – ist in Frankreich ihr „Wanted-Plakat", auf dem sie den Kopf von Lecanuet, Justiz-Minister und Bürgermeister der Stadt Rouen, fordern. •

Frankreich-Kommission
KB-Gruppe Frankfurt

WANTED



Cet homme du Pouvoir promet beaucoup
LES CHOMEURS DE L'IMRO
le recherchent:

Dieser Mann des Staates verspricht viel: Die Arbeitslosen von IMRO suchen ihn: Für die Wiedereröffnung ihres Betriebes Für die Aufrechterhaltung ihrerArbeitsplätze

Le Parisien
libéré

TRACT EDITE PAR LES OUVRIERS EN GREVE DU PARISIEN LIBERE

Titelkopf der Zeitung, die die streikenden Arbeiter von „Parisien Libere" herausgeben.

SPÉCIAL LICENCIEMENTS
Livre C.G.T. N° 4 - 24-12-1975

„Special Licenciements" ist die Zeitung der seit 4 Monaten streikenden Arbeiter von IMRO in Rouen. Eine Delegation von IMRO wird im Februar auf einer Veranstaltung in Hannover auftreten.



Seit dem 6.12.75 halten die Druckarbeiter von „Chaix" ihren Betrieb besetzt (hier auf einer Demonstration: „Chaix vivra!" – Chaix wird leben!")



Zu schweren gewaltsamen Zusammenstößen kam es Anfang Januar in Paris, als Polizei-Einheiten eine von den französischen Gewerkschaften organisierte Demonstration angriffen. Die Arbeiter und Angestellten hatten der Regierung ihre Forderung vortragen wollen. Hier hat ein Bulle einen 60-jährigen Kollegen zu Boden geschlagen.

Volksoffensive in Thailand !

Anfang Januar wurde das thailändische Kabinett umgebildet, der bisherige Premierminister Kukrit Pramjoi übernimmt selbst das Innenministerium. Die Ursache für diese Umbildung liegt in erster Linie in innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierung. So traten am 2.1. bis 6.1. tausende Angestellte in den Streik. Sie protestierten gegen geplante Preiserhöhungen für Reis und Zucker. Mit ihnen solidarisierten sich die Arbeiter von mindestens 50 privaten und von 24 Staatsbetrieben (lt. „SZ", 10./11. 1.). Auf dem Höhepunkt des Streiks, am 5.1. wurde in Bankok eine Demonstration von mehreren 10.000 Arbeitern durchgeführt. Der Streik endete mit einem Erfolg: Am Dienstag, 6.1. 76 waren die Preiserhöhungen anulliert. Ein weiterer Erfolg ist die Straffreiheit für die Streikenden („Le Monde", 8.1.). **Insgesamt haben sich ca. 300.000 Kollegen im Streik befunden!**

Gleichzeitig forderten die Bauern höhere Erzeugerpreise für Reis etc. Zu dieser Streikbewegung, die insgesamt schon seit längerer Zeit andauert, kommen zunehmende Kämpfe in etlichen Provinzen Thailands. Speziell im Nordosten Thailands (Grenzgebiete zu Laos) werden die befreiten Gebiete verteidigt und ausgebaut. Die Befreiungsarmee wird vom thailändischen Geheimdienst auf 8000 Mann geschätzt („FAZ", 6.1.76).

Erst vor kurzem hat die Kommunistische Partei Thailands (CPT) „*eine neue Phase im zehnjährigen Befreiungskampf*" angekündigt und rief über ihren Rundfunksender „*die unterdrückte Bevölkerung auf, die Waffen zu erheben, sich von der semifeudalistischen und semi-imperialistischen Regierung zu befreien und ein neues Thailand zu bauen.*
(„FAZ", 6.1.76).

Die jetzt vorgenommene Regierungsumbildung soll offensichtlich dazu dienen, die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Thailand zu dämpfen. Kukrit Pramjoi, der amtierende Premier – und Innenminister scheint für seinen Posten im Sinne der Imperialisten geeignet zu sein.

Die aktuelle Politik Thailands– Ein Wendepunkt?

Die momentane Regierung unter Kukrit Pramjoi kam nach 1973 infolge der antifaschistischen Massenbewegung an die Macht. Kukrit und seine Gefolgschaft werden zur „Opposition" gegen die offenen, militaristischen Faschisten gezählt. Das Regierungsbündnis ist eine ebenfalls zutiefst reaktionäre Gemeinschaft. „*Aus Kukrits Sicht gibt es nur zwei Alternativen für Thailand, Kommunismus oder Faschismus, und er – in seiner Geistesgestörtheit – zieht den Faschismus vor.*" (1) Entsprechend bestehen auch heute in Thailand nur



Statt „kommunistisch beherrscht" lies: befreite Gebiete (Karte aus der FAZ)

minimale Rechte – die allesamt erkämpft wurden, wie das Recht auf eigenständige Gewerkschaften.

Es existiert ein striktes Verbot der Kommunistischen Partei (CPT). Die Genossen der CPT werden verfolgt und verhaftet. Es besteht ein spezielles Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten, das sog. „*Defense against and Supression of Communist Activities Act*" (Gesetz zur Verteidigung gegen und Unterdrückung von kommunistischen Aktivitäten). Dieses Gesetz soll momentan erneuert werden.

Dieses Gesetz ist – insbesondere unter der Militärdiktatur – gegen die gesamten antikapitalistische Opposition angewandt worden. (1)

Außenpolitisch läßt die thailändische Regierung zwar große Worte von „gutnachbarlichen Beziehungen" etc. los, vollführt jedoch höchst agressive Taten:
– die geflohenen Faschisten aus Vietnam, Kambodscha und Laos fanden willkommenes Asyl in Thailand;
– Thailand erlaubt den Aufbau von Söldnertruppen des CIA und duldet, daß reaktionäre laotische Einheiten Thailand als Hinterland benutzen;
– von thailändischem Boden aus wurden und werden zahllose Angriffe gegen Laos und Kambodscha durchgeführt (teilweise wurden Bombenangriffe geflogen);
– als jüngste Maßnahme führte Thailand einen Boykott gegen die Volksdemokratische Republik Laos durch (Die Grenze wurde geschlossen und horrende Transitgebühren verlangt).

Offensichtlich versucht die th. ländische Regierung momentan, sich auf der Ebene der Diplomatie in Südostasien gesellschaftsfähig zu machen – ohne auf ihre bisherige praktische Politik zu verzichten (Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der VR China und mit Kambodscha, antiimperialistische Phraseologie). Diese Politik ist gegenüber den Völkern Vietnams, Laos und Kambodschas jedoch vollständig gescheitert. Sie machen eine Änderung der thailändischen Politik von deren Taten abhängig!

Eine tatsächliche unabhängige und demokratische Politik wird jedoch in Thailand nur möglich sein, wenn der US-Imperialismus und seine Handlanger in der Regierung aus Thailand rausfliegen. Angesichts des Interesses der USA an Thailand und ihrer Machtpositionen in Staat und Armee wird dies sicherlich einen langwierigen, auch bewaffneten Kampf des Thailändischen Volkes erfordern.

Anmerkung:
1) AMPO Thailand behind the July 4 Incident – Facsism for the Future

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



indochina aktuell

Reaktionärer Widerstand in Südvietnam (RSV):



Die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee werden alle Anschläge der Konterrevolution vereiteln

In der letzten Zeit waren Berichte über bewaffnete Kämpfe in Südvietnam zu hören. Vor allem im Mekongdelta und im zentralen Hochland wurden von der südvietnamesischen Armee und Miliz große Mengen von Waffen und Ausrüstung sichergestellt.

Bei den Gruppen, die gegen die revolutionäre Regierung der RSV rebellieren, handelt es sich zumeist um Überreste der alten Thieu-Armee, die sich besonders religiöser Gruppen bedienen:
– Im Mekongdelta die militante Hoa-Hao-Sekte, die schon unter der Thieu-Regierung eine eigene Armee besaß. Sie ist antikommunistisch ausgerichtet und ihre Aktionen sollen unter der Führung eines ehemaligen Obersten der Marionettenarmee stehen.
– In den nordöstlich von Saigon gelegenen Provinzen hatte das Thieu-Regime Mitte der fünfziger Jahre Flüchtlinge aus Nordvietnam angesiedelt. Hierbei handelte es sich vor allem um Katholiken, die „*in ihrer Mehrheit erbitterte Gegner der Kommunisten geblieben sind und in der südvietnamesischen Armee die besten Soldaten stellten.*"
– In den Bergen des Hochlandes leben die sogenannten Montagnards. Sie hatten zeitweise mit den Special Forces der US-Imperialisten gegen die Befreiungsfront gekämpft. Auch von ihnen wird heute teilweise weiter gegen die revolutionäre Regierung gekämpft. (Angaben nach Frankfurter Rundschau vom 6.1.76)

Die konterrevolutionären Aktionen von ehemaligen Thieu-Soldaten, Agenten und ähnlichem Pack sind offensichtlich weitgehend niedergeschlagen. Allein im zentralen Hochland sind nach einer Meldung von Radio Hanoi im letzen halben Jahr rund 7.000 Soldaten und Anhänger des alten Regimes aufgespürt worden. Insgesamt sollen dort 10.000 bis 12.000 Mann gegen die Volksstreitkräfte gekämpft haben. Jedoch konnte inzwischen (12.1.) Radio Saigon vermelden, „*im Gebiet von Saigon sei die Ordnung wieder hergestellt.*"

In mehreren Razzien im Gebiet von Saigon wurden im letzten Jahr über 1.000 Reaktionäre festgenommen. Dies muß als erheblicher Erfolg in der Stabilisierung des revolutionären Süd-Vietnams angesehen werden.

Diese ganzen Kämpfe, die von der bürgerlichen Presse gerne als „*Widerstand unterdrückter Minderheiten*" dargestellt werden, sind in Wirklichkeit natürlich Ausdruck für einen „*sehr komplizierten und heftigen Klassenkampf*" (Nhan Dan)

So meldete Radio Saigon, daß „*zahlreiche Anführer von Schurken, Einbrechern, Banditen, Bordellbesitzern, Spielern und Rauschgiftsüchtigen*" gefaßt worden seien. Viele von ihnen seien bewaffnet gewesen.

Bei den in der „*Kampagne gegen das Verbrechen*" festgenommenen Personen handele es sich bei rund 50% um Soldaten und Regierungsbeamte des ehemaligen Regimes, „*die sich vor Umerziehungskursen gedrückt haben.*"

Gleichzeitig wurde eine Pressezensur erlassen. Danach müssen sämtliche Verlage und Zeitschriften ihre Erzeugnisse vor Veröffentlichung einer Regierungsstelle vorlegen. Ebenfalls wurde der Nachdruck etc. von Büchern ohne Genehmigung untersagt (FR,13.1.). „Nachgedruckt" werden brauchen höchstens die Bücher des alten faschistischen Regimes – die fortschrittliche Literatur ist überall erhätlich! Diese Maßnahme steht ganz sicher in Verbindung mit den konterrevolutionären Aktivitäten – die nicht nur auf militärischem Gebiet stattfinden! Wie jetzt bekannt wurde, werden bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung alle die Personen nicht wählen, die während der Thieu-Zeit hohe Posten einnahmen und sich der Umerziehung verschlossen (lt. VKB 28/76).

Um den Widerstand der gestürzten Ausbeuter und Schmarotzer, die mit Sicherheit auch von den US-Imperialisten unterstützt werden, endgültig zu brechen, müssen die revolutionären Machtorgane vergrößert und verbessert werden. Die Zeitung der Partei der Werktätigen Vietnams, „Nhan Dan", schreibt dazu:
„*Wir müssen mächtige Streitkräfte, einschließlich einer starken stehenden Truppe, einer großen Reserve-Streitmacht, einer modernen regulären Volksarmee und einer umfassenden und beharrlichen Miliz und Selbstverteidigungsmacht, aufbauen.*"

Demokratische Republik Vietnam

Die DRV geht davon aus, daß „*bis Jahresende die Kriegswunden heilen*"! Radio Saigon berichtete:„*Bis Ende dieses Jahres werden wir gewiß in der Lage sein, unsere Pläne des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu erfüllen und die Kriegswunden zu heilen.*" (Radio Saigon, 12.12.75 lt. MD) Gleichzeitig findet im gesamten Bereich der Wirtschaft eine neue Ausrichtung statt. Hierzu schreibt die Zeitung Nhan Dan (Hanoi) „„*...um diese grundlegenden wirtschaftlichen Aufgaben meistern zu können, müssen wir in unseren ersten Schritten eine rationelle Wirtschaftsstruktur und eine neue Aufteilung der Arbeit vornehmen.*"

Schwerpunkte bilden die Bereiche der Schwerindustrie, Energie, Chemie und Baustoff. Insbesondere sollen hierfür Arbeitskräfte aus dem Bereich der Landwirtschaft abgezogen werden – während diese wesentlich weiter mechanisiert werden soll. Lt.Nhan Dan sollen so „*die ersten Grundlagen für die sozialistische Großproduktion*" aufgebaut werden.

Kambodscha

Kambodscha s neue Verfassung ist zu Beginn des Jahres in Kraft getreten, nachdem sie vorher in den Massenorganisationen der Arbeiter, Bauern und Soldaten diskutiert worden war. „*In der neuen Verfassung wird betont, daß Männer und Frauen die gleichen Rechte haben. Der Lebensstandard des Volkes wird garantiert; die Arbeiter sind Herren der Fabriken*" (SZ, 8.1.76). Sämtliche Produktionsmittel sollen verstaatlicht werden.

Volksrepublik Laos

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern, hat die Regierung zum Anlegen von Klein gärten aufgerufen, was breit durchgeführt wird. Selbst die 20.000 buddhistischen Mönche – die früher nur gebettelt haben – betreiben seit neuestem die Landwirtschaft, um wie sie selber sagen, dem Volk nicht mehr zur Last zu fallen!

Thailand

Thailand will die Grenzblockade gegen Laos aufheben (lt. „FAZ", 27.12.). Offensichtlich hat die thailändische Regierung den Mißerfolg dieser Blokkade eingesehen. Laos wurde kurzfristig von und über die DRV versorgt. Lustiges am Rande: Die Botschaften der BRD, Schweiz und Frankreichs sollen lt „FAZ" v. 27.12. die thailändische Regierung ebenfalls um Aufhebung der Blockade gebeten haben. Und zwar, weil auch sie von ihren „Nachschubwegen" abgeschnitten waren... wer andern eine Grube gräbt, fällt sebst hinein!

Indochina-Komission
KB/Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

Ecuador: „Unblutiger" Militärputsch

Am 9. Januar wurde der Präsident Ecuadors, Rodrigues Lara, gestürzt. Es wurde eine dreiköpfige Militärjunta, ein „Regierungsrat", gebildet, der Belagerungszustand und Ausgangssperre über das ganze Land verhängte („Neue Zürcher Zeitung", 13.1.). Der ehemalige Präsident verlas am 11.1. selber eine vorbereitete Rücktrittserklärung, in der er betonte, er habe sein Amt zurückgegeben, *„ohne daß auch nur der geringste militärische Druck erfolgt sei"* („NZZ", 13.1.).

Lara war selber vor vier Jahren durch einen Militärputsch an die Macht gekommen und hatte erst im September 1975 einen gegen ihn gerichteten Putschversuch abwehren können.

Mögliche Ursache für den Machtwechsel in Ecuador – so heißt es in verschiedenen Zeitungen – sei der Rücktritt des Kabinetts Anfang Januar. Es habe Meinungsverschiedenheiten in der Frage *„einer Neuorganisation der Regierung"* gegeben. Lara plante, seine Regierung im Februar 1976 auf eine verfassungsgemäße Grundlage zu stellen („NZZ", 9.1.).

Diese Widersprüche in der ehemaligen Regierung, der Putschversuch vom September und die jetzt erfolgte Ablösung Laras sind aber Ausdruck für die gegensätzlichen Interessen zwischen verschiedenen Teilen der Bourgeoisie in Ecuador und dem US-Imperialismus. Die Regierung Lara hatte versucht, die durch verstärkte Erdölexporte seit vier Jahren wachsenden Staatseinnahmen stärker für die nationale Entwicklung und einheimische Bourgeoisie zu nutzen und die Abhängigkeit von den USA abzumildern. Bei der Machtübernahme Laras waren rund sieben Mio Hektar Land, das ist über ein Sechstel des Staatsgebietes, in der Hand von rund 20 ausländischen Ölgesellschaften, wobei das Konsortium Texaco/Gulf den Löwenanteil der Ölkonzessionen besaß. Lara verfügte, daß sämtliche Konzessionen neu verteilt werden sollten – allerdings durchaus unter „besonderer Berücksichtigung"von Texaco/Gulf. Es wurde eine zusätzliche Bodensteuer für ausländische Ölgesellschaften eingerichtet und staatliche Kontrolle über die Verwendung von Devisen angeordnet. Schließlich setzte die Regierung eine 25%ige Beteiligung an den Konzessionen der Texaco/Gulf durch. Das Land trat der OPEC bei und nahm gemeinsam mit acht anderen lateinamerikanischen Ländern – unter anderem Peru – den Kampf für die 200-Meilen-Zone für nationale Fischerei auf – und griff dabei sogar mit Kriegsschiffen US-Fischerboote an, die in ecuadorianische Hoheitsgewässer eingedrungen waren („Spiegel", Februar 1972).

Dieser relativ unabhängige Kurs der Regierung wurde von den US-Ölgesellschaften von Anfang an bekämpft und durch den Putschversuch im September (vergleiche AK 66) entscheidend eingeengt:

Um ihre geschwächte Position nach dem Putschversuch zu erhalten, verzichtete die Regierung auf die geplante Erhöhung der staatlichen Beteiligung an Texaco/Gulf, nachdem die Ölgesellschaft bereits seit einem Jahr massiven Druck ausübte, um diesen Plan zu verhindern: Die Produktion wurde so erheblich gedrosselt, daß die Handelsbilanz Ecuadors im ersten Halbjahr 1975 negativ ausfiel, während im gleichen Zeitraum 1974 ein Überschuß von 360 Mio Dollar erwirtschaftet wurde.

Außerdem wurde nach dem Putschversuch vom September die Forderung der Ölgesellschaften und der *„einheimischen Geschäftswelt"* („Süddeutsche Zeitung", 19.1.) nach Senkung des Erdölpreises von der Regierung akzeptiert. Damit wurden die OPEC-Beschlüsse unterlaufen und praktisch der erste Schritt zum Austritt aus der OPEC getan.

Ein erst im Sommer verabschiedetes Gesetz zur Erhöhung des Zolls auf Luxusgüter, um die Zahlungsbilanz zu verbessern, wurde gleich wieder abgeschafft.

Trotz dieses deutlichen Einlenkens der Regierung Lara schien es den Imperialisten und den mit ihnen verbundenen Teilen der ecuadorianischen Bourgeoisie doch „sicherer", wieder eine Regierung zu installieren, auf die Verlaß ist und die keine – mit dem „peruanischen Modell" vergleichbaren – Experimente wagt.

Eine Rolle spielen dabei sicher auch die in letzter Zeit zunehmenden Kämpfe von Arbeitern, Studenten und Bauern (bzw. Tagelöhnern auf dem Lande, die rund 60 % des Volkes ausmachen).

Lara hatte die Enteignungsbestimmungen der seit Jahren verschleppten Landreform verschärft, um der Unruhe auf dem Lande Herr zu werden.

Außerdem hatte sich die Lage der Bevölkerung durch die wachsenden Erdöleinnahmen in keiner Weise verbessert. *„Während sich der Neureichtum in einer privilegierten jungen Unternehmerschicht konzentrierte, fraß die wachsende Inflation die Kaufkraft der Tages- und Wochenlohnempfänger weg"* („SZ", 14.1. 1976). Die Grundnahrungsmittel wurden in den letzten drei Jahren um rund 100 % teurer – die Löhne stiegen aber nur um 25 %.

Die erklärte Absicht Laras, die Regierung wieder auf eine verfassungsmäßige Grundlage zu stellen (bisher gibt es z.B. kein Streikrecht), hätte eine – wenn auch noch so geringe – Liberalisierung und damit Ausdehnung der fortschrittlichen Bewegung zur Folge haben können – eine Aussicht, die die Imperialisten bisher noch immer zu verhindern versuchten.

Die neue Regierung wird voraussichtlich eine Annäherung und Bindung an die Imperialisten und weitere Unterdrückung des Volkes bringen.

(Informationen zum großen Teil aus „Informationsdienst Ecuador", c/o Volker Witte, 44 Münster, Postfach 8642.)



Rund 60 % der Bevölkerung Ecuadors leben auf dem Lande – am Rande des Existenzminimums.

Guatemala: Waffen aus der BRD und Israel

Die USA, die ansonsten das reaktionäre Regime Guatemalas kräftig unterstützen, haben es vor kurzem abgelehnt, derzeit Waffen nach Guatemala zu liefern. Dieser Beschluß soll auf die Befürchtungen zurückzuführen sein, daß die guatemaltekische Armee einen Angriff auf das demnächst unabhängige Belize (früher Britisch-Honduras) beginnen könne. Anscheinend ist den USA bei der unsicheren politischen Lage Guatemalas mehr an einem unabhängigen Belize gelegen. Die gleiche Haltung nimmt Großbritannien ein, das seine Truppen in den letzten Tagen in Belize gegen einen möglichen guatemaltekischen Angriff verstärkt hat.

Das US-Embargo änderte nichts am Plan Guatemalas, sein Militär durch Beschaffung neuesten Kriegsmaterials zum modernst gerüsteten Mittelamerikas auszubauen. Der Kriegsminister Lucas Garcia teilte vor der Presse mit, daß er Waffenvorführungen in der Bundesrepublik (!!), Frankreich und in Israel (!) beigewohnt habe. Er konnte sich bisher noch nicht entscheiden, welches dieser Länder die Rüstungsaufträge bekommen solle („Tagesspiegel" vom 31.12.75).

Leichen am Straßenrand

In Guatemala kommt es nicht selten vor, daß verstümmelte Leichen an Straßenrändern oder in entlegenen Waldstücken aufgefunden werden. Das von den USA mit jährlich fünf Milliarden Dollar subventionierte Regime wendet die brutalsten Methoden an, um die wachsende Widerstandsbewegung des Volkes niederzuschlagen. Vor knapp einem Jahr wurde Huberto Alvarado, Generalsekretär des ZK der guatemaltekischen Partei der Arbeit (Partido Guatemaleco de Trabajadores) bestialisch ermordet. Die „Gorillas" stachen ihm die Augen aus, zerhackten sein Gesicht mit Bajonetten und erschossen ihn danach. Bei Demonstrationen, auf denen immer wieder die Beseitigung der grausamen Diktatur gefordert wird, fallen Tausende den Massenverhaftungen der Polizei zum Opfer und verschwinden danach „mit unbekanntem Ziel". Oft werden später Leichen aus Hubschraubern in die Krater von Vulkanen geworfen oder im Ozean versenkt (Angaben nach „Horizont" Nr. 1/ 1976).

Feuerland: Ureinwohner ausgerottet

Feuerland ist eine kleine Insel an der südlichsten Spitze Lateinamerikas. 1975 starb die letzte Ureinwohnerin dieser Insel, die Indianerin Angela Lois. Angela starb einen natürlichen Tod, die überwiegende Mehrzahl der Feuerländer dagegen wurde ausgerottet.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebten auf Feuerland etwa 10.000 Indianer vom Stamm der Ona und der Yamana. Sie ernährten sich in erster Linie vom Fischfang, vom Seehundjagen und Muschelsammeln.

Die Lebensformen wiesen noch Merkmale des Urkommunismus auf: keine Hierarchie, jedem die gleichen Rechte, gerechte Aufteilung der Jagdbeute und der natürlichen Reichtümer usw.

Das große Indianermorden auf Feuerland begann 1880, als die ersten weißen Goldsucher, Schafzüchter, Händler und Missionare die Insel eroberten. Da die Indianer diesen „Zivilisatoren" im Wege waren, wurden sie gejagt und grausam ausgerottet.

Ende des 19. Jahrhunderts bestand das Ona-Volk nur noch aus rund 2.000 Menschen. 1925 waren es knapp 100! 1938 zählte der Stamm nur noch zwei Dutzend Menschen. Bürgerliche Völkerkundler enthüllten, daß die meisten Ona-Indianer bei „Jagdparties" der weißen Siedler ermordet wurden!

„Um die Farmen auszudehnen oder die Goldfelder indianerfrei zu halten, wurden die Onas wie Tiere gejagd, geschlagen und erschossen. Der Goldrausch verflog bald, aber die Schafzucht entwickelte sich zu einem dominierenden Wirtschaftssektor. Riesige Farmen ließen den Indianern immer weniger Lebensraum" (x).

Die Indianer Feuerlands sind untergegangen wie vorher schon andere farbige Minderheiten in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt.

In anderen lateinamerikanischen Ländern werden heute noch Indianer ausgerottet. Z.B. werden in Chile die Mapuche-Indianer, die unter Allende ihr Recht auf ein lebenswürdiges Dasein und auf ihre Kultur bekamen, wieder grausam gejagt.

In Paraguay wird die intensive Indianerverfolgung seit einigen Jahren von einem Komitee geleitet, das von ausländischen Kapitalisten gegründet wurde und zynischerweise den Namen „Hilfskommission für den Schutz des Eingeborenen" trägt (x). Vorsitzender dieses Vereins war bis 1973 der Vorsitzende der Paraguayer Hoechst-Vertretung, M.Zemann (x).

Nach Protesten von Amnesty trat Zemann als Vorsitzender der „Hilfskommission" zurück. Sein Nachfolger wurde der in Paraguay ansässige westdeutsche (!) Kunststoffabrikant C. von Thuemen (x).

Die „Hilfe" für die Indianer besteht darin, daß man sie in Reservate steckt, die man mit den KZs der Nazizeit vergleichen kann. Es ist ja nichts Neues, daß deutsche Chemiekapitalisten KZs positiv gegenüberstehen.

(x) Zitat bzw. Angabe ist dem Buch „Von denen keiner spricht" (rororo) entnommen.

Mexiko: Keine Verurteilung des Zionismus

Vier lateinamerikanische Länder gehörten zu dem Mehrheitsblock, der der „Zionismus = Rassismus-Resolution" in den Vereinten Nationen Mitte Oktober 75 zustimmte: Kuba,Chile,Brasilien und Mexiko. Einzig Kuba stimmte aus Solidarität mit den vom Imperialismus und Zionismus unterdrückten Völkern der Resolution zu. Die anderen Länder aus Abhängigkeit zu den arabischen Ölländern.

Sofort nach der Abstimmung sprachen die Botschafter der USA in den Außenministerien der entsprechenden Länder (außer Kuba) vor und drückten den Protest der USA gegen die „israelfeindliche Haltung" aus.

Chile beugte sich dem Druck der USA und enthielt sich in der nächsten Abstimmung zur Zionismusfrage der Stimme. Brasilien erhofft sich wie Chile von einer deutlich proarabischen Haltung gute Beziehungen und massive Investitionen aus den OPEC-Ländern und blieb bei der Zustimmung zur Resolution, ebenso Mexiko.

Daraufhin jedoch verhängten die jüdischen Organisationen in den USA einen Tourismus-Boykott gegen Mexiko (warum nicht auch gegen Brasilien?!). Die mexikanische Regierung schickte sofort den ehemaligen Präsidenten und Tourismusexperten Valdez in die USA; der inzwischen zurückgetretene Außenminister Rabasa reiste nach Israel , um „gewisse Mißverständnisse" zwischen Mexiko und Israel auszuräumen; und schließlich machte Präsident Echeveria den Rückzieher perfekt, indem er vor einer Delegation führender Zionisten aus den USA erklärte, daß seine Regierung den *„Zionismus keinesfalls mit Rassismus indentifiziere."* Die Zustimmung Mexikos zur UN-Resolution sei allein aus der Hoffnung entstanden, damit einen Beitrag zur *„friedlichen Lösung in Nahost"* zu leisten, dies habe sich aber inzwischen als trügerisch erwiesen. Bedeutsam ist diese totale Kehrtwendung der mexikanischen Regierung, weil sie zeigt, wie relativ begrenzt der Spielraum für eine unabhängige Außenpolitik – um die sich Mexiko seit Echeverias Amtszeit bemüht – tatsächlich ist. (Informationen nach NZZ, 16.12.)

Argentinien: Größter Angriff der Guerilleros

Am 23. Dezember 1975 führten die Montoneros und die ERP (Revolutionäre Volksarmee) Argentiniens den bisher schwersten Guerilla-Angriff durch. Er richtete sich gegen das Heeres-Waffenlager „Depot 601", welches mit neuesten US-Waffen und 400 Soldaten ausgestattet ist. Das Depot liegt in Monte Chingolo, einem der ärmsten Elendsvororte der Hauptstadt Buenos-Aires. Die Bewohner „wohnen" in *„schnell zusammengehauenen Bretterbuden und Wellblechhütten"* („Stern" 2/76). Das Viertel wird in der bürgerlichen Presse als *„Hochburg der Mononeros"* bezeichnet.

An dem Angriff beteiligt waren 150 - 500 Guerilleros (Zahlenangaben darüber schwankend). Ein Teil von ihnen hatte sich als Strassenhändler verkleidet, Verkaufsstände aufgebaut und billige Lebensmittel verkauft. Der Angriff begann damit, daß sich die Guerilleros auf Kommando ihre Verkäuferkittel, die sie über ihren Kampfuniformen trugen, vom Leib rissen und MPs, Schnellfeuergewehre und als Joghurtbecher getarnte Handgranaten unter den Ladentischen hervorholten.

Ein anderer Teil („zufällig vorbeikommender Passanten") schloß sich ihnen an. Zur selben Zeit wurden Entlastungsangriffe auf vier Polizeistationen und einen Generalstab in der näheren Umgebung geführt. Der Angriff scheiterte jedoch offensichtlich.

Schon bei den Wachmannschaften des Depots stießen sie auf so starken Widerstand, daß sie versuchen mußten, auf einem anderen Wege in das Depot einzudringen. Kurze Zeit später waren sie schon von mehreren hundert Soldaten aus den umliegenden Kasernen umzingelt und es setzte ein grausames Massaker ein. Die „Frankfurter Rundschau" (27.12.1975) vermutete einen Verrat bzw. eine Falle für die Montoneros und ließ Augenzeugen zu Wort kommen: *„Dann begann eine gnadenlose Jagd mit Artillerie, Düsenjägern und Hubschraubern. Sie flogen alle herum und suchten die Guerillas , erzählte einer der Arbeiter, die durch den Gefechtslärm angelockt worden waren. Wenn die Helikopter einige gefunden hatten, dann schalteten alle ihre Scheinwerfer aus bis auf einen, der die Leute im Lichtkegel behielt. Die anderen griffen im Tiefflug an und feuerten aus ihren Bordkanonen. Auch der Versuch von Mitgliedern der Revolutionären Volksarmee (ERP), durch Anschläge auf Brückenposten und Polizeistationen für Entlastung ... zu sorgen, kam zu spät. Die Militärs...vollendeten ihren Venichtungsauftrag perfekt."* Der „Stern" berichtet: *„Kampfflugzeuge zerbombten die Elendshütten, in denen Guerillas vermutet wurden. Gefangene wurden nicht gemacht (!)."*

Nach Angaben der Armee, die allerdings in der Regel gefälscht sind, soll es bei dem ganzen Gefecht ca. 160 Tote gegeben haben, darunter ca. 100 Guerilleros – unter ihnen viele Genossinnen – 50 unbeteiligte Zivilisten und zwölf Soldaten und Polizisten. Erklärungen der Linken liegen (uns) noch nicht vor.

Sicher scheint, daß es sich um eine gemeinsame Aktion von ERP und Montoneros gehandelt hat.

Bereits wenige Tage später wurde eine Aktion gegen einen Militärstützpunkt bei Buenos Aires durchgeführt. Obwohl der Angriff abgewehrt wurde, konnten fast alle der 20 Guerilleros entkommen („FR", 29.12.1975). Anfang Januar wurden Bombenanschläge gegen das Oberkommando des Heeres verübt („SZ", 2.1.1976).

Diese Aktionen zeigen, daß die Guerilleros trotz der Niederlage weiterhin bereit und in der Lage sind, bewaffnete Kämpfe zu führen.

Argentinien:

Lopez Rega polizeilich gesucht

Gegen Lopez Rega, genannt „der Hexer", den ehemaligen Wohlfahrtsminister und engsten Berater von Juan und Isabel Peron, liegt in Argentinien ein Haftbefehl vor; er wird von Interpol gesucht.

Lopez Rega hat eine steile Karriere hinter sich. Vom Chauffeur, Hausdiener und Horoskopschreiber „arbeitete" er sich zum engsten Berater der Perons und zum Minister hoch. Seine Glanzzeit begann nach dem Tode Juan Perons. Als „Wohlfahrtsminister" verfügte er über den größten finanziellen Fonds der Regierung, eine Tatsache, die er zu nutzen wußte: Steuergelder wurden in den Provinzwahlkampf in Misiones im vorigen Jahr „investiert", indem im Wert von mehreren Millionen Mark Kühlschränke, Radios und andere Konsumgüter an potentielle Wähler verteilt wurden. Lopez Rega besetzte alle wesentlichen Regierung- und Machtstellen mit seinen Vertrauten. Wieviele Millionen dabei über den Tisch gingen, läßt sich derzeit kaum abschätzen. Und schließlich organisierte und finanzierte er die faschistische Bande AAA. Daß gegen Rega jetzt Haftbefehl erlassen und er wegen Unterschlagung angeklagt wurde – in einem Land, wo Korruption in höchsten Regierungskreisen die Regel ist – das beweist, welche Unsummen ganz nebenbei in seine eigenen Taschen geflossen sein müssen. Als Mitte vorigen Jahres die Arbeiterklasse in einem geschlossenen Generalstreik und mit militanten Aktionen gegen den von Rega gesteuerten extremen Rechtskurs der Regierung kämpfte, war er schließlich gezwungen, das Land zu verlassen und ins spanische Exil zurückzukehren.

Militär und große Teile der Bourgeoisie ließen den diskreditierten „Hexer" fallen. Isabel ließ ihren engsten Freund allerdings nicht ziehen, ohne seine Flucht noch schnell mit dem Posten eines „Sonderbotschafters der Präsidentin" zu vertuschen. (Ein Posten, von dem sie Rega inzwischen unter dem Druck der schweren Anklagen entlassen mußte.)

In argentinischen Zeitungen wurde Isabel bereits vorgeworfen, zu viele und zu teure Telefongespräche mit Rega in Madrid geführt zu haben („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.12.75). In den auf Regas Flucht folgenden – wegen des mas-
de Isabel bereits vorgeworfen, zu viele und zu teure Telefongespräche mit Rega in Madrid geführt zu haben („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.12.75). In den auf Regas Flucht folgenden – wegen des mas-
siven Drucks der Öffentlichkeit notwendigen – Untersuchungen kam einiges an Korruption und Vetternwirtschaft ans Licht – wenn auch sicher erst die Spitze des Eisbergs. Vier von Regas ehemaligen Vertrauten sitzen inzwischen wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung im Gefängnis, er selbst wurde für Ende Dezember zu einem gerichtlichen Untersuchungstermin vorgeladen. Natürlich erschien Rega nicht, angeblich liegt er krank in einem Schweizer Hospital. Tatsächlich aber ist er zur Zeit unauffindbar und wird jetzt von Interpol gesucht – steile Karriere eines Gangsters.

Chilenische Genossen verhaftet

Nach Meldungen der Polizei wurden mehrere Mitglieder der „Chilenischen revolutionären Koordinatoren" in Buenos Aires verhaftet. Es handelt sich um chilenische Staatsbürger, Argentinier und einen Engländer. Wesentliche Aufgabe der „Koordinatoren" ist, finanzielle Mittel (Spendensammlungen aus Europa und andere) an die Widerstandsorganisationen in Chile weiterzuleiten, außerdem die Übermittlung von Nachrichten des Widerstands aus Chile und die Unterstützung chilenischer Widerstandskämpfer bei illegaler Ein- und Ausreise. Die Verhaftung der Genossen und damit die Schwächung dieser Organisation ist ein gezielter Schlag gegen den chilenischen Widerstandskampf.

Dem entspricht das Verhalten der argentinischen Behörden gegenüber den rund 20.000 Flüchtlingen aus Chile. Die chilenischen Flüchtlinge bekommen keine Aufenthaltsgenehmigung – was aber Voraussetzung für eine Arbeitsstelle ist. D.h., sie haben kein Einkommen, leben zusammengepfercht in notdürftigen Lagern (in Schulen und Kirchen), sie erhalten keinen Paß und können deswegen nicht ausreisen. Außerdem werden sie systematisch von der argentinischen Polizei verfolgt, die faschistische AAA hat bereits 19 Exilchilenen ermordet („Frankfurter Rundschau", 13.10.).

Ausdruck für diese verzweifelte und menschenunwürdige Lage der chilenischen Flüchtlinge war die Besetzung des Hochkommissariats der UN in Buenos Aires Anfang Oktober.



Alltag in Argentinien: An einer Wegbiegung bei Cordoba werden die Leichen von neun linken Studenten gefunden. Sie wurden das Opfer rechter Terroristen. Allein 1975 gab es in Argentinien über tausend politische Morde.

Mehrere Chilenen erzwangen dadurch die Genehmigung zur Ausreise aus Argentinien (vergleiche AK Nr. 68).

Die Verhaftung der Mitglieder der „Chilenischen Revolutionären Koordinatoren" wurde offiziell damit begründet, daß ihre Aktvitäten die *„normalen diplomatischen Beziehungen"* zwischen Argentinien und Chile beeinträchtigen könnten („Monitordienst", 4.12.). Diese „Gefahr" besteht allerdings nicht. Vielmehr umarmten sich Isabel und Pinochet erst vor wenigen Monaten brüderlich auf einem Gipfeltreffen. Und am 17.12. wurde ein gemeinsames Verkehrsprojekt feierlich besiegelt. *„Der Beginn der Arbeiten symbolisiert, daß sich unsere Länder in intensiverer, vollständigerer und globalerer Weise integrieren werden"* („Monitordienst", 11.12.). Das heißt hier, ebenso wie in der Frage der Flüchtlinge: enge Zusammenarbeit beim brutalen Kampf gegen das argentinische und chilenische Volk.

Repression durch das Militär, Sippenhaft und Folter

Mit zunehmender Stärke des Militärs wird die Repression gegen die politische Linke und die Bevölkerung immer mehr verschärft.

In Tucuman – wo bereits seit Februar '75 rund 5.000 Soldaten versuchen, die Landkompanie der ERP zu zerschlagen – werden inzwischen alle Dörfer systematisch kontrolliert und Massenverhaftungen vorgenommen. Zweimal täglich fliegen Flugzeuge über die Provinz und werfen
suchen, die Landkompanie der ERP zu zerschlagen – werden inzwischen alle Dörfer systematisch kontrolliert und Massenverhaftungen vorgenommen. Zweimal täglich fliegen Flugzeuge über die Provinz und werfen
Bomben ab („Le Monde", 24.12.75). In den letzten Wochen haben 50.000 Soldaten im ganzen Land an Säuberungsaktionen teilgenommen, die zur Verhaftung von 3.000 Menschen führten. *„Die Armee hat sich in eine regelrechte Besatzungsarmee verwandelt"* („Le Monde", 24.12.).

Außerdem läuft eine Verfolgungswelle gegen Familienangehörige von Revolutionären, Gewerkschaftern, Argentiniern, die im ausländischen Exil leben. Sie werden verhaftet, teilweise gefoltert und manchmal auch von der AAA umgebracht („Le Monde", 24.12.75).

Opfer dieses Terrors wurden unter anderem die Familien von Pujadas, Raimundo Ongaro (linksperonistischer Gewerkschaftsführer), von Mario Santucho, dem Führer der PRT/ERP. Nach unbestätigten Meldungen wurden Santuchos Kinder inzwischen wieder freigelassen, seine Frau ist aber nach wie vor in Haft („Le Monde", 24.12.75).

Zunehmend wird in Argentinien die Methode der chilenischen Junta, Gefangene verschwinden zu lassen und ihre Verhaftung nicht offiziell zu bestätigen, praktiziert. Bereits im August '75 wurde Marcos Osatinsky, ein Führer der Montoneros, von Polizisten entführt, seine Verhaftung wurde nicht bestätigt. Er starb nach tagelangen Foltern im Gefängnis. Ende Dezember wurde der Rechtsanwalt Roberto Quieto, Mitbegründer der FAR (Revolutionäre Streitkräfte), die sich vor etwa einem Jahr mit den Montoneros vereinigt haben, in San Isidro (Provinz Buenos Aires) verhaftet. Obwohl seine Frau sich sofort an die entsprechenden Behörden wandte, wurde seine Verhaftung weder bestätigt noch dementiert. Der derzeitige Aufenthaltsort Quietos und ob er überhaupt noch lebt, ist unbekannt (nach einem Telex der dpa vom 29.12.75, erhalten über AELA-Hamburg).

Machtzuwachs der Militärs

Die Rebellion der argentinischen Luftwaffe kurz vor Weihnachten (vergl. AK 71) ist zwar „friedlich" beigelegt worden, hat aber die Position und den Einfluß des Militärs erheblich gestärkt. Der Oberkommandierende der Armee, General Videla, ist zur *„zentralen Figur in Argentinien geworden"* („Neue Zürcher Zeitung", 22.12.). In Verhandlungen zwischen den Putschisten einerseits, Vertretern von Heer und Marine, dem ehemaligen Militärdiktator Ongania und einem „kirchlichen Würdenträger" andererseits („Süddeutsche Zeitung", 2.1.76), wurde der Konflikt „beigelegt". Die Luftwaffe unterstellte sich wieder der Befehlsgewalt des Oberkommandierenden, wobei Wert gelegt wurde auf die Feststellung, daß der Putschversuch **nicht gescheitert** sei! („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.12.).

Einen Tag nach Beendigung des Aufstandes gab General Videla eine Bekanntmachung heraus: Dort verurteilt er die Rebellion keineswegs, sondern betont, *„daß er lediglich mit der vorgeschlagenen Lösung der Aufständischen nicht einverstanden sei"* („NZZ", 22.12.)

Der Putschversuch der Luftwaffe war offensichtlich eine unter den Militärs nicht abgesprochene, „voreilige" Aktion. Einig sind sich die Militärs darüber, daß die Aktion in die richtige Richtung ging, daß die „Motive" der Luftwaffe zu unterstützen sind („FAZ", 6.12.). Umstritten ist jedoch die Frage, wann die Zeit für die Machtübernahme der Streitkräfte endgültig reif ist. Die Mehrheit der Militärs versucht zunächst weiterhin, „demokratisch" und „verfassungstreu" aufzutreten und die Machtübernahme so lange hinauszuzögern, bis sie sich der breitestmöglichen Zustimmung aus den Reihen des Volkes, der politischen Parteien, der Kirche usw. sicher sein können.

Trotzdem hat der Putschversuch einen konkreten Machtzuwachs für
testmöglichen Zustimmung aus den Reihen des Volkes, der politischen Parteien, der Kirche usw. sicher sein können.
Trotzdem hat der Putschversuch einen konkreten Machtzuwachs für
die Militärs gebracht: Der bisherige peronistenfreundliche Luftwaffenchef wurde abgelöst. Die Streitkräfte in Bahia Blanca haben Radio- und Fernsehstationen angewiesen, *„keine alarmierenden Meldungen"* mehr zu verbreiten, auch wenn sie von der Regierung kommen. – Dies, obwohl Radio und Fernsehen eigentlich der Regierung unterstehen! („NZZ", 23.12.). General Videla trat in Kontakt mit Victor Calabro, dem Provinzgouverneur von Buenos Aires, und beglückwünschte ihn zu „seinen erfolgreichen Maßnahmen gegen die Subversion". Dies ist ein mehr als deutlicher Angriff gegen Isabel, denn Calabro wurde erst vor wenigen Wochen aus der peronistischen Partei ausgeschlossen, weil er Kritik an Isabel geübt hatte („NZZ", 27/28.12.75). Inzwischen haben die Chefs der Streitkräfte Isabel Peron ein Ultimatum gestellt, sie soll bis Ende Januar zurücktreten oder einen längeren Urlaub nehmen („SZ", 2.1.76).

Kirche ruft zum Staatsstreich auf

Der Erzbischof von La Plata hat in seiner Neujahrsbotschaft die Regierung Isabels heftig angegriffen. Er kritisierte den *„ohnmächtigen, führungslosen Staat"*, *„Korruption, Unmoral und Unfähigkeit"* in der Regierung. Hohes Lob zollte er dagegen den Streitkräften, die *„allein den Kampf gegen die Guerilla durchstehen"* und *„allein die moralische Lauterkeit"* bewahren: *„Es ist offensichtlich, daß der streitbare Erzbischof von La Plata sich nicht nur auf die Kritik der Regierung beschränkt; er fordert den Staatsstreich. Kein kirchlicher Würdenträger hat bisher so klar gesprochen"* („NZZ" 7.1.).

Die Regierung hat inzwischen eine Beschwerde an den Papst gerichtet, wegen dieser Einmischung der Kirche in politische Angelegenheiten („SZ", 7.1.76). Dessen ungeachtet betätigt sich derzeit ein anderer „krichlicher Würdenträger", ebenfalls Erzbischof und gleichzeitig Generalvikar der Streitkräfte, als Vermittler zwischen Militärs und Regierung. Nachdem er bereits die Verhandlungen mit den Putschisten der Luftwaffe geführt hatte, bestand und besteht seine Aufgabe jetzt darin, Isabel endlich zum Rücktritt oder wenigstens zu einem längeren Urlaub zu bewegen („NZZ", 7.1. und „SZ", 2.1.).

Mit der eindeutigen Unterstützung der Streitkräfte erfüllt auch die katholische Kirche in Argentinien – genau wie die chilenische Kirche – ihre traditionell reaktionäre Aufgabe. In Chile wurde erst kürzlich Kardinal Silva Henriquez als Präsident der Bischofskonferenz abgelöst, um die Spannungen zwischen Kirche und Junta beizulegen. Henriquez hatte das antifaschistische kirchliche Friedenskomitee unterstützt (vergl. Artikel in diesem AK).

Überlebensübungen der Regierung

Obwohl Isabel Peron nach dem Putschversuch der Luftwaffe erneut bekanntgab, daß sie nicht daran denke zurückzutreten, ist sie doch erheblich kleinlauter geworden.

- Sie gestand ein, daß ihre Regierung Fehler gemacht habe, die „überwunden werden" müßten.
- Sie hat dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Korruptionsfälle in der Regierung jegliche Unterstützung zugesagt – noch vor einigen Wochen hatte sie ihn für verfassungsfeindlich (!) erklärt und mit allen Mitteln gegen seine Einrichtung gekämpft („NZZ", 2.12.).
- Und schließlich hat sie ihren Intimus Lopez Rega von seinem Posten als „Sonderbotschafter der Präsidentin" absetzen müssen („NZZ", 7.1.).

Anfang Januar versuchte sie dann, den Eindruck einer starken und handlungsfähigen Regierung zu erwecken. In einer Fernsehrede rief sie die Bevölkerung auf, sich am *„Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen"* und appellierte an die Massenmedien, *„systematische Kampagnen mit deutlich aggressiven Zielen"* gegen die Regierung zu unterlassen („NZZ", 11.12.). (Bereits im Dezember hatte die Regierung in einem Kommunique an die Medien gedroht, daß sie *„unerbittliche Maßnahmen gegen jene ergreifen werde, die Informationen entstellen"* und die der Subversion nicht in ausreichendem Maße entgegentreten, „Monitordienst", 8.12.)

Dabei war die Rolle der Regierung während des Putschversuchs der Luftwaffe mehr als kläglich. Einem Aufruf führender Peronisten zu einer Kundgebung zur Unterstützung der Regierung folgten bloß wenige hundert Menschen („FR", 22.12.75). (Zu Perons Zeiten waren es Hunderttausende.)
Aufruf führender Peronisten zu einer Kundgebung zur Unterstützung der Regierung folgten bloß wenige hundert Menschen („FR", 22.12.75). (Zu Perons Zeiten waren es Hunderttausende.)

So wurde denn auch „die Stimme aus dem Totenreich bemüht", alle Radiosender wurden eingespannt, um eine Tonbandrede von Juan Peron abzuspielen („NZZ", 22.12.).

Alle diese Maßnahmen nützen Isabel aber wenig. Es wurde ein zweites Amtsenthebungsverfahren gegen sie eingeleitet – das erste war im Parlament noch abgelehnt worden. Vorgeworfen werden Isabel *„Verstöße gegen die Verfassung, Unfähigkeit in der Amtsführung, Verwendung öffentlicher Mittel für private Zwecke"* („FR", 29.12.).

Ein Bundesrichter hat Isabel inzwischen von dem letzten Vorwurf – Mißbrauch öffentlicher Gelder – freigesprochen („FAZ", 1.1.76). Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ermittelt aber weiter: Isabel hatte angeblich „aus Versehen" einen Scheck über rund 2,2 Mio. DM aus einer öffentlichen Stiftung auf ihr privates Konto gezogen. Ausschlaggebend für Isabels Abtritt werden aber schließlich die Militärs und ihre Aufforderung, Isabel solle zurücktreten, sein.

Partnerschaft zwischen der TH Aachen und chilenischer Universität

Seit einigen Jahren existiert ein „Partnerschaftsabkommen" zwischen der „Rheinisch-Westphälischen Technischen Hochschule Aachen" (RWTH) und der „Universidad Tecnica Federico Santa Maria" (in Valparaiso) - abgekürzt UTFSM. Dieses Abkommen wird vom „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" mit rund 5 Mio. DM finanziert und unterstützt den Aufbau der „Fakultät für Maschinenwesen" in Chile. Ein gewisser Prof. Beckers legte dem „Akademischen Senat" am 31.10.74 einen Antrag auf Verlängerung der *„partnerschaftlichen Zusammenarbeit"* vor, der jedoch bis heute vertagt worden ist. Begründet wurde dies zurecht mit den derzeitigen politischen Verhältnissen in Chile. Die Herren des Senats an der RWTH einigten sich darauf, sich „Gutachten" anfertigen zu lassen über die Bedingungen an der UTFSM. Obwohl „Amnesty International" und die „Internationale Juristenkommission" konkret nachwiesen, daß *„rund ein Viertel der 200 Professoren auf die eine oder andere Art entlassen"* worden sind, wollen die westdeutschen Professoren die gute Zusammenarbeit weiter fortsetzen. Prof. Kaller z.B. meinte nur zynisch, daß es noch nicht gelungen sei, eine *„notwendige Mehrheit für eine Fortsetzung des Abkommens zu erreichen"*. (Nach „FR", 27.12.75).

Gladys Diaz verschwunden?

Die chilenische Gewerkschaftsjournalistin ist seit Oktober 1975 spurlos verschwunden. Die Chilenin wurde zusammen mit ihrem sechsjährigen Kind im Frühjahr 1975 verhaftet, gefoltert und verhört. Bei einem Transport vom KZ Pirque nach Tres Alamos verschwand die Genossin. („Extra-Dienst", 9.1.76; vgl. auch AK 71).

Katholische Kirche versöhnt mit Pinochet

Auf der zweiten Bischofskonferenz Mitte Dezember vergangenen Jahres erklärten die Bischöfe *„den Wunsch nach nationaler Aussöhnung"* mit der chilenischen Diktatur. Diese „Aussöhnung" wurde bereits Anfang Dezember durch den ehemaligen Leiter der Bischofskonferenz, Silva, eingeleitet: Er besuchte zunächst den Papst und holte sich seinen „Segen" für ein *„sehr liebenswürdiges, sympathisches und angenehmes Gespräch"* mit General Pinochet, das am 22.12.75 stattfand. („FAZ", 24.12.75).

Nachdem die chilenische Militärjunta bereits die kirchlichen „Friedenskomitees" auflöste, Anfang Dezember eine kirchliche Wallfahrt wegen der Gefahr „marxistischer Elemente" verboten hatte, kann die von den Bischöfen erklärte „Aussöhnung" mit dem Faschismus als offenstes Eingeständnis des Klerus bezeichnet werden, wo diese „Hochwürden" stehen: als getreue Hilfsdiener an der Seite Pinochets. (Aus „FAZ", 24.12.75, „NZZ", 18.12.75 und „SZ", 7.12.75).

Sprengstoffanschlag auf chilenisches Konsulat

Sprengstoffanschlag auf chilenisches Konsulat

Ein Sprengstoffanschlag auf das chilenische Generalkonsulat in Frankfurt ist am Neujahrstag leider noch verhindert worden. Die gefundenen vier kg Sprengstoff hätten ausgereicht, die Zimmer total zu zerstören. Die Menschen, die den Sprengstoff deponierten, durchsuchten vorher noch Schränke und einen Tresor im chilenischen Konsulat. Nach Angaben der Bullen sollen Pässe, Stempel und Siegel fehlen, mit denen verfolgte Chilenen aus Chile unerkannt ausreisen können. (Aus „FAZ" vom 2.1.76 und „FR" vom 2. und 3.1.76).

Reprivatisierung geht weiter

1975 sind Firmen, die zu Zeiten der UP-Regierung verstaatlicht worden waren, im Gesamtwert von 524 Mio. DM an „private Unternehmen zurückverkauft" worden. Für 1976 sind ähnliche Transaktionen profitabler Betriebe geplant.

VR China verbessert Beziehungen zu Chile

Chile gerät - sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch - zunehmend in die Isolierung. Auch wirtschaftlich gesehen steht es in Schwierigkeiten, da die Kupfer- und Salpeterexporte aufgrund der weltweiten kapitalistischen Krise relativ niedrig sind. Ausgerechnet die VR China entwickelt sich in der jetzigen Situation zu einem wichtigen Handelspartner des Pinochet-Regimes:

- Die VR China hat Chile einen 58 Mio. -Dollar-Kredit in Aussicht gestellt, wenn China ein entsprechender Anteil an der chilenischen Kupferproduktion garantiert wird. („Bayernkurier", 13.12.75).
- 100.000 Tonnen von insgesamt 150.000 Tonnen Salpeter wurden in Chile verschifft. Adressat: die VR China. *„China ist damit sprungartig einer der Hauptabnehmer dieses Produkts geworden"*. („FAZ", 10.12.75).
- Die VR China will ihre Kupferimporte aus Chile 1976 vervierfachen. 1975 lieferte Chile ca. 8.000 Tonnen, 1976 sind 34.000

Tonnen geplant. („Horizont", 52/75 und „FAZ", 1.12.75).

Dieser sprunghaft gestiegene Handel zwischen der VR China und Chile ist das Ergebnis einer insgesamt „herzlichen" Beziehung zwischen diesen Ländern: Anläßlich eines Besuchs einer chinesischen Handelsdelegation in Chile erklärte der Chef der chilenischen Handelsmission, Claro, daß *„das Ergebnis der beiderseitigen Gespräche sehr zufriedenstellend gewesen sei"* (El Mercurio International, vom 27.9.75 - Sprachrohr der Junta). Claro erklärte weiter, er habe während seines Peking-Besuchs *„sich von den ausgezeichneten diplomatischen, bilateralen Beziehungen überzeugen (können)"*.

„Ziel dieser Handelsmission war es, die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern noch enger zu gestalten und nicht, wie irrtümlich behauptet wurde, um sie wieder aufzunehmen" (ebenda). Und weiter erklärte Claro, *„daß die Beziehungen der Junta und der VR China ja schon immer besonders herzlich gewesen seien, was durch Pinochets Glückwunschtelegramm zum 80. Geburtstag Mao-Tse-Tungs bestätigt worden sei."* (ebenda)

Heute bestätigt sich leider, daß die Entscheidung der chinesischen Außenpolitiker, die diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und Chile nach dem blutigen Putsch der Pinochet-Clique nicht abzubrechen, keineswegs bloß eine verzeihliche „Fehlleistung" war. Während die gesamte fortschrittliche Welt - ja selbst bürgerlich-demokratische Regimes - für die I s o l i e r u n g und den B o y k o t t des Pinochet-Regimes eintreten, streben die chinesischen Außenpolitiker mit ihrer Politik gegenüber den chilenischen Faschisten das genaue Gegenteil an. Es scheint, als sei diesen Leuten j e d e r „Partner" recht bei ihrem Kampf gegen die e i n e „Supermacht" ...

Sheila Cassidy frei – Britischer Botschafter zurückberufen

Die britische Chirurgin, Sheila Cassidy, wurde am 29.12.75 nach zweimonatiger Haft aus einem Folterhaus in Santiago entlassen. Die Ärztin hatte den bei einem schweren Feuergefecht mit dem Geheimdienst DINA lebensgefährlich verletzten Genossen Nelson Gutierrez, Mitglied des ZK des MIR. in einem Kloster operiert (vgl. AK 68 und 70, dI 18).

Bei ihrer Verhaftung am 1.10.75 in einem von der katholischen Kirche verwalteten Sanatorium wurden Frau Cassidy die Augen verbunden. Auf der Fahrt ins Gefängnis wurde sie bereits brutal geschlagen. *„Nach einem kurzen Verhör wurde ich durch elektrische Schocks gefoltert. Die Augen hatte ich immer noch verbunden. Die Schocks erschütterten meinen ganzen Körper. Ich war dabei an ein Bett gefesselt."* (Nach „Tagesspiegel", 31.12.75).

Pinochets Folterknechte wollten Sheila zwingen, zu verraten, wo sie den verwundeten Genossen behandelt hatte. Als die Ärztin keine Aussage machte, wurde der elektrische Strom verstärkt. Dies erklärte sie einem Reporter der Londoner Tageszeitung „Daily Telegraph" auf ihrem Rückflug nach London: *„Sie hatten mir zuvor alle Kleider vom Leib gerissen. Sie sagten mir, sie würden die Tortur fortsetzen - solange, bis ich reden würde."* (ebenda) Sie wurde insgesamt vier Tage brutal gefoltert, danach noch weiteren zehn Verhören unterzogen, bei denen sie jedesmal geschlagen worden sei. Später habe ein Hypnotiseur in einem Gefängnis in der Nähe von Santiago versucht, sie die Folterungen und Mißhandlungen vergessen zu machen (!!!).

Bei ihrer Freilassung wurde die Ärztin vor dem Gefängnis vom britischen Botschafter in Santiago, Seconde, begrüßt. Hunderte von Chilenen hatten sich vor dem Flughafen eingefunden, um Sheila zum Abschied zuzuwinken. (Angaben nach „Tagesspiegel" und „FR" vom 31.12.75).

Die britische Regierung war mehrmals bei der Junta vorstellig geworden, so daß die Ärztin schließlich durch einen Erlaß des Obersten „Gorillas" Pinochet freigelassen werden mußte. Aus Protest gegen die brutalen Mißhandlungen reagierte die britische Regierung mit der Abberufung des Botschafters aus Santiago zur Berichterstattung. Das Londoner Außenministerium richtete außerdem eine scharfe Protestnote an die chilenische Regierung, die die Folterungen wie üblich leugnete. Der linke Flügel der britischen Labour Party forderte weitergehende Maßnahmen: den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Chile, die Verhängung von Handelssanktionen, ein Verbot der Auslieferung von in Schottland gebauten U-Booten und Flugzeugen an die Pinochet-Clique. („Odenwälder Zeitung", 2.1.76).

General Stark zurückgetreten

Der dritthöchste Offizier der chilenischen Armee, General Arrelano Stark, ist von seinem Posten als Stabschef des Heeres zurückgetreten. Arrelano galt als enger Freund Pinochets und trägt die direkte Verantwortung für die Ermordung Allendes. Nach einer Meldung der britischen „Sunday Times" hängt der Rücktritt Arrelanos mit angeblichen Differenzen in der Junta zusammen: Es sollen zehn Generäle unter Führung von General Leigh (Leigh ist als Faschist hinlänglich bekannt und soll das „Gehirn" des Putsches von 1973 gewesen sein) Pinochet ein „Ultimatum" vorgelegt haben, in dem u.a. die Forderung nach Auflösung der Geheimpolizei, Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und Verbesserung des Images im Ausland erhoben worden sein soll. („HA" und „SZ", 6.1.76). Die „FR" vom 5.1.76 schrieb sogar, *„daß General Leigh im Zentrum einer Rebellion stehen"* soll.

Die Meldungen über angebliche Differenzen und gar der Ablösung von Pinochet sind von Pinochet selbst dementiert worden („FR", 6.1.76). Die amtliche chilenische Presseagentur gab an, *„Informationen, die in Europa über eine Krise in der Junta veröffentlicht wurden, seien äußere politische Manöver und zielten nur darauf hin, den Skandal zu vertuschen, der durch die Berichte über die angeblichen Folterungen, deren Opfer die britische Ärztin Sheila Cassidy* (s.o.) *gewesen sein will, ausgelöst worden sei"*. („NZZ", 9.1.76).

Den Berichten über angebliche Verschwörungen innerhalb der Junta will Pinochet künftig einen Riegel vorschieben: die Berichte der britischen Zeitung „Sunday Times" werden in Chile zensiert! (Nach „Le Monde", 7.1.76). Die chilenische (faschistische) Zeitung „La Segunda" schrieb, daß die englische Presse *„in beunruhigender Weise"* eine Informationsserie gegen die chilenischen Streitkräfte veröffentlicht habe. Trotz dieser Dementis aus der bürgerlichen Presse und auch von Pinochet selber berichtete die „NZZ" vom 12.1.76: *„Trotz Dementis aus Santiago sprechen informierte Kreise in London weiterhin von einem Machtkampf in Chile zwischen ... Pinochet und anderen Militärführern ... Das Komplott zielt offenbar auf die Ersetzung Pinochets durch ein Triumvirat, dem auch (der zurückgetretene) Arrelano angehören sollte."*

„Luftwaffengeneral Leigh hatte öffentlich eine Meldung der ‚Sunday Times' dementiert, wonach er an der Spitze einer Gruppe von zehn Generälen Druck auf Pinochet ausgeübt" haben soll. *„General Leigh hat sich mit unzufriedenen Offizieren darauf geeinigt, die Frage des Triumvirats in anderer Form wiederaufzunehmen"*. („NZZ", 12.1.76).

Die britische Zeitschrift „The Economist" berichtete, *„Washington bemühe sich seit einem Jahr diskret um die Ersetzung Pinochets durch eine weniger kompromittierte Persönlichkeit. Die USA haben ihr Mißfallen am Junta-Chef offen gezeigt, indem sie in der UNO einer Resolution zugestimmt hatten, in der die Verletzung der Menschenrechte durch Chile verurteilt wurde."* (Nach „NZZ", 12.1.76).

Tatsache ist, daß die Absetzung von faschistischen Militärs durch den Faschisten Pinochet in Chile durchaus üblich ist. So kam der Chef des Geheimdienstes „DINA", Augusto Lutz, ums Leben, und der ehemalige Verteidigungsminister Oscar Bonilla stürzte unter mysteriösen Umständen mit einem Hubschrauber ab, als er am 3.3.75 seinen Dienst wieder aufnehmen wollte. (siehe „Chile-Nachrichten", Nr.32, 1975). Insgesamt sind nur noch sieben Generäle und Pinochet aus der damals 28köpfigen Junta in ihren Ämtern. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß der Imperialismus seine diskreditierten Verbrecher durchaus von Zeit zu Zeit durch eine neue Figur ersetzt. Man denke z.B. an die Ermordung des Faschisten Diem 1963 in Südvietnam durch den CIA.

Solche Differenzen innerhalb der Faschisten-Clique (und die gibt es hier zweifellos!)haben noch nie zu grundsätzlichen Veränderungen der Politik geführt! Die Tatsache, daß die Meldungen über angebliche „Verschwörungen" gegen Pinochet, über amerikanischen Druck usw. fast ausnahmslos in der britischen Presse zu finden sind, weist eher darauf hin, mit Berichten über den „wankenden Thron" Pinochets ein Alibi zur Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Chile zu besitzen. Dies vor allem vor der englischen Arbeiterklasse, die anläßlich der Folterungen der Ärztin Cassidy (s.o.) den sofortigen Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Chile fordert. •

Lateinamerika-Kommission

„Supermacht" ...

Peru: CGTP warnt vor Reaktion

Der regierungstreue Gewerkschaftsverbans Perus, CGTP (daneben gibt es noch eine Reihe klassenkämpferischer Gewerkschaften, z.B. unter den Landarbeitern), wandte sich Ende 75 in einem Aufruf an „Arbeiterklasse, Regierung und Volk" und warnte darin vor der *„tiefgehenden Offensive der Rechten, der Unternehmer und der Reaktion"*. Es wird von einer *„massiven Hetzkampagne"* der Kapitalisten gegen die CGTP und *„zahlreichen Unternehmerprovokationen in den Betrieben"* berichtet. Gegen *„Fabrikschließungen, Entlassung von Arbeitern und Sabotage an der Produktion"* müsse der Kampf aufgenommen werden („Neues Deutschland", 17.12.75).

Im Süden Perus forderten Gewerkschaftsführer und Bergleute von Toquepala und Ilo auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Verstaatlichung der Minen, die zur US-eigenen Kupfer-Gesellschaft Southern Peru Copper Corporation gehören („Horizont" 51/75). •

Chile: „Für den Führer gebären" und hungern

Nachstehend geben wir Auszüge eines Briefes aus Chile wieder. *„Während der UP sind speziell in den Elendsvierteln Frauen, die keine Kinder mehr haben wollten, Spiralen eingesetzt worden, oder sie bekamen Pillen umsonst. Meine Freundin hatte schon sehr viele Kinder und sie wollte natürlich keines mehr, das ist klar. Sie kann nicht, es ist einfach zu viel, auch für eine Frau in normaleren Verhältnissen.*

Sie hatte also die Spirale und kam eines Tages an und sagte: ‚Stellen Sie sich vor: man hat uns im Mütterzentrum zusammengerufen und man hat uns gesagt, Chile braucht Soldaten und es verstößt gegen sittliche und religiöse Moral, die Pille zu nehmen oder sich Spiralen einsetzen zu lassen. Alle Frauen, die in der poblacion die Spirale tragen oder die Tablette nehmen, sind verpflichtet, die Spirale entfernen zu lassen; wenn sie das nicht freiwillig tun, werden Militärs diese Spirale entfernen. Es verstößt also gegen die gute Sitte – kennen Sie das nicht aus der Nazizeit – was uns eigentlich noch fehlt, ist das Mutterverdienstkreuz. Ich bin absolut überzeugt, daß sie auf diese Idee kommen werden. Man hat dann allerdings nichts gemacht, und ich habe sie gefragt, ob man wieder an sie herangetreten ist, und sie hat nein gesagt.

Dabei blieb es aber nicht. Man hatte ja Listen in den Mütterzentren, wer alles eine Spirale eingesetzt bekommen hatte. Ab Anfang Mai sind diese Frauen gezwungen worden, in die Spitäler zu gehen, wo ihnen die Spiralen entfernt worden sind. Die Ausgabe von Pillen ist verboten worden. Alles stand unter dem Motto, das verstoße gegen die gute Sitte und Moral." („Chile Nachrichten" Nr. 31).

Diese „Bevölkerungspolitik" der chilenischen Faschisten und ihre besondere Verachtung gegenüber den Frauen wird „ergänzt" durch die katastrophalen Lebensbedingungen der Kinder.

Kinder werden geboren, um gleich danach zu sterben oder ein Leben in Elend zu führen:

„5000 Säuglinge sind nach Aussagen chilenischer Kinderärzte infolge akuter Unterernährung vom Hungertod bedroht. Sollten sie gerettet werden, bleiben körperliche und geistige Schäden. 30 bis 40 Prozent aller Kinder leiden an Unterernährung. 350 000 leben von den Resten aus Mülltonnen. Die Kindersterblichkeit – 1970 bei 79,3 von 1000; unter der Unidad Popular auf 65,3 gesunken – hatte bereits im vergangenen Jahr wieder 77,3 erreicht" (aus: „ND", 24.12.75).

Eines Tages wird es die „gute Sitte" der Frauen und Kinder und des gesamten chilenischen Volkes werden, die Faschisten an den Galgen zu bringen!
TOD DEM FASCHISMUS! •

Lateinamerika-Kommission und Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Venezuela: Verstaatlichung aller Ölkonzerne

Anfang des Jahres wurde in feierlichen Festakten die lange vorbereitete Verstaatlichung der Ölindustrie verwirklicht. Betroffen von den Verstaatlichungen sind 22 Konzerne, u.a. US-Giganten wie z.B. Shell und Exxon. Bis auf eine Ausnahme haben sich alle 22 Firmen mit den Verstaatlichungsbedingungen einverstanden erklärt („NZZ", 4./5.1.76).

Die Nationalisierung, die die Regierung als *„2.Befreiung Venezuelas"* hochjubelt, ist tatsächlich nichts als die publikumswirksamere Gestaltung der Beziehungen zwischen Venezuela und den Öl-Imperialisten, wobei die venezolanische Bourgeoisie sich etwas größere Anteile am Profit gesichert hat.

Die Regierung entschädigt die Ölfirmen mit insgesamt 1 Mrd. Dollar. Über zum Teil erst kürzlich gegründete Finanzierungsgesellschaften sind die Imperialisten auch weiterhin an den Profiten beteiligt. Auf dem Gebiet der Vermarktung, der Technologie, des Know How, ist die weitere Mitwirkung der enteigneten Konzerne garantiert und erwünscht („NZZ", 5.9.).

Während Präsident Andres Perez in den Festreden versprach, daß die staatliche Kontrolle über das Öl und die Öleinnahmen für Reformen im Interesse des Volkes eingesetzt würden, ist die Arbeitslosenrate Venezuelas eine der höchsten der Welt (jeder dritte ist arbeitslos), leben ein Drittel aller Einwohner von Caracas in den Elendsvierteln. Nur zwei Drittel aller Kinder können – wenn sie überhaupt Unterricht erhalten – die Grundschule beenden. In den Krankenhäusern von Caracas liegen wegen Platzmangel je zwei Kranke in einem Bett („Spiegel" 41/75). Dies – obwohl das Land schon seit Jahren über ständig steigende Einnahmen aus seinen Ölquellen verfügt. Der formale Akt der Verstaatlichung wird das Elend des Volkes nicht beseitigen.

An den Nationalisierungsfeierlichkeiten nahm übrigens auch der – extra dazu angereiste – portugiesische Sozialistenführer Soares teil. Die venezolanische Regierung hatte sich vor kurzem bereit erklärt, 50.000 portugiesische Auswanderer aufzunehmen! („FAZ", 29.12.) •



Nur wenn karitative Organisationen helfen, bekommen Kinder in den Slums von Santiago eine warme Mahlzeit
Jedes zweite Kind ist unterernährt, jedes fünfte wird durch Hunger Gehirnschäden erleiden

Brasilien: „Politische Öffnung"?

Das Jahr 76 begann für Brasiliens offiziell anerkannte „Oppositions"-Partei MDB („Movimento democratico brasileira") mit harten Repressalien: Präsident Geisel entzog zweien ihrer Abgeordneten, dem Metallgewerkschafter Marcelo Gatto und dem Anwalt Nelson Fabiano, unter Anwendung des Ermächtigungsgesetzes „Institutioneller Akt Nr. 5" ihr Parlamentsmandat und sprach gegen beide ein Verbot politischer Betätigung auf 10 Jahre aus.

Beide hatten öffentlich den Geheimdienst kritisiert, der Mitte Dezember eine „Untersuchung" herausgebracht hatte, in der dem MDB kommunistische Unterwanderung unterstellt wird. Gatto und Fabiano nannten den Bericht eine „Pseudountersuchung" und erklärten: *„Das Volk weiß, wieviel Leid, Folter, Qual und Furcht in jeder Zeile dieser ‚Untersuchung' enthalten sind, deren Wertlosigkeit schon im Ursprung begründet ist: in der gegen Menschen verübte Gewalt."* (Süddeutsche Zeitung, 8.1.76)

- Der Entzug des Mandats begründete die Regierung Geisel mit der Tatsache, daß die beiden „Kritik an den Sicherheitsorganen" geübt hätten.
- Damit wurde der vielbeschworenen Illusion einer „abertura politica" (politische Öffnung) ein weiterer empfindlicher Schlag versetzt, das Tauwetter, auf das viele bei Amtsantritt Geisels im Jahre 74 hofften, scheint sich ausgetaut zu haben.

Allerdings gehörte auch schon viel Phantasie dazu, um aus dem politischen Kurs der Geisel-Regierung seit 74 ein „Tauwetter" herauszuinterpretieren:

- Zwar tauchen seitdem in den Zeitungen kritische Berichte von Folter und Ermordung oppositioneller Menschen durch die Geheimpolizei und vor allem durch das II. Armeekorps von Sao Paulo und die ihm unterstehende Sicherheitsbehörde, auf. Zwar verlas sogar ein „oppositioneller" Abgeordneter im Parlament einen Brief eines Generals, in dem dieser von der Folterung seines Sohnes durch die Geheimpolizei von Rio de Janeiro berichtet. Keineswegs führte dies allerdings dazu, daß sich die verbrecherischen Praktiken des Regimes nennenswert geändert hätten. Im Gegenteil ist in den letzten Wochen eine wesentliche Verschärfung der Gangart zu verzeichnen: *„In Sao Paulo spricht man von insgesamt 2.300 Verhaftungen während der letzten Wochen, darunter allein 600 im Studentenmilieu. Innerhalb weniger Tage sind in Sao Paulo elf Journalisten verhaftet worden. Einer von ihnen – Wladimir Herzog – kam bei der Vernehmung schon am ersten Tag ‚durch Erwürgen' (angeblich Selbstmord) ums Leben."* („Südd. Zeitung, 30.10.75)
- Zwar wurde für die Tageszeitungen „Estado de Sao Paulo" und „Jornal da Tarde" die Vorzensur aufgehoben. Welche Linie man allerdings durch „freiwillige" Selbstzensur verwirklicht sehen will, zeigte der Fall der Zeitung „Jornal de Brasilia". Deren Chefredakteur wurde wegen Vergehens gegen die Sicherheitsgesetze angeklagt. Die Zeitung hatte Erklärungen von Familienmitgliedern eines verhafteten kommunistischen Abgeordneten über vom ihm erlittene Folterungen veröffentlicht.
- Zwar sprach Justizminister Armando Falcao von einem „langsamen, sicheren und schrittweisen Prozeß in Richtung auf eine demokratische Normalisierung", gleichzeitig gab er aber zu verstehen, daß man nicht an die Aufhebung des „Institutionellen Aktes Nr. 5" und des „Dekretes Nr. 477" (s. Fußnote 1 und 2) denkt.
- Zwar veranstaltete die Geisel-Regierung im November 74 eine Parlamentswahl, bei der sogar eine Oppositionspartei (MDB) gegen die Regierungspartei Arena (Alianca renovadora Nacional) antreten durfte. Der Charakter dieser Wahl wird allerdings klar, wenn man weiß, daß sowohl Arena, als auch MDB 1964 nach dem Militärputsch auf Anweisung der Generale gegründet worden sind – andererseits sämtliche anderen oppositionellen Organisationen und Parteien von der Wahl ausgeschlossen waren. Ein Hohn auf eine auch nur halbwegs funktionierende parlamentarische Demokratie!

Diese „Demokratisierungsversuche" sind für die brasilianische arbeitende Bevölkerung absolut lächerlich. Andererseits deuten sie auf eine verstärkte Diskussion innerhalb des Lagers der brasilianischen Bourgeoisie hin.



Nach jahrelangem geradezu phantastischem Aufschwung der brasilianischen Wirtschaft und Profite für die einheimische Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten (allen voran die US-amerikanischen und die westdeutschen), wird allgemein für das Jahr 76 eine Wende erwartet:

– Die inländische Inflation, die bereits 75 weit über der offiziell angegebenen Rate von 25% lag, wird weiter nach oben schnellen.

– Durch die massive Inanspruchnahme ausländischen Kapitals zur Abdeckung der Differenz zwischen Warenimport und Export entstand ein Zahlungsbilanzdefizit, das sich rapide vergrößern wird. 1974 betrug das Defizit 6,9 Mrd. Dollar, 1975 wird es auf 7,3 Mrd. geschätzt.

– Die Auslandsverschuldung, die sich u.a. aus diesem Defizit, ausländischen Krediten zur Investition und Zinsen zusammensetzt, wird für 76 auf 29 Mrd. Dollar geschätzt. *„Allein für Zinsen und Gewinnüberweisungen muß Brasilien in diesem Jahr 2,7 Mrd. Dollar – fast ein Drittel des Exporterlöses (!) – aufwenden."* („Südd. Zeitung)

– Die imperialistischen Konzerne gewinnen mehr und mehr Einfluß auf die brasilianische Wirtschaft und Politik. *„Am Volumen der Auslandsschuld sind die Multinationalen mit fast einem Drittel (5,2 Mrd. Dollar) beteiligt."* (s.o.)

Dieser sich zuspitzenden und für die brasilianische Bourgeoisie bedrohlichen Situation versuchte die Geisel-Regierung durch Importbeschränkungen, Streichung von Zollvergünstigungen, Hinauszögern von Verkaufslizenzen für ausländische Produkte und Kreditverknappung Herr zu werden. Der „Erfolg" waren Firmenpleiten, geplatzte Wechsel und Mangel an Ersatzteilen und Ausrüstungen aus dem Ausland. Ein Teufelskreis, zu dessen Durchbrechung breite Teile der brasilianischen Bourgeoisie einen „nationalistischen" Kurs der größeren Unabhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital vorschlagen. Zur Durchsetzung eines solchen Kurses braucht die Bourgoisie aber das Kleinbürgertum und die Unterstützung von Teilen der Arbeiterklasse.

Das Programm der MDB-„Opposition", mit dem sie 74 zur Wahl angetreten ist und einen großen Erfolg erzielte (MDB brachte in 16 von 22 Bundesländern seine Kandidaten durch), bringt diese Zielsetzung wohl am klarsten zum Ausdruck: die typische Mischung aus antiimperialistischen, nationalistischen und demokratischen Forderungen, die in gewissem Maße sogar den antifaschistischen Strömungen in der Bevölkerung Rechnung trägt:

– Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Macht der ausländischen Konzerne.

– Förderung der nationalen Unternehmen.

– Gegen hohe Preise und für höhere Löhne (zur Förderung der Binnenkonjunktur, auf die die brasilianische Bourgeoisie angewiesen ist).

– Auf politischem Gebiet eine gewisse Öffnung, Eindämmung der brutalsten Übergriffe durch Geheimpolizei und faschistische Kommandos (Todesschwadron). MDB stellte die Forderung nach einer Untersuchung von „ungeklärten Todesfällen" bei Verhören durch die politische Polizei.

Mehreres scheint aber darauf hinzudeuten, daß die „harte Linie" im Militär, die im wesentlichen das Interesse des ausländischen Imperialismus vertritt, gegenwärtig die Überhand hat. Sowohl die Verschärfung des innenpolitischen Kurses spricht dafür, als auch die Tatsache, daß die Regierung Geisel im letzten Jahr mehrere Maßnahmen getroffen hat, die ausgesprochene Vorteile für das ausländische Kapital bieten: Erstens wurden die Aktienmärkte Brasiliens für ausländische Anleger geöffnet, zweitens die Transfersteuer für die Überweisung von Dividenden für langfristige Anlagen von 15% auf 8% herabgesetzt. Drittens – und das ist wohl die wichtigste Maßnahme – brach die Regierung Geisel das Monopol der staatlichen Erdölgesellschaft Petrobras auf dem Sektor der Erdölgewinnung und Verarbeitung durch die Genehmigung ausländischer Investionen auf diesem Gebiet. ●

Lateinamerika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Fußnoten

Fußnote 1: „Institutioneller Akt Nr. 5" Ermächtigungsgesetz, das 1968 – 4 Jahre nach Errichtung der Militärdiktatur – eingeführt wurde, „um das Parlament schließen und kritische Parlamentarier, Beamte, Richter oder Soldaten formlos aus ihren Ämtern und Positionen entfernen zu können. Er ist bisher 800 mal angewendet worden..." („Südd. Zeitung", 8.1.76)

Fußnote 2: „Dekret Nr. 477": speziell zur Disziplinierung der Studentenschaft dienendes Gesetz, das die Relegierung (Entlassung) „subversiver" Studenten von der Universität vorsieht.



Am 25. Oktober 75 kam der Journalist Wladimir Herzog bei einem Verhör durch die Faschisten vom II. Armeekorps von Sao Paulo durch „Erwürgen" ums Leben. Die offizielle Version lautete natürlich Selbstmord. Trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen konnten die Gorillas nicht den breiten Protest der Bevölkerung verhindern:

– Obwohl seine Beerdigung hastig und ohne große Ankündigung durchgeführt wurde, sind 600 Menschen gekommen.

– Zu einer Seelenmesse, die Kardinal Evaristo Arns in der Kathedrale von Sao Paulo (!) zelebrierte, kamen über 6000 Menschen, *„während drei Bataillone der Militärpolizei die Zufahrtsstraßen zum Stadtzentrum sowie die Ausfahrten zum Universitätsviertel blockierten..."* („Südd. Zeitung", 3. 11. 75).

– Die damals seit einer Woche streikenden Studenten in Sao Paulo forderten öffentlich dazu auf, zur Messe für Herzog zu gehen, *„um gegen die Ermordung Herzogs und die Folterungen der politischen Häftlinge zu protestieren"* (s.o.).

Landreform in Mexico gescheitert

Die mexikanischen Regierungen rühmen sich, die erste Landreform auf dem lateinamerikanischen Kontinent durchgeführt zu haben. Bereits 1917 wurde – unter dem Druck der mexikanischen Revolution – ein Agrarreformgesetz verabschiedet, das die Enteignung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung an die landlosen Bauern und Tagelöhner vorsah. Doch die bisher mehr als 50 Jahre andauernde „Landreform" hat der Masse der mexikanischen Bauern bisher nichts gebracht.

Die mexikanischen Bauern kämpften von 1910 bis 1920 unter der Losung „Land und Freiheit". Zwei große Bauernheere unter der Führung von Pancho Villa und vor allem Emiliano Zapata traten für die Rechte der Bauern gegen die Regierungstruppen an. Zahlreiche Großgrundbesitzer wurden von den bewaffneten Bauern vertrieben und ihr Land an die Bauern und Dorfgemeinschaften verteilt.

Erst ab 1917 gelang es der Regierung, militärische Erfolge gegen die Bauern zu erringen, ihre Kampfkraft durch Reformzugeständnisse (Agrarreform 1917) zu schwächen und schließlich die Führung der Bauern zu zerschlagen. Zapata wurde 1919 hinterlistig ermordet.

In den 20er Jahren wurde die PRI (Institutionelle Revolutionspartei) gegründet, die bis heute ununterbrochen die Regierung stellt. Ihr Versprechen, die Agrarrevolution zu Ende zu führen, besteht in Wirklichkeit aus ständigem Verzögern, Verschleppen und Boykott der Errungenschaften der Revolution:

Heute gibt es in Mexiko (in absoluten Zahlen) mehr landlose Tagelöhner als vor Beginn der Revolution 1910. 13 Mio. Menschen, das ist ein Viertel der Bevölkerung Mexikos, leben als Tagelöhner am Existenzminimum.

Die Konzentration des Bodens in den Händen einiger Großgrundbesitzer wurde nicht abgebaut, sondern nahm zu: Heute verfügen 0,3% aller landwirtschaftlichen Betriebe über 56,7% der Anbaufläche.

Die Flächen, die tatsächlich an die Bauern verteilt wurden, werden nur zu einem geringen Teil kollektiv bewirtschaftet. Die Ejidos, Überreste der alten indianischen Dorfgemeinschaften, werden nicht gefördert und in der Entwicklung kollektiver Produktionsweisen nicht unterstützt (Zwei Drittel der Anbaufläche sind in privater Hand, nur ein Drittel wird von Ejidos oder Kollektiven bewirtschaftet).

Wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist, daß die Revolution von 1910 nicht konsequent zu Ende geführt werden konnte, sondern daß es der Bourgeoisie gelang, die bewaffneten Bauern zu schlagen und durch Reformversprechungen zu „befrieden".

Das Agrarreformgesetz von 1917, das in seinen wesentlichen Teilen noch heute gültig ist, ist von vornherein auf Betrug an den Bauern angelegt. Durch zahlreiche bürokratische Hindernisse und Umwege wird die Landverteilung hinausgezögert. Den Großgrundbesitzern bleiben genug Möglichkeiten, durch Aufteilung ihrer Ländereien der Enteignung zu entgehen, oder nur die unfruchtbaren, steinigen Flächen freizugeben und die bewässerten und ertragreichen in ihrem Besitz zu halten.

In der Gemeinde Madrid im Staat Colima wurden den beiden dort bestehenden Ejidos vor 15 Jahren (!) 2000 ha Land zugesprochen. Den betroffenen Großgrundbesitzern gelang es aber, in enger „Zusammenarbeit" mit dem Agrardelegierten (Regierungsbeamter, der für die Durchführung der Landreform zu sorgen hat) 400 ha des fruchtbarsten Bodens für sich zu behalten. Dadurch wurde es für die Bauern unmöglich, ertragreich zu wirtschaften. Zynisch ist folgende Regelung: Ein Ejido wird erst dann juristisch anerkannt (kann Verträge abschließen, Kredite aufnehmen usw.), wenn er „komplett" ist. D.h., die Ejidos von Madrid erhalten seit 15 Jahren weder Kredite noch technische Hilfe, weil sie noch nicht über das gesamte Land, das ihnen rechtliche zusteht, verfügen.



„Wir haben die Taktik der Regierung durchschaut", versichert ein Campesino in einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" („FR") vom 27.9.75. Und weiter: *„Man vertröstet den Campesino immer auf später. Er soll nächste Woche wieder bei der Agrardelegation vorsprechen. Man versichert ihm, daß sein Problem studiert werde. Oder man wimmelt ihn ab, weil der Herr Ingenieur oder der Herr Rechtsanwalt gerade besetzt sei. So werden unsere dringenden Anliegen über Jahre und Jahrzehnte hinaus verzögert. Die meisten Fälle sind 15 bis 20 Jahre alt, ohne daß eine Lösung in Sicht wäre."* D.h., daß bereits vor 15 bis 20 Jahren, Anträge auf Landverteilung nach dem Agrargesetz gestellt wurden, auf die aber bis heute noch nichts gefolgt ist!

Noch schlechter ist aber die Lage derjenigen, die nicht Mitglieder in den Ejidos sind.

In der Gemeinde Madrid sind z.B. von 1000 arbeitsfähigen Einwohnern nur 150 Ejidomitglieder. Allen andern bleibt nichts anderes übrig, als Gelegenheitsarbeiten bei den wenigen reichen Bauern oder in den Ejidos zu übernehmen. Sie verdienen nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn und sind regelmäßig mehrere Monate im Jahr arbeitslos.

In dieser Situation gelingt es der Regierungspartei PRI nicht mehr, die Campesinos und Tagelöhner reibungslos zu integrieren. Landbesetzungen, Bauerndemonstrationen und blutige Auseinandersetzungen mit der Polizei nehmen immer mehr zu.

Die immer noch bestehende Macht der Großgrundbesitzer, die Konzentration der Produktivität auf wenige Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, die Vernachlässigung und Bürokratisierung der Ejidos, die Existenz von über einer Million unrentabler Kleinbetriebe und das Riesenheer unterbeschäftigter Tagelöhner sind die Ursachen für die Zuspitzung:

„Präsident Luis Echeverria ist sich offenbar bewußt, daß der Zeitpunkt, in dem diese Bombe explodieren muß, unerbittlich näher rückt. Das Thema der festgefahrenen Landreform, der bürokratischen Auswüchse und der ‚unehrenhaften Funktionäre' kehrt in seinen Reden auffallend häufig wieder. Es ist unbestreitbar, daß ein etwas frischerer Wind durch die Administration bläst. Da und dort werden ein paar tausend Hektar verteilt, gewiß mehr als unter den vorherigen Regierungen. Aber was bedeutet das in einem Meer von Arbeitslosigkeit."

(Der Lateinamerika-Korrespondent Romeo Rey der „FR" am 27.9.75) ●

Lateinamerika-Kommission

Uruguay: Hunderte verhaftet

Seit Mitte Oktober hat das Regime Bordaberry den Terror noch verstärkt. Hunderte von Menschen wurden in den letzten Wochen und Monaten festgenommen und meist an unbekannte Orte verschleppt. Die Polizei in Montevideo bestreitet die Verhaftungswelle. Die KP Uruguay – seit 1973 in der Illegalität – gab bekannt, daß sich unter den Verhafteten auch die Genossen E.Bleier, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Uruguay, und die Parteimitglieder A.Bofiglio und L.Santamarina befinden. Auch Amnesty International berichtet von *„Folterungen in großem Ausmaß"* und *„zahlreichen Inhaftierungen"* in Uruguay.

„Von dieser Aktion seien nicht nur Kommunisten betroffen. Viele Verhaftete seien Anwälte, Ärzte, Lehrer, Schriftsteller und Architekten. Verwandte von Gesuchten würden als Geisel genommen." („Süddeutsche Zeitung", 14.1.76).

So wurde Hector Saxlund anstelle seines Vaters, des Korrespondenten der Zeitung „Popular" in Moskau, verhaftet („Horizont"50/75). •

Argentinien: Entführter Mercedes-Manager wieder frei

Am 24.Dezember wurde der Produktionsleiter von Mercedes Argentinien, den die Montoneros 2 Monate vorher entführt hatten, freigelassen. Die Mercedes-Geschäftsführung hatte die Bedingungen der Montoneros erfüllt: unter anderem ein Lösegeld in nicht bekannter Höhe und die Veröffentlichung einer Anzeige in den größten argentinischen und 10 europäischen und amerikanischen Zeitungen. Darin wird der Imperialismus, speziell Mercedes als imperialistischer Konzern, angegriffen und der Rücktritt von Isabel Peron gefordert („FR", 26.12.). Die Mercedes-Leitung in Stuttgart distanzierte sich sofort von dieser Anzeige. Man habe einfach alles tun müssen, um das Leben von Heinrich Metz zu retten („FR", 26.12.75).

Vorgeschichte dieser erfolgreich abgeschlossenen Entführungsaktion ist ein militanter Kampf der Mercedes-Arbeiter in Argentinien. Anfang Oktober waren sie in Streik getreten, um höhere Löhne und die Forderung nach Anerkennung ihrer selbständigen, vom peronistischen Gewerkschaftsverband CGT unabhängigen, Gewerkschaftsvertreter durchzusetzen. Daraufhin hatte die Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit den CGT-Führern über 200 Arbeiter entlassen. Die Mercedes-Kollegen setzten ihren Kampf trotzdem fort und forderten sofortige Wiedereinstellung aller Entlassenen, Zahlung der ausstehenden Löhne – einschließlich der Streiktage. Die von den Arbeitern gewählten Vertreter müßten vorbehaltlos anerkannt werden. Die Mercedes-Direktoren antworteten auf diese Forderungen mit der Drohung, bei Fortsetzung des Streiks 1.800 Arbeiter fristlos zu entlassen.

In dieser Situation wurde der Produktionsleiter Metz von den Montoneros entführt. Wenige Stunden später gaben die Montoneros ein Flugblatt heraus. Dort wurde bekanntgegeben, daß die Montoneros erst dann zu Verhandlungen über eine Freilassung Metz' bereit seien, wenn als Vorbedingung die Forderungen der Mercedes-Arbeiter erfüllt wären. Der Geschäftsführung blieb nichts übrig, als zu akzeptieren. 2.000 Mercedes-Arbeiter demonstrierten vor dem Verwaltungsgebäude von Mercedes Benz Argentina in Buenos Aires („Stern", 27.11.75).

Der Mercedes-Konzern (der von 1955-59 beschlagnahmt war und nicht produzieren konnte, weil das Unternehmen gemeinsam mit einem engen Freund Perons (!) riesige Schwarzmarktgeschäfte und Steuerunterschlagungen im Wert von 160 Mio. DM begangen hatte) hat inzwischen alle seine westdeutschen Mitarbeiter aus Argentinien abgezogen. Schon einige Zeit früher hatten Siemens, Osram und die nennenswerten englischen und US-Firmen ihre Topmanager in Sicherheit gebracht. Selbst höchste Geheimhaltung, ständiger Wechsel des Wohnsitzes, der Autos und ein Trupp von schwerbewaffneten Leibwächtern boten den Managern der imperialistischen Konzerne keinen genügenden Schutz mehr gegen die Aktionen der Genossen. •

KPA auf Rechtskurs

Auf dem 8.Parteitag der KPA wurde ein „Minimalprogramm zur Lösung des nationalen Notstands" verabschiedet. Hauptschwerpunkt dieses Programms ist die Bildung einer *„breiten, demokratischen Koalition aus Militärs (!!), allen* (außer den sowieso verbotenen linken) *Parteien und den peronistischen Gewerkschaften."* (Vergl. zur Politik der KPA: DIE INTERNATIONALE Nr. 18).

In der Praxis bedeutet diese Politik: Anbiedern an die Militärs um jeden Preis bei gleichzeitigen scharfen Angriffen gegen die Linke und die Revolutionäre. So gab die KPA anläßlich des Putschversuches von Teilen der Luftwaffe eine Erklärung heraus, in der dieser als Aktion einer kleinen *„ultrarechten Minderheit"* unter den Militärs dargestellt wird. Der Putschversuch wird damit verharmlost und die faschistischen Ziele des gesamten Militärs geleugnet. In der Erklärung findet sich lediglich ein *„Appell an die Streitkräfte, die Verfassungstreue zu bewahren"* („ND", 27. und 22.12.).

Nach dem Guerilla-Angriff auf die Kaserne von Monte Chingolo wurde aber umgehend eine Erklärung veröffentlicht, die diese Aktion und den Terrorismus insgesamt „aufs Schärfste" verurteilt („ND", 27.12.). Alle *„patriotischen und demokratischen Kräfte des Landes"* (damit meint die KPA natürlich auch die Generäle) werden aufgefordert, *„die blutigen Auseinandersetzungen zu unterbinden"* („ND", 27.12.). Das ist nichts anderes als ein Aufruf zur Unterstützung des Militärs bei seinem Feldzug gegen die Revolutionäre. •



afrika aktuell

Zimbabwe (Rhodesien)

In der ersten Januarwoche trafen sich der Faschisten-Chef Smith und der Führer der afrikanischen ZAPU zu neuen „Verfassungsgesprächen" in Salisbury.

Obwohl die Faschisten eine derzeitige schwarze Mehrheitsregierung als „unannehmbar" bezeichnen, geht der ZAPU-Führer davon aus, durch Verhandlungen doch noch eine schwarze Mehrheitsregierung genehmigt zu bekommen.

Die Befreiungsbewegung ZANU und der ANC bezeichneten dagegen die Verhandlungen als *„eine Konspiration, die darauf abziele, der schwarzen Bevölkerung von Rhodesien ein Abkommen aufzudrängen, das weniger als erwartet bringe."* („SZ", 9.1.75)

Daß die schwarze Bevölkerung tatsächlich ausgetrickst werden soll, zeigt der Verlauf der Verhandlungen:

„Als Kompromiß wird die Aufstellung einer gemeinsamen Wählerliste erwartet (von Faschisten und ZAPU), *wobei für das Wahlrecht gewisse Vermögens- und Bildungsvoraussetzungen erfüllt sein müßten. Das liefe auf ein beschränktes Wahlrecht hinaus."* („FAZ", 6.1.76)

ZANU und ANC stellten dazu fest, *„daß nur über den Guerilla-Krieg von der schwarzen Bevölkerung mehr Macht erreicht werden könne"*! („SZ", 9.1.76)

Südafrika/BRD

In Zusammenarbeit mit der faschistischen Polizei aus Südafrika wollen die Bullen in Bonn versuchen, die westdeutsche „Anti-Apartheid-Bewegung" (AAB) in die Ecke einer „kriminellen Vereinigung" zu stellen!

Die AAB hatte im vergangenen Jahr entlarvende Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorging, daß die BRD und der südafrikanische Rassistenstaat militärisch und auf nuklearem Gebiet eng zusammenarbeiten. Die für Bonn und Südafrika gleichsam peinlichen Enthüllungen gelangten auf ungeklärten Wegen in die Hände der AAB, von der sie veröffentlicht wurden.

In Reaktion darauf hat die Bonner Staatsanwaltschaft inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen den zweiten Vorsitzenden der Anti-Apartheid-Bewegung eingeleitet.

Der „Grund": *„Er habe im Mai 1975 400 Meter von der südafrikanischen Botschaft entfernt auf dem Sperrmüll einen Teppich entdeckt und ihn in sein Auto einladen wollen."* . . . *„Die Staatsanwaltschaft schließt nicht aus, daß er den Teppich als Verpackungsmaterial für entwendete Akten benutzen wollte."* (!) (Der Teppich ist 2 x 4 Meter groß)

Angeblich sollen die südafrikanischen Sicherheitsbehörden an dem Botschaftsgebäude *„Spuren gesichert haben, die den Stellvertretenden Vorsitzenden der AAB als Täter (des Aktenklau's) identifizieren."*

Nach eigenen Angaben arbeitet die Bonner Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit sehr eng mit dem südafrikanischen Geheimdienst zusammen!

Auf der einen Seite soll hier natürlich von den Inhalten der Zusammenarbeit der SPD-Regierung mit den südafrikanischen Faschisten abgelenkt werden, auf der anderen soll eine demokratische Organisation (AAB) in die Nähe einer „kriminellen Vereinigung" gestellt werden, um deren politische Arbeit zu diskriminieren!

(Zitate aus „FR", 8.1.76)

Tunesien

Nach dem letzten Prozeß vom 26. September 75 vor dem „Sicherheitshof" (einzige Instanz für politische Prozesse), in dem 101 Arbeiter und Intellektuelle wegen angeblicher subversiver Tätigkeiten mit Freiheitsstrafen bis zu neun (9) Jahren verurteilt wurden, bereitet jetzt das Burguiba-Regime seinen 27. Prozeß vor dieser Instanz vor. Darauf deutet die Vorführung von etwa 50 Personen beim zuständigen Untersuchungsrichter hin. Es handelt sich um ein „Netz" von Militanten, angeblich Gadafisten (von Libyen unterstützt), denen die Planung von „Sabotage-Akten" vorgeworfen wird. Diese Militanten wurden im Juli letzten Jahres bei einer Großrazzia nach einem Waffenfund festgenommen. Ihre Anwälte haben die grössten Schwierigkeiten bei den Behörden, um die Anklage-Akte einsehen zu können, einem der Verteidiger wurde wegen seiner Bemühungen selbst eine Anklage wegen „Verschwörung" angedroht.

Es ist zu erwarten, daß die Strafen in diesem Prozeß noch barbarischer ausfallen werden. Das Burguiba-Regime ist gerade dabei, den Vorsitzenden des „Sicherheitshofes" auszuwechseln, weil sich der letzte in den vorigen Prozessen nicht kaltblütig genug gezeigt hatte.

Tunesien

Gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lebenssituation und die ungerechte Vergabe von Stipendien führten die Studenten der Universität von Tunis am 9. und 10.12.75 einen Streik durch. Am zweiten Streiktag wurden bei der Besetzung des Büros des Fachbereichsvorsitzenden mehrere Studenten festgenommen.

Fünf von ihnen wurden bereits eine Woche später, am 17.12. vor Gericht gestellt und mit Gefängnisstrafen von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt!

Bei der Besetzung wurden Fotos von Burguiba zerrissen und Akten mit Spitzel-Informationen „beschlagnahmt". Den Verurteilten wurde danach folgende „Vergehen" angelastet: *„Angriffe auf die Würde des Staatspräsidenten", „Gewaltanwendung gegen einen Staatfunktionär"*, sowie *„Diebstahl"*.

Gegen diese Terrorurteile beschlossen die Studenten der Universität den unbefristeten Streik bis zur Wiederfreilassung ihrer Kommilitonen. Die Antwort des reaktionären Burguiba-Regime ließ nicht lange auf sich warten: Die Universität wurde von Hunderten von Bullen besetzt und ist bis heute geschlossen.

Kinshasa (Zaire): „MPLA oye, oye!"

Ein traditioneller Verbündeter der Imperialisten, der Seite an Seite mit der USA, Südafrika und FNLA/Unita gegen die MPLA interveniert, ist Zaires Präsident Mobuto. Unlängst wurde nun bekannt, daß nur die Verdoppelung der Finanzhilfe und die Verfünffachung (!) der Militärhilfe der USA das völlig abgewirtschaftete Regime noch am Leben halten kann.

Doch Mobuto kann eben auf die Hilfe seiner politischen Freunde zählen: Südafrika (!) hat mit Mobuto ein Benzinabkommen geschlossen, daß den existenzbedrohenden Treibstoffmangel zumindest vorübergehend mildert. Es hat darüberhinaus seine Häfen für den zairischen Kupferexport geöffnet, es liefert im grossen Umfang Lebensmittel und übernahm sogar die Kreditsicherung für die auf-Pump-Käufe Zaires bei verschiedenen imperialistischen Staaten (Schweiz).

Selbstverständlich dürfen eigene Investitionen Südafrikas in Zaire nicht fehlen: Es baut ein großes Kalkwerk in Lumbumbashi (nach „NZZ" vom 19.12.75). Mit einem Wort, das bankrotte Regime Mobuto wird nur noch durch die USA und Südafrika künstlich am Leben erhalten, weil es ein für sie wichtiges antikommunistisches Bollwerk gegen die afrikanische Revolution darstellt. Nicht verwunderlich, daß Mobuto heute auf eine Verurteilung des faschistischen Regimes in Pretoria völlig verzichtet!

Massenarbeitslosigkeit, Hungersnöte und die Unterstützung der angolanischen Konterrevolution haben jedoch den Haß der Bevölkerung gegenüber dem Diktator und Mörder Lumumbas verstärkt. Besonders in den südlichen und mittleren Regionen Zaires ist der Widerstand am Wachsen. Um den Protest in die Knie zu zwingen, ließ Mobuto in diesen Regionen über 20.000 arbeitslose Jugendliche „einfangen" und für die FNLA zwangsrekrutieren! Dies wiederum veranlaßte die Familien der verschleppten Jugendlichen,mehrfach Das FNLA-Hauptquartier in Kinshasa zu besetzen, es muß heute durch schwerbewaffnete Posten geschützt werden.

Am 23. November fanden Demonstrationen für die Rückkehr der nach Angola verschleppten Soldaten statt.

Für die Bevölkerung von Kinshasa ist die FNLA die „Partei der gekauften Schwarzen", ihre Sympathien gehören ganz offenkundig der revolutionär-demokratischen MPLA:

Kaum war die Nachricht über die Ausrufung der „Volksrepublik Angola" durch die MPLA über die Sender der benachbarten VR Kongo empfangen worden, versammelten sich an mehreren Plätzen Kinshasas die Einwohner und zogen in spontanen Demonstrationen mit den begeisterten Rufen *„MPLA, oye, oye!"* und *„FNLA gleich PNP"* (ehemalige Marionettenpartei der belgischen Kolonialisten!) durch die Straßen (nach „Afrique-Asie" vom 1.12.75)!

Nichts könnte deutlicher die Isolierung und Verurteilung der Mobuto-Clique zum Ausdruck bringen. In Angola wird auch eine Schlacht für die Freiheit Zaires geschlagen!

Djibouti

30.000 Menschen folgten Ende Dezember 75 in Djibouti dem Demonstrations-Aufruf der „Afrikanischen Volkspartei für die Unabhängigkeit" (LPAI). Sie forderten die sofortige bedingungslose Unabhängigkeit und den Abzug aller französischen Soldaten aus dem „Französischen Territorium der Afar und Issa" (Djibouti). Das war eine gewaltige Demonstration, wenn man bedenkt, daß auf dem Territorium selbst nur ca. 125.000 bis 150.000 Menschen leben!



Die strategische Bedeutung Djiboutis für den französischen Imperialismus ist beträchtlich. Nach dem Abzug der Engländer aus Aden und dem Verlust des französischen Stützpunktes auf Madagaskar, ist Djibouti der letzte wichtige Militärstützpunkt für Frankreich in dieser Region. Frankreich kontrolliert damit das Rote Meer (Wiedereröffnung des Suezkanals!) und die Vorgänge im arabischen Raum und im Indischen Ozean. Erst 1974 wurde *„in Djibouti ein neues Flottenkommando für den gesamten Raum zwischen Afrika und Sumatra, dem Roten Meer und den antarktischen Kerguelen Inseln eingerichtet"* („Frankfurter Rundschau" vom 22.3.74).

Die Aufrechterhaltung seiner Kolonialherrschaft verdankt Frankreich neben blutigem Terror dem Ausspielen des Nomadenstammes der Afar (reicht bis nach Äthiopien hinein) gegen die Issa (siedeln hauptsächlich in der VR Somalia). Seit 1963 wurden nach und nach alle höheren Verwaltungsstellen mit Afar

besetzt, bis hin zum Amt des Ministerpräsidenten. Diese Bevorzugung eines Teils der Afar wurde ergänzt durch die Kumpanei der französischen Kolonialverwaltung mit dem reaktionären Regime des verstorbenen Haile Sellassi. Nach dem Bau einer Eisenbahn wurde Djibouti zum wichtigen Aus- und Einfuhrhafen Äthiopiens, was u.a. dessen Interesse an der Unterdrückung aller fortschrittlichen Unabhängigkeitsbestrebungen erklärt. Von Djibouti aus wurden französische Fremdenlegionäre und Soldaten gegen Befreiungsbewegungen im Tschad und Madagaskar eingesetzt.

Um seine Herrschaft ideologisch „abzusichern", setzte die französische Regierung 1967 eine „Volksabstimmung" in Szene, die sich gewaschen hatte. Kurzerhand wurden vor der Abstimmung 37.800 oppositionelle Issa zu „Ausländern" erklärt. Das Ergebnis von 60,6% Ja-Stimmen für Frankreich nahm selbst die Presse der kapitalistischen Welt nicht ernst. Als es aufgrund des manipulierten Ergebnisses zu massiven Protesten in den Afrikanervierteln von Djibouti kam, setzte die französische Regierung Fremdenlegionäre ein, die mit Maschinengewehren in unbewaffnete Menschenansammlungen schossen. Resultat: zwölf Tote, 22 Verletzte, 6.000 Oppositionelle wurden deportiert, Folterungen waren an der Tagesordnung (siehe „New York Times" vom 24.3.67).

Haß und Kampf der einheimischen Bevölkerung zwang die Kolonialverwaltung, Djibouti in ein riesiges Konzentrationslager zu verwandeln. Stacheldrahtzäune und ein zwölf Kilometer langer, elektrisch geladener und von französischen Soldaten bewachter Eisenzaum riegelt die Hauptstadt vom Hinterland ab, um *„das Einsickern politisch unzuverlässiger Elemente* (zu) *unterbinden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.1.73). Vor dem Zaun hausen ca. 50.000 Menschen im sogenannten „Quartier", *„daß als eines der schlimmsten Elendsviertel des Kontinents gilt"* („Neue Zürcher Zeitung", 25.7.75). Mindestens 4.000 französische Soldaten, 1.000 Fremdenlegionäre und über 400 Polizisten sowie eine unbekannte Anzahl von Geheimpolizisten „bewachen" die Bevölkerung, auf je zehn Einwohner Djiboutis kommt also ein „Bewacher". 500 Fremdenlegionäre sind Deutsche: *„An der ‚Place Menelik' tönt noch heuer das Horst-Wessel-Lied aus rauhen Söldnerkehlen durch die Tropennacht"* („Frankfurter Rundschau" vom 10,7.75).

Im französischen Territorium der Afar und Issa operieren die „Nationale Befreiungsfront des Französischen Somalia" (von der OAU anerkannt) und die offizielle zugelassene LPAI, Organisatorin der großen Massendemonstration vom Dezember 75. Beide Gruppierungen werden von der VR Somalia unterstützt.

Begünstigt wird der Kampf um die Unabhängigkeit durch den Kampf der eritreischen Befreiungsfront, die die Kräfte des reaktionären äthiopischen Militärregimes bindet und dessen „traditionellen" Druck auf Djibouti abschwächt.

Volksrepublik Benin

Anfang Dezember 1975 wurde Dahome in „Volksrepublik Benin" umbenannt. Benin war ein altes afrikanisches Königreich in Westafrika. Der Hintergrund der Umbenennung scheint mehr zu sein, als ein bloß demagogisches Manöver, wie es häufig von Pro-Imperialisten zur Imagepflege durchgeführt wird.

Seit Oktober 1972 herrscht eine Gruppe junger Offiziere unter dem Oberleutnant Kerekou. Sie nationalisierte im Rahmen der „neuen Politik der nationalen Unabhängigkeit" die Filialen von Shell, BP, Mobil Oil, alle Versicherungen und Banken, die Wasser- und Elektrizitätswerke. Ein „revolutionäres Kontrollorgan" deckte zahlreiche Fälle von Korruption unter dem alten Regime auf und leitete Strafverfahren gegen die Beschuldigten ein. Das ergaunerte Geld wurde beschlagnahmt

Die nichtafrikanischen Kaufleute reagierten auf diese Entwicklung mit Sabotage und Lebensmittelhortung (vergl. Chile z.Zt. der UP-Regierung). Um die dadurch entstandenen Versorgungsengpässe zu beheben, wurden für Massenbedarfsgüter – darunter Reis, Zucker, Mehl – ein Staatsmonopol und Preiskontrollen durchgeführt.

Der im November 1973 aus Soldaten, Gewerkschaftern und Vertretern von Jugendverbänden gegründete „Nationale Revolutionsrat" verabschiedete ein langfristiges Aktionsprogramm. Es enthält Forderungen wie z.B. nach vollständiger Abschaffung der Fremdherrschaft in Benin, aktiver Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen soziale Ungerechtigkeit, Rassismus, Apartheid, Lokaldenken und Vetternwirtschaft, Organisation der Werktätigen zur Verteidigung der Revolution.

Um diese weitgesteckten Ziele zu realisieren, sind „Revolutionsräte" auf verschiedenen Ebenen gebildet worden, die sich aus Vertretern verschiedener Bevölkerungsgruppen und -schichten zusammensetzen. Sie üben in Benin die Verwaltung aus.

Alle staatlichen Angestellten absolvieren einen politischen Kurs, der Themen wie „Erfahrungen der Leninschen Partei nach der Revolution von 1917" und „Staat, Revolution und revolutionäre Diktatur" einschließt (nach „horizont" 47/75).

Durch ihre Politik hat sich die Regierung Kerekou offenbar eine soziale Basis bei den armen Bauern und Arbeitern erworben. Als die Imperialisten 1973 und 1975 durch abgehalfterte einheimische Marionetten versuchten, Kerekou zu stürzen, gingen Tausende zur Verteidigung der neuen Errungenschaften auf die Straße. Sie verhinderten erfolgreich die Wiederherstellung der alten Zustände (damals hatte die Elite z.B. ein 16-mal höheres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung).

Heute liegen die Schwierigkeiten Benins vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, seine Außenhandelsbilanz ist stark negativ. Durch den Aufbau von Verarbeitungsindustrien für landwirtschaftliche Produkte und eine breitere Anbaupalette, versucht die VR Benin, das kolonialistische Erbe, die auf Palmenöl beruhende Monokultur, zu beseitigen. An der Küste waren Erdölbohrungen erfolgreich. Kürzlich hat die VR Benin die angolanische Befreiungsbewegung MPLA als einzige legitime Vertretung des angolanischen Volkes anerkannt.

Seychellen

Die britische Insel-Kolonie Seychellen, vor Afrika im Indischen Ozean gelegen, soll im Juni des Jahres in die neokolonialistische Unabhängigkeit überführt werden. Ausgenommen hiervon, sind drei Inseln, die sich der britische Imperialismus „schenken" ließ, als sichtbar wurde, daß die traditionelle koloniale Unterjochung ins Wanken geriet. Die Bewohner wurden ausgesiedelt, eine britisch-amerikanische Militärbasis ist im Bau („ND", 4.5.74). Eine Satelliten-Leitstation der US-Imperialisten besteht schon seit 1972 auf der Hauptinsel Mahé („Wirtschaftliche Mitteilungen", Lusanne 14.4.65).

Die Briten nutzten die Seychellen zum Aufbau eines profitbringenden Exklusiv-Tourismus, der für die Bevölkerung (rund 55.000) großes Elend zur Folge hat. Lebensmittel werden auf den Inseln immer weniger produziert, ihre Preise sind teilweise um 80% gestiegen. Obwohl vor den Inseln reiche Fischfanggründe liegen, reicht der reale Fang nicht mal zum Eigenbedarf („Handelsblatt", 7.2.74). Gleichzeitig liegt die Arbeitslosenquote bei 25 bis 30% („Neue Zürcher Zeitung", 11.8.74).

Um diese Zustände aufrecht zu erhalten, wurde vom englischen Imperialismus eine Marionettenpartei – SDP (Demokratische Parteien der Seychellen) – gegründet, die fest mit der Südafrikanischen Republik zusammenarbeitet und für die direkte weitere Abhängigkeit von England eintrat. Erst nach Massendemonstrationen für die völlige Unabhängigkeit der Seychellen, die von der Befreiungsorganisation SPUP (Vereinigte Volkspartei der Seychellen) organisiert wurden, änderte sie ihre Meinung. Kurz vor den Wahlen zur „Verfassungsgebenden Versammlung" – einer Marionetten-Einrichtung Englands – trat die SDP für eine neokolonialistische Variante ein („ND", 4.5.74).

Durch Wahlbetrug (Streichung potentieller SPUP-Wähler von den Wahllisten) gewann die SDP knapp die Wahl (mit 52,2%) und durch raffinierte Einteilung der Wahlbezirke durch die englischen Kolonialherren erhielt sie schließlich 13 von 15 Sitzen (!). Die SPUP erhielt 47,7 % und zwei (!) Sitze.

Die SPUP, die von der OAU als einzige Vertreterin der Seychellen anerkannt und finanziell unterstützt wird, tritt für eine Entwicklung des Landes unter Berücksichtigung der eigenen Möglichkeiten ein, wie Fischfang, Landwirtschaft („NZZ", 11.8.74).

Zur ideologischen Grundlage der SPUP äußerte sich ihr Chef A. René in einem Interview gegenüber der Zeitung „horizont" vom 21.11.75: *„ ... ich gehöre zu jenen, für die nur der Sozialismus existiert, den Karl Marx theoretisch begründet hat. Vermeintliche Varianten wie ‚humaner' oder ‚afrikanischer' Sozialismus widerspielgeln nur die Absicht des Klassengegners, vom wahren Sozialismus abzulenken. Hier auf den Seychellen gilt es, mit allen politischen Konsequenzen sozialdemokratische und neokolonialistische Varianten zu verhindern, wir wollen keine halbe Unabhängigkeit".*

Reaktionärer Putschversuch in Mosambik zurückgeschlagen

Am 17./18.12.1975 versuchten ca. 400 bewaffnete Reaktionäre in Lourenco Marques, der Hauptstadt Mozambiques, eine Revolte gegen die von der FRELIMO geführte Volksregierung und ihren bewaffneten Arm, die FPLM zu inszenieren. Wie aus einem Kommunique der FPLM hervorgeht, begann eine aus *„reaktionären Elementen innerhalb der FPLM"* bestehender Kommandotrupp, strategisch wichtige Punkte in der Hauptstadt zu besetzen. Sie überfielen unter anderem ein Militärdepot der FPLM und drangen weiter in das Stadtzentrum vor, mit der Absicht, den Flughafen, die Elektrizitätszentrale, den Radiosender, das Generalquartier und den Sitz der Partei zu überfallen. Doch die sofortige koordinierte Aktion des Volksheeres, des Polizeikorps und der Bevölkerung verhinderte das Voranschreiten der Reaktionäre, viele wurden entwaffnet und gefangengenommen. Nach wenigen Stunden bereits war der Putschversuch zerschlagen, es kam nur noch zu vereinzelten Aktionen während der Nacht, nachdem sich einige der Reaktionäre offenbar unter Mithilfe einiger Komplizen in wenigen Gebäuden verschanzen konnten. Doch diese kleinen Gruppen konnten ebenfalls schnell *„durch die Aktionen der in Stoßtrupps aufgeteilten Volksmassen, die die Reaktionäre lokalisierten und die FPLM und die Polizeikorps über jede ihrer Bewegungen informierten, neutralisiert wurden"* (zitiert nach Lotta Continua, 4./5.1.76).

Die Nachricht von dieser Revolte wurde von der westlichen bürgerlichen Presse (für die Mozambique in den letzten Monaten seit der endgültigen Unabhängigkeit von der Landkarte gestrichen schien) mit großem Interesse aufgenommen und verbreitet. Die südafrikanische Zeitung „The Star" wußte sogar zu „berichten", daß die FRELIMO-Regierung wegen der „anhaltenden Unruhen" auf eine Insel flüchten mußte (nach SZ v.3.1.)

Die geschilderten Ereignisse sind der bisherige Höhepunkt der Bestrebungen des Imperialismus und der inneren Reaktion, den Aufbau der Volksmacht in Mozambique zu zerschlagen. Bisher hatten sich diese Bestrebungen in erster Linie in Form der Kapitalflucht, der Wirtschaftssabotage und wiederholter Grenzprovokationen seitens des faschistischen Rhodesiens gezeigt. Zur Schürung eines Klimas der Unsicherheit hatte es „kleine" Sabotageakte gegeben, wie z.B. mit Sprengkörpern versehene Kugelschreiber, die bei Betätigung explodieren. Auch die Einschleusung faschistischer Agenten hat in der letzten Zeit zugenommen. So gibt es Betriebe, in denen Mozambikaner entlassen und dafür Fremde, offensichtlich auch Nicht-Mozambikaner eingestellt werden (es sind bisher nur einige besonders wichtige Unternehmen verstaatlicht!). Vor allem aber hat die politische Sabotage, teils durch langfristig eingeschleuste Agenten, teils durch opportunistische Elemente in der FRELIMO und der FPLM selbst zugenommen. So spricht das oben zitierte Kommunique von *„zahlreichen Fällen der Verletzung der politischen Linie und der Disziplin der FRELIMO"*, von *„Korruption, Mißbrauch der Autorität, Parasitentum, Nichtachtung der Organisationsstruktur, Alkoholismus"* etc.

Die FRELIMO selbst ist durch diese Entwicklung nicht überrascht. Sie hat sowohl die allgemeinen politischen Schwierigkeiten vorausgesehen, als auch (und das ist besonders bemerkenswert!), die konkrete Gefahr eines konterrevolutionären Putschversuches. Das beweisen zwei Dokumente:

So wird Samora Machel in „Horizont" Nr.38/75 zitiert: *„Gegen uns sind die Ausbeuter und Priveligierten, die versuchen werden, den revolutionären Prozeß mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzuhalten. Wir dürfen uns nicht davon täuschen lassen, daß der Feind sich noch nicht zu direkter Aktion gruppiert hat. Sie sind nur geschwächt, nicht tot. Ihre Methoden werden daher verräterischer werden. Wir haben jetzt schon den Beweis dieser Aktion, von Infiltration und Versuchen, unsere Linie zu entstellen, und von politischem Opportunismus."*

Zum zweiten wird vom mozambikanischen „Tempo", November 75, der nationale politische Kommissar zitiert: *„Und jetzt geht wieder ein Gerücht um, eines jener Gerüchte, an die wir im September, Oktober und November gewöhnt waren, daß in zwei Tagen die Stadt angegriffen würde.... Weil schon Truppenteile aus Südafrika angekommen sind, die im Land sind, die in unseren Fabriken sind."*

Dieser voraussehbaren und ganz gewiß noch nicht beendeten Entwicklung ist die FRELIMO im Vertrauen auf die Massen offensiv entgegengetreten.

Die FRELIMO führt den Kampf um die Schaffung der Volksmacht und den demokratischen Neuaufbau des Landes zum einen an der ökonomischen Front durch die Nationalisierung der wichtigsten industriellen Bereiche, zum anderen an der ideologischen Front. So hat es in den letzten Wochen in der FRELIMO und in der FPLM eine breite Kampagne gegen Disziplinlosigkeit, Korruption und Nachlassen des revolutionären Eifers gegeben, die (von bürgerlichen Zeitungen als „Säuberung" bezeichnet) die Ausmaße und die Tragweite einer Kulturrevolution angenommen hat. Bei dieser Kampagne legen die Revolutionäre großen Wert darauf, daß alle Soldaten und alle Mitglieder der Massenorganisationen aktiv teilnehmen, damit alle reaktionären Elemente erkannt und entfernt werden können und die Kampagne insgesamt zur ideologischen Stärkung des Volkes beiträgt. Nachdem am Befreiungskampf auch nicht-revolutionäre, bürgerliche Elemente teilgenommen und in der Befreiungsbewegung ihren Platz gehabt haben, kommt es jetzt darauf an, die Führung der Arbeiterklasse und der proletarischen Ideologie zu erkämpfen und zu sichern.

Es waren diese entschiedenen Maßnahmen der FRELIMO, die der Konterrevolution weiteren Boden entzogen und sie so zum Losschlagen brachten. FRELIMO selbst spricht davon, daß die reaktionären Kräfte auf die Kampagne *„reagierten"*; die offenbar wenig koordinierte und von vornherein zum Scheitern verurteilte Aktion der Reaktionäre zum 17./18. spricht auch nicht gerade für ein überlegt geplantes Handeln.

Das ist ein Zeichen, daß die Initiative bei der FRELIMO und beim Volk liegt. Die aus Johannesburg stammenden – und von der bürgerlichen BRD-Presse liebendgern aufgenommen – Sprüche von den übergroßen Schwierigkeiten der FRELIMO sind offensichtlich Zweckpropaganda! Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß dies erst ein erster Ansturm der Konterrevolution war. ●

Afrika-Komission
KB/ Gruppe Hamburg

Wechselt Syrien die Fronten?

Die Kairoer Zeitung „Al Achram" und zwei weitere ägyptische Zeitungen meldeten über Weihnachten die Verhaftung von 300 Mitgliedern der syrischen „Kommunistischen Partei" in Damaskus. Der Vorsitzende Chaled Bakdasch sei geflohen, hieß es in den Meldungen.

Die syrische „KP" ist mit zwei Ministern an der Regierung beteiligt, wesentliche Regierungspartei ist die Baath-Partei, der auch Präsident Hafez Assad angehört. Innerhalb der Regierungskoalition dürfte die „KP" die Kraft gewesen sein, die im wesentlichen auf das Bündnis mit der UdSSR orientiert hat.

Die syrische Regierung hat die Verhaftung von Mitgliedern der „KP" dementiert. Es hieß, die ägyptischen Veröffentlichungen seien bewußte Falschmeldungen um (ausgerechnet!) eine Vermittlungsreise des Saudi-Arabischen Königs Chalid nach Syrien zu stören. Tatsächlich kann man der ägyptischen Regierung ohne weiteres ein Interesse an Meldungen unterstellen, die das Ansehen, das die syrische (bisher fortschrittliche) Regierung unter den arabischen Massen genießt, untergraben und außerdem einen Keil zwischen Syrien und die UdSSR treiben. Immerhin gehörte jüngst Syrien zu den schärfsten Kritikern am israelisch-ägyptischen Abkommen über den Sinai.

Diese Position Syriens ist allerdings nicht lupenrein! So wurde Henry Kissinger bei der Vorbereitung des israelisch-ägyptischen Abkommens mehrmals „freundlich" in Syrien empfangen, und auch nach dem Abschluß dieses Abkommens gab es Besuche und Verhandlungen über die Frage, wie ein entsprechendes Abkommen über den Golan auszusehen hätte.

Eine Änderung in der Haltung zu Abkommen mit Israel stößt aber für die syrische Regierung auf zwei große Hindernisse:

– Zum einen ist Israel offenkundig nicht bereit, auf dem Golan Zugeständnisse zu machen. Das wird unter anderem durch die Siedlungspolitik der Zionisten bewiesen, die erst vor kurzem beschlossen haben, sieben neue Siedlungen auf dem Golan anzulegen (s. AK 71). Darüberhinaus erklärte der israelische Ministerpräsident Rabin, daß die Konzessionen, die Israel an Syrien machen könnte, „in Metern gemessen" werden müßten. („FR", 6. 7. 75).

– Zum anderen haben die arabischen Massen sehr entschieden gegen das Sinai-Abkommen protestiert: selbst in Ägypten, wo die Bevölkerung nun schon seit dem letzten Krieg propagandistisch auf ein solches Abkommen vorbereitet wurde, hat es große Protestdemonstrationen gegeben.

Gerade in letzter Zeit hat es verstärkte diplomatische Aktivitäten gegeben, die darauf hindeuten, daß sich die syrische Regierung enger an die Politik des US-Imperialismus im arabischen Raum anschließen will. So besuchte – wie oben erwähnt – König Chalid von Saudi Arabien Damaskus, um, wie es hieß, zwischen Syrien und Ägypten zu vermitteln. Hafez Assad seinerseits besuchte den Schah von Persien, was vom linken Flügel der Baath-Partei als „den Zielen der Partei entgegenstehend" bezeichnet wurde. Darüberhinaus hat sich der Führer der libanesischen Faschisten in Syrien „zu Gesprächen" aufgehalten.

Bereits seit Juni letzten Jahres wird auch von einer „Syrisch-jordanischen Wiederannäherung" gesprochen. Diese „Wiederannäherung" gipfelte im August in der Bildung eines gemeinsamen „politischen Oberkommandos" zwischen der Regierung Syriens und dem „Schlächter von Amman". („FR", 23. 8. 75).

Eine Änderung der Haltung der syrischen Regierung zur UdSSR deutet sich auch in einem Interview an, das Hafez Assad im Oktober gab. Er äußerte darin, daß er bei seinem letzten Moskau-Besuch einen angebotenen Freundschaftsvertrag mit der Begründung „Freundschaft braucht keine Verträge" abgelehnt habe. („FR", 20. 10. 75).

Aus diesen Fakten wird deutlich, daß die syrische Regierung gegenwärtig im Begriff ist, die Fronten zu wechseln, daß sie nur noch um den Preis verhandelt, den sie erhält, wenn sie sich der Politik des US-Imperialismus im Nahen Osten anschließt.

In diesem Licht erhält die ägyptische Meldung über die Ausschaltung eines Teils der inneren Opposition einige Wahrscheinlichkeit. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



naher osten aktuell

Israel: Linker Bürgermeister in Nazareth

Bei den Gemeindewahlen am 9.12. in Nazareth (Galiläa-Nordostisrael) bekam die Liste „Demokratische Front" mit 67 % der Stimmen die absolute Mehrheit. Sie stellt damit den ersten und bisher einzigen linken Bürgermeister in Israel. Getragen wurde die Liste „Demokratische Front" vor allem von der „Rakah", der Kommunistischen (revisionistischen) Partei Israels. Neuer Bürgermeister von Nazareth wurde der Palästinenser Taufiq Sajjad, Mitglied der „Rakah" und bekannt für sein Auftreten gegen den israelischen Militarismus.

Die Bevölkerung von Nazareth ist praktisch ausschließlich arabisch; verwaltungsmäßig davon getrennt ist die hebräische Neusiedlung Nazareth-Illith.

Insgesamt leben in Galiläa rund 300.000 Araber gegenüber nur etwa 150.000 Juden.

Um dies Verhältnis zu ändern, planen die Zionisten im großen Stil die „Judaisierung" Galiläas. Hebräische Einwanderer und verelendete Bewohner der Großstädte sollen dorthin gelenkt werden. Neue Kibbuzzim sollen in Galiläa entstehen, um bis 1980 dort das „natürliche Gleichgewicht" zwischen Arabern und Juden herzustellen. Für die arabische Bevölkerung Galiläas bedeutet das vielfach Vertreibung von Grund und Boden, Ruin der arabischen Bauern.

Der Wahlsieg von Nazareth ist umso bedeutsamer, als die Zionisten eine breit angelegte Propaganda gegen „Nationalismus" (palästinensischen natürlich!) und „Extremismus" im allgemeinen und gegen die „Rakah" im besonderen entfalteten. So hatten noch am Tag vor der Wahl zwei zionistische Minister mit der Streichung der Wirtschaftshilfe für die Stadt gedroht, für den Fall, daß ein kommunistischer Bürgermeister gewählt würde! („Le Monde", 11.12.75)

Auch mit dem Zuckerbrot hatten es die Zionisten zuvor versucht: Anfang November fing unter anderem der Sicherheitsminister Peres an, darüber zu tönen, daß „die Zeit für die Selbstverwaltung durch die palästinensischen Einwohner gekommen sei" („FR", 4.11.75). Er meinte damit allerdings nicht die Wahl von kommunistischen Bürgermeistern, sondern die Verwaltung durch die alten, bessergestellten Familien, die früher dem jordanischen König treu ergeben waren. Die Abstimmung der Einwohner von Nazareth hat diesen Träumen ein Ende bereitet! Sie zeugt davon, daß unter den Palästinensern im besetzten Land ein Stimmungsumschwung eingetreten ist, der sich in einem gestärkten Selbstbewußtsein ausdrückt.

In Illith organisierten radikale Zionisten nach dem Wahlerfolg der „Demokratischen Front" Protestdemonstrationen. Sie fordern die völlige Trennung zwischen Nazareth und Illith, separate Autobusse (!), einen eigenen Supermarkt für Illith (um nicht mehr in Nazareth einkaufen zu müssen) usw.

Die Regierungspläne gehen indessen in umgekehrte Richtung: „Verschmelzung" von Nazareth und Illith, Einkreisung des alten arabischen Nazareth durch Neubau-Siedlungen mit hebräischen Bewohnern.

Insgesamt wollen die Zionisten vorhandene örtliche bzw. regionale arabische Bevölkerungsmehrheiten durch „Judaisierung" beseitigen und damit auch politische „Konfliktherde" liquidieren.

Der Kampf gegen diese rassistische Politik ebenso wie z.B. die Bewältigung des hinterlassenen riesigen Schuldenbergs und Haushaltsdefizits wird zu den vordringlichen Aufgaben der neuen Gemeindeverwaltung von Nazareth gehören.

Iran
Die langen Finger des Schah

Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete am 9.1.76, daß der Iran seine Botschafter aus sieben arabischen Ländern zurückgerufen habe, weil diese eine „Nachrichten-Agentur Arabischer Golf" gebildet hätte. Der Iran ist nämlich der Meinung, es handele sich um den „Iranischen Golf".

Der Iran macht hier in einem propagandistischen Vorstoß seinen Herrschaftsanspruch über das ganze Golfgebiet geltend. Die Bezeichnung „Arabischer Golf" wird von den arabischen Ländern nicht erst seit Gründung dieser Nachrichtenagentur verwendet, sondern ist die natürliche Bezeichnung seit jeher.

Der Versuch des Iran hat etwa jenen Charakter, als würde die BRD einen erneuten Vorstoß unternehmen, die DDR in „Zone" umzubenennen.

Die arabischen Golfstaaten sehen zwar die Intervention Irans in Oman nicht ungern, haben jedoch einiges dagegen, in die iranische Hegemonie einkassiert zu werden. •

Erfolgreicher Generalstreik in Eilat



Gegen die geplante Schließung der Kupferminen in Eilat führten die Arbeiter von Eilat einen eintägigen Generalstreik am 5. Januar durch. Der Streik war begleitet von Demonstrationen. Der Flugplatz, der Hafen und die Wüstenstraße wurden von den Arbeitern geschlossen.

Die Entschlossenheit und Breite der Streikbewegung veranlaßte die israelische Regierung, die Schließung der unrentabel gewordenen Minen „vorläufig" aufzuheben. Zuvor hatte die Regierung noch versucht, durch Versprechen eines neuen Arbeitsplatzes (Bezeichnenderweise war vom Bau eines großen Flughafens die Rede) die betroffenen Arbeiter zu spalten. •

Iran – hochgerüsteter Gendarm des Imperialismus

der unrentabel gewordenen Minen „vorläufig" aufzuheben. Zuvor hatte die Regierung noch versucht, durch Versprechen eines neuen Arbeitsplatzes (Bezeichnenderweise war vom Bau eines großen Flughafens die Rede) die betroffenen Arbeiter zu spalten. •



Iran – hochgerüsteter Gendarm des Imperialismus

In einem Interview legte der Schah die Rolle seines Regimes dar: *„Die Nixon-Doktrin sagt, die USA werde denjenigen helfen, die sich selbst helfen. Das ist es, was wir tun. Schließlich geht es nicht nur um den Iran, sondern auch um die Ölinteressen in der westlichen Welt ... Wir haben nicht nur nationale und regionale Verantwortungen, sondern auch eine Weltrolle als Wächter und Hüter von 60 % der Welt-Erdölreserven"* („ami", 7/73).

Weiter führte dieser Gendarm des Imperialismus aus: *„Aber die Ziele des Iran sind noch weiter gesteckt. Iran will seine Militärmacht auf den Indischen Ozean konzentrieren"* („Sicherheitspolitik heute", 1/75).

Nicht ohne Grund hat der Iran mit Hilfe der Imperialisten gerade die Marine enorm ausgebaut: *„Bereits heute verfügt der Iran über die größte Luftkissenfahrzeug-Flotte der Welt. Ferner verfügt der Iran über den größten Marinestützpunkt am Persischen Golf und das umfangreichste Raketenarsenal in der Dritten Welt"* („Sicherheitspolitik heute", 1/75).



Der erwähnte Marinestützpunkt wurde 1972 von den USA im Wert von 600 Mio. Dollar errichtet. In diesem Jahr lieferten die USA sechs Zerstörer modernster Bauart mit Luftabwehrraketen im Wert von 660 Mio. Dollar, ferner beabsichtigt der Iran den Kauf von drei dieselgetriebenen U-Booten („ami", 3/75 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung", v. 10.6.75).

Damit besitzt der Iran insgesamt neun Zerstörer und acht Fregatten – die Bundeswehr hat zum Vergleich zwölf Zerstörer, aber „nur" sechs Fregatten!

Das iranische Heer ist neuerdings mit ca. 2200 britischen Kampfpanzern („Chieftain") ausgerüstet; der englische Imperialismus schloß allein in diesem Jahr ein 2,5 Mrd. DM Geschäft ab und lieferte 1.200 Panzer auf einen Schlag! Zum Vergleich: die Bundeswehr ist z. Zt. mit ca. 2.100 „Leopard"-Panzern ausgerüstet, verfügt dann aber noch über rund 1.400 „eingemottete" ältere amerikanische „M-48"-Panzer.

Im Bereich der Luftwaffe verfügt der Iran über ein komplettes Hubschrauber-Geschwader mit insgesamt 1.000 Maschinen amerikanischer Herkunft! (Nach „FAZ", 30.7.75). Wieder zum Vergleich: die Bundeswehr verfügt insgesamt „nur" über ca. 760 Hubschrauber, davon besteht nur ein kleinerer Teil aus Kampfhubschraubern. *„Was den technologischen Stand seiner Luftwaffe anbelangt, hat der Schah nicht nur die BRD, Israel, Kanada und Australien überholt, indem er von den USA 80 Maschinen des neuesten Marineflugzeuges „Tomcat" T-14 – das Stück zu 20 Mio. Dollar – erwarb. Mit der Bestellung dieser Maschine zog er mit der amerikanischen Marine gleich (!) und will sogar mehr Maschinen dieses Typs kaufen"* („Sicherheitspolitik heute", 1/75).

Ferner errichteten die USA in Schah Bahar einen zentralen Stützpunkt aller drei Teilstreitkräfte im Wert von zwei Mrd. Dollar und bilden eine Marine-Infanterie-Gruppe (Stärke: 10.000 Mann) nach amerikanischem Vorbild aus – eine Eliteeinheit, die für Luftlandeoperationen und Wasser-Land-Operationen bestens gedrillt ist. Diese Einheit eignet sich besonders für den Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in Oman und Dhofar! („ami", 7/73).

Die Ausbildung der iranischen Streitkräfte übernahm der US-Imperialismus; rund 12.000 iranische Offiziere und Unteroffiziere wurden von amerikanischen Militärberatern bzw. in den USA selbst ausgebildet! Das kostet natürlich alles Geld. 1974 wendete der Iran vier Mrd. Dollar für Waffenkäufe auf. *„Wenige Tage vor Weihnachten 1974 enthüllte der persische Premierminister einen 36-Mrd.-Dollar-Haushalt, der allein 10 Mrd. Dollar für Verteidigung veranschlagt – für 1975. Das sind doppelt so hohe Verteidigungsausgaben wie 1974!"* („Sicherheitspolitik heute", 1/75).

Auch die BRD mischt kräftig mit!

Bisher lieferte die BRD in den Iran hauptsächlich Gewehre, MG's, Panzerabwehrraketen und eine komplette Munitionsfabrik im Wert von 600 Mio. DM („ami", 7/73).

Von 1973 – 1977 werden iranische Offiziere bei der Bundeswehr ausgebildet. Ferner befinden sich iranische Techniker und (Militär-) Manager zur Ausbildung in der BRD. Die Ausbildung leitet der ehemalige General Bensien, der im „Verteidigungs"-Ministerium die „Unterabteilung für internationale Rüstungsbeziehungen" leitete! Die Ausbildung erfolgt nicht direkt über das westdeutsche „Verteidigungs"-Ministerium, sondern über eine ominöse „IVG Industrieverwaltungsgesellschaft", die vom Ministerium diese Aufgabe erhielt (nach: „ami", 12/73).

Damit rückt der Iran zu einem mächtigen imperialistischen Bollwerk im Nahen Osten auf – gegen die Befreiungsbewegungen in den umliegenden Ländern (Oman und Dhofar) gerichtet und als Stützpunkt im Persischen Golf und Indischen Ozean. Dabei ist wichtig, daß der Iran mit den modernsten amerikanischen Waffen hochgerüstet und „nach amerikanischen Aussagen allmählich zu einer militärischen Weltmacht ersten Ranges" („FAZ", 27.1.75) wird. Die Zahlenvergleiche mit der Bundeswehr lassen selbst Bundeswehrgeneräle vor Neid erblassen. •

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Südkorea: Erneut 32 demokratische Studenten verhaftet

Faschistische südkoreanische Polizeitruppen verhafteten im November des vergangenen Jahres 32 antifaschistische und demokratische Studenten in den Städten Seoul, Koryo und Yonse. Dem vorausgegangen war ein Versuch demokratischer Studenten von mehreren südkoreanischen Universitäten, eine landesweite antifaschistische Kampagne zu initiieren. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan sollten am 19.11 an einer größeren Anzahl Schulen und Hochschulen in Südkorea Streiks organisiert werden und anschließend zentrale Demonstrationen durchgeführt werden. Vorher wurde in einem massenhaft verbreiteten Flugblatt die Verschärfung der faschistischen Unterdrückung durch die 1975 von Pak Jung Hi erlassenen „Notverordnungen" in ihren ganzen Ausmaßen aufgezeigt, die der südkoreanischen Bevölkerung eine Art „inneren Kriegszustand" aufgezwungen haben. Der Militarismus des Pak Jung Hi – Regimes wurde angegriffen, der das Land in ein riesiges Armeelager verwandelt hat sowie die Abhängigkeit des Regimes von dieser gigantischen Kriegsmaschinerie und von vollständiger Ausbeutung und Unterdrükkung des Volkes. Das Beispiel des siegreichen Volkskrieges in Vietnam und Kambodscha wurde zitiert und dem Verbrecher Pak Jung Hi ein ähnliches Ende wie der Thieu-Clique prophezeit. Die Demokraten und Antifaschisten in Südkorea wurden aufgefordert, massenhaft den Kampf gegen das Regime aufzunehmen. *„Zu kämpfen und zu sterben ist einem Sklavenleben vorzuziehen"*, hieß es in dem Flugblatt.

Die Vorbereitungen der Aktionen wurden jedoch kurz vor dem 19.11. entdeckt, so daß der einheitliche Beginn auf den 18. vorverlegt werden mußte. Durch Überraschungsangriffe der Polizei scheiterten die Pläne dann jedoch insgesamt.

Die 32 verhafteten Studenten werden brutaler Folter ausgesetzt, um ihnen Geständnisse über kriminelle Gewaltverbrechen abzupressen, für die sie dann schwerste Strafen zu erwarten hätten.

Erst Ende November wurden 22 demokratische Studenten zu hohen Strafen bis zu 15 Jahren Kerkerhaft verurteilt, die Versammlungen antifaschistischer Studenten in Kirchen organisiert hatten (wir berichteten über den Prozeß in AK 71).

Diese Terrorurteile gegen die Studenten waren mit der Begründung, sie hätten einem „Spionagering" angehört, erteilt worden. Das Ziel des faschistischen Justizapparates, sie für lange Zeit dem antifaschistischen Kampf zu entziehen, ist damit zunächst erreicht. Daß die südkoreanischen Faschisten auch vor der letzten Konsequenz bei der Unterdrückung dieses Kampfes nicht zurückschrecken, zeigen Urteile, die schon am 5.11. gegen acht andere Demokraten gefällt wurden. Unter grausamster Folter hatten sie gestanden, Spionage begangen zu haben. Daraufhin wurden zwei von ihnen zum Tode verurteilt, einer zu lebenslanger Haft und die übrigen zu Haft bis zu zehn Jahren. (Alle Angaben nach „The Pyongyang Times", vom 13.12. und 20.12.75).

Immer wieder zeigt dieses vom nordamerikanischen Imperialismus behütete Faschistenregime, daß ihm keine Unmenschlichkeit zu grausam ist, um die demokratische Bewegung in Südkorea zu unterdrücken und die extreme Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. •

KB/Gruppe Bremen

Griechenland: Weitere Prozesse abgeschlossen

Am 30. Dezember 1975 fällte das Berufungsgericht Athen nach über zweieinhalb Monaten die Urteile im Prozeß gegen einige Verantwortliche des Polytechnikum-Massakers.

Dimitrios Ioannidis (ehemaliger Chef der berüchtigten Militärpolizei und, nachdem er Papadopoulos Ende 73 stürzte Regierungschef) wurde wegen „moralischer Täterschaft" an sieben Morden und wegen 38 Totschlagsversuchen zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. Stavros Varnavas, ehemaliger Generalleutnant, wurde wegen dreifacher „moralischer Täterschaft" zu lebenslänglich verurteilt; ebenso wie der ehemalige Brigadegeneral Nikolaos Dertilis. Papadopoulos, sowie die ehemaligen Generäle Mavroidhis, Zagarianakos und Karajannis erhielten je 25 Jahre Zuchthaus wegen „Mittäterschaft".

Der ehemalige Leutnant Limberis erhielt ebenfalls 25 Jahre wegen zweifachen Mordes und eines Versuches!

Weitere 12 Faschisten wurden zu kleineren Strafen verurteilt, 12 andere – teilweise „mangels Beweises" – freigesprochen!

Die zu unter einem Jahr Gefängnis Verurteilten konnten sich mit zehn bis fünfzehn DM pro Tag freikaufen. Einigen Faschisten wurde der „mildernde Umstand" des „bisher ehrbaren Lebens" zuerkannt!!

Zur Verhandlung standen sowieso nur ca. 20 Fälle der Ermordung von Antifaschisten. Angeblich war es nicht möglich, die meisten Bullen ausfindig zu machen, die im November 1973 auf die unbewaffneten Studenten und Arbeiter im Polytechnikum und den umliegenden Straßen Menschenjagd machten und dabei nach Schätzungen griechischer Zeitungen ca. 100 Menschen erschossen.

Das Gericht sprach entgegen den Empfehlungen des Staatsanwalts erst gar keine Todesurteile aus. Damit ersparte es der Regierung ein zweites entlarvendes Eingreifen (nachdem Karamanlis die Todesurteile im Hochverratsprozeß sofort in lebenslänglich umändern ließ).

Am 30.11.75 verurteilte ein Gericht in Chalkis vier ehemalige Mitglieder der Sicherheitspolizei zu vier bis zehn Monaten Gefängnis. Ihnen wurde Folterung politischer Gefangener nachgewiesen. Im Prozeß, der seit dem 11. Nov. 1974 (!) läuft, wurden 90 Gefolterte gehört. Allen vier Faschisten räumte das Gericht die Möglichkeit der Bezahlung (ca. 15 DM pro Tag) ein. („Le Monde", 2.12.75)

Im zweiten großen Folterprozeß standen seit dem 13. Oktober 1974 36 Militärs. In dem am 9.12.75 ergangenen Urteil werden 11 freigesprochen. Die übrigen 25 erhielten Strafen zwischen dreieinhalb Monaten und sieben Jahren Gefängnis. Die bekanntesten Angeklagten waren die beiden früheren Leiter der berüchtigten Sonderermittlungsabteilung der Athener Militärpolizei Chadsissis und Theofylojannakos, die zu je sieben Jahren verurteilt wurden. Joannides erhielt als Chef der Militärpolizei in diesem Prozeß 20 Monate!

Acht Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. („Le Monde", 11. 12.75)

Allgemein wird angenommen, daß mit dem Polytechnikum-Prozeß die Reihe der „großen" Prozesse abgeschlossen ist. Zwar steht nach wie vor der Prozeß um den Putsch auf Cypern, sowie der Untersuchungen der CIA-Aktivitäten an, doch muß wohl damit gerechnet werden, daß die Regierung Karamanlis „aus innen- und außenpolitischen Gründen sämtliche in Vorbereitung befindlichen Verfahren stoppen will" (lt. „Süddeutsche Zeitung", 30.12.75). ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

aktuell

Schmidt in Griechenland

Vom 28. Dezember 1975 bis zum 8.1.76 besuchte Helmut Schmidt Griechenland. Bei den Gesprächen zwischen Karamanlis, griechischer Premierminister und Führer der konservativen Bewegung „Neue Demokratie", und Schmidt vereinbarten beide verstärkte wirtschaftliche und militärische Geschäfte, die die Position des BRD-Imperialismus im Südosten Europas ausbauen sollen. Dieser Besuch wurde u.a. Anfang Dezember von einer BDI-(Bundesverband der Deutschen Industrie) Delegation, unter Leitung ihres Präsidenten, Sohl, vorbereitet.

In der Zypern-Frage bot sich Schmidt wiederholt als Vermittler zwischen der Türkei und Griechenland an. Dabei soll Schmidt sich den griechischen Positionen weitgehend angenähert haben (vor allem in der Frage der Grenzkorrekturen, die die Griechen fordern).

Daß sowohl die vermehrten Investitionen, als auch die mögliche Unterstützung in der Zypernfrage und die Beschleunigung der Aufnahme Griechenlands in die EG mit weitgehenden politischen Auflagen gekoppelt ist, dürfte für den BRD-Imperialismus selbstverständlich sein. So die verstärkte Mitarbeit griechischer Truppen im Rahmen der NATO und die uneingeschränkte Benutzung der NATO-Stützpunkte in Griechenland (eines der größten Auslandskontingente der BRD-Truppen sind hier stationiert, Anlaufhäfen für die 6. US-Mittelmeerflotte etc).

Finanzier der Obristen

Mitte Dezember berichtete die Presse über einige Zusammenhänge zwischen den griechischen Obristen und einigen Großkapitalisten. So soll es Anfang 1976 zu einer „Untersuchung" über Verträge, die zwischen den Faschisten und einigen Ölraffinerien im Zeitraum der Obristenherrschaft abgeschlossen wurden, kommen. Es wird in diesem Zusammenhang von einigen „hundert Millionen Dollar" gesprochen, die Kapitalgruppen wie Niarchos und Pappas dabei unterschlagen haben sollen.

Ebenfalls im Dezember ist es nach Meldungen griechischer Zeitungen zum „größten Bankskandal der griechischen Geschichte" gekommen.

Hauptakteur ist dabei der Multimillionär Stratis G. Andreadis, der durch die Heirat seines Sohnes mit Tina Onassis zu einem der reichsten Männer der Welt zählt. *„Stratis Andreadis soll während der Junta-Zeit durch Veruntreuung, Devisenvergehen und Kreditmanipulationen den griechischen Staat um eine Milliardensumme geprellt und sich selbst gehörig bereichert haben."* („Süddeutsche Zeitung,",17.12.75).

Andreadis arbeitete nach der branchenüblichen Methode, knappe Mehrheitsanteile an Aktiengesellschaften zu ergaunern, die gesamte Gesellschaft dann „zu lächerlich niedrigen Preisen" („SZ") an eine „panamesische Steam Company" zu verkaufen und dabei natürlich der Eigentümer dieser fernen Gesellschaft zu sein. Offensichtlich in Absprache mit seinem Freund Papadopoulos, brauchte er dabei nicht einmal die sonst üblichen Steuern, Devisenprovisionen etc. abzuführen. Die griechische Presse spricht von Andreadis hauptsächlich als „Finanzier der Diktatur der Obristen". („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.12.75).

Andreadis, der übrigens ausgerechnet während der Junta-Jahre von Bonn einen der höchsten Verdienstorden für die Verbesserung der deutsch-griechischen Beziehungen verliehen erhielt, stand bereits 1963 wegen ähnlicher Delikte vor Gericht. Die Untersuchungen wurden damals eingestellt. Für alle Fälle aber wohnt Andreadis inzwischen bereits in der Schweiz.

Balkan-Konferenz

Am 26. Januar 1976 soll in Athen die sogenannte „Balkan-Konferenz" beginnen. Neben Griechenland haben Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und auch die Türkei zugesagt. Albanien hat abgelehnt, an der Konferenz teilzunehmen.

In erster Linie wird es um wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Projekte, etwa im Energiesektor, gehen.

Griechenland ist in diesen Bestrebungen insbesondere von Schmidt und Chirac (Frankreich) bei ihren jeweiligen Besuchen sehr unterstützt worden. Die Entwicklungen, insbesondere in Rumänien und Jugoslawien (was kommt nach dem Tode Titos?), erfordern vielfältige Verbindungen des Imperialismus zu diesen Ländern.

CIA-Agent erschossen

Am 23.12. knallten drei Schüsse in Athen ein frohes Weihnachtsfest ein. Die Schüsse galten Richard S. Welch – seines Zeichens erster US-Botschafter in Athen und, was bedeutender ist, Chef des CIA für den gesamten Balkanraum und der Ostspionage!

Über die Attentäter gibt es nicht mehr als Spekulationen; von der Version, daß eigene Leute ihn umgelegt hätten, Junta-Führer sich dafür gerächt haben, daß ihre alten Brötchengeber sie wie eine heiße Kartoffel fallengelassen haben, bis zu der originellsten Version, daß das internationale „Terror"-Gespenst – „Carlos" – wieder zugeschlagen hat.

Nun ja, einen falschen hat es zumindest nicht getroffen.

Der Führer der KPG/„Inland", Kyrkos, beeilte sich unmittelbar nach dem Attentat zu erklären, daß dieser Mord *„als ein zweifelsfreier Provokationsfall in dem antiimperialistischen Kampf"* anzusehen sei. („FAZ", 27.12.75)

Warum dies, wird wohl sein Geheimnis bleiben.

Der griechische Staatsapparat nutzte zumindest die passende Gelegenheit, um bei zwanzig Antifaschisten Hausdurchsuchungen durchzuführen. Die linken Organisationen und Parteien protestierten gegen dieses Vorgehen.

Sieg der Linken an den Hochschulen

Aus den im Dezember durchgeführten Wahlen zu den Studentenausschüssen gingen die linken Organisationen und Parteien als große Sieger hervor.

Von den 335 Sitzen in den Studentenräten, die in der Hauptstadt und in Thessaloniki zu besetzen waren, erreichten linke Kandidaten 259 Sitze gegenüber 76 Vertretern konservativer und rechter Organisationen. Die Kandidaten der KPG/„Inland", der KPG/„Ausland" und der PA.So.K (Papandreou) stellen jetzt in 31 von 35 Ratsausschüssen die absolute Mehrheit.

Von den etwas über 40.000 abgegebenen Stimmen entfielen ca. 11.000 auf die PA.SO.K, 9.200 auf die KPG/„Ausland", 7.200 auf die KPG/„Inland", 4.000 auf die Studenten der rechten Regierungspartei „Neue Demokratie", 1.700 erhielt die E.K. von Mavros.

Die ML-Organisationen erhielten knapp 4.000 Stimmen, wobei die OMLE mit 1.800 und E.K.K.E. mit 1.670 noch die meisten Stimmen erhielten.

Offensichtlich im Zusammenhang mit dem Ausgang der Studentenwahlen traten Anfang Januar 1976 zwei Minister aus der Regierung Karamanlis zurück.

Der als Faschist bekannte Ex-General Ghikas, der bisher Ordnungsminister war, sowie der für die Hochschulen verantwortliche Erziehungsminister Zeppos. Beide sind zweifellos zurückgezogen worden und durch „liberalere" Karamanlis-Gefährten ausgetauscht worden.

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Türkei:
• Streiks und Demonstrationen gegen bewaffnete Provokationen faschistischer Gruppen

hang von einigen „hundert Millionen Dollar" gesprochen, die Kapitalgruppen wie Niarchos und Pappas dabei unterschlagen haben sollen.
Ebenfalls im Dezember ist es nach Meldungen griechischer Zeitungen zum „größten Bankskandal der griechischen Geschichte" gekommen.
Hauptakteur ist dabei der Multimillionär Stratis G. Andreadis, der durch die Heirat seines Sohnes mit Tina Onassis zu einem der reich-
CIA-Agent erschossen
Am 23.12. knallten drei Schüsse in Athen ein frohes Weihnachtsfest ein. Die Schüsse galten Richard S. Welch – seines Zeichens erster US-Botschafter in Athen und, was bedeutender ist, Chef des CIA für den gesamten Balkanraum und der Ostspionage!
Über die Attentäter gibt es nicht mehr als Spekulationen; von der Ver-
lis zurück.
Der als Faschist bekannte Ex-General Ghikas, der bisher Ordnungsminister war, sowie der für die Hochschulen verantwortliche Erziehungsminister Zeppos. Beide sind zweifellos zurückgezogen worden und durch „liberalere" Karamanlis-Gefährten ausgetauscht worden.
Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Türkei:

- **Streiks und Demonstrationen gegen bewaffnete Provokationen faschistischer Gruppen In den letzten Wochen mindestens 15 Tote**
- **Rechtsgerichtete Koalition droht mit Verhängung des Kriegsrechtes**

Die Anfang des Jahres 1975 einsetzenden Überfälle islamisch-faschistischer Banden gegen fortschrittliche Arbeiter und Studenten haben allein in den letzten Wochen 15 Tote und mehrere hundert Schwerverletzte gefordert.

Die Kommandos werden der „nationalen Bewegung" des Obersten Tuerkesh, bzw. der „islamischen Heilspartei" zugerechnet („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12.1.76). Wegen dieser Provokationen sind seit November 125.000 Studenten im Streik. In Massendemonstrationen in Istanbul, Ankara und Izmir forderten sie den Rücktritt der rechtsgerichteten Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Demirel. Dieser Koalitionsregierung gehört auch die „islamische Heilspartei" an („FAZ", 4.12.75).

Während der Demonstrationen ist es immer wieder zu brutalen Einsätzen der Polizei gekommen, die mit Panzerwagen und Schußwaffen gegen die Demonstranten vorgingen.

Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund verschärfter sozialer Spannungen in der ganzen Türkei gesehen werden. Die steigenden Arbeitslosenzahlen haben mittlerweile die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Verursacht durch die Wirtschaftskrise der imperialistischen Länder strömen täglich neue Arbeitskräfte in die Türkei zurück. Die Inflationsrate, die die OECD derzeit mit 26% angibt, treibt immer größere Teile der türkischen Bevölkerung weit unter die Grenze des Existenzminimums. Das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt zur Zeit rund 140 DM!

Die Kämpfe gegen die Regierung nehmen bei allen Teilen der Bevölkerung, Arbeitern, Bauern und Studenten, zu. Zur Zeit streiken in Istanbul 16 000 städtische Angestellte gegen die Verzögerung der Lohnauszahlung. Sie besetzten das Büro des Bürgermeisters und den Gemeindesaal. Vom Streik betroffen sind die Müllabfuhr, die städtischen Schlachthöfe und die staatlich subventionierten Theater. Der Staat schuldet den Angestellten rund 60 Millionen türkische Pfund („Neue Zürcher Zeitung", 12.12.75).

Die Antwort der Regierung ist der Einsatz faschistischer Banden und der Polizei. Erst vor einem Jahr erfolgte eine allgemeine Amnestie für fast alle türkischen Häftlinge, doch schon wieder sitzen weit über 100 Linke in den Gefängnissen („Deutsche Volkszeitung", 1.1.76).

Ministerpräsident Demirel drohte jetzt wieder mit der Verhängung des Kriegsrechtes. Dies erinnert an eine erneute Entwicklung zum Faschismus, ähnlich wie 1971. Am 12.3.71 wurde über 70% des Landes der Türkei, die sich zu einer faschistischen Militärdiktatur entwickelt hatte, das Kriegsrecht verhängt. Tausende von Menschen wurden gefoltert und ermordet. Alle legalen Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere die kommunistischen und sozialistischen, wurden verboten. ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg





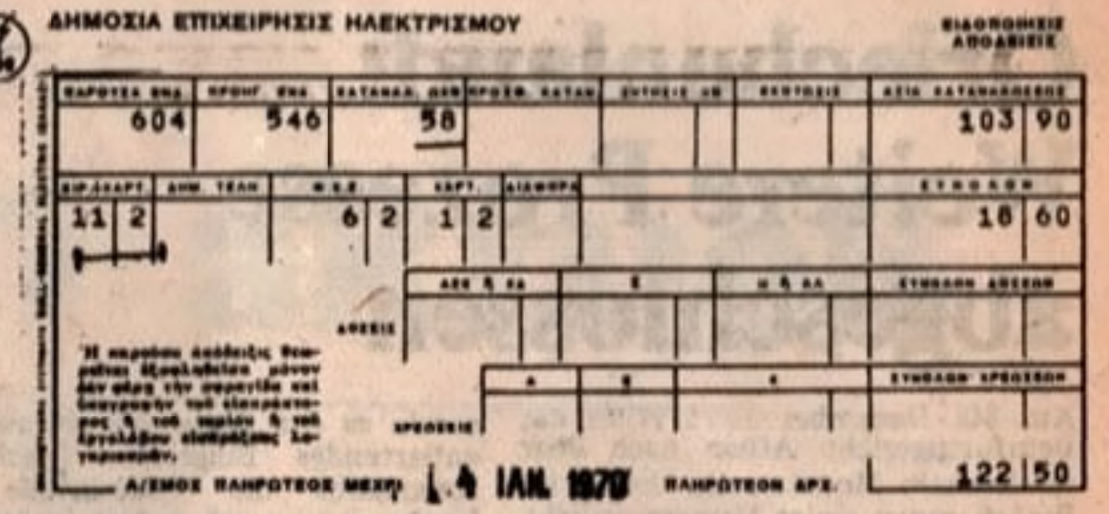
Aus Anlaß der Ermordung zweier Antifaschisten demonstrierten in Istanbul tagelang tausende von Menschen unter den Parolen „Fluch der mörderischen Regierung" und „Nieder mit den Faschisten".



Die Demonstranten verteidigen sich gegen die Spezialeinheit der Polizei, die mit Panzerwagen und Schußwaffen ausgerüstet sind mit dem Bau von Barrikaden.

Griechenland

Rundfunk- und Fernsehsender für die Faschisten – ein Leserbrief –



Während des griechischen Bürgerkrieges, der von 1946 bis 1949 dauerte, wurde in Griechenland der faschistische Radiosender „Nachrichtensender der Streitkräfte" (EIRT) gegründet. Seine Hauptaufgabe war, das kämpfende griechische Volk und seine Volksarmee zu bekämpfen.

Vor wenigen Jahren wurde das Fernsehen in Griechenland eingeführt. Wieder wurde eines der Programme vom faschistischen „EIRT" gesendet. Auch jetzt, nach dem Sturz der faschistischen Diktatur, kann dieser schwarze Kanal – auf international nicht festgelegten Frequenzen – seine Propaganda gegen das Volk weiter verbreiten!

Über diese Sendungen wurde vor kurzem im Parlament diskutiert.

Ein Abgeordneter der Regierungspartei erklärte, daß diese Sendungen international kritisiert würden und daß die griechischen Rundfunkgesetze sich im Gegensatz zu den anderen Westeuropäischen Ländern seit 1930 nicht geändert hätten.

In der Zeit der faschistischen Diktatur haben diese Sender für die Propaganda der Faschisten eine große Rolle gespielt und es ist eine Verachtung für die Opfer, die das griechische Volk im Kampf für die Demokratie gegeben hat, daß diese Sender heute noch arbeiten!

Ein Abgeordneter der Opposition (Zentrumsunion) erklärte in Athen, daß diese Sender „Piratensender" seien, da sie ohne Rücksicht auf die international festgelegten Frequenzen sendeten und damit auch Sendungen anderer Stationen störten.

Um die Sender neu zu ordnen, hat die griechische Regierung den „Spezialisten" Sir Hugreen aus England eingeladen. Dieser erklärte, Rundfunk und Fernsehen müßten staatlich sein (und nicht Eigentum der Regierung), um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Er forderte, daß eine Kommission von höheren Beamten die Programme kontrollieren sollte und betonte, daß diese Beamten sich als Mitarbeiter des Parlaments fühlen müßten.

Demgegenüber wies der Vorsitzende der linken Partei EDA, Iliou, darauf hin, daß das griechische Fernsehen immer vom Kapital kontrolliert wird. Der Vorschlag des Engländers, daß die Beamten sich als Mitarbeiter des Parlaments fühlen sollten, bringe keine tatsächliche Änderung; das alles sei nur eine englische Romantik. Es solle nur der Name des Senders gewechselt werden – die Programme bleiben, wie sie heute sind, bzw. werden noch stärker gegen das Volk gerichtet sein.

Ein Abgeordneter der sozialistischen Partei betonte, daß das Rundfunk- und Fernsehpersonal, sowie die Presse- und Nachrichtenbeamten seit der Diktatur ungeschoren im Dienst sind und die heutige Regierung nicht einen einzigen Mann abgesetzt hätte. Hierzu erklärte die Regierung noch ausdrücklich, daß alle Beamten ausgezeichnet seien.

Der Inhalt der Programme

Im Hörfunk beginnt das Programm folgendermaßen:

Um sechs Uhr wird die Nationalhymne gespielt, es folgen fünf Minuten Gebet. Anschließend wird ein militärischer Marsch gespielt („*Griechenland, du stirbst nie, du erschrickst vor nichts und wir haben nur wenig Zeit, uns zu erquicken, um für neuen Ruhm zu kämpfen....*")

In der folgenden „Chronik des Tages" wird nur darüber berichtet, was die Faschisten und die Führung der Kirche Großes geschaffen haben. Aber was das Volk mit seinem Blut erkämpft hat, wird mit keiner Silbe erwähnt.

So wurde der Chef dieses Hetzsenders vor kurzem gefeuert, weil im Programm ein Film über die griechische Geschichte lief, in dem auch die Führer der Befreiungskämpfer gezeigt wurden und die Lieder der Partisanen zu hören waren!

In der „Chronik" am 1. Mai etwa wurde nicht gesagt, was dieser Tag bedeutet und die Schüler lernen, daß dies der Tag des „Frühlingsfestes" ist. Es wurde nie gesagt, wann das Datum der Befreiung des griechischen Volkes vom deutschen und italienischen Faschismus ist – das Datum ist bis heute unbekannt. Der Tag des Sieges der Reaktion über die Volksstreitkräfte – der 29.8.49 – wird dagegen jedes Jahr mit großen Feiern begangen.

Im Fernsehen gibt es lange politische Kommentare (über eine halbe Stunde), in denen die Rechten ausgiebig zu Wort kommen.

Bei den Filmen wird häufig unterbrochen, um Reklame für die Produkte der großen Konzerne einzublenden – so wie im US-Fernsehen.

Für diese Propagandasender der Faschisten muß das griechische Volk auch noch bezahlen – und zwar auf eine besonders „originelle" Weise:

Für jeden elektrischen Zähler werden Gebühren für Rundfunk abgezogen – ob man nun tatsächlich ein Radio hat oder nicht!

Wer mehrere Zähler hat, etwa Bauern oder kleine Geschäftsleute, der muß auch mehrmals bezahlen.

Wer keine Gebühren mehr zahlen will, der muß seinen Strom abmelden!

Um die faschistische Propaganda weiter zu zentralisieren, hat die reaktionäre Karamanlis-Regierung beschlossen, die vielen existierenden Privatsender am 1.8.76 schließen zu lassen. Diese Sender strahlen jeweils Programme für einen kleineren Bezirk aus.

In einer Stadt in Westgriechenland ist dieser Beschluß allerdings auf massiven Protest der Bevölkerung gestoßen. Dort wurde gedroht, das Gebiet durch einen Streik lahmzulegen, wenn dieser Sender geschlossen wird.

Nach Verhandlungen bleibt dieser Sender jetzt bestehen, geht aber zu 50% an die Hörfunkstation von Athen, wird also halbstaatlich.

Wie in vielen anderen Bereichen der griechischen „Demokratie" zeigt sich auch auf dem Informationssektor, daß die Kräfte der faschistischen Diktatur noch sehr lebendig sind und tagtäglich ungestört ihren braunen Mist auf das griechische Volk abladen können.

Aus den Ereignissen in Portugal wissen wir, welch entscheidende Bedeutung den Informationsmedien für den Kampf des Volkes um Demokratie zukommt! Auch für Griechenland gilt: Es wird erst dann wirkliche Meinungsfreiheit für das Volk geben, wenn die Faschisten aus allen Bereichen herausgesäubert sind und wenn die Regierung, die diese Faschisten stützt, vom Volk gestürzt wird! (Angaben nach „Akropolis" vom 27. und 28.11.75) ●

Ein griechischer Genosse in Zusammenarbeit mit einem Metallgenossen.

Schülergenosse endgültig verurteilt

E.K.K.E. – Genossen freigesprochen

Am 8. 1. 1976 wurde der Schülergenosse Andonios Schultze von der A.A.S.P.E. (Schüler und Studentenorganisation, die der E.K.K.E. nahesteht) wegen „Zerstörung in der US-Botschaft in Athen am 21.4.75" endgültig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die E.K.K.E. Genossen Petros Stangos, Christos Bistis und Anna Filini, die wegen „moralischer Täterschaft" angeklagt waren, (sie hatten lediglich das Aufrufflugblatt der E.K.K.E. für eine Demonstration unterzeichnet) wurden freigesprochen.

Der Genosse Schultze, achtzehn Jahre und Schüler, wird damit wesentlich härter bestraft als etliche Folterer des Faschismus, die sich z. T. mit 12,- DM pro Tag freikaufen können.

Portugal: Die Presse nach dem 25. November

Seit geraumer Zeit richtet sich eine umfassende Offensive der portugiesischen Reaktion und Sozialdemokratie gegen die fortschrittlichen Nachrichtenorgane. PS und PPD hatten eine „Plattform" entworfen, die neben der Rückgabe von „Radio Renascenca" und „Republica" an ihre „rechtmäßigen Eigentümer" die Einsetzung sozialdemokratisch dominierter Direktionen für den Sender „Radio Clube Portugues" und alle verstaatlichten Tageszeitungen oder aber die Aufteilung dieser Zeitungen unter die drei großen Parteien, vorsah („O Seculo", 22.10.75). Diese Plattform, die schon bei der Bildung der 6. Provisorischen Regierung vorgelegt wurde, ließ sich zunächst wegen des für die Bourgeoisie ungünstigen Kräfteverhältnisses nicht in die Praxis umsetzen; erst die radikale Veränderung des Kräfteverhältnisses nach dem Rechtsputsch vom 25. November schuf die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung.

Publikationsverbot der verstaatlichten Tageszeitungen bis zur Einsetzung genehmer Direktionen

Noch am 25. November wurde ein vorläufiges Publikationsverbot für alle verstaatlichten Tageszeitungen erlassen, um zum einen die ohnehin bestehende Desorientierung der Bevölkerung über die laufenden Ereignisse noch zu verstärken und zum anderen die Presse unter Ausschaltung einer öffentlichen Diskussion ungestört auf Vordermann zu bringen. Dabei ging es vor allem darum, die strikte Einhaltung des Pressegesetzes durchzusetzen, dessen Anwendung bislang beharrlich von den Arbeiterkommissionen der Zeitungen verhindert worden war, und damit die (auszuwechselnden) Direktionen mit Befugnissen auszustatten, die ihnen im Verlauf des revolutionär-demokratischen Prozesses allmählich entrissen worden waren. Vom Publikationsverbot wurden die in Porto erscheinenden und ebenfalls verstaatlichten Tageszeitungen „O Primeiro de Janeiro" und „O Comercio do Porto" stillschweigend ausgenommen, da an ihrer reaktionären Berichterstattung vom Standpunkt der Bourgeoisie aus nichts auszusetzen war; der Verwaltungsrat dieser beiden Zeitungen wurde alsbald unverändert im Amt bestätigt. Daneben konnten nur die privaten Zeitungen erscheinen – neben „Republica" das sozialdemokratische Kampfblatt „A Luta" und das reaktionäre „Jornal Novo".

Am 9. Dezember schließlich setzte die Regierung neue Verwaltungsräte für die verstaatlichten Tageszeitungen ein. Während diese Gremien beim „Jornal do Comercio", „Diario Popular" und „Diario de Lisboa" im Amt bestätigt wurden, fand bei „O Seculo", „Diario de Noticias" und „A Capital" eine vollständige Auswechslung statt: „O Seculo" erhielt einen PPD-Verwaltungsrat, und die beiden anderen Blätter wurden der PS zugeschlagen (offiziell war natürlich nicht die Rede von einer Verteilung der Zeitungen an diese Parteien!).

Die revisionistische PCP, die bei der Aufteilung des Kuchens immerhin einiges zu verlieren hatte (ihre Positionen dominierten bei „Diario de Noticias", „O Seculo" und „Diario de Lisboa"), verweigerte ihre Teilme an dem „Vorschlagsverfahren" bei den Neubesetzungen mit dem durchaus angebrachten Hinweis, es sei schließlich einzig und allein Sache der Arbeiter und Angestellten der Zeitungen, über solche Veränderungen zu beschließen. Andererseits mochte sie aber auch nicht zum Kampf gegen die Rückeroberung der Presse durch die Bourgeoisie aufrufen und gab ihr sogar Rückendeckung, indem sie erklärte: „*Einige große Nachrichtenorgane hatten eine sehr engstirnige und linksradikale Orientierung eingenommen, die sich manchmal in der Jagd nach politischen und militärischen Skandalen äußerte und nicht die tatsächliche Situation und die vielfältigen negativen Auswirkungen der Veröffentlichung gewisser Materialien berücksichtigte*" („Diario Popular", 11.12.75). Hiermit meinte die PCP offenbar in erster Linie die beiden Tageszeitungen „A Capital" und „Republica", die der revolutionären Linken nahestanden.

Das Ergebnis der „Umstrukturierung"

Zwischen dem 11. und 15. Dezember wurde die Publikation von vier der sechs verstaatlichten Lissaboner Tageszeitungen wieder aufgenommen. Beim „Jornal do Comercio" und beim „Diario Popular" waren keine umwälzenden Veränderungen erforderlich, da in ihnen ohnehin schon ein beträchtlicher PS-Einfluß bestand, während das „Diario de Lisboa" in kaum veränderter Form als diejenige Tageszeitung erschien, die der PCP sozusagen „zugewiesen" wurde. „A Capital" – vor dem 25. November schon gemeinsam mit „Republica" die fortschrittlichste Tageszeitung, bei der auch mehrere Genossen vom MES und anderen linken Organisationen mitarbeiteten – erschien trotz des neu eingesetzten PS-Verwaltungsrats mit (vorläufig?) unverändertem Redaktionsstab.

„A Capital" ist derzeit, nach der Einstellung von „Republica", die einzige portugiesische Tageszeitung, die z.B. Stellungnahmen der revolutionären Linken in gewohntem Umfang abdruckt, während sie von den anderen Zeitungen zumeist auf lächerliche Kleinnotizen reduziert oder gänzlich unterschlagen werden.

Die einschneidensten Veränderungen wurden zweifellos den der PCP nahestehenden Morgenzeitungen, dem „Diario de Noticias" und dem „O Seculo", aufgezwungen. Namentlich „O Seculo" war schon seit geraumer Zeit heftigen Attacken der PS ausgesetzt gewesen. Im Oktober hatte die PS/MRPP-Fraktion der Zeitung, nachdem ihr Antrag auf Absetzung der Direktion bei einer Vollversammlung nicht durchgedrungen war, eine Unterschriftensammlung im Angestelltenbereich des Blattes durchgeführt, als deren Ergebnis sie den Journalisten Roby Amorim (MRPP) zum neuen Direktor des Blattes erklärten, was von den Arbeitern der Zeitung entschieden abgelehnt wurde. Nach einer Eskalation ihrer Kampfmaßnahmen, die vom Streik mit Besetzung der Arbeitsplätze über die Verhinderung der Auslieferung von „O Seculo" bis zum (fehlgeschlagenen) Versuch der Besetzung des Verlagsgebäudes reichte, gab die PS/MRPP-Fraktion ab Anfang November eine „Behelfsausgabe" der Zeitung heraus, während die von den Arbeitern von „O Seculo" hergestellte Zeitung wegen des Vertriebsboykotts auf Lissabon und Umgebung beschränkt blieb. Der PPD-Verwaltungsrat, der das Blatt am 9. Dezember übernahm, sorgte zunächst für die Ernennung eines „zuverlässigen" Chefredakteurs (ein Journalist, der vor dem 25. November beim „Diario Popular" von der Arbeiterkommission gefeuert worden war) und forderte dann die beiden Fraktionen auf, doch anzugeben, welche Leute der jeweils anderen Fraktion sie rausschmeißen wollten! Auf diese Aufforderung gingen die PCP und die mit ihr zusammenarbeitenden Kräfte nicht ein, während die PS/MRPP-Fraktion 38 Arbeiter und Angestellte zum Abschuß freigab. Eine so umfangreiche Säuberung erschien allerdings selbst der neuen Verwaltung wegen des Widerstands der Arbeiter als nicht opportun, sodaß sie sich auf die Entlassung von fünf Journalisten „beschränkte". Nach Abschluß dieser Aktion erschien „O Seculo" am 29. Dezember wieder.

Ein ähnliches Vorgehen der PS beim „Diario de Noticias" führte dazu, daß das Blatt erst nach der Entlassung von zehn Journalisten wieder erschien.

Insgesamt setzten die Arbeiter der verstaatlichten Tageszeitungen diesem Vorgehen verhältnismäßig wenig Widerstand entgegen. Das hängt vor allem mit der Haltung der PCP zusammen, deren Einfluß unter den Druckern nicht zu unterschätzen ist. Obwohl es ihr letzten Endes selber an den Kragen ging – wurde doch ihr beträchtlicher Einfluß in der Tagespresse drastisch reduziert! – vermied die PCP nach Kräften eine scharfe Auseinandersetzung zur Verteidigung ihrer Positionen. Den Höhepunkt ihres „kämpferischen Verhaltens" bildet zweifellos die Ankündigung einer selbstfinanzierten neuen Tageszeitung („Diario"), die ab 1o. Januar erschienen ist und bei der Journalisten mitarbeiten, die bei „O Seculo", „Diario de Noticias" und anderen Tageszeitungen entlassen wurden oder „freiwillig" kündigten. ●

Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Portugal: Die Linke nach dem 25. November

Der Rechtsputsch vom 25. November und seine Folgen haben die Linke bisher nicht so sehr unmittelbar (in Form staatlicher Repression usw.) getroffen, sondern in erster Linie politisch-ideologisch.

Die Revolutionäre Einheitsfront FUR, die in bestimmten Situationen vor dem 25.11. einen Masseneinfluß erreicht zu haben schien, ist nach dem 25.11. in ihrer Handlungsfähigkeit weitgehend gelähmt und hat noch keine neue Aktion durchgeführt. Drei von sechs Organisationen – die spontaneistische LUAR, die trotzkistische LCI und die den Revisionisten nahestehende MDP – haben die FUR im Dezember verlassen. Geblieben sind MES, PRP und FSP, aber es ist offen, ob ihnen eine Wiederbelebung der FUR in nächster Zeit gelingen wird.

Bedrückender als die das Ausscheiden einiger Organisationen aus der FUR ist die Tatsache, daß im Grunde weder vor noch jetzt nach dem 25.11. zwischen den Organisationen der revolutionären Linken eine prinzipielle politisch-ideologische Auseinandersetzung geführt wurde. Es gibt der bisherigen Situation in der FUR sicher kein gutes Bild, wenn n a c h dem Ausscheiden von LUAR und LCI die verbliebenen Organisationen erklären, daß die Ausgeschiedenen sowieso von Anfang an in der FUR nur eine negative Rolle gespielt hätten (vgl. Abdruck eines FUR-Kommuniqués in diesem AK).

MES und PRP hatten vor dem 25.11. auf das nahe Bevorstehen eines bewaffneten Aufstands, in Verbindung mit fortschrittlichen Armeeteilen, und auf die sozialistische Revolution als einzige Alternative zum Faschismus gesetzt. Der rasche Sieg der Reaktion am 25.11. hat gezeigt, daß MES und PRP von einer unrealistischen Einschätzung des Masseneinflusses der revolutionären Linken, der Politik der PCP und der Lage in der Armee ausgegangen waren. Dennoch hat es von Seiten dieser beiden Organisationen praktisch bisher kaum eine Analyse und Selbstkritik zu den Ereignissen gegeben. Vor allem die PRP hält an der Losung des bewaffneten Aufstands als kurzfristige Perspektive fest.

Beim MES hat es im Intellektuellen- und Angestelltenbereich einige größere Austritte gegeben.

Die LUAR hat sich nach ihrem Ausscheiden aus der FUR gespalten. Offen ist, wohin sich die Ausgetretenen – anscheinend die Mehrheit der Organisation – orientieren wollen (siehe Notiz in diesem AK).

Die optimistische Einschätzung einiger Sektoren der revolutionären Linken, daß der Verrat der Revisionisten vom 25.11. den Arbeitern endgültig „die Augen geöffnet" habe, scheint bisher durchaus nicht zutreffend. Die Revisionisten scheinen bisher ihre Kontrolle über die Massen eher g e f e s t i g t zu haben, da die revolutionäre Linke anscheinend wegen ihrer inneren Zersplitterung, aber wohl teilweise auch wegen des unrealistischen Charakters ihrer Parolen vor dem 25.11. (vor allem bei MES und PRP) an Glaubwürdigkeit und Mobilisierungsfähigkeit verloren hat.

Dazu kommt, daß die Niederlage der revolutionären Linken in der Armee nahezu t o t a l ist. Nicht nur, daß die O f f i z i e r e der wichtigsten fortschrittlichen Einheiten (RALIS, Militärpolizei u.a.) verhaftet sind; diese Einheiten wurden praktisch vollständig aufgelöst, die Soldaten nach Hause geschickt. In allen Einheiten haben die Kommandanten Vollmacht, Soldaten willkürlich zu entlassen. Die revolutionäre Linke ist auf diese Weise in der Armee praktisch nicht mehr vertreten. Die fortschrittliche Soldatenorganisation SUV wurde durch die Entfernung fast aller ihr angehörenden Soldaten aus der Armee liquidiert.

In die Kasernen verschiedener aufgelöster fortschrittlicher Einheiten wurden reaktionäre Truppen aus dem Norden verlegt. Die portugiesische Armee soll innerhalb einiger Monate zu einer straff disziplinierten, reaktionär ausgerichteten Berufsarmee umformiert werden.

Mit dieser Entwicklung in den Streikräften wird derzeit die unmittelbare Perspektive des bewaffneten Aufstands noch unrealistischer, die Abwehr reaktionärer und faschistischer Putschpläne wird schwieriger.

Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen können vorerst nicht, wie vor dem 25.11., damit rechnen, im Kampf für ihre Forderungen einen beträchtlichen Teil der Streitkräfte auf ihrer Seite zu haben. Diese Tatsache wirkt sich offensichtlich zur Zeit negativ auf die Kampfbereitschaft der Massen aus und begünstigt die Taktik der PCP, die auf ein Bündnis mit der PS und mit der „Gruppe der Neun" (Antunes etc.) aus ist.

Kommunique der FUR

1 – Am 25. November haben die portugiesische Bourgeosie und der Imperialismus einen auf politisch-militärischer Ebene sorgfältig vorbereiteten konterrevolutionären Plan in Gang gesetzt. Sie setzen damit ihre Politik fort, dem arbeitenden Volk, den Soldaten und Matrosen, den fortschrittlichen und revolutionären Unteroffizieren und Offizieren, der Volksmacht und der Sozialistischen Revolution eine entscheidende Niederlage beizubringen.

2 – Am 25. November war durch die von den Faschisten und Sozialdemokraten koordinierte politisch-militärische Aktion und durch die versöhnlerische und opportunistische Taktik der PCP vieles von dem möglich, was die portugiesische Bourgeoisie und der Imperialismus erfolglos am 28. September und am 11. März durchzusetzen versucht hatten – die volksfeindliche Ordnung, die Zerschlagung der revolutionären Armeeeinheiten und die Abwürgung des fortschrittlichen Informationswesens, die Repression gegen die Revolutionäre und gegen die Organe der Volksmacht.

3 – Die Reaktionäre und Opportunisten verschiedener Prägung wollen das arbeitende Volk betrügen mit einer Kampagne, die sich auf den Betrugsapparat der bürgerlichen Presse stützt. Sie versuchen glauben zu machen, daß es am 25. November einen abenteuerlichen Putschversuch der revolutionären Linken gegeben hätte, für den weitgehend die Organisationen der FUR verantwortlich gewesen seien. Diese unverschämte Lüge erlaubt es den Reaktionären, die Repression zu entfesseln. Den Opportunisten erlaubt sie, fortschrittliche Soldaten im Stich zu lassen und sie den Bütteln der Bourgeoisie auszuliefern, im Austausch gegen eine Versöhnung auf Kosten der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

4 – Die FUR erklärt, daß es ein vollständiger Schwindel und eine absurde Farce ist, wenn behauptet wird, der 25. November sei die Niederlage eines „Putsches der revolutionären Linken." Die wirkliche revolutionäre Linke macht keine Putsche. Denn ihr politisches Ziel – die vollständige Befreiung des Proletariats – stützt sich auf die Mobilisierung und Organisierung der Werktätigen, auf den Aufbau der Arbeiter- und Volksmacht, auf den allgemeinen Aufstand der Ausgebeuteten und auf die Eroberung der politischen Macht von der Bourgeoisie – und nicht auf „Gipfel"-Manöver, Putsche hinter den Kulissen oder Militärrevolten. Das sind ausschließlich Mittel der Reaktionäre und der versöhnlerischen Opportunisten, die die Werktätigen und ihre Verbündten entsprechend den Interessen ihrer reformistischen Logik ausnutzen.

5 – Nach Meinung der FUR entspricht die Aufgabe der einheitlichen politischen Arbeit durch LUAR und LCI – von beiden Organisationen in öffentlichen Erklärungen formuliert – überhaupt nicht dem Neuen, das der 25. November gebracht hat. Sie entspricht allerdings dem gesamten Verhalten dieser beiden politischen Gruppen, die im Lauf der Monate des Bestehens der FUR kaum etwas anderes gemacht haben als Versuche, die Entwicklung der gemeinsamen Arbeit zurückzuzerren und zu blockieren, indem sie in die Einheitsfront ihre eigenen Unzulänglichkeiten und inneren Widersprüche und ihre irrigen, sektiererischen theoretizistischen Fehler hineintrugen.

Somit ist das Ausscheiden von LUAR und LCI bloß die Formulierung des auf der Ebene der revolutionären Perspektive praktisch schon vor dem 25. November vollzogenen Austritts dieser Organisationen. Es zeigt noch deutlicher die schwankende und nicht revolutionäre Natur der Gruppen die, direkt oder indirekt, im Chor der bürgerlichen Betrüger mitarbeiten, die den reaktionären Putsch vom 25. November in einen angeblichen „abenteuerlichen Putsch der revolutionären Linken" verwandeln wollen.

6 – Die politischen Organisationen, die heute Bestandteil der Revolutionären Einheitsfront (FUR) sind, halten die Neuformulierung der Plattform vom 25. August und des Manifests vom 10. September für nötig; und zwar in einer Form, die der neuen Situation der Repressionswelle der Bourgeoisie entspricht und die den Schwerpunkt auf die einheitliche Arbeit legt, vor allem an der Basis, in den Fabriken, Betrieben, Schulen und Kasernen. Sie erklären zugleich, daß sie fest entschlossen sind, an der revolutionären Einheit festzuhalten und sie zu entwickeln, um den Kampf gegen die faschistische Gefahr, für die Verteidigung der Volksmacht und des revolutionären Informationswesens, den Kampf gegen die Repression und für die Befreiung aller fortschrittlichen und revolutionären Gefangenen aus den Kerkern der Bourgeoisie zu ermöglichen.

Die Einheit der Arbeiterklasse, das Bündniss der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen mit dem gesamten werktätigen Volk erfordern die Entwicklung einer breiten Einheit an der Basis, die alle konsequenten Antifaschisten umfaßt und die von den Organisationen der FUR eine einheitliche Anstrengung verlangt, um entscheidend dazu beizutragen, daß man vom Kampf gegen die bürgerliche Offensive zur Reorganisierung der Volksantwort kommt.

7 – Die MDP/CDE hat aufgehört, Teil der FUR zu sein, da die Meinungsverschiedenheiten über die politische Perspektive zwischen dieser Partei und den übrigen Organisationen, die heute der FUR angehören (FSP,MES,PRP), eine korrekte und nützliche Praxis einheitlicher Arbeit unmöglich gemacht haben. Die FUR erklärt sich jedoch bereit, mit der MDP/CDE – ebenso wie mit den anderen Organisationen der Linken – in konkreten Aktionen zusammenzuarbeiten, wenn die politischen Umstände es erfordern. ●

22.12.75

Sekretariat der FUR

PRP: Kader diskutieren die Lage

Am 20./21.12.75 fand eine Vollversammlung der Kader der PRP statt, um über die Situation nach dem 25. November zu diskutieren.

– Als Ursachen der Niederlage vom 25. November wurden angesehen: Der Mangel an Organisiertheit unter den Werktätigen, eine revolutionäre Führung ohne die nötige Kraft; Unterschätzung des Ausmaßes des Verrats der Führung der PCP; mangelndes Verständnis mancher fortschrittlicher militärischer Einheiten für die revolutionäre Disziplin.
– Der bewaffnete Aufstand als einziger Weg zum Sieg des Sozialismus wurde bekräftigt. Der bewaffnete Aufstand stelle sich angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Widersprüche mehr denn je als Notwendigkeit.
– Die Bedeutung der Zusammenarbeit in der FUR wurde unterstrichen.
– Es wurde die Notwendigkeit betont, innerhalb der Organisation eine starke revolutionäre Disziplin durchzusetzen und eine Struktur zu verwirklichen, die eine große Handlungsfähigkeit der Organisation und eine „*grundlegende dezentralisierte Demokratie*" sowie einen „*starken ideologischen Zusammenhalt*" garantieren. ●

(Nach „Revoluçao", 3.1.76)

LUAR: Austritt aus der FUR und Spaltung

Wie im letzten AK bereits kurz berichtet, hat die spontaneistische Organisation LUAR am 11. Dezember des vergangenen Jahres die Einheitsfront FUR verlassen. Die Austrittserklärung der LUAR klagte „*die politische Schwäche, die Inkonsequenzen und die Unfähigkeit der portugiesischen revolutionären Linken*" an, „*ihre historische Rolle zu übernehmen*". Die Organisationen der FUR seien „*nicht fähig gewesen, ihre inneren Widersprüche zu lösen. Ebenso konnten sie keine revolutionäre Perspektive festlegen, die die Festigung dieser Front und die Entwicklung einer korrekten Praxis ermöglicht hätte*". Die FUR sei „*vom Reformismus*" (d.h. der PCP – Anm. AK) *manipuliert worden und bisweilen von Organisationen benutzt worden, die ihr bloß angehörten, um sie besser in ihre Positionen und Thesen einzubeziehen*".

Die LUAR kündigte „eine ernste Selbstkritik" an und äußerte zugleich die Bereitschaft, „offen zu bleiben für eine Aktionseinheit mit allen revolutionären Kräften".

Wie „A Capital" am 13. Januar meldete, hat der größere Teil der Einheiten und Mitglieder die LUAR verlassen. Die Ausgetretenen, die sich anscheinend um Fernando Pereira Marques (einer der LUAR-Führer) gesammelt haben, wollen „*keine neue Organisation gründen, sondern grundlegend am Wiederaufbau der revolutionären Linken mitarbeiten. Sie wollen eine alternative Perspektive vorlegen, die die Zersplitterung der Genossen vermeidet, wie sie sich nach dem 25. November ereignete*".

Die Massenaustritte sind zunächst in erster Linie ein Protest gegen die Person des LUAR-Generalsekretärs Palma Inácio, bei dem alle Entscheidungsbefugnisse der Organisation konzentriert gewesen seien.

Palma Inácio ist ein persönlicher Freund von PS-Führer Mario Soares – eine Freundschaft, die er auch nach dem 25. November immer noch eifrig pflegt. Das Kommuniqué der Ausgetretenen klagt denn auch „*die politische Unentschlossenheit des Generalsekretärs gegenüber der Sozialdemokratie*" an. Es wird ferner kritisiert, daß „*eine spontaneistische Guerilla-Praxis vollständig die Massenarbeit und die politische Schulung der Genossen auf den zweiten Platz verdrängte*". Die Ausgetretenen bekräftigen ihre Entschlossenheit, für den Sozialismus, für den Kommunismus und für eine wirkliche Befreiung aller Werktätigen zu kämpfen. ●

auszuliefern, im Austausch gegen eine Versöhnung auf Kosten der Ausgebeuteten und Unterdrückten.
4 – Die FUR erklärt, daß es ein vollständiger Schwindel und eine absurde
tionen. Es zeigt noch deutlicher die schwankende und nicht revolutionäre Natur der Gruppen die, direkt oder indirekt, im Chor der bürgerlichen Betrüger mitarbeiten, die den reaktionären
nen der Linken – in konkreten Aktionen zusammenzuarbeiten, wenn die politischen Umstände es erfordern. ●
22.12.75
einen „starken ideologischen Zusammenhalt" garantieren. ●
bekräftigen ihre Entschlossenheit, für den Sozialismus, für den Kommunismus und für eine wirkliche Befreiung aller Werktätigen zu kämpfen. ●

Neue „ML"-Partei gegründet

Ende Dezember fand in Lissabon ein Kongreß der ORPC/ML und CMLP statt, auf dem der Zusammenschluß dieser beiden Organisationen zur PCP (R) (Wiederaufgebaute Kommunistische Partei) beschlossen wurde. Diese Partei hat den Anspruch, an die alte Tradition der PCP zwischen 1921 und 1956 anzuknüpfen.

Die ältere dieser beiden Organisationen ist die CMLP, die zwischen 1964 und 1966 entstanden ist und deren öffentliche Aktionen durch die FAP (Frente de Accao Popular) ihren Ausdruck fanden. Ihr gehörten einige wichtige Kader an, die sich damals von der PCP abgespalten hatten.

Die anderen „ML"-Organisationen haben praktisch in diesen 12 Jahren nur im Exil existiert. Ihr Charakter war zum großen Teil durch eine starke Mehrheit von Studenten und von breitgefächerten, falschen Tendenzen wie Spontaneismus, Abenteurertum, Dogmatismus und totale Loslösung von den Massen gekennzeichnet; unter ihnen dürften die MRPP und die faschistoide Gruppe um Vilar („PCP/ML") den Höhepunkt der Degenerierung und des Sektierertums erreicht haben.

Im Mai 1975 entstand die ORPC/ML (Organisation für den Wiederaufbau der Partei) aus dem Zusammenschluß dreier ML-Organisationen. Kurz darauf wurde ein Aufruf an die CMLP und OCMLP/FEC-ML zur Vorbereitung des Kongresses und Aufbau der Partei „innerhalb einiger Wochen!" verbreitet.

Diese „einige Wochen" wurden immerhin vier Monate, da die Auseinandersetzung mit der OCMLP und ihrer rechten, „vaterländischen" Politik bis vor kurzem noch angedauert hat.

Eine wesentliche Meinungsverschiedenheit liegt darin, daß die ORPC/ML der Meinung ist, daß der US-Imperialismus „*jetzt der äußere Hauptfeind unseres Volkes ist, gegen den im wesentlichen der Kampf für die nationale Unabhängigkeit geführt werden muß*" – während die OCMLP die „beiden Supermächte" für die Hauptfeinde hält, von denen der „Sozialimperialismus" der gefährlichere sei.

Die ORPC/ML wendet sich auch dagegen, die PCP als „(sozial)faschistisch" zu charakterisieren, wie es vor allem MRPP und „PCP/ML", aber auch die OCMLP tun.

Die ORPC/ML ist gegen das von der OCMLP propagierte Bündnis mit „Sektoren der Bourgeoisie" (Antunes-Gruppe u.ä.), gegen das Vertrauen auf die EG etc.

Aufgrund dieser und anderer Widersprüche verschärfte sich die Polemik zwischen ORPC/ML (und CMLP) einerseits und OCMLP andererseits immer mehr.

Am 1. Dezember 1975 (also unmittelbar nach dem konter-revolutionären Putsch vom 25. November) hat die COMORG (Organisationskomitee) eine Konferenz für die Proklamierung der Partei innerhalb 14 Tagen einberufen und kurz darauf die OCMLP von den Vorbereitungen ausgeschlossen.

Zu MRPP und „PCP/ML" äußert sich die ORPC/ML in ihrer Zeitung „A causa Operaia" vom 25.12.: „...*Unter ihren ultra-revolutionären Farben versteckt sich eine Rechtslinie und eine Linie der Kapitulation gegenüber der Bourgeoisie...*". „*Sie isoliert die Kommunisten von den Massen und verändert sie in eine Sekte...*". „*Sie begünstigt das Voranschreiten der reaktionären Bourgeoisie und des amerikanischen Imperialismus*".

Die Position der ORPC/ML zur Bildung der FUR war eine starke Kritik, da sie jegliche Allianzen mit den Revisionisten ablehnt. ORPC/ML behauptete, daß die FUR den Revisionisten als „Krücke" gedient habe, um sich Kredit beim Volk zu verschaffen und sie als Druckmittel für die Verhandlungen mit der Bourgeoisie zu benutzen.

Die Politik der ORPC/ML vor dem 25. November kann man wohl so kennzeichnen, daß sie sich hauptsächlich gegen den Faschismus und für die Verhinderung des Bürgerkrieges einsetzte, wobei sie ziemlich undifferenziert die PCP zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich machte.

Gegenüber den anderen Organisationen der revolutionären Linken kann man sagen, daß der Einfluß der ORPC/ML - UDP insgesamt relativ stark war, was sich bei den Wahlen 1975 gezeigt hat (die UDP ist als einzige linke Organisation in der Verfassungsgebenden Versammlung mit einem Abgeordneten vertreten) sowie bei der Herstellung des COPCON-Papieres und der darauffolgenden großen Demonstration vom 20. August.

Bei den letzten Wahlen auf der Werft SETENAVE für die Arbeiterkommission im Januar bekam die UDP nach der PCP die meisten Stimmen.

Trotzdem, und hier zitieren wir einen leitenden Genossen der UDP, mit dem wir über Weihnachten gesprochen haben, hat die UDP wie auch die übrigen Revolutionäre, sich blenden lassen durch die starke Entwicklung der Bewegung der Soldaten in Portugal sowie durch den Glauben, daß man unter dem Einfluß einer kleinen organisierten Avantgarde einen rapiden Übergang der Massen zum revolutionären Weg schaffen könnte. Die Arbeit unter den Massen wurde vernachlässigt, das Feld für die Revisionisten offen gelassen, die Fehler und Schwächen wurden gemildert und die Erfolge hochgespielt.

Nach dem 25. November stellt sich die UDP als Hauptaufgaben den Kampf gegen die faschistische Bedrohung und den Aufbau einer breiten demokratischen und antiimperialistischen Front. Im Gegensatz zu MES und PRP stellt die UDP nicht die Alternative „Faschismus oder Sozialismus", sondern „Faschismus oder Revolution". Hiermit ist die „Volksdemokratische Revolution" gemeint, als Zwischenetappe zur sozialistischen Revolution.

Diese „Volksdemokratische Revolution" wird so dargestellt: „*Unsere Revolution ist in der gegenwärtigen Etappe eine Volksdemokratische Revolution.*

Es ist die Revolution eines abhängigen kapitalistischen Landes, wo die breiten Massen in der Stadt und auf dem Lande sich nach demokratischer Umwälzung, Unabhängigkeit und Wohlstand sehnen.

Die Volksrepublik basiert auf der revolutionären und demokratischen Macht der Arbeiter, Bauern und übrigen Werktätigen, sie rechnet mit der Teilnahme der Intellektuellen und des Kleinbürgertums und neutralisiert die Sektoren des Mittelbürgertums. Diese Macht wird aus dem Triumpf der großen Kampffront unseres Volkes gegen Faschismus, Imperialismus, Großkapital und Großgrundbesitz entstehen, wobei die fünf großen Fahnen der wahren Demokratie hochgehalten werden: Brot, Frieden, Land, Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Das volksdemokratische Regime wird hergestellt durch den gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Macht. Es ist ein Regime breiterer Demokratie, eine Diktatur des Proletariats zusammen mit den Bauern und übrigen Volksklassen gegen alle Reaktionäre.

Die Realisierung des Programms der Volksdemokratie (neue Volksmacht, Vertreibung des Imperialismus, Verstaatlichungen, Agrar-Reform, Wohlstand des Volkes, Unterstützung des kleinen Handels und Industrie) bereitet den Übergang ohne Unterbrechung zur sozialistischen Revolution und zur vollständigen Diktatur des Proletariats" (zitiert aus den Papieren zum Gründungskongreß der PCP(R)).

Zweifellos ist innerhalb der Gruppen und Genossen, die sich zur PCP(R) zusammengeschlossen haben, der Prozeß der Auseinandersetzung noch nicht abgeschlossen. Wohin diese neue Organisation gehen wird, ob sie einen positiven Beitrag zum revolutionären Prozeß in Portugal zu leisten vermag, wird die Zukunft zeigen müssen. ●

Genossin der Portugal/Spanien-Kommission

Weitere Artikel zu Portugal Seite 48

Köln – Ein Krankenhaus kommt unter den Hammer

Das „Dreikönigen-Hospital" in Köln/Mülheim hat Pleite gemacht.

Köln/Mülheim ist ein Industriegebiet mit 120 000 Einwohnern. Viele Großbetriebe sind dort angesiedelt: z.B. Klöckner-Humboldt-Deutz und und die ARBED-Werke der Firma Felten & Guillaume. Das „Dreikönigen-Hospital" diente jahrzehntelang als Unfallkrankenhaus für etwa 20 000 Beschäftigte. Im letzten Jahr wurden allein von Felten & Guillaume 664 Unfallverletzte ins „Dreikönigen-Hospital "eingeliefert. Der Betriebsratsvorsitzende Benno Feckler dazu: *„Es gab Fälle, bei denen es auf jede Minute ankam. Wir hatten hier vor kurzem den Fall einer akuten Blutvergiftung. Wenn sich da die Einlieferung um Minuten verzögert hätte, wäre der Kollege nicht mehr zu retten gewesen"* („Welt der Arbeit", 19.12.). Das „Dreikönigen-Hospital" galt bis zum Schluß als eines der bestbelegten Krankenhäuser in Köln. In den letzten fünf Jahren mußten durchschnittlich 2 447 Betriebsunfälle behandelt werden.



In Zukunft werden die Unfallopfer auf Krankenhäuser ausweichen müssen, bei denen ein Anfahrtsweg von etwa 20 Minuten einkalkuliert werden muß. Eine Entfernung, die im Notfall tödlich sein kann. Was die Schließung des Krankenhauses für die Bevölkerung bedeutet, liegt auf der Hand.

Von seiten der Stadt wird veruch't, die Pleite des „Dreikönigen-Hospitals" dem Krankenhausträger, einem konfessionell gebundenen Kuratorium, das aus einer privaten Stiftung hervorgegangen ist, zuzuschieben.

Die Stadt Köln hätte versuchen müssen, das Krankenhaus durch eigene Geldmittel zu erhalten.

Die verantwortlichen Politiker sind jedoch der Meinung, daß es in Köln genug Krankenhausbetten gibt, und scheinen dabei zu ignorieren, daß nicht allein die Bettenzahl ausschlaggebend für eine optimale medizinische Versorgung ist, sondern auch die Frage nach dem Standort des Krankenhauses.

Der kleine, gutbürgerliche Kölner Stadtteil Lindenthal kann zusätzlich zur Universitätsklinik alleine fünf weitere Krankenhäuser aufweisen. Noch vor drei Jahren wurde in unmittelbarer Nähe der Uni-Klinik ein neues evangelisches Krankenhaus gebaut.

Im Arbeiterviertel Mülheim gibt es seit November kein einziges Krankenhaus mehr.

Durch die Schließung des Hauses wurden natürlich alle Mitarbeiter auf die Straße gesetzt. Unter ihnen auch 15 koreanische Pflegehelferinnen, die die Stadt Köln vor vier Jahren einstellte, weil sie dringend Pflegepersonal für ihre Krankenhäuser brauchte. Ebenfalls mußten 17 Schwesternschülerinnen gehen, die noch im Oktober eingestellt worden waren. •

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Erhöhung der Pflegesätze steht an

Die Pflegesätze in den westdeutschen Krankenhäusern, zur Zeit rund 150 DM, werden noch für 1976 um weitere fünf bis acht Prozent erhöht. Das kündigte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) am 12.1.76 in Düsseldorf an.

Gerade um diesen Prozentsatz ist nach Aussagen der DKG der Belegungsgrad der westdeutschen Krankenhäuser im vergangenen halben Jahr durchschnittlich gesunken („Frankfurter Rundschau", 13.1.76).

Da die Aufwendungen für das Personal gleich bleiben, egal, wie sehr ein Krankenhaus mit Patienten belegt ist, müsse man jetzt die durch zu geringe Belegung ausfallenden Einnahmen durch Erhöhung der Pflegesätze wieder 'reinbekommen – die Krankenkassenbeiträge werden wohl bald nachziehen. Oder, wie die DKG fordert, man entläßt verstärkt Personal!

Als Grund für den zurückgegangenen Belegungsgrad nennt der DKG-Hauptgeschäftsführer Professor Müller, daß *„ vor allem die Patienten ausbleiben, die beruflich sehr eingespannt sind"* („FR"). Bei ihnen habe sich die Aufenthaltsdauer um 3,7% verkürzt. **Daraus folgert er, daß vor allem die Arbeiter und Angestellten über 50 Jahre aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes fällige Operationen hinausschieben.**

Und noch eine interessante Mitteilung macht Professor Müller: er bezweifelt, daß es den von allen bürgerlichen Parteien behaupteten „Bettenberg" tatsächlich gibt. *„Dies sei eine Spekulation, die bisher nicht bewiesen worden sei. Bevor Bund und Länder nun einen pauschalen Schlüssel für die Reduzierung der Bettenzahl bestimmten, müßte der wirkliche Bettenbedarf unbedingt genau ermittelt werden"* („FR"). Trotzdem werden zur Zeit zügig die Krankenhäuser dicht gemacht!

Der Professor hat bei seiner Kritik nur eins vergessen: Bei der Bettenplanung ist für die Bundesregierung nicht der **Bedarf** entscheidend, sondern einzig und allein das Geld, das sie hier einsparen kann, ohne daß die Mängel allzu offensichtlich werden. •

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Presse-Stimmen zur Veranstaltung oppositioneller Betriebsräte in Hamburg

Wir haben ausführlich in der letzten Ausgabe unserer Zeitung (vgl. AK 71) über die Veranstaltung oppositioneller Betriebsräte in Hamburg am 6. Dezember berichtet. Inzwischen haben auch vier weitere Organisationen zu diesem Ereignis Stellung bezogen. Mit jeweils halbseitigen Artikeln nehmen der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (München) und die „Sozialistische Arbeiter-Gruppe" (Frankfurt) in äußerst positiver Form für die Veranstaltung, ihre Stoßrichtung usw. Partei und erwarten von den Veranstaltern weitere Schritte in der eingeschlagenen Richtung. Ebenfalls positiv – wenn auch sehr knapp – nimmt die „Gruppe Internationaler Marxisten" Stellung und für die „Vaterlandsverteidiger" kommentierte die „KPD/ML" in einer für sie bezeichnenden Weise. Verschwiegen wurde die Veranstaltung vom KBW und vom „Sozialistischen Büro" (Offenbach), was für letzere immerhin erstaunlich ist, während vom KBW ohnehin nichts anderes erwartet werden konnte.

Wir wollen hier die wichtigsten Passagen dieser Kommentare zur Veranstaltung wiedergeben:

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

In nahezu begeisterter Form kommentiert die „Kommunistische Arbeiterzeitung" („KAZ") des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" die Veranstaltung. Zustimmend wird aus dem Aufruf der oppositionellen Betriebsräte zitiert und berichtet, daß *„3.000 bis 4.000 Kollegen ... aus allen Teilen der BRD und Westberlin"* diesem nach Hamburg gefolgt seien: *„Aber e i n wichtiger Punkt ist Voraussetzung dafür, daß so viele Kollegen kamen: Es wurde in der Bewegung endlich begriffen, daß der Klassenkampf nicht ruhen darf, auch wenn sich die einzelnen kommunistischen und linken Organisationen ideologisch nicht immer einig sind".*

Die Veranstaltung sei *„genau der richtige Weg der Politik der Aktionseinheit. Nur so werden wir den verschärften Angriffen des Kapitals die Stirn bieten können und auch im praktischen Kampf unsere politischen Standpunkte auf ihre Richtigkeit überprüfen, um die Einheit korrekt und zügig herzustellen".*

Die kämpferische Veranstaltung, die große Zahl der Kollegen usw. widerlege eindrucksvoll die Unterstellungen der DGB-Führer, daß es in den Betrieben *„keine kämpferischen Kollegen"* gebe: *„Ihr Herren DGB-Funktionäre, es gibt diese Kollegen! Hamburg ist der Beweis".*

Ausführlich kritisiert die „KAZ" die über Rundfunk und Presse verbreiteten Boykott-Aufrufe der DGB-Führer gegen die Hamburger Veranstaltung.

Im Redebeitrag der Opel-Kollegen, hebt die „KAZ" besonders die Passage hervor, in der der Sprecher der Opel-Opposition erklärt, daß *„die Arbeiterklasse nicht nur die Zusammenarbeit der klassenkämpferischen Kollegen* (braucht), *sie braucht auch wieder ihre politische Organisation, die Partei der Arbeiterklasse".*

Die Veranstaltung stünde im Zeichen *„klassenkämpferischer Freude und Begeisterung"* und hätte – ebenso wie die Gespräche am Rande und nach der Veranstaltung – das Ziel *„die Zusammenarbeit überregional voranzutreiben".*

Völlig einig sind wir uns mit dem „Arbeiterbund", daß es notwendig und im Interesse der Arbeiterklasse ist, *„die Zusammenarbeit zu vertiefen"*, auch wenn eine Reihe politischer und taktischer Widersprüche vorerst weiterbestehen.

Nahezu überschwänglich fällt der Gesamteindruck der Veranstaltung durch die „KAZ" aus: *„3.000 bis 4.000 Kollegen sichtbar – und mit ihnen Tausende Kollegen von Wasserkante bis zu den Alpen, sind sich einig, daß es so nicht weitergeht. Diese Veranstaltung war ein Schritt, um zur Einheit zu kommen".* Abschließend fordert die „KAZ": *„Kämpfen wir zäh und verbissen gegen alle Widerstände, daß wir nicht nochmals getrennt verlieren, sondern geeint siegen!"* (Alle Zitate nach „KAZ" 76/77, S. 5: „Gegen kapitalistische Krisenpolitik – die Einheit verstärken".)

FÜR ARBEITERDEMOKRATIE UND INTERNATIONALEN SOZIALISMUS
KLASSENKAMPF

Mit ähnlicher Stoßrichtung, wenn auch etwas „gedämpfter" kommentiert die Zeitung „Klassenkampf" der „Sozialistischen Arbeiter-Gruppe" (SAG) die Veranstaltung: *„4.000 bis 5.000 Kollegen ... kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik, um eine Strategie im Kampf gegen die kapitalistische Krisenpolitik und für die Durchsetzung der Mitgliederinteressen gegen die herrschenden Bürokraten in den Gewerkschaften zu beraten".*

Der Artikel geht dann kurz auf die Begrüßungsrede des BR-Vorsitzenden von Reynolds (Hamburg), das (gemeinsame) Hauptreferat der Hamburger Betriebsräte ebenso ein, wie auf die Boykott-Hetze der DGB-Führer. Im Mittelpunkt des Artikels steht die Berichterstattung über das Opel-Referat . Abschließend heißt es: *„In zahlreichen Beiträgen (die Veranstaltung dauerte sechs Stunden!) erzählten Kollegen von ihren Kampferfahrungen in verschiedenen Betrieben. Viele konnten von Erfolgen bei den letzten Betriebsratswahlen berichten. Alle wußten ein Lied zu singen von den Repressionen von seiten der Unternehmer und der Gewerkschaftsführung gegen Kollegen, die versuchen,die Interessen der Arbeiter durchzusetzen. Besonders interessant war die Rede einer Betriebsratskollegin von Colgate (Hamburg), die am Tag zuvor einen Prozeß wegen ihrer unrechtmäßigen Entlassung gewonnen hatte.*

Auf der Veranstaltung war auch der Verband Ausgeschlossener Gewerkschafter vertreten, der die Kollegen organisiert, die die Gewerkschaftsführung durch Ausschluß kaltstellen will.

Das Hamburger Treffen war ein wichtiger Schritt vorwärts in der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Opposition. Durch den Informationsaustausch und die Schaffung von überregionalen Kontakten sind die Voraussetzungen für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen linken Betriebsräten und Gewerkschaftern in der ganzen Bundesrepublik gegeben" (Alle Zitate nach „Klassenkampf" Nr. 52, S. 4: „ ‚Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse' – Betriebsräte-Treffen in Hamburg".)



Die „Gruppe internationaler Marxisten" (GIM – BRD-Sektion der trotzkistischen „4. Internationale")

enthält sich in ihrer Zeitung einer politischen Wertung der Veranstaltung. In ihrem recht kurzen Kommentar zitiert sie den Boykott-Aufruf der DGB-Führer in der „Hamburger Morgenpost", um diesem dann entgegenzuhalten, daß auf der Veranstaltung *„über gewerkschaftliche Oppositionsarbeit berichtet* (wurde), *die konsequent an den Interessen der Kollegen ansetzt und die Partnerschaft mit den Unternehmern ablehnt". ... „Die Mehrzahl der Beiträge ging besonders auf das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie ein, die sowohl mit taktischen Maßnahmen als auch mit offener politischer Disziplinierung eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik bekämpft".* In diesem Zusammenhang kritisierte die GIM auch die Boykottaufrufe der DGB-Führer, da sie *„Druck auf teilnahmebereite Kollegen ausüben und diese massiv einschüchtern".*

Wir möchten in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, daß von Mitgliedern der GIM in für sie erreichbaren Teilen der oppositionellen Bewegung – sowohl vor als auch nach (!) der Veranstaltung – Stimmung gegen das Hamburger Betriebsräte-Treffen gemacht wurde und unwahre Behauptungen („reine Partei-Veranstaltung des KB") lanciert wurden. Wir hoffen, daß es sich hierbei um bedauerliche Entgleisungen einzelner GIM-Mitglieder handelt. (Alle Zitate nach: „Was tun?" Nr. 91/75: „ ‚Vorsicht vor Betriebsräten': klassenbewußt".)

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

In der gewohnten närrischen und lügenhaften Weise geht der „Rote Morgen" der „KPD/ML" (27.12.75) auf die Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung ein. Weder der politische Inhalt der Veranstaltung noch die Teilnehmerzahl werden überhaupt erwähnt. In der Version des „RM" scheint die ganze Veranstaltung zum Hauptziel den *„Angriff auf die RGO"* (so der Titel der Notiz) gehabt zu haben – also auf die sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition", ein Traumgebilde der „KPD/ML". Die Veranstaltung sei *„ein einziger Angriff gegen den revolutionären Klassenkampf"* gewesen und habe *„im Anbiedern an den Gewerkschaftsapparat"* bestanden.

Vielleicht war ja der Verfasser solcher hanebüchenen Ausführungen auf einer ganz anderen Veranstaltung? Für diese Annahme spricht jedenfalls, daß der Notiz im „RM" zufolge auf der Veranstaltung auch *„die D,K'P-Verräter"* und *„die Trotzkisten der Gruppe Internationale Marxisten"* gesprochen haben sollen. Von deren Reden hat jedoch, außer dem Verfasser des „RM", offenbar keiner der Veranstaltungsteilnehmer etwas gehört! ...

Zutreffend ist allerdings, worüber der „RM" gleichfalls jammert, daß es den „ML"-Schwachköpfen verwehrt wurde, auf der Veranstaltung eine Rede zu halten. Dafür wollen wir auch in Zukunft sorgen!

Abschließend sei für uns noch vermerkt, daß das durchweg positive Echo verschiedener politischer Organisationen der Linken auf diese Veranstaltung hin, uns in der Hoffnung bestärkt, daß der von den oppositionellen Betriebsräten mit dieser Veranstaltung beschrittene Weg weitergegangen wird und daß wir uns selbst bemühen werden, über politische und taktische Differenzen innerhalb der Arbeiterlinken hinweg, die Zusammenarbeit im Bereich der Betriebe und Gewerkschaften zu stärken und zu vertiefen. In diesem Sinn wollen wir in der nächsten Zeit konkrete Vorschläge machen. •

Wen und was die Jusos in Portugal unterstützen

Der Bundesvorstand der westdeutschen Jungsozialisten (Jusos) hat bekanntlich vor mehreren Monaten eine Kampagne zur Unterstützung der „Sozialistischen" Partei Portugals eingeleitet. Mitglieder und Sympathisanten der SPD wurden aufgefordert, bis zum Mannheimer Parteitag der SPD 100.000 Mark für die Partei des Mario Soares zu spenden (ein bedeutender Teil dieser Summe sollte durch den Verkauf eines Plakates, das der Graphiker Staeck entworfen hatte, zusammenkommen).

Die Tatsache allein, daß die bundesdeutschen Jusos zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA (der, nach mittlerweile auch offiziell bestätigten Meldungen, monatlich mehrere Millionen US-Dollar an die PS gegeben hat und wohl auch weiterhin gibt) die gleiche Partei finanziell unterstützen, zeigt bereits, um welche Art von „Solidarität" es sich dabei handelt.

Erst recht hat die Entwicklung seit dem Rechtsputsch vom 25./26. November 75 bezeugt, daß die Juso-Führer mit ihrer Kampagne für die Soares-Partei unter der zynischen Parole „Die Nelken brauchen jetzt Wasser" in Wahrheit das ihre dazu beitragen woll(t)en, die portugiesische Revolution im Blut zu ertränken.

Aber weder die offenkundig gewordene Komplizenschaft mit dem US-Geheimdienst CIA und anderen Agenturen des Imperialismus bei der „Hilfe" für die PS, noch die konterrevolutionären Maßnahmen der von der PS geführten portugiesischen Regierung haben die Juso-Führer veranlassen können, ihre Kampagne abzublasen. Im Gegenteil wagten diese Leute sich sogar noch mit einer Rechtfertigung an die Öffentlichkeit gegen vorsichtig formulierte Kritik an ihrer Haltung zum revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal.

Auf einen „Offenen Brief" des Westberliner Schriftstellers F.C. Delius zur Frage der Portugal-Solidarität antworteten die Juso-Bundesvorstandsmitglieder Wieczorek-Zeul und Schreiner sowie die SPD-„Künstler" Staeck und Duve mit einem „Offenen Antwortbrief" (veröffentlicht im „Extradienst" vom 9.12.75
„Offenen Antwortbrief" (veröffentlicht im „Extradienst" vom 9.12.75
und in „das da", Januar 76).

Was die Juso-Strategen dabei an Verlumptheit und Demagogie offenbaren, verdient schon festgehalten zu werden!



Gutbezahlte Agenten des Imperialismus — Soares und Brandt.

Zur Frage der Volksmacht und Arbeiterdemokratie

F.C. Delius wirft den Jusos vor, daß sie mit der PS eine Partei unterstützen, deren *„Konzept der neuen Regierung"* die *„Zerschlagung der Arbeiter- und anderen Basisbewegungen und der von ihnen selbst gewählten Organisationsformen"* bedingt.

Er nennt stellvertretend für alle Organe der Volksmacht und Arbeiterdemokratie die Beispiele *„Republica"* und *„Radio Renascenca"*, deren Liquidierung von der PS von Anfang an angestrebt (und schließlich ja auch gewaltsam durchgesetzt) wurde. Delius kommt zu dem Schluß, daß sich die Soares-Partei im Interesse ihrer Auftrag- und Geldgeber ***„an einer Repression gegegen dieLinke beteiligen (muß), die eine für Sozialdemokraten seit Noske und Zörrgiebel ungewöhnliche Härte haben wird"*** (das hatte Delius übrigens vor dem Rechtsputsch vom 25./26. 11.75 und den seitherigen Repressionsmaßnahmen geschrieben!).

Die Juso-Führer – die ihren „Offenen Antwortbrief" nach den Ereignissen vom 25./26.11.75 verfaßt und veröffentlicht haben! – bestreiten rundheraus, daß die Politik der PS gegen die Organe der Volksmacht und der Arbeiterdemokratie gerichtet ist und behaupten frech, daß Delius diesen grundsätzlichen *„Konflikt"* einfach *„konstruiert"* habe.

Worte und Taten der PS strafen die „kühnen" Behauptungen der Juso-Führer allerdings Lügen: Am 25. November 75 (!) verlangte Soares in Lissabon auf einer Pressekonferenz, daß *„in der Welt der Arbeit Ruhe herrschen (muß). Es geht nicht, daß die Arbeiter ihre Zeit mit Demonstrationen und Vollversammlungen verlieren (!), in den meisten Fällen aus rein politischen Gründen (!). Das kann nicht länger hingenommen werden. Was wir brauchen, ist die ‚tranquilidade social', die soziale Ruhe"*. Und, den Landarbeitern und Bauern drohend: *„Wildbesetzte Ländereien werden ihren legitimen Besitzern zurückgegeben"* (zit. nach „ED", 16.12.75).

Wenn das keine Kampfansage an die klassenbewußten Werktätigen Portugals ist, was dann? Und wollen die Juso-Führer etwa Glauben machen, daß die PS-geführte Regierung Portugals gegen die Arbeiter von Lisnave, Siderurgia National oder die Landarbeiter und Bauern der besetzten Kooperativen weniger gewaltsam vorgehen wird als gegen die Kollegen von „Republica" und „Radio Renascenca"?

Aber für den sicheren Fall weiteren gewaltsamen Vorgehens gegen die Errungenschaften der portugiesischen Arbeiterklasse werden die Jusos vermutlich die gleichen „Argumente" parat haben wie im Fall „Radio Renascenca": In ihrem „Offenen Antwortbrief" rechtfertigen die Juso-Größen die „Rückgabe" des Senders an die reaktionäre katholische Kirche mit dem bemerkenswerten „Argument", daß es gelte, dem Klerus *„keine Vorwände zu liefern, seinen nach wie vor ungebrochenen Einfluß... gegen die Linke ausspielen zu können."* Dem auf der Hand liegenden Einwand, daß den reaktionären Pfaffen mit dem Sender wieder ein weiteres Instrument zur Verdummung der Bevölkerung und zur Verhetzung der Linken in die Hand gegeben wurde, begegnen die Juso-Führer von vornherein mit der zynischen Bemerkung, daß *„das politische Kräfteverhältnis in Portugal... höchst labil und die Reichweite des Senders gering (ist)."*

Bei dieser Sicht der Dinge läßt sich freilich jedes Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen rechtfertigen! Etwa so: Den Landarbeitern und Bauern im Alentejo mußten ihre Kooperativen wieder abgenommen und in die Hand der früheren Eigentümer zurückgegeben werden, um den Großgrundbesitzern keine Vorwände zu liefern, gegen die Kooperativen vorzugehen... Überhaupt ist das Kräfteverhältnis in Portugal höchst labil und der bewirtschaftete Boden karg...

PS – antifaschistische Kraft oder Komplize und Wegbereiter des Faschismus ?

Der Kritik von Delius, daß die PS *„bewußt das Geschäft der Spaltung der Arbeiter betreibt"*, indem sie *„z.B. bei den ...Gewerkschaftswahlen mit Unternehmern, der rechten PPD und mit der MRPP...koaliert"*, erwidern die Juso-Führer, daß *„die PS bei ihrer gewerkschaftlichen Bündnispolitik...* ***nicht sehr wählerisch sein (kann)"!***

Natürlich ist – nach Meinung der Juso-Führer – diese „Aktionseinheit" nicht auf die gemeinsame antikommunistische Linie von PS, PPD und MRPP zurückzuführen, sondern ist begründet in den undemokratischen Machenschaften der revisionistischen KP (die bisher weitgehend den Apparat der portugiesischen Gewerkschaften mit ihren Leuten besetzt hatte)...

„Nicht sehr wählerisch sein" konnten die PS-Führer wohl auch nicht, als sie Hand in Hand mit dem faschistischen Mob Portugal von Norden bis Süden mit antikommunistischen Massenkampagnen durchzogen, in deren Folge Büros der KP und der revolutionären Linken verwüstet und zahlreiche fortschrittliche Menschen ermordet wurden? !

„Nicht sehr wählerisch sein" konnten die PS-Führer und ihre Parteigänger in der Armeespitze (die „Gruppe der Neun" um Antunes) wohl auch nicht, als sie sich mit Faschisten wie Neves (Befehlshaber der Militärregion Nord) zusammentaten, um sämtliche Kasernen und das Offizierskorps von linken Kräften zu säubern!?

Und ***„nicht sehr wählerisch sein"*** konnten die PS-Führer schließlich wohl nicht, als sie zusammen mit den Rechtsradikalen die blutigen Ereignisse vom 25./26. November 75 planmäßig in Szene setzten und damit einer offen reaktionären Entwicklung den Weg bahnten?!

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen muß man den traurigen „Mut" der Juso-Führer bewundern, wenn sie es ausgerechnet der von ihnen unterstützten PS danken, daß *„Portugal bislang das blutgetränkte Schicksal Chiles erspart*
daß „Portugal bislang das blutgetränkte Schicksal Chiles erspart
blieb (!!!)".

Daß (in den letzten zwei Monaten) die Gefahr bedrohlich gewachsen ist, daß Portugal das Chile Europas wird und daß. die Soares-Leute maßgeblich für diese reaktionäre Wende mit verantwortlich gemacht werden müssen, bestreiten die Juso-Führer.

Das wundert uns nicht! Denn die Sorte von „Sozialisten", die sich dafür hergeben, Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiter und Bauern mit den zynischsten und dümmlichsten „Argumenten" zu verteidigen, sind auch bereit, ein Regime als „kleineres Übel" zu beschönigen, selbst wenn es die Vorstufe zum Faschismus ist.

Keinen Pfennig für die Konterrevolutionäre Partei des Mario-Soares!

Alles für die portugiesische Revolution! ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD Aktuell

Darmstadt

Der Berufsschullehrer P. Schmidt ist aus der SPD ausgeschlossen worden, weil er im Landtagswahlkampf '74 einen Kreiswahlvorschlag des KBW mit unterschrieben hatte. 50 dieser Unterschriften sind eine der Voraussetzungen für eine Kandidatur in einem Wahlkreis. Mit seiner Unterschrift wollte Schmidt *„einen Beitrag zur Überwindung einer formalen Wahlhürde"* leisten, der SPD-Ortsverband aber warf ihm *„Unterstützung einer kommunistischen Organisation"* vor. Die örtliche Schiedskommission schloß ihn daraufhin aus der SPD aus. Diese Entscheidung wurde in der Berufung von der Schiedskommission II des SPD-Bezirks Hessen-Süd wieder aufgehoben. Sie stellte fest, Schmidt habe „lediglich" mit der Unterschrift *„in erheblichem Maße gegen die Ordnung der Partei verstoßen"*, ein Ausschlußgrund sei dies aber nicht. Sie verfügte das Ruhen des aktiven und passiven Wahlrechts in der Partei für ein Jahr. Dem Mitglied hielt sie zugute, daß er sich von der Unterschrift später wieder distanziert hatte! Außerdem sei ihm der „Schaden der Partei" nicht anzulasten, weil dieser durch eine CDU-Kampagne entstanden ist. Diese Kampagne wurde ausgelöst durch einen offenen Bruch des Wahlgeheimnisses: Landtagsvizepräsident Schäfer (SPD) hatte öffentlich geäußert, *„daß ein 36-jähriger Genosse, Lehrer, wohnhaft in ...., die KBW-Liste unterschrieben"* habe. Gegen das SPD-Mitglied Schäfer wurden keinerlei Schritte eingeleitet! Inzwischen entschied die Bundesschiedskommission als oberste Instanz endgültig, Schmidt habe *„dem politischen Gegner der SPD ein Mittel an die Hand gegeben, durch Verleumdungen die grundsätzliche Gegnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu verwischen zu versuchen"*. **Der Ausschluß sei deshalb angebracht .**

P. Schmidt will nun auf Weiterbestehen seiner SPD-Mitgliedschaft vor einem ordentlichen Gericht klagen. Die Unterstützung einer kommunistischen Organisation sieht er nicht, denn die Beteiligung des KBW an der Wahl offenbare letztlich dessen fehlende Massenbasis.

Frankfurt

Das Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes Frankfurt des Hessischen Elternvereins, Wenderoth, ist von der Bundesschiedskommission der SPD aus der Partei ausgeschlossen worden. Bereits vorher war der Ausschluß von der örtlichen Schiedskommission in Frankfurt und der des SPD-Bezirks Hessen-Süd verfügt worden, weil Wenderoth als Elternrat die Schul- und Bildungspolitik der SPD bekämpft hatte. Er habe den Grundsatz der innerparteilichen Solidarität verletzt und durch seine öffentliche Kritik der SPD *„schweren Schaden"* zugefügt. Die Bundesschiedskommission wertete als *„äußerst parteischädigend"* die von Wenderoth vertretene Auffassung, sein verfassungsmäßig verankertes Elternrecht sei „höherwertig" als die Solidarität zur SPD. Er sei deshalb auszuschliessen.

Für Wenderoth wird dieser Parteiausschluß möglicherweise auch berufliche Konsequenzen haben: er ist als Jurist beim Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands tätig.

Düsseldorf

Gegen den Vorstand der Düsseldorfer Jungsozialisten ist ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet worden. Die Jusos hatten in einem Flugblatt die Erhöhung der Fahrpreise bei der Rheinbahn angegriffen und gefordert, die Großunternehmen der Region zu einer „Nahverkehrsabgabe" heranzuziehen. Die örtliche Parteiführung der SPD stellte daraufhin fest, diese Überlegung sei *„nicht mit den politischen Vorstellungen der SPD"* zu vereinbaren. Die Vollversammlung der Jungsozialisten in Düsseldorf stellte sich jedoch hinter das Flugblatt. Der sechsköpfige Juso-Vorstand ist aus Protest gegen die Disziplinierung der Parteiführung geschlossen zurückgetreten.

Bremen

Gegen das SPD-Mitglied Olaf Dinné ist ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses eingeleitet worden. Der Architekt Dinné soll behauptet haben, daß die Abgeordneten in Bremens Bürgerschaft *„gekaufte Volksvertreter"* seien. Gleichzeitig wird gegen ihn ein Prozeß beim Landgericht Bremen durchgeführt wegen „Beleidigung des Parlaments."

Bremen

Der Bremer Schulsenator Moritz Thape (SPD) hat gegen den Studienassessor Andre Schulz ein Berufsverboteverfahren eingeleitet. A. Schulz ist selbst aktives SPD-Mitglied. Die Zweifel an der Verfassungstreue werden mit seiner gleichzeitigen Mitgliedschaft im SHB begründet! **Das ist eine neue Variante in der Berufsverbotepraxis. Die SPD-„Linken" müssen künftig nicht nur mit Anfeindungen und innerparteilichen Disziplinierungen rechnen, sondern sind auch in ihrer Existenz von den rechten SPD-Führern bedroht!**

Schulsenator Thape erklärte, ihn interessiere nicht der SPD-„Genosse" Schulz, sondern ausschließlich der Lehrer Schulz. Zu dem konkreten Fall meinte er wörtlich: *„Feinde dieses Staates dürfen nicht in die Schulen"*. ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Was wir gern hören!

Offenbar stieß die Spendenkampagne für Portugals PS in den Reihen der Jusos nicht auf einhellige Zustimmung. In mehreren Juso-Gruppen (z.B. in Hannover) soll sogar ausdrücklich protestiert worden sein.

Sehr erfreut hat uns vor allem ein Artikel in der „links" (vom November 75), demzufolge „nachweisbar über 20 % von 45.000 DM" (also über 9.000 DM), die das ‚Sozialistische Büro' im Rahmen einer Portugal-Solidaritäts-Kampagne gesammelt hat, von Jusos gespendet wurde! Das SB hat dieses Geld an verschiedene portugiesische Basisorganisationen (u.a. auch an ‚Republica') sowie an die Sekretariate von SUV und FUR überwiesen.

Weiter so !

Bremerhaven:

Sparschweine fangen an zu prügeln

Wie auch in anderen westdeutschen Städten wurden im Zuge der arbeiterfeindlichen Sparpolitik die Kommunaltarife erheblich angehoben.

Besonders einschneidend sind die Erhöhungen von Strom-, Gas- und Wasserpreisen um ca. 10 % sowie die Anhebung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr um durchschnittlich 30 %. Die Erhöhungen veranlaßten den KBW zu einer seiner üblichen Kampagnen, auf deren Höhepunkt die Bremerhavener von den Stadtverordneten „gut Rechenschaft" forder sollten.

Die berechtigte Kritik an der massiven Sparpolitik wurde vom starken Mann der Bremerhavener SPD, Werner Lenz, von Anfang an übel verleumdet. So hetzte er, daß die Gegner der Sparpolitik die *„Bewußtseinslage von Feme-Mördern"* hätten und drohte in der „Bremerhavener Bürgerzeitung", vom 11.12.75: *„Falls es in der Sitzung des Stadtparlaments ... zu Gewaltaktionen der Extremisten komme, würden sich die Bremerhavener* (?!) *ohne Hilfe der Polizei dieser Eindringlinge erwehren können."* In der Sitzung vom 18.12. war es dann soweit:

Während der Stadtkämmerer die arbeiterfeindlichen Sparmaßnahmen des Bremerhavener Magistrats verkündete, entrollten dem KBW nahestehende Demonstranten mehrere Transparente gegen die Tariferhöhungen.

Ein Vertreter des KBW setzte zu einer Rede an: Das war das Zeichen zum Angriff für die im Saal reichlich anwesende Polizei. Ihre Fotografen schossen Serien von Fotos von den „Störern".

Politische Polizei und MEK-Bullen begannen im Verein mit „mobilisierten" SPD-Mitgliedern eine wüste Schlägerei. Auch einer der SPD-Stadtverordneten meinte mitmischen zu müssen. Nachdem die Bullen und ihre „Hilfsschutzleute" aus den Reihen der SPD den Saal geräumt hatten, nahm draußen die Schutzpolizei die Demonstranten gleich auf ihre Weise in Empfang: Die Bullen setzten die brutale Prügelei mit Vehemenz fort und schlugen einen 17jährigen Lehrling systematisch zusammen. Als er am Boden lag, traten sie auf ihn ein, bis er bewußtlos war!

In der „Bildzeitung" war dann zu lesen: *„Kommunisten prügeln sich ins Parlament"* („Bild", 19.12.75).

Die Lokalpresse schoß voll gegen die *„gewalttätigen, linksextremen Krawallmacher."*

Die SPD-Schläger hatten sich allerdings so rabiat aufgeführt, daß man um eine „Manöverkritik" nicht umhinkam: Man solle so etwas in Zukunft vollkommen der Polizei überlassen, ansonsten hätten die „Chaoten" nur Anlässe, um *„auf diesen Staat ... zu schimpfen"* und würden *„weiter Zulauf erhalten von jungen Menschen, die es nicht besser wissen (?)"* („Nordsee-Zeitung", 19.12.75). ●

Bezirksorganisation
KB / Gruppe Bremerhaven



Angola

KBW baut seine reaktionären Thesen aus

Der KBW behauptet, für den Bürgerkrieg in Angola seien nicht die inneren (Klassen)Widersprüche des Landes die Ursache, sondern die *„Einmischung der beiden Supermächte"*, und zwar *„besonders des russischen Sozialimperialismus"*.

Dem KBW zufolge wird die Geschichte nicht von den Volksmassen und den Klassenkämpfen bestimmt, sondern von den „zwei Supermächten" die es angeblich nach Belieben fertig bringen, *„Bürgerkriege zu schüren", „Befreiungsbewegungen aufeinander zu hetzen"* usw.

Diese von tiefem Mißtrauen gegen die Volksmassen und Befreiungsbewegungen der „3. Welt" gekennzeichnete reaktionäre These hat der KBW mittlerweile ausgebaut, indem er sie (vorerst) auf ganz Afrika ausgedehnt hat:

– In der „KuK" („theoretisches Organ" des KBW) vom Dezember 75 hieß es: *„In Bezug auf die OAU* (Organisation Afrikanischer Staaten – Anm. AK) *betrieb er* (der „Sozialimperialismus" – Anm. AK) *die Spaltung, um so die OAU zu zerstören und ganz Afrika in zwei Lager zu trennen"*.

– In der „KVZ" vom 8.1.76 hieß es: *„Ein Teil der Regierungen hat die Position der OAU verlassen und einseitig die MPLA-Regierung anerkannt ... Die im gemeinsamen Kampf erreichte afrikanische Einheit ist in einem bisher noch nicht gekannten Maß gefährdet. Beide Supermächte versuchen jetzt intensiv, in der OAU Flügel und Fraktionen zu bilden, damit sie deren Einheit zerstören und dann in ganz Afrika im trüben fischen können"*.

– In der „KVZ" vom 15.1.76 hieß es: *„Genauso wie sie* (die „beiden Supermächte" – Anm. AK) *in Angola die Einheit des Volkes untergraben und die nationale Einheit zerstören, genauso wollen sie die afrikanische Einheit untergraben und wünschen Spaltung. In Angola setzen sie jeweils auf verschiedene Befreiungsorganisationen, in Afrika wollen sie verschiedene Staaten jeweils gegeneinander stellen"*.

sie verschiedene Staaten jeweils gegeneinander stellen".

Ganz sicher ist die OAU gegenwärtig dabei, sich an der Angola-Frage faktisch zu spalten. Immer deutlicher formieren sich in dieser Frage „zwei Lager", die sich auf der letzten OAU-Konferenz im Januar unentschieden (22:22) gegenüberstanden.

Der kleinbürgerliche Unfug des KBW besteht jedoch darin, daß er diese Differenzierung unter den afrikanischen Staaten nicht als ein notwendiges Produkt gesellschaftlicher Zustände, Widersprüche und Entwicklungen d i e s e r S t a a t e n s e l b s t begreifen kann, sondern als bedauerliches Ergebnis einer äußeren Einmischung, konkret „besonders des russischen Sozialimperialismus". Diese These des KBW ist ein reaktionärer Angriff auf alle fortschrittlichen afrikanischen Staaten und Befreiungsbewegungen, die sich eindeutig für die Unterstützung der MPLA ausgesprochen haben und die vom KBW praktisch als willenlose Opfer „sozialimperialistischer Einmischung" verleumdet werden.

Angesichts der realen Entwicklung liegt es auf der Hand, warum sich der KBW so hysterisch über die drohende *„Spaltung Afrikas in zwei Lager"* ereifert: Früher gab es in der OAU eine knappe Mehrheit für die Linie, die MPLA zu einer „Koalitionsregierung" mit den pro-imperialistischen Banden der FNLA und UNITA zwingen zu wollen. Diese Linie entsprach den Vorstellungen der chinesischen Außenpolitik, folglich also auch des KBW.

Als dann immer mehr Staaten die MPLA-Regierung anerkannten, verschwieg der KBW das so weit wie möglich und tat so, als gäbe es immer noch eine einheitliche Position der OAU, d.h. zugunsten einer „Koalitionsregierung". Selbst in der „KVZ" vom 8.1.76 wurde noch dreist gelogen: *„Diese feste* (?) *Position der OAU drückt den Willen der Völker* (?) *ganz* (?!)*Afrikas aus"*.

Diese Lügen des KBW verkaufen sich jedoch offenkundig immer schlechter, seit die Konfrontation in der OAU sich allgemein herumgesprochen hat und die Widersprüche offensichtlich sind. Jetzt soll also die „Einmischung der beiden Supermächte" (und „insbesonders des russischen Sozialimperialismus", versteht sich) herhalten, um diese für den KBW höchst bedauerliche Entwicklung unter den afrikanischen Staaten als bloßes Teufelswerk abzustempeln.

Dabei ist es typisch, daß er den Staaten, die die MPLA anerkannt haben, vorwirft, sie hätten damit „die Position der OAU verlassen", sie also praktisch als die Spalter hinstellt.

In der OAU stehen sich in der Tat „zwei Lager" gegenüber: Das eine „Lager" wird geführt von antiimperialistischen Staaten wie Mosambik, Guinea-Bissao, Guinea, Algerien usw. Dieses „Lager" unterstützt die MPLA.

Das andere „Lager" wird geführt von reaktionären, hochgradig proimperialistischen Staaten wie Zaire, Senegal, Kenia usw. Dieses „Lager" tritt für eine „Koalititionsregierung" in Angola ein.

Selbst dem KBW ist übrigens nicht entgangen, daß dieses „Lager" mit dem US-Imperialismus übereinstimmt, dessen Interesse es nämlich sei, „gegen eine Anerkennung der MPLA-Regierung aufzutreten und für eine Koalitionsregierung einzutreten. In dieser sehen die USA gegenwärtig

In dieser sehen die USA gegenwärtig

ihre einzige (!) Chance, weiter in Angola vertreten zu bleiben" (lt. „KVZ", 8.1.1976).

Diese richtige Erkenntnis hindert jedoch „seltsamerweise" den KBW nicht, sich gleichfalls auf diese Seite zu schlagen.

Wenn der KBW sich scheinheilig über die „Spaltung Afrikas in zwei Lager" beklagt, so meint er in Wirklichkeit: Es ist schlimm, daß immer mehr Staaten die MPLA-Regierung anerkennen. Es ist schlimm, daß die Forderung nach einer „Koalititonsregierung" in der OAU keine Mehrheit mehr findet. Es ist schlimm, daß wir, der KBW, uns mit unseren reaktionären Thesen nicht mehr auf „d i e O A U" stützen können, sondern daß unsere Übereinstimmung ausschließlich mit den allerreaktionärsten Staaten immer offensichtlicher wird.

Ja, das ist schon alles unheimlich traurig...für den KBW! Nun, der KBW wird sicher auch noch erleben müssen, daß die M e h r h e i t der OAU-Staaten die MPLA-Regierung unterstützt. Er wird erleben müssen, wie die von ihm gehätschelten proimperialistischen „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA endgültig vom angolanischen Volk geschlagen und von seinem Boden vertrieben werden. ●

Traurig?...!

China ist eine Reise wert...

...dachte sich kürzlich auch der Erzreaktionär F a n f a n i, ehemaliger italienischer Ministerpräsident. Nachdem er vor einigen Monaten als Vorsitzender der christdemokratischen Partei abgehalftert worden war, hat Fanfani ja auch reichlich Zeit zum Reisen.

Laut ‚Peking Rundschau' 51/1975 traf Fanfani am 11. Dezember in Peking ein. Er hatte *„ein freundschaftliches Gespräch"* mit Deng Hsio-ping und traf auch mit Außenminister Tjiao Guan-hua zusammen.

Fanfani, ehemals Mitarbeiter Mussolinis, hat die italienische Christdemokratie über zwei Jahrzehnte lang immer wieder auf einen scharf volksfeindlichen, antikommunistischen Kurs geführt. Mit seinem Namen verbindet sich auch das Scheidungsreferendum von 1974, ein Angriff der äußersten Reaktion auf die erkämpften Rechte des Volkes.

Da Fanfani keinerlei offizielle Funktion in Italien mehr hat, gab es offenbar für seine Einladung nach China nicht einmal den fadenscheinigsten „diplomatischen" Vorwand. Warum also wurde er eingeladen und gar von Deng Hsiao-ping empfangen?

Dieselbe Frage muß man sich stellen, wenn man liest, daß *„der ehemalige amerikanische Präsident Richard Nixon nach den Worten des chinesischen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung in China ste ts willkommen"* ist. ('FAZ', 2.1.76)

Mochte sich die chinesische Regierung immer noch veranlaßt sehen, den Kriegsverbrecher Nixon als P o l i t i k e r in China zu empfangen – aber wozu laden sie jetzt den R e n t n e r Nixon ein?

Ob China jetzt zum Urlaubsparadies für abgehalfterte und runtergewirtschaftete reaktionäre und antikommunistische Ex-Politiker werden soll?

Und da gibt es Leute, die so etwas als „revolutionäre Außenpolitik" bezeichnen?! Irre!! ●



Vaterlandsverteidigung Kurswechsel der „KPD/ML“?

Mit einigen Wochen Verspätung berichtete am 3. Januar der „Rote Morgen" der „KPD/ML" von einer „Diskussion", die im November im „ZK der KPD/ML" geführt wurde.

Dabei ging es um die Frage des Hauptfeindes der Revolution in der BRD. Die „KPD/ML" hatte bisher die These vertreten: *„Hauptfeind in ganz Deutschland: Der russische Sozialimperialismus"* (z. B. in der Erklärung des „Präsidium der KPD/ML" zum „Kampf gegen die beiden Supermächte").

Diese These wird nunmehr als *„falsch bzw. unklar und mißverständlich"* kritisiert. Richtig sei, daß in der BRD *„der Hauptfeind der westdeutschen Werktätigen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, der westdeutsche Imperialismus"* ist; *„in zweiter Linie"* dann auch der US-Imperialismus. Der *„russische Sozialimperialismus"* sei zwar *„neben dem US-Imperialismus gegenwärtig der Hauptkriegstreiber"*, aber Hauptfeind nur für die DDR, nicht für die BRD.

Im Übrigen wird im Artikel des „Roten Morgen" vom 3. Januar jedoch behauptet, die „KPD/ML" habe *„im wesentlichen eine korrekte Linie des Kampfes gegen die beiden Supermächte entwickelt"*. Wie dies bei einer falschen Bestimmung des Hauptfeinds möglich gewesen sein soll, bleibt rätselhaft. Die Bestimmung des Hauptfeindes wird von der „KPD/ML" offenbar als akademische Bagatelle angesehen, die mit der übrigen Politik kaum im Zusammenhang steht.

Bei dieser total unmarxistischen Betrachtungsweise wird natürlich auch nicht klar, ob und was sich nach dieser „Klärung" über die Frage des Hauptfeinds in der konkreten Politik der „KPD/ML" eigentlich ändern soll. Will die „KPD/ML" zukünftig auf Irrsinnsmeldungen wie „1 Million politische Gefangene in der Sowjetunion", auf Hetzartikel gegen „Zwangsadoptionen in der DDR" und rechtsradikale Parolen wie „Die Mauer muß weg" verzichten ? Das erscheint kaum wahrscheinlich.

Sehr pikiert reagierte dennoch die „KPD/AO" auf den *„opportunistischen Kurswechsel der KPD/ML-Führung"* („Rote Fahne", 7.1.76). Wie es dort heißt, hat die „KPD/ML" damit eine *„Linie der Versöhnung mit den neotrotzkistischen Positionen der KBW-Führer"* eingeschlagen, *„eine Linie, die letztlich auf die Kapitulation vor dem russischen Sozialimperialismus und vor dem modernen Revisionismus hinausläuft"*.

Die „KPD/AO" will demgegenüber daran festhalten, daß der „Sozialimperialismus" nicht bloß die „Hauptkriegsgefahr", sondern auch der Hauptfeind „in ganz Deutschland" sei.

Auf die Vereinigungspläne zwischen „ML" und „AO" ist damit wohl erst mal wieder Frost gefallen. Umso schwungvoller scheint sich auf der anderen Seite eine Zusammenarbeit zwischen KBW und „KPD/ML" zu entfalten. Die kleine – vorerst bloß akademische – Kurskorrektur" der „KPD/ML" hat sicher ein Hindernis für diese Zusammenarbeit aus dem Weg geräumt. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Hoch geht die Seee ...

„Ein scharfer Wind läßt die Wellen der Nordsee an der Küste Schottlands oft hochgehen. Es heißt, daß in der Nordsee das Wetter an über 270 Tagen im Jahr schlecht ist. Aber diese Unbilden sind nichts im Vergleich mit der Tatsache, daß die Sowjetunion habgierig auf die reichen Ressourcen der Nordsee blickt ..."

„An sanften Bergen, majestätischen alten Burgen vorbei fließt der Rhein durch eine friedliche Landschaft. Nichts von all der Ruhe findet sich in den Gedanken, die die Menschen hier bewegen. Es ist der unerbittliche Wettkampf der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, der sie unsicher macht".

Die vorstehenden Sätze sind wörtliche Zitate aus der „Peking Rundschau" Nr. 1/1976, auch wenn sie wie eine allzu plump gelungene Parodie wirken. Solcher Schmus ist ein kleiner Ausdruck der Tatsache, daß die Kulturrevolution „beim Erklimmen der ragenden Höhe" ziemlich unterhalb des Gipfels stecken geblieben ist. ●

Kommission gegen den politischen Mißbrauch der europäischen Landschaften

KBW und Vaterlandsverteidiger in „Aktionseinheit"

In mehreren Nummern der „KVZ" hatte der KBW-Chef Schmierer in schwatzhaften Artikeln darzulegen versucht, warum die Gespräche mit „KPD" und „KPD/ML" über eine „Aktionseinheit" gegen den geplanten § 130 a (Verbot revolutionärer Agitation und Propaganda) gescheitert seien. Es gebe da, so behauptete Schmierer, „zwei Linien" und ausschließlich die „Linie" des KBW sei bestens geeignet, die „Aktionseinheit der Massen" herzustellen.

Umso mehr muß es verblüffen, daß der KBW inzwischen auf örtlicher Ebene stillschweigend sehr wohl „Aktionseinheiten" mit „KPD" und „KPD/ML" gegen den § 130 a eingegangen ist. Das ist in vielen Orten schon geschehen bzw. wird in anderen vorbereitet. Schmierers redselige, scheinbar „theoretisch anspruchsvolle Grundsatzartikel" zu diesem Thema sind somit auch in der Praxis der Lächerlichkeit preisgegeben worden.

Wie schon früher von uns kritisiert, hatte Schmierer ohnehin keine prinzipielle Haltung zur „Aktionseinheit" mit den Vaterlandsverteidigern eingenommen. Während Schmierer selbst vor einige Monaten in der „KVZ" ausdrücklich schrieb, die „KPD" sei **„zur Reaktion übergegangen"**, geht der KBW in der Praxis mit dieser Gruppe unbedenklich „Aktionseinheiten" ein. Und zwar nicht nur zum § 130 a, sondern auch auf vielen anderen Gebieten.

Die Vaterlandsverteidiger, das ist heute Tatsache, sind eindeutig zum wichtigsten Bündnispartner des KBW geworden. Was Wunder, da sie ihm auch politisch am nächsten stehen!

Sich redselig „theoretisch" über die „breiteste Aktionseinheit der Massen" auslassen, aber in der Praxis sektiererische und politisch prinzipienlose „Aktionseinheiten" mit den Vaterlandsverteidigern eingehen – das ist die wahre Politik des KBW. ●

Der Narr als Richter? KBW predigt „Maßhalten"

Eine Posse am Rande der ÖTV-Tarifrunde bietet der KBW: Mit Zähnen und Klauen verteidigt er Klunckers 135 DM-Forderung gegen die zahlreichen Kollegen in vielen Städten und Bereichen, die höhere Forderungen stellen wollten.

Der KBW hat es offenbar genau ausgerechnet: **„Unter der Forderung 135 DM für alle gleich ist ein Sieg möglich"** („KVZ", 15.1.76). Andererseits: *„Unter den gegebenen Bedingungen ist für 180 DM keine Einheit im Kampf möglich"* („KVZ", 8.1.76).

Um „Begründungen" für seine These ist der KBW nicht verlegen:

- Die 135 DM-Forderung **„bedeutet einen vernünftigen Abschluß in der jetzigen wirtschaftlichen Lage"** (Hamburger Ortsbeilage, 8.1.76).
- Die **„Einheit" ist „nur bei 135 DM möglich, weil da sämtliche Teile der Belegschaft miteinbezogen werden können"** (ebenda).
- Die 135 DM-Forderung *„wird sich auf die Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung stützen können"* (Frankfurter Ortsbeilage, 27.12.75).
- **„135 DM für alle gleich – das ist die richtige Forderung"** („Rote Presse", Hamburger Studentenzeitung des KBW, 5.1.76).

Aus diesen „Begründungen" wird schon deutlich, daß der KBW in bewährter Weise „argumentiert": „Unsere Forderung ist richtig, weil sie vernünftig ist". Bewiesen wird, wie üblich, nichts.

Allerdings kommt dem KBW das Verdienst zu, die sogenannte „Vernunft" und die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage in das kommunistische (???) Denken eingeführt zu haben.

Seine ständig wiederholte „Argumentation": Die Lage ist schlecht, die anderen Tarifabschlüsse sind auch alle niedrig, die Massen hätten für eine „überhöhte" (!) Forderung der ÖTV kein Verständnis, eine „überhöhte" Forderung könnte sowieso nicht durchgesetzt werden, und 135 DM sei genau das Richtige. Eine Forderung über 135 DM dagegen *„findet keine Unterstützung unter den Industriearbeitern, da die Kollegen dort momentan auch keine zu hoch gegriffenen (!!) Forderungen aufstellen"* (Hamburger Ortsbeilage, 8.1.76).

Der KBW selbst kann nicht leugnen: **„Die Forderung nach 135 DM ist nicht glänzend. Wenn sie durchgesetzt wird, und sie kann durchgesetzt werden, treten in vielen Haushalten trotzdem Einbußen auf"** („KVZ", 15.1.76). Den zahlreichen Kollegen, die einen Abschluß wollen, der zumindest die Preissteigerung deckt, hält der KBW jedoch schulmeisterlich vor: *„Darum kann es aber in der gegenwärtigen Lage, in der der Druck der kapitalistischen Krise mit der hohen Arbeitslosigkeit schwer auf der Arbeiterklasse und allen Werktätigen lastet, nicht gehen"* (Frankfurter Ortsbeilage, 27.12.75).

Zu allem Überfluß bringt der KBW es dann auch noch fertig, die 135 DM-Forderung prahlerisch als riesigen Sieg hinzustellen: **„Wir verbuchen es als einen Erfolg der Bewegung der Mitglieder (!), daß die führenden Sozialdemokraten dazu getrieben (!) werden konnten, eine Forderung zu erheben, wie sie von den Revolutionären (?!) angestrebt wurde"**. Sogar dem Kanzler Schmidt hat der KBW schwer eins ausgewischt: **„Jetzt ist er von der Forderung überrascht. Wenn er bemerken wird, wie sehr ihm die Arbeiterklasse damit in die imperialistischen Träume spuckt (!), wird er wild (!) werden"** („KVZ", 15.1.76).

Der KBW hat es offensichtlich den Gewerkschaftsdemagogen à la Kluncker und der DKP ausgezeichnet abgeguckt, wie man eine jämmerliche Forderung mit lautem Krakeele als schweren Schlag gegen die Kapitalisten verkauft!

Daß die ÖTV-Führer von den Kollegen und vom KBW zu der 135 DM-Forderung „getrieben" worden seien, ist freilich ein Witz, da 1. diese Forderung von Anfang an vom Hauptvorstand der ÖTV selbst vorgeschlagen worden war, und 2. die Situation so war, daß vielfach die Kollegen weitaus höhere Forderungen stellen wollten.

Hiergegen richtete sich in den letzten Wochen immer wieder die wütende Polemik des KBW:

- Als die Kreisdelegiertenkonferenz (!) Frankfurt der ÖTV 180 DM für alle forderte, wetterte der KBW: *„Keine Grundlage für einheitlichen Kampf"*. Dahinter stünde die **„linke SPD- und Sozialistisches Büro-Schikeria"**! (Frankfurter Ortsbeilage, 8.1.76).
- Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung im Arbeitsamt Hamburg forderten mehrere Kollegen 180 DM.

Dazu der KBW: *„Dieser Vorschlag war gefährlich (!) und drohte die schon geschaffene Einheit zu spalten"*. Erfreut äußerte sich der KBW dagegen über die demagogischen Ausfälle des Vorstandsvorsitzenden (!), der meinte, eine höhere Forderung als 135 DM könnte er vor den Kollegen ja gar nicht vertreten (Hamburger Ortsbeilage, 8.1.76).

- Im Eppendorfer Krankenhaus (Hamburg) wurde auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung eine Forderung von 180 DM beschlossen. Die Kollegen **„spalteten damit"** – nach Meinung des KBW! – *„die Einheit, die sich nur auf einer Festgeldforderung in einer Höhe herstellen läßt, wo jeder einsieht, daß man kämpfen muß"* (Hamburger Ortsbeilage, 8.1.76). Von ca. 60 anwesenden Kollegen hatten alle bis auf fünf für 180 DM gestimmt – nämlich bis auf die ÖTV-Führer und die KBWler!

Etwas derartiges, wie es sich der KBW in der ÖTV-Tarifrunde schon bisher geleistet hat, ist zweifellos einmalig in der Geschichte der kommunistischen Bewegung! Bisher war es den Gewerkschaftsführern vorbehalten, darüber zu predigen, daß man nicht zu viel fordern dürfte, weil die wirtschaftliche Lage schlecht sei und man doch nicht so viel kriegen würde. Man muß schon fragen, ob hier nur ein paar Narren ihr frivoles Spiel treiben, oder aber ob nicht in der KBW-Führung geschulte Provokateure ihr schmutziges Handwerk betreiben.

'KB-Tribunal' der DKP – leider ohne den Angeklagten

Am 8. Januar führte die DKP in Hamburg ein „Streitgespräch mit dem KB" durch – allerdings ohne den KB. Wir hatten vorher in einem Offenen Brief (siehe ARBEITERKAMPF 70) mitgeteilt, daß wir uns unter den von der DKP diktierten ungleichen Bedingungen nicht für eine derartige Farce hergeben würden.

Wie nicht anders zu erwarten, ging es der DKP nicht um eine gleichberechtigte Auseinandersetzung über die Fragen der Arbeiterbewegung in unserem Land, sondern um ein einseitiges Tribunal gegen den KB, mit uns als Statisten.

Der Ablauf der Veranstaltung zeigte deutlich, worum es der DKP ging: Während das Hauptreferat der DKP 90 Minuten einnahm, sollte uns gnädigerweise ein 20minütiges Referat „zugestanden" werden. Ein gleiches Bild in der „Diskussion": sechs Beiträge à zehn Minuten für die DKP, zwei Beiträge für uns. Einschließlich der Eröffnungsrede also eine Redezeit von mehr als 4 : 1 zugunsten der DKP!

Als Redner traten vor allem Gerns (Hauptreferat) sowie Steigerwald und Weiß („Diskussion") vom Parteivorstand der DKP auf. Angesichts der angekarrten Parteiprominenz fühlte sich offenbar auch der DKP-Ortsfürst Jan Wienecke zu einem Beitrag verpflichtet. Über hirnloses Gegröhle („Wir haben unsere Gegner das Fürchten gelehrt" etc.) kam er indessen nicht hinaus.

Abgesehen vom Hauptreferat von Gerns, das immerhin theoretisches Niveau hatte, bestanden die DKP-Reden weitgehend aus Pöbeleien („Ersatzpekinesen", „bezahlte Soldschreiber und Soldknechte des Imperialismus" etc.) und Unterstellungen („KB hat eine negative Haltung zu den elementaren Forderungen der Volksmassen", „KB hilft objektiv dem Großkapital und der Reaktion", „KB macht Politik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen". Bewiesen wurde freilich nichts!

Durch alle Beiträge zog sich das „Argument", daß sich zwar die Politik des KB von der anderer „Maoisten" abhebe; dies sei aber nur ein Trick der „KB-Führer" zur Täuschung ihrer „irregeleiteten Anhänger".

Offensichtlich hat die DKP Schwierigkeiten, die Politik des KB ihren Mitgliedern (miß)verständlich zu machen!

Sicher war es auch kein Zufall, daß sich der stärkste – geradezu enthusiastische – Beifall einstellte, als von den vietnamesischen und kubanischen Genosssen die Rede war, während sich beispielsweise bei der Nennung des „Genossen Breschnew" keine Hand regte.

KBW immer zu Diensten

Vertreter des KBW hatten sich eingefunden, um sich wieder einmal im Nahmen des Kommunismus lächerlich zu machen. So erregte „Ortssekretär" Lutz Plümer bereits mit den ersten Worten von der „sowjetischen Flotte, die sich auf allen Weltmeeren tummelt", Lachstürme im ganzen Saal.

Die mit Phrasen und endlosen Zitaten über den „friedlichen Übergang" bestückten Beiträge des KBW waren nicht dazu angetan, auch nur einen einzigen DKP'ler zu überzeugen, sondern dürften im Gegenteil das Zerrbild von den „maoistischen Spinnern" vollauf bestätigt haben.

In ähnlicher Weise hatte sich der KBW schon in einer Reihe anderer Städte von der DKP abbürsten lassen.

In Hamburg tat der KBW noch ein Übriges: Er ergänzte (!) die DKP-Plakate zur Veranstaltung durch einen schweinischen Klebezettel, in dem unsere Argumente gegen das „Streitgespräch" der DKP demagogisch verdreht wurden und uns „*Feigheit*" vorgeworfen wurde, weil wir uns nicht dem ungleichen „Streitgespräch" mit der DKP „gestellt" hatten, um *„zur Verantwortung gezogen zu werden"* (von wem? von der DKP?). Markig tönte es auf dem Klebezettel: *„Vor dem Feind kann man nicht davonlaufen, man muß ihn schlagen!"*. Indessen können nur Narren oder aber Provokateure auf den Gedanken kommen, es hätte etwas mit „Mut" zu tun, den Kampf unbedingt unter den ungleichen Bedingungen aufzunehmen, die uns der Gegner diktieren will.

Dem KBW ist vorzuwerfen, daß er sich in allen bisherigen Fällen dem Diktat der DKP unterworfen hat und damit eine einheitliche Front der Linken gegen diese Art ungleicher „Streitgespräche" unmöglich gemacht hat.

Wer hat Angst vor wem?

Ebenso wie der KBW ritt auch die DKP auf der Demagogie mit der „Feigheit" herum. Kaum ein Redner der DKP beendete seinen Beitrag, ohne scheinheilig zu „bedauern", daß der KB „leider gekniffen" habe.

Um ein für alle Mal klar zu stellen, wer hier Angst vor der Auseinandersetzung hat, und wer die besseren Argumente hat, haben wir nunmehr der DKP in einem 2. Offenen Brief nochmals konkret vorgeschlagen, gemeinsam ein „Streitgespräch", mit absolut gleicher Redezeit für beide Seiten durchzuführen.

Wir glauben allerdings kaum, daß die DKP dazu bereit sein wird. Sie fühlt sich offenbar bei einem „Streitgespräch" nur sicher, wenn sie von vornherein mindestens die vierfache Redezeit des Gegners beanspruchen kann. ●

Wer angibt, hat mehr vom Leben?

Gar Wunderliches über das DKP-„Streitgespräch" verkündete die „KVZ"-Ortsbeilage. Der Ortsbeilage zufolge hat es **„Eine Niederlage für den Revisionismus"** gegeben! **„Die Veranstaltung hat gezeigt, daß der Revisionismus geschlagen werden kann"**, behaupten die Prahlhansel vom KBW.

„Die Schwäche der DKP war offensichtlich". Die DKP habe den großartigen „Argumenten" des KBW nichts entgegenzusetzen gehabt ... usw.

Wer auf der Veranstaltung war, hat allerdings erlebt, wie KBW-Ortsfürst Plümer vom gesamten Publikum – abgesehen von den anwesenden KBWlern – schon bei seinen ersten Worten über die sowjetische Kriegsflotte ausgelacht wurde. Oder daß die DKP es sich erlauben konnte – unter Beifall! – den zweiten Beitrag des KBW (Zitatenvorlesung von Susanne O. zum „friedlichen Übergang") kurzerhand als „Büttenrede" abzutun, ohne ein weiteres Wort darüber zu verlieren.

Die beiden KBW-Beiträge haben der DKP genutzt, „die Maoisten" insgesamt als lächerliche Spinner hinzustellen. Die Siegesfanfaren in der „KVZ"-Ortsbeilage steigern die Lächerlichkeit des KBW ins Groteske.

Gewiß, der Revisionismus kann geschlagen werden. Aber bestimmt nicht von den Politclowns des KBW!

Vergewaltigungen – Produkt der kapitalistischen Gesellschaft

In fast jeder Ausgabe von Zeitungen sehen wir Notizen oder Schlagzeilen über Vergewaltigungen. Sie sind teilweise so ausführlich und genüßlich dargestellt, daß sie die Lust an diesem Verbrechen schüren. Vergewaltigungsopfer sind sowohl Schulmädchen von elf Jahren als auch alte Frauen von 93 Jahren, wie die „Hamburger Morgenpost" z.B. am 11.6.75 berichtete.

An diesen Beispielen wird die Unhaltbarkeit der Ausreden deutlich, die betreffende Frau hätte die Vergewaltigung selbst provoziert.

Aber auch junge Frauen, die es sich „erlauben", mit derselben Selbstverständlichkeit per Anhalter zu fahren, wie ein junger Mann, und dabei vergewaltigt werden (ein Viertel aller Vergewaltigungen geschehen im Auto) trifft keine Schuld.

Es hält sich auch hartnäckig die Vorstellung, Frauen verlangten im Grunde danach „mit Gewalt genommen" zu werden. Dazu Dieter Duhm in „Angst im Kapitalismus" (1972, Mannheim, Heidelberg): *„In den Berichten vergewaltigter Frauen kehrt fast regelmäßig ein Element wieder: Sie empfanden fast unerwartete große Lust und kamen oft sogar zum Orgasmus, einige sogar zum ersten Mal in ihrem Leben. Sie genießen es, wenn der Trieb gewaltsam befriedigt wird, der sonst durch Angst blockiert ist. Ihre unbewußte Liebe zum übermächtigen Vater trug vermutlich schon früh den unbewußten Wunsch in sich, vom Vater vergewaltigt zu werden ... Erst bei der Vergewaltigung werden die geheimen Wünsche ganz erfüllt. Was nach außen hin aussieht wie ein Kampf gegen die Gemeinheit des Mannes oder der Gesellschaft, ist fast immer ein unbewußter Kampf gegen die eigenen verpönten Wünsche nach masochistischer Befriedigung".*

Dieser Appell zur Vergewaltigung und zum Sadismus stellt diesen Salon-Linken einmal mehr in die Reihen, in die er gehört: in die der Ideologen der Bourgeoisie.

Die betroffenen Frauen fühlen sich in der Regel durch die Vergewaltigung nicht sexuell befriedigt. In einer Fernsehsendung über Vergewaltigung am 6.10.75 (Autorin: Brüning sowie Frauen der Frauenzentren München und Westberlin) schilderten Opfer ihre Empfindungen:

„Es wurde überhaupt nicht gefragt, es kam total überraschend. Ich hatte von mir aus keine Abwehrmöglichkeit, keine Entscheidungsmöglichkeit, das war eigentlich das Schlimmste. Ich hatte Todesangst". Eine andere: *„Ich hatte eine unheimliche Wut und einen unheimlichen Haß, in seiner Gewalt zu sein und mir das gefallen lassen zu müssen ... Das Gefühl kann man gar nicht beschreiben, wenn er so auf einen zukommt, mit solcher Gewalt und sich anmaßt, Besitz zu ergreifen von meiner Person, ohne zu fragen, was man will, was man möchte, was man fühlt."* (siehe oben).

Nicht nur im Dunkeln oder auf Landstraßen muß eine Frau gefaßt sein, von einem fremden Mann überwältigt zu werden; mindestens ebenso oft stammen die Täter aus dem Bekanntenkreis oder aus der Verwandtschaft des Opfers. Sie machen bereits bei den angezeigten Vergewaltigungen die knappe Hälfte aus, wobei die Dunkelziffer dieses Täterkreises viel höher ist, als bei Vergewaltigungen durch unbekannte Täter.

„Ich habe eine Beziehung zu einem Jungen gehabt, so etwa drei Wochen, ich wollte mich von ihm trennen; da hat er mich in meinem Zimmer eingesperrt, den Schlüssel aus dem Fenster geworfen und hat eine ganze Nacht lang mich vergewaltigt und mich geschlagen, weil er das nicht akzeptieren konnte, daß ich mich von ihm trenne" (s.o.).

„Wenn Frauen von einem männlichen Bekannten oder gar einem Freund gegen ihren Willen zum Beischlaf gezwungen werden, dann nennen die Kriminalexperten das die uneigentliche Notzucht. Für Frauen, die es erlebt haben, ist es die eigentliche, denn der Schock, die Kränkung und die Enttäuschung treffen sie oft tiefer, sind schwerer zu überwinden, als die Gewalttat eines fremden Mannes, selbst dann, wenn sie sich mit Erfolg zur Wehr setzen" (s.o.).

Wenn es überhaupt eine Gruppe von Frauen gibt, die „bevorzugt" Opfer von Vergewaltigungen werden, so sind es die, die zu Hause zur Unterwerfung und zur Unselbständigkeit erzogen wurden und die auf Täter einen einschüchterbaren Eindruck machen; es sind auch die, die der bürgerlichen Rolle einer Frau entsprechend, dazu erzogen wurden, immer „freundlich" zu sein, und es daher nicht gelernt haben, sich eindeutig abweisend zu verhalten.

Von der bürgerlichen Gesellschaft wird eine Vergewaltigung, wenn sie nicht gerade mit dem Tod des Opfers endet oder die Frau nicht mindestens schwer verletzt wird, als „Kavaliersdelikt" angesehen. Denn es ist Teil der herrschenden bürgerlichen Moral, daß dem Mann das „Recht" zusteht, sich die Frau zu „nehmen"; zur Not eben mit Gewalt.

Mit der Vergewaltigung selber ist die Demütigung nicht zu Ende, sie bildete nur den ersten Teil. Über ihre Erfahrungen bei der Kripo – in den wenigsten Fällen können die Frauen von ihrem Recht Gebrauch machen, von einer Beamtin vernommen zu werden – sagt eine Frau: *„In dieser Situation muß man sich verteidigen; das hätte ich nicht erwartet. Das fand ich noch mit das Schlimmste. Ich bin da wirklich hingegangen, weil ich geglaubt hab', die helfen dir ...". „... Da haben sie eine Nadel und einen Faden angebracht; dann hat der eine Polizist mir den Faden in die Hand gegeben, und er hat die Nadel in die Hand genommen, und ich mußte versuchen, den Faden in die Nadel reinzubringen, und er hat dann immer die Nadel bewegt. Und dann hat er gesagt: ‚Sehen Sie, das geht nicht, wenn man wackelt, hätten Sie so gewackelt, dann wär' das auch nicht gegangen'. Er wollte mir praktisch beweisen, daß eine Vergewaltigung eigentlich nicht möglich ist; daß es das gar nicht gibt".*

Die Frau, mit der die Bullen dieses zynische Spiel trieben, war von fünf jungen Männern im Auto entführt und mehrfach vergewaltigt worden!

„Die haben mich angeschrien (!) *‚Geben Sie doch zu, daß Sie's mit'm Verheirateten getrieben haben!' ...".*

Frauen, die keine schweren Verletzungen, die ihnen der Vergewaltiger in einem harten Kampf beigebracht hat, vorzeigen können – etwa weil sie mit einer Waffe bedroht wurden oder ihnen ihre Lage aus anderen Gründen aussichtslos erschien – werden oft von vornherein als unglaubwürdig hingestellt und ihnen wird unterstellt, sie hätten „freiwillig mitgemacht".

Vor Gericht werden diese Demütigungen oft noch verschärft. Unter dem Deckmantel der Wahrheitsfindung werden die Frauen gezwungen, ihr Privatleben offenzulegen. Dies geschieht mit dem Ziel, sie als Prostituierte hinzustellen (denn offenbar haben Prostituierte kein Recht, sich gerichtlich gegen eine Vergewaltigung zu wehren). In einem Prozeß in Hamburg haben die Verhörsmethoden vor Gericht das Opfer zum Selbstmordversuch getrieben.

„Am ersten Prozeßtag hatte sie beschworen: ‚Außer meinem Verlobten hatte ich keinen andern Mann'. Fragen prasselten auf sie herab. Beate mußte zugeben: ‚Ja, da war doch noch ein anderer gewesen. Ich habe gelogen, weil ich mich so schämte'". („Hamburger Morgenpost", 7.6.75).

Am zweiten Prozeßtag – um zu beweisen, die Frau habe die Vergewaltigung freiwillig über sich ergehen lassen – wurde eine Gegenüberstellung mit vier Figuren vom Kiez durchgezogen. Sie behaupteten alle, mit ihr an einer „Massenbumserei" beteiligt gewesen zu sein. Bevor es zur Gegenüberstellung mit dem vierten „Zeugen" kam, war die junge Frau aus dem Gerichtssaal geflohen und versuchte, sich das Leben zu nehmen.

Offensichtlich hatten Richter, Staatsanwalt und Verteidigung immer noch nicht genug, denn sie setzten einen weiteren Verhandlungstag gegen die Frau an, die von ihrem Nervenarzt für verhandlungsunfähig erklärt worden war. Er fand in der Praxis des Nervenarztes statt.

Dazu der Verteidiger Riecke scheinheilig: *„Ich finde es schrecklich, wie man notwendigerweise im Interesse seines Mandanten und zur Wahrheitsfindung in der Intimsphäre dieses Mädchens herumwühlen muß"* („MoPo", 14.6.75).

Die Absicht gegen Frauen, die eine Vergewaltigung anzeigen, ist klar: „... besteht die Gefahr, daß vergewaltigte Frauen vor einer Gerichtsverhandlung mehr Angst bekommen, als vor Notzuchtverbrechern" („MoPo", 14.6.75).

Sie sollen davon abgehalten werden, ihre passive Rolle abzulegen und sich gegen eine so tiefe Demütigung zur Wehr zu setzen.

Eine Vergewaltigung hat auf die Beziehung der betroffenen Frauen zu Männern noch lange Einfluß. Sie entwickeln oft eine generelle Angst vor Männern, sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, wagen sich spät abends nicht mehr auf die Straße. Und es wird von den Opfern auch eine besondere Ablehnung sexueller Beziehungen beschrieben, die sie erst sehr langsam abbauen können.

Einige Opfer haben sich in Frauengruppen zusammengetan, um sich z.B. beim Prozeß zu unterstützen und sich mit den folgenden Problemen auseinanderzusetzen.

In Amerika sollen auf Druck von Frauengruppen inzwischen Fragen, die nicht zur Vergewaltigung selber gestellt werden, also zum „Vorleben" des Opfers, im Prozeß und auf dem Polizeirevier nicht mehr zugelassen werden. In den USA wurden im letzten Jahr, laut Polizeistatistik 500.000 Frauen vergewaltigt („Bild", 5.11.75).

Und die Täter?

„Zumindest diejenigen, die vor Gericht kommen und verurteilt weden, stammen vorwiegend aus ärmeren Bevölkerungsschichten; sie sind meist jung und haben eine schlimme Kindheit hinter sich. Was sie antreibt, ist nicht ein Überschuß an sexueller Potenz, sondern Aggression und Wut. Es geht ihnen nicht nur um sexuelle Befriedigung, sondern darum, Frauen zu erniedrigen; nicht aus Überlegenheitsgefühl entspringt Vergewaltigung, sondern aus Niederlagen und Enttäuschungen" (s.o.).

Entwurzelte Teile des Proletariats, wie z.B. Rocker, fallen dann in brutaler Weise auf die bürgerliche Sexualmoral herein, die diese Art von Verbrechen erst ermöglicht.

Das wichtigste Element dabei ist, daß die bürgerliche Moral die Sexualität von gegenseitiger Zuneigung und Achtung der Persönlichkeit der Partner abtrennt. Der deutlichste Ausdruck dieser Abtrennung ist die Prostitution.

Diese Ideologie wird auch in dem Begriff „eheliche Pflicht" deutlich, der die bürgerliche Ehe als legalisierte Prostitution kennzeichnet, wo oft genug nicht mehr Liebe der Grund für die sexuelle Beziehung zwischen den Partnern ist, sondern viele Ehefrauen sich durch ihre ökonomische Abhängigkeit zum Geschlechtsverkehr gezwungen sehen.

Es ist nur logisch für die bürgerliche Gesellschaft, die die Frauen zu willenlosen und hirnlosen Geschlechtswesen degradiert, wenn in ihr Vergewaltigungen stattfinden, die nur der konsequenteste und brutalste Ausdruck ihrer Moral sind. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Ob Abtreibung oder Geburt – reaktionäre Ärzte immer gegen die Frauen

Wie reaktionäre Ärzte die Frauen schikanieren und den § 218 verteidigen, soll hier an zwei Beispielen aus Lübecker Krankenhäusern belegt werden.

Beispiel 1: Legale Abtreibung durch Quälereien verhindert!

Seit der vorzeitigen Pensionierung des Klinikchefs der Frauenklinik in Lübeck, Prof. Massenbach – einem Erzgegner der Abtreibung – haben sich die Chancen für Lübecker Frauen scheinbar vergrößert, eine legale Abtreibung mit ärztlichen Gutachten vornehmen lassen zu können.

Diese Frauen ahnen allerdings nicht, was auf sie zukommt, wenn sie mit der gutachterlichen Bescheinigung, daß sie aufgrund ihrer psychischen (!) Verfassung das Kind nicht austragen können, in die Klinik kommen:

Einige Ärzte weigern sich einfach, Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen. Ihre heuchlerische Begründung lautet etwa immer gleich: „Ich will doch nicht, daß die Frau es später mal bereut und mir dann Vorwürfe macht."

Schon allein ihre Bemerkungen über Patientinnen („Neulich habe ich mit einer Frau gesprochen, die war so emanzipiert, das war richtig deprimierend") und ihr Verhalten gegenüber „emanzipierten" Schwestern zeigt, daß nicht die „Sorge" um die Frauen sie zu Abtreibungsgegnern macht, sondern einzig und allein ihre reaktionären und frauenfeindlichen Standpunkte.

Noch deutlicher wird das, wenn sie – z. B. als Stationsärzte – zwar nicht die Abtreibungen, aber die Vor- und Nach„behandlung" dieser Frauen tragen:

Die Abtreibungen werden in der Med. Hochschule Lübeck meist nach der sog. Prostaglandinmethode durchgeführt. Dazu wird den Frauen mit einem Katheter ein Medikament (Prostaglandin) direkt in die Gebärmutter eingespritzt, das dann durch heftige Kontraktionen (Zusammenziehungen) der Gebärmuttermuskulatur (ähnlich wie Wehen) zu jeder Zeit der Schwangerschaft den Embryo ausstößt. Bisweilen dauert diese Prozedur bis zu drei Tagen und ist mit sehr starken Schmerzen verbunden. Außerdem dürfen die Frauen während der ganzen Zeit nichts essen, weil es ja „jeden Moment losgehen" kann und dann unter Narkose „nachgeräumt" (ausgekratzt) wird.

Diese elende Situation der ohnehin psychisch besonders labilen Frauen (Gutachten!) nutzen solche Abtreibungsgegner als behandelnde Ärzte dann aus:

- ► **Frauen, die diese Quälerei hinter sich haben, werden vom Arzt aufgefordert, den neu ankommenden Frauen alles bis in's kleinste Detail zu schildern ...**
- ► abfällige Bemerkungen bei Visiten bis hin zur völligen Nichtbeachtung der Frauen sind an der Tagesordnung (Dies gilt allerdings noch mehr bei Frauen, die aufgrund eines sog. kriminellen Aborts, d. h. nach einer illegalen Abtreibung, wegen einer Bauchfellentzündung o. ä. in die Klinik mußten).
- ► zu den Frauen, die unter größten Schmerzen dahinvegetieren, wird besonders „gerne" eine „gläubige" Krankenschwester geschickt, die ihnen dann Vorhaltungen macht: Gott habe es so gewollt, daß dieses Kind geboren wird, Gott wird alle strafen, die in Gottes Willen eingreifen ...
- ► Auch nach der Abtreibung hören die Schikanen nicht auf: Detaillierte Beschreibungen über Aussehen und Größe des Embryos („des kleinen Kindchens") lassen natürlich keine Frau unberührt.

In solcher Atmosphäre kam z. B. eine junge Frau in die Klinik, der durch zwei Ärzte bestätigt worden war, daß die Geburt eines weiteren Kindes ihr eigenes Leben in höchstem Maße gefährden würde! Nach den oben geschilderten Quälereien hat sie schleunigst ihre Koffer gepackt und beschlossen, ihr Kind auszutragen. – UND DANN ???

Beispiel 2: „Was aus Dir und Deinem Kind wird, das mußt Du Dir vorher überlegen".

Eine 42jährige Fließbandarbeiterin, nicht verheiratet und tuberkulosekrank, wurde hochschwanger auf die Wöchnerinnenstation eingewiesen. 16jährig hatte sie eine Abtreibung mit nachfolgender Eileiterentzündung hinter sich gebracht und damals wurde ihr erzählt, daß sie keine Kinder mehr kriegen könnte. Das ist 26 Jahre her und die Kollegin hat verständlicherweise nicht damit gerechnet, daß sie noch schwanger werden kann.

Als sie von ihrer Schwangerschaft erfuhr, ging sie aufgrund von Unaufgeklärtheit und Erzählungen am Arbeitsplatz davon aus, daß sie als chronisch Tuberkulosekranke ohnehin kein lebendiges Kind gebären würde (Fakt ist, daß dies eine besondere Gefährdung der Mutter darstellt!). Schon unter Wehen gab sie deutlich zu erkennen, daß sie in keiner Weise damit rechnete, ein lebendiges Kind zur Welt zu bringen und sich auch nicht darauf „eingerichtet" hatte. Ein gesunder Sohn wurde geboren – der Arzt legt ihr mit großem Getue das Neugeborene in den Arm und gratuliert ihr heuchlerisch.

Sie, noch völlig erschöpft, stößt das Kind von sich, weint und schreit, daß sie das Kind gar nicht anfassen kann! Noch nie habe sie so etwas in der Hand gehabt, sie müsse arbeiten, sie wäre allein, wie solle sie ein Kind großziehen, wie, wann und womit!

- ► Allgemeines Grinsen im Kreißsaal und die gehässige Bemerkung: *„Tscha, erst das Vergnügen haben wollen, aber dann nachher nicht dafür gerade stehen wollen. Sowas muß man sich eben vorher überlegen."*

So sieht tatsächlich die „Sorge" der Abtreibungsgegner um das Schicksal der Frauen aus! Da reden sie nicht davon: „Ich will ja nicht, daß sie mir später mal Vorwürfe macht" ...

- ► Die Frau wird auf die Wöchnerinnenstation gelegt, 3 - 5-Bettzimmer, alles junge Mütter, die von ihren „Wunschkindern" und ihren Ehemännern schwärmen ... (Wir sind nicht dagegen, daß sich Mütter mit oder ohne Männer über ihre Kinder freuen; wir glauben aber, daß auf Wöchnerinnenstationen „frei" nach „Brigitte"- oder Waschmittelreklamestil schrecklich viel geheuchelt wird).

Keiner kommt auf die Idee, diese Mutter, eine 42jährige Arbeiterin, die ihre Arbeitskraft verkaufen muß, um zu existieren, die sich natürlich keine „Pflegekraft" leisten kann, die ihr Kind im Kapitalismus nicht versorgen k a n n , keiner der Herren Ärzte kommt auf die Idee, diese Kollegin zu beraten, ihr zu helfen! –

Nach 5 Tagen wurde sie bei „komplikationslosem Wochenbett" entlassen. – UND DANN ?????

Zwei Beispiele, die zeigen, daß wir im Kampf um die Rechte der Frauen, ob gegen § 218 oder für tatsächlichen Mutterschutz, Aufklärung u. ä., natürlich nicht nur abstrakt „gegen den Staat" kämpfen können.

Es kommt vielmehr darauf an, ü b e r a l l die reaktionäre Ideologie zu bekämpfen, die es den Kapitalisten und ihrem Staat überhaupt ermöglicht, solche arbeiter- und frauenfeindlichen Gesetze anzuwenden! Dabei spielt in der Abtreibungsfrage der Kampf gegen die reaktionären Ärzte eine besonders große Rolle, da sie in dieser Frage Macht haben. Aber nicht nur gegen die Ärzte, auch aufgehetzten Schwestern und allen, die sich gegen die Entscheidung der Frauen stellen, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht, müssen wir entgegentreten! •

Frauenkommission
KB / Gruppe Lübeck

„Die zarten Bosse“ Von Frau zu Frau?

In den letzten Monaten des „Jahres der Frau“ lief gleich in zwei Springer-Blättern, dem „Hamburger Abendblatt“ und der „Welt“ eine Artikelserie zum Thema „Gleichberechtigung der Frau“.

Unter den Überschriften „Die zarten Bosse Hamburgs“ und „Frauen in Hamburg“ ließ man Frauen zu Wort kommen, die am allerwenigsten geeignet sind, über die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen etwas sagen zu können. Sie gehören nämlich zu den ca. 23.000 Unternehmerinnen und Karrieristenfrauen der BRD. Daß ihre Sorgen wenig mit Emanzipation zu tun haben, sagen sie selber. Rationalisierungen, „hohe Personalkosten“, Einsparungen, Steuerbelastungen etc. sind es, die ihnen zu schaffen machen. So u.a. Dr. Lily Joens, Vorsitzende der „Vereinigung von Unternehmerinnen“. Daher ist es logisch, daß sie sich nicht als „Frauenverein“ verstanden wissen wollen, sondern ganz klar als Unternehmerverband.

Die Artikel in den Springerblättern werden jedoch so aufbereitet, als wenn eine Geschlechtsgenossin zur anderen spricht. Da die Unternehmerinnen gleich eingangs als „emanzipierte Frauen“ vorgestellt werden, soll wohl erreicht werden, daß sich möglichst viele Frauen mit den Ansichten und „Erkenntnissen“ der Bourgeoisfrauen identifizieren bzw. sie als „goldene Lebensregel“ beherzigen.

Gleichberechtigung wozu?

Für die Bourgeoisfrauen stellt sich die Frage nach der Gleichberechtigung total anders, als für die Arbeiterfrau. Es mag durchaus zutreffend sein, daß die männlichen Kapitalisten teilweise sehr skeptisch und ablehnend an ihre weiblichen „Kollegen“ herangehen. Doch wenn die Unternehmerinnen sich dagegen zur Wehr setzen (die Gründung der „Vereinigung von Unternehmerinnen“ ist u.a. so zu verstehen), dann doch nur mit dem Ziel, „gleichberechtigt“ an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt zu werden, um dieselben Profite verzeichnen zu können.

Die Probleme um den Kampf gegen den § 218, die ökonomische Abhängigkeit vom Mann, das Bestreben nach einer Selbstverwirklichung usw. sind Dinge, die für die Kapitalistinnen im Gegensatz zur Arbeiterfrau vollkommen uninteressant sind! Ungewollte Kinder – heißt Abtreibung im Ausland, Geld – ist in Hülle und Fülle vorhanden, Freizeit, Hobbys etc. – spielend leicht zu bewältigen ...

Pure Demagogie ist es daher, wenn sich eine „Dame der Gesellschaft“ hinstellt und bejammert, daß schließlich die Unternehmerinnen im Gegensatz zu den Unternehmern noch Hausarbeit machen müssen. Als wenn nicht eine und mehr Haushaltsgehilfen zur Stelle wären bzw. entsprechend teure technische Haushaltsgeräte.

Aber daß die Frauenfrage als Klassenfrage zu sehen ist, wird letztendlich an den Antworten der Unternehmerinnen zum Thema „Gleichberechtigung“ selber klar: So gibt z.B. eine Besitzerin von Modegeschäften von sich: *„Ich finde, noch nie hatten es Frauen so einfach wie in unserer Zeit, etwas auf die Beine zu stellen. Die Männer haben es doch heutzutage viel schwerer. Nein, ich halte nichts von ‚Womens Lib'. Die sollte man verbieten ...“* („Welt“, 27.10.75).

Andere „Argumente“ waren, daß bei dem Streben nach Gleichberechtigung die „besonderen Fähigkeiten“ der Frauen, so ihr angeblich größeres Einfühlungsvermögen, verloren gehen würde bzw. wurde die Frage so abgetan, daß das doch sowieso „aus biologischen Gründen“ nicht gehen würde: „Da würde die Gesundheit bei draufgehen“. Und überhaupt: „Für Geld kann man sich nicht alles kaufen ...“.

Ideologischer Hintergrund für diese Art von Artikeln ist es, Frauen, „die es schließlich wissen müssen“, gegen die Emanzipation Stellung nehmen zu lassen und gleichzeitig die bürgerliche Familienideologie zu propagieren.

Mit Wehmut läßt man die Unternehmerinnen und andere Karrierefrauen berichten, wie sehr sie ein „ausgefülltes Familienleben“ vermissen. So hatte eine Kapitalistin angeblich das dringende Bedürfnis, als „leidenschaftliche Bekocherin“ viele Gäste zu bewirten – aber die Zeit fehlt halt.

Eine andere Dame äußerte (trotz aller „Emanzipation“): „Manchmal wünscht man sich als Frau, daß ein starker Männerrücken da ist, hinter dem man sich verstecken kann ...“.

Daß trotz solcher Schnacks die „Unternehmerinnen nichts anderes sind als Unternehmer“, stellte die großbürgerliche Zeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einer Untersuchung über die „Vereinigung von Unternehmerinnen“ als Fazit fest. Und genau in diesem Sinne haben sie das unmittelbarste Interesse daran, daß die spezielle Unterdrükkung der Frauen der Arbeiterklasse noch lange anhält ... schließlich hängt ihre ureigenste Existenz davon ab. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

wältigen ...
Pure Demagogie ist es daher, wenn
Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Rückgang der Schwangerschaftsunterbrechungen in der DDR

Laut „Frankfurter Rundschau“ vom 3.12.75 sind die Schwangerschaftsunterbrechungen in der DDR seit der Legalisierung erheblich zurückgegangen.

Fast 90 % der Frauen, die eine Unterbrechung wünschen und vornehmen lassen, sind über 25 Jahre alt und haben ein oder mehrere Kinder.

Diese Tatsache beweist, daß bei der Freigabe der Abtreibung (in der DDR gibt es eine Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) nicht unbedingt die Zahl der Abtreibungen zunehmen muß, wenn nämlich gleichzeitig die Freigabe der Abtreibung mit besserer Aufklärung, Entwicklung besserer Verhütungsmittel (über 50 % der Frauen in der DDR nehmen die Pille) verbunden ist. Für die DDR kommt als weiterer Fakt hinzu, daß junge Ehen und Mütter materiell gefördert werden, somit der Wille zum „Wunschkind“ gestärkt wird und außerdem für das Heranwachsen der Kinder bessere Bedingungen geschaffen werden. •

Leserbrief
Was müssen das für Eltern sein?

Ich hatte eigentlich erwartet, daß Ihr der erneuten Hetzkampagne gegen die DDR etwas offensiver entgegentreten würdet. Neben der Seite, daß sich die BRD-Imperialisten mal wieder einen Anlaß suchen, um ihren Konfrontationskurs zu rechtfertigen, geht es hier doch auch um das Recht der Kinder und die Pflichten der Eltern ihren Kindern gegenüber.

Wer seine Kinder so einfach im Stich läßt oder mit ihnen einen illegalen Grenzübertritt riskiert (sie dabei in betäubtem Zustand unter der Kühlerhaube ihres Autos einschweißt, wie es geschehen ist), dies alles um des eigenen „Vorteils“ willen (z.B. Ärzte, die sich im „freien Westen“ auf Kosten der Patienten bereichern können), dem wird man schlecht Kinder anvertrauen können. Ist es da nicht verantwortungsbewußt, für sie Eltern zu suchen, die auch die Rechte der Kinder achten und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen? Oder sind etwa die Kinder Eigentum ihrer leiblichen Eltern und haben diese Besitzanspruch und können mit ihnen tun und lassen was sie gerade wollen? Besonders Kinder, die oft den Erwachsenen hilflos ausgeliefert sind, bedürfen der besonderen Fürsorge eines Staates, der für sich in Anspruch nimmt, ein sozialistischer zu sein. •

Eine Genossin aus Hamburg/Barmbek

A propos „Zwangsadoptionen"

Wir wollen an dieser Stelle der ganzen Heuchelei um die in der DDR „zwangs“adoptierten Kinder eine Meldung aus der „International Herald Tribune“ vom 24.12.1975 gegenüberstellen. Danach hat ein Gericht in Dallas (USA) einer geschiedenen 38-jährigen Frau das Sorgerecht über ihren neunjährigen Sohn abgesprochen, weil sie nach der Scheidung eine lesbische Beziehung eingegangen war. Der Vater hatte diese Klage angestrengt, weil dies für die Erziehung seines Sohnes „nicht zuträglich“ sei. . . . •

Pfaffen raus!

Diesen Rat kann man angesichts einer Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (2.1.76) nur den Frauen in der revisionistischen VR Polen geben.

In einem „Hirtenbrief“ fordern die katholischen Bischöfe Polens, j e d e Form von Schwangerschaftsabbruch – selbst aus medizinischen und sozialen Gründen – strikt abzulehnen. Das heißt, daß selbst bei Vergewaltigungen etc. die Frau ein Kind austragen soll! Eine Forderung, die hierzulande nicht mal unsere Reaktionäre zu vertreten wagen, und die nur zu Zeiten des Faschismus in dieser Deutlichkeit gestellt wurde. Und einen solchen Saukram dürfen die Pfaffen in allen katholischen Kirchen Polens verlesen. Die Begründung ist dann auch entsprechend: *„Eine zunehmende Sittenlosigkeit, eine familienfeindliche Propaganda der Massenmedien, das Streben nach einem bequemen und rein materialistisch ausgerichteten Dasein“* („FAZ“, ebd.) machen es angeblich zu den wichtigsten Aufgaben der Kirche, das „ungeborene Leben“ zu schützen. Die polnischen Arbeiterinnen sollten sich schleunigst von diesem Pack befreien! •

Das „Jahr der Frau“: Eine bittere Farce

Im Jahr 1975 wurden in der BRD so viele Ehefrauen von ihren Männern geprügelt wie noch nie zuvor.

Im Familienbericht der Bundesregierung werden folgende Zahlen genannt: In knapp der Hälfte der bundesdeutschen Familien (10 Millionen) gibt es einmal im Monat Krach und in fünf Millionen endet er mit einer Prügelei. Die Dunkelziffer wird noch viel höher sein, weil viele Frauen sich schämen und schweigen. Die Fälle, in denen Frauen von ihren Männern krankenhausreif geschlagen werden oder wo sogar die Kinder mit Messern und Hammer auf die Väter losgehen, weil diese ihre Frauen bewußtlos schlagen, häufen sich.

Daß wirtschaftliche Sorgen, insbesondere Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alkohol und die totale Überbelastung der Frauen und Männer diese Aggressionen auslösen und verstärken, ist eigentlich eine gängige Erkenntnis. Nicht so für die „Bild“-Zeitung. Die meint nämlich, daß Frauen es lieben, gequält zu werden, daß sie Prügeleien sozusagen als „sexuelle Stimulanz“ geradezu brauchen. Angeführt wird als Beweis eine dubiose Untersuchung von irgendeinem englischen Psychiater, der *„derartig schockierende Einzelheiten“* in der „Bild“ (18.12.75) „enthüllte“.

Daß viele Frauen aus Angst vor der Zukunft, weil sie nichts gelernt haben, weil sie, wenn sie sich scheiden lassen, keine Arbeit finden usw. überhaupt diese Demütigungen über sich ergehen lassen – kein Wort davon. Die Frauen „lieben“ angeblich so etwas. In dieselbe Kerbe hauen Filme wie „Die Geschichte der O.“ oder „Der Weiße Hai“, in denen die Frau als total willenloses Wesen dargestellt wird, das nur Lust empfinden kann, wenn es zuvor gequält, ausgepeitscht und gedemütigt worden ist.

Inzwischen gibt es eigens für Frauen, die von ihren Männern verprügelt werden, sog. „Zufluchtsstätten“, von Frauengruppen geschaffen. In England soll jetzt in allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern eine solche Zufluchtsstätte geschaffen werden. Hier können Frauen zunächst Unterkunft erhalten, können sich beraten lassen usw. Auch in Westberlin ist inzwischen eine solche „Zufluchtsstätte“ geschaffen worden. •

Leserbrief:
Eine Woche Krankenhausaufenthalt nach Abtreibung und Geburt!

In dem zweiten Bericht über einen legalen Schwangerschaftsabbruch in AK 69 ist unserer Ansicht nach ein wichtiger Fehler gemacht worden.

In dem Bericht wurde geschrieben „Sechs Tage Aufenthalt im Krankenhaus sind noch eine zusätzliche Einnahmequelle für die Krankenhäuser, zumal zwei bis drei Tage ohne viel Pflegeaufwand völlig ausreichen.“ Wir meinen, daß mit diesem Satz eine falsche Perspektive gewiesen wird. Es ist völlig korrekt, nach einer Abtreibung eine Woche unter ärztlicher Aufsicht zu sein, denn gerade in dieser Zeit treten oft Nachblutungen und Entzündungen auf. „Normalerweise“ sieht es doch so aus, daß die Abtreibung gemacht wird und danach werden die Frauen nach hause geschickt und sind dort völlig auf sich selbst gestellt. Was sollen sie machen, wenn etwas passiert? Deshalb müssen wir auch eine Woche Aufenthalt im Krankenhaus nach Abtreibung und Geburt fordern!

Die Politik der Bourgoisie zielt doch immer mehr darauf hin, die Pflege kranker Menschen wieder auf das Haus zu verlegen und in diesem Zusammenhang muß auch gesehen werden, was es bedeutet, wenn Frauen z.B. nach einer Geburt möglichst früh entlassen werden oder eine Abtreibung eben mal „so zwischendurch“ gemacht wird. Langfristig soll uns gezeigt werden, daß das Kindergebären zu hause vielleicht doch schön war (die hohe Zahl der Frauen und Kinder, die dabei draufgingen spielt ja keine Rolle???!!!) – und daß die Forderung der Frauen nach guter medizinischer Versorgung nach einer Abtreibung oder Geburt auch evt. darauf beruht, daß die Frauen nichts mehr abkönnen. Wir müssen uns gegen ein solches Frauenbild, das uns immer mehr eingebläut werden soll, auch in den kleinsten Ansätzen zur Wehr setzen. •

Krankenhauszelle St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

Wie geht's uns denn?

Aus Angst um den Arbeitsplatz werden weniger Kuranträge gestellt

Für das neue Jahr hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) 5.000 (!) Betten in Kurheimen gekündigt; u.a. in Bad Schwalbach, Bad Nauheim, Bad Wildungen, Bad Salzhausen usw. . . („Frankfurter Rundschau“, 12.1.76).

Mit diesen Kurheimen und Sanatorien unterhielt die BfA Behandlungsverträge. Die Zahl der gekündigten Betten entspricht ca. 16% der Plätze, über die die BfA insgesamt verfügt!

Und die Begründung für diese Aktion? Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 hätten immer weniger Angestellte einen Antrag auf Kur gestellt („FR“, 30.12.75).

Wen wundert's ? Selbst die „Frankfurter Rundschau“ schreibt: *„Es schlägt zu Buche, daß nicht wenige Arbeitnehmer, die eine Kur nötig hätten und sie voraussichtlich auch bewilligt bekämen, aus Angst vor dem möglichen Verlust ihres Arbeitsplatzes erst gar keinen Antrag stellen.“* •

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Unternehmer planen Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Das Institut der Deutschen Wirtschaft schimpft auf das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: seit Einführung dieses Gesetzes für Arbeiter im Jahr 1970 seien *„den Unternehmern Kosten in Milliardenhöhe“* entstanden („Welt“, 9.1. 76).

Außerdem sind diese Herren der Meinung, daß das Gesetz das „Krankfeiern“ fördern würde („FR“, 9.1. 76).

Begründet wird das damit, daß der Krankenstand in den Betrieben zugenommen haben soll; er lag 1969 im Durchschnitt bei 6,36%, im drauffolgenden Jahr bei 8,35% und schließlich im Jahr 1973 bei 8,94% („FR“, 9.1.76).

Abgesehen von dem frechen Vorstoß gegen ein Gesetz, welches die Arbeiter vor allzu übler Ausplünderung und Schinderei schützen sollte, ist auch die Argumentation bodenlos und demagogisch; sie berücksichtigt weder die konjunkturelle Entwicklung in der BRD noch die Beschäftigung ausländischer Kollegen und die Steigerung der Arbeitshetze in den Betrieben.

Die Zeit vor Einführung des Gesetzes war geprägt durch die große Rezession und in diesen Zeiten liegt der Krankenstand bekanntlich immer niedriger (siehe auch nebenstehenden Artikel). Übrigens ist in den Zeiten der „konjunkturellen Flaute“ die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle überdurchschnittlich hoch.

Zweitens waren Ende der sechziger Jahre nur rund eine Million ausländische Kollegen in der BRD beschäftigt. Ende 1973 – das Jahr, wo das Institut der Deutschen Wirtschaft über den höchsten Krankenstand jammert – waren es bereits über zwei Millionen; es ist allgemein bekannt, daß die *„Gastarbeiter einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand haben“* („FR“, ebenda). Unsere ausländischen Kollegen werden in der BRD, oft ohne eine ausreichende Ausbildung, zu den schäbigsten, dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten eingesetzt. Das hat natürlich verheerende Folgen für ihre Gesundheit; doch das interessiert die Statistik der Kapitalisten nicht. •

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg



Metall

Philips-Kapitalisten mit „harten Bandagen" gegen die „Alternative"

Für das neue Jahr haben sich die Philips-Kapitalisten des Werkes für Meßtechnik in Meiendorf (früher PEI) offenbar vorgenommen, das Ergebnis der BR-Wahlen '75 (36 % für die Liste ALTERNATIVE) gründlich zu revidieren.

Die Angriffe auf die Kollegen der „Alternative" haben sich verschärft. Seit dem 1. 1. 76 ist ein Kollege und BR-Mitglied der „Alternative" vorläufig, bis zur gerichtlichen Klärung, gekündigt, ein weiteres Ersatzmitglied soll am 31. 3. 76 fliegen.

Die größtenteils bereits durchgeführte Verlagerung der Vertriebsabteilung nach Kassel (s. AK 68) war den Kapitalisten der geeignete Vorwand. Mit der Begründung, der Arbeitsplatz in Hamburg sei nun ja weggefallen, andere seien nicht vorhanden, kündigten sie den zwei „Alternative"-Kollegen.

Ein dritter „Alternative"-BR ist durch die Abspaltung des Betriebsteils, in dem sein Arbeitsplatz liegt, ebenfalls vom Betriebsrat Meiendorf ausgeschlossen.

Immer wieder haben die Kapitalisten mit Hilfe der rechten Sozialdemokraten im BR versucht, die Kollegen der „Alternative" in der Interessenvertretung für die Kollegen zu behindern. So kam der Kündigungsantrag für einen der vier „Alternative"-BR s zusammen mit einem weiteren Antrag der Kapitalisten. Der BR war von den Kapitalisten aufgefordert worden, gegen den Gekündigten und gegen einen anderen Kollegen der Alternative, wegen angeblicher Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) einen Ausschlußantrag beim Arbeitsgericht zu stellen. Dieser Ausschlußantrag wurde von den Rechten im BR unterstützt. Nachdem es dafür allerdings keine Mehrheit im BR gab, erweiterte BR-Vorsitzender Weber ihn sogar noch aus „moralischen" Gründen. Er forderte den Ausschluß des Kollegen aus allen Ausschüssen.

Obwohl auch dieser Versuch fehlschlug, zeigt sich hier das Zusammenspiel zwischen Kapitalisten und den Rechten im BR!

Diese „Säuberungsaktion" findet vor dem Hintergrund weiterer Angriffe gegen die Kollegen statt:

- So sind durch die Verlagerung des Vertriebes inzwischen schon über vierzig (!) Kollegen gekündigt worden – weitere sollen folgen!
- Der seit dem 1. 1. 76 abgespaltene Betriebsteil, Service/Suhrenkamp wurde inzwischen zum Filialbüro/Nord des in Kassel neugeschaffenen Werkes. Die Kollegen sind zur Zeit ohne Betriebsrat und sollen angeblich schon bald nach den schlechteren Kasseler Tarifverträgen bezahlt werden.
- Die Abteilung Grobstruktur/Service wird an die Firma „Röntgenmüller" angegliedert. Das bringt für mehrere Kollegen Lohneinbußen, z. T. über 200 DM und den Verlust bestimmter Angestellten-Privilegien mit sich.

An diesen Beispielen wird deutlich: die Kapitalisten fahren weiter einen harten Kurs. Um dabei nicht „gestört" zu werden, versuchen sie, sich der Opposition im Betrieb zu entledigen bzw. sie zu schwächen. ●

Betriebszelle Philips-Werk für Meßtechnik
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin:

Westberlin:

Gewerkschaftsausschlüsse gegen Krone-Kollegen

In Westberlin sind kürzlich drei Kolleginnen und Kollegen aus der IGM ausgeschlossen worden. Sie mußten bei den Betriebsratswahlen 1974 auf einer oppositionellen (Angestellten-)Liste kandidieren, da ihnen die IGM-Führer eine Kandidatur auf der Gewerkschaftsliste verwehrt hatten. Das wurde ihnen zum Vorwurf gemacht.

Der Antrag gemäß § 11 der IGM-Satzung (Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten) wurde folgendermaßen begründet:

1. Kandidatur auf einer gegnerischen Liste
2. Zusammenarbeit mit einem Gewerkschaftsfeind (gemeint ist der Listenführer „KPD"-Mitglied Lechner)

Sowohl Listenführer Lechner als auch zwei weitere Kandidaten sind im Laufe des letzten Jahres von den KRONE-Kapitalisten gekündigt worden. Da die IGM seinerzeit durch Gerichtsbeschluß erreicht hatte, daß die Liste nicht zur Wahl zugelassen wurde, hatten die Kollegen auch keinen Kündigungsschutz. Lediglich eine Kollegin dieser Liste arbeitet noch bei KRONE.

Ergebnis des Ausschlußverfahrens: Zwei Ausschlüsse und ein Funktions- und Versammlungsverbot für zwei Jahre.

Obwohl alle betroffenen Kollegen vor dem Untersuchungsausschuß nachweisen konnten, daß sie den Kandidaturversuch unternommen hatten, weil die IGM-Liste dem Vertrauensleutekörper ohne vorherige Diskussion vorgelegt und in einem „Wahl"gang verabschiedet worden war, befand der Untersuchungsausschuß: formal sei die IGM-Liste richtig verabschiedet worden und das allein sei maßgebend.

Ein Kollege wurde ausgeschlossen, weil er im Sommer '75 gemeinsam mit einigen Kollegen im IGM-Haus gegen den Ausschluß einer GOG (Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe)-Kollegin aus der IGM protestiert hatte. Die Verbindung zu „gewerkschaftsfeindlichen" Gruppen sei damit erwiesen und der Ausschluß rechtens.

Außerdem wurde ihm noch zum Vorwurf gemacht, daß sein Name in Veröffentlichungen linker Organisationen zur BR-Wahl genannt worden sei.

Die Kollegin wurde ausgeschlossen, obwohl sie und ihre Beisitzer glaubhaft machen konnten, daß sie durch den IGM-Betriebsrat nicht vertreten wurde. Die IGM-Führer bestanden darauf, die BR-Vorsitzenden Heide und Thimm zur Sache zu hören. Diese Herren bezeugten zur großen Überraschung der anwesenden KRONE-Kolleginnen, der Kollegin sei seinerzeit eine Kandidatur auf der IGM-Liste angeboten worden, die sie abgelehnt hätte, um dafür drei Tage später auf der 2. Liste zu kandidieren!

Der „Untersuchungsausschuß" meinte, Heide und Thimm mehr glauben zu müssen als den Kolleginnen, denn sie wüßten schließlich, was bei einer falschen Aussage an gewerkschaftlichen Sanktionen auf sie zukäme.

Der Ausschluß wurde beschlossen. Unseres Wissens wollen die Gemaßregelten gegen die „Urteile" angehen. ●

Betriebsgruppe KB/Westberlin

HAW-Reynolds Betriebsratswahl:

Völlige Niederlage der IG Chemie-Kandidaten

Durchmarsch der Linken

Am 13. und 14. Januar 76 fanden die BR-Wahlen bei HAW statt. Das Ergebnis der Wahlen ergab ein deutliches Votum für die Politik des alten BRs. Die Träger dieser Politik zogen alle und mit den höchsten Stimmenzahlen in den BR ein. Dazu kommen noch zwei weitere Kollegen, die mit ihrer Unterschrift die Haltung des alten (fortschrittlichen) BRs zu den Problemen der Kollegenschaft unterstützten. Im Januar ist von diesen Kandidaten ein Flugblatt mit programmatischen Aussagen erschienen. Darin wurde unter anderem eine enge Verbindung mit den Arbeitern und Angestellten, eine demokratische und sachbezogene Arbeit, der Kampf für die Erhaltung der erworbenen tarifvertraglichen Rechte und die Zusammenarbeit mit dem BR des anderen Werkteils (Reynolds) propagiert. Ebenso wurden die Vertreter anderer Auffassungen, insbesondere die der IG Chemie, aufgefordert, Stellung zu nehmen.

Der Versuch der IG Chemie-Führer bei HAW Fuß zu fassen, scheiterte am Unvermögen ihrer Kandidaten im Betrieb die Probleme der Kollegenschaft zu erkennen. Lediglich allgemeine Phrasen wie: „*Initiative ergreifen, um bestehende Betriebsvereinbarungen zu ändern*" und Versprechungen, daß „*gemeinsam mit der IG Chemie materielle Grundlagen weiter ausgebaut werden können*", wurden zustande gebracht. Abschließend kam dann der Spruch: „*Gemeinsam werden wir den Beweis antreten, daß durch die Solidarität der Arbeitnehmer das Blatt des HAW-BR gewendet werden kann*". Die Kollegen bewiesen Solidarität. Der IG Chemie-Hauptkandidat mußte jeden Tag einen Spießrutenlauf durch die Werkstatt machen.

Die DAG wollte sich ebenfalls profilieren. So erschien auf merkwürdige Weise ein teures Glanzpapierflugblatt, in welchem behauptet wurde: „*Wir haben die richtigen Kandidaten*". Auf diesem Flugblatt wurde ein ganz besonders sauberer Kandidat propagiert. Jener ist Mitglied der IGM und hatte zur Wahl seine Felle wegschwimmen sehen, da er relativ wenig im Gespräch war. Er sah seine Chance wohl darin, sich der DAG zur Verfügung zu stellen. Auf Grund der unter den Angestellten besonders großen Verhetzung durch die GL kam er dann auch in den BR.

Mittlerweile sind Gerüchte laut geworden, daß die Wahl angefochten werden soll. Der ehemalige Chef des Werkschutzes, Schwarz, scheint sich dafür bereit zu finden.

Man kann sehen, daß die bisherigen Positionen der linken Kollegen sich gefestigt haben. Man muß aber im Auge haben, daß die Angriffe von Kapitalisten, der IG Chemie-Führung usw. zunehmen. Ein Halten der Positionen, eine erfolgreiche Verteidigung der alten Rechte sind mit einer Wahl zum BR nicht getan. Den linken Kollegen wird dieses nur dann gelingen, wenn sie in der Lage sind, die Basis der aktiven Kollegen zu erweitern und zu organisieren und die enge Verbindung zur Belegschaft zu wahren. ●

Betriebszelle Reynolds/HAW, KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Die Zahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie der BRD sank 1975 von 605.000 auf 579.000 ab. Im September '75 gab es 66.500 Kurzarbeiter. Z.Zt. müssen noch 55.000 Kollegen in der Chemie kurzarbeiten („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18.12.75). Der Vorstandsvorsitzender von Hoechst, Sammet, erklärte zur Situation der Arbeiter in der chemischen Industrie: „*Eine strukturelle Anpassung von Produktion und Beschäftigung wird für nötig gehalten, wenn die Rezession weiter anhalte. Bisher habe man die Schwierigkeiten nur unter konjunkturellen Gesichtspunkten betrachtet und die Zahl der in der Chemie Beschäftigten nur um 1,5% abgebaut*". („FAZ", 1.11.75).

Tarifrunden

In der **Keramischen Industrie** Baden-Württembergs wurden Tarifabschlüsse von vier Prozent (!!!) – gültig vom 1.12.75 bis 1.9.76 – vereinbart. Ab 1.9.76 „erhöhen" sich die Löhne und Gehälter um weitere zwei Prozent („Gewerkschaftspost" 1/76).

In der Norddeutschen **Papierindustrie** wurden Tarifabschlüsse von 5,42% bei den Arbeitern und 5,5% bei den Angestellten abgeschlossen. Zuvor forderten die Kapitalisten eine viermonatige Lohnpause (!), worauf die Gewerkschaftsführung zum Teil mit Streik drohte. Als die Kapitalisten dann aber auf die 5,5% einschwenkten, lenkten selbstverständlich auch die IG-Chemie-Gewerkschaftsführer ein. Das Ganze war mehr ein abgekartetes Spiel zwischen Gewerkschaftsführung und Papierkapitalisten, als eine tatsächliche Mobilisierung für die ohnehin magere acht-Prozent-Forderung (nach: „Gewerkschaftspost" 12/75 und „Göttinger Betriebsexpress" vom 15.12.75).

Auch die **Chemie-Tarifrunde** Ende März wird im Zeichen von Lohnraubabschlüssen stehen: Bereits Ende November 1975 fand ein Spitzengespräch zwischen dem Hauptvorstand der IG-Chemie und dem Kapitalistenverband statt („Nachrichten" 11/75). IG-Chemie-Vorsitzender Hauenschild legte den Kurs fest: „*Ein Ausgleich der Inflationsrate sei genauso notwendig, wie eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen*" („Spiegel", 29.12.75).

Betriebe

Der Arbeitskampf der **Erwitter** Zementkollegen hält weiter an. 85 Kollegen kämpfen weiter um ihr Recht, 47 haben anderweitig Arbeit gefunden, ganze 20 Meister und Angestellte machen Streikbrecherarbeiten. Obwohl die Belegschaft alle Arbeitsgerichtsprozesse gewonnen hat, hat Kapitalist Seibel nicht nachgegeben.

Die Betriebsrätin Anna W. von der „Liste Frauen" von **Colgate/Palmolive** (Hamburg) bleibt weiterhin außerhalb des Betriebes. Obgleich sie am 6.12.75 in Erster Instanz vor dem Arbeitsgericht Recht bekam und ihre Entlassung als unrechtmäßig beurteilt wurde, lassen die Colgate-Kapitalisten Anna nicht in den Betrieb.

Die Kapitalisten intervenierten beim Präsidenten des Landesarbeitsgerichtes in Hamburg und haben bei ihm erwirkt, daß die Vollstreckbarkeit des Urteils vom 6.12.75 vorläufig ausgesetzt wurde. Vorsorglich haben sämtliche Rechten im Betriebsrat (u.a. IG-Chemie, DAG) einen Amtsenthebungsantrag beim Arbeitsgericht gegen Anna W. aus dem Betriebsrat gestellt. Dieser soll Mitte Februar verhandelt werden.

Die **Papierfabrik Peter Temming** in Glückstadt (Schleswig-Holstein) kündigte 45 Kollegen am 8.1.76 fristlos. Die Geschäftsleitung will insgesamt 200 der 724 Beschäftigten wegen „schlechter Auftragslage" kündigen. Sie legte einen „Sozialplan" vor, der vom Betriebsrat abgelehnt wurde. Sowohl der Betriebsrat (IG-Chemie) als auch die Kollegen wurden von der Massenentlassung nur unmittelbar vorher informiert. Nach dem Vorbild Seibel & Söhne ... („Hamburger Morgenpost", 9.1.76 und „Gewerkschaftspost" 1/76).

Beiersdorf AG, Hamburg: Auf einer Betriebsversammlung (18.12.75) kündigte die Geschäftsleitung eine Produktionsverlagerung der Pflasterproduktion vom Werk Eimsbüttel nach Hausbruch (Harburg) an. Sie wolle dort zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Von der Verlagerung sind derzeit 330 Kollegen betroffen, die in den nächsten zwei Jahren „verlagert" werden sollen. Daß Produktionsverlagerungen auch neue und modernere Maschinen – also auch weniger Kollegen – erfordern, sagten die Kapitalisten natürlich nicht. Für die betroffenen Kollegen bedeutet die Verlagerung eine zusätzliche Fahrzeit von täglich zwei Stunden.

Bei **Hoechst** stieg die Zahl der Kurzarbeiter auf 21.000. Neben den Rationalisierungsmaßnahmen planen die Hoechst-Kapitalisten Investitionen in den nächsten vier Jahren von 8,6 Mrd. DM! („Süddeutsche Zeitung", 3.12.75).

Im **Hamburger Werk der Hoechst AG** (früher Reichhold) sind für 1976 Massenentlassungen geplant. Betroffen sind zunächst 88 von 600 Kollegen. Nachdem bereits 1975 zwei Kurzarbeitsperioden und Einstellungsstopp umfangreiche Rationalisierungen im Produktionsbetrieb brachten, sind jetzt besonders die Angestelltenabteilungen betroffen. Bevor überhaupt ein Sozialplan erstellt wurde, steht bereits jetzt fest, daß zehn Kollegen vorzeitig in Rente geschickt werden. Für die Zukunft ist die weitgehende Auflösung des gesamten Werkes zu vermuten.

Die **Hoechst AG** will die Jugendvertreterin des **Werkes Gersthofen** zum Lehrabschluß nicht übernehmen. Nachdem der Konzern die Kollegin zunächst wegen ihres aktiven Eintretens für die Rechte der Auszubildenden fristlos kündigen wollte, ist dem Betrieb vom Arbeitsrichter (!) der elegantere Weg der Nicht-Übernahme empfohlen worden. Eine endgültige gerichtliche Entscheidung steht noch aus. Unsere Solidarität gehört der Jugendvertreterin Erika Gumper. Solidaritätsadressen sind zu senden an:

Josef Zörner
7910 Ulm
Küneweg 6.

Hier kann ebenfalls eine Dokumentation zu dem Rausschmiß der Kollegin bezogen werden.

Die nächsten Ausschluß-Aktionen der IG-Chemie-Führer kündigen sich an: Die **gewerkschaftlichen Jugendgruppen der Hoechst-Werke Bobingen und Gersthofen** geben gemeinsam eine Betriebszeitung „Der Chemiearbeiter" heraus. Weil die Kollegen sich die Zeitung von der Verwaltungsstelle nicht zensieren lassen wollten (und mit einer solchen Zensur schon die schlechtesten Erfahrungen gemacht haben), gaben sie die letzte Nummer des „Chemiearbeiters" ohne die Führung gefragt zu haben heraus. Die prompte Folge war die Drohung des Verwaltungsstellen-Geschäftsführers mit „Satzungsrechtlichen Konsequenzen". Inzwischen ist für die Kollegen ein Gespräch mit dem IG-Chemie-Bezirksleiter für Bayern angesetzt worden. Bis zu einem „Gespräch" am 6. Februar 76 soll – nach dem Willen der Hauptamtlichen – kein „Chemiearbeiter" mehr erscheinen. Die Kollegen haben sich allerdings nicht daran gehalten, sondern über diesen Fall in einer Dokumentation berichtet. Sie ist erhältlich bei:

Horst Iden
89 Augsburg
Postfach 431212

Das **Kartellamt** hat mal wieder eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen: Nachdem **Bayer** den **Metzeler-Konzern** aufgekauft hat (Reifen, Schaumstoffe), muß Bayer einen Teil des Konzerns wieder verkaufen, nämlich die Metzeler Schaum GmbH, weil sonst eine „marktbeherrschende Stellung" eingenommen wird. Den

Rest des Metzeler Konzerns, insbesondere die Reifenproduktion darf Bayer behalten.

Da Bayer allerdings der Welt größter Hersteller von Rohstoffen für die Polyurethan-Weichschaumherstellung ist und Hauptlieferant auch für die Metzeler-Schaum GmbH ist, bleibt diese grandiose „Entflechtungs"-Aktion nichts als ein bißchen Schminke im bundesdeutschen Monopolisierungsprozeß – und das mit oder ohne Kartellamt.

Pharmaindustrie

Ein neues Gutachten des Kieler Weltwirtschaftsinstituts zu den Arzneimittelpreisen beweist erneut wie weit diese erhöht sind: Die Arzneimittelpreise in der BRD liegen im Schnitt bis zu 38% über denen von England, Frankreich, Italien und der Schweiz.

„Nestlé tötet Babys", Teil II

Es ist noch keine zwei Monate her, daß der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé Alimenta SA sich vor Gericht auseinandersetzte mit dem Vorwurf „Nestlé tötet Babys". Durch rücksichtslose Verkaufspolitik und eiskaltes Profitdenken sollen die Schweizer Kapitalisten den Tod von Tausenden von Kleinkindern in Kauf genommen haben („FAZ", 29. 11.75).

Das Gericht in Bern hat am 28.11. die Verhandlung vorerst unterbrochen und die Vorlage weiterer Beweise gefordert.

Die Schweizer Kapitalisten, die noch während des Prozesses sich wegen angeblichen „Ehrverlustes" aufgebläht hatten, stellen jetzt deutlichen ihren menschenverachtenden Zynismus zur Schau. Sie nutzen den Vorwurf der Kindestötung sogar noch zu Werbezwecken aus: Anfang dieses Jahres führten sie einen neuen Typ eines Wertpapieres ein, *„um ein breiteres Anlegerpublikum für eine Beteiligung"* zu interessieren („SZ", 7.1.76).

An der Börse werden diese Aktien als „Nestlé-Babys" gehandelt. Unter Federführung der Deutschen Bank sind zunächst 100.000 „Nestlé-Babys" für die Ausgabe in der BRD vorgesehen („SZ", 7.1.76).

Umweltverschmutzung

Am 23. Dezember wurde in dem zwei Jahre dauernden Prozeß gegen Siegfried **Plaumann** das **Urteil** gesprochen: 2 1/2 Jahre Freiheitsentzug.

Allerdings ist von den anfänglichen Punkten der Anklage – Verstoß gegen das Wasserhaushaltsgesetz und Umweltverschmutzung – nichts mehr übrig geblieben. Lapidar wurde festgestellt, daß die *„gesetzlichen Grundlagen zum Schutz der Umwelt zu dünn seien"* und deshalb für eine Verurteilung nicht ausreichten. Verurteilt wurde Siegfried Plaumann lediglich wegen Betrugs an den Kapitalisten, denen er eine ordnungsgemäße Vernichtung des Giftmülls versprochen hatte.

Ganz klar kam im Laufe des Prozesses heraus, daß sowohl die Kapitalisten als auch die zuständigen Stellen in der hessischen Landesregierung im „Giftmüllskandal" Komplizen von Plaumann waren. Konsequenz für alle Beteiligten war deshalb – diese für sie „peinlichen" Umstände aus dem Prozeß herauszuhalten.

Die Kapitalisten und ihr Staat haben sehr schnell eine Lehre gezogen:

- ▶ Der Bau von ausreichenden Giftmüllbeseitigungsanlagen ist gesetzlich noch immer nicht abgesichert. Die Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes, das 1976 ansteht, sieht dafür an erster Stelle eine „bessere" Definition vor, was überhaupt unter Giftmüll zu verstehen ist.
- ▶ Damit der Giftmüll aber nicht unkontrolliert zum Spekulationsobjekt der Fuhrunternehmer werden kann, steigt der kapitalistische Staat selbst ins Geschäft ein. Unter Beteiligung der jeweiligen Landesregierung, werden Abfallbeseitigungsgesellschaften gegründet. Eine Giftmüllbeseitigung ist in Zukunft nur noch mit Beteiligung und Wissen dieser Gesellschaften möglich. Die Fuhrunternehmer haben ständigen Kontakt zu ihr zu halten. In Hessen ist der Staat zu 26%, die Kapitalisten zu 74% beteiligt, in Bayern liegen 30% beim Staat, 30% bei den Kommunen und 40% bei den Kapitalisten.

In Zukunft würde, wenn *„ein rücksichtsloser Unternehmer es darauf anlegt, durch wildes Abkippen auch heute noch Geld zu machen"* („SZ", 23.12.), seine Verurteilung trotzdem noch genauso schwierig wie die von Plaumann sein – mangels gesetzlicher Regelungen. Die Kapitalisten und ihr Staat haben lediglich dafür gesorgt, daß in Zukunft Umweltverschmutzung unter ihrer Kontrolle stattfindet und daß solche Pannen wie der „Fall Plaumann" ausgeschaltet werden. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Texaco:
Linker Betriebsrat bleibt!

Die Texaco-Geschäftsleitung stellte am 30. Dezember beim Betriebsrat der Hauptverwaltung den Antrag, einer fristlosen Kündigung des Betriebsratsmitgliedes Wolfgang H. zuzustimmen.

W.H. war in der letzten Betriebsratswahl über die gewerkschaftsoppositionelle Liste Hauptverwaltung/Wilhelmsburg in den Betriebsrat gekommen. Die Liste erhielt rund ein Drittel der Angestelltenstimmen. Das Kündigungsgesuch wurde am eigentlichen Anlaß – einer konsequenten Interessenvertretung der Kollegen – vorbei, mit „unzureichenden Leistungen" und „undiszipliniertem Verhalten" begründet. Seinem Vorgesetzten sei eine Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr „zuzumuten" und einen anderen Arbeitsplatz gebe es bei der Texaco für ihn nicht.

W.H. ist Verfahrensingenieur und Patentspezialist. Er wurde mit sofortiger Wirkung – bis 11.00 Uhr hatte er seinen Arbeitsplatz zu räumen – vom „Dienst" suspendiert. Die Geschäftsleitung erklärte jedoch, er könne die Räume der Texaco zur Ausübung seiner Betriebsratstätigkeit weiter betreten, wenn er es nicht „übertreibe" (!).

Vermutlich etwas überraschend für die Geschäftsleitung, stellte sich der Betriebsrat geschlossen gegen den Rausschmißversuch. Einstimmig wiesen die sieben DAG-, drei IG Chemie- und fünf oppositionellen Betriebsräte den Kündigungsantrag zurück und forderten die sofortige Wiedereinsetzung auf den alten Arbeitsplatz. Das geschlossene Auftreten des gesamten Betriebsrates in dieser Frage ist letztlich Ausdruck des ständig wachsenden Einflusses der oppositionellen Gruppe unter den Kollegen, wie er besonders auf den letzten Betriebsversammlungen deutlich geworden ist.

Kollege H. beantragte beim Arbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung (EV), um unter unveränderten Arbeitsbedingungen bei der Texaco weiterbeschäftigt zu werden. Die EV ging beim Arbeitsgericht fast reibungslos durch. Der Vortrag der Texaco wurde als nicht ausreichend zurückgewiesen. ●

Betriebszelle Texaco
HV/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Nach Fehlvermittlung Sperrzeit beantragt

Ende Oktober wurde ich wieder einmal vom Arbeitsamt vermittelt. Als gelernter Handwerker sollte ich nun als ungelernte Hilfskraft in eine der berüchtigten Leihfirmen vermittelt werden. Obwohl ich sofort reklamierte, drohte man mir im Falle der Nichtvorstellung mit vierwöchiger Sperrzeit. Geschockt stellte ich mich vor. Beim Vorstellungsgespräch kam dann raus, daß diese Firma an gelernten Arbeitern gar nicht interessiert ist, so daß die Vermittlung aus diesen Gründen scheiterte.

Einige Tage später wurde ich wiederum zur Arbeitsberatung und -vermittlung bestellt, wo mir eine vierwöchige Sperrzeit angekündigt wurde. Mit der Begründung, ich wäre „arbeitsunwillig"! Zu diesem Zweck mußte ich ein vorgedrucktes Formular ausfüllen, um den Sachverhalt aus meiner Sicht zu schildern.

Dieses Formular war ein Antrag (!) für die Aussprechung einer Sperrzeit gegen mich.

Anschließend erhielt ich erneut zwei Vermittlungskarten, die sich bei der Vorstellung als faule Karten herausstellten. Im ersten Falle war die Stellung bereits besetzt, im zweiten Falle lehnte der Unternehmer mich aufgrund mehrmonatiger Arbeitslosigkeit ab! Dies interpretierte die Vermittlungsstelle wiederum als „Arbeitsunwilligkeit". Als ich daraufhin protestierte, wurde ich vom Arbeitsberater kurzerhand mit den Worten *„Hau ab, wir werden dich schon kriegen!"* vor die Tür gesetzt. ●

Ein arbeitsloser Kollege

ÖTV

Deutsche Bundesbahn:
Gigantische Rationalisierungsvorhaben nehmen Form an

Die Rationalisierungsvorhaben bei der Deutschen Bundesbahn (DB) haben mittlerweile schon konkrete Formen angenommen.

So ist davon auszugehen, daß etwa die Hälfte des gegenwärtigen Streckennetzes stillgelegt werden wird. Der angestrebte Rationalisierungserfolg steht in der Wirtschaft einzigartig da: **Eine viertel Million Kollegen sind vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht!** Diese „vorbildliche unternehmerische Leistung" wird jedoch nicht nur durch Streckenstillegungen erreicht werden können. So beabsichtigt der Staat gleichzeitig, die Rationalisierungspolitik auch mit dem Mittel von Rationalisierungsinvestitionen zu verwirklichen.

Betrugen diese 1975 noch 560 Mio. DM, so sollen es 1979 bereits 1,6 Mrd. DM sein. Was das in der Praxis bedeutet, veranschaulicht folgendes Beispiel aus der SZ vom 26.11.75 *„Auf der Strecke Hannover–Würzburg sind z.Zt. 300 Mann in Streckendienst* (Schrankenwärter, etc.) *tätig. Würde man die Strecke so einrichten, wie das heute technisch möglich ist, käme man mit 3o (!) Mann aus,..."*. Welches Ausmaß eine derartige Radikalkur auf die Beschäftigtenzahl der DB haben wird, läßt sich heute überhaupt noch nicht abschätzen! Etwas lächerlich mutet da allerdings die Behauptung der DB-Oberen an, daß durch die Rationalisierungen kein einziger Kollege entlassen werden soll, sondern das man den Personalabbau durch Einstellungsstop und Ausnutzung der natürlichen Fluktuation erreichen will. Bis 1979 sollen 60.000 Kollegen weniger bei der DB beschäftigt sein. Davon rund 41.300 Bedienstete durch Ausnutzung des natürlichen Personalabgangs weitere *„18.700 Bedienstete werden durch Rationalisierungsmaßnahmen, wie die Einführung eines automatischen Transportsteuersystems, durch moderne Signalanlagen, durch Einsparung im Werkstätten- und Bauwesen, sowie durch organisatorische Straffung in der Verwaltung eingespart!"* („SZ", 24.11.75).

1975 - Ein erfolgreiches Jahr?

Daß es sich hier nicht nur um bloße Vorhaben handelt, sondern man bereits zur praktischen Durchführung geschritten ist, zeigen die bereits erfolgten Streckenstillegungen und die Tatsache, daß DB-Präsident Vaerst das Jahr 1975 trotz bisher höchster Verluste *„als das bisher erfolgreichste in puncto Rationalisierung"* ('SZ' 26.11.) bezeichnete. *„Kosten von 1,3 Mrd. DM seien eingespart worden. Der Personalstand sei netto um 16.000 Mann zurückgegangen."* ('SZ' 26.11.)

N e t t o wohlgemerkt! Dabei sind nicht mitgerechnet die 11.000 Arbeitskräfte, die zur Durchführung der 40-Stunden-Woche vom 1.10.74 an vonnöten gewesen wären, aber nicht eingestellt worden sind! Nicht weniger geworden ist dadurch natürlich die anfallende Arbeit. So wurde bereits Anfang des Jahres 1975 von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) eingeschätzt, daß sich die Überstundentage von einer Millionen 1974 im laufenden Jahr mindestens verdoppeln!!

Die Streckenstillegungen bei der DB dürfen natürlich den Kapitalisten keinen Schaden in ihrem Transportsystem (wovon die DB ja nicht unwesentlicher Teil ist) zufügen. Deshalb ist extra eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die *„ die verkehrs-, regionalwettbewerbs-, sozial- (???) und strukturpolitischen Auswirkungen möglicher Streckenstillegungen prüfen "* ('NZZ', 4.12.) soll. Gedacht wird hier u. a. daran, die Fernstraßen in den betroffenen Regionen auszubauen und künftig Lastkraftwagen bis zu vier Tonnen über die bisherigen Nahverkehrszonen hinausfahren zu lassen. Außerdem wird an einen verstärkten Einsatz der bundeseignen Speditionsfirma Schenker gedacht. Als einzige Leidtragende bleiben also die Kollegen der DB und die übrige werktätige Bevölkerung. ●

Weitere Modernisierung und Rationalisierung.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kündigungsschutzklagen:
Bundesarbeitsgericht für ein Jahr ausgebucht

Beim Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel haben die Kündigungsschutzprozesse so zugenommen, daß das BAG am Jahresende 1975 einen Rückstand von fast 900 unerledigten Prozessen hatte!

Außerdem erwartet das Gericht eine Zunahme der Prozesse wegen Ruhegeld und Schadenersatzansprüchen. Nach Aussagen des Präsidenten des BAG, Müller, sollen die Verhandlungen nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Geldzahlungen heute zunehmend härter geführt werden.

„Als einzige Möglichkeit zur wirksamen Entlastung sehen die Richter die Heraufsetzung der sogenannten Streitwertgrenze an . . . " („Frankfurter Rundschau", 10.1.76). (Bei jedem Kündigungsschutzprozeß wird vom Gericht ein Streitwert festgesetzt; zum BAG werden nur Fälle zugelassen, deren Streitwert über einer Mindestgrenze liegt.)

„Das hätte dann allerdings die Folge, daß die letzte Instanz für viele Kläger verschlossen bleibt". („FR", 10.1.76) ●

Metaller-Genossen,
KB/Gruppe Hamburg

Fichtel & Sachs:
Ein Schwein mehr am Trog

Fritz-Gunter und Ernst-Wilhelm Sachs haben Ärger: Eleonora Sachs, geschiedene Ehefrau von Ernst-Wilhelm, bisher damit beschäftigt, gewagte Kissenkreationen zu entwerfen, z.B. *„in teure italienische Stoffe eingenähte Polster in Herzform"* (nach „Spiegel", 29.12.75), hat sich zur selbstlosen Kämpferin für die Interessen ihrer drei Töchter aus der Ehe mit Ernst-Wilhelm gemacht.

Sie fordert 40 % von der Summe, die ihr Ex-Ehemann durch den Verkauf von Fichtel & Sachs an den britischen Konzern GKN kassiert (wir berichteten in ARBEITERKAMPF 71 darüber). Diese 40 % stehen nach geltendem Erbrecht ihren drei Töchtern als Nacherben zu. Für sich selbst will Eleonora „fast" gar nichts: nur bis zum Jahr 2003, dann ist ihre jüngste Tochter 40, den „Nießbrauch" (also den Nutzen) an den Millionen. Bis dahin sollen die Töchter, die heute alle noch minderjährig sind, mit einem „angemessenen" Lebensunterhalt abgefunden werden.

Das Recht ihrer Kinder und ihren eigenen Nutzen sah Eleonora in Gefahr. Sie meinte, wenn die beim Verkauf erzielten Millionen erst einmal in die Schweiz geschafft sind, sind sie für sie samt Töchtern flöten. Demgegenüber ließen die Sachs-Brüder verlauten, sie hätten das Geld, was den Kindern zusteht, bei einer Bank in Form von Wertpapieren hinterlegen wollen.

Eleonora vertraute solchen Versprechungen aber nicht, sie ließ durch Gerichtsbeschluß die fünf Testamentsvollstrecker ihres Amtes entheben. Mittlerweile ist dieser Beschluß durch ein anderes Gericht wieder aufgehoben worden, ein außergerichtlicher Vergleich scheint sich anzubahnen.

Daß der Streit der Sachs-Schmarotzer um lohnenswerte Beträge geht, zeigt die kürzlich veröffentlichte offizielle Konzernbilanz. Erstmals stieg der Umsatz 1975 über eine Milliarde D-Mark. **Der offizielle Reingewinn beträgt 23 Millionen D-Mark und wird voll ausgeschüttet.** ●

KB/Gruppe Bremen

Streikberichte – Streikberichte – Streikberichte – Streikberichte – Streikberichte – Streikberichte

Uniklinik Göttingen: Wachpersonal im Streik gegen Lohnabbau

Gegen den drastischen Abbau ihrer Vergütungen streikt das studentische Wachpersonal auf den acht Intensivstationen des Göttinger Universitätskrankenhauses. Mit großer Hartnäckigkeit wehren sich 90 % der 400 Medizinstudenten seit dem 15. Dezember gegen das Vorhaben der niedersächsischen Landesregierung (damals noch SPD/FDP), den Tageslohn für eine achtstündige Sitzwache von 70 DM auf 49 DM zu kürzen. Die Streikenden lehnten bisher alle Kompromißangebote der Landesregierung ab, die bei mittlerweile maximal 57 DM liegen. Die um ihre Bevölkerung ach so besorgten Landesväter knüpften dieses unverschämte „Angebot" auch noch an die Bedingung, daß die bisherige Wachstundenzahl um 10 bis 13 % gekürzt werden sollte.

Für akute Notfälle leisten die Studenten auch weiterhin Wachdienst, achten aber auch darauf, daß einzelne Streikbrecher ihre Aktion nicht unterlaufen.

Die Streikenden können sich auf die Solidarität eines breiten Teils des übrigen Pflegepersonals und der Ärzte stützen. In einer Resolution erklärte die Belegschaft der neurologischen Intensivstation, daß ein Nachgeben die Landesregierung nur ermuntern würde, weitere Sparmaßnahmen einzuleiten.

Und diese ist bereits voll dabei! So werden seit geraumer Zeit völlig ungenügende Mittel für Urlaubsvertretungen bereitgestellt, so daß in den Urlaubsmonaten z.T. ganze Stationen geschlossen werden müssen. In einem Rundschreiben wurde die Reduzierung der Patientenverpflegung angeordnet; so gibt es mittlerweile keinerlei Zusatzverpflegung mehr.

Die Regierung versucht, durch Umbesetzungen von Pflegepersonal die Streikfront zu brechen. Insbesondere die Pflegeschüler sollen hierbei eingesetzt werden. In der Chirurgie gab es dagegen massiven Widerstand: In einer Erklärung antwortete die gesamte Pflegeklasse, daß sie den Einsatz als Streikbrecher ablehnen und die Aktionen der Studenten entschieden unterstützen. Weiter die Erklärung: *„Der Fall zeigt wieder einmal beispielhaft, daß der Einsatz der Pflegeschüler(innen) nicht nach dem Gesichtspunkt der Ausbildung, sondern nach dem Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung als billige und beliebig verfügbare Arbeitskräfte erfolgt."* Aus dieser Erfahrung leiten die Pflegeschüler u.a. die Forderung nach einem Ausbildungsplan und die Herausnahme der Schüler aus dem Stellenplan der Klinik ab.

Schon in den ersten Streiktagen konnten die Studenten fast 5.000 Unterschriften sowie Gelder für ihren Streikfonds sammeln.

Münchner Merkur: Protest gegen Arbeitshetze

Anfang Dezember protestierten 20 Kollegen der Anzeigensetzerei gemeinsam mit einem Gang zum Betriebsrat gegen die unmenschliche Arbeitshetze. *„Während von uns Überstunden verlangt werden, während Kollegen in der Arbeitszeit wegen Überlastung umkippen, läuft noch ein Arbeitsgerichtsprozeß, wonach ein Kollege wegen Arbeitsmangel rausgeschmissen werden soll! Wir fordern Zurücknahme der Kündigung und für den Anzeigenbereich Aushilfen!"* Nach einer Stunde wurden den Kollegen Aushilfen zumindest für die nächsten zwei Wochen zugesagt. Auch der Kündigungsstreit soll schnell in Verhandlungen beigelegt werden.



4.000 Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen (Krupp) demonstrierten am Donnerstag in Geisweid/Siegerland gegen die geplante Vernichtung von 1.000 Arbeitsplätzen.

Werksbesetzung gegen Entlassungen bei Siemens-Hagenau!

52 Kollegen des Siemens-Meßgerätewerks in Hagenau sollten entlassen werden! Außerdem war Kurzarbeit geplant. Das war für die 320-Mann-Belegschaft das Startzeichen für einen fast einwöchigen Streik. Gleichzeitig besetzten sie das Werk. Dabei wurden zeitweilig auch drei Mitglieder der Betriebsleitung in ihren Büroräumen eingeschlossen. Über das Ergebnis des Streiks liegen dem AK bisher keine Informationen vor.

Kürzung der Schichtzulage im Herner Bosch-Werk nicht hingenommen

Mit einer Arbeitsniederlegung der Früh- und Mittagsschicht beantworteten die Kollegen des Herner Bosch-Werkes die Absicht der Geschäftsleitung, ab 1. Januar die Schichtzulage zu kürzen. Die Kürzung hätte Lohneinbußen bis zu 170 DM bedeutet. Der Betriebsrat hatte von der Geschäftsleitung die Zusage erhalten, daß noch vor der Betriebsversammlung am 17. Dezember eine Regelung der (bisher übertariflichen und damit nicht abgesicherten) Zulagen vereinbart werden sollte.

Krupp plant die Schließung des Werkes Geisweid der Stahlwerke Südwestfalen

Krupp hatte 1974 die Stahlwerke Südwestfalen übernommen. Er versprach scheinheilig, *„die Arbeitsplätze langfristig zu sichern"* („UZ", 16.1.76), hatte aber wohl eher umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen bis hin zur Betriebsstillegung im Sinn. Die Stillegungspläne für das Werk Geisweid (1.000 Arbeitsplätze) waren schon im August 1974 von der DKP bekannt gemacht worden.

Unter den Parolen: *„Krupp verspricht uns Brot, plant aber unseren Tod"* und *„Lieber heute protestieren, als morgen unsere Arbeitsplätze zu verlieren"*, demonstrierten am Donnerstag, den 15.1., 4.000 (!) Kollegen gegen die Pläne „ihrer" Konzernherren.

Der IGM-Bezirkssekretär von Hagen erklärte auf der Abschlußkundgebung, *„die IG Metall stehe solidarisch an der Seite der kämpfenden Belegschaft"* – nun, das wird man sehen. ●

1.000 Arbeitsplätzen.
Früh- und Mittagsschicht beantworte- *schaft"* – nun, das wird man sehen. ●

ÖTV-Führer wollen die Organisation im Ausbildungsbereich weiter zerschlagen

Die Kollegen der Sozialpädagogischen Ausbildungsstätten (Erzieherfachschulen, Fachhochschulen für Sozialpädagogik) waren bisher Vollmitglieder in der ÖTV (eine Sonderregelung für Hamburg).

Nun behaupten die ÖTV-Führer „auf einmal", daß die Mitgliedschaft der Kollegen aus dem Ausbildungsbereich nicht satzungsgemäß sei, da Studenten und Schüler in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen.

Der Bezirksvorstand beschloß, die gesamte gewerkschaftliche Arbeit im Ausbildungsbereich zu liquidieren. In Zukunft werden keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen. Die Mitgliedschaften der zur Zeit rund 800 Organisierten bleibt zwar bestehen, soll aber im Laufe der Zeit „einschlafen".

Durch diesen Beschluß werden die 800 ÖTV'ler künftig ohne die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen Erfahrungsaustausches etc. allein vor den Problemen steigender Arbeitslosigkeit und den sich häufenden Berufsverboten stehen, wenn es ihnen nicht gelingt, einen erfolgreichen Kampf gegen diese Disziplinierung zu führen.

Die ÖTV-Führer haben sich jetzt einen Bereich zur Brust genommen, dessen Aktivitäten ihnen schon lange nicht mehr gepaßt haben (im letzten Jahr konnte gegen ihren Willen auf einer Mitgliederversammlung der Abteilung Sozialarbeit eine Protestdemonstation gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats beschlossen werden).

Die kämpferische Haltung der Kollegen war wohl auch Anlaß dafür, daß diese Mitgliederversammlung die letzte ihrer Art war. Scheinheilig „legitimieren" die ÖTV-Führer ihre jetzigen Maßnahmen mit einer generellen Umorganisierung der ÖTV von einer Abteilungs- zu einer Betriebsorganisation.

Schon vor 2 1/2 Jahren war von der ÖTV-Führung festgelegt worden, daß es keine Abteilungs-Mitgliederversammlungen zu gewerkschaftlichen Problemen, sondern nur noch zu berufsspezifischen Themen geben darf. Nachdem sich die ÖTV-Führer „rühmen" können, bereits die gewerkschaftliche Organisation im Gesundheits- und Transportbereich liquidiert zu haben, wollen sie offensichtlich den Erziehern (in spe) an den Kragen.



Eine deutliche Abfuhr für die Gewerkschaftsführer!

Gemäß dem Mitgliederbeschluß demonstrieren am 12.6.75 Kollegen und Studenten gegen die Sparpolitik durch die Hamburger Innenstadt.

Dagegen gilt es die Front zu machen!

Die ÖTV-Führer haben gezeigt, daß sie bei Aktivitäten der Mitglieder, die nicht auf ihrer Linie liegen, nur mit Demagogie und bürokratischen Methoden reagieren können. (Mittlerweile sind sechs Studenten der Fachhochschule für Sozialpädagogik wegen Kandidatur auf einer „Liste demokratischer Kampf" aus der ÖTV ausgeschlossen). Sie tragen damit zur Spaltung der Kollegen in den vielen verschiedenen staatlichen Betrieben bei und setzten sie schutzlos dem öffentlichen Arbeitgeber (d.h. ihren eigenen Parteigenossen in Senat und Bundesregierung) aus.

Die ÖTV'ler sollten sich die Begründung für die Liquidierung ihrer Mitgliedschaft merken (daß sie „in keinem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen"), und die ÖTV-Führer mit der Begründung, daß sie in „keinem Verhältnis" zu den Mitgliedern stehen, zum Teufel jagen. ●

Zelle Vereinigung I
KB/Gruppe Hamburg

Ausschlußverfahren gegen 2 fortschrittliche Betriebsräte eingeleitet

Wie schon in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF berichtet, wurde bei der Spedition Schenker gegen zwei fortschrittliche Betriebsräte Ausschlußantrag aus dem Betriebsrat von der reaktionären BR-Mehrheit gestellt, welcher vom Arbeitsgericht zwischenzeitlich in erster Instanz zurückgewiesen wurde. Die gleichzeitig von der Geschäftsleitung ausgesprochenen fristlosen Kündigungen konnten auf dem Wege der Einstweiligen Verfügung vorerst außer Kraft gesetzt werden. Beide BR's arbeiten also weiter im Betrieb.

Obwohl die Kapitalisten des Speditionsbereiches jeden Ansatz eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses von Kollegen mit allen Mitteln bekämpfen und reaktionäre DAG-Betriebsratsfürsten sie dabei unterstützen, gelang es hier, einen Ansatz zum gemeinsamen Handeln zu entwickeln und auch eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe aufzubauen. Und das vor dem Hintergrund, daß die ÖTV in diesem Bereich kein Tarifpartner ist, sondern die DAG, und der gewerkschaftliche Organisierungsgrad unter 1% liegt. In den meisten Betrieben dieses Bereiches gibt es noch nicht einmal einen Betriebsrat!

In der hier geschilderten Situation stellte nun der Hamburger Bezirksvorstand der ÖTV einen Ausschlußantrag aus der Gewerkschaft gegen die beiden ÖTV-Betriebsräte. Darin wird den Kollegen unterstellt, daß sie sich *„gewerkschaftsschädigend"* und *„satzungswidrig"* verhalten hätten und die Ziele des Kommunistischen Bundes vertreten würden. Dazu führen die Gewerkschaftsführer folgende „Beweise" an: *„Sie haben u.a. an einer Veranstaltung des KB am 6.12.75 in den Hamburger Messehallen* (gemeint ist die Betriebsräte-Veranstaltung!, Anm. d. Red.) *teilgenommen und durch das Verteilen von Flugblättern aktiv dafür geworben.*

Im Betrieb haben Sie Flugblätter verteilt, die in ganzen Passagen identisch sind mit einem Artikel der in Ausgabe Nr. 70 vom 2.12.75 im KB-Organ Arbeiterkampf erschienen ist."

In ihrem Antwortschreiben, welches die Kollegen auch an die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb verteilten, nahmen sie zu den o.g. „Beweisführungen" Stellung. Unter anderem traten sie ihrerseits den Beweis dafür an, daß der Hamburger ÖTV-Bezirksvorstand mit dem DAG-Betriebsratsvorsitzenden von Schenker, also mit einem führenden Mitglied einer gegnerischen Organisation zusammenarbeitet. Zu dem Vorwurf des „gewerkschaftsschädigenden" Verhaltens schreiben die Kollegen:

1. *„Wir haben eine BR-Veranstaltung unterstützt, die am 6.12.75 in der Messehalle 8 stattfand und bei der die BR-Mehrheit der Firma Reynolds/HAW und andere Betriebsratsmitglieder die Veranstalter waren. Wir meinen, daß gerade in dieser Zeit (Rationalisierung und Lohnabbau) es notwendig ist, den Gedankenaustausch zwischen Betriebsräten in Form von öffentlichen Veranstaltungen zu fördern. Diese Möglichkeit hat uns bisher unsere Gewerkschaft ÖTV nicht geboten.*
2. *Die von Ihnen zitierte Ausgabe der Zeitung Arbeiterkampf ist uns bekannt. Eine Identität der beiden Artikel, wie es von Ihnen und dem DAG-BR-Vorsitzenden behauptet wird, konnten wir jedoch nicht feststellen. Außerdem ist es linken Publikationen nicht verboten, über betriebliche Dinge, wie im Falle Schenker, zu berichten.*

Die Tatsache, daß nicht ein ÖTV-Mitglied geschweige denn wir zu den Vorfällen befragt wurden, scheint uns Beweis dafür zu sein, daß es Ihnen in Wirklichkeit nicht um die objektivere Beweisführung zu den Vorwürfen des gewerkschaftsschädigenden, satzungswidrigen Verhaltens geht, sondern einzig und allein um die Ausschaltung sozialistischen Gedankengutes in der Gewerkschaft.

Damit reihen Sie sich mit Ihren Angriffen gegen uns in die Einheit von Unternehmern und ständischen Betriebsräten ein.

Wir sehen es trotz dieses unverschämten Vorstoßes gegen die uns garantierten Grundrechte als unser wesentliches Ziel an, die Gewerkschaften zu stärken, weil sie das einzige Instrument der Werktätigen sind, sich gemeinschaftlich gegen die Angriffe der Unternehmer zu wehren und unsere Forderungen durchzusetzen." ●

Angestelltenzelle Transport
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsämter finanzieren Rationalisierungsexperten

Das Arbeitsamt Celle, *„als Modellarbeitsamt für das Bundesgebiet schon seit Jahren ein erfolgreiches Experimentierfeld"* führte ein *„Kolleg für Unternehmensführung"* durch und bezeichnete es selbst als *„für unseren Bereich exklusiv"* („Hann. Allg. Ztg.", 9. 12. 75). Die Begründung dieser „Modellmaßnahme" offenbart das hohe „soziale" Handeln dieses Arbeitsamtes. *„Wie wir andere Minderheiten unter den Arbeitslosen individuell fördern, wie zum Beispiel die jugendlichen Arbeitslosen* (man höre und staune!), *so müssen wir auch was für die zwar relativ kleine, jedoch steigende Anzahl arbeitsloser Manager tun."* So sinngemäß der stellvertretende Arbeitsamtsleiter aus Celle in einem Interwiew mit dem NDR am 8.12.75. Bei den Kursus-Teilnehmern handelte es sich ausnahmslos um solche Arbeitslose, die bereits mehrere Jahre lang als Führungskräfte tätig waren (mit einem Monatsgehalt zwischen 4.000 und 6.000 DM) und der (eigenen?) Rationalisierung zum Opfer fielen. Das Arbeitsamt bot ihnen die Möglichkeit, die Zwangspause durch Fortbildung „sinnvoll zu nutzen", und bezahlte (!!) auch den fast fünfmonatigen Kursus mit ganztägiger Schulung, dessen Kosten sich auf ca. 2.500 DM pro Teilnehmer beliefen.

Träger war das „Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) e. V.Das sagt ja schon eigentlich alles!Man bedenke stets dabei, daß dieser Lehrgang von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg als förderungswürdig anerkannt ist („HAZ", 9. 12. 75). Im Lehrgang soll noch besseres Rationalisieren gelernt werden. – Und das Arbeitsamt zahlt die Kosten des Lehrganges.

Es ist nicht verwunderlich, daß diese *„Seminare des RKW in der Wirtschaft einen guten Ruf besitzen, ... so daß zum Abschluß die Hälfte der 16 Teilnehmer einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz gefunden hatte.* („HAZ", 9.12.75) Aber nicht genug, daß das Arbeitsamt Celle somit arbeitslosen Managern zu einem „ *ihrer Qualifikation und besonderen Verantwortung entsprechenden* (und entsprechend bezahlten) *Arbeitsplatz"* (NDR, 8.12.75) verhalfen, wo sie in Zukunft aktiv an der weiteren Rationalisierung beteiligt sein werden, nein, „ *im Februar 76 will das RKW-Celle mit berufsbegleitenden Wochenendseminaren für Führungskräfte der Wirtschaft beginnen. Die im Arbeitsprozeß stehenden Manager..."* („HAZ" 9. 12. 75) ....

Und das Arbeitsamt Celle schreibt dazu:*„Es besteht die Absicht, die Teilnahme an dieser beruflichen Bildungsmaßnahme im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes zu fördern."*

Selbst für Arbeitslose bleiben die Klassenunterschiede bestehen. Von denen der 1. Klasse sprachen wir – bei denen der 2. Klasse erhalten 358.000 (jeder Dritte!) nicht einen Pfennig. ●

KB / Gruppe Hannover.

Ausländische Arbeiter: „Vogelfrei" auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt

Ein neuer Schritt zur Entrechtung der ausländischen Arbeiter wurde per Ende Dezember durch eine angebliche „Indiskretion" aus dem Bundeskanzleramt bekannt.

In den (gezielt indiskret) an die Presse gegebenen 17 „Thesen zur Ausländerpolitik" sind (zum Teil „umstrittene") Maßnahmen für eine verschärfte Ausländerpolitik enthalten. Ein interministerieller Ausschuß, der die Thesen formulierte, konnte sich bisher noch nicht auf den endgültigen Wortlaut einigen, der dem Kabinett dann vorgelegt werden soll.

Fest steht, daß das Bundesarbeitsministerium in diesem Ausschuß als der große „Scharfmacher" auftritt. Es wird sich sicher in allen wesentlichen Punkten als „Sachkenner" gegen andere Kabinettsmitglieder „durchsetzen".

Im einzelnen wurden bisher folgende geplante Maßnahmen bekannt:

- Die unbefristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Ausländer, die länger als fünf Jahre in der BRD sind, soll ersatzlos fallen – eine Praxis, die auch heute schon vielfach an der Tagesordnung ist; fast die Hälfte der zwei Millionen Ausländer ist über fünf Jahre in der BRD. Auch die Zwangsrotation wird nicht ausgeschlossen!
- Der „Familiennachzug" soll erschwert werden. Erst nach drei Jahren – statt wie bisher nach einem – können dann die ausländischen Kollegen ihre Angehörigen nachholen.
- Bisher hatten ausländische Kollegen, die mehr als fünf Jahre hier waren, „freie Wahl des Wohnortes". Auch dies soll für die zum „Sperrgebiet" erklärten Stadtteile (über 12 % Ausländeranteil) nicht mehr gelten.
- Außerdem soll die Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld für arbeitslose Ausländer begrenzt werden. D.h. mit einer einmaligen „Abschlagszahlung" der Bundesanstalt für Arbeit soll den Kollegen automatisch die Arbeitserlaubnis entzogen werden.

Mit dieser Bestimmung wird die massenhafte Abschiebung ausländischer Arbeiter in ihre teilweise faschistischen Heimatländer, in denen fast überall keinerlei Anspruch auf Unterstützung für Arbeitslose besteht, vorbereitet! Bereits heute entziehen Arbeitsämter trotz noch gültiger Arbeitsgenehmigung und teilweise sogar gegen den Protest der betroffenen Kapitalisten (!) einfach die Arbeitserlaubnis, damit ein deutscher Arbeitsloser die betreffende Stelle antreten kann: *„Hiermit fordere ich Sie auf, Ihr Beschäftigungsverhältnis bei der Fa. Willi Jäger in Loope unverzüglich zu lösen. Zur Zeit stehen genügend geeignete arbeitslose deutsche und ausländische Personen, die Ihnen gegenüber Vorrang auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis haben* (aus den EG-Ländern – Anm. der Red.) *für die vorgesehene Beschäftigung zur Verfügung."* (Aus einem Brief des Arbeitsamtes Bergisch Gladbach vom Dezember 1974 an einen türkischen Kollegen, zitiert nach „Die ausländischen Arbeiter in der Krise", SAG Bochum, Mai 1975.)

Leider verfängt die besonders in Krisenzeiten verstärkte Ausländerhetze der bürgerlichen Presse (siehe Kasten) nicht nur bei Bürgern und Kleinbürgern aller Schattierungen, sondern auch bei einem nicht geringen Teil der westdeutschen Arbeiter. So haben z.B. Meinungsumfragen ergeben, daß jeder Zweite meint, die Ausländer seien schuld an der Krise! In Wirklichkeit wird die Hauptlast der kapitalistischen Krise auf die ausländischen Arbeiter abgewälzt. Während nämlich die allgemeine Arbeitslosenquote bei 4,9 % liegt, beträgt sie für die ausländischen Arbeiter 10 % (die tatsächliche Zahl ist beträchtlich höher, denn diese umfaßt nur die beim Arbeitsamt als arbeitslos Gemeldeten).

Isoliert von der übrigen Arbeiterklasse, als „Kriminelle", „Schmarotzer" u.ä. diffamiert, können die ausländischen Arbeiter den Kampf für ihre Rechte nicht gewinnen. Die Ausländerhetze wird bei steigender Arbeitslosigkeit sicher noch sprunghaft zunehmen, dem immer häufiger auch im Betrieb geäußerten „Ausländer raus!" müssen wir umso entschiedener entgegentreten.

Diese geradezu infame Ausländerhetze – heuchlerisch getrennt in „Information" und „Kommentar" – brachte die „Bild" vom 3.7.1975. Daß das Ganze erstunken und erlogen war, enthüllte wenig später die IGM-Zeitung „Metall". Bei einer telefonischen Nachfrage beim Arbeitsamt teilte man ihnen folgendes mit: „Laut unserer Kartei war diese Frau schon eine ganze Zeit arbeitslos. Wir haben ihr also weder 10 Arbeitsstellen vermittelt, noch war sie zehnmal krankgeschrieben. Der Artikel in ‚Bild' ist völlig absurd!" („Metall", zitiert nach „Neue Stimme", 6/1975).

Solcher Enthüllungen ungeachtet gießt „Bild" auch weiterhin kübelweise Scheiße über unseren ausländischen Kollegen aus. In ihrer neuesten Serie „Vergewaltigt in Deutschland" verbreitet „Bild" wieder einmal das Klischee von den „lüsternen Südländern", die sich an „unsere deutschen Frauen heranmachen". ●

Deutschlands faulste Arbeitslose – eine Türkin

wih. **Hamburg, 3. Juli**

Deutschlands faulste Arbeitslose reitet eine ganz üble Masche, die jetzt schon zum 10. Mal geklappt hat – auf unsere Kosten!

Und so wird's gemacht: Eine 38jährige türkische Putzfrau wurde vom Arbeitsamt zuletzt ans Hamburger Operettenhaus vermittelt. Aber schon am ersten Tag lehnte sie es ab, das Parkett zu bohnern.

„Zu schwierig", radebrechte sie, „ich nur wischen Staub."

Am dritten Tag kam statt der Putzfrau ein ärztliches Attest: Sechs Wochen krank geschrieben! (Angeblich nervöses Magenleiden). Sechs Wochen bekam die Türkin ihren vollen Lohn, acht Mark die Stunde, zusammen DM 1920 Mark. Und jetzt bekommt die inzwischen gekündigte Putzfrau jeden Monat 870 Mark Arbeitslosenunterstützung.

„Das machen wir bei dieser Frau nun schon zum zehnten Mal mit") jammert das Arbeitsamt.

BILD-Kommentar

Ab nach Istanbul

Zehn Mal hat eine türkische Putzfrau in Hamburg zwei Tage gearbeitet.

Zehn Mal hat sie sich danach sechs Wochen krank gemeldet.

Zehn Mal mußte deshalb der Arbeitgeber den vollen Lohn zahlen.

Zehn Mal mußte das Arbeitsamt zwischendurch Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Zehn Mal hat die Türkin unsere Gastfreundschaft mißbraucht.

Es darf kein elftes Mal geben. Hinaus mit ihr!



Jede Frau kann das Opfer sein

„Jetzt bist du reif", keuchte der Kerl

Gaby Fürbeck kann nicht so schnell vergessen. „Ich habe oft Spätdienst, und da muß ich mit dem Zug nach Hause fahren." Sie kaufte sich eine Sprühdose mit Tränengas und ein Taschenmesser. Die Gefahr spürt sie vor allem auf den Bahnhöfen. „Da lungern so viele Ausländer rum. Besonders Italiener, die denken doch, Frauen sind Freiwild."

Die Statistik gibt Gaby Fürbeck recht: Im Durchschnitt vergewaltigen Gastarbeiter doppelt so oft wie Deutsche – aber um die Zahlen wieder zurechtzurücken: Die meisten ausländischen Arbeiter sind in den „heißen Jahrgängen" zwischen 20 und 30 und finden kaum Anschluß.

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg



„DAS IST MORD!" Mit diesem und anderen Transparenten demonstrierten 500 überwiegend türkische Arbeiter Ende Dezember durch Kornwestheim (Kreis Ludwigsburg). Sie protestierten gegen die Erschießung eines 33-jährigen türkischen Kollegen durch die Polizei. Er war nach einem Verkehrszwischenfall auf einer Wache festgehalten worden. Als er einen unbeobachteten Moment nutzte, um sich abzusetzen, wurde er auf der Straße auf der Flucht abgeknallt. Nach Polizeidarstellung „in Notwehr" – was denn sonst?!

Ausländerdemonstration in Frankfurt

Zu einer „zentralen Demonstration" am 20.12.75 in Frankfurt hatten der
Ausschüsse für die Demonstration richteten sich vor allem auf die Siche-

Zu einer „zentralen Demonstration" am 20.12.75 in Frankfurt hatten der *„Arbeitskreis ausländische Arbeiter in der SPD"*, der *„Initiativausschuß ausländische Mitbürger in Hessen"* und *„Aktionskomitee ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik"* aufgerufen. 200 bis 300 Ausländer demonstrierten unter dem Motto *„Ausländer sind keine Menschen zweiter Klasse"*. Die Demonstration richtete sich gegen ein von einem interministeriellen Ausschuß erstelltes „Diskussionspapier", das eine weitere Benachteiligung der Ausländer in der BRD vorsieht (Erschweren der Familienzusammenführung, Kürzen des Arbeitslosengeldes, künftig sollen in der BRD statt wie bisher 2,1 Millionen Ausländer nur noch 1,5 Mio. sein).

Die Hauptforderungen der o.a. Ausschüsse für die Demonstration richteten sich vor allem auf die Sicherung der materiellen Lebenssituation der ausländischen Arbeiterschaft in der BRD (gesicherter Daueraufenthalt, volle soziale Sicherheit, gleiche Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt).

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" wandten sich die Demonstranten auch *„gegen Bestrebungen, die Arbeiterschaft endgültig in zwei Lager als deutsche und ausländische Arbeiter zu spalten und dadurch ein zusätzliches Druckmittel gegen die Arbeiterschaft zu schaffen"* („FR", 23.12.75). ●

SPD-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung zu AK Nr. 70 („Industrielle Reservearmee")

Bei aller Sorgfalt, mit der die Lage arbeitsloser Kollegen dargestellt wird, hat sich ein kleiner, aber nicht unwesentlicher Fehler in die Widergabe des Zahlenmaterials eingeschlichen. Lt. AFG beträgt das Arbeitslosengeld n i c h t in der Regel zwischen 50 % und 70 %, sondern ist einheitlich festgelegt mit 68 %. Bemessungsgrundlage ist allerdings das um die gesetzlichen Abzüge verminderte Arbeitsentgeld. Genauso verhält es sich mit der Arbeitslosenhilfe, die nicht 40 % sondern 58 % beträgt. Abgesehen davon, daß auch diese Zahlen nicht zu einer Euphorie Anlaß geben, machen sie doch ein paar Mark aus, wie folgendes Beispiel zeigt.

Bei einem wöchentlichen Bruttolohn von DM 300,- beträgt das Arbeitslosengeld DM 147,-/DM 157,20 (nicht verheiratet/verheiratet), die Arbeitslosenhilfe DM 125,40/DM 133,80. (aus Beilagen zum „Merkblatt für Arbeitslose" – Stand Januar 1975). ●

ein arbeitsloser Genosse

Anmerkungen zum Artikel „Industrielle Reservearmee" (AK 70)

Im internen Schriftverkehr des Arbeitsamtes (AA) Hamburgs werden die arbeitslosen Kollegen als *„A'lose"* und nicht wie im Artikel vermerkt wird als *„Almose"* bezeichnet. Die Bezeichnung „Almose" ist zwar nicht üblich, trifft aber den Kern, wenn es um die Behandlung der arbeitslosen Kollegen durch die Bediensteten dieser Behörde geht.

Diese Verwechslung führen wir deshalb nicht auf eine „unsaubere Berichterstattung", sondern auf die bisherigen Erfahrungen zurück.

Später wird in diesem Artikel ein Kommentar zum §119 (Sperrzeit) wie folgt zitiert: *„Wer durch ein ‚vertragswidriges Verhalten Anlaß für eine Kündigung gegeben hat', erhält ebenfalls kein Geld. Auch wenn er gegen eine solche Kündigung prozessiert, so entscheidet das AA unbeschadet dessen (des Prozesses) über den Sperrzeitgrund."* Der Kommentar ist zwar nachprüfbar richtig zitiert worden, entspricht jedoch nicht der Praxis des AA-Hamburgs.

Die noch gängige Verfahrensweise (zumindest in Hamburg) läßt bei eingereichten Kündigungsschutzklagen **eine sofortige Zahlung** der Leistungen zu. Erst nach **Abschluß dieser Kündigungsschutzklage** wird eine Sperrzeit überprüft. **Wichtig** ist hierbei, daß über eine eventuell später eintretende Sperrzeit, eine Rechtsmittelbelehrung erteilt werden muß.

Kollegen und Genossen, da in dieser Frage die momentane Praxis eine günstigere ist, **gilt es auf die bisherige Verfahrensweise zu pochen. Eine Kündigungsschutzklage setzt zumindest zeitweise eine Sperrzeit aus.** Desweiteren sollte die Arbeiterhilfe überhaupt die grundsätzliche „Rechtmäßigkeit" dieses Kommentars überprüfen. ●

Mit solidarischen Grüßen IKAH
Arbeitsgruppe „Arbeitslosen-Info"

Auch 1976 Massenarbeitslosigkeit!

Im Dezember 1975 stieg die Zahl der Arbeitslosen in der BRD auf die bisher einmalige Höhe von 1,22 Mill. Das sind 5,3 % gegenüber 4,9 % im Vormonat.

Durchschnittlich waren 1975 pro Monat 1,074 Mill. Kolleginnen und Kollegen arbeitslos – gegenüber 1974 eine Steigerung von knapp 100 % (!!). Insgesamt waren 1975 3,45 Mill. Menschen arbeitslos (Zahlen lt. 9.1.76).

Offene Stellen gibt es lediglich 168.448. Nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen hat demzufolge eine Chance auf eine neue Beschäftigung. Am schlimmsten sieht es für die ausländischen Kollegen aus. Selbst nach offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosenquote bei ihnen 6,3 % – wobei nicht einmal diejenigen Kollegen mitgezählt sind, die infolge der Arbeitslosigkeit in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden. Daß die offiziellen Statistiken „frisiert" sind, verschweigen mittlerweile auch die bürgerlichen Zeitungen nicht mehr. So heißt es z. B., daß *„arbeitslos gewordene Ausländer die Bundesrepublik verlassen und deutsche Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, nach Ausschöpfung ihres Anspruches in die stille Reserve zurückgehen."* („SZ", 9. 1. 76).

Das heißt, daß die tatsächliche Zahl der arbeitslos gewordenen Kollegen höher liegt als angegeben, daß nur ein Teil von ihnen gar nicht mehr in den Statistiken auftaucht. ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote

Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Bremer SPD-Führung will Berufsverbote auch gegen SPD-Mitglieder durchsetzen

Für die von der SPD geführte Bildungsbehörde in Bremen sind selbst SPD-Mitglieder „Linksradikale". Kurz vor Weihnachten bekam der fertige Studenreferendar A. Schulz, aktives SPD-Mitglied, von Senator Thape (SPD) die Mitteilung, er werde verdächtigt, nicht jederzeit aktiv für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" einzutreten. Anlaß soll eine Jahre zurückliegende Kandidatur für den sozialdemokratischen SHB gewesen sein.

Hinter dieser Begründung steckt wahrscheinlich in Wirklichkeit aber noch mehr: Schulz ist Delegierter des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt. Dieser Bezirk hat sich in der Vergangenheit häufiger – mehr schüchtern als forsch – gegen die größten Schweinereien der SPD-Führung zur Wehr gesetzt. Die SPD-Führer, allen voran Thape, versuchen seitdem, die aktiven Bezirksmitglieder als „Linksradikale" zu kriminalisieren, getreu der Praxis: was demokratisch ist, bestimmen wir.

Die Art, wie das Berufsverbot gegen A. Schulz durchgezogen werden sollte, beweist, daß der SPD-Führung selbst die billigsten „rechtsstaatlichen" Grundsätze scheißegal sind: Thape verbot Schulz, zum Anhörungsverfahren einen Anwalt mitnehmen zu dürfen. Schulz erwirkte dagegen eine einstweilige Anordung beim Verwaltungsgericht. Obwohl nach geltendem Recht „einstweilige Anordnungen unverzüglich zu befolgen" sind, lehnte Thape weiterhin die Anwesenheit eines Anwaltes ab. Daraufhin ging Schulz ohne Anwalt zum Überprüfungsgespräch. Denn gleichzeitig hatte Thape angekündigt, daß die Einstellungen in den Schuldienst während der „Überprüfung der Rechtsfragen" weitergingen. Eine glatte Erpressung also: Wenn Schulz auf seinem Recht bestanden hätte, wäre keine Stelle für ihn an der Schule mehr frei gewesen. Das Anhörungsgespräch selber erbrachte laut Zeitungsberichten keine Anhaltspunkte für die vermutete „Verfassungsfeindlichkeit". Schulz kann auf seine Einstellung in den Schuldienst rechnen. Aber es kam ja wohl auch mehr darauf an, aufmüpfige SPD-Mitglieder mit der Drohung des Berufsverbotes einzuschüchtern und mundtot zu machen. •

KB/Gruppe Bremen

Urteil gegen fortschrittlichen Arzt

Mit „Zweifeln an der Verfassungstreue" hatte der Kultusminister von Schleswig-Holstein die Ablehnung der Weiterbeschäftigung eines Arztes an der Lübecker Kinderklinik begründet. Nach der Vorarbeit, die die Lübecker Gewerkschaftsführung durch den vorangegangenen Gewerkschaftsauschluß wegen angeblicher Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund geleistet hatte, erfolgt damit jetzt auch das politische Berufsverbot.

Im Anfang Januar stattgefundenen Arbeitsgerichtsprozeß zog sich der Kultusminister allerdings auf eine arbeitsrechtliche Scheinargumentation zurück. Er ließ erklären, angeblich gebe es keine freien Stellen wegen der Rationalisierung im Krankenhaus. Das entsprach nicht der Wahrheit: denn die Stelle war unmittelbar danach mit einem anderen Arzt besetzt worden.

Als dies nachgewiesen wurde, mußte der Vertreter des Kultusministers (KuMi) Braun die politischen Hintergründe zugeben:

▶ Der Arzt habe sich öffentlich in einem Leserbrief an die „Lübecker Nachrichten" (LN) zusammen mit ca. 90 (!) Mitarbeitern für die Einrichtung eines Notarztwagens und einer Intensivstation in der Kinderklinik ausgesprochen. Er habe damit *„gegen die Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber verstoßen"*! Er habe außerdem klinikinterne Informationen an die kommunisitsche Presse weitergegeben. Dabei kam der KuMi-Vertreter auf die Frage nach einem Beweis allerdings derart ins Schleudern, daß er hier den in den „LN" abgedruckten Leserbrief als „Beweis" nannte, woraufhin der Richter verwundert fragte, ob denn die „Lübecker Nachrichten " in den Augen des Kultusministers eine kommunistische Zeitung sei . . .

▶Weiterhin habe der Arzt angeblich *„eine Wohngemeinschaft mit einem kommunistischen Funktionär gehabt"*.

Diese Begründung der Ablehnung der Weiterbeschäftigung geht in die Richtung der faschistischen Sippenhaft.

▶In seinem von Zollbeamten aufgebrochenen Wagen sei die Zeitung „Roter Morgen" der „KPD/ML" und ein Buch über den antifaschistischen (!) Widerstand in Chile gefunden worden. Der Vertreter des Kultusministeriums gab an, diese Informationen vom Verfassungsschutz zu haben (!).

▶ Außerdem sei dem Kultusminister mitgeteilt worden, daß der Arzt *„dem Kommunistischem Bund nahestehe"*. Er mußte allerdings auf eine entsprechende Frage zugeben, daß dies nicht zu beweisen sei.

Obschon die Richter erkennen ließen, daß diese Behauptungen den tatsächlichen Hintergrund für das Berufsverbot darstellten, wurde die Klage des Arztes abgewiesen. Dabei beriefen sie sich auf den arbeitsrechtlichen Gesichtspunkt, nach dem das Land eine Weiterbeschäftigung nicht vornehmen muß: Es ist dies das erste Mal, daß in der medizinischen Hochschule Lübeck ein Antrag auf Weiterbeschäftigung vom Kultusminister abgelehnt wird. •

Krankenhauszelle
KB/Gruppe Lübeck

Berufsverbot gegen Lokführer

Die Ausdehung der Berufsverbote auf immer neue Berufsgruppen und immer neue Anlässse hat jetzt auch Führerstände der Bundesbahnloks erreicht: Lokomotivführer Rudi Röder (DKP) soll nicht verbeamtet werden – lediglich wegen DKP-Mitgliedschaft. Indoktrination der Fahrgäste wird ihm jedenfalls nicht vorgeworfen. Um „Führer" zu werden, muß man eben in der BRD die rechte Gesinnung haben – das gilt ab jetzt auch für Lok-Führer (nach „Welt", 2.1.76). •

Oldenburg

In Oldenburg gab es von 1972 bis 1975 48 vorläufige Nichteinstellungen durch die regionale von der SPD besetzte Behörde. Interessant ist daran, daß von den 48 Betroffenen 25 der SPD oder dem SHB angehörten. Die letzten Nichteinstellungen von SPD-Mitgliedern geschahen im August 75. Ein Grund für die SPD-Verwaltung war dabei Mitarbeit im Verband der Kriegsdienstverweigerer! Bemerkenswert ist auch, wie die SPD-Landesregierung den relativ fortschrittlichen Rektor der Universität Oldenburg kirre machen will: sie übertrug ihm die Durchführung eines „Anhörungsverfahrens" gegen einen fortschrittlichen Assistenten – entweder er spurt oder er macht sich selbst verdächtig! Eine infame Politik – Marke SPD. •

Bremen: Berufsverbot für Referendarvertreter

Der frühere Vorsitzende des Ausbildungspersonalrats der Referendare, Dieter H., wird nach Beendigung seiner Ausbildung nicht in den Schuldienst eingestellt.

Diese Nichteinstellung hat eindeutig politische Gründe: Er war häufig öffentlich gegen die Machenschaften der Schulbehörde aufgetreten.

Dieter H. handelte im Auftrag der Referendare, wenn er auf Versammlungen eine breitere Öffentlichkeit über die Verschlechterungen der Ausbildung an den Schulen informierte und die Forderungen der Referendare nach Zurücknahme von Senatsbeschlüssen vortrug.

Dafür wird er jetzt offensichtlich mit dem Berufsverbot bestraft. Darüberhinaus greift die Schulbehörde mit dieser Maßnahme jede Interessenvertretung der Referendare an, die ihren Namen verdient.

Die Behörde hat sich bis heute noch nicht einmal dazu bequemt, die konkreten Gründe für das Berufsverbot zu nennen. Zuerst wurde H. zu einem politischen Überprüfungs-„gespräch" zitiert. Das wurde nach ein paar Tagen plötzlich wieder abgeblasen; wohl, weil den zuständigen Beamten einfiel, daß es eine viel elegantere Lösung gibt: *„Arbeitslosigkeit wegen Mangel an Planstellen"*.

Gegen diesen Versuch, sich um die Nennung der wirklichen Gründe zu drücken, wird H. wahrscheinlich gerichtlich vorgehen. •

KB/Gruppe Bremen

Oldenburg

In Oldenburg gab es von 1972 bis 1975 48 vorläufige Nichteinstellungen durch die regionale von der SPD besetzte Behörde. Interessant ist daran, daß von den 48 Betroffenen 25 der SPD oder dem SHB angehörten. Die letzten Nichteinstellungen von SPD-Mitgliedern geschahen im August 75. Ein Grund für die SPD-Verwaltung war dabei Mitarbeit im Verband der Kriegsdienstverweigerer! Bemerkenswert ist auch, wie die SPD-Landesregierung den relativ fortschrittlichen Rektor der Universität Oldenburg kirre machen will: sie übertrug ihm die Durchführung eines „Anhörungsverfahrens" gegen einen fortschrittlichen Assistenten – entweder er spurt oder er macht sich selbst verdächtig! Eine infame Politik – Marke SPD. •

Bremen: Berufsverbot für Referendarvertreter

Der frühere Vorsitzende des Ausbildungspersonalrats der Referendare, Dieter H., wird nach Beendigung seiner Ausbildung nicht in den Schuldienst eingestellt.

Diese Nichteinstellung hat eindeutig politische Gründe: Er war häufig öffentlich gegen die Machenschaften der Schulbehörde aufgetreten.

Dieter H. handelte im Auftrag der Referendare, wenn er auf Versammlungen eine breitere Öffentlichkeit über die Verschlechterungen der Ausbildung an den Schulen informierte und die Forderungen der Referendare nach Zurücknahme von Senatsbeschlüssen vortrug.

Dafür wird er jetzt offensichtlich mit dem Berufsverbot bestraft. Darüberhinaus greift die Schulbehörde mit dieser Maßnahme jede Interessenvertretung der Referendare an, die ihren Namen verdient.

Die Behörde hat sich bis heute noch nicht einmal dazu bequemt, die konkreten Gründe für das Berufsverbot zu nennen. Zuerst wurde H. zu einem politischen Überprüfungs-„gespräch" zitiert. Das wurde nach ein paar Tagen plötzlich wieder abgeblasen; wohl, weil den zuständigen Beamten einfiel, daß es eine viel elegantere Lösung gibt: *„Arbeitslosigkeit wegen Mangel an Planstellen"*.

Gegen diesen Versuch, sich um die Nennung der wirklichen Gründe zu drücken, wird H. wahrscheinlich gerichtlich vorgehen. •

KB/Gruppe Bremen

Protest gegen Berufsverbote in Westdeutschland

In Dänemark wird die Tatsache, daß es in der BRD wieder Berufsverbote gegen Demokraten und Kommunisten gibt, mit zunehmender Aufmerksamkeit verfolgt. Denn die Erinnerungen an die von den Nazis während der Besetzung Dänemarks ausgeübten Terrorherrschaft sind noch sehr lebendig. Wörter, wie z.B. „Blitzkrieg", „Führer", „ausradieren", „Aufruf" sind als Fremdwörter noch heute Bestandteil der dänischen Sprache. Auch die deutsche Bezeichnung „Berufsverbot" ist so in den letzten Monaten zu einem festen Begriff in der Diskussion geworden.

Am 29.8.75 berichtete die liberale dänische Zeitung „Information" unter der Überschrift „Dänische Front gegen Unterdrückung in Westdeutschland" über die Gründung eines „Komitee zur Bekämpfung der Berufsverbote in der BRD". Es setzt sich zusammen aus Politikern des Folketings (dänisches Parlament) Gewerkschaftern, Studenten und Journalisten.

Die Solidarität wächst

Die dänischen Lehrerverbände haben einmütig gegen die Berufsverbote in der BRD protestiert, so der Gymnasiallehrerverband in einer Resolution vom 1.8.75 und die Gewerkschaft der Volks- und Vorschullehrer (DLF) auf ihrer Vertreterversammlung am 30./31.10.75 nach ausführlicher Diskussion.

Wie „Flensborn Avis" (Zeitung der dänischen Minderheit in Südschleswig) am 6.1.76 berichtet, hat auch die linksstehende „Organisation der Auszubildenden" (DUS) in einem Offenen Brief an die dänische Regierung verlangt, daß diese öffentlich die Berufsverbote kritisiert. Am 13.12.75 organisierten die Studentenvertreter des Germanischen Instituts der Universität Odense eine Informationsveranstaltung gegen die Berufsverbote. Dazu waren auch Betroffene aus der BRD eingeladen. Sichtlich betroffen reagierten die Anwesenden auf die Schilderung ihres Falles durch die Hamburger Lehrerin S.B. (ihr wird eine Mitgliedschaft im Kommunistischem Bund vorgeworfen). Diskutiert wurde dann über die Faschisierung in Westdeutschland und die aktive Rolle, die die SPD dabei spielt.

Den Dänen wurde von den westdeutschen Gästen die Frage gestellt, wie die politische Entwicklung in Dänemark verläuft, und welchen Einfluß der westdeutsche Imperialismus bereits auf diese Entwicklung nimmt.

Durch Informationen wurde klar, daß auch in Dänemark ein Kurs verschärfter politischer Unterdrückung eingeschlagen worden ist: schon gibt es vereinzelt Einstellungsgespräche. Alle Anwesenden waren der Meinung, daß der politische Zusammenschluß in der EWG für die dänische Bevölkerung sicherlich nicht ein Anwachsen der politischen Freiheiten zur Folge haben wird. Im Gegenteil!

Auch aus diesem Grunde – wegen der eigenen politischen Zukunft – waren Studenten bereit, in Odense ebenfalls ein Berufsverbote-Komitee zu gründen.

Berufsverbote – dänische Zukunft?

Die dänische Regierung bereitet ein Gesetz vor, mit dem grundlegende Kampfmittel der dänischen Gewerkschaftsbewegung kriminalisiert werden sollen, z.B. das Recht, bei einem Streik durch Betriebsblockade die Produktion lahmzulegen..

Mit fettleibigen Überschriften wie „Die Chinesen kommen" wurde kräftig Stimmung gegen die Arbeiterbewegung und alles, was man nur irgendwie links nennen kann, gemacht. („von Peking" bzw. „von Moskau" gesteuert.)

KINESERNE KOMMER!

Weekendavisen BERLINGSKE AFTEN
7. NOVEMBER 1975

(„Die Chinesen kommen!" – Hetzüberschrift in „Berlingske Aften")

Die einschneidende „Sparpolitik" der dänischen sozialdemokratischen Regierung besonders im Ausbildungs- und Freizeitbereich, welche massenhafte Entlassungen von Kindergärtnern und Freizeitpädagogen nach sich zieht, zeigt die Marschrichtung der dänischen Kapitalisten. Unter dem Vorwand der „Sparpolitik" fordern die dänischen Rechtsparteien, das Universitätszentrum von Roskilde (RUC) möglichst sofort zu schließen. RUC gilt in Dänemark als linke Uni mit relativ fortschrittlichen Lehrinhalten und Einflußmöglichkeiten der Studenten. Die ersten Schritte zur „ Normalisierung" des Zentrums sind mittlerweile getätigt.



Übersetzung: „Deshalb müssen wir alle anrufen und uns beschweren!"

Praktische Unterstützung organisierung!

Das wichtigste Ergebnis der Veranstaltung von Odense war daher, daß jetzt auch hier ein „Komitee gegen die Berufsverbote" aufgebaut wird. Weitere Komitees sind bereits in Kopenhagen, Aarhus und Roskilde aktiv. Das Komitee in Odense will auf demokratischer und möglichst breiter politischer Grundlage an der Verbreitung von Informationen über die politische Unterdrückung in der BRD mitarbeiten. Zur Entfaltung einer praktischen Solidarität mit vom Berufsverbot Betroffenen wurde der Vorschlag gemacht, einzelne Fälle besonders zu verfolgen.

Wichtigste Aufgabe solcher Komitees ist allerdings, die Menschen im eigenen Land hellhörig für das zu machen, was sich politisch anbahnt. •

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg
Berufsverbote-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Niedersachsens Schulen: Landesweiter Aktionstag am 28. Januar

Hannover: Auf Initiative von 10 verschiedenen Schulen in Hannover fand am 12. Januar eine Versammlung statt, an der sich etwa 150 Schüler aus 44 verschiedenen Schulen beteiligten. Auf der Versammlung wurde beschlossen, diesen Zusammenschluß weiter zu fördern, ein Informationsblatt herauszugeben, mit dem für die Demonstration am 28. Januar und eine Veranstaltung am 27. Januar aufgerufen wird. An 3 Schulen (Volksschule Edenstraße, Goetheschule, IGS Roderbruch) ist mittlerweile von den Schülern ein Streikbeschluß für den 26. – 29. Januar gefaßt. An der Sitzung nahmen von 15 Schulen gewählte Schülervertreter teil.

Der Stadtschülerrat, mehrheitlich von Jusos und SDAJ besetzt, versuchte stattdessen abzuwiegeln und meinte, man müsse die Sparerlasse „differenziert betrachten". Er konnte sich aber nicht durchsetzen.

Die Hochschulgruppe der GEW hat die Forderungen der Schülerinitiative in einer Resolution unterstützt.

Bremervörde: Der Kreiselternrat hat für den 28. zu einer Kundgebung aufgerufen. Auf einer Initiative von Elternräten des Gymnasiums versuchten reaktionäre Eltern, die Forderung nach Privatlehrern (!) unter den Eltern zu verankern.

Die Gruppe demokratischer Schüler (GDS), die an mehreren Schulen vertreten ist, hat in einem Flugblatt zu einer Demonstration im Anschluß an die Kundgebung aufgerufen. Die GDS ruft auch dazu auf, die Forderung nach Privatlehrern abzulehnen. Der Schülerrat des Gymnasiums will ebenfalls in einem Flugblatt zur Demonstration aufrufen. Die Forderung wird ebenfalls vom Jugendzentrum Bremervörde unterstützt.

Stade: Der Kreiselternrat hat zur Demonstration vor das Landkreisgebäude aufgerufen. Die Gruppe demokratischer Schüler an der Berufsschule ruft ebenfalls auf. In dieser Woche berät die Versammlung der Schülervertretungen und die Stader Jugendzentrumsinitiative die Unterstützung der Demonstration.

Oldenburg: Der Stadtelternrat ruft am 28. zu einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude auf. Am selben Tag ruft der ASTA der Universität aus Anlaß des vierten Jahrestages der Berufsverbots-Erlasse zu einer Demonstration auf, die vermutlich zum Kundgebungsort führen soll.

Westerstede/Bad Zwischenahn: Die Gemeindeelternräte der beiden Städte haben zu einer Demonstration aufgerufen.

Hildesheim: Der Stadtelternrat ruft zu einer Veranstaltung auf.

Göttingen: Nach den Aktivitäten im November hat der dort gebildete Koordinierungsausschuß aus Elternräten, ASTEN, Schülervertretern beschlossen, diesmal keine Demonstration, sondern eine Podiumsdiskussion abzuhalten.

Auch hier gibt es am 5. Gymnasium eine Initiative einiger Eltern, Privatlehrer einzuführen.

Aktionen und Demonstrationen am 28.1. sind unseres Wissens auch geplant in:
Northeim (Demonstration). **Wolfsburg, Lokstedt, Dorum** und **Bederkesa**. •

Verbot des politischen Mandats: Hauptangriff gegen die Studentenbewegung

Die Angriffe gegen die Vertretungsorgane (Asta und Fachschaftsräte) und das politische Mandat der Studentenschaft haben seit Beginn des Wintersemesters 75/76 ein neues Ausmaß angenommen.
War es bisher die organisierte Reaktion an den Hochschulen (RCDS), Burschenschaften), die in Anzeigenkampagnen Gerichtsurteile erwirkten, die das politische Mandat verboten, so ist in diesem Semester festzustellen, daß in immer stärkerem Maße der Staatsapparat selbst oder seine Handlanger in der Hochschulverwaltung die Angriffe leiten. Dabei haben die Angriffe in letzter Zeit eine Massivität erreicht, die auch gerade angesichts der plötzlichen Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG), erwarten läßt, daß die Zeit der „Einzelaktionen" jetzt übergehen soll in eine Phase des konzentrierten Angriffs auf die gesamte demokratische Studentenschaft.

Braunschweig: Reaktionäres Urteil gegen Studenten-Streiks

Ab 9. Dezember hat an den niedersächsischen Hochschulen ein viertägiger Streik stattgefunden. Der Rektor der TU Braunschweig, Piereck, untersagte dem ASTA kurzerhand, die Urabstimmung für den Streik zu organisieren und zum Boykott der Lehrveranstaltungen aufzurufen. Da sich der ASTA aber nicht davon abhalten ließ, erwirkte Piereck am 4.12. eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht, die es dem ASTA untersagt, die *„Studenten aufzufordern, in Lehrveranstaltungen gegen den Willen der Lehrenden ‚Streik'-Forderungen zu erheben oder zu diskutieren. Das Urteil verbietet der Studentenschaft auch, ein Umfunktionieren von Lehrveranstaltungen etwa in anderer Weise zu fordern"* („FAZ", 12.12.).

Der Juso/MSB-ASTA beeilte sich zwar zu versichern: *„Die vom Verwaltungsgericht untersagte Verhaltensweise ist von der Studentenschaft nicht beabsichtigt gewesen"* („BZ", 5.12.). Da er sich aber gegen diese Disziplinierung aussprach und trotzdem in Streik-Infos dazu aufrief, in den Lehrveranstaltungen über die Forderungen der Studenten zu diskutieren, will der Rektor Piereck das Verhängen von Ordnungsgeldern bis zu 5.000 DM bei Gericht beantragen.

Der Sprecher des Verwaltungsgerichts sagte: *„Eine etwaige gerichtliche Anordnung, das Abstimmungsverfahren abzubrechen oder die Stimmauszählung zu unterlassen, wäre zu spät gekommen"* („FAZ", 5.12.)!

Das Streikrecht der Studenten soll also nicht nur drastisch beschnitten werden, sondern der Staat macht auch kein Hehl daraus, daß er – wenn möglich – studentische Kampfaktionen verhindern will.

Metalljugendzelle
KB / Gruppe Flensburg

Gießen: Seminardiskussionen verboten

Ähnlich wie in Braunschweig verbot der Uni-Präsident Meimberg in einem Schreiben an den Asta vom 25.11.75 im Rahmen der VDS-Aktionstage „Vorlesungen, Seminare und Übungen um(zu)funktionieren und, wenn es sein muß, auch zu boykottieren" bzw. entsprechende Aufrufe zu unterlassen. Ebenso sei eine Abstimmung der Studentenschaft mit dem Ziel, einen aktiven Veranstaltungsboykott durchzuführen, untersagt.

Kiel: Vollversammlungen verboten

Wurde dem Asta im letzten Semester die Durchführung von Vollversammlungen unter der Bezeichnung „Informationsveranstaltung" noch genehmigt, so wurde in diesem Semester bereits in zwei Fällen ein Verbot ausgesprochen. Im ersten Fall mit Hinweis auf die Tagesordnung: U. a. sollte über den § 218 diskutiert werden (Verbot des politischen Mandats nach Landeshochschulgesetz (LHG)). Im zweiten Fall wurde die VV mit der Begründung verboten, daß sie eine plebiszitäre (= demokratische) Form der Willens- und Meinungsbildung sei, da der Asta sie als das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft bezeichnet hatte, was ebenfalls nach dem LHG untersagt ist.

Marburg: Weitere Disziplinierungen

In Marburg, wo der Staatsapparat bisher am brutalsten (s. hierzu AK 70,71) die verschärfte Gangart an den Universitäten demonstriert hat, reißen die Angriffe gegen die Organe der Verfaßten Studentenschaft und das politische Mandat auch nach der vorläufigen Wiedereinsetzung des Asta keineswegs ab:

– So hat nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts in Kassel der Uni-Präsident jederzeit die Möglichkeit, den Asta bei Wahrnehmung des politischen Mandats aus dem Amt zu entheben.
– Es wird dem Asta in einer „Woche gegen rechts" vom Uni-Präsidenten Zingel die Benutzung von Räumen verwehrt.
– Weiter verbietet Zingel dem Asta, dazu aufzurufen, in Lehrveranstaltungen gegen den Willen der Professoren zu diskutieren.

Begeistert von den strammen Ausrichtungsbestrebungen des Staates an den Hochschulen gehen reaktionäre Professoren verstärkt mit dem Mittel der politischen Disziplinierung gegen einzelne Studenten vor. So wurden bisher 10 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gegen am Streik aktiv beteiligte Studenten erstattet, von denen bereits 4 zur Strafverfolgung an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurden (Wie aus Prozessen in Kiel und Heidelberg bekannt ist, wird solcher „Hausfriedensbruch" mit Haft bis zu 6 Monaten bestraft).

In einigen Fachbereichen wurden darüberhinaus Prüfungsverbote gegen Studenten angedroht, was einen Verlust von 2 – 3 Semestern für die Betroffenen bedeuten kann.

Die braunen Ordinarien trauen sich auch wieder (leider bisher recht ungeschoren), eine wilde Hetze gegen demokratische Studenten zu entfalten:

– Professor Wolf, Vater des RCDS-Wolf, der die Klagenkampagnen gegen den Marburger Asta führte, provozierte gemeinsam mit RCDS-Schlägern die Studenten, die in den Streiktagen seine Vorlesung zur Diskussion aufgesucht hatten, mit faschistischen Hetztiraden. Die geschlossene Antwort der Studenten:
Faschisten raus !

– Professor Kohl weiß in einem Leserbrief an die „Welt" (16.12.75) Rat, wie man mit dem „hemmungslosen Terror in den ‚Freiräumen' der Universität" fertig werden kann: Es *„brauchten doch nur diese Extremisten festgenommen werden und in Deutschland wäre Ruhe"*.

Je größer der Studentenberg – desto härter die Maßnahmen

In jüngster Zeit machen sich bürgerliche Politiker, Kapitalisten und Professoren verstärkte „Sorgen" um den Abbau des sogenannnten „Studentenberges".

45.000 Studienbewerber wurden im Wintersemester 75/76 abgewiesen („Süddeutsche Zeitung", 23.12.75); nach Schätzungen stehen 1980 wahrscheinlich 100.000 Abiturienten auf der Straße („Welt", 13.11.75). Das alles vor dem Hintergrund einer ständigen Verknappung von Lehrstellen – so wird das Lehrstellenangebot 1976 nach vorsichtigen Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit erneut von 470.000 auf 400.000 Stellen sinken (siehe REBELL Nr. 12).

Wem diese Auswirkungen kapitalistischer Bildungspolitik aufgebürdet werden sollen, darin ist man sich einig: Der Arbeiterjugend. Nach dem Motto „Den letzten beißen die Hunde" werden die Abiturienten ohne Studienplatz den Haupt- und Realschülern die knappen Ausbildungsstellen wegschnappen.

Rationalisierung der Hochschulen ...

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Rohde (SPD), setzt sich angeblich das Ziel, 30 % mehr Studenten durch die Hochschulen durchzuschleusen („Welt", 3.12.75). Dafür gelte es, *„die letzten Reserven auszuschöpfen"*. Erste Voraussetzung ist eine stramme Durchrationalisierung der Hochschulen: *„Die Hochschulen müssen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert und geführt werden"* (Rohde in „Frankfurter Rundschau" vom 3.1.76).

Die „betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte" sind:
– „Entrümpelung der Studiengänge", d. h. Verkürzung und Verschlechterung der Ausbildung.
– Strikte Einhaltung der Regelstudienzeit, die heute schon durch Absetzung der Ausbildungsförderung erpreßt wird.
– Einschränkung des Studienfachwechsels.

Eine zügige Durchsetzung dieser Maßnahmen will Rohde durch die *„schnelle Realisierung des Hochschulrahmengesetzes"* (HRG) erreichen („Welt", 3.12.75), indem sich der Staat das Instrumentarium für die Disziplinierung der Studenten geschaffen hat.

Den Hochschullehrern verlangt er mehr „gesellschaftliche Solidarität" ab und fordert sie auf, mehr Lehrveranstaltungen zu übernehmen.

... Unter der Regie der Professorenmacht

Stimmt die reaktionäre Professorenschaft diesen Plänen auch weitgehend zu, wie sich am Applaus zum HRG zeigt, so stößt ihnen insbesondere der letzte Punkt sauer auf, geht es doch hier um ihre Pfründe. *„Je forscher die Lehre, desto leerer die Forschung"* („FAZ", 2.1.76), tönt es aus dem Munde des Vorsitzenden der westdeutschen Rektorenkonferenz Knopp – er sieht hier seine „Forschung" in Gefahr, die ihm sicherlich reichliche „Nebeneinkünfte" einbringt. Dafür haben er und seinesgleichen eine Reihe Vorschläge parat, wie man mit der Lawine, die auf die Hochschulen zurollt, fertig wird: *„Je leerer das Abitur, desto voller die Uni"* („FAZ", 2.1.76) – dementsprechend schlägt die Rektorenkonferenz *„ein zentrales Abitur zumindest auf Landesebene"* vor („Welt", 13.11.75). Es könnten damit durch Heraufsetzen der Anforderungen, je nach Bedarf, Schüler herausgeprüft werden. Fortgesetzt werden soll diese Selektion durch „fachspezifische Eignungstests" für die Zulassung zu bestimmten Studiengängen, oder durch die Einführung eines zweisemestrigen Probestudiums. Hierbei beruft sich die Rektorenkonferenz auf Erfahrungen in Frankreich, *„wo ein Großteil der Studenten die schwierigen Prüfungen nicht besteht"* („Welt", 13.11.1975).

Noch jammern Knopp und seine Freunde: *„Je voller die Unis, desto leerer die Köpfe"*. Was sie anstreben, sind leerere Unis, nur besucht von solchen Studenten, die alle Auslesemechanismen bewältigt haben und deren Köpfe vollgestopft sind mit reaktionärem, arbeiterfeindlichen Gedankengut.

Solche extrem massenfeindlichen, auf eine Verschärfung des Bildungsprivilegs der Bourgeoisie abzielenden Sprüche gibt der Sozialdemokrat Rohde freilich nicht (öffentlich) von sich. Seine Vorschläge aber beinhalten ebenfalls eine Verschärfung des Numerus Clausus und das Aussieben einer elitären kleinen Minderheit durch totalen Leistungsdruck und Konkurrenzkampf. ●

Streik an der Hamburger Uni

Am 15. und 16.1. führten die Studenten der Hamburger Universität einen Warnstreik durch. Sie protestierten damit gegen ein Ultimatum des Hochschulamts an den AStA, einige Flugblätter vom Winter 73/74 nicht aus dem Haushalt zu bezahlen, sondern die früheren AStA-Vorsitzenden privat zu belangen. Bei diesen AStA-Infos handelte es sich um Flugblätter gegen den Faschismus in Chile und gegen den US-Aggressionskrieg in Vietnam. Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Hamburg waren jedoch dem AStA damals politische Stellungnahmen verboten, die sich über den Rahmen der Hochschule hinaus wagten. Das Urteil gegen das „Politische Mandat" war von einem reaktionären Studenten erwirkt worden.

Gleichzeitig sagten die Studenten mit ihrem Streik dem gerade verabschiedeten Hochschulrahmengesetz (HRG; vgl. dazu AK 71) den Kampf an.

Besonders in den „geisteswissenschaftlichen" Fachbereichen und bei den Lehrerstudenten war in vielen Lehrveranstaltungen vorher über das erpresserische Ultimatum und das HRG diskutiert worden. Kampfmaßnahmen wurden vorbereitet. In diesen von den linken Fachschaftsräten (FSRen) teilweise sehr erfolgreich initiierten Diskussionen waren allerdings der MSB/SHB-AStA sowie die „gewerkschaftlich orientierten" FSRe kaum beteiligt, da der MSB mit der Propaganda gegen die „Maoisten" und der Durchführung eines „KB-Tribunals" der DKP (8.1.; siehe Artikel dazu in diesem AK) vollauf beschäftigt war.

Diese Bereiche erwiesen sich während des Streiks auch als die kampfstärksten, hier fanden keine Lehrveranstaltungen statt. Am größten Bereich, dem PI mit über 5.000 Studenten, wurde das Gebäude von den Studenten praktisch in eigener Regie „verwaltet".

Schon die Uni-Vollversammlung vom 14.1., auf der über den Streik beschlossen wurde, und die aufgrund der vorher gelaufenen Diskussionen mehr als doppelt so voll war (3.500) wie die letzten Uni-VVs, zeigte die kämpferische Stimmung unter den Studenten deutlich. Zum ersten Mal seit Jahren wurde auf einer Hamburger Uni-VV eine Resolution der linken FSRe und des SSB (Symphatisanten des KB) angenommen, die Resolution des MSB/SHB-AStA abgelehnt (ca. 1.900 : 1.600).

MSB und SHB hatten ihre traditionellen „Aktionstage" vorgeschlagen, in denen verstärkt die Diskussion in den Seminaren gesucht werden sollte. Wenngleich das Ganze mit dem klangvollen Namen „Streik" ausgestattet wird, hatten diese „Aktions"formen in der Vergangenheit in der Regel lediglich in einem verstärktem „Wirbeln" der organisierten Studenten bestanden. Die Mehrheit der VV schloß sich deshalb der Auffassung der Linken an, daß die Kampfbereitschaft und Geschlossenheit der demokratischen Studenten am besten dadurch demonstriert wird, daß man gar nicht erst in die Seminare hineingeht, sondern von vorneherein einen Vollstreik organisiert mit Streikposten und Streikversammlungen in den Eingangshallen der größten Institute (also „wie früher"). Außerdem sei es unsinnig, mit der Aufspaltung auf die Seminare den reaktionären Dozenten die Möglichkeit einer Spaltung und Aufweichung der Kampffront in die Hand zu geben.

Weiter wurde der AStA in der Resolution aufgefordert, gemeinsam und gleichberechtigt mit den FSRen eine Demonstration zu organisieren und in der Woche darauf erneut eine Uni-VV einzuberufen. Streikkomitees aus gewählten Sprechern der Seminare sollen gebildet werden. Auf diese Weise soll der Kampf weitergeführt werden können und eine optimale Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Denn die vom AStA vorgeschlagene „Urabstimmung" hätte sich bis zum Ende des Semesters hingezogen und die Studentenschaft praktisch „lahmgelegt".

MSB/SHB schwächen Streik ab

Der MSB/SHB-AStA dachte aber gar nicht daran, die Beschlüsse der Uni-VV zu respektieren. Seine erste Tat war, zu einer angesetzten Bereichs-VV am „Philosophenturm" (geisteswissenschaftliche Bereiche) alle seine Kräfte zu mobilisieren, wozu er u.a. auch seine Streikposten aus anderen Bereichen mit abzog, so daß dort die Linken allein standen. So gelang es ihm, auf dieser Bereichs-VV mit vier Stimmen Mehrheit eine andere Resolution als die der Uni-VV durchzubekommen (was angesichts der bisherigen Überlegenheit von MSB/SHB an diesem Bereich eigentlich ein Sieg der Linken ist). Damit provozierte der AStA zeitweise eine falsche Frontstellung unter den fortschrittlichen Kommilitonen, was der Sache klar geschadet hat. Teils wurde in den Seminaren diskutiert, teils nahmen die Kommilitonen gleich an der Organisierung des Streiks im Foyer teil. Insgesamt konnten aber keine regulären Lehrveranstaltungen stattfinden. Da auch dem ASta die empörte Reaktion vieler Kommilitonen auf sein Verhalten nicht entgehen konnte, stellte er seine Agitation („diskutiert in den Seminaren") am zweiten Streiktag weitgehend ein. Am kampfstärksten Bereich, dem PI (linker FSR), von dem sogar der AStA eine „positiv einzuschätzende Mobilisierung" zugeben mußte, gab es keine solchen Zwischenfälle; die Stimmung war ausgesprochen gut.

Eine besonders peinliche Note für den MSB bekam der Streikverlauf auch dadurch, daß die Revisionisten im Rahmen ihrer Anti-KB-Kampagne ja gerade den grotesken Versuch unternommen hatten, KB/SSB „Abwiegelei" der Studentenbewegung vorzuwerfen. Nun finden sich in den MSB-Stellungnahmen die komischsten Verrenkungen, dem SSB „Aktionismus" vorzuwerfen, was im Grunde genommen dasselbe sei wie Abwiegelei etc. Was hier als „Aktionismus" bezeichnet wird, ist die schlichte Tatsache, daß in den allermeisten Diskussionen mit den Kommilitonen volle Übereinstimmung darin erzielt werden konnte, daß es anstelle der bisherigen „Aktionstage" besonders in der jetztigen Situation notwendig ist, einen „Nagel mit Kopf" zu machen.

Zum Abschluß des Streiks führten ca. 4 - 5.000 Studenten am 16.1. eine Demonstration in der Hamburger Innenstadt gegen das Ultimatum, für freie politische Betätigung, gegen das HRG und Ordnungsrecht durch, die von der Bevölkerung durchaus positiv aufgenommen wurde. Als ein weiterer wichtiger Teilerfolg ist es einzuschätzen, daß der AStA angesichts der eindeutigen Stimmung unter den Studenten nicht umhin kam, die Linken an der Durchführung der Demonstration zu beteiligen und ihnen dieselbe Redezeit auf der Abschlußkundgebung zuzugestehen. Ebenfalls wurde eine von AStA und FSR PI gemeinsam erarbeitete Presseerklärung von den Demonstrationsteilnehmern verabschiedet. Dazu konnten die Revisionisten erstmals in Hamburg gezwungen werden und zwar genau acht Tage, nachdem die DKP auf ihrem KB-Tribunal die gesamte „Parteiprominenz" aufgeboten hatte, um ihre Anhänger auf die Verketzerung des KB und auf die Unvereinbarkeitspolitik einzuschwören. Man kann daher mit Fug und Recht sagen, daß diese Kampagne der DKP v o l l nach hinten losgegangen ist. ●

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

RCDS versucht Provokation

Der CDU-Studentenverband RCDS, der ja an den Gerichtsurteilen gegen das Politische Mandat der Studentenvertretungen maßgeblichen Anteil hat (er stellt die Kläger – vielleicht ein Dutzend oder etwas mehr – in der westdeutschen Studentenschaft), tat sein Bestes, den Streik zu bekämpfen. Erst wollte sein Vorsitzender auf der Uni-VV für das Ultimatum und das HRG Stellung nehmen. Mit überwältigender Mehrheit (über 95% der Teilnehmer) versagte die VV ihm das Rederecht. Dann hetzte er gegen den „Linksterror" etc., wobei ihm die Springerpresse bereitwilligst Platz in ihren Spalten einräumte, und versuchte den Uni-Präsidenten zum Einsatz von Polizei zu bewegen, was dieser wohlweislich ablehnte. Schließlich taten sich RCDSler hervor, die bewußt Rempeleien an der Streikpostenkette zu provozieren versuchten, um dann umso lauter nach Polizeieinsatz schreien zu können. Dank des entschlossenen Widerstands der demokratischen Studenten und wegen des geringen Einflusses der Rechtsradikalen in Hamburg blieben solche Provokationen Randerscheinungen. ●

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Grußadresse des MES

Lissabon, 5. Januar 1976

In diesem Moment, wo die Bedingungen für den revolutionären Kampf in Portugal besonders schwierig geworden sind, grüßt der zu einer Sondersitzung zusammengetretene Nationale Politische Rat des MES brüderlich die Genossen vom Kommunistischen Bund, mit dem unsere Bewegung zunehmend Bande der Solidarität gefestigt hat.

Mit diesem Gruß ist sich der MES sehr gut der Beweise konkreter Solidarität des KB bewußt, die zum Ausdruck kam sowohl in materieller Unterstützung – äußerst wichtig für die Entwicklung unserer Arbeit – und zugleich in einer kritischen Aufmerksamkeit für unsere politische Praxis, immer im Rahmen völliger kommunistischer Solidarität.

zung – und zugleich in einer kritischen Aufmerksamkeit für unsere politische Praxis, immer im Rahmen völliger kommunistischer Solidarität.

Ebenso gedenkt unsere Bewegung in diesem Moment des Genossen Günther Bruns, der von den Unterdrückungskräften der Bourgeoisie in Custoias ermordet wurde. Mit seiner Hingabe für die Sache der Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten hat er konsequent einen kämpferischen Internationalismus praktiziert, für den er mit seinem Leben bezahlt hat.

In der Gewißheit des endgültigen Sieges rechnen wir mit Eurer Unterstützung in dieser neuen, schwierigen Phase des Kampfes.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Der Kampf geht weiter!

Der Sieg ist gewiß!

Spendenbestätigung der LUAR

An Kommunistischer Bund BRD

Liebe Genossen,

Wir bestätigen den Empfang eurer Spende von 5.000 Mark.

In der Lage, in der sich unser Land befindet, wo es sogar um die sozialistische Zukunft Europas geht, empfangen wir mit besonderen Empfindungen diesen konkreten Beweis von proletarischem Internationalismus von eurer Bewegung.

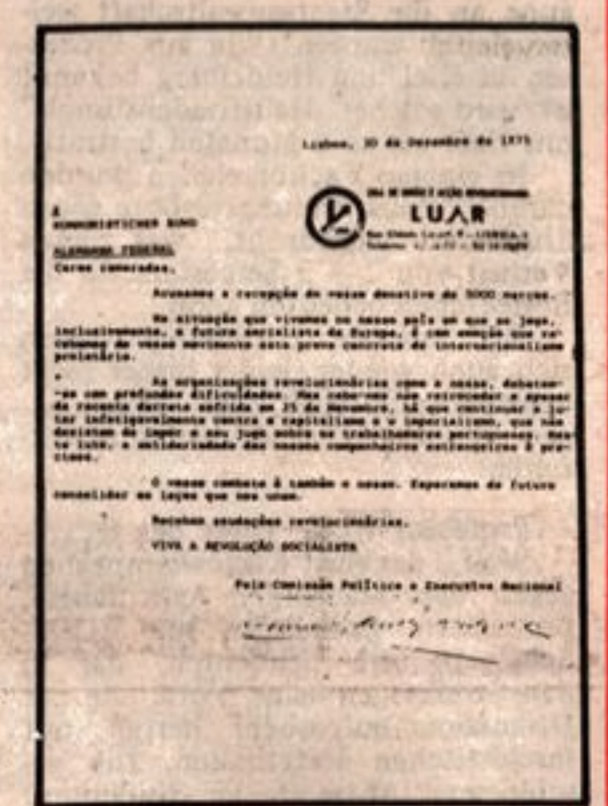
Die revolutionären Organisationen wie unsere müssen sich mit großen Schwierigkeiten auseinandersetzen. Aber wir werden nicht zurückweichen, und trotz der kürzlichen Niederlage vom 25. November muß der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus unermüdlich weitergeführt werden. Diese lassen nicht davon ab, den portugiesischen Arbeitern ihr Joch aufzuerlegen. In diesem Kampf ist die Solidarität unserer ausländischen Genossen wertvoll.

Euer Kampf ist unser Kampf. Wir hoffen, in Zukunft die Beziehungen zwischen uns zu stärken.

Revolutionäre Grüße
ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Nationale-politische Exekutiv-Kommission

Fernando Pereira



Spenden - bestätigung der FUR

Das Nationale Sekretariat der FUR – Frente de Unidade Revolucionaria (Front der Revolutionären Einheit) – hat vom Kommunistischen Bund 20.000 Mark erhalten, die von einer Spendensammlung im Zusammenhang mit Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse herrühren.

Das Nationale Sekretariat der FUR sieht dies als einen Beweis internationalistischer und militanter Solidarität und möchte dieser Organisation ihre Anerkennung für dieses Zeichen revolutionärer und internationalistischer Solidarität ausdrücken.

Lissabon, 30. Dezember 1975
Nationales Sekretariat der FUR

Frankfurt: Gemeinsame Portugalveranstaltung

Am 14.1. fand in Frankfurt zur Diskussion über reaktionäre Offensive und aus Solidarität mit den vier in Porto erschossenen Genossen eine gemeinsame Portugal-Veranstaltung mit 500 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatte die GIM, KB, Lotta Continua, SAG und das SB, der RK, Spartacusbund und die CISNU unterstützten den Aufruf.

Wenn das gemeinsame Vorgehen, das mit einigen Schwierigkeiten zustande kam, eine gute Sache ist, so kam in der Veranstaltung andererseits auch zum Ausdruck, daß die Portugal-Solidarität zurückgeht. Das kam in resignativen Beiträgen und sogar auch Angriffen gegen die portugiesische Linke zum Ausdruck, ebenso wie im Spendenergebnis von 280,– DM für das Komitee in Portugal, das für die Freilassung der nach dem 25. November Inhaftierten kämpft. ●

Nach Berichten aus Frankfurt

Portugal: „Republica" erledigt?

Innerhalb der Kampagne zur Rückeroberung der Presse für die Bourgeoisie kommt der Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Republica", die als private Zeitung nicht vom Publikationsverbot betroffen war, ein besonderer Rang zu. Seit August 1975 war eine umfangreiche Solidaritätskampagne für „Republica" entfaltet worden, in deren Verlauf das Blatt seine Auflage auf 38 - 42.000 Exemplare steigern konnte. Zugleich spielte sich innerhalb der Zeitung eine scharfe politische Auseinandersetzung ab, deren Ergebnis eine Zunahme des Einflusses der UDP auf ihre Orientierung war; so wurden beispielsweise Erklärungen von FUR-Organisationen nur noch in extremer Kürze abgedruckt, und in den Monaten Oktober/November betrieb die Zeitung, vor allem über die Veröffentlichung ausführlicher Leserzuschriften, eine auf großenteils sehr niedrigem politischen Niveau stehende „Entlarvungskampagne" über die „Wirklichkeit" in den RGW-Staaten.

Der Vertriebsdirektor der Zeitung, der am 18. November zurücktrat, nannte dies als Begründung für seine Demission; wenige Tage später trat auch der Direktor von „Republica", der fortschrittliche Oberst Pereira de Carvalho, zurück. Auf einer Vollversammlung der Arbeiter der Zeitung am 24. November wurden Vorwürfe laut, das Blatt sei *„gegen alle nicht ML-Gruppen gerichtet"* und *„gehört zwar nicht der UDP, aber der ML-Linie verschiedener Gruppen"*, worauf ein Redakteur erwiderte: *„Diese Zeitung hat eine dominierende, aber nicht ausschließliche ML-Linie"* („Republica", 25.11.1975).

Immerhin hat „Republica" jedoch zu Angola eine außerordentlich korrekte und solidarische Berichterstattung gemacht und – im Gegensatz zu a l l e n „ML"-Gruppen, einschließlich UDP – eindeutig die MPLA unterstützt.

Mit der Wiederbelebung des Pressegesetzes nach dem 25. November entstand für „Republica" eine nahezu ausweglose Situation: Das Pressegesetz schreibt vor, daß eine Zeitung nur veröffentlicht werden kann, wenn sie einen verantwortlichen Direktor hat; der (Konter-)Revolutionsrat aber, der Pereira de Carvalho im Juli 1975 zum Direktor von „Republica" ernannt hatte, verweigerte schlicht und einfach die Ernennung eines neuen Direktors und verwies die ganze Angelegenheit an die Regierung. Die Regierung wiederum entschied: *„Angesichts der vorliegenden Alternative, eine staatliche Intervention im Unternehmen vorzunehmen oder nicht, hat sich der Ministerrat im Sinne der Nichtintervention ausgesprochen. Das Problem wird sich daher weiterhin als bloßer Konflikt zwischen einem privaten Unternehmen und seinen Angestellten entwickeln, wobei die Zeitung nicht herausgegeben werden darf, solange nicht nach den Bestimmungen des Pressegesetzes ein neuer Direktor ernannt worden ist"* („Jornal do Comercio", 27.11.1975). Mit diesem Beschluß war die Entscheidung an die alte „Republica"-Verwaltung des Sozialdemokraten Raul Rego weitergereicht. Auf einer Vollversammlung beschlossen die Arbeiter von „Republica" am 29. Dezember, Verhandlungen mit der Rego-Verwaltung aufzunehmen, wobei sie als unverzichtbare Bedingungen die Beibehaltung des Redaktionsstatuts und die Weiterbeschäftigung aller Arbeiter forderten. Dieser Vorschlag wurde auf einer Kampfabstimmung mit 43 gegen 32 Stimmen bei elf Enthaltungen (und zahlreichen Abwesenden) angenommen, wobei die Angst vieler Arbeiter vor der drohenden Arbeitslosigkeit offenbar eine wesentliche Rolle spielte. In der Gewißheit ihres sicheren Sieges – „Republica" konnte seit dem 24. Dezember nicht mehr erscheinen – antwortete Raul Rego auf dieses Angebot: *„Die alte Verwaltung ist nicht bereit, Verhandlungen irgendwelcher Art mit denselben Arbeitern aufzunehmen, die das Unternehmen illegal besetzt und in den Ruin getrieben haben"* („Jornal do Comercio", 31.12.1975).

Eine nach dieser Ablehnung durch die alte Verwaltung einberufene Versammlung der „Republica"-Arbeiter beschloß am 5. Januar, die Kleinaktionäre der Zeitung zu einem informellen Gespräch einzuladen, um sie dazu zu bewegen, die alte Verwaltung abzuwählen („Jornal do Comercio", 6.1.1976); am angegebenen Termin erschien allerdings kein einziger der Aktionäre.

Angesichts dieser Umstände und vor allem unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses nach dem Rechtsputsch vom 25. November ist es wenig wahrscheinlich, daß die „Republica" als von den Arbeitern und Redakteuren in Selbstverwaltung und Eigenverantwortung herausgegebene Zeitung wieder erscheinen wird. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

das mit einigen Schwierigkeiten zustande kam, eine gute Sache ist, so Nach Berichten aus Frankfurt
Lissabon, 30. Dezember 1975 Nationales Sekretariat der FUR
gierung. Die Regierung wiederum entschied: „Angesichts der vorliegen-
Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

INHALT